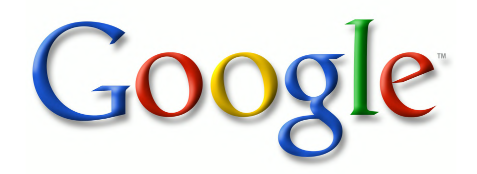
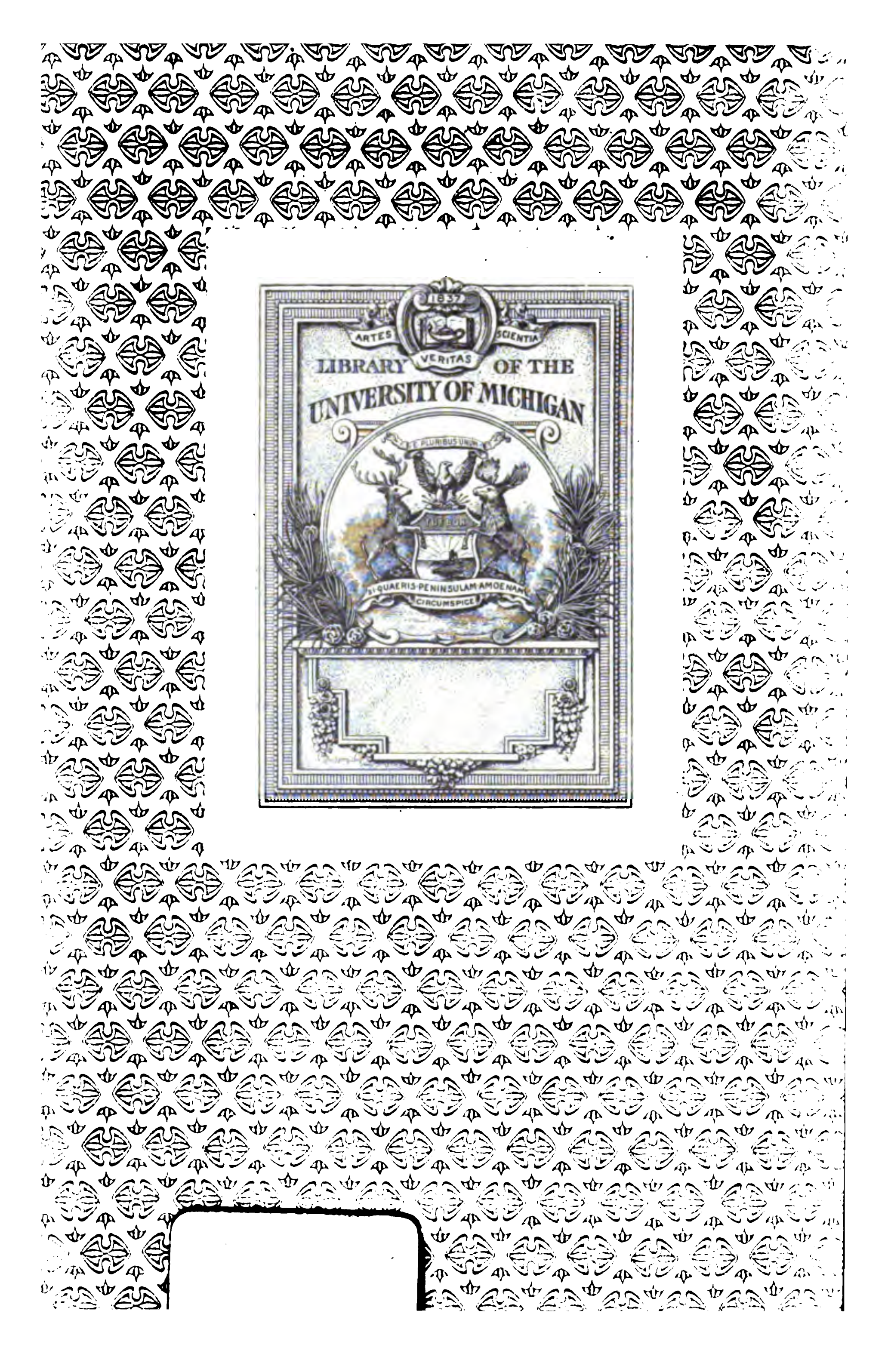
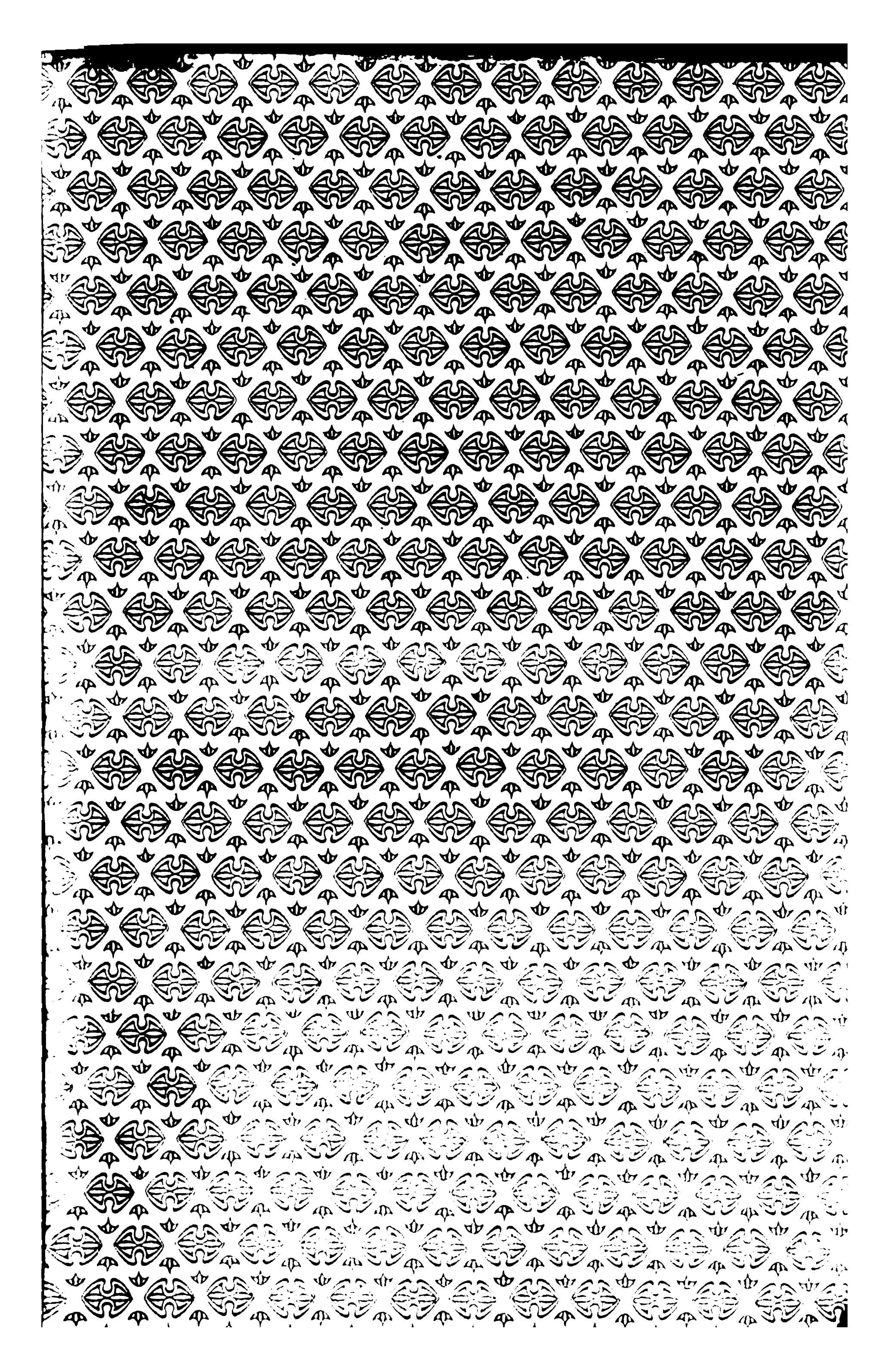



A 3 9015 00393 867 0
University of Michigan – BUHR


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Geschichte

des

Deutschen Zeitungswesens

von den ersten Anfängen
bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches

von

Ludwig Salomon.

Dritter Band.
Das Zeitungswesen seit 1814.



1906.
Oldenburg und Leipzig.
Schulzesche Hof-Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.
R. Schwartz.

Vorwort.

Der vorliegende Schlußband ist etwas mehr angeschwollen, als es ursprünglich im Plane lag. Die Zeit der dreißiger und vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts mit ihren heißen Wünschen und vielen hochgespannten Hoffnungen verlangte eine breitere Darstellung; die außerordentlich große Menge von geistiger Arbeit, die in dieser Periode auf dem Gebiete des Journalismus, hauptsächlich im Interesse des deutschen Gedankens, geleistet wurde, mußte, wie sich bei der innigeren Vertiefung in den Stoff herausstellte, etwas ausführlicher geschildert werden, sollte dem unermüdlichen Streben, das sich allerwärts entwickelt hatte, Gerechtigkeit widerfahren. Dabei zeigte sich aber auch, was für ein ungeheurer geistiger Reichtum noch in den Zeitungen und Zeitschriften des neunzehnten Jahrhunderts lagert, was für eine Fülle von ungemünztem Golde der Erforscher der politischen Geschichte sowohl, wie der Kulturhistoriker in den Bänden der heute halb und ganz vergessenen Zeitungen und Zeitschriften zu schürfen ist. Ein jüngerer Historiker, Paul Holzhausen, hat allerdings begonnen, in diese Schächte hinabzusteigen, und da ist es ihm auch gelungen, für seine Studien „Der erste Konsul Bonaparte und seine deutschen Besucher", „Napoleons Tod in der zeitgenössischen Presse und Dichtung" und „Heinrich Heine und Napoleon I." eine überraschend große Menge interessanter Einzelheiten heraufzuholen; ja er hat sogar auf Grund bisher verschollen gewesener Zeitungsberichte höchst wichtige Tatsachen, über die man bisher nur ungenügend orientiert war, genauer feststellen können. Das legt aufs neue die Mahnung nahe, das Sammeln der Zeitungen und Zeitschriften gewissenhafter zu betreiben. Wiederholt mußte ich erfahren, daß selbst Staatsbibliotheken von wichtigen Zeitungen ihres Landes keine einzige Nummer besaßen. Das Richtigste würde sein, wenn eine allgemeine große Sammelstelle für ganz Deutschland eingerichtet würde, in der mit Sachkenntnis die Erzeugnisse der gesamten besseren Zeitungsliteratur zur Aufstellung kämen. Doch müßte diese Zeitungs-Bibliothek das Reich errichten; die Kräfte eines Privatmannes würden nicht ausreichen. Man baut große, umfangreiche Bildergalerien und Museen der mannigfachsten Art, plant die Errichtung einer Reichsmusik-

bibliothek: eine Stätte für die systematische Aufstellung der Zeitungsbände, die den kommenden Geschlechtern so viele wichtige Dokumente aufbewahren, ist leider noch nicht geschaffen worden, eine Unterlassungssünde, die eine spätere Generation uns zum schweren Vorwurf machen wird.

Im übrigen kann ich bei diesem Schlußbande nur darauf hinweisen, daß die Grundsätze, die ich bereits in dem Vorworte zum ersten Bande dargelegt, mich auch hier geleitet haben. Ich suchte nicht durch die Aufzählung der Titel der ungeheuern Massen von Zeitungen ein möglichst genaues Verzeichnis aller erschienenen Blätter zu liefern, sondern ein treues Kultur- und Literaturbild zu geben und dabei ein lesbares Buch zu schaffen, in das sich der Freund vaterländischen Geistes und vaterländischer Kultur gern vertieft. Bei der sehr großen Mühe, die die lange Arbeit erforderte, möchte ich wohl wünschen, daß ich hinter meinem Ziele nicht allzuviel zurückgeblieben sei.

Elberfeld, Ende August 1905.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (1814—1819).

Zweiter Abschnitt.

Im Banne der Karlsbader Beschlüsse (1819—1848).

Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Preßfreiheit (1848 und 1849).



Erster Abschnitt.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen.

(1814—1819.)

Erstes Kapitel.

Die Erwartungen und Hoffnungen.

1. Einleitung. Die Stimmung nach den Befreiungskriegen. Allgemeine Hoffnungsfreudigkeit. Der Zorn gegen die ehemaligen Anhänger Napoleons. Allgemeiner Unmut über den ersten Pariser Frieden und die Kläglichkeit des Wiener Kongresses. Der zweite Pariser Friede. Die Hoffnung auf Preußen. Die antinationale Gesinnung der preußischen Bureaukratie. Auftreten des Geheimrats Schmalz. Friedrich Wilhelm III. und die Schwankung der preußischen Regierung zur antinationalen Richtung. Die Folgen dieser Schwankung. Die Nation wendet sich in ihrer Hoffnungslosigkeit Sonderbestrebungen zu. Die Kämpfe um die Verfassung. Das Wartburgfest. Die Ermordung Kotzebues.

Die Befreiungskriege hatten den Geist der Nation aufs tiefste erregt, und darum schlugen denn jetzt, nachdem der verhaßte Tyrann endlich überwältigt worden war, die Flammen der vaterländischen Begeisterung allerwärts hell empor. Frohgemut blickte jeder in die Zukunft. Eine ganz neue Zeit müsse jetzt anbrechen, so meinte man. Geläutert durch das lange Unglück, würden jetzt Fürsten und Völker in steter Harmonie nur einzig und allein das allgemeine Wohl zu befördern suchen, und dabei würde dann das deutsche Volk wieder seinen früheren ersten Platz unter den Nationen Europas erhalten. Erfüllt von dieser Hoffnungsfreudigkeit rief denn auch Ernst Moritz Arndt in seinem hochgestimmten Pathos: „Wir leben in einer neuen Zeit, wir warten einer neuen Zeit, wir warten einer deutschen Herrlichkeit!“ Und Ph. Fr. Püschel führte in einer Schrift „Das große Friedensfest oder das neue Zeitalter“, die er 1814 erscheinen ließ, breiter aus: „Auf den Ruinen der Weltherrschaft verkündigt der Engel

des Friedens den gefesselten Geistern Freiheit, den niedergetretenen Völkern fröhliches Aufleben, den unterjochten Fürsten Unabhängigkeit und Ruhe. Die Toten stehen auf, und das große Klaghaus ist in einen Schauplatz der Freude verwandelt. Aber so Großes geschehen ist, noch Größeres muß folgen, wenn wir der neuern, bessern Zeit würdig werden wollen. Vom Gefühle der Freiheit gehoben, laßt uns Geisteswürde, Geisteshoheit als die wohltätige Sonne leuchten, welche die neue Welt bestrahlt, erwärmt und fruchtbar macht! Des Schwertes Siege sind errungen: die Herrschaft humaner, auf Völkerglück gerichteter Ideen feiert ihr goldenes Zeitalter! Die Fesseln der Weltdespotie sind zersprengt, die ruchlose Gewalt liegt im Staube; aus ihren Trümmern gestalte sich ein herrlicher Bau, wo der frevelnden Willkür keine Träne fließt und der wilden Herrschsucht kein Leben fällt. Und unsere herrlichen Fürsten, noch herrlicher in der Schule des Unglücks geworden, fühlen es gewiß, welche Schuld sie ihren Völkern abzutragen haben. Für sie bluteten die Söhne des Vaterlandes und Vater- und Mutterherzen; für sie bewaffnete sich der Arm des Gatten, seines Weibes und Kindes vergessend: für sie gab der Untertan sein letztes Scherflein hin und erduldete Lasten, Beschwerden, Sorgen, welche nur Gott zählt. Die erschöpften Völker, deren starker Arm die ihren Fürsten entrissenen Kronen, Länder, Gewalt und Herrlichkeit wieder eroberte, blicken auf die Erhabenen mit dem Vertrauen hin, daß ihre Weisheit und Gerechtigkeit auch Ersatz für langen Jammer leihen, und der Tränensaat der Väter eine reiche Ernte für Enkel und Kinder entkeimen werde."

Zunächst freilich mußte man erst seinem lange verhaltenen Groll Luft machen, sowohl gegen den gestürzten Tyrannen, wie gegen die vielen „Entarteten", die sich zu „Schergen der Fremden", oder wenigstens „zu ihren Lobhudlern" hergegeben hatten. Napoleon wurde förmlich mit Spott und Hohn überschüttet; es erschienen Tausende von Flugblättern mit Zerrbildern des Entthronten und mit Karikaturen von den heimgejagten Franzosen; doch wurde wenig Geschmack und wenig Geist entwickelt. Die ehemaligen Freunde der Franzosen faßte Arndt in seinem „Geiste

der Zeit" hart an. „Haben nicht", sagt er dort, „deutsche Männer Napoleon Bonaparte, den hinterlistigsten, treulosesten, herrschsüchtigsten und grausamsten aller Tyrannen, die je die Geschichte gemeldet hat, den Weltbefreier und Weltbeglücker, den Stifter und Wiederhersteller deutscher Freiheit und Glorie, den Verjünger und Träger des Zeitalters, den Heiland der Erde, das Rüstzeug der Vorsehung, den Anführer und Ausführer neuer Herrlichkeiten genannt? Die solches tun konnten, hatten kein deutsches Gefühl in ihrer Brust; sie fühlten den heiligen Zorn für die Gerechtigkeit und Freiheit nicht mehr in ihren geizigen und verödeten Herzen .... Ja, Verachtung und Fluch treffe alle Deutschen, die bonapartistisches und französisches Evangelium predigten! Kein Galgen ist zu hoch, und wäre es ein Hamansgalgen, woran ihre Schande sichtbar genug hinge!"

Diese Zorneswallungen traten aber bald zurück vor der Sorge um die Neugestaltung Deutschlands. Das alte deutsche Reich, so sagte man, müsse wiederhergestellt werden in seiner alten Herrlichkeit, aber fester gefügt. Dabei müsse allgemeine politische Freiheit herrschen. Ja, man träumte sogar davon, auch die konfessionellen Verschiedenheiten zu beseitigen und eine allgemeine deutsche Kirche ins Leben zu rufen. Alle diese Hoffnungen wurden schnell nach einander getrübt.

Zunächst brachte der erste Pariser Friede eine Menge Enttäuschungen. Mit aller Bestimmtheit hatte man in weiten Kreisen des Volkes erwartet, daß Elsaß-Lothringen jetzt wieder von Deutschland in Besitz genommen werde; allein die Diplomatie machte geltend, daß die verbündeten Regierungen nur gegen Napoleon und nicht gegen das französische Volk gekämpft hätten, daß man also auch nicht das französische Volk schädigen dürfe. Vergebens mahnte Arndt: „Mit Bonaparte sterben die Franzosen noch nicht; mit seinem Übermut und Trotz ist der französische Übermut und Trotz noch nicht gebändigt, noch die unruhige Ehrsucht des gaukelischen Volkes eingeschläfert. Die Franzosen haben viel durch ihn gelitten, aber die Welt litt mehr durch die Franzosen, als durch ihn; er hat ihrer Büberei und Treulosigkeit, womit sie immer nach den Ländern und Gütern ihrer Nachbarn gelüstete, nur die

Krone aufgesetzt. Sie werden auch nach ihm sein, die sie immer gewesen sind, und von dem vor ihm und mit ihm Geraubten freiwillig auch nicht das Geringste herausgeben wollen. Bonaparte wird fallen; aber töricht ist die Meinung derer, welche glauben, daß die Franzosen nach seinem Falle ruhig werden, ja, daß sie, was sie nie waren, ein mäßiges und gerechtes Volk sein werden. Nein, sie werden bleiben, die sie sind." Die Diplomatie verharrte aber bei ihren Anschauungen, und es wurde bei dem Friedensschlusse eine unerhörte Milde beobachtet.

Sodann blieb der Wiener Kongreß vollständig hinter den Hoffnungen zurück, die man auf ihn gesetzt hatte. Der Wunsch der Nation, Deutschland wieder zu einer politischen Einheit zusammengeschweißt zu sehen, ging nicht in Erfüllung, der Traum von einer allgemeinen gleichen Justizverwaltung, einem allgemeinen deutschen Gesetzbuche, von der Gleichheit der Münzen, des Maßes und des Gewichtes, der Aufhebung der Mauten und Zölle im Innern von Deutschland, der Freiheit und Sicherheit des Handels gegen das Ausland hin, von einer allgemeinen Militäreinrichtung und vielen anderen zerrann. Statt dessen kam die klägliche Bundesakte, die einen förmlichen Sturm der Entrüstung im ganzen Volke hervorrief.

Der zweite Pariser Friede besserte zwar die Verhältnisse um ein weniges; Saarlouis und die Festung Landau kamen noch zu Deutschland, außerdem wurden die unter der französischen Republik und dem Kaiserreiche geraubten Kunstschätze von ihren Eigentümern zurückgenommen. Die allgemeine Situation blieb aber dieselbe: statt eines festgefügten deutschen Reiches mußte man sich mit einem nur durch ein lockeres Band zusammengehaltenen deutschen Bund begnügen.

Trotzdem gab man im Volke die Hoffnung nicht auf, doch noch zu besseren staatlichen Verhältnissen zu gelangen. Von Österreich allerdings — das war ja allgemein klar geworden — konnte man nichts erwarten; das hatte sich in den letzten Kriegen gegen Napoleon fast ganz passiv verhalten, war während des Kongresses nur bemüht gewesen, die Konsolidierung des eigenen Staates zu fördern, und zeigte sich nun einer freiheitlichen Ent-

wicklung des Staatslebens vollständig abgeneigt. Dagegen schienen die Verhältnisse in Preußen viel günstiger zu liegen. Dort hatte der nationale Gedanke so ziemlich die ganze Bevölkerung erfaßt, und auch die Regierung war von dem Bestreben erfüllt, die Staatseinrichtungen zeitgemäß umzugestalten. Auf dem Kongresse waren die preußischen Staatsmänner für eine festere Zusammenfügung des deutschen Bundes und für die Errichtung landständischer Verfassungen in den einzelnen Bundesstaaten eingetreten, und bald nachher, am 22. Mai 1815, erschien jene berühmte Kabinettsordre, die dem preußischen Volke eine Nationalrepräsentation schon für die nächste Zeit in Aussicht stellte. Ein solches Vorgehen mußte die lebhaftesten Sympathieen für Preußen wecken. Auch in Süddeutschland, wo die Regierungen von Bayern und Württemberg noch immer große Neigung für das napoleonische System, das Polizeiregiment der Willkür, zeigten, blickte die Bevölkerung vertrauensvoll nach dem Norden und erörterte sogar die Frage, ob nicht ein Schutzkönig, oder ein Bundeskönig der Deutschen zu erstreben sei, der dann dem deutschen Volke eine Gesamtverfassung geben müsse. Dieser Bundeskönig könne natürlich nur der König von Preußen sein.

Allein die Regierungen von Österreich, Bayern und Württemberg waren diesen nationalen Bestrebungen durchaus abhold. Metternich in Österreich und der leitende Minister Bayerns, Graf Montgelas, arbeiteten ihnen mit allen Kräften entgegen, und auch in Preußen gab es eine einflußreiche Partei, die solche freiheitlichen Bewegungen des Volkes nicht wollte. Es war dies die Partei der preußischen Bureaukratie, die in der napoleonischen Zeit nach und nach zu großer Macht gelangt war und nun ihre maßgebende Stellung einzubüßen fürchtete. Sehr bald trat diese antinationale Gesinnung der preußischen Bureaukratie in greller Weise durch die berüchtigte Schmalzsche Denunziation des Tugendbundes in die Erscheinung. In einer Broschüre, mit der er, wie er angab, eine ihn selbst betreffende Stelle der Venturinischen Chronik berichtigen wolle, die aber schon längst berichtigt war, wandte sich der Geheimrat Schmalz in Berlin zunächst gegen den Tugendbund und dann überhaupt gegen die geheimen politischen

Vereine, die nach seiner Meinung die ganze jetzige Bewegung hervorgerufen hätten und im höchsten Grade staatsgefährlich seien. Ohne alle Begründung schleuderte er die heftigsten Beschuldigungen gegen die nationalen Bestrebungen und suchte sie verächtlich zu machen. „Das Dasein solcher Verbindungen", rief er aus, „verbreitet Furcht unter den Bürgern aller deutschen Lande und erfüllt den rechtlichen Bürger der preußischen Staaten mit Unwillen. Von solchen Bünden gehen aus jene pöbelhaften Schmähreden gegen andere Regierungen und jene tollen Deklamationen über Vereinigung des ganzen Deutschlands unter eine Regierung (in einem Repräsentativsystem, wie sie das nennen), eine Vereinigung, welcher von jeher der Geist aller deutschen Völker widerstrebte, für welche aber jetzt die Anhänglichkeit an die besonderen Dynastieen durch Hohn und Aufwieglung in jeder deutschen Brust niedergedrückt werden soll." Weiter hieß es dann: „Wie vormals die Jakobiner die Menschheit, so spiegeln sie die Deutschheit vor, um uns den Eid vergessen zu machen, wodurch wir jeder seinem Fürsten verwandt sind. Wenn Jahrtausende aus den Deutschen nicht Ein Volk machen konnten, wenn von jeher Sachsen und Reich, Welfen und Waiblinger, Union und Ligue Deutschland zerrissen, so oft solche Art von Einheit zwischen Deutschland versucht wurde, so ist doch Geschichte und Pflicht von ihnen gleich gering geachtet; — ob vielleicht auch ihnen das Gouvernement einer Provinz oder sonst eine Machtstelle zufallen möchte, und vor allem ein reiches Einkommen . . . . Diese Menschen wollen durch Krieg der Deutschen gegen Deutsche Eintracht in Deutschland bringen, durch bittern gegenseitigen Haß Einheit der Regierung gründen und durch Mord, Plünderung und Notzucht altdeutsche Redlichkeit und Zucht vermehren." Schließlich bestritt er sogar, daß sich die patriotische Partei irgend welche Verdienste um die Erhebung von 1813 erworben habe; eine Begeisterung sei gar nicht vorhanden gewesen. Der ganze Krieg sei einfach vom Könige Friedrich Wilhelm organisiert worden. Wer etwas anderes behaupte, sage nur keck die Unwahrheit. Das ganze Volk habe vielmehr ruhig auf den Wink des Königs gewartet. „Keine Begeisterung", schloß er, „überall ruhiges und desto kräf-

tigeres Pflichtgefühl — alles eilte zu den Waffen und zu jeder Tätigkeit, wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt. — Und nun wollen jene den Ruhm des Volkes sich zulügen."

Diese Behauptungen und Anschuldigungen des Geheimrats Schmalz riefen ein ungeheures Aufsehen hervor. In so frecher Weise war noch niemals der Wahrheit ins Gesicht geschlagen worden. Entrüstet wiesen Niebuhr, Schleiermacher, Krug u. a. die Beschuldigungen zurück, und Niebuhr erklärte nachdrücklich, das Gerede von geheimen politischen Vereinen sei weiter nichts als ein leeres Märchen. Trotzdem erhielt sich der Erfolg der Schrift ungeschwächt und zog immer weitere Kreise.

Am tiefsten wurde von ihr wohl Friedrich Wilhelm III. berührt. Die Jakobiner waren in ihr heraufbeschworen worden; alle die Greuel der französischen Revolution mochten vor des Königs geistigem Auge wieder auftauchen. Entfesselte er jetzt nicht vielleicht alle jene wilden politischen Leidenschaften, die während der französischen Revolution so entsetzlich gewütet hatten, wenn er den nationalen Bestrebungen, die so laut nach Anerkennung rangen, die Zügel schießen ließ? Ängstlich suchte er die Schranken festzuhalten, in denen das Staatsleben sich zur Zeit bewegte, und alle Neuerungen, die ins Unsichere führten, fern zu halten. Damit aber hatte die Bureaukratie gesiegt. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg mußte, um sich im Amte zu erhalten, die liberale Richtung, die er bisher verfolgt hatte, aufgeben, und dadurch gewann der reaktionäre Polizeiminister Fürst Wittgenstein die Oberhand. Die Folgen zeigten sich bald. Die Debatte über die Schmalzsche Schrift wurde, ohne daß die Anschuldigungen auf ihren Grund geprüft worden waren, einfach durch eine Kabinettsordre vom 16. Januar 1816 verboten und außerdem die Zensurvorschriften verschärft. Bald nachher erfolgte die Entfernung vieler bedeutender Männer, die zur nationalen Partei gehörten, aus ihren Stellungen, so die Niebuhrs, Gruners, Steins, Blüchers, Gneisenaus, Yorks, während der Geheimrat Schmalz den roten Adlerorden erhielt.

Diese Schwenkung der Berliner Regierung zur antinationalen

Richtung rief in ganz Deutschland bei allen Nationalgesinnten den heftigsten Unmut hervor; die bisherigen Sympathieen für Preußen schlugen in allgemeinen Haß um. Aber es traten auch noch andere Folgen zu Tage. Die Regierungen von Bayern und Württemberg suchten jetzt die Sympathieen, die Preußen verloren hatte, für sich zu erwerben, nahmen im Umsehen die Miene einer nationalen Gesinnung an und begeisterten sich sogar für die deutsche Einheit, die sie bisher bekämpft hatten. Diese war auf einmal das allgemeine Bedürfnis aller deutschen Völker, und natürlich meinte man in München, daß nur Bayern den Mittelpunkt der deutschen Einheit bilden könne, während man in Stuttgart, wenn auch nicht so deutlich, auf Württemberg hinwies. Daß diese Deklamationen nur einen diplomatischen Schachzug darstellten, war natürlich jedem Einsichtigen klar. Eine weitere Folge der Schmalzschen Schrift bestand darin, daß Metternich, der jetzt mit den Regierungsgrundsätzen Preußens harmonierte, bald mehr und mehr das Ohr Friedrich Wilhelms III. gewann und schließlich den König ganz beherrschte. Dabei ordnete sich Preußen in verhängnisvoller Weise Österreich unter.

Dieses Ergebnis der Befreiungskriege erfüllte alle Nationalgesinnten mit dem Gefühl bitterer Enttäuschung. Eine allgemeine Hoffnungslosigkeit trat allerwärts zu Tage. Die Nation gab den deutschen Gedanken auf, und in den einzelnen Ländern wandte man sich jetzt den Sonderbestrebungen zu. Es begannen die Kämpfe um die durch den Artikel 13 der Bundesakte in Aussicht gestellten Verfassungen in den einzelnen deutschen Ländern. Hierbei büßte die öffentliche Meinung mehr und mehr ihren großen Zug ein; es bildete sich sogar eine gewisse Eifersucht unter den deutschen Ländern heraus, bei der man sich gegenseitig zu hemmen und zu beschränken suchte.

Doch vollzog sich die Lösung der Verfassungsfrage nur sehr langsam, und bei verschiedenen Staaten blieb sie vollständig aus. Der erste, der sein gegebenes Wort erfüllte, war der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar. Er eröffnete bereits am 7. April 1816 den ersten konstituierenden Landtag, worauf am 5. Mai 1816 das Grundgesetz über die landständische Verfassung

erschien. Die Verfassung entsprach auch den Erwartungen; nur inbetreff der Presse enttäuschte sie. Der Preßfreiheit war in der Verfassungsurkunde mit keinem Worte gedacht, sondern sie war nur als „besonderes Geschenk" von oben herab hinzugefügt worden. In Bayern wurde die Konstitutionsurkunde im Mai 1818, in Baden im August desselben Jahres verkündigt; in Württemberg kam erst nach langen unerquicklichen Kämpfen im September 1819 die neue Verfassung zu Stande; in Sachsen blieb es, da der König Friedrich August und der Hochadel sich wenig geneigt zeigten, bei einer ganz veralteten Schattenrepräsentation, die nur aus Prälaten, Rittern und den Vertretern der privilegierten Städte bestand. Ähnlich verhielt es sich in Hannover, doch schaltete hier die Willkür noch viel schlimmer. Dem Adel wurden wieder sämtliche Privilegien zuerkannt, die er in der westfälischen Zeit verloren hatte; die Bauern mußten also wieder alle Frohn- und Herrendienste und alle ehemaligen Abgaben an die Rittergutsbesitzer leisten; dabei wurden aber die Grundsteuern, die in der westfälischen Zeit statt der Herrendienste und sonstigen Abgaben eingeführt worden waren, keineswegs abgeschafft. Die Bauern mußten also jetzt doppelt zahlen. In Kurhessen entbrannte sehr bald ein äußerst heftiger Streit zwischen dem Kurfürsten Wilhelm I. und den nach Kassel einberufenen Ständen, besonders wegen der Trennung des Staatsvermögens vom Hausvermögen des Kurfürsten. Der Kurfürst suchte in ganz unerhörter Weise auf Kosten des Staates seine eigene Privatkasse zu bereichern und zeigte sich bei allen Verständigungsversuchen so halsstarrig, daß ein Grundgesetz nicht zu Stande kam. Daraus entwickelten sich die traurigsten Verhältnisse, so daß die Bauern am Diemelstrome in einer Adresse an die Deputierten klagend ausriefen: „Die Franzosenzeiten waren schlimm, aber die jetzigen sind, wenn man alle Gaben zusammenrechnet, noch schlimmer!"

Von den beiden Hauptmächten versank Österreich sehr bald wieder in jenes schwung- und begeisterungslose Genußleben, das es von jeher gekennzeichnet hatte, und Metternich tat alles, diese geistige Armut zu erhalten. Mit brutaler Zähigkeit bildete er jene „armselige Politik des Stillstandes und des Rückschritts"

heraus, bei der der Artikel 13 der Bundesakte jede Bedeutung verlor. Es blieb also bei den alten „Postulatenlandtagen", die ein bloßes Scheindasein führten.

Ganz anders in Preußen. Hier herrschte von jeher ein reges geistiges Leben; von hier aus war der Kampf gegen die Fremdherrschaft ausgegangen; auch jetzt noch erfüllten die politischen Ideen das öffentliche Leben, und alles drängte zur weiteren staatlichen Entwicklung. Vor allem verlangte man die versprochene Verfassung. Aber der König Friedrich Wilhelm III. war durch die Verdächtigungen der Schmalz und Genossen so besorgt geworden, daß er schließlich in dem Wahn lebte, der preußische Staat stehe am Rande eines Abgrundes, und es könne nur die Gefahr vermehren, wenn ihm jetzt eine ständische Verfassung gegeben würde. Und als er schließlich ungestüm mit Adressen bestürmt wurde, in denen man ihn an sein Versprechen von 1815 erinnerte, erklärte er in erregtem Tone in einer Kabinettsordre: Weder in dem Edikte vom 22. Mai 1815, noch in dem 13. Artikel der Bundesakte sei eine Zeit bestimmt worden, binnen welcher die Verfassung des Staates eingeführt werden solle. Nicht jede Zeit sei die rechte, eine Veränderung in der Verfassung des Staates einzuführen. Wer den Landesherrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschließung gegeben, daran erinnere, zweifle freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greife seinem Urteile über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassungen vor, welches Urteil ebenso frei sein müsse, wie der erste Entschluß es gewesen sei. Er *selbst* werde den Zeitpunkt bestimmen, *wann* die Zusage einer landständischen Verfassung in Erfüllung gehen solle, und er werde sich durch unzeitige Vorstellungen im richtigen Fortschreiten zu diesem Ziele, worüber unlängst die nötige Erklärung bei dem Bundesvereine abgegeben worden und demgemäß die weitere Vorbereitung erfolgen werde, nicht übereilen lassen. Der Untertanen Pflicht sei es, im Vertrauen auf die freie Entschließung, welche jene Zusicherung gegeben, und den betreffenden Artikel der Bundesakte veranlaßt habe, den Zeitpunkt abzuwarten, den er, von der Übersicht des Ganzen geleitet, zu ihrer Erfüllung geeignet finden werde.

Diesen „geeigneten Zeitpunkt" hat er aber nie gefunden, denn alsbald traten zwei Ereignisse ein, durch die er seine Anschauungen und seine Beurteilung der Zeitverhältnisse wesentlich bestärkt sah: das Überschäumen der jugendlichen Begeisterung beim Wartburgfeste und die Ermordung Kotzebues durch Sand.

Beide haben auf die staatliche und man kann sagen auf die ganze geistige Entwicklung Deutschlands einen ganz außerordentlich nachteiligen, tiefeinschneidenden Einfluß ausgeübt, doch nicht weil sie an sich hervorragende Taten waren, sondern weil die antinationale Partei sie für ihre Zwecke in der weitgehendsten Weise ausbeutete und ihnen dabei eine Wichtigkeit beilegte, die sie nie besessen haben. Wurden sie doch geradezu als die Vorboten der vor der Tür stehenden Revolution ausgerufen.

Wir wissen heute zur Genüge, daß die Feier auf der Wartburg von der edelsten Vaterlandsliebe, von tiefem sittlichen Ernst getragen war, daß eine hehre Begeisterung alle die deutschen Studenten erfüllte, die sich dort oben in der Feste versammelten.

Durch die Befreiungskriege war ein ernsterer Ton in die deutsche akademische Jugend gekommen. Viele Studenten hatten an den schweren Kämpfen gegen Napoleon teilgenommen und sahen sich nun, zu ihren Studien zurückgekehrt, von dem rohen „Komment der Landmannschaften" angewidert. Da schlug Jahn, der alte Freund der Jugend, vor, die Verbände der Landsmannschaften, die ja nur ein Abbild des zerstückelten Vaterlandes gäben, aufzulösen und an ihre Stelle eine einzige allgemeine Vereinigung, eine „Burschenschaft", zu setzen, als deren oberster Grundsatz die sittlich-wissenschaftliche Ausbildung zum Dienste des gemeinsamen Vaterlandes gelten müsse. Dieser Vorschlag fand Beifall; auf vielen Hochschulen wurden Zweigvereine der Burschenschaft gebildet, und auf der Wartburg erfolgte sodann am 18. Oktober 1817, am Schlachttage von Leipzig, der Zusammentritt der einzelnen Vereine zu der allgemeinen Vereinigung. Aus Berlin, Erlangen, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Kiel, Leipzig, Marburg, Rostock, Tübingen und Würzburg trafen Vertreter ein; außerdem nahmen an dem feierlichen Akt die Behörden von Eisenach und die Professoren Schweitzer, Oken, Fries

und Kieser aus Jena teil. Der Student Riemann, ein Ritt des Eisernen Kreuzes, hielt vor einem Altar die Weiherede, der er zur Anhänglichkeit an das große deutsche Vaterland mahn und in aller Namen gelobte, „zu streben nach jeder menschliche und vaterländischen Tugend“. Weiterhin sprach noch, von de Studenten dazu aufgefordert, Professor Fries in gleichem Sin und schloß mit den Worten: „So bleibe Euch und uns der Wah spruch: Ein Gott, Ein deutsches Schwert, Ein deutscher Geist fü Ehre und Gerechtigkeit!“

Damit schloß die offizielle Feier; doch wurde im Laufe de Tages noch manches begeisterte Worte gesprochen und auch a Nachmittage in Erinnerung an den Beginn der deutschen Refor mation vor dreihundert Jahren in der Stadtkirche zu Eisena ein Gottesdienst abgehalten. Aber es folgte am Abend auch no eine Nachfeier, und diese zog alle die unseligen Folgen nach sic die sich alsbald an das Wartburgfest knüpfen sollten. Eine klein Schar der Festteilnehmer hatte sich auf den der Wartburg gege überliegenden Wartenberg begeben, um dort zum Gedächtnis de Tages von Leipzig, wie es damals auf vielen Bergen Thüringen geschah, ein Freudenfeuer anzuzünden. Bald loderten denn auc die Flammen empor, und dabei kam einer der Studenten, Rödige aus Jena, auf den Einfall, auch die Zeugnisse des rückschritt lichen Geistes, der jetzt nach Herrschaft ringe, hier mitzuver brennen und sie dadurch der allgemeinen Verachtung preiszu geben. Darauf flogen die Schriften von Schmalz, Kamptz, Crome Dabelow, Kotzebue und noch mancher anderer — meist nur i ihrem Titel — in das prasselnde Feuer, und schließlich folgten sogar noch einige andere Symbole veralteter Zustände: ein preu ßisches Gardeschnürleib, ein österreichischer Korporalstock und ei hessischer Zopf.

Diese Posse blieb aber zunächst dem weitaus größten Teile der Festteilnehmer unbekannt; in der Überzeugung, eine schöne harmonische Feier begangen zu haben, zogen sie am anderen Morgen wieder in ihre Heimat. — Einige Zeit nachher jedoch erfuhren verschiedene der Geächteten etwas von dem Auto da-fe und erhoben nun großen Lärm; Herr von Kamptz geriet in hef

igsten Zorn; die reaktionäre Presse rief nach dem Strafrichter, und chließlich nahm die Diplomatie die Sache in die Hand. Eine Ambassade, die aus dem preußischen Staatskanzler Fürsten Har- denberg und dem österreichischen Bevollmächtigten Grafen Zichy bestand, begab sich mit gewichtiger Miene nach Weimar und Jena und beriet mit dem Großherzog die Maßregeln, die gegen diese höchst bedenklichen staatsgefährlichen Umtriebe zu treffen seien. Zugleich sandte das großherzogliche Ministerium ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, in welchem es sich gewissermaßen ent- schuldigte, solchen freventlichen Übermut zugelassen zu haben. Da- mit war aber die Angelegenheit keineswegs erledigt, sondern es begann jetzt jene unglückselige Verfolgung jeder freiheitlichen Re- gung, jene schmachvolle „Demagogenriecherei“, die über Deutschland soviel Schmerz, soviel Dumpfheit und Stumpfheit gebracht hat.

Verschärft wurde diese Situation durch die unselige Tat Sands im Frühjahr 1819. Kotzebue hatte sich nach den Be- freiungskriegen auf die Seite der Aristokratie gestellt und war zugleich in den Dienst der russischen Regierung getreten. Dieser berichtete er besonders über das politische Leben und vor allem über den Geist auf den Hochschulen. Dabei übergoß er alles, was sich dort regte, mit Spott und Hohn. Die Folge davon war ein ingrimmiger Haß der gesamten deutschen akademischen Jugend gegen ihn, der sich in dem leicht erregbaren Sand schließ- lich so weit steigerte, daß er im März 1819 nach Mannheim wanderte, wo Kotzebue damals lebte, und ihn mit den Worten „Hier, Verräter des Vaterlandes!“ niederstach.

„Wie ein Blitz schlug die Tat ins Volk!“ schreibt Görres in seinem Buche „Deutschland und die Revolution“, und Hardenberg soll bei der Nachricht von der Tat ausgerufen haben: „Nun ist eine Verfassung in Preußen eine Unmöglichkeit!“

---

2. Die Karlsbader Beschlüsse und die Ernennung einer Zentral-Kommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe. Die allgemeine Trostlosigkeit über die Entwicklung der Verhältnisse. Hasses Satire auf die Knebelung der Presse.

In der Tat hatte der Fürst Hardenberg die neue Situation, die sich durch die Ermordung Kotzebues ergab, sofort richtig

erkannt. Metternich nutzte die Stimmung eiligst aus, und der eingeschüchterte und des höchsten besorgte König Friedrich Wilhelm III. gab sich ihm ganz gefangen. Schon wenige Monate später brachte Metternich eine Ministerversammlung in Karlsbad zu stande, auf der die Gefahren, in die sowohl der Bund im ganzen wie die einzelnen Bundesstaaten durch die revolutionären Umtriebe und die demagogischen Verbindungen geraten seien, dargelegt uud die Maßregeln, die zu ergreifen seien, beraten wurden.

Wir sind heute durch die von 1880 bis 1884 von seinem Sohne und A. von Klinkowström herausgegebenen hinterlassenen Papiere Metternichs genau über die maßgebende Rolle, die der österreichische Staatsmann schon lange vor den Karlsbader Beschlüssen und dann während der Ministerkonferenz selbst spielte, unterrichtet. Bei dem heftigen Widerwillen, den er gegen jede Volksvertretung hegte, malte er den preußischen Staatsmännern schon bald nach dem Wartburgfeste die Gefahren, in die der preußische Staat geraten würde, wenn das Land die verheißene Verfassung erhielte, in den schwärzesten Farben. „Eine Zentralrepräsentation durch Volksdeputierte,“ schrieb er mit der ganzen Überzeugung von seiner hohen staatsmännischen Weisheit, „ist die Auflösung des preußischen Staates. Sie ist es, weil sich eine ähnliche Neuerung in keinem großen Staate ohne Revolution einführen läßt, oder zur Revolution führt, weil der preußische Staat vermöge seiner geographischen Lage und seiner Zusammensetzung keiner Zentralrepräsentation im reinen Begriff fähig ist, weil derselbe vor allem einer freien und gediegenen militärischen Kraft bedarf und diese nie neben einem reinen Repräsentativsystem bestehen kann und wird.“ Weiterhin erklärte er dann, daß Hand in Hand mit den Vorkehrungen gegen die Volksvertretungen auch die geeigneten Maßnahmen gegen die Preßfreiheit getroffen werden müßten, damit besonders dem Geschrei der Professoren, „der größten deutschen Revolutionäre“, ein Ende gemacht werden könne. Er hatte daher schon 1818 Verhandlungen wegen Beschränkung der Presse mit Preußen angeknüpft; es war aber zu keinem Ergebnis gekommen. Jetzt nun aber, nach der Ermordung Kotzebues, mußte das Eisen schnell geschmiedet werden, so lange es noch warm war.

Die erste Nachricht von der Tat erhielt der Fürst durch Gentz, der, nachdem er seinen Herrn von dem Ereignis unterrichtet hatte, sofort die Folgerung zog, „daß die gewaltsamsten Katastrophen in der moralischen und physischen Welt, wenn auch nicht mehr für die, welche darunter erlagen, doch für die übrigen nützlich und sogar wohltätig werden können, wenn sie Entschlüsse wecken und Maßnahmen befördern, die sonst vielleicht nur viel später, vielleicht nie zur Wirklichkeit gekommen wären." Sicherlich werde, da das Attentat gegen einen russischen Staatsbeamten verübt worden sei, Kaiser Alexander ohne allen Rückhalt auf Preußen, auf Bayern, auf Deutschland einzuwirken suchen und dadurch aller Unentschiedenheit und Halbheit ein Ziel setzen. Besonders aber, des sei er überzeugt, werde nun auf eine Reihe von Jahren den Debatten über die Preßfreiheit ein Ende gemacht sein, denn es sei kaum glaublich, „daß irgend ein Bundesstaat unverschämt genug wäre, jetzt noch die Einführung der Preßfreiheit denjenigen Regierungen zuzumuten, die sie bisher nicht geduldet haben." Jedenfalls werde Österreich die erste Gelegenheit ergreifen, um mit Nachdruck zu erklären, „daß es den ewig unverzeihlichen Artikel der Bundesakte, der von gleichförmigen Verfügungen über diesen, die innere Landeshoheit und Souveränetät in ihren allerwesentlichsten Rechten und Verpflichtungen berührenden Gegenstand spricht und träumt, ein für allemal als unausführbar und abgetan betrachtet und in keiner Diskussion darüber je wieder teilnehmen wird."

Diesen Ansichten stimmte der Fürst vollständig bei. Er erwiderte, er sei entschlossen, „der Sache die beste Folge zu geben, die möglichste Partie daraus zu ziehen"; aber es beschlich ihn doch eine gewisse Angst, auch er könne einmal von dem „Dolche irgend eines Narren" erreicht werden, darum möge man die Angelegenheit mit möglichster Ruhe und Kälte behandeln. Der ganze Feldzug dürfe kein Aufsehen erregen.

Die Beratungen in Karlsbad (von Ende August bis Anfang September 1819) wurden daher in aller Stille gepflogen. Bevor sie jedoch eröffnet wurden, nahm Metternich in Teplitz Gelegen-

heit, dem Könige von Preußen erst in der geschicktesten, aber auch intensivsten Weise seine Ansichten über die Lage darzulegen und ihn für die Maßregeln, die zu ergreifen seien, zu gewinnen. Die Verschwörung habe, erklärte er dem Könige rundweg, ihren Ursprung und ihren Sitz in Preußen; die unteren Verschwörer seien nunmehr bekannt, die oberen noch nicht; doch wisse man so viel von ihnen, daß sie in den höchsten Kreisen zu suchen seien. Und als der König den Wunsch aussprach, es möchten während Metternichs Anwesenheit gleich bestimmte Grundsätze festgesetzt werden, die sodann unverbrüchlich ausgeführt werden müßten, erwiderte Metternich, die ganze Sache beschränke sich auf einen Satz. Wenn Seine Majestät entschlossen sei, keine Volksvertretung in seinem Staate einzuführen, der sich weniger als irgend ein anderer hierzu eigne, so sei die Möglichkeit der Hülfe vorhanden. Sonst bestehe keine andere. „Dies war bereits meine Idee," entgegnete der König; „trachten Sie, die Leute schriftlich zu binden."

Damit hatte Metternich seine Vollmacht. Der König gab ihm förmlich plein pouvoir, und er konnte daher in der Konferenz alles das durchsetzen, was er wollte. Er schilderte die Lage als im höchsten Grade bedenklich und erklärte schließlich, falls der deutsche Bund sich nicht zur Bekämpfung der Revolution aufraffen wolle, Österreich sich im ärgsten Falle allein retten werde.

Darauf schlug Preußen einen Gerichtshof für Revolutionäre und Verschwörer vor; allein Metternich entgegnete, es sei doch nicht sicher, daß man schon in der nächsten Zeit eine größere Anzahl von Schuldigen, die man zu Kapitalstrafen verurteilen könne, herauszufinden vermöge. Würde nun aber eine so große Anstalt nur mit kleinen Resultaten zu tun haben, so wäre das eher kompromittierend, als heilbringend. Er befürworte daher nur die Errichtung einer Untersuchungskommission; habe diese genügendes Material zu Tage gefördert, so könne man sich immer noch zur Errichtung des Gerichtshofes entschließen.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, worauf das nähere in einer Reihe von geheimen Konferenzen festgestellt wurde.

Die Außenwelt erfuhr aber davon zunächst nichts; doch wurden die Beschlüsse sofort dem Bundestags-Präsidial-Gesandten Grafen von Buol-Schauenstein mitgeteilt, worauf dieser am 20. September der Bundesversammlung zu Frankfurt in einem längeren Vortrage die Gärung in den Gemütern, besonders der akademischen Jugend, und die bedenkliche Lage, in der sich die deutschen Staaten befänden, schilderte, bis er schließlich die Maßregeln nannte, die zur Bekämpfung dieser Gefahr zu ergreifen seien — es waren die Beschlüsse des Karlsbader Kongresses.

Es wurden folgende Punkte zu genauer Erwägung empfohlen: 1. die Ungewißheit über den Sinn und die daraus entsprungenen Mißdeutungen des Artikels 13 der Bundesakte; 2. die unrichtigen Vorstellungen von den der Bundsversammlung zustehenden Befugnissen und von der Unzulänglichkeit der Mittel, wodurch diese Befugnisse geltend gemacht werden könnten; 3. die anerkannten Gebrechen des Schul- und Universitäten-Wesens; 4. der Mißbrauch der Presse und insbesondere der von den Zeitungen und Flugschriften bisher getriebene Unfug, und endlich 5. die sträflichen Umtriebe zur Bewirkung einer Revolution in Deutschland.

Und darauf stellte der Präsidial-Gesandte den Antrag: hinsichtlich des ersten Punktes baldigst eine angemessene, dem „monarchischen Prinzipe“ entsprechende Auslegung und Erläuterung des fraglichen Artikels folgen zu lassen, vor dessen Erscheinen jedoch bei den in mehreren Bundesstaaten vorliegenden ständischen Arbeiten keine Beschlüsse gefaßt werden möchten; inbetreff des zweiten Punktes teilte er der Bundesversammlung den Entwurf einer Exekutions-Ordnung mit, deren Prüfung sofort vorgenommen werden sollte; gleiches geschah mit einem Plane, welcher die gegen die Universitäten zu ergreifenden Maßregeln enthielt; von ähnlicher Wichtigkeit war der Entwurf zu einem provisorischen Beschlusse, durch welchen die Preßmißbräuche, besonders in Beziehung auf Zeitungen und Flugschriften, verhütet werden sollten. Was endlich den fünften Punkt betraf, so schlug Graf von Buol die Ernennung einer Zentral-Kommission vor, die eine vom Bundestage ausgehende und unter dessen unmittelbarer

Aufsicht stehende Untersuchung der demagogischen Umtriebe i Deutschland einleiten und bis zur Gewinnung genügender Re tate fortführen sollte.

Dieser Antrag wurde sofort mit einer Eilfertigkeit, die di Körperschaft bisher nie gezeigt hatte, ohne alle Diskussion dur bloß summarische Abstimmung angenommen, und der Bundest wählte außerdem noch einen Ausschuß, der darauf zu achten hat daß die auf die Eingaben, Berichte und Anträge hin gefaßten B schlüsse auch zur Ausführung kamen. Würden, hieß es in d Instruktion dieses Ausschusses, die Beschlüsse in einem einzeln Bundesstaate wegen Widersetzlichkeit der Staatsangehörigen u Untertanen nicht vollzogen, und die betreffende Landesregieru wäre nicht vermögend, jene Widersetzlichkeiten zu heben, so h der Bundestag den Vollzug durch militärische Assistenz der das besagte Staatsgebiet einrückenden Truppen zu bewirken, w bei auch der Bundestag sowohl die Zahl der Exekutionstrupp als die zu deren Stellung verpflichteten Bundesstaaten bestimm werde. Liege dagegen der Grund der Nichtvollziehung des Bund tagesbeschlusses in einer Weigerung der betreffenden Bundesstaat regierung, so solle die militärische Exekution gegen die Regieru jenes Bundesstaates gerichtet werden.

Weiterhin wurden die Grundzüge für eine Überwachung d Universitäten festgesetzt und die schärfsten Maßregeln gegen d Mißbrauch der sogenannten Preßfreiheit angeordnet. Na diesem durften in keinem Bundesstaate weder periodische Blätte noch überhaupt Schriften, die weniger als 20 Druckbogen zählte ohne vorhergegangene Genehmigung der Landesbehörde im Dru erscheinen. Jeder einzelne Bundesstaat ward für solche unte seiner Oberaufsicht erscheinenden Druckschriften der Gesamtheit de Bundes verantwortlich gemacht; überdies behielt sich die Bunde versammlung auch das Recht vor, Schriften unter 20 Bogen, d nach ihrer Meinung der Würde und Sicherheit des Bundes un der Bundesstaaten nachteilig seien, aus eigener Machtvollkommen heit zu verbieten, ohne daß gegen ihren Spruch eine Appellatio stattfinden könne; die betreffenden Regierungen aber sollten ver pflichtet sein, diesen Spruch zu vollziehen. Sämtliche Bundes

mitglieder machten sich ferner anheischig, dem Bundestage, binnen zwei Monaten von Bekanntmachung dieser Beschlüsse an, zu berichten, durch welche Maßregeln sie die Ausführung des Beschlusses über die Zeitungen und kleinen Druckschriften zu bewerkstelligen gedächten. Übrigens sollten alle Druckschriften ohne Ausnahme von nun an mit dem Namen des Verlegers bekannt gemacht werden, der ganze Beschluß über die Presse aber für die Dauer von fünf Jahren, vom 20. September 1819 angerechnet, in Kraft verbleiben.

Betreffs des fünften Punkes endlich, der Ernennung einer Zentralbehörde zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe, wurde beschlossen, die erforderlichen Kommissarien durch sieben mittelst Stimmenmehrheit gewählte Bundesmitglieder zu ernennen. Doch durften diese Kommissarien nur aus solchen Staatsdienern genommen werden, die in richterlichen Verhältnissen ständen, oder doch früher in solchen gestanden hätten. Ihren Präsidenten hätten die Kommissarien selbst zu ernennen. Der Zentralbehörde ward weiterhin die Oberleitung der in verschiedenen Bundesstaaten bereits angefangenen Untersuchungen über revolutionäre Umtriebe übertragen, und mithin sollten ihr auf Ersuchen unweigerlich und unverzüglich alle Akten zugesandt werden. Als Sitz der Behörde wurde Mainz gewählt, wo auch das entsprechende Gefängnis zur Verfügung war. Am 8. November 1819 konnte diese Inquisitionsbehörde bereits ihre erste Sitzung halten.

Alles, was Metternich vorgeschlagen hatte, war also angenommen, das ganze politische, ja das ganze geistige Leben Deutschlands in die schwersten Fesseln gelegt worden. Mit Stolz blickte denn auch der Fürst auf diesen ungeheuren Erfolg. Er kam sich vor wie ein Heros, der Deutschland, ja Europa von dem Sturz in den Abgrund gerettet hatte. „Eine neue Ära tut sich auf," schrieb er triumphierend an den Prinzregenten von England, und in einem anderen Briefe jener Tage erklärte er die „Karlsbader Epoche" für eine der wichtigsten seines Lebens. Zugleich stimmten die Minister der kleinen Staaten, die nicht in Karlsbad vertreten waren, Hymnen auf den Drachentöter des Liberalismus an, und der Großherzog von Hessen fühlte sich nicht nur gedrungen, für

die weise Fürsorge und die tiefe Einsicht des Fürsten Metternich zu danken, sondern auch noch seine Freude darüber auszusprechen, daß seine gute Stadt Mainz zum Sitze der Untersuchungskommission gewählt worden sei.

Das deutsche Volk aber blickte bestürzt auf diese Beschlüsse des Bundestages; es konnte nicht fassen, daß der hehre Traum von der deutschen Herrlichkeit wirklich zerronnen sei. Als jedoch kein Zweifel mehr übrig blieb, als allerwärts die Verfolgungen begannen, zogen sich die Männer des Volkes aus dem öffentlichen Leben zurück, und der ganzen Nation bemächtigte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit, eine allgemeine Trostlosigkeit. Denn sich aufzulehnen gegen diese unerhörte Beraubung ihrer Freiheit war ihr ja unmöglich; sie durfte nicht einmal öffentlich Klage erheben. Nur unter dem Schleier der Satire konnte hie und da einmal gewagt werden, die neugeschaffene Situation zu beleuchten. Am geistreichsten geschah dies in einer Broschüre, die Ende 1819 bei F. A. Brockhaus in Leipzig unter dem Titel „(Friedrich von Gentz) Seiner Königlichen Majestät Friedrich Wilhelm dem Dritten bei der Thronbesteigung alleruntertänigst überreicht (Am 16. Nov. 1797). Neuer wörtlicher Abdruck nebst einem Vorwort über das Damals und Jetzt von einem Dritten geschrieben am 16. November 1819)“ erschien.

Der Wiederabdruck dieses berühmten Briefes, in welchem Gentz den jungen Monarchen mit hinreißender Beredsamkeit um Gewährung der Preßfreiheit bat, wurde mit feiner Ironie in einem längeren Vorworte dahin begründet, daß, nachdem nun alle Verhältnisse geordnet seien, das Jahr 1820 dem Königreich Preußen die versprochene Verfassung und die Preßfreiheit bringen werde. Dann entwickelt der Verfasser hauptsächlich die Wichtigkeit des freien Wortes. Er erinnert daran, welche moralische Kraft dem preußischen Staate in den traurigen Jahren von 1807 bis 1815 die öffentliche Meinung gegeben habe. Jetzt nun, da die Idee der Freiheit des Gedankens mit der Idee des Vaterlandes aufs innigste verbunden sei, werde die öffentliche Meinung noch viel segensreicher wirken können. Darum sei die Preßfreiheit von höchster Wichtigkeit. Napoleon wollte das Schwertrecht an die Stelle des

Vernunftrechts setzen, aber „zu keiner Zeit wird irgend ein Ver-
tand, eine Macht, oder ein Wille die Vernunft unterdrücken
önnen, deren Wesen die Wahrheit ist. Das Leben der Wahr-
heit aber ist die freie Mitteilung. Aus ungehinderter Rede
und Gegenrede, die jedoch darum so wenig, als die Tat des
einzelnen, straflos sein soll, entspringt das Wahre; aus gehinderter
Rede und Gegenrede dagegen entspringt auf seiten derer, die
hören: — sind es die Befehlenden, Unwissenheit und Irrtum; —
ind es die Gehorchenden, — Mißtrauen und Widerwille gegen
das erlaubte, Vorliebe und Begierde zu dem verbotenen Druck-
vorte; auf seiten derer, die sprechen, entspringt daraus: leiden-
chaftliche Entstellung des Wahren, oder listige Umgehung des
Verbots, oder jene sophistischen Erörterungen, die das Klare un-
lar machen, indem sie das Vorurteil mit der Wahrheit aus-
öhnen wollen. Die ernste, ruhige Prüfung schweigt, oder sie
vird von dem Mißtrauen nicht gehört, weil sie verdächtig er-
cheint, wenn sie im Sinne der Regierung spricht." Wohl seien
durch mancherlei ungeduldige und leidenschaftliche Äußerungen
aber gewiß nur einzelne könne die Schuld und die Strafe hoch-
verräterischer Umtriebe treffen, nicht die ganze Nation!) die An-
ichten von dem, was die Zeit zur Reife gebracht habe, verdunkelt,
die Gemüter verwirrt und die Unbefangenheit gestört worden,
doch habe die Einführung einer repräsentativen Verfassung in
Württemberg, Bayern und Baden bewiesen, daß die Stiftung
ines solchen Bundes, wie er dort zwischen Volk und Thron ge-
chlossen, den Völkern einen größeren Festtag bringe, als je die
Thronbesteigung eines ersehnten Fürsten herbeigeführt habe. Ebenso
verde es sich mit der Preßfreiheit verhalten. Diese werde nicht
nur die schnellste Verständigung zwischen Thron und Volk herbei-
ühren, sondern auch den Thron vor allen revolutionären Um-
rieben schützen. Und sind die Preßfreiheit und die stellvertretende
Verfassung gewährt, ist durch beide der allgemeine Wunsch der
Völker und das Wiener Fürstenwort von 1815 erfüllt, so wird
uch die bittre, oft ungestüme und vielen stets unbequeme Mahnung
er Preßfreiheit an noch nicht gelöste Verbindlichkeiten von selbst
erstummen." „Doch ferne sei es jetzt," schließt der Verfasser,

„mitten unter den neu entstandenen oder noch entstehenden liberalen Verfassungen das Obsiegen der Reaktion einer vergangenen Zeit, die sich selbst überlebt hat, im Kampfe mit der neuen, die sich in Frankreich, in den Niederlanden, in Skandinavien und in Polen, selbst in einem großen Teile von Deutschland schon lebenskräftig gestaltet hat, befürchten zu wollen .... Deutschland ist frei und einig; das Besitztum der Fürsten ist gesichert; Monarchen und Republiken haben sich durch den heiligen Bund und die Mächte Europas im Sinne jener Urkunde, durch die Aachener Deklaration, zur Befolgung der Grundsätze des Christentums und des Völkerrechts verbunden, und gerade jetzt sollte das Rad der Zeit umgedreht werden? Unmöglich!“

Die Broschüre erregte großes Aufsehen. Ganz besonders erbittert war Gentz, der sein Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III. als seine einzige politische Sünde ansah und sich bisher wohl in dem Glauben gewiegt hatte, daß sie so ziemlich vergessen sei. Über den Verfasser des Vorworts riet man hin und her und suchte ihn in Berlin; er befand sich aber in Dresden und war der Professor Friedrich Christian August Hasse (geb. 4. Juni 1773 in Rehfeld bei Herzberg a. d. E., gest. 6. Febr. 1848 zu Leipzig). Den Gedanken, den Gentzschen Brief wieder hervorzuziehen, hatte der Buchhändler Brockhaus selbst gehabt.*)

Irgend welchen bestimmenden Einfluß übte die Broschüre natürlich nicht aus. Hasse hatte ganz recht, wenn er an Brockhaus schrieb: „Gentz wird nicht deshalb in sich gehen! Höchstens verdirbt sie ihm den Appetit zu einer Sauce, die ihm einer seiner drei Köche vorgesetzt hat.“

Die Reaktion brach von allen Seiten herein und suchte mit brutaler Faust alle Regungen des vaterländischen Geistes niederzuschlagen.

Tiefbekümmert begruben die Patrioten alle ihre Hoffnungen. „Ich weiß nicht“, klagte Arnim in einem Briefe an Wilhelm Grimm, „ob es mein wundes Gefühl ist, das mir die Grillen

*) Heinrich Eduard Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipzig 1876. 2. Teil, S. 322 ff.

macht; aber je näher, ruhiger und sicherer ich das innere Leben der Staaten sehe, so lauter ruft es in mir, daß eine harte Zeit des Zwanges, der Willkür und Nachlässigkeit über uns eindringt, daß ich nirgends einen wahren Zusammenhalt gegen die Torheiten der (Hardenbergschen) Regierung und nirgends die Einleitung zu besserer Verfassung sehen kann", und Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Begründer des neuen deutschen Reiches, schrieb in einem vertraulichen Briefe an einen Freund, den General von Natzmer: „Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solchen Resultates halber? Es ist dies eine wichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage." *)

*) von Natzmer, Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer, Gotha. 1887. Teil I, S. 120.



Zweites Kapitel.

Die Preßverhältnisse in Preußen.

1. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg über die Presse. Wilhelm von Humboldt über die Preßfreiheit. Die Preßverhältnisse in den verschiedenen preußischen Landesteilen. Die preußische Kommission zur Ausarbeitung eines Preßgesetzes.

Die ganze Skala der Gemütsbewegungen, die das deutsche Volk in dem kurzen Zeitraume von 1814 bis 1819 von der jubelnden Freude bis zur bittern Enttäuschung durchmachen mußte, spiegelt sich auch in der Presse jener Zeit wider. Auch hier steigen wir von der flammenden Begeisterung der ersten Jahre nach und nach hinab bis zur tiefen, schmerzvollen Traurigkeit. Doch ist das allgemeine Bild der Zeitungslitteratur noch vielfach unausgeglichen; beständig empfindet man, daß man in einer Zeit des Überganges steht, der aus den Jahren der schweren Bedrückung noch manches anhaftet. In verschiedenen Teilen des Reiches, besonders im Süden, wo in der Rheinbundszeit jedwede geistige Regung erstickt worden war, vermochte man den freieren Blick so schnell noch nicht zu gewinnen, und im Norden, in Berlin, wachte nach wie vor ein ängstliches Polizeiregiment; dagegen entwickelte sich im Westen und in dem besonders erleuchteten kleinen Sachsen-Weimar mit großer Schnelligkeit eine bedeutende Zeitungslitteratur, aus der uns Zeitbilder entgegenstrahlen, die von wahrhaft genialem Griffel entworfen sind. Erfüllt von hehrer Begeisterung, treten diese Zeitungen mit hinreißender Begeisterung für den Aufbau des Vaterlandes ein.

Doch schwebten die meisten dieser Zeitungen beständig in der
ößten Gefahr. Nur in Sachsen-Weimar war, wie schon er-
ähnt wurde, die Preßfreiheit gewährt worden; im übrigen
eutschland sahen die Zeitungen ihre Existenz durch nichts ge-
hert; es herrschte in Betreff der Preßverhältnisse die größte
erwirrung. Zwar war in die Bundesakte als Artikel 18 die
estimmung aufgenommen worden: „Die Bundesversammlung
ird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit der Abfassung
eichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit beschäftigen",
lein erst vier Jahre später, am 12. Oktober 1818, kamen die
erren Gesandten dazu, einen Ausschuß und einen Referenten zu
nennen, die der Frage der Preßfreiheit nähertreten sollten. Der
usschuß wandte sich darauf mit der Bitte um Rat und Vor-
hläge an die Einzelstaaten; von diesen scheint sich aber nur
reußen um das Anliegen gekümmert zu haben.

In Preußen lagen die Preßverhältnisse ganz besonders
erwickelt. Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses waren
llerlei Landesteile zu Preußen gekommen, in denen die verschie-
ensten Bestimmungen über die Presse galten. In den vormals
eistlichen Herrschaften am Rhein waren durch das französische
Willkürregiment die Bestimmungen ganz verwischt worden; man
ußte nicht aus noch ein; in Schwedisch-Pommern hatte es gar
eine beschränkenden Gesetze gegeben. Der Staatskanzler Fürst
Hardenberg ließ es daher alsbald seine Sorge sein, hier eine ge-
wisse Ordnung zu schaffen. In einem Schreiben vom 22. Sep-
ember 1815 an den Justizminister von Kircheisen erklärte er,
aß die bestehenden Zensurgesetze dem Geiste der Zeit nicht mehr
ngemessen seien, weshalb er sie einer sorgfältigen Revision zu
nterziehen für nötig erachtet habe, und am 17. Dezember bat
r denselben Minister, ihm einen Aufsatz von Suarez, dem be-
rühmten Mitarbeiter am Landrecht, über Zensurgesetze und Preß-
freiheit mitzuteilen. „Unsere Umstände machen es höchst dringend,"
bemerkte er dabei, „die von mir schon längst beabsichtigte Revision
unserer Zensurgesetze und auf der einen Seite die Bewilligung
einer durch angemessene Bestimmungen geregelten Preßfreiheit,
auf der andern eine Beschränkung der hier und da überhand-

nehmenden Zügellosigkeit äußerst zu beschleunigen. Denn wenn einerseits die bisherigen Beschränkungen nicht mehr der liberalen Tendenz unsrer Regierung entsprechen, so darf von der anderen Seite die gefährliche Licenz nicht länger geduldet werden, mit welcher seit einiger Zeit mehrere politische Schriftsteller und Journalisten das Publikum zum Mißvergnügen zu stimmen suchen. Es ist daher meine Absicht, diese Angelegenheit einer sorgfältigen Prüfung und Erwägung zu unterziehen."

Weiterhin forderte Hardenberg ein Gutachten von Wilhelm von Humboldt über die Preßfreiheit ein, und dieser sandte unter dem 6. Januar 1816 aus Frankfurt a. M. einen längeren Bericht, in welchem er die Stellung der Regierung zur Presse ausführlich beleuchtete. „Die Festsetzung dessen, was gesetzlich als Mißbrauch der Preßfreiheit gelten soll", schrieb er, „muß je… einfach und ja nicht, weder in der Sache selbst, noch in der Ausführlichkeit der Bestimmung, zu ängstlich gemacht werden. Es ist hier wie überall sonst unmöglich, die Richter in Maschinen zu verwandeln, und es wäre furchtbar, wenn man ungerechte Beschränkungen der Preßfreiheit, die bei Zensurbehörden wenigstens noch durch Persönlichkeit und Zufall gemildert werden, zu gesetzlichem Zwang machen und sich des ehrwürdigen Namens der Gesetze und Gerichte bedienen wollte, ihnen ein geheiligtes Ansehen zu geben. Hiervon muß selbst der leiseste Verdacht vermieden werden. So schwierig auch auf den ersten Anblick die Bestimmung des rechtmäßigen Gebrauches der Preßfreiheit zu sein scheint, so wird man doch, wenn man auf der einen Seite sich Werke denkt, die irgend eine, auch das Staatenwohl sehr noch angehende Materie blos theoretisch behandeln, und mit denen die Zensur billigerweise gar nichts zu tun hat, und auf der anderen Seite eine Flugschrift, die zu einer bestimmten und zwar unerlaubten Handlung auffordert, die mehr ein gedruckter Aufruf als ein Buch genannt zu werden verdient, und mit dem wieder die Preßfreiheit nicht zu schaffen hat, nicht so gar schwer die Mittellinie finden, jenseits welcher ein Herausgeber vor aller Verantwortung sicher ist, und diesseits der er zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Mitteilung wahrer Tatsachen, welcher Art sie auch

n möchten, die Erwähnung selbst von Gerüchten, wenn nur e Absicht klar ist, dadurch der Wahrheit näher zu kommen, ruhige, mit Gründen belegte, wenn übrigens auch ganz stimmte Kritik von vollendeten Maßregeln der Regierung oder nzelner Staatsbeamten, Äußerung von Wünschen, Rat und Warnung bei noch nicht vollendeten, würde der Staat immer nrecht haben, zu erschweren; über Fälle dieser Art dürfte da- r der Schriftsteller nie verantwortlich gemacht werden. In esen Dingen kann die Verantwortlichkeit erst angehen, wenn er gen besseres Wissen die Tatsachen entstellt, oder die Mittel, sich unterrichten, versäumt, oder sich Tatsachen zu erzählen unter- ingt, deren Erforschung ihm nicht möglich ist, und deren Ver- reitung, wenn sie unrichtig wäre, gefährlich sein würde, wenn : dies Unerwiesene, ohne es als solches zu bezeichnen, hinstellt nd sich, bei erfolgter Widerlegung, noch rühmt, zur Ausmitte- ng der Wahrheit beigetragen zu haben, wenn er die Maske des erüchts nur gebraucht, um etwas Verunglimpfendes sagen zu ürfen, wenn Urteil, Rat und Warnung dem Ton und Vortrag ach die Absicht verraten, auch durch etwas anderes als ihren neren Gehalt wirken zu sollen und sich daher als eine Art nrechtmäßiger Macht herandrängen. Gestattung großer Frei- eit, aber unverbrüchlicher Wachsamkeit über diejenige Grenze, elche zum Wohl aller und nicht am wenigsten zur Erhaltung er Würde der Schriftsteller selbst gezogen werden muß, sind ewiß das zuverlässigste Mittel, die Rechte des Staates und der Bürger von dieser Seite sicher zu stellen." Nach diesen Aus- ührungen tut Humboldt dar, daß Preßprozesse in einer Instanz nd zwar bei dem Obergerichte entschieden werden, daß die Regierung so selten wie möglich Klage erheben solle wegen Ver- etzung ihrer Rechte.*) Als Strafe könnte, so führt er aus, nur

*) Görres schlägt vor (Rh. Merk. Nr. 94), die Presse möchte, statt nter einen Zensor, unter eine Art von geschworenem Gericht gestellt erden, das, bei jedem bedeutenden Mißbrauch eigens berufen, nach Pflicht nd Gewissen über einen Gegenstand entscheiden könne, der sich keineswegs durch esetz zum voraus bestimmen lasse. Die Glieder dieses Gerichtshofes müßten urch die Art ihres Berufes alle die Freiheit und Unabhängigkeit erhalten, ie sie über erbärmliche Furcht und Schreckhaftigkeit erheben könnte.

angewendet werden: „Warnung vor Gericht, öffentlich bekan gemachter Verweis, Geldbuße“; der höchste Grad der Strafe müß die Unterwerfung des Schriftstellers, Druckers oder Verlege unter eine Zensur sein, die bei Schriftstellern nicht über drei, b Verlegern nicht über ein Jahr dauern sollte.*)

Diese letzteren Vorschläge waren allerdings recht seltsam; zeigen aber, wie angelegentlich man sich in diesen Jahren na bemühte, ohne zu große Einengung zweckmäßige rechtliche Ve hältnisse zu schaffen.

Um einen gewissen festen Boden unter die Füße zu bekomme suchte man zunächst festzustellen, ob und wie weit die alten Zens gesetze bindend waren, und da liefen nun nach erfolgter Umfra sehr verschiedene Berichte ein. Von der Regierung in Cle wurde gemeldet, daß seit der Wiedervereinigung von Jülich-Cle und Mark mit dem preußischen Staate das „Zensur-Edikt“, d früher bestanden habe, oder irgend ein anderes, nicht öffentlich bekan gemacht worden sei. „Hieraus folge eine dermalen unbeding Preßfreiheit, welche, wenn sie auch bei wissenschaftlichen Gege ständen von Nutzen sein könne, dennoch in Zeitungen, beso ders bei politischen Artikeln, von unverkennbar nachteiligen Folge auf die in den neuern Provinzen ohnehin durch mancherlei äuße Entwicklungen noch nicht befestigte öffentliche Stimmung sein könne.

Dem gegenüber erklärte jedoch der Justizminister von Kirch eisen, von dem Fürsten Hardenberg um Rat befragt, daß da Zensur-Edikt vom 19. Dezember 1788 zwar in den neuen un wieder vereinigten Provinzen nicht schon vermöge der ergangene Publikationspatente für eingeführt zu betrachten sei, weil diese sic bloß auf die das allgemeine preußische Landrecht abändernden ergänzenden und erläuternden Ordnungen beschränken, und wei genanntes Edikt als ein vor Einführung des allgemeinen Land rechts ergangenes, nicht namentlich angezogenes Gesetz zur Kate gorie jener letztern nicht zu rechnen sei. Dagegen sei der hin sichtlich der alten Provinzen erhobene Zweifel von den Gerichts-

---

*) Aus amtlichen Berichten Wilhelms von Humboldt im Jahre 181[?] (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Leipzig 1894.

hörden nie erhoben und erledige sich dadurch, daß das genannte ensur-Edikt als eine für sich selbst bestehende Polizeiordnung selbst eingeführt gewesen sei und ununterbrochen gesetzliche Gül-gkeit gehabt habe.

Dieser Auffassung schloß sich Fürst Hardenberg an und hnte es deshalb auch dem Polizeiminister Fürsten Wittgenstein egenüber unter dem 17. Januar 1819 ab, das Zensur-Edikt in en wiedererworbenen Provinzen neu zu publizieren. „Wir sind tzt damit beschäftigt", fügte er seinem Schreiben hinzu, „behufs er Beratung über die Freiheit der Presse auf dem Bundestage ns in dieser Angelegenheit zu äußern. Es würde befremden und u Mißdeutungen Anlaß geben, wenn wir in demselben Augen-blicke besondere Anordnungen, die der Freiheit der Presse sehr ngünstig sind, publizieren wollten. Die Inkonvenienzen, die aus er Nicht-Publikation und Nicht-Anwendung dieser Gesetze in inigen Provinzen entstehen, sind wenig bedeutend, da schon die Vorschriften des allgemeinen Landrechts vollkommen hinreichen, ügellose Schriftsteller im Zaum zu halten und zu strafen, venn sie durch den Mißbrauch der Presse dem Gemeinwesen chädlich werden. Ich wünsche daher, daß diese Angelegenheit für etzt auf sich beruhen bleibe."

Recht bedenklich sah es in den vormals geistlichen Herr-schaften am Rhein aus. Dort schätzte man sich sehr hoch ein und var recht wenig über die Verschmelzung mit Preußen erbaut, das man nur als ein hartes Land mit kümmerlichen Reizen und öden Sandflächen kannte. „Jesus, Maria, Joseph! Do hirohde mer in n' ärm Famillige!" rief jammernd der alte Bankier Schaafhausen in Köln, als er die Nachricht von der beschlossenen Vereinigung seiner Vaterstadt mit Preußen erhielt.*) Als ganz selbstverständlich sah man es an, daß man besondere Berücksich-tigung erfahren, womgölich besondere Vorrechte, erhalten werde, und setzte es denn auch durch, daß das bisherige französische Ge-setz beibehalten wurde.

Eine ganz besondere Enttäuschung erfuhr aber die Presse.

*) Berger, Der alte Harkort. Leipzig. 1890, S. 148.

Durch einen Korpsbefehl des Generals von Thielmann an säm
liche Generale des dritten deutschen Armee-Korps, datiert d.
Coblenz am 31. Juli 1814, in welchem das Vorgehen ein
Hauptmanns gegen den Herausgeber des „Rheinischen Merkur
verurteilt wurde, kam auch der Satz vor, daß sich die Milit
behörde nicht für befugt halten dürfe, der durch die allerhöch
Behörden tolerierten Preßfreiheit Schranken zu setzen, „da d
Preßfreiheit als das Palladium der Freiheit der Völ
und als das schönste Kleinod der errungenen Si
von jedem Vernünftigen angesehen werden muß.“ Die
Ausspruch erweckte unbegrenzte Hoffnungen. Leider zerrannen d
sehr bald und schlugen in Enttäuschung um.

Allerlei Mißverständnisse und Mißgriffe der aus dem D
herübergenommenen Beamten kamen noch dazu, die Situtian we
zu verschlimmern, sodaß die Verstimmung beständig wuchs u
sich schließlich bis zur heftigen Gereiztheit steigerte.

So ungefähr lagen die Verhältnisse, als aus Frankfurt d
Aufforderung in Berlin eintraf, Vorschläge für ein Preßgesetz
machen, und der König kam ihr auch offenbar sehr gern na
mochte er doch hoffen, die Schwierigkeiten mit Hülfe des Bund
tages am ehesten zu überwinden. Bereits zu Anfang des Jahr
1819 erteilte er seinem Staatsministerium die Anweisung, „d
Grundsätze näher in Erwägung zu ziehen, welche zu einer ge
lichen Bestimmung über Preßfreiheit für unsern Staat in V
schlag zu bringen seien“, worauf der Fürst Hardenberg a
30. März 1819 das Staatsministerium zur Ernennung ein
Kommission veranlaßte, welche die sowohl für Preußen, als au
für den Bundestag in Betracht kommenden Gesichtspunkte u
Bestimmungen in einem Gesetzentwurf ausarbeiten solle. „Preuße
ist durch alle seine Verhältnisse berufen“, bemerkte er dabei, „vo
allen übrigen Staaten die Frage durch alle ihre höheren und
tieferen Beziehungen auf sich selbst, auf das Verhältnis der deu
schen Bundesstaaten zu ihm und unter einander und auf das
Ausland zu verfolgen und zur Gewinnung eines umfassende
Resultates für ganz Deutschland in Erwägung zu ziehen; den
das Maß von Freiheit oder Beschränkung, welches es aus seine

Standpunkt nötig finden wird, muß auf den Entschluß der Bundesversammlung von entscheidendem Einfluß sein. Damit ie Beratung auf dem Bundestage nicht in einseitiger Richtung ortrücke und die Ansichten der übrigen Staaten früher zu einer Vereinigung sich hinneigen, ehe unsre Regierung über die von hr anzunehmenden Grundsätze sich entschieden und mittelst einer igneu klaren Ansicht über Richtung und Ziel auf die noch weniger este und dafür mehr bestimmbare Beratung bei dem Bundestage at einwirken können, wird es nötig sein, daß die Arbeiten bald u einem Resultate reifen mögen."

Darauf ernannte das preußische Staatsministerium bereits m 6. April 1819 die von Hardenberg verlangte Kommission; sie estand aus den Direktoren in den Ministerien des Unterrichts ind des Innern, Nicolovius und Köhler, dem Geh. Ober-Justiz-at bei dem Ministerium der Gesetzgebung, Hagemeister, und dem virklichen Geh. Legationsrate im auswärtigen Amte, Ancillon.

Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes ging aber nur lang-am von statten. Zunächst bereitete der Polizeiminister Fürst Wittgenstein den Kommissären Schwierigkeiten, da er nur ein nöglichst beschränkendes Polizeigesetz für die Presse haben wollte; odann erforderte der Gegenstand selbst die eingehendste und sorg-ältigste Prüfung. Das betonten die Kommissäre wiederholt, als ie von Hardenberg gedrängt wurden. Auf einen Mahnbrief des Fürsten vom 28. Mai 1819 erwiderten sie unter dem 8. Juni: „Wir sind von der Wichtigkeit des uns gewordenen Auftrags ebenso, vie von den Gründen, welche die möglichste Forderung desselben jebieten, auf das innigste überzeugt. Ernstlich werden wir es uns daher angelegen sein lassen, die Bearbeitung dieser Sache, soviel es jedoch ohne Übereilung geschehen kann, zu beschleunigen." Auch das Staatsministerium verlangte eine „unverzügliche Be-endigung der Arbeiten", worauf die Kommissäre unter dem 20. August erklärten, sie hätten ihre Beratungen nunmehr so veit abgeschlossen, daß jetzt nur noch der Gesetzentwurf selbst redigiert werden müsse.

Der Entwurf war in sechs Abschnitte und fünfundvierzig Paragraphen geteilt. Der erste Abschnitt handelte in den Para-

graphen 1 bis 4 von den allgemeinen Vorschriften für die Pre… der zweite in den Paragraphen 5 bis 15 von den polizeilichen B… stimmungen für die Buchdrucker, Verleger und Buchhändler, de… dritte in den Paragraphen 16 bis 27 von den Zeitungen un… Zeitschriften, der vierte in den Paragraphen 28 bis 39 von d… besonderen Gesetzesvorschriften, welche überall neben den Landes… gesetzen galten, der fünfte in den Paragraphen 40 und 41 vo… den Aufgaben der Aufsichtsbehörden und der sechste in den Pa… ragraphen 42 bis 45 von dem Verhältnis der deutschen Bundes… staaten unter einander, gegenüber dem zu erlassenden Gese… Als allgemeiner Grundsatz war nicht Zensurzwang, sondern Pre… freiheit aufgestellt.

Während aber die Kommission noch damit beschäftigt wa… die letzte Feile an ihr Werk zu legen, wurde der Fürst Harde… berg bereits Ende August in Karlsbad von dem Fürsten Mette… nich aus dem Sattel gehoben, und unmittelbar darauf beeilte si… auch der Bundesrat, die Karlsbader Beschlüsse einstimmig anzu… nehmen (20. Sept.). Wittgenstein triumphierte; die Kommissio… aber sprach, als sie schließlich am 9. November ihren „Vorschl… zu einer gesetzlichen Bestimmmung über Preßfreiheit“ dem Mi… sterium überreichte, ihr Bedauern darüber aus, daß sie mit ihre… Entwurfe „leider doch zu spät“ gekommen sei. Er wurde je… stillschweigend zu den Akten gelegt.*)

Die Versuche Hardenbergs, die gesetzlichen Bestimmunge… über die Preßverhältnisse in Preußen auf einer in liberalen, d… Anforderungen der Zeit entsprechenden Grundanschauungen fuße… den Basis aufzubauen, endeten also in tragikomischer Weise.

---

*) Einen Auszug aus dieser Vorlage gibt Friedrich Kapp in sein… Abhandlung „Die preußische Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III… (Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Band VI, Lpzg. 1881.)

Der „Rheinische Merkur“, das bedeutendste Blatt der in Rede stehenden eriode. Sein Herausgeber Joseph Görres. Zeitstimmen über die Zeitung. er Inhalt der Zeitung. Die fingierte Proklamation Napoleons an die ölker Europas. Die Zeitung tritt für die deutsche Gesinnung ein. Wird Bayern, Württemberg und Baden verboten. Görres über die Unterückung von Zeitungen. Das Auftreten des „Merkurs“ nach der Flucht apoleons von Elba. Erste Verwarnung durch den Staatskanzler von Harnberg. Blücher und Görres. Die Zeitung gegen den Wiener Kongreß ıd die Bundesakte. Keulenschläge auf das Haupt des Geheimrats Schmalz. er „Merkur“ wird verboten. — Mallinckrodts „Westphälischer Anzeiger“, n gewisser Ersatz für den „Merkur“. Beschäftigt sich hauptsächlich mit ıtionalökonomischen Fragen. Legt die Mißgriffe der preußischen Beamten dar. Wird unterdrückt.

Bei diesen verworrenen Preßverhältnissen während der Jahre 314 bis 1819 mußten sich die preußischen Zeitungen von Fall ı Fall zurechtfinden, so gut es ging. Es kam in jeder Provinz, ı in jeder Stadt, darauf an, wie sich dort die Behörden augenlicklich zu den Zeitungen stellten, ferner, ob von früher her geisse Freiheiten noch nachwirkten, und ganz besonders: wes Geistes ind der Herausgeber einer Zeitung war. Das zeigte sich hauptichlich bei den Zeitungen am Rhein, vor allem aber bei dem Rheinischen Merkur“ in Koblenz, den Joseph Görres eich mit dem Beginn des Jahres 1814 frisch und fröhlich und ıit einem Wagemute, den wir noch heute bewundern müssen, herıszugeben begann.

Nachdem sein „Rübezahl“ unterdrückt worden war, hatte sich örres eine zeitlang in Heidelberg niedergelassen und dort sein Bissen vertieft und seinen Gesichtskreis erweitert. Aber so sehr abei die Politik auch in den Hintergrund getreten war, sein unestümer Haß gegen die Franzosen war geblieben, und als er dann n Herbst 1808 seine frühere Stelle als Lehrer an der Sekundärhule in Koblenz wieder übernommen hatte, steigerte sich angechts der Mißwirtschaft sein Ingrimm gegen die Fremden noch eiter. Es war daher ganz natürlich, daß er, als Blücher mit inen Heermassen über den Rhein ging und somit die französischen

Hemmnisse fielen, mit seinem ganzen Zorn wie ein schäumend[e] Gebirgsbach hervorbrach, alles mit sich fortreißend.

Man sieht es den ersten Blättern deutlich an, mit welch[er] Hast sie zusammengestellt und gedruckt worden sind. Am Kopfe ze[igt] sich zunächst, außer dem Datum und der Nummer, nur der ein[-] fache Titel „Rheinischer Merkur“, nichts weiter. Der Name d[es] Herausgebers ist nicht angegeben, doch heißt es hinten am Schl[uß] „Koblenz, gedruckt bey B. Heriot, Buchdrucker am Paradeplatz“. Am Kopfe der Nr. 4 ist dann vermerkt, daß die Zeitung wöche[nt-] lich viermal erscheint, nämlich Dienstags, Donnerstags, Samsta[gs] und Sonntags, und daß der Preis des Jahrganges auf 7 Guld[en] rheinisch, oder 4 Reichstaler Berl. Kur. festgesetzt ist, daß fer[ner] die Insertionsgebühren mit 3 Kr. für die Zeile zu bezahlen s[ind]. Das Fürstlich Thurn und Taxissche Postamt habe die Expedit[ion] übernommen. Endlich in Nr. 8 (vom 5. Februar) erscheint ü[ber] dem Titel die Vignette, die dann der Zeitung ihr charakteristisch[es] Äußere gibt: Rhein und Mosel liegen hingelehnt an Wa[sser] ausströmenden Amphoren, zwischen ihnen ein aufstrebendes F[üll-] horn mit Früchten. Mit der Nr. 18 (25. Febr. 1814) t[rat] dann noch einmal eine kleine Änderung in der Zeit des Erschein[ens] ein; die Zeitung kam von jetzt an „allemal über den and[ern] Tag“ heraus. Zugleich gab am Schluß von Nr. 18 der „B[uch-] drucker der Verwaltung des Rhein- und Moseldepartements“ Pauli bekannt, daß er der Verleger der Zeitung sei und n[icht] B. Heriot. Auch druckte jetzt Pauli das Blatt; immerhin kom[men] später noch wiederholt viele Nummern vor, die in der Offi[zin] von B. Heriot hergestellt wurden. Diese muß also des öfte[rn] ausgeholfen haben.

Gleich in dem einführenden Artikel der ersten Nummer [er-] klärte Görres, daß die Redaktion das Blatt „zu mehr als ein[er] gewöhnlichen Zeitung“ erheben möchte, daß diese „eine Stim[me] der Völkerschaften diesseits des Rheins (also der linken Rheinse[ite]) werden solle. Über diese Aufgabe wuchs der „Rheinische Merk[ur]“ jedoch schnell hinaus. Als gewaltiger Rufer im Kampf um [die] deutsche Sache brachte er alsbald das Verlangen und die Wünsch[e] des gesamten hoffnungsfreudigen Deutschlands zum Ausdruck, u[nd]

zugleich flog er wie ein Sturmvogel dem Kriegsheere voran, so daß Napoleon betroffen zusammenzuckte und den geistigen Streiter am Rhein die fünfte Großmacht nannte, die gegen ihn in die Waffen getreten sei.

Und mit welch einfachem Apparat wurde die Zeitung hergestellt! Ohne irgend welchen Beistand eines Amanuensis schrieb Görres das ganze Blatt neben seinen Amtsarbeiten, die sich alsbald wesentlich mehrten, da nach der Besitznahme der Rheinlande für Preußen der General-Gouverneur Justus Gruner an Görres die gesamte Direktion des öffentlichen Unterrichtswesens in den Rheinprovinzen übertrug. Doch besaß Görres die erstaunliche Fähigkeit, sich mitten im Kreise geselliger Freunde vollständig zu konzentrieren. „Kein Lärm brachte ihn außer Fassung", schreibt Sepp nach Mitteilungen von Friedrich Christian Diez*), „er nahm teil am Gespräch und schrieb dann wieder fort, gern sein Blatt Papier nach orientalischer Weise auf das Knie gelegt. Bei seinem wunderbaren Gedankenfluß und der eminenten Geistesbeherrschung ließ er sich durch nichts stören, und was so ungekünstelt entstand, setzte bald die ersten Geister der Nation in Bewegung."

Freilich klagte er dann auch wohl einmal, wie in einem Briefe an Jakob Grimm unter dem 21. Februar 1815, daß ihm die Zeitung, von der er alles, selbst die Korrektur, machen müsse, viele Arbeit verursache. Doch überwand er alle Schwierigkeiten, und zwar um so leichter, je mehr Anerkennung ihm von allen Seiten zufloß. Arndt, Perthes, Brentano, Arnim**) begrüßten die Zeitung mit lautem Beifall. „Wir waren vor vierzehn Tagen recht betrübt", schrieb Brentano an Görres; „wir fanden das allgemein hier versicherte Gerücht, dem Merkur sei das Maul verboten wegen seiner oft erschrecklichen Kurage, nicht unglaublich;

*) Sepp, Görres, Nördl. 1877. S. 207.

**) Später war allerdings Arnim mit der politischen Haltung Görres' nicht einverstanden. In einem Briefe an Wilhelm Grimm vom 4. Jan. 1819 (abgedruckt bei Steig, Achim von Arnim, 3. Bd., Stuttgart 1904, S. 428) spricht er von Görres als von einem „politischen Lärmschläger" und wirft ihm ganz mit Unrecht „gänzlichen Mangel an Kenntnis von Ländern, Menschen und Verhältnissen" vor.

nun sind wir beruhigt und hören eure vulkanischen Predigten m
Andacht“, und Joh. Schulze, der Herausgeber von Winkelman
„Geschichte der Kunst des Altertums“, brach in die Worte au
„Sie haben mit Blitz und Donnerkeulen geschleudert!“ Am mei
aber bedeutete das Lob, welches der „Preußische Korrespond
in Berlin, der der preußischen Regierung nahe stand, in sei
Nr. 84 vom 28. Mai 1814 dem „Rheinischen Merkur“ spend
Der „Korrespondent“ erklärte, er halte es für seine Pflicht, di
neue Zeitung als ein wahrhaft deutsches Volksblatt dringend
empfehlen. „Die Art“, heißt es dann weiter, „wie der Heraus
geber die Ereignisse ansieht, ist so eigentümlich, wahr und va
ländisch, daß wir diesem Blatte den möglichst weitesten Wirkun
kreis wünschen, damit diese kräftige Beredsamkeit die Schlechtig
niederdonnere, die Augen der Verblendeten öffne, die Schlaff
aufrüttle. Es gereicht dem Herrn Staatsrat Gruner zur un
gänglichen Ehre, daß unter seiner Ägide eine solche Schrift e
scheint, die wir kühn den besten englischen Zeitungsblättern a
die Seite stellen können.“ Leider durfte der „Korrespondent“
den Ton des „Merkurs“ nicht weiter mit einstimmen; er schl
daher seine Empfehlung mit den Worten: „Da es teils der Pl
unseres Blattes, teils andere Umstände nicht erlauben, un
Urteil von der Vortrefflichkeit und dem gediegenen Geiste des
„Rheinischen Merkurs“ durch Auszüge zu belegen, so können n
nur die Versicherung geben, daß niemand, der Ohren zu hör
und ein Herz zu fühlen hat, ein Blatt aus der Hand legen wir
ohne irgend einen kurzen Wunsch lebendig ausgesprochen, die näc
sten Betrachtungen, die man nicht überall dulden will, freimüt
angestellt zu haben, irgend eine neue, wenn auch nicht immer erfre
liche Beleuchtung auf das große Weltwirrwesen fallen zu sehen.

Auch der Freiherr vom Stein, Gneisenau und Thielman
bezeugten dem kühnen Journalisten wiederholt ihre Achtung; sel
Goethe, der beim Beginn der Befreiungskriege, „als der En
husiasmus losging“, sich die „Qual des politischen Gerede
gleich „vom Halse geschafft“ hatte, machte ihm im Juli 1815 b
seinem Aufenthalt in Koblenz seinen Besuch. Und Gentz wa
von der Beredsamkeit des jungen Titanen ganz geblendet. „Nic

icht hat jemand erhabener, furchtbarer und teuflischer geschrieben,
s Görres“, rief er in einem Briefe an Rahel aus, und an
örres selbst richtete er ein längeres Schreiben, in welchem er
a. sagte: „Unsere politischen Ansichten und Urteile weichen in
elen Punkten gewaltig von einander ab; dies hindert mich aber
icht, der Tiefe ihres Geistes, der Originalität und Kraft und
schärfe Ihres Blickes, dem Ernste und der Gründlichkeit Ihres
olitischen Charakters und Ihrer oft wundervollen Gewalt über
e Sprache volle Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Vom ersten
latte des Merkurs an hat es mir eingeleuchtet, daß diese Schrift
it einem ganz anderen Maßstabe gemessen werden müsse, als
ie gewöhnlichen Produkte unserer Tage; und wenn ich gleich oft
gen Sie gemurrt habe, hat doch das Übergewicht Ihres Genies
ich ebenso oft wieder mit Ihnen ausgesöhnt.“

Und in der Tat war noch niemals eine Zeitung mit so hin-
ißender Begeisterung, mit so kühnem Freimute geschrieben
orden. Gleich beim Beginn rief der Herausgeber stolz aus:
Ich habe nie Napoleons Brot gegessen, noch aus seinem Becher
etrunken!“ Um so gewuchtiger und rücksichtsloser konnte er seine
Streiche gegen den Korsen führen. Es war, schreibt Görres Bio-
raph Sepp, als ob Äolus seine Windschläuche öffnete, um das
eilige Feuer der Vaterlandsliebe zu gewaltiger Flamme anzu-
lasen.

Am 23. Januar 1814 erschien das erste Blatt. Es wurde
it einer Darlegung der allgemeinen politischen Verhältnisse und
it der energischen Betonung eröffnet, daß die „Völkerschaften
m linken Rheinufer“ von jeher dem deutschen Stamme angehört
ätten und auch herzlich wünschten, von Deutschland wieder auf-
enommen zu werden. Hieran schloß sich ein Überblick über den
Stand der Armeen um die Hälfte des Jänners“, der fortgesetzt
urde, und für den der Herausgeber alsbald aus dem Felde viele
irekte, wertvolle Mitteilungen erhielt.

Weiterhin folgten „Übersichten der neuesten Zeitereignisse“,
n denen die Kämpfe in Frankreich und die Einnahme von Paris
n lebendiger Weise geschildert wurden.

Als dann aber die Nachricht von der Abdankung Napoleons

und seiner Verbannung nach Elba eintraf, da ergriff den Heraus-
geber des „Rheinischen Merkurs" eine so unbändige Freude, daß
die simpeln „Übersichten" zur Würdigung dieses großen Ereig-
nisses bei weitem nicht ausreichten. Hier mußte ein weithin schal-
lendes Halali geblasen werden, und mit aristophanischem Humor
schrieb Görres eine Proklamation Napoleons an die Völker
Europas, eine groteske Verhöhnung des Gestürzten, in der noch
einmal das Bild des einst so Gefürchteten, ins Ungeheuerlic
verzerrt, gleichsam als gigantische Schattenfigur an die Wand ge-
worfen wurde, ein Meisterstück politischer Satire.

Die „Proklamation" erschien in den Nummern 51 bis 6
des „Rheinischen Merkurs". Wir können sie hier leider nur i
Auszuge wiedergeben.

„Ich, Napoleon Bonaparte", begann sie, „einst Kaiser de
Franzosen, jetzt in das Privatleben zurückgekehrt, will der We
ein Zeugnis zurücklassen über meine Gesinnung und die Wei
wie ich gehandelt habe. Die zu meinen Füßen im Staube si
gewunden, lassen mich jetzt freche Reden hören. Nicht gegen
will ich zu einer Verteidigung mich herablassen, noch ihre Schlechtig-
keit ehren durch meinen Zorn. Wie ich über ihre Häupter he
geschritten bin, so gehe ich verachtend durch den Dunst ihre
Worte vor. Auch nicht zu der Nachwelt will ich reden; sie
wie die Mitwelt aus Toren, Schwachköpfen und wenigen Bö
wichten gemischt. Mir selbst und meinem Leben sollen die Wort
die ich spreche, ein Denkmal sein; es mag in der Wüste der kün
tigen Zeiten stehen wie ein einsamer Fels, den erloschenes Feue
zerrissen.

Den ersten Namen, die die Geschichte nennt, habe ich mic
kühnlich beigezählt. Was die Römer Jahrhunderte gekostet, hab
ich mit meiner eigenen Kraft vollbracht, und dreizehn Jahre lan
mit meinen Fesseln gehalten. Daß keiner meiner Zeitgenossen
mir bei dem Werke beigestanden, beweist, daß sie in der En
scheidung alle mich verlassen. Wenn andere mit ihrem Glü
körperlich bis zu ihrem Ende hausgehalten, dann ist solch spa
same Geizigkeit ein Abscheu mir gewesen. Freigebig und kaiserlic
habe ich verschwendet, was die Gestirne mir zugeteilt, und so i

s gekommen, daß all mein Reichtum ausgegeben war, als ich ie Hälfte meiner Laufbahn überschritten. Ich habe nie lernen vollen, mein Bezeigen nach der Zeit zu ändern. Als ich jung ewesen, habe ich bei den Haaren sie gebunden, und sie hat mir vie ein Weib gehorcht. Als ich ihren Unbestand bemerkt, habe ch sie freigegeben ihrem eigenen Gelüste. Es schien mir größer, as Werk meines Lebens in verachtendem Stolze dem Untergange inzuwerfen, als mit schwacher demütiger Nachgiebigkeit es dem Verderben zu entziehen. Sie meinten, ich habe mein Herz daran ehängt, aber es war mir nichts als das eitle Spiel meiner Jugend, mir selbst zum Ekel und Überdruß geworden. Um ein utes Wort hätte ich das leere Wesen hingegeben, aber man muß ie halbe Welt in Aufruhr bringen, um es mir abzutrotzen. Als ie recht weit zum letzten Streiche ausholten, trat ich ruhig auf ie Seite, und sogleich war der Feind verschwunden, den sie zu uchen ausgezogen.

Der Anfang meiner Laufbahn ist in eine jener Zeiten geallen, wo die Menschen übermütig sich nach einem Zustande der Dinge sehnen, dem ihre Erbärmlichkeit doch nicht gewachsen ist. Verfassungen sollten gegründet werden, die nie in der Welt geesen. Wenn ich ihre Sprache geredet habe, dann war's, weil ie verrückte Welt damals eine andere nicht verstand. Die Menchen sind so einfältig, daß, wer da betrügen will, immer Leute indet, die sich betrügen lassen. So blind und taub ist dies Volk, daß sie das Natürlichste gar nicht begreifen und doch mit em Tiefsinnigen sich abzugeben wagen. Wie Staubwolken treibt er Wind des Glücks sie vor sich her, das Unglück aber regnet ie schnell zu Kot zusammen. Fast Pöbel nur ist alles auf der Erde; die sich am meisten dünken, sind recht der Hefe gleich zu alten. Auch habe ich als Pöbel sie geachtet, und wie ich in den Straßen von Paris mit Kartätschen sie geschmettert, so auf den Schlachtfeldern und überall sie wie den Wurm unter meinem Fuße zertreten.

Mir sagte ein innewohnender Geist, daß ich zu Großem ufbehalten sei. Schon alt und tief in der menschlichen Natur egründet ist die Begierde nach Herrschaft. Ich erkannte bald,

daß diese Herrschaft und die Freiheit unverträglich seien, u
nichts so schwach und hinfällig sich beweise, als eine Macht, d
nicht auf eigenem Grunde ruht. Darum muß ein Fürst selb
Feldherr sein und all seinen Fleiß und Verstand auf die Ku
des Krieges wenden .... Darum habe ich immerdar den Kr
gesucht, und der Friede hat zu allen Zeiten mir ein albern Di
gedeucht. Die Schlaffheit und Erbärmlichkeit mochten gern mi
einander sich gütlich tun und gemächlich sich zur Ruhe strecken
aber ich habe mit der Skorpionengeißel sie aufgepeitscht. Fü
das läppische Volk habe ich den Frieden im Munde wohl ge
führt, aber nie ernstlich meinen Sinn zu ihm gewendet. De
Friede ist der Tod, der Krieg allein ist Leben ....

Wie ich mein Heer auf die Gewalt eingerichtet, so war mein
Diplomatie auf List gestellt. Mit schönen Worten hab' ich m
mit rötlichen Beeren sie gelockt, und wenn sie darauf zugeflogen
haben sie sich selbst erwürgt. Den Schaden hab' ich ihnen zu
gewendet und die Sünde geruhig auf mein Teil genommen. A
Spott hat es nie gefehlt, wenn sie kläglich bei mir eingekommen
kleinen Verlust habe ich ihnen jedesmal mit größerem wieder g
gemacht. Treue und Glauben habe ich nie gehalten; der ist e
blöder Tor, der sich zum Sklaven seines eigenen Wortes mach
Lug und Verrat und falscher Eidschwur sind mir ein Spiel ge
wesen; dem wird die Welt zu teil, der am besten zu spiele
weiß. Mir selber habe ich alles zugelassen, andern nichts er
laubt .... All ihr Selbstvertrauen habe ich mit starken Redens
arten ausgetrieben, bis ihnen zuletzt nichts mehr gelang, weil si
sich nichts mehr zugetraut.

Gegen Deutschland habe ich vor allen Dingen zuerst den
Blick gewendet. Ein Volk ohne Vaterland, eine Verfassung ohne
Einheit, Fürsten ohne Charakter und Gesinnung, ein Adel ohne
Stolz und Kraft, das alles mußte leichte Beute mir versprechen.
Seit Jahrhunderten nicht verteidigt und doch in Anspruch nicht
genommen, voll Soldaten und ohne Herr, Untertanen und kein
Regiment, so lag es von alter Trägheit einzig nur gehalten.
Zwiespalt durfte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit
war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze durfte

, stellen, und sie liefen mir wie scheues Wild von selbst hinein.)re Ehre hab' ich ihnen weggenommen, und der meinen sind sie ·rauf treuherzig nachgelaufen. Unter einander haben sie sich würgt und glaubten redlich ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger . kein Volk gewesen, und töricht toller kein anderes auf Erden. berglauben haben sie mit mir getrieben, und als ich sie unter einem Fuße zertrat, mit verhaßter Gutmütigkeit mich als ihren bgott noch verehrt. Als ich sie mit Peitschen schlug und ihr and zum Tummelplatze des ewigen Krieges gemacht, haben ihre ichter als den Friedensstifter mich besungen. Ihr mäßig ge- hrtes Volk hat bald als das ewige Schicksal, den Weltbeglücker, e sichtbar gewordene Idee mich verehrt. Lehrbücher haben sie .f mich gebaut und neue Weltsysteme. Ihre feine Welt, die .mer um französische Leichtigkeit gebuhlt, hat an dem Stachel einer Rauheit so unermüdet geleckt und die Schärfe mit ihrem ·chleim begossen, bis sie ihr als die glatteste Artigkeit erschien. 'ie Fürsten haben zaghaft meine stolze Haltung angestaunt, und .s Volk hat mir Lebehoch gerufen. Wenn ich dem Wolf gleich nter sie gebrochen, haben sie wie die Schafe in irgend einem Winkel sich gedrängt und mit den Füßen stampfend albern mich .ngeblasen. Was sie jahrelang mit der größten Vorsicht über- egt, habe ich jedesmal an einem Tage zunichte gemacht, weil ch immer von der Seite über sie gekommen, wo sie mich nicht rwartet haben. Den höchsten Triumph ihrer Herrlichkeit haben ie damals gefeiert, als ich an ihre Spitze mich gesetzt und durch ie selbst ihr Reich gestürzt. Ihren eigenen Besitz hab' ich als Köder aufgestellt, um sie einzufangen, und, wenn sie ihre Seele mir verschrieben, ruhig die Kaufsumme zu meinem Vorteil einge- strichen .... Alle Greuel des Despotismus haben sie mir ab- gelernt und es doch auch im Bösen nie zu mäßiger Vortrefflich- keit gebracht. In einem habe ich nur gefehlt, daß ich ihre Länder, die das Los der Waffen mir erworben, nicht ganz mir zugeeignet und ihre Städte verwüstet habe. Hätte ich ihre Fürsten fortgejagt, ihren Adel gänzlich ausgetilgt und all ihr Gut als Staatsgut dem Verkaufe ausgestellt, meine Gewalt wäre fest be- gründet, und nimmer wären sie von mir abgefallen. Weil sie

nicht zu fassen mich verstanden, hätt' ich nie auf ihre Treue zählen sollen!"

In ähnlicher Weise wurden die Spanier, Italiener, Engländer und Russen charakterisiert.

Diese „Proklamation" machte ein ungeheures Aufsehen; die gesamte europäische Presse gab sie wieder — und hielt sie für echt; ja, die Franzosen erklärten sogar, daß diese Ansprache an die Völker Europas gleichsam das Testament des gestürzten Tyrannen und auch zugleich das beste sei, was er jemals veröffentlicht habe. Schließlich hatte sogar noch ein ehemaliger Sekretär des Kaisers die Frechheit, zu behaupten, daß der Kaiser ihm die Ansprache in die Feder diktiert habe und dabei wie ein gefangener Löwe zornsprühend auf- und abgeschritten sei.

Mittlerweile war der erste Pariser Friede geschlossen worden und Görres wandte sich nun in seinem „Merkur" den inneren Angelegenheiten Deutschlands zu. Mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit trat er für die Wiederherstellung eines großen und mächtigen Vaterlandes ein; seine edle, echt deutsche Gesinnung brach dabei oft wie Sturmgebraus hervor; mit rücksichtslosem Freimut wandte er sich gegen alles, was dem Emporblühen des Vaterlandes hinderlich sein mußte. Aber freilich, wie von jeher so war er auch hier durch und durch Romantiker, der sich seine glänzenden Phantasiegebilde aufbaute, aber mit der realen Wirklichkeit wenig rechnete; der sich am alten Glanze der karolingischen Zeit berauschte, aber mit den Verhältnissen, wie sie jetzt lagen, vor allem aber mit dem kaum noch deutsch empfindenden Österreich, nicht zu rechnen verstand; der immer aufs neue der Sehnsucht nach Kaiser und Reich Ausdruck lieh und dabei beständig nach Kaiser Franz hinübersah, dem nichts ferner lag, als sich für Deutschland zu begeistern, und auch gar nicht die geistigen Fähigkeiten für die Errichtung eines neuen deutschen Reiches besaß.

Doch indem Görres alle diese Wünsche und Hoffnungen in seinem „Merkur" stürmisch zum Ausdruck brachte, sprach er nicht nur in seinem, sondern so ziemlich im Namen aller Patrioten, die allesamt nur aus ihrem Gemüte heraus, in dilettantischer Un-

nntnis der wirklichen Verhältnisse, ein neues deutsches Reich ufzubauen suchten. Und darum wurde denn der „Rheinische Nerkur" das schärfste Spiegelbild des politischen Denkens und mpfindens der großen Menge der deutschen Patrioten unmittelbar ach dem Abschlusse der Befreiungskriege.

Zunächst waren es die Bestimmungen des ersten Pariser friedens, die Görres lebhaft beschäftigten. Die unerhörte Milde mpfand er mit Ingrimm. „Wie die Vendomesäule ein fortvährendes Zeichen unserer Schande ist," schrieb er zornig, „so oll im „Rheinischen Merkur" die fortwährende Protestation des Volkes gegen alles Halbe und Schlechte niedergelegt werden, danit die Nachwelt erkenne: die Zeitgenossen waren damit nicht inverstanden!"

Doch es hatte ja keinen Zweck, diese abgeschlossene Tatsache och weiter zu erörtern; Görres wandte sich daher den inneren Angelegenheiten Deutschlands zu, die sich ebenfalls nicht in der Weise entwickelten, wie es die Nation gehofft hatte. „Man sieht ich allenthalben in seinen Hoffnungen getäuscht," schrieb er beeits im Juli 1814. Besonders waren die ehemaligen Rheinundfürsten wenig geneigt, eine neue Ordnung der Dinge eintreten zu lassen. „Es zeigt sich ganz klar die noch fortdauernde Nachvirkung des alten Unfugs, und welche unseligen Folgen die ranzösischen herübergepflanzten Regierungsmaximen und die vom Überrhein eingeführten Formen ausgeübt haben", erklärte daher der „Merkur", „und wie schwer es ist, nachdem alles aufgelöst und zerrüttet worden, auch nur die Grundelemente der Völker wie der Staatsrechte noch vorzufinden. Das französische Heer ist wohl über den Rhein getrieben, aber ihr und ihres Herren Geist ist mit nichten weggezogen; er herrscht noch allmächtig und wird, so lange die, die ihm dienstbar und ergeben waren, noch über die Völker walten, manches deutsche Land so bald nicht verlassen .... Wohin ich um mich her schaue, jammert mich des guten Volkes, das so geduldig, so großmütig, so wahrhaft edel und erhaben an Fürst und Vaterland hängt, alles, was ihm lieb und teuer war und ist, darbringt — seine Söhne, seine Ruhe, seine Habe, und nun so wenig ernstlichen Willen sieht, ihm zu

vergelten, was es getan, und ihm zu leisten, was es so wohl verdient. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß man dessen eingedenk werde, denn die Sünde schreit zum Himmel, und leicht möchte der Richter in der Höhe wieder furchtbar zu Gericht gehen, wenn die Menschen Gerechtigkeit zu üben unterlassen.“

Vor allem empörte ihn die undeutsche Haltung der bayrischen und württembergischen Regierung, und er brachte daher u. a. auch in Nr. 83 (7. Juli) den „Fall Jasmund“ zur Sprache, in dem sich allerdings die undeutsche Denkweise des Königs von Württemberg in sehr grellem Lichte zeigte.

Der König von Württemberg gab im Oktober 1813, als der Stern Napoleons zu erbleichen begann, dem Landvogt von Jasmund in Ellwangen den Auftrag, mit dem General Fresnel wegen der Zulassung zur Verbindung mit den drei Souveränen, dem Kaiser von Österreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen, zu unterhandeln, worauf v. Jasmund im Überschwange seiner Freude, daß sich jetzt Württemberg der deutschen Sache zuwenden wolle, folgendes Schreiben an den König richtete:

„Ew. Königl. Majestät lege ich meinen alleruntertänigsten Dank ehrfurchtsvoll zu Füßen, daß Allerhöchstdieselben in einem der wichtigsten Augenblicke für das Schicksal Württembergs mich würdig gefunden haben, die ersten Schritte zu tun, um dies schöne Land wieder mit dem heiligen Interesse Deutschlands zu verbinden. Wenn es mir bisher nur erlaubt war, Wünsche für das Gelingen der allgemeinen guten Sache zu hegen, so geben mir Ew. Königl. Majestät durch diesen ehrenvollen Auftrag die schönsten Mittel an die Hand, meine Gesinnungen für die Befreiung Deutschlands von dem fremden Joch aufs herrlichste zu betätigen, und nie war ich stolzer auf diese Gesinnungen, als eben jetzt, wo sie mir das beneidenswerte Los verschaffen, mir die Zufriedenheit meines Königs und den Beifall meines deutschen Vaterlandes zu erwerben. Mit diesem Gefühle beginne ich das große Werk, zu welchem mich das Vertrauen Ew. Königl. Majestät berufen hat; ich bin um so mehr eines glücklichen Erfolges gewiß,

als Dienstpflicht und eigene innere Überzeugung gemeinschaftlich **alle** meine Schritte dabei leiten werden.“

Aber der Landvogt hatte Seine Majestät durchaus falsch eingeschätzt; dessen sollte er sehr bald gewahr werden, denn er erhielt umgehend folgende offizielle Antwort:

„Ew. Hochwohlgeboren soll ich auf Allerhöchsten Befehl auf Dero Schreiben vom 14. Oktober erwidern: S. Kön. Maj. hätten dasselbe erhalten, müßten aber darüber ihr gerechtes Mißfallen äußern, indem es einen Geist verriete, welcher zwar entfernte und benachbarte Mächte ergriffen habe, welchen aber S. Kön. Maj. in dem ihrigen zu unterdrücken wissen würden; S. Kön. Maj. fordere von Ihren Dienern nur Interesse für Ihren König und sein Reich, und jedes allgemeine Interesse enthalte eine strafbare Einmischung in die Absichten des Gouvernements. Endlich sei es Pflicht eines jeden treuen Dieners, nur die Sache, für welche sein Souverain sich erklärt habe, als die wahre gute Sache anzusehen, und S. Maj. erteilten daher nicht nur dem v. Jasmund einen ernstlichen Verweis, sondern werden auch, da Sie jetzt von seinen Gesinnungen unterrichtet sind, ihn für die Zukunft dahin zu stellen wissen, wo dergl. überspannte Ideen unschädlich werden.“

Die Veröffentlichung dieser Briefe, wie überhaupt die Haltung der Zeitung den süddeutschen Regierungen gegenüber, erregte aber in München und Stuttgart einen solchen Unwillen, daß der „Merkur“ noch im Laufe des Juli in Bayern und Württemberg verboten wurde. Bald nachher folgte auch Baden nach.

Görres antwortete darauf, indem er zunächst das Urteil K. L. Pörschkes*) über die Unterdrückung von Zeitungen anführte: „Ein Fürst, der den fremden Zeitungen den Eingang in sein Reich verwehrt, macht sich eines bösen Gewissens verdächtig und rüstet sich vielleicht gar zur frechsten Tyranney. Er will in Finsternis wohnen, wo sich unreine Geister um ihn her versammeln können, mit welchen er alle Keime freier oder vernunftmäßiger Gedanken, bis auf die letzten Äußerungen des guten Willens, vertilgen wird.“ Und er selbst fügte noch hinzu: „Diese prophetischen Worte hat

*) Anthropologische Abhandlungen. Königsb. 1801.

Napoleon wahr gemacht. Daß kein deutscher Fürst ihm nachahmen werde, davor wird uns die Gutmütigkeit des deutschen Charakters und hoffentlich die künftige Verfassung sichern. Aber gewiß ist, daß eine Regierung gegenwärtig nicht gründlicher bei allem Volke sich gehässig machen kann, als wenn sie die freie Äußerung der Überzeugung, worauf die Deutschen von je so viel und jetzt am allermeisten gehalten haben, zu unterdrücken sucht."

Dieser Ansicht stimmte auch der alte welterfahrene Geheimrat von Voigt in Weimar zu, indem er an Böttiger schrieb: „Das Verbot des „Rheinischen Merkurs" in Bayern macht keine große Aussichten für die Preßfreiheit .... Mich verdrießt, daß solche Verbote immer einen wunden Fleck argwöhnen lassen. Man muß sich lieber recht überzeugend verteidigen." *)

Die innern Angelegenheiten traten jedoch bald wieder zurück vor einem gewaltigen Ereignisse, das wie ein Donnerschlag in das deutsche Volk fuhr, vor dem Wiedererscheinen Napoleons in Frankreich. Der „Merkur" brachte die erste Meldung von der Entweichung des Kaisers am 15. März. „Als die Wächter geschlafen haben und die Herren um den Mantel stritten und würfelten", rief Görres, „hat der böse Geist den Stein von seiner Höhle weggerückt und ist entronnen!" Dann aber forderte er mit Flammenworten zum eiligen Kampfe gegen den Verhaßten auf. Alles, was Waffen zu tragen vermöge, müsse aufstehen. „Es ist nicht gemeine Not, die andringt, auch ist sie nicht mit gemeinen Mitteln zu bezwingen!" Und dann bestürmte er die Kabinette. „Haben die Räuber ihren kaiserlichen Hauptmann sich zurückgenommen", schrieb er in dem Artikel „Auf Rat weyl, zur Tat eil!" vom 30. März, „dann müßten die deutschen Fürsten von Gott verlassen sein, wenn sie noch einen Augenblick zögerten, sich ein oberstes Haupt zu setzen, das all ihre Anstrengungen zum rechten Ziel leite. Darum werde Franz als aller Deutschen Kaiser ausgerufen, aber nicht als ohnmächtiges Schattenbild hingestellt, sondern bekleidet mit der ganzen Würde der alten Kaiser und ihm die oberste Leitung aller Kriegsgewalt anvertraut. Und

*) Ludwig Geiger, Aus Alt-Weimar. Berl. 1897, S. 225.

aller Hochmut soll sich beugen vor dem selbstgewählten Oberhaupt, damit ihm nicht die Demütigung werden möge, zu knieen vor dem fremden Räuberkönig .... Ihr Völker laßt durch den Wolf im Schafspelz in keiner Weise euch betören. Haltet fest an eurem Haß gegen dieses Volk, und seid sicher, daß aus dieser Mördergrube, von dieser ruchlosen Hauptstadt und dieser wilden Brut, die eine 25jährige Revolution aufgesäugt, der Menschheit nie ein Heil erwachsen. Ihr Fürsten, laßt durch die Stimmen eurer Völker euch beschwören, zerreißt die Netze, die euch verstricken .... Wie ein neues Heer geschaffen worden und ein frischer Geist im Felde jene Wunder hervorgebracht, so muß auch im Kabinett in den Kamaschendienst der Diplomatie endlich ein neues Leben kommen, die Politik muß sich verjüngen und der Quell frischer Jugendkraft nicht länger in die Wüste abgeleitet werden, daß er die Höfe tränke. — Wahrlich, das Herz blutet jedem in tiefer Brust, dem sein Vaterland wert ist .... Seht den Drachen, wie er mit seinem Schweif ein ganzes verblendetes Volk umschlingt und euch entgegenwirft — seht, wie sie Feuerbrände nach allen Seiten schleudern und eine Hölle in lichtem Brand entzünden!"

Aber diese Sprache wurde von den Höfen nicht gern gehört, und so erließ denn der Staatskanzler von Hardenberg unter dem 16. Mai 1815 eine Note gegen Görres, in der erklärt wurde, daß der „Rheinische Merkur" zu den dringendsten Beschwerden Anlaß gegeben. Der Staat verabscheue zwar jeden Zwang, er könne aber solche „freimütigen Untersuchungen" nur „in dazu gewidmeten besonderen Werken" gestatten. Alle die verbündeten Regierungen seien zu schonen, und — „es darf der Krieg, den wir zu führen im Begriff sind, nicht als ein Krieg gegen das französische Volk, sondern bloß gegen Bonaparte und die ihm anhängen geschildert werden." Schließlich hieß es in der Note, der Herausgeber möge es unterlassen, „die Leidenschaften aufzuregen, z. B. die fortwährend erneuten Anregungen der Wiederbelebung der deutschen Kaiserwürde" in das Publikum zu werfen.

Sicherlich hatte Hardenberg diese Note sehr wohl erwogen, denn in der nächsten Zeit mußte ja die deutsche Bundesakte

bekannt werden, und diese — das war ja vorauszusehen — konnte nur einen allgemeinen großen Unwillen hervorrufen. Der „Merkur" vermochte denn auch die Mahnung der Note nur in geringem Maße zu berücksichtigen. Vor allem war er darüber entrüstet, daß Deutschland nur von einer Versammlung seiner Fürsten regiert werden solle, ohne daß das deutsche Volk durch Stellvertreter an der Bestimmung seines Schicksals teilnehmen durfte. „Wie?" rief Görres aus, „haben unsere einzelnen Regierungen sich etwa so patriotisch gezeigt, daß in ihren Händen das Wohl des Ganzen von jeder Seite gesichert wäre? Werden sich nicht vielmehr ihre einzelnen verschiedenen Interessen also durchkreuzen, daß sie zu keinem Beschlusse werden gelangen können, der für das gesamte Wohl Deutschlands heilbringend sei?"

Die Schlacht bei Waterloo und die Ereignisse, die nun folgten, rückten darauf das Thema wieder etwas in den Hintergrund; im Herbst aber trat es naturgemäß aufs neue hervor. Görres hatte unterdessen eine Unterredung mit Blücher gehabt, und in dieser hatte ihm der alte Haudegen in seinem tiefen Groll gegen die „Diplomatiker" den lebhaftesten Beifall über die Haltung des „Rheinischen Merkurs" gezollt. „Schreiben Sie man immer zu," hatte er zu ihm gesagt, „gegen wen es auch sei; ich nehme alles uf mir. Wenn's man wahr ist, so mögen Sie alles drucken; aber das sage ich Sie, wahr muß es sind." Hierdurch ermutigt, ging Görres nun um so energischer vor. „Der Tag der Bergfeuer ist zum zweitenmale an uns vorbeigegangen", schrieb er in Nr. 325 vom 6. November 1815, „und nach Möglichkeit festlich vom deutschen Volke gehalten worden. Es ist aber nicht der helle Silberblick der begeisterten Hoffnung vom vorigen Jahre gewesen; der innere Himmel der Nation war wohl viel getrübt und mit Nebel überlaufen. — Bei den lodernden Flammen auf einsamen Bergeshöhen hat das Volk bedacht, was ihm von seinen Hoffnungen, die es vor dem Jahre an gleicher Stätte gesagt und gefaßt, wahr geworden, und es hat sich ihm gezeigt, daß es größtenteils taube Blüte gewesen, die abgefallen. Was der Kongreß von allem Versprochenen ihm geleistet: er hat den mit seinem Herzblut erkauften Besitz unter die Fürsten verteilt und ist darauf

fortgegangen, von dem rückkehrenden Kobold auseinandergesprengt. Wie die Tridentinische Kirchenversammlung in vielen Sitzungen mit eiteln leeren Spitzfindigkeiten sich geplackt und am Ende in den letzten Tagen von Zeit und Not gedrängt über das Wichtige und Bedeutende nur Notdürftiges mit hastiger Eile übereinandergeworfen, so ist es auch in jenem Staatsrate ergangen; seine Zangen- und Totgeburt, die Bundesakte, ist tot ans Tageslicht getreten und war gerichtet, ehe sie geboren war. Kein Verlaß, kein sicherer Grund, keine fröhliche Zuversicht für den Bau der Zukunft ist daraus hervorgegangen; alles schwebt lose und wankend, schwimmend auf den ewig bewegten Wässern dieser Zeit, und alle Hoffnungen sind auf einen neuen Kongreß verwiesen, den der alte nach seinem Ebenbilde gesetzt und mit gebundenen Händen hingestellt, daß er ein kunstreich Werk auf morschen Grundfesten erbaue. Wo über den einzelnen Landschaften des vielgeteilten Reiches nicht träge Stille brütet, da hat der erwachte Geist mit dem unglaublichsten Unverstande zu ringen, daß er seine klärlichsten Ansprüche geltend mache und seine gerechtesten Forderungen gegen blinde Selbstsucht durchsetzen möge. Die übermütige Macht, die bei Napoleon aus dem Taumelkelch getrunken, will nicht ablassen, sich in seinem süßen Weine zu berauschen; nachdem sie mit Gottes und der Völker Hülfe den Inhaber des Bechers, der den gefährlichen Trank gemischt, vertrieben, hat sie, statt den gefährlichen Zauber in Meerestiefe hinabzuschleudern, ihn lieber sich selber zugeeignet und läßt den Pokal fleißig in die Runde gehen und trinkt Wahnsinn in dem Gifte, das der Tyrann scheidend zurückgelassen, damit die Torheit sich in ihm verderbe. Und außen, wie drängen sich die Sorgen, was ist für die Sicherheit getan? Man weiß, daß die Räuber außen lauern, und hat Tor und Türen ausgehoben, kein Riegel, der die jetzige Armut und künftigen Erwerb sichern möge. Der erste Pariser Friede hat als Sohn einen neuen Krieg geboren, aus diesem ist ein zweiter Friede als Enkel hervorgegangen, und schon steckt der Urenkel das kleine Schlangenhaupt sichtbar an den Tag hervor."

Mittlerweile stieg die allgemeine Erbitterung noch weiter, und in Görres brodelte der Zorn immer heftiger. Mit seiner

ganzen gewaltigen Beredsamkeit und all dem prunkenden Pomp des Romantikers machte er seinem Ingrimm in einem Artikel „Die Rückwirkung in Preußen" in Nr. 347 bis 352 vom 20.—31. Dezember 1815 Luft. „Es wird gesagt in alten Legenden", hub er an, „wenn der Teufel irgendwo ausgefahren, bleibe ein arger Schwefelstank zurück, der den Abzug des bösen Geistes verrät. Und gleichwie das Licht sieben Strahlen hat und sieben Quellgeister alles Guten die sittliche Welt durchwärmen, so sei das Böse siebenkräftig, so daß jener böse Dampf in sieben Ausflüssen geteilt erscheinen muß. Der erste Schwaden von denen, die als Rückstand der französischen und unserer eigenen Teufeleien durch Deutschland ziehen, ist die Mißgunst und der Neid, die alles Große, was geschehen, mit ihrem Geifer übergießen. Der zweite blaue Dunst ist die Hoffart und Eitelkeit, die nach Auszeichnung und sogenannter Ehre jagt und sich nicht zufrieden gibt, bis sie sich mit allen gleißenden Nichtswürdigkeiten der Welt behangen sieht. Der dritte Schwaden ist die Habsucht und ewig hungernde Gier, die um Geld und Geldesgut ihre Seele mit Freuden der Macht verschreibt. Der vierte Gestank ist die Feigheit und Niedertracht, die vor dem Mächtigen im Staube sich beugt, die den Napoleon in ihrem Schoß großgezogen und, nachdem sie ihr Schoßkind verloren hat, ein neues aller Orten sucht, das sie adoptieren möchte. Der fünfte Dampf stinkt in der Heuchelei, die den sechsten, die Lüge und Unverschämtheit, zum Gesellen genommen, der wieder den Haß und die Feindschaft gegen alles Gute sich zugetan. Alle sieben sind in die Stänkereien zusammengetreten, die neuerdings in Preußen aufgegangen, und zu der die Schmalzsche Schrift das erste Zeichen gegeben hat."

Und nun gießt er die ganze volle Schale seines bittern Hohnes und Spottes über Schmalz und seine Schrift aus. Jawohl, ruft er aus, als der kategorische Imperativ die Trommel geschlagen, da wurden „je nach den Kategorieen alle Stände des Volkes auf den Exerzierplatz geladen, und diese sind, seit Kants Zeiten an blinden Gehorsam gewöhnt, schnell herzugelaufen und haben sich von ihm die Pflichten und ihre Schuldigkeit in wenig Worten explizieren lassen, und jeder hat darauf also gleich sein

Wässerlein ins Eimerlein getan und es zur großen Spritze hingetragen. So ist alles in Stille und Ehrbarkeit von Statten gegangen; die Bürger haben dem Staate sozusagen die ehrliche Pflicht geleistet, und dafür braucht dieser ihnen keinen Dank zu wissen, denn sie haben in ihren Ehepakten sich dazu anheischig gemacht. Der kategorische Imperativ darf nur, nachdem alles glücklich beendet worden, zu den Krüppeln sagen: Gesegne's euch Gott, ihr guten Leute; ihr hättet nicht sollen so nahe zum Brande gehen! Den Toten brauchte er nichts zu sagen, denn die bedürfen keines Lohnes; an die Gesunden aber mag nur die Rede ergehen: Trippelt nur wieder sachte heim, ihr eifrigen Leute; laßt euch das Bewußtsein, euere Pflicht erfüllt zu haben, genügen; baut euern Kohl in Frieden; es schickt sich nicht, daß Bürger und Bauersleute sich in Staatsaffären mischen; höchstens die Polizei, die Ordnung und Ruhe beim Löschen gehandhabt, darf auf einigen Dank und Auszeichnung Ansprüche machen. Fragt man nun aber, wo denn der kategorische Imperativ in der Schlacht von Jena geblieben, so antwortet der, er habe es damals mit Napoleon gehalten, da dieser seinesgleichen zu achten gewußt; fragt man, warum die Pflicht so lange zu all der Schande geschwiegen, eben erwidert diese siegreich, sie habe damals das Gelübde des Stillschweigens abgelegt und sei überdem auch zu der Zeit verreist gewesen, gerade aber zur Schlacht von Lützen in gutem Wohlsein wieder eingetroffen und habe noch eben zur rechten Zeit die Begeisterung, die bei Jena zu schanden gegangen, davon gejagt und den nüchternen Gehorsam an die Stelle gesetzt, der jedoch erst bei Leipzig ganz Meister worden und darauf auch sogleich den Sieg davongetragen. Fragt man den einäugigen Cyklopen weiter, warum denn früher der Adel keine Männer, der Bürger keinen Patriotismus, die Kammern nicht Geld noch Pferde für den Dienst des Vaterlandes gehabt, dann erklärt er den Umstand gut durch den damaligen Verfall der kritischen Philosophie, wodurch das Pflichtgefühl ganz von Kräften kommen und gar sehr abgeschwächt worden.“

In diesem Ton geht es weiter. Wahrhaft vernichtend fallen die Keulenschläge auf Schmalzes Haupt. Aber der Satiriker wird auch

bitter ernst. Er schildert, unter welchen Verhältnissen einst tiefer Not der von Schmalz so schändlich verdächtigte Jugen bund zu Königsberg entstand. „Die Überzeugung war all Verständigen klar geworden," schreibt er, „daß in den ungewöh lichen Zeitverhältnissen, die sich entwickelt hatten, die abgetrieben alten Formen und die lahmen Triebfedern nicht mehr hinreich wollten, und daß zu dem Ungemeinen gegriffen werden mu und ein neues Samenkorn hineingelegt in den fruchtbaren Bode der aus der Auflösung der alten Eiche entstanden war, da sich aus ihm ein frisches junges Reis entwickeln möge, in d sich die alte Kraft verjünge. In diesem Sinne war die Ve fassung des neuen Bundes entworfen und dargestellt: die Au lehnung gegen die äußere Tyrannei war sein Geheimnis, Gefahr gab den Geistern Spannung, die gemeinsame Not ba die Gemüter enger, und der große Zweck erhielt die Herz warm, daß alles nicht so bald in ein abgestandenes Formenwe ausartete. Der Staat war in tiefer Bedrängnis und sah m Freuden den Geist erwacht, der tröstend und verheißend auf ei mal in Mitte des Volkes aufgestiegen; eine königliche Kabinett ordre billigte und gewährte den neuen Bund." Dann schilde er die Tätigkeit des Bundes, der so wesentlich dazu beigetragen hab das Volk von der Tyrannei zu befreien, und ruft schließlich aus „Was soll uns nun solch dummer Lärm und diese nichtswürdig Spiegelfechterei? Ist's das, was Preußen jetzt zu tun geziem daß solch' ein Marktgeschrei in seiner Mitte aufgeht! .... So der gewaltige Geist, der das große Werk vollbracht, nun sie (d Schmalz und Genossen) es in ihrer blöden Kurzsichtigkeit b endigt glaubten, sich in ihre Dienstbarkeit begeben und in ihre Spinnhause knechtische Arbeit tun? .... Aus der Mitte d Völker ruft eine Stimme unaufhörlich in denselben ernste dunkeln, tiefen Tönen nach Recht und Verfassung; die Fürst haben sie gehört und wohl verstanden und sind sogleich will worden, nach ihrem gerechten Begehr zu tun; nur diese Auge diener suchen sie unaufhörlich zu beschwatzen; aber die Stimm ruft fort und fort und wächst immer an und nimmt immer an Kraft und Stärke, und das Murren der Wenigen wird bal

gänzlich unhörbar werden." An Preußen sei es nun ganz besonders, auf diese Stimme des Volkes zu hören. „Ein festes standhaftes Vertrauen muß es sich erwerben, damit seine fiktiven Wechsel auf einen blos idealen Besitz im gemeinen Verkehr wie bare Münze gelten. Dazu bedarf es von innen einer freien, festen Verfassung, auf Gerechtigkeit und ja nicht auf lügenden Scheine gebaut, die eine Gewähr geben, daß nicht Leichtsinn oder Gewalt in einem Tage niederreißt, was Vernunft in langer Frist gebaut; dann nach außen, daß es immerwährend strebe, in allen Verhältnissen sich zu einer deutschen Macht hinaufzuheben und nicht, wie früher, aller Bestreben hingegangen, Deutschland zu einer preußischen Macht hinabzuziehen. Nur wenn dort die Gewalt sich selber bindet und hier alle Gewalttätigkeit unterlassen wird, kann Preußen in der Liebe des gesamten Volkes groß, stark und mächtig werden; anders wird es früher, als das Jahrhundert abgelaufen, in seinem Hasse untergehen. Die nur raten gut, die zum ersten stimmen; das aber sind die gefährlichsten Feinde der Regierung, die sie zum andern Unheil in blinder Betörung und Raserei zu treiben sich bemühen."

Eine solche kühne Sprache wollte man aber in Berlin nicht hören, und so wurde denn das weitere Erscheinen des „Rheinischen Merkurs" durch Kabinettsordre vom 3. Januar 1816 untersagt, angeblich, weil die Zeitung ganz gesetzwidrig und ungeachtet der ergangenen Warnungen die Zwietracht der Völker erregende Aufsätze verbreite und durch zügellosen Tadel die Gemüter beunruhige. Die letzte Nummer (Nr. 357) erschien darauf am 10. Januar 1816.*) Das Aufhören der Zeitung bedeutete,

*) Moritz Carrière behauptet in einem Artikel über Bettina in der „Allgemeinen Zeitung" (1885, Nr. 356), daß der „Rheinische Merkur" schließlich wegen eines freisinnigen Aufsatzes, den Achim von Arnim geschrieben hatte, unterdrückt worden sei. Er stützt sich dabei aber gewiß nur auf einen Brief Arnims an Görres vom 23. Januar 1816, in welchem es heißt: „Gerüchte gingen, der „Rheinische Merkur" solle verboten werden wegen des Briefes aus Berlin, worin Lecoq vorgekommen .... Ich sagte Stägemann, der viel beim Staatskanzler verhandelt, ich sei der Verfasser, sie müßten sich gegen mich wenden, aber ein Institut nicht stören, das für die

auch wie der Generalgouverneur der Rheinlande, Justus Gruner, in einem Briefe an Görres vom 18. März 1816 offen aussprach, einen unersetzlichen Verlust.

Auch für Görres selbst war die Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs" von den schwersten Folgen. „Seine bedeutendste Wirksamkeit war damit für sein ganzes Leben zerstört", schreibt sein Biograph Sepp (S. 250), „zum Bedauern der besten Männer."

Einen gewissen, wenn auch nur sehr mäßigen Ersatz für den unterdrückten „Rheinischen Merkur" bot der „Westphälische Anzeiger" von Arnold Mallinckrodt. Bekanntlich war dieses Blatt bereits 1798 in Dortmund gegründet worden, hatte aber in der französischen Zeit (1809) sein Erscheinen einstellen müssen (Vergl. Band II, S. 31). Nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft nahm Mallinckrodt jedoch sein altes Unternehmen wieder

öffentliche Meinung so wichtig sei. Stägemann erwiderte: Veranlassung ... russische Anforderung über ein paar Artikel gegen den Kaiser." In Wirklichkeit sind es aber wohl hauptsächlich die Artikel Görres' über die deutschen Verhältnisse gewesen, die in Berlin Unwillen erregt haben; sie paßten ganz und gar nicht mehr zu der reaktionären Richtung, die Fürst Hardenberg, ... drängt von den Schmalz und Genossen, nach und nach einschlagen mußte. Es traf daher gewiß auch der Freiherr vom Stein das Richtige, als er zu Perthes, der ihn am 3. August 1816 in Nassau besuchte, äußerte: Görres sei ein Genie, ein gelehrter und rechtschaffener Mann, aber er habe sich nicht raten lassen, und der Staatskanzler habe keine Möglichkeit gehabt, ihn zu halten. — Sehr aufgebracht war Blücher über die Unterdrückung des „Merkurs". In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Reimer an Niebuhr, kürzlich sei bei Blücher Gesellschaft gewesen, auf der dieser dem Oberpräsidenten von Koblenz, v. Ingersleben, wegen seiner Schritte gegen Görres heftig zugesetzt habe. „Ich habe dem Mann erlaubt, gegen Kaiser und König zu schreiben," habe Blücher ausgerufen, „gegen den Staatskanzler und gegen mich selbst, wenn es not täte, und habe ihn daher auf meinem Gewissen allein; ich bin unschuldig, Sie aber haben es zu verantworten." Es sei aber dabei zu bemerken (setzt Reimer hinzu), daß Ingersleben sein dem Görres angetanes Unrecht vollkommen anerkennt und in Berichten sowie in Reden jetzt der Apostel seiner Brauchbarkeit und Trefflichkeit sei. (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

uf und zwar fast auf den Tag zur selben Zeit, als der „Rheinische Merkur" sein Erscheinen einstellen mußte. Mit der ganzen warmen Begeisterung einer echt vaterländischen Gesinnung trat r, ganz wie ehedem, wieder vor sein Publikum. In der ersten Nummer, die am 4. Januar 1816 ausgegeben wurde, entwarf er ein rosiges Zukunftsbild. „Großes Heil ist unserm Vaterlande Westfalen im Jahre 1815 widerfahren!" rief er aus. „Uns allen verheißt das Jahr 1816: Aufhören des unglücklichen provisorischen Kriegszustandes — Verminderung der bis zum Grade der Erdrückung gediehenen öffentlichen Abgaben und Lasten — Wiederaufheben des allgemein gelähmten Erwerbs — eine wohltätige Regierung nach festen Gesetzen und unter landständischer Verfassung — und die allmähliche Rückkehr des gegenseitigen Zutrauens, der Redlichkeit und des allgemeinen Strebens nach dem Guten an der Hand der Religion." Besonders in der verheißenen landständischen Verfassung liege, so fuhr er fort, für den Fürsten sowohl, wie für die Untertanen — neben einer bescheidenen Publizität — die sicherste, dauerhafteste Bürgschaft des öffentlichen Wohles. An die Verfassung werde sich „die Einführung der musterhaften neuen Städteordnung (der Steinschen von 1808) reihen, die Beseitigung aller Beamtenwillkür und des erdrückenden französischen Steuersystems, allgemeine Gewerbefreiheit, eifrigste „Förderung des Wegebaus, Schiffbarmachung der Flüsse und Anlegung zweckmäßiger Kanäle. „Wohl uns!" schließt er, „auf die vielen traurigen Jahre werden frohere, bessere folgen!"

Während sich also Görres hauptsächlich mit den großen staatsrechtlichen Fragen beschäftigt hatte, wandte sich der „Westphälische Anzeiger" fast ausschließlich den nationalökonomischen zu und wurde noch mehr darauf hingewiesen, als 1816 und 1817 die entsetzlichen Hungerjahre eintraten, die Westfalen besonders schwer trafen, weil die neuen preußischen Beamten sich als recht unzulänglich erwiesen. Die Lebensmittelpreise stiegen infolgedessen dort höher als anderwärts. Das machte sich schon im August 1816 bemerkbar, in welchem Monat das 11pfündige

Schwarzbrot in Elberfeld noch 29, aber in Hagen **bereits** 3[illegible] und in Hörde schon 44 Stüber*) kostete. Bald nachher schrieb denn auch der „Westphälische Anzeiger“: „Angst und Not ist vorhanden. Es wird den Menschen bange auf Erden. Zittern und Zagen ergreift ihn beim forschenden Blicke in die Zukunft.“ Mittlerweile verschlimmerten sich die Verhältnisse beständig; auf einen ungünstigen Herbst folgte ein früher harter Winter, worauf der Preis des 11pfündigen Schwarzbrotes auf 63 Stüber stieg, so daß es in vielen Orten zu Unruhen und Gewalttätigkeiten kam. Und nun erst ließ sich die Regierung in Berlin, die den Rheinlanden schon längst zu Hülfe gekommen war, bereit finden, auch Westfalen durch staatliches Eingreifen zu unterstützen. Aber statt das in den Ostseehäfen für Staatsrechnung gekaufte Korn auf dem natürlichen Wege durch die Nordsee, den Rhein, die Ruhr und Lippe hinauf zu Wasser in das Herz Westfalens bringen zu lassen, beging man die Torheit, es auf der Weser nach Minden zu schaffen und von dort auf 20 Meilen langem schlechtem Landwege über Lippstadt nach Unna zu fahren. Dadurch kam die Fracht für den Transport eines Scheffels Roggen von Lippstadt nach Hagen auf 2 Taler g. G. (4 Mark 64 Pf. oder für den Zentner auf 5 Mark 57 Pf.) zu stehen**), und die Kornpreise stiegen bis zur Mitte des Mai in Westfalen bis zu 10 Talern g. G. (23 Mark) der Scheffel, während sie jenseits der Elbe und Weser, wie der „Westphälische Anzeiger“ S. 674 feststellte, nur wenig mehr als die Hälfte betrugen.

Ähnliche verhängnisvolle Mißgriffe folgten, so daß der „Westphälische Anzeiger“ wiederholt bittere Klage führte, was aber in Berlin sehr übel vermerkt wurde.

Doch verhielt sich die Zeitung keineswegs bloß negativ; sie suchte auch Positives durch die Klärung der großen nationalökonomischen Fragen der Zeit zu schaffen. Man bemühte sich

---

*) 13 Stüber = 50 Pfennigen R. W.

**) Heute beträgt die Eisenbahnfracht für einen Zentner Getreide von Lippstadt nach Hagen 24 Pfennige.

ımals besonders heiß, festzustellen, ob Freihandel oder Schutz- ›ll dem armen so schwer darniederliegenden Deutschland fromme, ɛnn nach der Aufhebung der Kontinentalsperre überflutete Eng- ınd mit seinen Industrieerzeugnissen den ganzen deutschen Markt, :nd die durch die langen Kriege arg herabgekommene deutsche Industrie sah sich außer stande, die Konkurrenz zu bewältigen. Wie sollte man sich da verhalten? Auch Mallinckrodt öffnete ›iefer wichtigen Frage sein Blatt, und da entwickelte denn ein unger, unbekannter Kaufmann in Aachen, namens David Hanse- nann, die Angelegenheit in überraschend klarer und geistvoller Weise. Innerhalb Deutschlands, führte er aus, müsse jede Zoll- chranke fallen, und ein das ganze Deutschland umfassender Zoll- ›und müsse hergestellt werden; dem Auslande gegenüber aber nüßten sowohl im finanziellen wie im Interesse der Erhaltung ›er inländischen Gewerbe Zollschranken aufgerichtet werden. Also ›er „Westphälischer Anzeiger" war das erste Blatt, das den Ge- danken des künftigen deutschen Zollvereins in die Welt trug.

Weiterhin beteiligte sich der „Westphälische Anzeiger" auch lebhaft an der Frage der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Westfalen und verteidigte hierbei die Rechte der Bauern. Dadurch zog er sich aber den Zorn verschiedener viel- vermögender adlicher Herren zu, und da er auch ferner, obgleich die Regierung immer entschiedener die reaktionäre Richtung ein- schlug, den liberalen Grundsätzen treu blieb, so ward ihm als- bald ein rasches Ende bereitet; im Januar 1818 wurde er kurz- weg polizeilich verboten. In der Bevölkerung des westlichen Deutschland rief diese Maßregel aber eine große Erbitterung her- vor. Friedrich Harkort trat in der Zeitschrift „Hermann" in einem Artikel „Recht — und nicht mehr als Recht" sehr ge- wuchtig für Mallinckrodt ein. „Möge ihm," rief er aus, „die Achtung derer, die von oben nichts erbitten, sich vor Titeln nicht bücken und männlich nur ihr Recht begehren, ein Ersatz sein für die oft niedrigen Anfeindungen seiner Gegner." Und der Frei- herr vom Stein schrieb unter dem 2. Februar 1818 an Görres: „Man spricht von Preßfreiheit im Preußischen; die existiert aber keineswegs: die Zensur ist in den Händen des Polizei-Ministerii,

des nichtswürdigen Fürsten Wittgenstein und seines Gehülfen Herrn von Kamptz, eines wahren Philisters — die von dem Polizei-Minister gegebene Instruktion an die Regierungen ist in dem Geiste derer, welche Figaro beschreibt. — Der Vorgang mit Mallinckrodt's „Westphälischem Anzeiger“ ist wirklich skandalös.“

Unter diesen Umständen hielt es Mallinckrodt für zweckmäßig, sich einen neuen Wirkungskreis außerhalb Preußens zu suchen; er verkaufte seine Buchhandlung und Buchdruckerei an einen Dr. Heinrich Schulz in Hamm und siedelte nach Jena über, wo er eine Professur zu übernehmen und Görres Zeitung unter dem Titel „Neuer Rheinischer Merkur“ fortzusetzen gedachte. Seine Bemühungen um Erlangung einer Professur waren aber vergeblich, und der „Neue Rheinische Merkur“ ging sehr bald, da er beim Publikum nicht die nötige Unterstützung fand, wieder ein, worauf Mallinckrodt nach Westfalen zurückkehrte, um sich auf seinem kleinen Gute zu Schwefe bei Soest der Landwirtschaft zu widmen. Doch starb er dort, verbittert und verdüstert, bereits 1825, noch nicht 58 Jahre alt.

Dr. Heinrich Schulz hatte mittlerweile bereits im Juli 1818 die Erlaubnis zur Wiederherausgabe des „Westphälischen Anzeigers“ erhalten, durfte ihn aber selbstverständlich nur im regierungsfreundlichen Sinne und unter strenger Zensur erscheinen lassen. Der Hauptsprecher darin war jetzt der Professor Johann Friedrich Benzenberg (gest. 1846.) Er führte fortan in dem Blatte über alles und jedes das große und gar häufig recht taktlose Wort. Ein entschiedener Anhänger Preußens, warf sich der sonst vollständig liberale Mann, berufen und unberufen, zum Verteidiger des Fürsten Hardenberg auf, ohne zu ahnen, daß der alte, längst in Marasmus verfallene Staatskanzler nur noch von der herrschenden Rückschrittspartei Wittgenstein-Kamptz gehalten und geschoben wurde. Aus seinen volkstümlich und lebendig geschriebenen Aufsätzen hat sich übrigens mancher Ausspruch bis in unsere Tage erhalten, so z. B. der Satz „Zahlen beweisen!“, der heute noch ein geflügeltes Wort ist.*) In der Beilage des „An-

*) Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1896, S. 183.

eigers", dem „Kunst- und Wissenschaftsblatte", erschien der junge Heinrich Heine als Mitarbeiter; er veröffentlichte darin 1820 den Aufsatz „Die Romantik" und 1822 zwei „Briefe aus Berlin".

---

3. Die sonstigen preußischen Zeitungen des Westens. Des Generalgouverneurs Sack Grundzüge einer Zensur. Die Aachener Zeitungen. Friedrich Wilhelm III. mißbilligt die Haltung der Aachener Zeitungen. Beschränkung der Preßfreiheit. Verweis wegen zu großer Nachsicht gegen die Aachener Blätter. Die Auflagen der Aachener Zeitungen. Die Kölner Blätter. Der religiöse und volkswirtschaftliche Standpunkt der „Kölnischen Zeitung". Die Blätter in Krefeld und Kleve. Die ärmliche Presse in Düsseldorf. Die Blätter in Elberfeld und Solingen.

Leider blieben der „Rheinische Merkur" und der „Westphälische Anzeiger" in der in Rede stehenden Zeitperiode die einzigen preußischen Blätter von besonderer Eigenart und von reicherem geistigen Inhalt; alle übrigen vermochten sich aus ihrer bisherigen Gedrücktheit und Geistesarmut so bald nicht zu erheben. Auf den Zeitungen des Westens lastete noch immer ein gut Teil von dem Alpdruck der zwanzigjährigen Fremdherrschaft; verängstigt und verschüchtert, mußten sie einen neuen Ton zunächst nicht zu finden, und die Zeitungen des Ostens standen nach wie vor unter einer strengen Polizeiaufsicht. „Wenn so etwas," schrieb Arnim im Hinblick auf den „Rheinischen Merkur" an Görres, „nur auch in der Mark gedruckt werden dürfte!"*)

Von diesen Blättern sind aus dem westlichen Teile der Monarchie hervorzuheben die Zeitungen von Aachen, Köln, Krefeld und Kleve, die unter der Jurisdiktion des Generalgouverneurs Sack standen, der seinen Sitz in Aachen hatte, und weiterhin die Zeitungen von Düsseldorf, Elberfeld und Solingen, über die der schon wiederholt genannte Generalgouverneur Gruner zu Koblenz die Aufsicht führen mußte. Erfreulicherweise waren beide Generalgouverneure wohlwollende Männer, die den Zeitungen den Übergang in die neue Ordnung möglichst erleichterten

---

*) Sepp, S. 224.

und in den Wirrwarr, den sie vorfanden, mit schonender Vorsicht eingriffen.

Zunächst hoben sie den von der französischen Regierung eingeführten drückenden Zeitungsstempel auf, und dann stellte Sac die Grundzüge einer Zensur fest, über die der Gouvernementskommissar Boelling unter dem 24. Mai 1814 den Kreisdirektoren folgende Mitteilung machte: Die Zensur bezwecke, nicht zu dulden, daß etwas Anstößiges gegen Privatpersonen, öffentliche Beamte und Regierungen, eine Hintansetzung der Pflichten gegen Kirche und Staat, etwas die Ehrsamkeit und Sittsamkeit Verletzendes, oder eine Verbreitung von beunruhigenden, verführerischen oder falschen Nachrichten in den Zeitungen gedruckt werde. Alle öffentlichen Blätter müßten, ehe sie in die Druckerei gingen, nachgesehen und zensiert werden. In Aachen sei der Generalsekretär Körfgen Zensor, anderwärts seien die Kreisdirektoren mit der Zensur beauftragt. Weiterhin wird dann noch in einer Verfügung vom 10. Oktober 1814 das konfessionelle Gebiet berührt. „Es ist bekannt“, so lautet der Erlaß, „welchen Eindruck auf das Volk diejenigen Nachrichten machen, welche die Gottesverehrung, die Verhältnisse der Geistlichkeit und dergleichen betreffen. Ich empfehle Ihnen daher angelegentlichst, die Artikel dieses Gegenstandes, welche für die öffentlichen Tagesblätter bestimmt sind, auf das sorgfältigste zu prüfen und bei der Zensur alles zu unterdrücken, was einen übeln Einfluß auf die Ruhe der Gemüter haben und die bestehende Verfassung irgendwie verletzen könnte.“

Von der Aachener Zeitungslitteratur erschien nach dem Abzuge der Franzosen, da mit diesen natürlich auch die „Präfekturakten“ und das „Journal de la Roer“ dahingegangen waren, nur noch die „Aachener Zeitung“, jetzt im Verlag von Matthias Weiß. Bald nachher erstand aber der „Aachener Wahrheitsfreund“, herausgegeben von Thomas Vliecks, wieder, der 1809 als „Aachener Merkur“ unterdrückt worden war (Vergl. Band II, S. 99), und weiterhin traten „Der Nouvelliste“, herausgegeben von Jos. Jak. Bovard, und das Wochenblatt „Aurora“, redigiert von dem berüchtigten Franz Theodor Matthias Bier-

zans, der einst den wutschnaubenden „Brutus, den Tyrannenfeind“ n die Welt geschleudert hatte (Vergl. Band II, S. 24), ins Leben; auch wurde von der Regierung ein amtliches Blatt, „Journal des Nieder- und Mittelrheins“, redigiert von Dr. Stein, gegründet. Es erschien vom 10. März 1814 ab in Quart und wurde bei Beaufort gedruckt.

Von allen diesen Zeitungen ging nur die „Aurora“ über die gesteckten Grenzen hinaus und wurde daher am 5. Febr. 1815 unterdrückt. Sie hatte zwei Artikel in ihrer Nummer vom 3. Februar 1815 gebracht, die Anstoß erregten. In einem dieser Artikel witzelte Biergans über den Wiener Kongreß und sprach unter anderem von Wiener Kaffeehausnachrichten, wobei er gleichzeitig den Herausgeber des amtlichen „Journals des Nieder- und Mittelrheins“ lächerlich zu machen versuchte; in dem anderen wendete er sich gegen den in den Regierungskreisen wegen seiner deutschfreundlichen Haltung sehr angesehenen Herausgeber der „Aachener Zeitung“, Matthias Weiß. Der Zeitungsdrucker Weiß, so wurde in der „Aurora“ gesagt, sei von den Franzosen zur Belohnung für die dem französischen Justiz- und Polizeiminister geleisteten heimlichen und öffentlichen Dienste den Aachenern aufgedrungen worden. Er sei ein geborener Ungar und tische seinen Lesern Pariser Lügen und „Moniteur“-Dummheiten in einer halb hunnischen, halb französisch-deutschen Sprache auf. Der Generalgouverneur Sack verbot das Weitererscheinen des Blattes mit der Begründung, daß es „durchaus als ein Tummel-Platz anzüglicher und ärgerlicher Persönlichkeiten, welche selbst die liberalste Preßfreiheit niemals in Schutz nehmen kann“, angesehen werden müsse. In der Bevölkerung fand diese Maßregel nur allgemeine Billigung.

Die übrigen Aachener Zeitungen hielten sich sehr vorsichtig; lief ihnen aber dennoch einmal ein freies Wort mit unter, so war der Zensor sofort bei der Hand und tilgte den Satz. Solche Fälle kamen selbst bei dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ vor, ja diesem wurde am 29. November 1814 sogar eine ganze Seite gestrichen, die dann vollständig weiß zur Ausgabe kam. Trotzdem war die Königliche Regierung in Berlin

wenig mit den Aachener Blättern zufrieden, und Mitte Juni 1815 lief aus dem Kabinett Friedrich Wilhelms III. beim Generalgouverneur des Niederrheins eine Ordre ein, in der der König erklärte, er habe im „Rheinischen Merkur“ und anderweitig Aufsätze gelesen, die von einer „ganz ungeregelten Licenz ihrer Verfasser“ zeugten.*) Ein derartiger Artikel sei der in einer der letzten Nummern der „Aachener Zeitung“ gegen die bayerische Regierung erschienen, dessen Verfasser, Verleger und Verbreiter als Ruhestörer anzusehen seien, gegen die man nach der Strenge der Gesetze verfahren werde. Behörden, die aus Fahrlässigkeit oder Nachsichtigkeit solche Artikel durchgehen ließen, seien hierfür verantwortlich. Der König werde sich von jetzt ab lediglich an „die Mitglieder der Behörden halten, welche in ihrem Ressort solche Aufsätze oder irgend etwas aufkommen ließen, wodurch die Einigkeit der Verbündeten gestört, oder eine gegen die Regierungsformen gerichtete Stimmung auch nur entfernt hervorgebracht werden könnte.“ Hiernach habe sich das Generalgouvernement vom Niederrhein entschieden zu richten.

Diese Ordre des Königs gab der Generalgouverneur Sack ordnungsmäßig an den Gouvernements-Kommissar Boelling weiter mit der Anweisung, sich den königlichen Befehl bei der Aufsicht über die Zeitungen zur strengen Richtschnur dienen zu lassen. „Übrigens habe ich,“ fügte er aber hinzu, „wie ich Euer Hochwohlgeboren hierdurch vertraulich eröffne, um in den Stand gesetzt zu werden, mit dem pünktlichsten Gehorsam gegen Königliche Allerhöchste Immediat-Befehle die Handhabung der liberalen, auf

*) Gemeint ist folgende Auslassung: „Nach dem „Rheinischen Merkur“ hat die Regierung in Bayern die deutsche Tracht — oder vielmehr alle besonderen Abzeichen, z. B. Kreuze von Metall auf Münzen u. s. w., durch eine Verordnung dd. Aschaffenburg, den 2. Mai dieses Jahres — verboten. (Wahrscheinlich fürchtet der Graf Montgelas, daß die Bayern zu deutsch für einen Montgelas werden möchten, oder er kann kein anderes Kreuz leiden, als das, welches er den bayerischen Untertanen auflegt).“ Der Artikel war aus dem „Rheinischen Merkur“ in das amtliche „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ (Nr. 59 vom 18. Mai 1815) und von dort in die „Aachener Zeitung“ übergegangen.

Preßfreiheit bezogenen preußischen Staats-Maximen auch ferner vereinbaren zu können, in einem heutigen Berichte an des Herrn Fürsten Staats-Kanzlers Durchlaucht diesen Gegenstand umständlicher erörtert und eine genauere Instruktion mir erbeten. Vom Resultate werde ich Euer Hochwohlgeboren demnächst in Kenntnis setzen; unterdessen aber muß des Königs deutlich erklärter Wille streng befolgt werden, und ich kann nicht umhin, dafür, daß dieses innerhalb Ihres Verwaltungsbezirkes geschehe, die von Sr. Majestät mir auferlegte persönliche Verantwortlichkeit auf Euer Hochwohlgeboren wiederum pro rata zu übertragen."

Darauf verdoppelte Boelling seine Aufmerksamkeit; er war aber doch ziemlich unsicher, wie weit er in der Beschränkung der Presse gehen solle, und fragte daher unter dem 23. Juli, als die Aufregungen über die Schlacht bei Waterloo vorüber waren, bei dem Generaglouverneur an, ob denn, da der König den „Rheinischen Merkur" speziell genannt habe, Abdrücke aus diesem künftighin vollständig vermieden werden müßten. Allein der Generalgouverneur konnte sich zu solcher Härte nicht entschließen. Im allgemeinen, antwortete er bereits am 25. Juli, könne kein Grund vorhanden sein, den im „Rheinischen Merkur" enthaltenen Aufsätzen die Aufnahme in Aachener Tagesblätter zu versagen; immerhin sei es gewiß, daß der unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit schreibende Herausgeber des „Rheinischen Merkurs" nicht selten Dinge sage, die dem gebildeten und verständigen Publikum seines litterarischen Wirkungskreises zwar ohne Bedenken zur Beurteilung überlassen werden könnten, die man aber doch nicht durch Tagesblätter einer niederen Sphäre auch unter den großen Haufen verbreiten lassen dürfe. Nach diesen Grundsätzen werde also der Zensor solcher Tagesblätter vorkommenden Falls mit Umsicht zu verfahren haben.

Solchen liberalen Anschauungen huldigte man aber in Berlin keineswegs. Bekanntlich wurde der „Rheinische Merkur" schon zu Neujahr 1816 verboten, und dem „Oberpräsidenten der Königlich Preußischen Provinzen am Rhein" (diesen Titel hatte Sack mittlerweile erhalten) wurde zugleich mit der Mitteilung dieser Maßregel eine Rüge für seine Nachsicht, die er der Presse gegenüber

geübt habe, erteilt. Dieser Tadel berührte Sack offenbar recht unangenehm, und er sah jetzt davon ab, fernerhin irgend welche Nachsicht zu üben. Seinem Gouvernements-Kommissar Boelling schrieb er am 9. Januar 1816, Seine Majestät habe ihn bei der Mitteilung von der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ zugleich benachrichtigt, daß ein Gesetzentwurf über die Preßfreiheit zur Zeit im Ministerium beraten werde, und ihm, unter Mißbilligung der bisher gestatteten Freiheit, zur Pflicht gemacht, bis zum Erscheinen dieses Gesetzes „die Zeitungen und Journale im Zaum zu halten“. Er weise ihn (den Boelling) daher hiermit an, die Strenge der Zensur dergestalt zu verdoppeln, daß durchaus keine Stelle passiere, in welcher beleidigende Ausfälle gegen eine fremde Regierung oder unbefugte Kritiken und Urteile über Handlungen der preußischen Regierung oder über Gegenstände des preußischen Staatshaushaltes oder des Verhältnisses Preußens zum Auslande enthalten seien. „Für die genaue Befolgung dieser Vorschrift,“ schloß er, „muß ich Euer Hochwohlgeboren *ebenso* sehr persönlich verantwortlich machen, als ich Seiner Majestät dafür verantwortlich bin.“*)

Damit war den Zeitungen am Niederrhein und im Generalgouvernement Berg jedes freie Wort abgeschnitten. Doch bedeutete das — seit dem „Rheinischen Merkur“ der Garaus gemacht worden war — im Grunde nicht sehr viel, da sich unter all den Blättern der weiten Landschaft kein einziges von einer gewissen Bedeutung befand. Sie boten alle nur einen ärmlichen Inhalt und besaßen auch nur eine außerordentlich geringe Auflage. Zufällig sind wir über diese ganz genau unterrichtet, da Sack Ende Dezember 1815 über die im Gebiete des ehemaligen Rördepartements und der Provinz Berg erscheinenden Zeitungen eine Statistik aufnehmen ließ, und dieses Aktenstück sich im Düsseldorfer Staatsarchiv erhalten hat. Danach erschien die „Aachener Zeitung“, die dreimal wöchentlich herauskam und 15 Franks jähr-

*) Die hier angeführten Schriftstücke befinden sich im Königl. Staatsarchive zu Düsseldorf, Rördepartement, Gouvernements-Kommissariat, 4. Division Nr. 13.

ı kostete, in 800 Exemplaren, „Der Nouvelliste" (viermal chentlich; 16 Franks) in 300 Exemplaren, der „Aachener Wahrtsfreund" (viermal wöchentlich; 15 Franks) ebenfalls nur in O Exemplaren; von dem amtlichen „Journal des Nieder- und ittelrheins" wurde die Höhe der Auflage nicht angegeben. In ıer amtlichen Bemerkung werden diese Aachener Blätter außerm noch flüchtig charakterisiert. Es heißt da: Gegen die Aachener Zeitung" nichts zu erinnern, höchstens nur, daß ihre achrichten selten neu sind. Beim „Nouvellisten" ist die gute uswahl zu loben. Der „Aachener Wahrheitsfreund" ist die ittelmäßigste der in Aachen erscheinenden Zeitungen. Die Ausahl ist nicht die beste, die Artikel werden spät geliefert. Der erfasser ist der französischen Sprache nicht mächtig, was inrrekte Übersetzungen zur Folge hat.

In Köln waren nach dem Abzuge der Franzosen auch der Beobachter im Roer-Departement", die „Gazette de Cologne", :r „Mercure du département de la Roër" und die „Feuille 'affiches" verschwunden, dagegen aber die drei 1809 unterrückten Blätter: die „Kölnische Zeitung", der „Welt- und Staatsote" und der „Verkündiger" wieder erstanden. Doch wurden iese sofort unter die Zensur der verbündeten Heerführer gestellt, ıas ihnen der Maire der Stadt, Wittgenstein, unter dem 14. Feruar 1814, in folgendem amtlichen Schreiben mitteilte:

„In Gefolge eines Schreibens des Herrn Stadt-Kommananten, welches ich soeben erhalte, muß von heute an der Inhalt ller hier ausgehenden Zeitungen einen Tag vor ihrer Erheinung im Publikum an den Herrn Aswerdson, Obrist, Komıandeur der Leibgarde zu Pferde, Chef des Hauptquartiers Sr. . H. des Kronprinzen von Schweden, der unter Sechszehnhäuser ıei Madame Keil einquartiert ist, eingereicht werden und nach ›essen Erlaubnis und Unterschrift auf dem Bureau des Herrn Stadt-Kommandanten visiert werden."

Nach dem Einmarsch des Heeres in Frankreich übernahm ›ann Sack die Oberaufsicht über die Presse.

Die „Kölnische Zeitung" begann bereits am 16. Jan. 1814 vieder zu erscheinen und nahm dann unter der umsichtigen Leitung

von Marcus Du Mont bald einen lebhaften Aufschwung.
sie bei ihrer Unterdrückung 1809 nur 326 Abonnenten ge
so konnte sie bei der Aufstellung der Statistik im Dezember
bereits eine Auflage von 1500 bis 2000 Exemplaren ang
Sie kostete jetzt 5 Reichstaler 20 Stüber das Jahr, erschien
noch wie ehedem, als das Jahresabonnement bloß 2²/₃ R
taler betrug, nur in klein Quart und auch nur einmal wö
lich. Der Inhalt war daher auch jetzt noch sehr sp
Längere Berichte konnten bei so beschränktem Raum nur
mannigfachen Unterbrechungen veröffentlicht werden. Die
derung der am 15. Mai 1815 vollzogenen Huldigungsfe
Aachen, dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrh
entlehnt, bedurfte zu ihrem vollständigen Abdruck mehrere W
vom 21. Mai bis 15. Juni, und schließlich mußte sich di
daktion an dem letzten Tage noch zu einer in kleinerer S
gedruckten Beilage bequemen, um sich des Berichtes endli
entledigen. Auch mit der Schnelligkeit der Übermittlung
Meldungen hatte es noch immer seine großen Schwierigk
Die Nachrichten aus Frankfurt brauchten nach wie vor vier
um nach Köln zu gelangen, und die aus Paris sogar eine
Woche. Außergewöhnlich schnell erhielt dagegen die Zeitun
Kunde von der Schlacht bei Waterloo, die am 18. Juni
abends entschieden ward. Der preußische Oberst von Thiele
19. Juni vom Fürsten Blücher aus dem Hauptquartier
Charleroi abgefertigt, brachte am 20., nachmittags 2 Uhr,
ersten vorläufigen Siegesbericht nach Köln, worauf die „Köl
Zeitung“ die frohe Botschaft sofort durch ein Extrablatt
breiten ließ. Die gut-deutsche Gesinnung, die hier und auc
andern Gelegenheiten in der Zeitung zum Ausdruck kam, ve
anlaßte denn auch Görres gelegentlich (Rh. Merk. Nr. 80
dem Urteil: „Die „Kölnische Zeitung“ hat öfter, auch in der
der Gefahr, guten Geist bewährt und sich nicht minder ihr eig
Urteil gebildet.“ Im weiteren Verlaufe der Jahre trat be
Zeitung mehr und mehr eine streng-katholische Tendenz her
die sich u. a. bei der Wiedereinführung der Fronleichnams-
zession im Jahre 1818 in begeisterten Worten äußerte.

heutige ganz entgegengesetzte Richtung werden wir erst weit
r zu berichten haben. Ebenso wie ihre religiösen, so waren
er in Rede stehenden Periode auch ihre volkswirtschaftlichen
chten genau die entgegengesetzten von heute. Mit großem
hdruck wandte sich die Zeitung besonders gegen den Gebrauch
Maschinen. „Eine Maschine macht", schrieb sie 1818 in
m Leitartikel über das englische Maschinenwesen, „oft die Ar-
n von tausend Menschen entbehrlich und bringt den Gewinn,
sonst alle diese Arbeiter teilten, in die Hände eines einzigen ...
jeder abermaligen Vervollkommnung werden neue Familien
los; jede neu erbaute Dampfmaschine vermehrt die Zahl der
tler, und es steht zu erwarten, daß sich bald alles Vermögen
den Händen einiger tausend Familien befinden und der übrige
l des Volkes als Bettler in ihre Dienstbarkeit geraten werde.
ß nicht jeder Menschenfreund schmerzlich ergriffen werden von
Gedanken, daß es dahin kommen kann und aller Wahr-
einlichkeit nach dahin kommen muß? Wir sind der Meinung,
z der Schade, den unser Gewerbe durch das englische Maschinen-
sen erleidet, obwohl er sehr fühlbar ist, bei weitem leichter
ragen werden kann, als der Druck, der aus dem Flor der zu
r durch Maschinen vervollkommneten Fabriken erwachsen würde,
Deutschland mit drei bis vier Millionen Bettlern bevölkern
irden." Glücklicherweise wurde die Entwicklung der rheinischen
ndustrie durch solche irrigen Ansichten nicht aufgehalten, und der
ohlstand des Westens wuchs rasch, wenn auch nicht gerade in
r Stadt Köln selbst, wo noch in den zwanziger Jahren eine
lche Armut herrschte, daß, wie der Erzbischof Graf Spiegel an
n Freiherrn von Stein schrieb, „im Durchschnitt der dritte
Mann Unterstützung bedürfe."*)

Auch der „Welt- und Staatsbote" entwickelte sich nach
inem Wiedererscheinen günstig. Er hatte bei seiner Unterdrückung
1809 nur 708 Abonnenten gehabt, konnte aber bei der statistischen
Aufstellung im Dezember 1815 eine Auflage von 1400 Exem-
plaren angeben. Er erschien, redigiert vom Gerichtsschreiber

*) Pertz, Leben Steins, Bd. VI, S. 553.

Weber, viermal wöchentlich und kostete 5 Reichstaler 20 Stüb
jährlich.

Kümmerlich sah es dagegen mit dem Inseratenblatte „D
Verkündiger“ aus, das der Buchdrucker Heberle „in V
bindung mit mehreren Litteraten“ zweimal in der Woche herau
gab; es wurde nur in 400 Exemplaren aufgelegt.

In Krefeld erschien auch in der neuen Zeit das „Krefeld
Wochenblatt“ der Witwe Schüller nur wöchentlich einmal*) u
brachte auch nach wie vor neben den Privatanzeigen nur V
fügungen der Behörden und Bekanntmachungen. Mitteilung
politischen Inhalts waren streng untersagt, und der neue en
gische Kreisdirektor Wilhelm Bene hielt sehr streng auf die B
obachtung dieses Verbotes. Besonders wichtige Nachrichten,
die Verbannung Napoleons, die Einnahme von Paris u. s.
wurden von Amtswegen mitgeteilt. Das Jahresabonnement
lief sich auf 2 Reichstaler; die Auflage war Ende 181
220 Exemplare. Und auch in Kleve entwickelte sich zunä
kein neues Leben. Der „Kourier des Niederrheins“, zwei
wöchentlich von dem Gerichtsschreiber Koch herausgegeben, kon
auch förderhin nur in 150 Exemplaren gedruckt werden.

Ebenfalls in ihren bisherigen bescheidenen Verhältnissen v
blieben in der in Rede stehenden Periode die Zeitungen
General-Gouvernements Berg, die Blätter in Düsseldorf, Elb
feld und Solingen.

Trotz seiner günstigen geographischen Lage vermochte
Düsseldorf doch nur langsam aus der allgemeinen Zerrütt
zu erholen. Die 26600 Einwohner hatten weder Unternehmun
geist, noch führten sie ein regeres geistiges Leben. Es flori
daher auch nur das vom Gouvernements-Buchdrucker Hofkamm
rat Stahl herausgegebene „Intelligenzblatt“, das wöchentlich e
mal erschien und eine Auflage von 1200 Exemplaren besaß.
kostete jährlich in Düsseldorf 1 Reichstaler 30 Stüber und kon

*) Wir möchten hier einmal gelegentlich bemerken, daß Wochenblät
auch zweimal und noch öfter wöchentlich erschienen; man behielt, wenn sich
Blätter auswuchsen, doch den alten Titel gern bei.

. Lande" postfrei für 2 Reichstaler und 10 Stüber bezogen
rden. Neben dem „Intelligenzblatte" gab Stahl auch jetzt noch
. politische „Abendblatt" dreimal in der Woche heraus, das
r nur in 600 Exemplaren erschien, und zwar bei einem
onnementspreise von 4 Reichstalern für Düsseldorf und 5 Reichs-
ern 20 Stübern auswärts, durch die Post bezogen. Damit
eint das Bedürfnis der Stadt gedeckt gewesen zu sein, denn die
den politischen Blätter, die noch außerdem und sogar täglich
rauskamen, die „Düsseldorfer Zeitung", redigiert von Rauscheid,
ruckt von Boyemann, und die „Niederrheinischen Blätter",
igiert von dem Freiherrn von Kerz, gedruckt von Stahl, ver-
chten kaum ihr Leben zu fristen. Das erstere hatte (bei einem
hrespreise von 5 Reichstalern) nur 340 und das letztere (das
Reichstaler kostete) sogar bloß 300 Abnehmer!

Etwas besser lagen die Verhältnisse der beiden Zeitungen
betriebsamen Elberfeld. Dort konnte sich die Büschlersche
Allgemeine Zeitung" unter der sorgfältigen Leitung des Dr.
ichholz bei täglichem Erscheinen einer Auflage von 1600 Exem-
aren erfreuen, ebenso das „Elberfelder Intelligenzblatt", eine
eilage zur „Allgemeinen Zeitung", die zweimal in der Woche
rausgegeben wurde. Das Abonnement für die „Allgemeine
eitung" betrug 5 Reichstaler bergisch; das „Intelligenzblatt"
urde den Abonnenten der Zeitung gratis verabreicht. Das zweite
lberfelder Blatt, die „Provinzial-Zeitung", mit der wöchentlichen
Beilage „Niederrheinischer Anzeiger", das auch jetzt noch im Ver-
age des Buchhändlers Mannes erschien, stand zwar nicht mehr
uf der Höhe, die es beim Ende des 18. Jahrhunderts einge-
ommen hatte (Vergl. Band II, S. 33), immerhin belief sich die
Auflage doch noch auf 500 Exemplare. Der Preis war eben-
alls 5 Reichstaler bergisch.

Der in Solingen von dem Buchdrucker Siebel zweimal
wöchentlich zum Preise von 1 Reichstaler herausgegebene „Ver-
kündiger, ein gemeinnütziges Volksblatt" (Aufl. 250 Expl.) war
bedeutungslos.

4. Die Berliner Presse. Görres über die künftigen Aufgaben der den
Zeitungen. Die Spenersche und die Vossische Zeitung. Die Zensur.
über die Zensoren. Die Gründung des „Preußischen Korresponden
Sein Leiter B. G. Niebuhr und dessen Eröffnungs-Artikel. Oftm
Wechsel in der Leitung (Göschen, Schleiermacher, Arnim, Arndt). Die
patriotische Haltung des Blattes. Die Kümmerlichkeit der Inserate.
des Blattes. Die Zensur wird verschärft. Die Berliner Presse wird i
kläglicher. Bildung eines Vereins zu Gunsten der Preßfreiheit. Grün
der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung". Ihr Programm. Ihr
dakteur F. A. von Stägemann. Die Haltung der Zeitung.

Noch weniger, als von den eben geschilderten Zeitungen preußischen Westens ist von der Zeitungslitteratur des preußi Ostens während der Jahre 1814 bis 1819 zu sagen. Dort den sogenannten alten Provinzen, waren auch während des Kri die Einrichtungen des Staates nicht aus den Fugen gewichen, die Regierung hatte die Zügel fest in der Hand behalten. Da erfuhr denn auch, obgleich die Rücksichten auf Napoleon gef waren, die Aufsicht über die Presse nicht die geringste Milder Das trat besonders grell in Berlin hervor.

Nach dort blickte wohl Görres hauptsächlich, als er Sommer 1814 in einem Artikel des „Rheinischen Merkurs" legte, wie sich nunmehr die großen deutschen Zeitungen zu wickeln hätten. „Da Deutschland endlich wieder eine Gesch gewonnen", schrieb er, „da es in ihm zu einem Volke gekom zu einem Willen und zur öffentlichen Meinung, wird es wohl auch also fügen, daß es Zeitungen erhält, die mehr als der magere geist- und kraftlose Index dessen, was gesche Wenn ein Volk teilnimmt am gemeinen Wohl, wenn es darüber zu verständigen sucht, was sich begibt, wenn es d Taten und Aufopferungen sich wert macht, in den öffentli Angelegenheiten Stimme und Einfluß zu gewinnen, dann verl es nach solchen Blättern, die, was in allen Gemütern treibt drängt, zur öffentlichen Erörterung bringen, die es verstehen, Herzen der Nation zu lesen, die unerschrocken ihre Ansprüche verteidigen wissen, und die dabei, was die Menge dunkel und wußtlos in sich fühlt, ihr selbst klar zu machen und deutlich a

ochen ihr wiederzugeben verstehen. So weit hat sich Deutsch-
jetzt entwickelt, das sollen die Zeitungen verstehen, sie sollen
würdig machen, daß das Volk als seine Stimmführer sie
und erkenne, und sie werden ein ehrenvoll und gesegnet
verwalten. Auch die Regierungen sollen das erkennen, keine
he Angst soll sie antreiben, daß sie in diese heilsame Geister-
egung im Innern der Völker störend eingreifen; keine ängst-
Zensur soll den allgemeinen Umlauf der Ideen hindern.
d die Gedanken einmal erst entbunden, hat sich sogar, wie's
nthalben der Fall ist, das freimütige Wort schon dazu ge-
en, wie ist es töricht, noch zuletzt den Buchstaben zu fesseln,
wer kann den süßen, faden Most aufhalten, wenn er zu
er Zeit gekommen, daß er zu Weine wird. Keine Regierung
d bei den Deutschen, die so viel halten auf den freien geistigen
kehr, sich gründlicher verhaßt machen können, als jene, die es
a versuchen wollte, dem freimütigen Wahrheitssinne in diesen
ten Banden zu bereiten und im Reiche der Gedanken die ver-
bene Sperre und die gesprengten Mautlinien anzulegen." Er
ft dann einen Blick auf die französischen und englischen Zei-
gen, die er unbedeutend und einseitig findet, und meint, die
tschen Zeitungen könnten wohl zu etwas Höherem gedeihen.
ber vorerst soll es uns genügen," fährt er fort, „sind wir nur
weit gekommen, daß unsere Zeitungen wahre Volksblätter
vorden sind, Stimmen, durch welche die Völker zu einander
d zu den Fürsten sprechen. Recht eigentlich soll es die ehren-
lle Bestimmung solcher Blätter sein, ständisch zu werden; sie
len in Zucht und Maß, wie sich geziemt, aber auch äußerlich
i und ungefesselt, das Wort für die öffentliche Meinung führen;
ribunen, sollen sie die große Mehrheit vertreten, sie sollen
r Mund des Volkes und das Ohr des Fürsten sein.
as alle wünschen und verlangen, soll in ihnen ausgesprochen
erden; was alle drückt und plagt, darf nicht verhohlen bleiben;
ner muß sein, der da die Wahrheit zu sprechen verbunden ist,
umwunden, ohne Vorbehalt und Hindernis. Denn nicht ge-
ldet, nein geboten muß die Freimütigkeit in guter Verfassung
in; der Redner soll als eine geheiligte Person dastehen, so lange,

bis er durch eigene Schuld und Lüge sein Recht eingebüßt. D solcher Freiheit entgegenarbeiten, machen sich verdächtig, daß da Bewußtsein einer großen Schuld sie drückt: wer recht handel scheut nicht die offene Rede; sie kann am Ende nur dazu führe daß Ehre werde, wem Ehre gebührt; die aber auf Unrat un Dunkel angewiesen sind, lieben freilich die Heimlichkeit. D Deutschen haben aber gar wohl verdient, da sie ihr Recht er stritten, daß man ihnen auch ihr Recht angedeihen lasse. Un schädlicher wie bei ihnen kann nirgend die freie Erörterung sein heilbringender gleichfalls in keinem Lande, da gutes Wort nirgen bessern Boden findet, gehäßiger jeder Zwang unter keinem Volk Die Regierung, die sich diesem allgemein herrschenden Sinne füg wird schon dadurch allein populär und gewinnt ein Übergewich gegen jene, die mit scheuer Furcht alles zu verhüllen und zu be decken strebt. Es ist einmal so die Stimmung aller Geister, da jeder Zwang sie hart versehrt und empört; eher noch lassen s sich eine verletzende Tat gefallen, als daß sie das Reich des Ge dankens irgend einer Beschränkung unterwürfen. Darum sollen die Zeitungen ihr Recht sich nehmen, und die Regierungen un jene, die zu Aufsehern gesetzt sind, sollen es nicht verwehren. Di ganze Regierungskunst besteht einzig darin, die Zeichen der Ze zu verstehen und zu handeln, wie sie gebieten."

Aber dieser Appell an die Regierungen zu Gunsten einer freien Presse verhallte ungehört, besonders auch in Berlin. Die beiden alten Zeitungen der Hauptstadt, die „Spenersche" und die „Vossische Zeitung", die auch noch weiterhin im kümmer lichen Quartformat erschienen, wurden nach wie vor in schweren Banden gehalten. Hatten sie schon über die Befreiungskriege nur sehr knappe Berichte bringen dürfen, so war ihnen über die Kongreßverhandlungen erst recht jede Mitteilung, etwa aus irgend welchen Aktenstücken, streng verboten. Nur was ihnen hie und da aus dem Kabinette des Fürsten Hardenberg zugesandt wurde, durften sie veröffentlichen, und das war herzlich wenig. Die „Spenersche Zeitung" brachte solch einen Bericht aus der Hardenbergschen Kanzlei, z. B. am 16. und 18. Februar 1815: es wurden dort aber nur die Länder aufgezählt, die Preußen um

s lieben Friedens willen hatte opfern müssen. Besonders ge-
agt wurde um den Verlust von Bayreuth und Anspach, jedoch
ıch dargelegt, welche zwingenden Gründe es nötig gemacht hatten,
aß Preußen solche Opfer brachte. Ein andere̲s, aber weit wich-
geres Aktenstück, das ihr von Hardenberg zuging, konnte die
Spenersche Zeitung" am 21. März 1815 veröffentlichen; es war
ie Achtserklärung, die am 13. März die auf dem Wiener
Kongreß versammelten Fürsten gegen den von Elba entflohenen
Napoleon Bonaparte erlassen hatten.

Für diese Zuwendungen hatten sich die Zeitungen aber auch
ankbar zu erweisen; sie mußten spaltenlange verherrlichende
Artikel über die Monarchen und ihre Minister bringen und aus-
ührlich die prächtigen Feste schildern, die sich die hohen Herr-
haften in Wien gaben, alles im Tone höchster Ehrfurcht und
Bewunderung. Ja, die „Spenersche Zeitung" mußte sich sogar
ereit finden lassen, ihren Lesern die berüchtigte Schmalzsche
Broschüre zu empfehlen, und der Redakteur der „Vossischen Zei-
ung", Professor S. H. Catel, sah sich gezwungen, verschiedene
Artikel des reaktionären Herzogs Karl von Mecklenburg, die sich
gegen das auf den deutschen Universitäten herrschende „Unwesen"
ichteten, aufzunehmen, ferner gehässige und beleidigende Artikel
von Kamptz gegen Jahn.

Jeder Tadel des unerhörten Schlendrians auf dem Kongresse,
ede auch noch so leise Bemängelung der schamlosen Völlerei und
Prasserei in Wien war natürlich ganz ausgeschlossen, und als
Friedrich Förster, der bekannte Kampfgenosse Theodor Körners,
ein Sonett „Blücher, bei der Nachricht von der Heimkehr Napo-
leons von Elba" drucken lassen wollte, in dem die Zeilen vor-
kamen:

> Wie werden nun die Herrn in Wien geschmeidig,
> Ihr stumpfer Federwisch taugt nicht zum Fegen,
> . Sie sehen bang sich um nach einem Degen!

da strich der Zensor, der Geheime Rat Renfner, das ganze Sonett.
Förster wollte sich aber so kurzer Hand nicht abfertigen lassen;
er eilte zu Blücher und bat um dessen Intervention. Der alte
Haudegen wehrte jedoch ab und sagte: „Ne, mit die Zensoren

hier mag ich mir nicht befassen; über die hat der Teufel Gewalt, aber ich nicht. Packen Sie man Ihre Schriften ein, und nehmen Sie sie mit nach Paris; da hab' ich zu befehlen, hier nicht.“ Das tat denn auch Förster, worauf Blücher einige Monate später sein Wort einlöste und das Sonett in Paris in der deutschen Feldzeitung drucken ließ.*)

Unter diesen Verhältnissen vermochte sich denn auch ein neues Blatt, das unter sonst ganz günstigen Auspizien ins Leben gerufen wurde, „Der Preußische Correspondent“, nicht zu einer größeren Zeitung zu entwickeln. Doch ist das Blatt trotz alledem für die damalige Epoche eine so charakteristische Erscheinung, daß es ausführlicher betrachtet werden muß.

Als im Frühjahr 1813 die Befreiungskämpfe vorbereitet wurden, hatten die Leiter der Bewegung, besonders Scharnhorst, den Wunsch, es möchte ein von echt vaterländischer Gesinnung getragenes, in frischem Tone geschriebenes Blatt die patriotische Begeisterung weiter anfachen, um, wie sich Achim von Arnim

---

*) Auch später äußerte Blücher des öfteren seinen Unwillen über die Unterdrückung der Preßfreiheit. In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer an Niebuhr: „Der alte Blücher .... predigt allenthalben und vor allen Menschen: Preßfreiheit. So hat er jüngst beim Prinzen August an der Mittagstafel gesagt: Weder Sie noch ich erfahren ja, wenn wir dumme Streiche gemacht haben, wenn es uns nicht durch dieses Mittel bekannt wird.“ (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

Die „Teutsche Feldzeitung“ war ein Unternehmen des Buchhändlers Bartholomäus Herder aus Freiburg i. Br. Auf Veranlassung Metternichs errichtete Herder im Sommer auf einem Wagen eine Felddruckerei und folgte mit dieser dem österreichischen Hauptquartier nach Frankreich. Die erste Nummer der „Teutschen Feldzeitung“ erschien am 24. Juni 1815 im österreichischen Hauptquartier zu Heidelberg. Schließlich gelangte die Felddruckerei bis Paris und gab dort wahrscheinlich verschiedene Nummern einer „Teutschen Feldzeitung aus Paris“ heraus. In Briefwechseln wird sie öfter erwähnt. Der Herdersche Verlag in Freiburg i. Br. besitzt indessen außer der Heidelberger Nummer nur eine Pariser Nummer vom 1. August. Irgend eine Bedeutung erlangte die Zeitung nicht; sie kann nur als Kuriosum gelten. Neben dieser „Teutschen Feldzeitung“ erschien dann noch eine „Preußische Feldzeitung“, redigiert von Hofrat Heun.

mal später ausdrückte (Nr. 17, 1814), „bei den nahen zweifelften Kriegsereignissen durch Zutrauen einige Haltung den veiflern, einiges Behagen den Gläubigen mitzuteilen, die Schrecksse der Furcht mit Träumen guter Ahnung zu bekämpfen und n einer geräuschvollen, zerstreuenden Außenwelt auf die notendige Sammlung und Stimmung des Innern hinzudeuten."

Zum Leiter des neuen Unternehmens wurde der gelehrte B. . Niebuhr gewonnen, der 1806 von Stein nach Berlin berufen orden war, längere Zeit an der Spitze der preußischen Finanzrwaltung gestanden und in den beiden Wintern von 1810 und 311 unter großem Beifall Vorlesungen über römische Geschichte halten hatte, und dessen Umsicht und Energie gelang es, bereits n 2. April 1813 mit der ersten Nummer des neuen Blattes rvorzutreten. Allerdings sah diese, der Dürftigkeit der Zeit tsprechend, außerordentlich kümmerlich aus. Sie erschien auf hr grobem Papier in Quart und zweispaltig, und von den sechs Seiten, die sie darbot, war die letzte zu dreiviertel weiß geblieben. Den nur zwei Finger breiten Kopf bildeten bloß drei Zeilen: der Titel, die Angabe von Nummer und Datum und der Vermerk Im Verlage der Realschul-Buchhandlung".*) Der Name des Herausgebers fehlte. Die Zeitung kam sodann viermal in der Woche (Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends) heraus und kostete im ersten Quartale 16 Groschen Kurant, weiterhin ei Vorausbestellung vierteljährlich 22 Groschen Kurant, nach Beginn des Quartals 1 Taler 2 Groschen Kurant. Dazu kamen noch 6 Groschen Stempelsteuer für das Vierteljahr. Die Inserionsgebühren betrugen anfangs 1 Groschen 6 Pf., später nur . Groschen für die Zeile.

Der Eröffnungs-Artikel, der aber keine Überschrift trägt, gibt zunächst der Freude Ausdruck, daß die Zeit der Knechtschaft vorüber sei. „Die Freiheit der Rede und der Schrift ist uns wiedergegeben", heißt es, „wie die des Handelns. Das Handeln leiten die Gesetze des Königs: die Verwirklichung weiser Ent-

*) Der Besitzer der Buchhandlung war der bekannte Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer.

würfe des Monarchen, von unerschütterten und auf Gott vertrauenden Feldherren durchdacht und vorbereitet, **während** der Menge die Erscheinung freier Tage eine leichtblütige **Täuschung** und nichts als ein Pfad in den immer grundloseren **Abgrund** der Knechtschaft vor uns zu liegen schien. Das Gefühl **der Not**, das Beispiel erhabener Völker, der Anblick der Gerichte **Gottes** erweckte auch in der ganzen Nation den Instinkt der **Rettung**; er kam den Verordnungen des Königs entgegen, und die Gesetze des Monarchen waren wie einmütig angenommene **Beschlüsse** einer Volksgemeinde." Dann wirft der Verfasser einen Blick zurück in die traurige Vergangenheit, auf die „faule Feigheit" **der** Väter, die „wohltätige Züchtigung Gottes", die die Nation **erfahren**, und erklärt dann, daß jetzt nur der Arm mit den Waffen **retten** könne, daß aber auch die Feder nicht nutzlos sei. „Wir **müssen uns** besinnen", fährt er fort, „wir müssen das lange **entwöhnte** Licht wieder gebrauchen lernen, und um so mehr, da wir **es** in den früheren Zeiten des äußeren Glückes nicht zu gebrauchen wußten. Der Deutsche muß klar einsehen, was er zu tun hat, er bedarf der Reflexion und des Begriffs. Wir müssen wie Erlöser denken und handeln, nicht wie die, welche ihre Fesseln wild gesprengt haben. Wir müssen noch nicht genießen wollen, sondern nur siegen und unser Vaterland befreien und seine Freiheit fest begründen!"

Dann folgen Kriegsnachrichten, Aufrufe, Bekanntmachungen und Mitteilungen aus anderen Zeitungen, aber es fehlt zunächst jedes System; die einzelnen Notizen werden nur ganz dilettantisch aneinander gereiht, stets durch einen durchgehenden Strich voneinander getrennt. Erst im Jahrgange 1814 tritt eine Gliederung des Stoffes ein. Diese unzulängliche Redaktion hatte hauptsächlich darin ihren Grund, daß Niebuhr schon am 27. April ins preußische Hauptquartier berufen wurde, und nun die Leitung des Blattes von einer Hand in die andere ging. Zunächst übernahm Professor Göschen die Redaktion; dieser teilte aber bereits Ende Juni den Lesern mit, daß nunmehr Herr Professor Schleiermacher sich bis zur Rückkehr des Herrn Geheimen Staatsrates Niebuhr dem Geschäfte der Redaktion unterziehen werde. Allein Schleier-

acher hielt nur bis zum 1. Oktober aus; an diesem Tage über-
hm Achim von Arnim die Redaktion, ohne daß jedoch dem
serkreise davon Mitteilung gemacht wurde. Mittlerweile kehrte
iebuhr im Spätherbst aus dem preußischen Hauptpartiere nach
erlin zurück, hatte aber den Entwurf zu einer Verfassung Hol-
nds auszuarbeiten und konnte sich daher dem „Korrespondenten“
nächst nur in seltenen Fällen widmen. „An der Zeitung habe
h seit meiner Rückkehr so wenig Anteil genommen“, schrieb er
nter dem 11. Januar 1814 an seine Schwägerin Dora Henseler,
daß es kaum der Mühe lohnen wird, sie Dir um meinetwillen
u senden. Sie wird jetzt von Arnim redigiert. Unser Geschmack
t entgegengesetzt, obgleich ich ihn sonst wohl leiden mag.“*) Am
. Februar war er aber wieder im stande, die Redaktion zu
bernehmen, und kündigte dies den Lesern in einem längeren Ar-
kel an, in welchem er auch die Behörden und die Freunde in
er Armee um Unterstützung bat. Im Blatte selbst führte er
ne bessere Gliederung des Stoffes ein. Leider mußte er aber
n der Nummer vom 19. Februar 1814 schon wieder Abschied
on seinen Lesern nehmen, da er den Auftrag erhielt, sich nach
Holland zu begeben, um dort mit englischen Kommissarien betreffs
der ferneren Subsidiengeschäfte zu unterhandeln, und nun kehrte
r nicht wieder zu dem Blatte zurück. Als er im Herbst 1814
wieder nach Berlin kam, wurde er Lehrer des Kronprinzen, und
1816 ging er als preußischer Gesandter nach Rom. Wer die
Redaktion am 21. Februar 1814 übernahm, sagte er in seinem
Abschiedsworte nicht; wahrscheinlich war es Ernst Moritz Arndt.
Das Äußere der Zeitung blieb unverändert.

Der Inhalt des Blattes war bei dem oftmaligen Wechsel in
der Leitung natürlich wenig einheitlich, aber die mächtige Er-
regung der Zeit, der Gedanke der Befreiung, der alle beseelte,
prägte doch jeder Nachricht, jeder Notiz einen ganz bestimmten

*) Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr. Hamb. 1838. Bd. 1,
S. 577. — Auch Reimer klagt in einem Briefe an Niebuhr über Arnims
mangelhafte Redaktion und meint, „ein Teil der Schuld des schlechten Fort-
gangs“ sei auf Rechnung der ungenügenden Leitung zu setzen (Briefe Reimers
an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

Charakter auf, und so erscheinen die Zeitungsbände bei aller dilettantischen Unzulänglichkeit wie ein großer allgemeiner Appell an die Nation, die Fremdherrschaft abzuschütteln und dem deutschen Volke eine glückliche Zukunft zu sichern. Der Ton ist immer würdig und ernst, auch dem gestürzten Titanen gegenüber. Bisweilen werden Gedichte eingestreut, um die allgemeine Begeisterung zu schüren; so wird in Nr. 36 des Jahrganges 1813 das zornsprühende Lied Arndts „Der deutschen Freiheit Waffenschmied“ zum Abdruck gebracht. Wo sich Zaghaftigkeit, Eigennutz oder gar undeutsche Gesinnung zeigen, erhebt das Blatt energisch seine warnende Stimme. Der Herzog von Dessau, der sich nicht geneigt zeigt, Truppen zu liefern, wird nachdrücklich zurecht gewiesen (Nr. 74, 1813), und der Bischof von Münster, Ferdinand August Spiegel, Freiherr zum Diesenberg, der ein Tedeum zur Feier des Sieges Napoleons bei Dresden singen ließ, wird in Nr. 3 von 1814 gleichsam an den Pranger gestellt. Die ganze das Tedeum betreffende Bekanntmachung kommt zum Abdruck, und auch der Schlußsatz des Bischofs, in dem es zuletzt heißt: „Wir bewundern, wir staunen ob der großen Taten, wir beten an die göttliche Vorsehung, wir vertrauen, daß in der göttlichen Obhut unser Monarch einen glorreichen Frieden erkämpfe, auch mit dieser großen Wohltat die zahlreichen Völker seines großen Kaiser-Reichs baldigst beglücken werde!“

Nicht ohne Humor berichtigt die Zeitung die prahlerischen französischen Siegesnachrichten, wie z. B. in Nr. 101 von 1813, wo sie feststellt, daß die Meldung, Napoleon habe am 3. September den General Blücher bei Lauban gänzlich geschlagen, eitel Flunkerei sei. Blücher habe sich damals gar nicht in Lauban, sondern in Görlitz befunden.

Die großen Siegesnachrichten bringt die Zeitung ziemlich schnell. Bei der Schlacht bei Großbeeren befand sie sich aber in derselben Lage, wie die „Spenersche“ und die „Vossische Zeitung“; auch sie durfte nur den gefälschten Bericht Bernadottes veröffentlichen, und zwar erst am 27. August. Am 23. August war vor den Toren Berlins die Schlacht gewesen! (Vergl. Band 2, S. 199.) Am 18. Oktober kann die Zeitung bereits über Blüchers

greiche Gefechte am 16. Oktober in der Gegend von Leipzig, dann am 20. Oktober über die Treffen bei Möckern und Gohlis 17. Oktober berichten, und am 22. Oktober meldet sie schon e Siegesnachricht von der großen Völkerschlacht. „Die Freiheit r Deutschen ist auf Jahrhunderte wieder begründet!" ruft sie s. In Nr. 148 vom 15. Dezember 1813 bringt sie eine childerung des Einzuges des Kurfürsten von Hessen in Kassel n Wilhelm Grimm, dessen Name aber natürlich nicht genannt ird.*) Die Urkunde, welche Napoleons Absetzung ausspricht Dekret des Senats vom 2. April) wird dagegen erst in Nr. 62 m 20. April veröffentlicht, die Abreise Napoleons von Fontaine-leau nach Elba am 20. April in der Nr. 71 vom 6. Mai ge-eldet.

Neben den politischen Nachrichten bringt die Zeitung nur hr wenig andere Mitteilungen; hie und da einige Meldungen ber Naturereignisse, einige sehr kurze Notizen über Goethes Reise ach dem Rhein und einmal das Rätsel „Welche Zeitungsschreiber nd die unglücklichsten?" (in Nr. 170, 1814). In der nächsten Nummer erfolgt dann aber die Antwort: „Über das Rätsel im vorigen Stück haben wir mehrere Auflösungen erhalten; sie sind ber sämtlich von der Art, daß wir sie nicht aufnehmen können. Der Herausgeber." Ganz wahrscheinlich sitzt dem Herausgeber er Schalk im Nacken.

Äußerst kümmerlich sieht es fort und fort mit den Inseraten us. Obgleich die Realschulbuchhandlung bei jedem Quartal-wechsel in „Erinnerung bringt", daß das Blatt Anzeigen aller Art aufzunehmen bereit ist, erscheint doch nur sehr selten eine olche, und darum bleibt sehr oft die Hälfte oder Dreiviertel der etzten Seite weiß. Die Familien-Anzeigen sind nur durch eine einzige vertreten, und der Inserent ist — der Redakteur des Blattes, Achim von Arnim, der die Geburt eines Sohnes be-kanntgibt. Weiterhin zeigt Friedrich Baron de la Motte Fouqué seinen „sämtlichen Freunden und Bekannten" an, daß seine Ge-sundheit, durch die Anstrengungen des Feldzuges von 1813 erschöpft,

*) Reinhold Steig, Achim von Arnim, 3. Bd. Stuttg. 1904, S. 287.

ihn genötigt habe, aus den Königl. Preuß. Kriegsdiensten zurück-
zutreten; dann wird das Porträt des verstorbenen Professors
Fichte angeboten und in Nr. 19 von 1814 (4. Febr.) von der
Nicolaischen Buchhandlung die „soeben fertig gewordene“ Gedicht-
sammlung „Leier und Schwerdt, von Theodor Körner“ angezeigt.
Mehrmals bittet eine Frau von Schickfuß die Soldaten im Felde,
ihr Kunde von ihrem 16 Jahre alten mit den Brandenburgischen
Husaren ausgezogenen und jetzt verschollenen Sohne zu geben.
Dazwischen erscheint von Zeit zu Zeit eine Wein-Offerte, nach
der u. a. von Geisenheimer 1788ger und Hochheimer 1798ger
„die Rheinweinbouteille“ zu 1 Rtlr. 8 Gr. verkauft wird.

Nach dem Abschluß des Krieges sah der „Preußische Korre-
spondent“ seinen Lebenszweck erfüllt und stellte mit dem Schlusse
des Jahres 1814 sein Erscheinen ein. Doch versuchten Ernst
Moritz Arndt und Friedrich Lange eine Fortsetzung der Zeitung,
der sie den Titel „Tagesblatt der Geschichte“ gaben. Das neue
Blatt sollte fünfmal erscheinen und 1 Rtlr. 8 Gr. kosten, aber
es ist wohl kaum ins Leben getreten, denn im Sommer 181[illegible]
war Arndt schon in Köln, wo er die Zeitschrift „Der Wächter“
herausgab.

Offenbar verspürten die Herausgeber sehr bald keine Lust
mehr, gegen eine Macht zu kämpfen, die täglich rücksichtsloser
auftrat. Denn die Berliner Zensur wurde beständig verschärft.
Es bildete sich eine wahrhaft erschreckende Engherzigkeit heraus,
die sich bis zur fanatischen Verfolgungssucht steigerte. So wurde
einem von Clemens Brentano zu Ehren Blüchers verfaßten Ge-
dichte, wie Streckfuß in seiner Geschichte Berlins erzählt, nur aus
dem Grunde von Ancillon die Erlaubnis zur Veröffentlichung
in den Zeitungen versagt, weil es auf die Melodie „Heil Dir im
Siegerkranz“ gesungen werden sollte, und weil diese Melodie nur
für den König und das königliche Haus bestimmt sei. Mit bitte-
rem Sarkasmus schrieb denn eines Tages Stägemann an Varn-
hagen: „Welche Skandale hier vorgehen, wissen Sie zum Teil
aus den Zeitungen, aber doch streicht Renfner das Beste, z. E.,
daß wir keinen Epimenides, sondern ‚I, wie nennen Sie des‘
(oder mit Lewzons Nachtrag ‚I, wie gemene is des‘) und keinen

l=Verdienst=Orden, sondern einen Zuviel=Verdienst=Orden
en."

Und ein angeblicher Engländer sah sich in Ludens „Nemesis"
nd XII, S. 109) zu folgenden Herzensergießungen veran=
: „Die preußischen Zeitungen weiß ich nicht zu bezeichnen.
sind miserable Papiere. Das beste in ihnen sind die Anzeigen
den Fremden, die angekommen oder abgegangen sind; dann
Mitteilungen unter dem Strich, von Erfindungen — etwa
Reinigung und Beleuchtung der Straßen — von Feuers=
nsten und Schiffbrüchen; endlich die Bekanntmachungen der
eisewirte, Sattler und Silberarbeiter. Ich begreife nicht,
rum diese Papiere nicht lediglich auf solche Anzeigen, Mit=
ungen und Ankündigungen beschränkt werden."

Angesichts dieser kläglichen Zeitungsliteratur beschuldigt
eitschke in seiner Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahr=
nderts die Publizisten, daß sie zu viel ins Blaue hinein poli=
ert haben; die „unfindbare Größe des deutschen Gesamtstaates"
ein bequemes Versuchsfeld für dilettantische Schrullen und
elende Willkür gewesen, so daß sich eine große Verworrenheit
der öffentlichen Meinung entwickelt habe. „Niemals hat sich",
reibt er (1. T. S. 677), „ein hochbegabtes und hochgebildetes
schlecht in so kindlich unklaren politischen Vorstellungen be=
gt; alles, was diese Zeit über den Staat dachte, kam aus dem
emüte, aus einer innigen, überschwänglichen Sehnsucht, die ihre
deale nach Belieben bald in der Vergangenheit, bald in der
kunft suchte." Aber den innersten Kern dieser politischen Stim=
ung bildete doch immer das innige Verlangen nach einem fest=
fügten Gesamtstaate, und es hätte nur eines verständigen, ener=
schen Leiters bedurft, um die sehnsüchtig Suchenden zu führen.
iemals wäre eine Nation dankbarer gewesen. Allein den Re=
erungen fehlte dafür vollständig das Verständnis; sie taten ge=
de das Gegenteil von dem, was nötig war, sie schlossen in
nbegreiflicher Kurzsichtigkeit das Volk von allem politischen Leben
, unterdrückten in den Zeitungen alle politischen Erörterungen
nd schlugen die Irrenden unbarmherzig nieder. Dadurch wurde
e Verworrenheit in der öffentlichen Meinung nur noch gesteigert;

die ganze Nation wurde irre an sich selbst und versank in Tro-
losigkeit, Dumpfheit und Stumpfheit.

Um dieser höchst bedrohlichen allgemeinen Verstimmu
wenigstens einigermaßen zu begegnen, bildete sich in Berlin 181
ein Verein zu Gunsten der Preßfreiheit, welchem sofo
viele hervorragende Schriftsteller und Beamte beitraten, und de
gleich in seiner ersten Verhandlung über eine Adresse an de
König „wegen der schlechten Beschaffenheit der Berliner Blätter“
beriet.*) Diese Adresse hat aber den gewünschten Erfolg nicht ge-
habt, doch hat sie ganz wahrscheinlich den Staatskanzler Fürste
Hardenberg auf den Gedanken gebracht, für sich ein eigenes
amtliches Publikationsorgan zu gründen, ein politisches
Blatt, das geeignet sei, „die öffentliche Meinung in politische
Dingen richtig zu stellen und die Absichten der Staatsregierun
aufzuklären.“ Als Programm wurde für dieses neue Blatt, dem
man den Namen „Allgemeine Preußische Staatszeitung“
gab, das Folgende festgestellt: die Zeitung sollte in dem amtliche
Teile über alle Ereignisse am Hofe und im Staate (Beförde-
rungen, Ehrenbezeugungen, Feste u. s. w.) berichten und amtliche
Verordnungen und Bekanntmachungen der höheren Behörden, so-
weit sie ein allgemeineres Interesse hätten, veröffentlichen. Der
nichtamtliche Teil sollte alle wichtigeren Begebenheiten des In-
und Auslandes zusammenfassen. Inbezug auf das Ausland sollte
die Zeitung in der Regel nur erzählend sein; nur da, wo die
Verhältnisse „diesseitiger Untertanen“ in Frage kämen, z. B. bei
Gegenständen des Handels, sollten auch Betrachtungen und Ur-
teile aus dem diesseitigen Standpunkte beigefügt werden. Die
Artikel über das Innland sollten, „je nachdem der Inhalt es mit
sich bringt, auch räsonnierend sein“, Erzählungen und Urteile
fremder wie einheimischer Blätter aus und über Preußen sollten
berichtigt, „die eilfertigen Urteile der Geschwindschreiber des Tages
entkräftet“ werden. Von Inseraten sah man zunächst ab.

Mit der Bearbeitung von besonders wichtigen politischen

*) Karl Hagen, Über die öffentl. Meinung in Deutschland (Raumers Hist. Taschenb. N. Folge, 8. Jahrg., Lpzg. 1847) S. 639.

tikeln wurde der vortragende Rat, Geheime Ober-Regierungs-
t Schoell beauftragt; die allgemeine Leitung des Blattes über-
g der Staatskanzler dem Geheimen Staatsrate Friedrich August
n Stägemann. Dieser war mit den Intentionen Hardenbergs
fs innigste vertraut. Geboren 1763 zu Vierraden in der
termark, hatte er die Rechte studiert, war dann schnell zum
iminalrat, Landschaftssyndikus, Oberfinanzrat, Mitglied des
neraldirektoriums und Hauptbankokommissarius in Berlin und
09 zum Staatsrat emporgestiegen, worauf ihn Hardenberg mit
er Reihe bedeutender Geschäfte beauftragt hatte. Und 1815
r er der Begleiter des Staatskanzlers auf dessen diplomatischen
eisen nach Paris, nach London und zum Wiener Kongreß ge-
sen. Doch auch noch aus einem anderen Grunde schien sich
ägemann zum Redakteur der neuen Zeitung besonders zu eig-
n, denn er gehörte auch mit zum literarischen Berlin, hatte in
n Befreiungskriegen „Kriegsgesänge" veröffentlicht und galt darum
weiteren Kreisen für freisinnig, oder doch wenigstens als Gegner
r „Schmalzgesellen". Dennoch eignete sich Stägemann durch-
us nicht für den Posten, zunächst, weil er dem Zeitungsgeschäfte
sher vollständig fern gestanden hatte, und ferner, weil er als-
ald Ansichten in dem Blatte vertreten sollte, denen er nicht zu-
immen konnte. Er ahnte sein Schicksal schon im voraus, als er
nter dem 12. Dezember 1818 seinem Freunde Varnhagen von
em Plane Hardenbergs Mitteilung machte. „Der Herr Staats-
nzler hat", schrieb er, „die Herausgabe einer allgemeinen preu-
ischen Staatszeitung mit dem 1. Januar beschlossen und zugleich
estimmt, daß ich die obere Leitung übernehmen soll. Ich würde
ichts dagegen haben, wenn ich irgend etwas von der Sache ver-
ände. Da die Kabinetts-Ordre aber da ist, so muß ich mich
hon unterwerfen und fürs erste nur dahin sehen, daß ich mich
icht zu arg prostituiere. Vielleicht, daß es mit der Zeit geht.
Denken Sie, welche Schwierigkeiten aller Art dabei zu überwinden
ind, namentlich die Persönlichkeit des Königs, der sich jetzt mehr
ls je an Kleinigkeiten stößt."

Das „erste Stück" der neuen Zeitung erschien am 2. Ja-
nuar 1819 in Kleinfolio im Umfange von nur vier Seiten; da-

rauf kam das Blatt wöchentlich zweimal zum Jahrespreise
fünf Talern heraus. Doch machte es kein Glück und hatte
keine finanziellen Erfolge.*) Am wenigsten war wohl der
dakteur selbst mit ihm zufrieden. Durch verschiedene Artikel,
er abzudrucken gezwungen wurde, zog er sich den heftigen Unw
der liberalen Partei zu, während er den Wittgenstein-Kamptz
bei weitem noch nicht genug tat. Der Berliner Witz behaupt
sehr bald, daß in dem Titel „Allgemeine Preußische Sta
zeitung“ viel zu viel gesagt sei, die Wörter „All“, „Preußis
und „Staats“ seien überflüssig, es müsse bloß heißen: die „G
meine Zeitung“. Bald wurden aber die Verhältnisse noch

---

*) In ihrer ersten Periode (1819—1853) hatte die Zeitung nur
Jahre mit Überschüssen, die insgesamt nur 4262 Taler betrugen.
standen Zuschüsse von insgesamt 157129 Talern gegenüber. Heute sind na
lich die Erträgnisse ganz anders. Hierbei sei zugleich bemerkt, daß auc
Post eine nicht unbedeutende Schuld an dem geringen pekuniären Erfolg
Berliner Zeitungen trug. Das Verhältnis der Zeitungen zur Post war
mals noch nicht so klar festgelegt wie heute. Die Preise, welche die Pos
Zeitungen zahlte, und die, welche sie dann dafür vom Publikum wieder
derte, bestimmte die Post vollkommen selbständig und, wie es scheint,
nach festen Grundsätzen. Eine grelle Illustration hierzu gibt ein Br
Johann Carl Speners vom 24. Juni 1816 an Friedrich Faber in Mag
burg (mitgeteilt in Alex. Fabers Gesch. der Faberschen Buchdruckerei, S. 1
in welchem Spener bitter über die Willkür der Postämter klagt und de
folgenden Fall erzählt: „Bei dem hohen Preise, zu welchem in dem gan
nachbarten Potsdam das dortige Postamt unsere Zeitung debitierte (1
12 ggr. vierteljährlich) glaubte ein dortiger Kaufmann seine Rechnung
zu finden, wenn er sie zu 1 Tlr. 8 ggr. verkaufte, und fing seit Neujahr
an, einhundert Exemplare von jeder Zeitung morgens durch einen expre
Boten von uns abholen zu lassen. Dies konnte, der Gewerbefreiheit weg
das Postamt nicht hindern; das hiesige (Berliner) Postamt aber, um d
Konkurrenz mit einemmale niederzuschlagen, ließ unsere Zeitung durch ein
Staffette nach Potsdam gehen und setzte die vierteljährliche Bezahlung eben
falls auf 1 Tlr. 8 gg. herab. Die Interessenten erhielten sie auf diese We
um einige Stunden früher, als durch den Boten des Kaufmanns, und nu
schläft dieser ein, und die Post ist nach wie vor im alleinigen Besitz des Debits
folglich Meister, im nächsten Vierteljahr wieder den früheren hohen
Preis eintreten zu lassen.“ Zur weiteren Verbreitung der Zeitung tru
diese Preistreibung natürlich nicht bei.

r, als die Verfolgungen der „Demagogen“ begannen, Jahn
r Nacht vom 13. zum 14. Juli 1819 verhaftet und in einen
r von Spandau gesetzt wurde, Görres sich der Verhaftung
durch eine Flucht nach Frankreich entziehen konnte, die Pa-
von Ernst Moritz Arndt, Karl Theodor Welcker und Gott-
Welcker gerichtlich untersucht wurden und schließlich die
aatszeitung“ die Eröffnung machte, es sei ein großer Ver-
örungsplan zum Umsturz des gegenwärtigen Zustandes von
schland entdeckt worden. An die Stelle des deutschen Bundes
eine republikanische Verfassung nach dem Muster von Nord-
rika treten. Zum Glück seien es nur einige schlechte oder
geleitete Schriftsteller und Jünglinge, die sich des Verrates
dig gemacht; auf die ruhigen, besonnenen und gutgesinnten
vohner habe die Sache nicht den mindesten Einfluß geübt.

Den Beweis für die Existenz dieses Verschwörungsplans ist
„Staatszeitung“ natürlich schuldig geblieben.

Diese allgemeine Verhetzung, die immer leidenschaftlicher wurde,
anlaßte Stägemann, schon 1820 die Redaktion wieder nieder-
gen. An seine Stelle trat der Geheime Hofrat Karl Heun,
bereits während der Feldzuge von 1813 und 1814 als Se-
är des preußischen Hauptquartieres die „Preußische Feldzei-
g“ redigiert hatte, aber als Verfasser vieler schlüpfriger No-
en, die er unter dem Pseudonym H. Clauren herausgab, keinen
onders guten litterarischen Ruf mitbrachte.

Die Presse der alten preußischen Provinzen. Die „Magdeburgische Zei-
g“. Der Zensurdruck. Die pekuniäre Schädigung der Zeitung. Die An-
üche des Intelligenz-Blattes. Der „Hallische Kurier“ und die „Zeitung
die königl. preuß. Provinzen zwischen Elbe und Weser“ in Halle. Die
Schlesische Zeitung“. Die Posener, Königsberger und Stettiner Zeitung.

Vermochten sich nicht einmal die Blätter der Hauptstadt nach
r Abschüttlung der Fremdherrschaft aus ihrer Lethargie zu er-
ben, so war dies noch viel weniger bei den Zeitungen in den
genannten alten Provinzen der Fall, da diese ja noch weit mehr

der Kurzsichtigkeit und Willkür der Beamten preisgegeben waren als die Berliner Zeitungen. Das zeigte sich zunächst recht deutlich bei der „Magdeburgischen Zeitung". Diese hatte unter dem westfälischen Regiment schwer gelitten, und ihr intelligenter Besitzer Friedrich Faber hatte nach der Rückkehr der preußischen Verwaltung gewiß gehofft, daß nun auch für ihn bessere Zeiten kommen würden. Schon sehr bald aber sollte er sich bitter enttäuscht sehen, denn die preußische Verwaltung zeigte sofort ganz energisch die Neigung, „die Wege der französischen Unterdrückung weiter zu wandeln", wie Alexander Faber, der Geschichtsschreiber der Zeitung, sich ausdrückt (S. 125). Das trat zunächst bei der Zensur in die Erscheinung. Diese wurde eben so peinlich gehandhabt, wie von den Franzosen. Mit ganz besonderer Ängstlichkeit sah der Zensor auf alles, was beim königlichen Hause anstoßen könnte, und trotzdem kam es zu Kollisionen. Eines Tages hatte die Zeitung die Mitteilung gebracht, es seien Wiesen auf der Pfaueninsel verkauft worden; das wurde aber allerhöchsten Orts sehr übel vermerkt, und der Zensor schrieb einen Klage- und Jammer-Brief an die Zeitung, er habe sich den Unwillen des Königs selbst zugezogen, daß er diese Notiz habe passieren lassen. Fernerhin möge die Zeitung solche den König und seine Familie betreffenden Nachrichten nur bringen, wenn sie bereits in Berliner Blättern gestanden hätten. Auch den befreundeten Mächten Preußens gegenüber war die größte Rücksicht zu nehmen. So hatte die Zeitung ein- oder zweimal den Lesern angezeigt, daß die Petersburger Posten und Nachrichten ausgeblieben seien. Darauf kam sofort vom Zensor ein Brief an den Besitzer Friedrich Faber, er solle sich doch ja in acht nehmen, er, der Zensor, habe schon verschiedene Fingerzeige dieser Notiz wegen erhalten. Die Zeitung solle daher das Ausbleiben der russischen Posten ganz unberührt lassen. „Überall ist es ratsam, sich jetzt mit den Mitteilungen aus Rußland möglichst in acht zu nehmen", schloß der Brief.*) Aber auch nach der pekuniären Seite hin sah sich die Zeitung bedrückt und behindert. Die französische Verwaltung

*) Alexander Faber, Die Fabersche Buchdruckerei. Magdeb. 1897.

te in ihrer rücksichtslosen Art so ziemlich für alle Insertionen Behörden kostenlose Aufnahmen in der Zeitung beansprucht, d darauf trat nun auch die preußische Verwaltung mit dem= ben Ansinnen an Faber heran, ja, sogar der Magistrat und Polizei beanspruchte Gratis=Aufnahme ihrer Anzeigen. Ver= lich erhob Faber gegen diese Zumutung Einspruch. „Ich kann möglich glauben," sagte er in einer Beschwerde, „daß der hiesige agistrat eine Ungerechtigkeit der westfälischen Regierung dazu rde benutzen wollen, um einem Bürger nach sieben drückenden hren auch jetzt noch einen Teil seines rechtmäßigen mühevollen werbes zu entziehen. Ich meinesteils halte noch immer an m Glauben, daß die Zeit der Ungerechtigkeit und der regellosen ewalt einzig noch in der gehässigen Erinnerung bestehe, seitdem r unserem rechtmäßigen gerechten Könige, der gewiß nur Ge= chtigkeit ausgeübt sehen will, wieder angehören." Diese Be= werden blieben jedoch ohne jedes nennenswerte Ergebnis, ja, e Verhältnisse verschlechterten sich sogar noch; denn 1817 ver= eigerte auch das Konsistorium die Bezahlung seiner Anzeigen, d 1818 stellte das Inquisitoriat des Oberlandesgerichtes plötz= h das Verlangen an die Zeitung, künftighin die Steckbriefe um= nst aufzunehmen. Faber wehrte sich energisch gegen diese aber= alige Beeinträchtigung; es kam zu langen, unerquicklichen Ver= ndlungen, bis endlich die Regierung dahin entschied, daß, wenn r Schuldige zu bezahlen in der Lage sei (was ja meistens nicht r Fall war), das Gericht die Insertionskosten von diesem für e Zeitung einzuziehen habe. Auch viele andere Fälle führten langen Streitigkeiten mit der Regierung, bis endlich als Grund= tz festgestellt wurde, daß bei Ausschreibungen von Verpachtungen, izitationen, Entreprisen 2c. die Zeitung dann keine Zahlung er= alten solle, wenn diese Termine fruchtlos verlaufen seien, und erner auch dann nicht, wenn die Regierung 2c. aus irgend einem Grunde einen ausgeschriebenen Termin nicht habe abhalten können. luch mit dieser Entscheidung konnte Faber natürlich nicht zu= rieden sein, und er fragte bei seinem Freunde Spener in Berlin n, ob er nicht den Rechtsweg beschreiten solle. Aber der kluge Spener riet, davon abzustehen und lieber die Zeit abzuwarten,

um die Sache gelegentlich an höchster Stelle vorzubringen und sie dort „nach der Billigkeit“ entscheiden zu lassen. Dabei blieben aber die Mißstände auch fernhin bestehen.

Neben diesen Lasten der Frei-Inserate sah sich die Zeitung jedoch in ihrer Entwicklung noch weiter beeinträchtigt, und zwar durch das in Preußen eingeführte sogenannte Intelligenzwesen. Bekanntlich hatte König Friedrich Wilhelm I. von Preußen durch eine Kabinetts-Ordre vom 6. September 1727 und dann noch weiterhin durch eine Verfügung vom 17. Juli 1728 die Gründung von Intelligenzblättern in allen größeren Städten Preußens befohlen, damit künftighin zu Gunsten des Staates nur einzig und allein in diesen Blättern alle Anzeigen über Ankauf und Verkauf von Mobilien und Immobilien veröffentlicht werden sollten (Vergl. Band I, S. 131). Durch dieses willkürliche Dekret sahen aber die Zeitungsbesitzer ihre oft mit hohen Geldsummen erkauften Privilegien angetastet und erhoben Einspruch. Auch der Besitzer der „Magdeburgischen Zeitung“ reichte Eingaben ein, doch erst im Jahre 1747 wurde dem Gabriel Gotthilf Faber für seine Zeitung nachgelassen, daß auch sie derartige Anzeigen aufnehmen könne, wenn nur auch die Intelligenz-Kontoire befriedigt würden. Es sollte eine einmalige Aufnahme im Intelligenz-Blatte genügen, auch wenn das Inserat in der Zeitung häufiger erscheinen sollte; außerdem wurden Familien-Nachrichten und Bücher-Anzeigen vom „Intelligenz-Zwange“ vollständig befreit. Während der Fremdherrschaft lockerte sich dann der sog. Intelligenz-Zwang etwas; nach der Wiederaufrichtung der preußischen Herrschaft wurden aber die alten Vorschriften wieder scharf betont, und da die Verwalter der Intelligenz-Kontore den achten Teil der Einnahme erhielten, so suchten sie aus dem Geschäfte noch mehr herauszupressen, als gesetzlich erlaubt war. Der Verwalter des Magdeburgischen Intelligenzblattes erhob sehr bald den Anspruch, daß alle Anzeigen eben so oft im Intelligenz-Blatte erscheinen müßten, wie sie in der Zeitung inseriert würden, was doch dem Erlasse vom 1747 direkt widersprach. Es kam zu Beschwerden, und schließlich wurde der Verwalter unter dem 23. Februar 1816 in seine Schranken zurückgewiesen. Aber er trat immer wieder

t seinen Ansprüchen hervor und sollte schließlich, wie wir im
chsten Abschnitte zeigen werden, auch wirklich mit ihnen Erfolg
ben.

Unter diesen mannigfachen Hemmnissen und Erschwerungen
s Betriebes konnte sich die Zeitung nur langsam entwickeln;
erschien denn auch noch immer nur dreimal in der Woche in
ein-Quart zum Preise von $27^1/_2$ Sgr.

In Halle kränkelte der „Hallische Kurier", der 1809
n der westfälischen Regierung unrechtmäßig dem Professor
hann Heinrich Tieftrunk zugesprochen worden war, und von
esem ganz ungenügend redigiert wurde. Infolgedessen entschloß
h das für die vorläufige Regelung der Verhältnisse gleich nach
r Schlacht bei Leipzig ins Leben gerufene „Königlich Preußische
ilitärgouvernement für die Preußischen Provinzen auf dem
ken Elbufer", kurzerhand eine eigene Zeitung für seine Bedürf-
sse herauszugeben. Sie führte den Titel „Zeitung für die
nigl. preußischen Provinzen zwischen Elbe und Weser"
d wurde am 16. November 1813 zum erstenmale ausgegeben.
eiterhin erschien sie bis ins Jahr 1814 hinein. Naturgemäß
thielt sie meistens Verordnungen, u. a. in Nr. 8 vom 11. De-
mber 1813 die von Halle mit großer Freude begrüßte König-
che Kabinettsordre aus Frankfurt a. M. vom 15. November,
rch welche die aufgehobene Universität wieder hergestellt wurde;
och brachte sie auch Kriegsberichte.

Die „Schlesische Zeitung" in Breslau schloß sich mög-
chst eng an die Regierung an, doch brachte auch ihr gegen-
ber die „Regierungsweisheit", wie ihr Geschichtsschreiber Carl
eigelt klagt (S. 174), „das System ängstlicher Bevormundung
ach der Theorie des beschränkten Untertanenverstandes" zur Gel-
ng. Auch sie mußte über die deutschen Angelegenheiten mög-
chst kurz hinweggehen, doch konnte sie hie und da umfangreicheres
rkundliches Material bringen, wie z. B. 1815, Nr. 78 ff., den
ortlaut der Wiener Bundesakte. Den Bestrebungen der Bur-
henschaft und dem Wartburgfeste stellte sie sich — ob gezwungen
der freiwillig, sei dahingestellt — scharf abweisend gegenüber.
ber die Dürftigkeit ihrer deutschen Nachrichten suchte sie da-

durch hinwegzutäuschen, daß sie lange Artikel über Athen, Rom, den Eskurial, Jerusalem, Ägypten und seine Altertümer, die Eskimos, die Vulkane Cotopaxi und Pichincha in Südamerika ꝛc. brachte.

Mit der „Posener Zeitung“ ging eine kleine Veränderung vor. Als der westliche Teil des ehemaligen Südpreußens nach den Bestimmungen des Wiener Traktates wieder an Preußen zurückfiel und dabei zu einem Großherzogtum erhoben wurde, erhielt die „Posener Zeitung“ mit der Nr. 49 vom 21. Juni 1815 den Titel „Zeitung des Großherzogtums Posen“. Inbezug auf ihren Inhalt blieb sie dieselbe; auch erschien sie nach wie vor nur zweimal wöchentlich.

Dasselbe Schicksal, wie die Blätter in Magdeburg, Breslau und Posen, hatten auch die „Königlich Preußische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ in Königsberg, die heutige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ und die „Königlich privilegierte Stettinische Zeitung“. Auch hier unterdrückte die harte Zensur jedes freie Wort.

Die ganze preußische Presse war also schon wenige Jahre nach den Befreiungskriegen mundtot gemacht worden und bot nur noch das traurige Bild eines vollständig geknechteten Volksgeistes.



Drittes Kapitel.

Die Presse in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands.

Das Zeitungswesen in Sachsen-Weimar. Geheimrat v. Voigt über die Preßfreiheit in Sachsen-Weimar. Pfeilschifter und die Gründung des „Oppositionsblattes". Bertuchs Programm für diese Zeitung. Der Historiker Rühs über das Projekt. Aufnahme Ludwig Wielands in die Redaktion. Der Charakter des „Oppositions-Blattes". Wird der Regierung unbequem. Wird auf eine Woche verboten. Die Ermordung Kotzebues und das Blatt. Die „Verschwörung" der „Preuß. Staatszeitung". Das neue Preßgesetz vom 20. September 1819. Der letzte Redakteur Friedr. Aug. Rüder. Die Zeitung wird unterdrückt. — Kleine Verwandte des „Opp.-Bl.": Die „Dorfzeitung" in Hildburghausen und das „Grimmasche Wochenblatt".

Nicht ganz so ungünstig wie in Preußen sah es in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands aus. Besonders bekundete die Regierung in Sachsen-Weimar durchaus liberale Grundsätze. Karl August hatte seinem Lande schon im Mai 1816 eine Verfassung gegeben und in dieser auch die vollständige Preßfreiheit gewährt. Darauf sproß in Weimar und Jena eine üppige Journalliteratur empor; in Weimar entstand eine politische Zeitung großen Stils, während in Jena verschiedene politische Zeitschriften gegründet wurden, und hier wie dort loderte alsbald die nationale Begeisterung so lebhaft auf, daß der alte Geheimrat von Voigt in einem Briefe an seinen Freund Böttiger beklommen ausrief: „Jetzt will alles die Welt regieren helfen!" und bald nachher sogar meinte: „Mit der unbedingten Preßfreiheit ist viel Unrat in die Hexenküche zu Jena eingezogen!"

Die Zeitschriften von Jena werden wir erst im fünften Kapitel dieses Abschnittes zu betrachten haben; es beschäftigt uns also hier nur die in Weimar ins Leben gerufene Zeitung.

Seit der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ wurde es offenbar von allen Patrioten als ein großer Mangel empfunden, daß in ganz Deutschland keine einzige große liberale Zeitung mehr erschien. Die Gründung einer solchen ist daher gewiß in den liberalen Kreisen des öfteren erörtert worden. In Preußen aber war für sie kein Boden. Da mußte denn der Blick besonders auf Weimar fallen, wo eine liberale Regierung eine freie Bewegung gestattete, wenn auch die kleine thüringische Stadt im übrigen für eine große Tageszeitung wenig geeignet erschien.

Es vollzog sich also nur eine natürliche Entwicklung der Dinge, als eines Tages ein junger Journalist durch einen nach Weimar gerichteten Brief die direkte Anregung zur Gründung des ersehnten Blattes gab. Dieser war der Mitredakteur der „Aarauer Zeitung“, Johann Baptist Pfeilschifter, der den lebhaften Drang in sich fühlte, sich am politischen Leben nachdrücklicher zu beteiligen. Frisch und frei schrieb der erst 23 Jahre alte junge Mann unter dem 20. Oktober 1816 an den bekannten betriebsamen Verleger Friedrich Justus Bertuch in Weimar:

„Ich wage Ihnen einen Vorschlag zu machen. Könnte sich das Industrie-Komptoir nicht entschließen, eine politische Zeitung zu etablieren? Mich dünkt, Weimar sei jetzt zu einem solchen Unternehmen in der günstigsten Lage. Ich lege Ihnen einen Plan bei. Wollen Sie ihn akzeptieren, so kündigen Sie diese neue Erscheinung sogleich an, da die Zeit dazu bereits drängt. Für Korrespondenten werde ich besorgt sein. Ich wünsche, daß sie in Rücksicht äußerer Form Zschokkes „Miscellen“ einigermaßen ähnlich sehe, ein Format, das sehr wohlgefällig ist. Die Verhältnisse mit mir werden sich leicht bestimmen lassen, wenn der Antrag geneigtes Gehör findet.

Entwicklungen zur Zeitgeschichte.

Ein politisches Tageblatt.

In den Tagen, wo aus den Zerrüttungen einer zerstörenden

ergangenheit, aus dem Chaos widerstreitender Meinungen und
ıs den heiligen Wünschen der Freunde der Menschheit sich eine
eue ruhigere, segensvollere Zeit gebähren und aus neuen Ord-
ıngen eine glücklichere Zukunft begründen soll, wo alle geistige
ätigkeit sich auf diese Entwicklung bezieht, wo die Nationen mit
viel Eifer an den neuen Schöpfungen teilnehmen und teil-
ehmen sollen: in diesen Tagen muß ein Tageblatt, das die Ge-
alt des Lebens und der Zeit klar aufzufassen, besonnen zu wür-
igen und in die Entfaltung ernst einzugreifen sucht, höchst will-
ommen sein.

Mit diesen An- und Absichten haben wir das neue Institut
egründet, das sich der Mitwirkung einsichtsvoller und möglichst
nbefangener Männer erfreut. Unsere Lage, im Mittelpunkte des
eutschen Vaterlandes, in einem Lande, wo freisinnige Ideen
eimisch sind und kein Preßzwang die Prüfung der Wahrheit be-
hränkt und manches andere wird wohltätigen Einfluß auf dies
Tageblatt haben, das überdies politische Neuigkeiten nach ver-
chiedenen Richtungen am geschwindesten verbreiten kann.

Der Inhalt wird folgender sein:

1. Politische Nachrichten und Auszüge aus den vorzüglichsten
deutschen, englischen und französischen Zeitungen nebst eigenen
Korrespondenznachrichten.

2. Abhandlungen und Ansichten aus dem Gebiete der Zeit-
geschichte.

3. Auszüge aus den neuesten politischen und historischen
Schriften und Broschüren der deutschen, englischen und französi-
schen Literatur.

4. Biographische Skizzen ausgezeichneter Staatsmänner, Feld-
herren, Gelehrten und anderer merkwürdiger Personen.

5. Mannigfaltigkeiten aus den Hauptstädten Europas, als
London, St. Petersburg, Paris, Wien, Berlin u. s. w.

Die Redaktion dieses Tageblattes wird sich durch edle Frei-
mütigkeit und ruhige Besonnenheit auszeichnen, und so werden
diese Blätter, das Wahre, Edle und Gute immer zum Zweck, es
überall freudig beachtend und dem Irrtum und der Täuschung,
soweit beide dem beschränkten Blicke des ewig irrenden Men-

schen erkennbar sind, ernst begegnend, gewiß freundliche Aufnahme finden.

Weimar, im Okt. 1816.

Großh. sachsenweimarisches Industriekomptoir."*)

Dieses so resolut entwickelte Programm sprach den geschäftsklugen Bertuch an; er ging auf das Projekt ein und baute sich den Plan noch weiter aus; zudem änderte er den Titel. Den damaligen liberalen Anschauungen gab er einen bestimmteren Ausdruck, und dem ganzen Entwurfe verlieh er von vornherein dadurch einen energischeren Charakter, daß er ihn zum großen Teil im Tone einer Ankündigung abfaßte. Das Programm lautete nun:

„Oppositions-Blatt

oder

Weimarische Zeitung.

Mit Groß-Herzogl. gnädigst. Privilegio.

Est modus in rebus, sunt certi denique fines.

Diese Zeitung könnte, von Neujahr 1817 an, vom Landes-Industrie-Komptoir unternommen werden.

Der Ausdruck Oppositionsblatt wurde in Beziehung auf Politik und Literatur gewählt, wo in den neuesten Zeiten der Egoismus, unter den verschiedenartigsten Formen, mehr als jemals, und in einem für den Unbefangenen unerträglichen Grade, herrschend zu werden sucht.

Diesem Egoismus entgegen zu wirken, er möge nun als Despotismus oder als Aristokratismus erscheinen, oder unter der Maske des Patriotismus sich einschleichen, oder als Sanskulottismus sich eindrängen wollen — in der Politik, wie in der Literatur — ist die Tendenz des neuen Blattes. Man denke also bei unserem Oppositionsblatte nicht etwa blos an eine den Regierungen feindselige Opposition: Nein, unsere Opposition könnte ebensooft gegen die gewöhnliche Opposition selbst gerichtet sein.

*) Mitgeteilt aus dem Bertuch-Froriepschen Archive von Ludwig Geiger in dessen Buche „Aus Alt-Weimar" (Berl. 1897, S. 315), dem wir hier zum Teil auch noch weiter folgen. Einiges Wenige wurde auch aus W. Feldmann, Friedrich Justin Bertuch, Saarbrücken 1902, entnommen.

Wir wollen uns nicht anmaßen, entgegengesetzte Parteien be-
ren oder vereinigen zu wollen! Denn dies ist meist vergeb-
es Beginnen! —

Wir wollen auch nicht unsere Ansichten als die einzig rich-
en aufstellen, denn solche Anmaßung muß unausbleiblich selbst
e Opposition hervorrufen.

Sondern wir wollen uns nur erlauben, jedem Überschreiten
oisser Grenzen unser Blatt entgegen zu stellen und, mit voller
ziehung auf die Sache, ohne alle Rücksicht auf Persönlichkeiten,
er mit allen schuldigen Rücksichten auf Personen und Verhält-
se, unsere Meinung und Ansicht äußern.

Unser Oppositionsblatt erscheint in einem Lande, wo der
rst die gänzliche Freiheit der Presse gesetzlich ausgesprochen
t. Aber eben deshalb werden wir uns selbst um so sorgfältiger
chränken, um jener Freiheit nicht unwürdig zu erscheinen. Da-
: sei unser Wahlspruch:

Freimütig, wahr und bescheiden."

Dieses Programm wurde schließlich als bestimmte Richt-
nur angenommen und gelangte auch, nur hie und da unwesent-
h abgeändert, in der öffentlichen Ankündigung des „Oppositions-
lattes" zum Abdruck. Des weiteren wurde dabei bekannt ge-
ben, daß der Inhalt des Blattes nicht nur der Politik, son-
rn auch der Litteratur und den Unterhaltungsgegenständen ge-
dmet sein werde. Der politische Teil solle aus Nachrichten be-
nderer Korrespondenten und aus Exzerpten ausländischer Zeitungen
stehen, sodann Reflexionen über die Geschichte des Tages, ihre
rsachen und Wirkungen, Abhandlungen über diese Gegenstände und
n Geist der neuesten politischen Zeit- und Flugschriften enthalten.
n den beiden anderen Teilen beabsichtigte man besonders die Bio-
raphie, die Sittenschilderung, sowie die Plauderei über Kunst
nd Litteratur zu pflegen. Dabei war ein tägliches Erscheinen
vier Quartseiten (acht Spalten) vorgesehen.

Die Nachricht von dem neuen journalistischen Projekte ver-
reitete sich rasch in den politischen und literarischen Kreisen
eutschlands und wurde überall freudig aufgenommen. Bertuch
hielt eine ganze Anzahl zustimmender Briefe, von denen wohl

der des Historikers Fr. Rühs, des Verfassers des damals sehr geschätzten „Handbuches der Geschichte des Mittelalters“, der wichtigste war, sowohl wegen der darin an dem Programme geübten Kritik, wie auch wegen der Aufführung einer großen Anzahl von literarischen Persönlichkeiten, die als Mitarbeiter in Betracht kommen könnten.

Rühs schreibt unter dem 3. Dezember 1816 aus Berlin:

.... „Daß Sie eine Zeitung herausgeben wollen, ist ein kühnes Unternehmen: es ist, wie ich glaube, schwer in Deutschland, so etwas durchzusetzen. Doch glaube ich, daß bei einer vollkommenen Preßfreiheit wohl etwas Gutes zustande kommen kann; sie ist aber auch die notwendige Bedingung: unser „Preußischer Korrespondent“ wird von der Zensur zu Tode gebissen oder gesogen.

So weit ich gehört habe, scheint man sich hier doch eine andere Vorstellung von dem Oppositionsblatte gemacht zu haben, als die Ankündigung erwarten läßt: man dachte sich wohl darunter eine Opposition der kleinen deutschen Fürsten gegen die großen Mächte, und eine solche wäre gewiß sehr an der Zeit. Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß mir die Ankündigung nicht recht gefällt: was ist der Egoismus, dem man sich widersetzen will? Mir scheint das eine ganz vage Idee zu sein, und dann zweitens ist der Ton, den die Redakteure, die sich nicht einmal genannt haben, annehmen, doch wahrlich zu anmaßend. Wer sind sie, wird man fragen, die es sich beikommen lassen, über die ganze politische und gelehrte Welt die Zensoren zu machen? Selbst Männer von entschiedensten und ausgemachtesten Ruf dürfen sich, wie mich dünkt, das nicht erlauben. Übrigens glaube ich wohl, daß es so schlimm nicht gemeint ist, als es aussieht, aber ich fürchte sehr, daß es einen ungünstigen Eindruck machen wird. Ich selbst werde Ihnen wenige Mitteilungen machen können, da ich in so wenigen Verhältnissen lebe, mir das, was um mich vorgeht, auch so unbedeutend erscheint, daß ich mich nicht darum bekümmere; doch werde ich, was mir vorkommt, gern mitteilen. Hüten Sie sich nur vor dem literarischen Geschmeiß der v. Held, v. Cölln, Saul Ascher, Gubitz, Merkel und wie sie weiter heißen.

von hier aus die Zeitungen mit Abgeschmacktheiten füllen. den Sie Zahn ein, der wohl im stande ist, allerlei zu er- hren. Ich werde mit Krug reden, ob er Ihnen nicht eine gelmäßige Chronik aller neuen Gesetze und Preßveränderungen der preußischen Monarchie liefern kann. Darf er es tun, so erden Sie dadurch gewiß einen guten Artikel für die Zeitung halten.

Für Dänemark hatten wir einen trefflichen Korrespondenten einem gewissen Schirach in Kopenhagen; diesen würde ich hnen ganz besonders empfehlen, dann in Kiel die Professoren ahlmann und Hegewisch. In Schweden weiß ich jetzt keinen orrespondenten: ich kann Ihnen jetzt nur den königl. Biblio- ekar Wallmark und den Herrn Granberg vorschlagen, die beide h wohl dafür qualifizieren. Für Polen kann ich Ihnen nur n Hrn. Banda in Krakau empfehlen, an den ich allenfalls selbst hreiben will. In Livland ist ein gewisser Dr. Bidder, jetzt in orpat, der sich wohl dazu eignete. In Petersburg wüßt' ich diesem Augenblicke niemand, wenn Sie nicht etwa Hrn. Krug nladen wollten. In Rom habe ich jetzt ein paar treffliche reunde, die vielleicht Beiträge liefern würden, Hrn. Brandes nd Hrn. Dr. Bunsen. Auch hoffe ich Ihnen einen Korrespon- nten in Rio Janeiro auszumitteln, nämlich Hrn. Olfers, der n Hrn. v. Flemming als Sekretär begleitet, einen Arzt und aturforscher."

Die Ausstellungen des Professors Rühs werden Bertuch enig berührt haben; er ging mit großem Eifer ans Werk und ahm neben dem jugendlichen Pfeilschifter besonders Ludwig Wie- nd in die Redaktion auf, den begabten Sohn des Dichters des Oberon". Nach einem ziemlich unruhigen Wanderleben war udwig Wieland 1813 nach Weimar zurückgekehrt und stand jetzt n vierzigsten Lebensjahre. Ein gereifter Mann also ergriff die Zügel der Leitung. Pfeilschifter scheint über die Heranziehung Wielands mißgestimmt gewesen zu sein, denn er verließ schon im Herbst 1817 Weimar wieder, nachdem er in Jena noch eine neue

Zeitschrift „Die Zeitschwingen“ gegründet hatte, die später Bör
weiteren Kreisen bekannt machte.*)

Bereits am 1. Januar 1817 war Bertuch in der Lage, d
erste Nummer seiner Zeitung unter dem Titel „Oppositions-
Blatt, Weimarische Zeitung“, herauszugeben. Der Preis d
Blattes war vierteljährlich 2½ Tlr. sächs. oder 4½ fl. rh
Die Beilage stand „als Intelligenzblatt für Bekanntmachungen
aller Art, gerichtliche und außergerichtliche, besonders für d
Buch- und Kunsthandel“ offen. Die Insertionsgebühren belie
sich auf 1 Gr. sächs. oder 4½ Kr. Reichsgeld die Zeile.

Das Programm des „Oppositions-Blattes“ wurde ab
gleich von vornherein nicht genau eingehalten. Der literari
Teil trat mehr und mehr zurück, während die Politik fast vo
ständig dominierte, und zwar die allgemeine deutsche, denn fü
die allgemeine freiheitliche Entwicklung Deutschlands trat d

*) Von Weimar ging Pfeilschifter nach Leipzig, wo ihn Brockhaus
der Redaktion seines „Kunstblattes“ beschäftigte. Dann unternahm er ei
Reise nach Frankreich und Spanien und korrespondierte für die Augsbu
„Allgem. Ztg“. Mittlerweile wechselte er seine politischen und religiösen A
schauungen und schloß sich der streng konservativen und noch strengeren kat
lischen Richtung an. In diesem Sinne redigierte er auch die 1822 in Fran
furt a. M. gegründete Zeitschrift „Der Staatsmann“, die seit 1831 als „Z
schauer am Main“ bis 1838 in Aschaffenburg erschien. Irgend welchen Ei
fluß gewann die Zeitschrift jedoch nicht. Im Jahre 1829 wurde Pfeilschif
von dem Herzog Friedrich von Anhalt-Köthen geadelt. Erst im Jahre 18
im Alter von 81 Jahren, starb er zu Regensburg. Er hat sich also n
wieder über die große Menge erhoben. In Erinnerung an sein Auftreten i
Weimar widmete ihm Goethe (Sophien-Ausg., Band V, 1. Abt. S. 183) d
Stachelvers:

Es hatte ein junger Mann
Pfeile geschiftet,
Dann, wie er konnte und kann,
Flügel gelüftet:
Doch im dädalischen Flug,
Kam er zu Sinnen;
Er hatte Zeit genug,
Land zu gewinnen.
Da sieht er, gelassen und na
Verworrene Taten,
Und kann dem lieben Papa
Vernünftiges raten.

Papa Bertuch wird aber schwerlich den Rat Pfeilschifters irgend einma
eingeholt haben.

Blatt vor allem ein. Von dem weimarischen Ländchen war nur höchst selten die Rede.

Der alte Bertuch war Feuer und Flamme für diesen Kampf. „Es freut mich“, schrieb er schon am 11. Januar 1817 an Böttiger, „daß diese Batterie (das Oppositions-Blatt), die von mehreren Seiten gut bedient wird, gehörig wirkt und in manche schlechte Bastion eine heilsame Bresche schießen wird!“

Das Hauptthema bildeten der Bundestag, die Verfassungen der verschiedenen Bundesstaaten, die ökonomische Lage in Deutschland und die Freiheit der Presse. Durch die sachgemäße und freimütige Behandlung dieser brennenden Fragen wurde das „Oppositions-Blatt“ rasch eines der bedeutendsten Organe der öffentlichen Meinung.

Über den untätigen Bundestag klagt die Zeitung bereits 1817. Die Verfassungsangelegenheiten in den einzelnen Bundesstaaten beschäftigten sie fortdauernd. Zu Gunsten der Holsteiner tritt sie lebhaft für eine neue Verfassung ein, entgegen der holsteinischen Ritterschaft, die die Wiederherstellung der alten landständischen Verfassung verlangt, welche viele Privilegien für sie einschließt. In dem großen württembergischen Verfassungsstreit spricht sie sich ebenfalls für die neue Verfassung aus und tadelt das starre Festhalten an dem Alten, Hergebrachten, bei dem sich der unverkennbare Einfluß des aristokratischen Elements geltend mache. Die Bestrebungen in Baden zur Einführung von Landständen unterstützt sie eifrig, und als die badische Verfassung endlich am 24. August 1818 gegeben worden ist, erklärt sie freudig, daß die neue Verfassung unter den bisher erschienenen die beste sei (1818, Beil. Nr. 80). Sehr energisch tritt sie den innerhalb der Regierungen in Preußen und Österreich sich entwickelnden reaktionären Bestrebungen entgegen, um die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten zu einem Einschreiten gegen ihre Stände zu bewegen; lebhaft weist sie auf die Gefahr hin, die damit der freiheitlichen Entwicklung der Staaten drohe (1819, S. 1308).

Mit aller Wärme nimmt sich das „Oppositions-Blatt“ ferner auch der Besserung der ökonomischen Lage Deutschlands an.

Durch die vielen Kriege war der Wohlstand des gesamten Volkes zerrüttet worden, aber man hatte gehofft, daß nach ihrem Abschluß sich bessere Verhältnisse entwickeln würden. Allein man sah sich enttäuscht; die Engländer hatten die allgemeine Stimmung nach dem Frieden benutzt, mit großer Schlauheit äußerst günstige Handelsverträge abgeschlossen und überschwemmten nun ganz Deutschland mit ihren Waren. Dadurch schädigten sie die deutsche Industrie auf das empfindlichste. Eine Menge von Fabriken, die zu Napoleons Zeiten gegründet worden waren, gingen ein, viele Arbeiter kamen außer Brot und verfielen in Armut. Da verlangte denn das „Oppositions-Blatt" nachdrücklich Schutz für den deutschen Gewerbefleiß, namentlich gegen England, und die Hinwegräumung aller Schranken im Innern Deutschlands, welche hier die Freiheit des Verkehrs erschwerten (1817, S. 1713 fg.).

Diese für die damalige Zeit sehr offene Sprache wurde aber den Regierungen sehr bald unbequem, und Karl August erhielt daher gewiß von verschiedenen Höfen die Aufforderung, der Presse seines Landes die Zügel nicht allzusehr schießen zu lassen. Es wurde infolgedessen bereits unter dem 3. Mai 1817 (vgl. Oppositions-Blatt vom 23. Mai) eine Regierungsverordnung erlassen, in der es als die Pflicht eines jeden Untertanen erklärt wird, Vorsicht in der Beurteilung von Regenten und Regierungen zu beobachten. Bei der herrschenden Preßfreiheit sei dies ganz besonders nötig. Es werde daher bestimmt: 1. Die politischen Schriftsteller, „die Individuen, welche sich mit journalistischer oder Zeitungsschriftstellerei abgeben", sollen gewarnt werden, „durch unvorsichtige oder verunglimpfende Urteile über Regenten und Regierungen Beschwerden derselben gegen sie zu veranlassen oder die freundschaftlichen Verhältnisse des Regentenhauses zu anderen Regenten und Staaten zu unterbrechen." 2. Ein Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot würde Beschlagnahme oder Unterdrückung der betreffenden Schrift zur Folge haben.

Diese Warnung nützte aber nicht so radikal, wie es die Regierungen wünschten, und eines Tages fand man sich in Wien durch eine „Korrespondenz aus Österreich" dermaßen verletzt, daß der österreichische Gesandte Graf Zichy sich sehr nachdrücklich über

die „höchst anstößigen Bemerkungen" des Artikels beklagte, der es versuche, „Staatseinrichtungen eines anderen Staates zu verleumden, Völker zu beschimpfen und Aufruhr zu predigen".

Der beanstandete Artikel war der „Allgemeinen Zeitung" entnommen worden und brachte nur die Mitteilung, daß die österreichischen Landtage nach der Bestätigung der Grund- und Naturalsteuer wieder aufgelöst worden seien. Aber die Redaktion hatte noch folgende Bemerkung angefügt: „Da die Landstände innerhalb ein paar Stunden über die Anträge oder Postulate des Hofes unmöglich sich weder bedenken noch beraten konnten, so kann man in der Tat nicht sagen, daß sie dieselben annahmen, wozu doch Überlegung und Entscheidung gefordert wird. Haben sie aber nur anzuhören, was die Regierungen in Landessachen beschlossen, so sind sie keine Vertreter des Volkes. Sie sind auch keine Ratgeber des Fürsten, denn zum Ratgeber wäre doch mehr Zeit erforderlich. Man kommt oft in Verlegenheit, unter welche Kategorie man sie bringen und welchen Zweck man sich dabei denken soll. Verlangt aber das österreichische Volk wirklich keine andere und zweckmäßigere Einrichtung, desto schlimmer! Das Volk, das keine geistigen Bedürfnisse kennt, muß noch sehr zurück sein."

Solche „fürwitzigen Bemerkungen" fand man jedoch in Wien äußerst verderblich. Man drang also so energisch auf Karl August ein, daß dieser sich entschließen mußte, das „Oppositions-Blatt" am 23. Dezember 1817 zu verbieten. Am 2. Januar 1818 durfte es dann zwar wieder erscheinen, allein ohne den bisher gebrauchten Zusatz „mit Großherzoglich Sächsischem Privilegio".

Natürlich erregte dieses Vorgehen gegen die Zeitung in ganz Deutschland großes Aufsehen. Die Liberalen waren für den ersten Augenblick ganz betroffen, blickten aber bei dem Wiedererscheinen des Blattes doch aufs neue hoffnungsvoll in die Zukunft. Professor H. E. G. Paulus in Heidelberg, der bekannte Rationalist, schrieb unter dem 13. Januar 1818 an Bertuch: „Sehr hat mich der glückliche Kampf gefreut, den Sie für das „Oppositions-Blatt" bestanden haben ... Ich hatte über die Unterdrückung des „Oppositions-Blattes" so sehr getrauert, als ob sie mir selbst

begegnet wäre. Für Preß- und Druckfreiheit sollen und sollten noch weit mehr, als bisher geschah, alle Köpfe in Deutschland zusammenhalten. Retten wir diese nicht, so kommt aristokratischer Sultanismus und Barbarei. Unsterblich hat sich Ihr teurer Großherzog gemacht . . . ., daß er gegen alles Verstoßene der konstitutionellen Freiheit als Fels stund. Hätte man sie von niedergestoßen, so wäre überall der Mut gesunken. Jetzt, da je großen Gewalten der rechtliche Sinn eines minder Mächtigen durch Wahrheit und Beständigkeit widerstand und die Hauptsache erhielt, kommt überall schon mehr Mut vor."

Allein bereits wenige Wochen später stellte sich heraus, daß der Optimismus des Professors Paulus nicht gerechtfertigt war. Der Eingriff Österreichs bildete nur ein Vorspiel für die Tragödie, zu der sich das Schicksal des „Oppositions-Blattes" bald zuspitzen sollte.

Zunächst fand sich der Landtag des Großherzogtums bewogen, den Spuren Österreichs zu folgen. Er wies darauf hin, welche arge Rechtsverletzungen sich die Presse zu schulden kommen lasse, und bat um den Erlaß eines Preßgesetzes, damit nach diesem die Vergehen geahndet werden könnten (1. Februar 1818), worauf die Regierung versprach, ein derartiges Gesetz vorzulegen, wenn nicht etwa vorher ein solches durch den deutschen Bund bestimmt wäre. Sie entwickelte dabei die seltsame Ansicht, daß die Befreiung von der Zensur keineswegs „ein mit der politischen Mündigkeit der Staatsgenossen in wesentlicher Verbindung stehendes Anrecht der Bürger eines Staates sei."

Diese Grundanschauung erhielt dann gleichsam ihre Sanktion durch die Ermordung Kotzebues (23. März 1819). Durch die Aufhetzungen der Presse, durch das zügellose Treiben auf den Universitäten sei es nunmehr bis zum politischen Mord gekommen! riefen jetzt die Männer des Rückschritts in Wien und Berlin. Die schärfsten Maßregeln gegen diese Auswüchse unserer Kultur seien zu ergreifen!

Das „Oppositions-Blatt" trat diesen maßlosen Übertreibungen ernst entgegen. Es verurteilte die Tat durchaus, aber es mahnte auch, man solle wegen des einen nicht viele, besonders nicht die

niversitäten verantwortlich machen. Weiterhin legte die Zeitung einem sehr ausführlichen Artikel „Betrachtungen, veranlaßt ırch die Ermordung des Herrn von Kotzebne“ (4 Nummern, Iai 1819) des längeren dar, daß, bei aller Mißbilligung des Nordes, es doch nicht angebracht sei, Jena deswegen zu strafen, eil Sand dort geweilt habe. Sie warnte davor, alles patriotische :reiben den Studenten zu verbieten, und wies nach, daß die Studenten, „groß geworden in der Periode der Erniedrigung und Befreiung des Vaterlandes, an nichts anderes als an Deutschland enken könnten.“ *)

Mittlerweile veröffentlichte die „Preußische Staatszeitung“ ie berüchtigte Entdeckung von einem großen Verschwörungsplane um Umsturz des gegenwärtigen Zustandes von Deutschland, um n dessen Stelle eine republikanische Verfassung treten zu lassen, nd es erfolgte die Verhaftung einer ganzen Reihe von patriotishen Männern. Diesem ungeheuerlichen Vorgehen trat das Oppositions-Blatt“ mit großer Entschiedenheit entgegen. „Wie ann ich Ihnen das Erstaunen über das neue Schreckenssystem, ıas von Berlin aus durch alle deutsche Staaten seine Verzweigung ıusstreckt, mit Worten schildern?“ heißt es in einem dieser Arikel.**) „Frage drängt sich auf Frage. Welches sind die Tatachen, die ermächtigen, eine ganze Generation in Anklagestand zu ›ersetzen und Maßregeln zu ergreifen, wie öffentliche Blätter ie gemeldet haben? Sind es die in Zeitungen zu Tage geförerten Phrasen einiger exaltierter Jünglinge? Allein diese Phrasen varen in Preußen schon seit 1817 im Umlauf, ohne daß man sie ür etwas anderes, als wilde Ausbrüche einer noch nicht geregelten

---

*) Goethe war der ganzen nationalen Strömung abhold und fühlte sich daher in jener Zeit zu folgendem Stachelvers angeregt (Sophien-Ausgabe, Bd. V, S. 197):

Jenas Philister und Professoren
Sagen, es habe keine Not;
Kotzebue sei zwar mausetot,
Doch niemand habe sich verschworen.

Sie hoffen an den schönen Pfründen
Doch vor wie nach den Herd zu zünden,
Dieweil des Sodoms-Apfelbrei
Gesunde Jugendspeise sei.

**) 1819, S. 1507.

Vaterlandsliebe angesehen hätte, und muß nicht des jungen Mannes Kopf eine Gärungszeit haben, wie der Wein? — Hat man verräterischen Briefwechsel entdeckt? Man mache wenigstens einige Urkunden dieser Art bekannt, sollte man selbst auf ungewöhnlichem Wege dazu gekommen sein. So machte es wenigstens Napoleon und benahm durch die Öffentlichkeit seiner Staatspolizei das Gehässige einer venetianischen Staatsinquisition. Will man die Gelehrten, die wirklichen und die angehenden, ihren Regierungen verdächtig machen, will man insbesondere die liberalen Schriftsteller überhaupt einschüchtern, damit sie nie mehr von der herrlichen Gottesgabe, der freien Rede, Gebrauch machen, nie mehr zur Abwendung des Unrechts, zur Bezähmung der Willkür ihre Stimme erheben, nie mehr die Regierungen erinnern sollen, daß auch *sie* Pflichten haben? — Ist die angebliche Verschwörung ein Werk der feudalen und theokratischen Interessen gegen die Institutionen, welche das neue Menschengeschlecht zur Sicherung seiner bürgerlichen Interessen unabweisbar fordert? Oder ist sie eine Wirkung des Unmuts, daß diese bürgerlichen Interessen noch nicht überall die gesetzlichen Unterpfänder, *Verfassung* und *Stände*, gefunden haben?"

Diesen Vorstellungen gegenüber, zu denen auch noch ein Protest des Berliner Kammergerichts kam, sah sich dann aber doch die preußische Regierung schließlich veranlaßt, bei den fremden Höfen zu erklären, die Verschwörung sei allerdings gar nicht vorhanden, die Verhaftungen seien nichts weiter, als Vorsichtsmaßregeln gegen eine gewisse *Tendenz* zu Angriffen, die durch Meinungsäußerungen und Schriften statthaben *könnten*, keineswegs gegen wirkliche, bestehende Verbrechen.

Nichtsdestoweniger wurde der Verschwörungslärm in ganz Deutschland fortgesetzt, und es kam darauf sowohl zu den Karlsbader Beschlüssen, wie auch zu den Bundestagsbeschlüssen vom 20. September 1819, die den Untergang der Preßfreiheit bedeuteten. „Wir erkennen es als eine sonderbare Fügung an", bemerkte das „Oppositions-Blatt" (S. 1428) sarkastisch, „daß diese revolutionäre Verschwörung so glücklich und zwar gerade im Zeit-

ukte vor Eröffnung des Karlsbader Kongresses zur Entdeckung kommen."

Den Entwurf des neuen Preßgesetzes, der mit unter den undestagsbeschlüssen vom 20. September 1819 enthalten war Vergl. S. 18), teilte das „Oppositions-Blatt" bereits am 5. und . Oktober (Nr. 236 und 237) mit; doch erst in einem vom 0. Oktober datierten Patente, das in Nr. 262 des „Oppositions-Blattes" vom 4. November zum Abdruck kam, machte die Großherzoglich Weimarische Regierung von den Beschlüssen des Bundesages amtliche Mitteilung. Es trat daher auch erst in dieser Nr. 262 der Redakteur mit seinem Namen hervor, den anzugeben as neue Preßgesetz zur Pflicht machte. Er nannte sich Friedrich August Rüder. Ludwig Wieland, der dem alten Bertuch oft zu heftig aufgetreten war, hatte mit dem Ende des Jahres 1817 die Redaktion niedergelegt, dann war der Kurländer F. G. L. Lindner geb. 1772, gest. 1845) vorübergehend an dem Blatte tätig gewesen, worauf schließlich Rüder, ein norddeutscher Jurist in älteren Jahren, die Redaktion übernommen hatte. Geboren 1762 zu Eutin, war er längere Zeit (1792—1811) Beamter in Oldenburg und 1813 Maire in Hamburg gewesen. Nach der Aufhebung der Belagerung Hamburgs hatte er bis zu seiner Übersiedelung nach Weimar schriftstellernd in Holstein gelebt.

Die neuen Vorschriften für die Presse wirkten geradezu lähmend. Bertuch trat tief verstimmt von seinem Unternehmen zurück und überließ die Weiterführung seinem Schwiegersohne Friedrich Ludwig Froriep. Aber auch dieser konnte bei den Hemmungen, die sich überall entgegenstellten, kein rechtes Interesse für die Zeitung gewinnen, zumal auch die Auflage immer mehr, bis auf 1300 Exemplare, herabsank. Und die Redaktion sah sich in der peinlichsten Verlegenheit. Sie brachte lange Leitartikel über die englisch-ostindische Kompagnie, die nordamerikanischen Freistaaten, die Volksbewegung in England, nur nichts über das, was ganz Deutschland beschäftigte und erregte — die Bundestagsbeschlüsse. Doch endlich in der Nummer vom 18. Oktober wagte sie ein „Eingesandt" abzudrucken, das die schüchterne Frage auf-

warf: „Darf ich laut zu meinen Mitbürgern sprechen oder nicht?" und wo dann darauf hingewiesen wurde, daß die Presse doch das einzige Mittel sei, welches dem freien Manne ermögliche, zum Volke, zu den Fürsten, zu dem einzelnen zu sprechen. „Um aller dieser Zwecke willen," hieß es dann am Schluß, „muß es daher höchst bedenklich sein, die Presse einem solchen Zwange zu unterwerfen, wodurch ein göttliches Geschenk für alle in eine politische Maschine für nur wenige verwandelt werden kann. Die Presse ist des Menschen zweite Zunge, sie ist seine zweite Stimme, damit wir zu einander auch aus weiter Ferne sprechen sollen." Aber die Situation änderte sich nicht, der Knebel wurde eher noch schärfer angezogen, und als die Zeitung dabei einmal besonders lebhaft zusammenzuckte, wurde ihr die Kehle vollends zugeschnürt. Mit der Nr. 282 vom 27. November 1820 mußte sie ihr Erscheinen einstellen.

Froriep war empört über diese jähe Unterdrückung und beklagte sich in einem Briefe an Böttiger bitter, daß man ihn nicht veranlaßt habe, das Blatt in einer weniger auffälligen Form eingehen zu lassen; am schlimmsten aber war der plötzlich brotlos gewordene Redakteur Rüder betroffen. „Der arme Rüder dauert mich herzlich", schrieb Luden an Bertuch. „Ich fürchte, man wird vor der Hand nichts für ihn tun." Und diese Vermutung erwies sich auch als richtig, worauf Rüder 1821 nach Leipzig ging und dort bis zu seinem erst 1856 erfolgten Tode noch vielseitig schriftstellerisch tätig war. Unter anderem schrieb er verschiedenes über Holstein, die Türkei, den Freiheitskampf der Griechen rc.

Das „Oppositions-Blatt" war die Zeitung für die große politische Welt; doch auch der sogenannte kleine Mann wollte jetzt fortlaufend von den Weltbegebenheiten unterrichtet werden, und diesem Verlangen kam in ganz origineller Weise in einer thüringischen Nachbarstadt Weimars ein anderes Blatt entgegen: die „Dorfzeitung" in Hildburghausen. Sie wurde 1818 von Dr. Karl Ludwig Nonne gegründet und erschien im Kesselringschen Verlage, später im Verlage von Johannes Nonne. Dr. Karl Ludwig Nonne wurde am 6. Dezember 1785 in Hildburghausen geboren, studierte Theologie, stieg dann zum Oberpfarrer und

rkonsistorialrat in Hildburghausen empor und starb am
Juli 1854. Bei seiner großen geistigen Regsamkeit, seinem
en und gesunden Urteil über bürgerliche und bäuerliche Ver-
nisse, seinem stark ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und seinem
agenden Witz wußte er seinem Blatte sehr bald Beachtung zu ver-
ffen, und rasch gewann er sich auch einen großen Leserkreis.
)on nach wenigen Jahren ging die „Dorfzeitung" weit über
Thüringer Wald hinaus. Dadurch wuchs auch ihr Einfluß,
) in weiten kleinbürgerlichen Kreisen wurde sie eine öffentliche
acht. Infolgedessen war das Blatt auch manchen Angriffen
sgesetzt, und der Herausgeber erlitt mancherlei Unbill und
änkung. Aber Nonne war keine Lammsnatur; er wußte
) zu wehren, und dabei stand die Würde seines Amts hinter
n. Bei seinem Hinscheiden wurde die Eigenart, die er dem
atte zu geben gewußt hatte, von Dr. C. Kühner in einer Gedenk-
ımmer der „Dorfzeitung" (Nr. 154 vom 18. August 1854)
ır treffend charakterisiert. Es offenbart sich hier, schrieb Kühner,
er Schalk, der in der Maske des Bauernverstandes den Weisen
ıf die Nase tippt, der gemächlich plaudernd übern Markt geht
ıd dabei unversehens mit einem ‚Nicht gern geschehen!' einen
ıd den andern feinen Herrn auf die Füße tritt, der sich an-
ellt, als ob er vom Staats-Regimente eben gar wenig verstehe,
nd ihm dabei in seinem Unverstand immer eins abgibt, — der
cke, frohe Mut, der überall an der Weltverbesserung hämmert
nd den Nagel immer auf den Kopf trifft, — der unverwüstliche
umor, der die Wahrheit lachend sagt, — der Kobold, der alle
nsauberen Ecken fegt, wieder wie ein Kind im Glück des Still-
bens sich sonnt, der in seinem Zorn alles Flitterwesen, alle
alschheit und Ungerechtigkeit geißelt, wohl nebenbei auch den
uten Freund unversehens auf die Finger trifft, aber auch wieder
on jedem Zuge des Edelmutes sich rühren läßt."

Nachdem die „Dorfzeitung" so großen Erfolg errungen hatte,
ntstand nach und nach ein ganzer Schwarm solcher populär-hu-
noristischen kleinen Tagesblätter, von denen aber keins sein Vor-
ild erreichte. Zu nennen ist allenfalls das Grimmasche
„Wochenblatt", das Georg Joachim Göschen (geb. 1752, gest.

1828), der bekannte Verleger Wielands, Schillers und Goet
herausgab. Doch suchte Göschen mehr den biedermännischen
seines Freundes Zacharias Becker, des Herausgebers der „Na
nal-Zeitung der Deutschen" in Gotha, als den originell-hum
stischen Ronnes zu treffen; auch war er zu sehr in den politis
Ansichten und Verstimmungen seines kleinen Heimatlandes
fangen, um allgemeinere Urteile über die Wege und Ziele Deut
lands entwickeln zu können.*)

---

2. Die Zeitungen in Hamburg und Bremen. Der „Hamburgische Kor
spondent". Die „Bremer Zeitung". Der „Deutsche Beobachter". Wird
„Rheinischen Merkur" hervorgehoben. Cotta und der „Deutsche Beobachter
Das Zeitungswesen in Hannover. Die Presse in Kurhessen. Die
Zensurordnung. Die „Kasselsche Allgem. Zeitung". Die beiden sächs
Zeitungen: Die „Deutschen Blätter" und die „Leipziger Zeitung". Brockh
Programm für die „Deutschen Blätter". Eintreten der „Deutschen Blätter
für die deutsche Sache. Brockhaus' Klage über die Zensoren. Die „De
schen Blätter" gehen ein. Die neue Lage der „Leipz. Zeitung". Mü
manns Leitung des Blattes. Die Verpachtung an Grieshammer. Nied
gang der Zeitung.

Nur mit großer Mühe und nur sehr langsam richtete
das Hamburger Zeitungswesen wieder auf. Die barbarisch
Schläge, die es während der Fremdherrschaft hatte erdulden müs
(Vergl. Bd. II, S. 103), waren ihm bis ins Lebensmark g
gangen. In der letzten Hälfte der Davoutschen Schreckensher
schaft, als Bennigsen mit 40000 Russen die Stadt eingeschlosse
hatte, war schließlich vom 11. Dezember 1813 bis 17. Mai 18
keine einzige Zeitung mehr in Hamburg erschienen.**) Und a

*) Georg Joachim Goschen, publisher and printer, by his gra
son Viscount Goschen. In two volumes. London. Murray. 1903.

**) Während dieser Zeit der vollständigen Abgesperrtheit Hamburgs g
langten nur ab und zu einmal einige Zeitungsblätter von auswärts in d
Stadt, und die Nachrichten, die diese enthielten, erschienen dann den B
lagerten so unglaublich, ja so ungeheuerlich, daß der Marschall Davout unt

n die Franzosen abgezogen waren, wagten von den fünfzehn tungen und Zeitschriften, die vor der Fremdherrschaft in Hamg bestanden hatten, nur noch vier wieder hervorzutreten, und von en vier konnte nur eine, der „Hamburgische Unparteiische rrespondent", als eine wirkliche politische Zeitung gelten. erschien zum ersten Male wieder am 18. Mai, und dieses Blatt g die Nr. 1 des Jahrganges 1814. Der wieder erstandene orrespondent" war aber nur noch der Schatten seiner früheren öße. Zwar rühmt der „Rheinische Merkur" (1814 Nr. 80), ß das Blatt nicht vergebliche Anstrengungen mache, wieder zu ner früheren Bedeutsamkeit zu gelangen; aber die allgemeine mattung, die nach den ungeheuren Aufregungen des Krieges amburg ergriffen hatte, und die große Verstimmung in allen reisen über die unerquickliche Entwicklung der politischen Verltnisse ließen die Zeitung nicht zu einem tieferen Aufatmen mmen. Zudem war sie wohl noch immer sehr verschüchtert und t an einer nervösen Ängstlichkeit, die jedes energischere Wort nterdrückte. Darum konnte sie sich auch mit dem Feuereifer des Rheinischen Merkurs" nicht einverstanden erklären und nannte örres einen verkappten Napoleonisten, der dem Korsen recht nach erzenslust diene. Durch die Acht und Aberacht, die Görres ber das französische Volk verhänge, wende er dem Kaiser wieder ie Gemüter der Franzosen zu, der nun diesen als der einzige rscheine, der sie vor der angedrohten Ausrottung erretten könne. eitender Redakteur war in dieser schweren Zeit der Legationsrat

em 21. April 1814 gegen die „lügnerischen Zeitungen" folgenden agesbefehl erließ:

„Der Marschall macht seinem Armee-Korps hierdurch bekannt, daß der Feind fortfährt, seine Zeitungen mit unzusammenhängenden Neuigkeiten anzuüllen, und daß er Bekanntmachungen ergehen läßt, gegen welche man nicht genug auf der Hut sein kann.

Alle Neuigkeiten, die er auftischet, sind voll von Widersprüchen, und sie sind von solcher Art, daß es auch nicht einen französischen Soldaten gibt, der ihnen könnte Glauben beimessen.

Der Herr Marschall beschränkt sich nur darauf, hier der vermeinten Abdankung des Kaisers Napoleon zu erwähnen; eine solche unwahrscheinliche Begebenheit würde doch wohl bekannt gemacht werden." u. s. w.

Dr. Stöver aus Verden, der 1794 den Redakteur J. F. Leister abgelöst hatte und die Zeitung noch bis 1822 redigierte.

Die drei übrigen Blätter Hamburgs waren die „Adreß-Komptoir-Nachrichten“, das „Abend-Blatt der Börsenhalle“ und die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten von und für Hamburg“. Die „Adreß-Komptoir-Nachrichten“ hatten bis 1811 Viktor Ludwig Klopstock, dem Bruder des Dichters, gehört und waren dann eingegangen. Darauf bewarb sich Johann Christian Leisching um das Privilegium und erhielt es unter dem 5. April 1813 auf Supplik vom Senate zugesprochen. Doch erst am 4. Juli 1814 konnte er seine erste Nummer herausgeben. Das „Abendblatt der Börsenhalle“, das seit 1805 bestand, bot fast nur Handelsnachrichten. Die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten“, die seit 1813 mit dem „Relations-Kurier“ vereinigt waren, enthielten neben spärlichen politischen Nachrichten hauptsächlich Anzeigen und Ankündigungen von Privatpersonen. Alle die drei Blätter konnten also nicht den geringsten Anspruch auf irgend welche Bedeutung machen.

Einen ganz unerwarteten Aufschwung, wenn auch nur vorübergehend, nahm das Zeitungswesen unmittelbar nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft in Bremen. Dort hatte es bisher (seit 1743) nur ein kümmerliches Anzeigeblättchen, die „Wöchentlichen Nachrichten“, und 1812 und 1813 ein ganz unbedeutendes französisches Amtsblatt gegeben (Vergl. Bd. II, S. 100), aber unmittelbar nach der Vertreibung der Franzosen durch den russischen General von Tettenborn im Spätherbst 1813 erschienen gleich zwei neue Zeitungen, die „Bremer Zeitung für Staats-, Gelehrten- und Handelssachen“ und „Der deutsche Beobachter“.

Die „Bremer Zeitung“ trat bereits am 28. Oktober 1813 ins Leben. Sie wurde von dem Verlagsbuchhändler Johann Georg Heyse herausgegeben und erschien zunächst viermal in der Woche, aber bereits vom 1. Jan. 1814 ab täglich, mit Ausnahme der Sonntage, allerdings nur in kleinem Quart-Format, zum Jahresabonnement von fünf Talern Gold ($5^1/_2$ Tlr. Kur.) Ihr Hauptgewicht legte die Zeitung auf die Handelsnachrichten;

ie politischen Korrespondenzen erhielten die Leser nur eben auf em Laufenden.

Ganz anders bei dem „Deutschen Beobachter“. Dieser ʒar ein durch und durch politisches Blatt, die erste Bremische Zeitung großen Stils. Auch erschien er in Folioformat, wenn auch ıur viermal wöchentlich (Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freiag) zum Abonnementspreise von 1 Rtlr. 36 Grote, oder 1 Rtlr. 12 gGr. für das Quartal. Merkwürdigerweise ist er aber nicht on einem Bremer gegründet, sondern von einem Fremden nach Bremen hineingetragen worden, und darum hat sich auch Bremen einer nur kurze Zeit erfreuen können. Niemand anders, als der Sekretär des russischen Generals von Tettenborn, ein gewisser B. Daevel, war sein Herausgeber. Dieser hatte bereits im April 1813, als Tettenborn Hamburg besetzte, den Versuch genacht, dort in Hamburg eine Zeitung herauszugeben, aber schon Ende Mai wurde Tettenborn wieder aus Hamburg vertrieben und das Daevelsche Blatt mit ihm. Wie viel Nummern des Blattes während der Tettenbornschen Herrschaft in Hamburg erschienen, läßt sich nicht mehr feststellen, weil nur noch einige wenige Nummern der Zeitung vorhanden sind (Vergl. die Fußnote S. 115); es können ungefähr fünfundzwanzig gewesen sein. Als dann aber Tettenborn Bremen genommen hatte, ging Daevel sofort daran, sein Blatt in Bremen wieder aufleben zu lassen, und er entwickelte dabei mitten im Kriegstrubel eine solche Umsicht und Energie, daß er bereits am 2. Januar 1814 mit seiner ersten Nummer hervortreten konnte. Die Vignette im Kopfe des Blattes zeigte das Hamburgische und darunter, mit dem oberen eng verbunden, das Bremer Wappen. Später erhielt der Titel noch die Ergänzung „Hanseatische Zeitung von Staats- und Gelehrten-Sachen“. Aus den Berichten über die mannigfachen Kriegsoperationen spricht beständig eine tiefe Erregung. „Neben der Darlegung der politischen Verhältnisse“, heißt es gleich in dem einleitenden Artikel der ersten Nummer, „wird die Zeitung auch, so viel es der Raum gestattet, kurze Nachrichten und auffallende Beispiele liefern von den Schandtaten, die von der französischen

Tyrannei im In- und Auslande verübt worden sind. Wahrh[illegible] und kurze Berichte hierüber werden der guten Sache förderl[illegible] sein und mit Dank aufgenommen werden.“ Bei der Verfolg[illegible] der politischen Ereignisse zeigt sich die Zeitung sodann immer [illegible] gut unterrichtet, und stets tritt sie mit großem Eifer für [illegible] Sache der Verbündeten ein. Die flammende Beredsamkeit [illegible] „Rheinischen Merkurs“ geht ihr allerdings ab; immerhin rüh[illegible] Görres selbst (Rh. Merk. Nr. 80), daß der „Deutsche Be[illegible] achter“ in Bremen den besten deutschen Blättern zugezählt werde[illegible] müsse, und der „Preußische Korrespondent“ (1814, Nr. 3) he[illegible] hervor, daß der „Beobachter“ „aus den gewöhnlichen Zeitung[illegible] maschinerien“ herausgetreten sei und besonders zuverlässige Na[illegible] richten aus Holland und England bringe. Inbezug auf Breme[illegible] betont die Zeitung gern die freie Hansestadt, und als sie [illegible] richtet, daß dem General von Tettenborn „als Zeichen der Dan[illegible] barkeit und Verehrung unserer durch ihn wieder befreiten [illegible] zur glücklichen Selbständigkeit zurückgerufenen Stadt“ das gro[illegible] Bürgerrecht von Bremen verliehen worden sei (Nr. 18), knüp[illegible] sie an diese Mitteilung noch folgende charakteristische Bemerkun[illegible] „Wir können uns bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, die Ve[illegible] leihung des Bürgerrechts, womit jetzt verschiedene Städte die[illegible] jenigen Männer auszeichnen, welchen sie am meisten Verehrun[illegible] und Zuneigung zu bezeugen wünschen, als eines der erfreulichste[illegible] Sinnbilder dessen zu betrachten, wovon unsere Zeit belebt un[illegible] erfüllt ist. Daß Männer, aus den höchsten Ständen und mi[illegible] den höchsten Staatsämtern bekleidet, eine Ehre darin finde[illegible] Bürger genannt zu werden und einem Stande mit angehören[illegible] der sonst von ihresgleichen in den Zeiten der Torheit und de[illegible] Anmaßung geringer geachtet wurde, tut unwiderleglich dar, da[illegible] diese Zeiten vorüber, und die Versöhnung der Stände auf di[illegible] herrlichste Weise begonnen ist.“ Dieser hoffnungsfreudige Blick in die Zukunft sollte allerdings schon durch die Ereignisse der nächste[illegible] Jahre stark getrübt werden. Der Inseratenteil war auch hier wie bei allen politischen Blättern der damaligen Zeit, äußerst un[illegible] bedeutend, obgleich die Zeile nur 3 Grote oder $1^1/_2$ Groschen sächsisch kostete. Doch findet sich manche charakteristische Annonce

a nimmt ein Freiwilliger öffentlich Abschied. „Ich gehe," sagt
, „um mit für Deutschlands gerechte Sache zu kämpfen; ich
ffe, viele, recht viele von euch jenseits des Rheins als meine
ameraden zu umarmen!" Ein Bürger Voelken bittet um Gaben
r die Verwundeten der Leipziger Schlacht, „deren Elend gewiß
hr groß ist". Ein aus Hamburg vertriebener Mann sucht eine
nstellung, um sich auch ferner mit Ehren ernähren zu können,
nd endlich wird, was uns heutzutage sehr seltsam anmutet, des
teren Reisegesellschaft gesucht, da „jemand, der seinen eigenen
Wagen hat", in 10 bis 12 Tagen nach Wien fährt, ein anderer
ach Amsterdam reisen möchte und einen Begleiter wünscht, um
it diesem die Fahrt auf gemeinschaftliche Kosten zu machen rc.
eider blieb, wie schon angedeutet wurde, der „Deutsche Beob-
achter" der Stadt Bremen nicht lange erhalten; Mitte Juni 1814
edelte das Blatt wieder nach Hamburg über; am 15. Juni
rschien die letzte Nummer in Bremen, am 18. Juni die erste
Nummer wieder in Hamburg. Beim Wirrwarr des Umzuges
ourde die Angabe der Nummerzahl vergessen; es würde Nr. 92
ewesen sein. Der Charakter des Blattes blieb in Hamburg
natürlich ganz derselbe wie bisher, doch erschien von Nr. 107 im
Titel noch die Angabe „Mit Privilegio eines Hochedelen und
Hochweisen Rats der freien Hansestadt Hamburg". Der Ham-
burger Boden erwies sich dem Blatte aber wenig förderlich; es
vermochte sich nicht auf der Höhe zu erhalten, die es in Bremen
eingenommen hatte, und darum wandte sich Daevel alsbald an
Cotta, um mit dessen pekuniären Mitteln und weitreichenden Ein-
flüssen ein größeres Terrain zu gewinnen. Bei seiner Vorliebe
für journalistische Unternehmungen war Cotta auch zunächst nicht
abgeneigt, dem Blatte seine Unterstützung zu leihen, doch fragte
er erst bei dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg an, ob sich die
Zeitung, wenn er sich an ihr beteilige, wohl der Förderung und
Unterstützung der preußischen Regierung zu erfreuen haben würde,
worauf ihm Hardenberg unter dem 13. Januar 1815 aus Wien
antwortete:

„Ich habe mit vielem Vergnügen die näheren Angaben des
von Ihnen in Gemeinschaft mit Herrn Daevel in Hamburg beab-

sichtigten Zeitungs-Unternehmens vernommen und Ihre mir bei dieser Gelegenheit geäußerten Wünsche in Erwägung gezogen. Die Zeitung ‚Der deutsche Beobachter' hatte während ihres früheren Bestehens durch den mutigen Eifer und die nachdrückliche Kraft, mit welchen sie die Sache des Vaterlandes wirksam emportragen half, ein unleugbares Verdienst um dieselbe und den ausgezeichnetsten Beifall erworben; ihre Fortsetzung muß ein desto lebhafteres Interesse erwecken, als Ihre Teilnahme der Anstalt eine ebenso glückliche Ausdehnung, als sorgfältige, von den besten Grundsätzen ausgehende Leitung verspricht. Von seiten Preußens kann die Entstehung eines solchen würdigen Organs der öffentlichen Meinung im nördlichen Deutschland nicht anders als gerne gesehen werden, da jede Pflege liberaler Gesinnung und freien Geistesverkehrs demjenigen Staate, der den Geist der Liberalität unter seine ersten Grundrichtungen aufgenommen, nur heilsam und ersprießlich sein kann. In diesem Betracht und in Betracht Ihrer persönlichen Verdienste werde ich mit besonderem Vergnügen die Verfügungen treffen, welche Sie zur Förderung und Begünstigung Ihres gemeinnützigen Unternehmens von seiten der preußischen Behörden wünschen. Sie können neben der Zusicherung des unmittelbaren Schutzes und der tätigen Verwendung für dieses neue Unternehmen zugleich jede anderweitige Unterstützung erwarten, welche die Umstände erlauben und das Interesse Preußens rechtfertigen wird. Ihrem Wunsche gemäß ist bereits der königliche bevollmächtigte Minister in Hamburg, Herr Graf von Grote, von mir veranlaßt worden, dem dortigen Senate zu erkennen zu geben, daß jede Begünstigung Ihres Unternehmens in Hamburg der preußischen Regierung wünschenswert sein und mit besonderem Wohlgefallen angesehen werden würde. Desgleichen ist das königliche Staatsministerium benachrichtigt worden, daß bei vorfallenden Bekanntmachungen und Anzeigen, deren Einrückung in auswärtige Blätter nötig befunden werde, dem ‚Deutschen Beobachter' aus angeführten Gründen vor andern Zeitungen billigerweise der Vorzug zu geben sei."

Trotz dieser Versicherungen Hardenbergs hat dann aber Cotta doch schließlich von einer Beteiligung an dem Unternehmen abge-

en, worauf sich der „Beobachter“ mühselig noch bis zum . September 1819 erhielt. Offenbar hatte Daevel während ser Zeit aber nicht nur mit Geldverlegenheiten, sondern auch mit sten Zensurschwierigkeiten zu kämpfen. Eine Notiz im Katale der Hamburger Stadtbibliothek besagt zwar, der „Beobachter“ te wegen Insolvenz des Eigentümers auf zu erscheinen; auf n Titelblatte des in der genannten Bibliothek aufbewahrten zten Jahrganges des Blattes heißt es dagegen, daß dem Eigenmer nicht erlaubt worden sei, über das Eingehen des Blattes sprechen.“ *)

Nach wie vor höchst kümmerlich blieben die Zeitungsverhältsse in Hannover. Neben den „Hannoverschen Anzeigen“ (dem iseratenblatte, das seit 1789 bestand) trat 1815 nur ein sehr ageres politisches Blättchen, das sich „Hannöversche Nachrichten“ innte und zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonnabend, schien, ins Leben und blieb auch fort und fort so unbedeutend, iß es kaum erwähnt zu werden verdient.

Ein recht bewegtes politisches Leben entwickelte sich alsbald ach dem Sturze der westfälischen Regierung in Kurhessen, wo r gewalttätige Kurfürst Wilhelm I. in heftigen Streit mit den tänden und den westfälischen Domänenkäufern geriet, und man innte nun annehmen, daß dadurch auch eine bedeutende Zeitungsteratur in Kassel hervorgerufen worden wäre. Dem mußte aber r Kurfürst von vornherein zu begegnen. Er ließ sofort eine eue Zensurordnung ausarbeiten, die bereits 1816 in Kraft at und das Folgende bestimmte: Es wurde verboten, irgend eine rt von Büchern und Schriften ohne vorherige Zensur zu drucken, nd die im Auslande erschienenen, den kurhessischen Staat be-

*) Gütige Mitteilungen des Herrn Dr. J. Spitzer, Bibliothekar der amburger Stadtbibliothek. — Die Exemplare des „Deutschen Beobachters“ nd heute sehr selten. Die Hamburger Stadtbibliothek besitzt von der ersten amburger Periode des Blattes (1813) nur eine unvollständige Reihe von ummern, die mit Nr. 3 vom 15. April beginnt und mit Nr. 18 vom 1. Mai schließt. Die Bremer Stadtbibliothek besitzt den Jahrgang 1814 emlich vollständig. Von der zweiten Hamburger Periode sind in der Hamurger Stadtbibliothek die beiden Jahrgänge 1814 und 1815 unvollständig.

treffenden Bücher an das Publikum ohne Erlaubnis der Zensurkommission auszugeben. Die Kommission aber mußte dafür sorgen, daß nichts gedruckt wurde, was den Lehren der christlichen Religion, den Sitten und der Staatsverfassung Nachteil verursache, den Absatz fremder Druckschriften solchen Inhalts untersagen und auch diejenigen Tagesblätter und Zeitschriften mit Beschlag belegen, deren Herausgeber und Teilnehmer die Absicht offenbarten, „schädliche Ideen in Umlauf zu bringen, Unzufriedenheit bei den Untertanen gegen die bestehenden Staatseinrichtungen zu erwecken, anmaßliche Urteile und Kritiken über Handlungen der Fürsten und des Staatshaushaltes zu verbreiten und überhaupt auf die Gesinnungen der Menschen zum Nachteil der allgemeinen Wohlfahrt böslich einzuwirken.“*) Diesen dehnbaren Bestimmungen gegenüber war es unmöglich, irgend eine andere Ansicht, als die der kurfürstlichen Regierung zu äußern, und so konnte denn auch kein anderes politisches Blatt in Kassel erscheinen, als die offizielle „Kasselsche Allgemeine Zeitung“, die im Oktober 18… den „Moniteur westphalien“ abgelöst hatte und nur in Qua… erschien. Ein „Bote aus Kassel. Eine Zeitung für den Bürger und Landmann“ (1814—1863), herausgegeben von Hofrat A. Niemeyer, kann wegen seiner vollständigen Bedeutungslosigkeit nicht in Betracht kommen. Während der Einrichtung der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ offenbarte sich übrigens der ehemalige Redakteur des „Moniteur“, Friedrich Murhard (Vergl. Bd. II, 145), noch einmal in seiner ganzen kläglichen Gesinnungslosigkeit. Er, der bisherige fanatische Franzosenschwärmer, nahm keinen Anstand, sich auch um die Redakteurstelle bei der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ zu bewerben, und als sich der Kurfürst nicht geneigt zeigte, ging er noch weiter und erklärte, auf die Geldgier des Kurfürsten spekulierend, in einer Eingabe, er mache sich anheischig, falls man ihm die Leitung des offiziellen Blattes überlasse, dem Kurfürsten aus dem Unternehmen jährlich 10000 Taler Einkünfte zu verschaffen. Aber selbst dieser

*) C. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850 S. 96.

:rführerische Köder verfing nicht, worauf Murhard Kassel ver-
rß.*) Redakteur wurde nun Dr. J. Pinhas.

Der Inhalt der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ war aber otzalledem doch nicht ganz so kläglich, wie der so manchen ande-:n Regierungsblattes jener Zeit. Von dem, über das sie reden urfte, brachte sie manches Wertvolle, so daß Görres in seinem Rheinischen Merkur“ (Nr. 80) von ihr sagen konnte: „Ihr Her-usgeber scheint tüchtige Mitarbeiter sich zugesellt zu haben, die)n von Zeit zu Zeit mit bedeutenden Aufsätzen unterstützen, wie leich jüngst der über Spanien gewesen.“ Wo es aber galt, die Inschauungen des Kurfürsten zu vertreten, da trat das Blatt illerdings mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf. Als die Adresse)er Bauern am Diemelstrome erschien (Vergl. S. 9), behauptete)ie Zeitung ohne weiteres, die meisten Bauern hätten unter-ichrieben, ohne zu wissen, was eigentlich in der Adresse stünde. Und in dem Kampfe des Kurfürsten gegen die Stände und weiter-hin in der verfassungslosen Zeit verwandte sie immer nur das gröbste Geschütz.

Das Zeitungswesen in Sachsen trieb während der Befreiungskriege ein sehr lebenskräftiges Reis, das zu den besten Hoffnungen berechtigte. Es erschienen vom 14. Oktober 1813 ab zunächst in Altenburg, dann vom 21. Oktober ab in Leipzig die schon im zweiten Bande (S. 257) erwähnten „Deutschen Blätter“, herausgegeben von Friedrich Arnold Brockhaus. Um ihnen von vornherein ein gewisses Ansehen zu geben, erwirkte sich der geschäftskluge Brockhaus für sie folgenden „Befehl“:

„Dem Buchhändler Herrn Brockhaus von hier wird hiermit befohlen, alle von seiten der Hohen Alliierten teils schon erschienenen, teils in der Zukunft noch zu erscheinenden Nachrichten und offiziellen Schriften durch den Druck bekannt zu machen und sie mittelst eines periodischen Blattes, welches jedoch der Zensur

*) L. Völkel, Eines hess. Gelehrten Lebenserinnerungen (Zeitschr. d. Vereins f. hess. Gesch. u. Landesk. N. Fl., 9. Bd. Kassel 1882) S. 318. Auch in den „Briefen J. und W. Grimms aus der Jugendzeit“. Weim. 1881, S. 224, wird der Fall erwähnt.

des jedesmaligen Herrn Platzkommandanten unterliegt, dem Publ
mitzuteilen.

Sig. Hauptquartier Altenburg, den 13. Okt. 1813.

Auf Befehl seiner Durchlaucht des k. k. en chef komman
dierenden Herrn Feldmarschalls Fürsten von Schwarzenberg.

Langenau."

In Wahrheit waren aber die „Deutschen Blätter" nach Id
Titel und ganzem Plan eine Schöpfung von Brockhaus selbst.*
Vom 14. Oktober 1813 ab erschienen sie zuerst täglich im U
fange von einem halben oder einem ganzen Bogen in Okt
Weiterhin kamen sie viermal wöchentlich heraus und später n
noch dreimal. Die Nummern 1—54 bildeten den ersten Ba
der mit einem Titelkupfer (Plan zu den Schlachten bei Leipz
1 Tlr. 10 Ngr. kostete; den zweiten Band bildeten die Nu
mern 55—94, den dritten die Nummern 95—134, den vier
die Nummern 135—174, den fünften die Nummern 175—2
Band 2—5 kamen 1814 heraus; 1815 erschienen der sechste Ba
(Nr. 215—254) und neue Folge erster (Nr. 1—34; Tages
schichte Nr. 1—6) und zweiter Band (Nr. 1—31; Tagesgeschich
Nr. 7—16) und 1816 noch neue Folge, dritter Band (Nr. 1—4
Auch hiervon kostete jeder Band 1 Tlr. 10 Ngr.

Nachdem die großen Ereignisse, die sich um Leipzig abge
spielt hatten, einigermaßen in den Hintergrund getreten war
entwickelte Brockhaus in Nr. 31 den Hauptgedanken, der ihn b
der Herausgabe der „Deutschen Blätter" leiten sollte. Er wünsch
ein Volksblatt zu geben, das in allen Ländern Deutschlands ge
lesen werden könne. Das Hauptthema für ein solches müsse zu
nächst der Kreuzzug gegen die fremden Unterdrücker sein. De
weiteren sollten sich die „Deutschen Blätter" der ganzen neuern
Zeitgeschichte zuwenden, dabei fort und fort den Gemeinsinn de
Deutschen erwecken, ihren Patriotismus anfeuern und den große
Zweck der verbündeten Mächte, in welchem jeder einzelne Deutsche,
der Ehre und Charakter habe, seinen eigenen wiederfinde: Di

*) Heinrich Brockhaus, F. A. Brockhaus in Leipzig. Lpzg. 1872, S. 41.

iederherstellung und Befestigung der Freiheit, Unabhängigkeit, elbständigkeit und Wohlfahrt unseres gemeinsamen Vaterlandes fördern.

Die Mitarbeiter wurden nicht genannt, doch ist bekannt, daß ken in Jena viel für das Blatt schrieb und natürlich auch öttiger in Dresden, der überall mit dabei sein mußte.

Sehr früh schon regte sich in der Zeitung die Besorgnis, aß die Friedensverhandlungen sich nicht in der gewünschten Weise ntwickeln möchten, und als dann die Preußen in einer Prokla- ation der französischen Hauptstadt verkündeten, daß sie nur egen Napoleon und nicht gegen die Franzosen kämpften, da chäumte es in den „Deutschen Blättern“ heftig auf. Es er- chien ein zornsprühender Artikel „Auf einmal Preußen und Fran- osen Freunde!“, der großes Aufsehen erregte, worauf die be- reffende Nummer konfisziert wurde. Des weiteren traten die „Blätter“ lebhaft mit für die Rückgabe von Elsaß und Lothringen ein. Ja, sie gingen noch weiter und wünschten alles wieder mit Deutschland vereinigt, was sich nach und nach von ihm getrennt hatte, so namentlich Belgien und Holland. Selbst die Schweiz sollte sich wieder mit dem Reiche verbinden. Auch Dänemark sollte sich bedenken. Es sei zu schwach, um sich allein halten zu können; über kurz oder lang müsse es sich doch an einen größeren Staat anschließen: bei keinem würde es aber so viel gewinnen, als bei Deutschland, denn die Dänen seien ja doch ein germanischer Stamm (1814, IV, S. 329). Ja, selbst über die Düna hinaus wagte man den Blick schweifen zu lassen, denn auch die russischen Ostseeprovinzen, Kurland, Liefland, Esthland, ehedem unter deutscher Herrschaft, sollten wieder unter diese gelangen. „Wo deutsche Familien aneinander wohnen und Stämme sich berühren“, rief der Verfasser dieses Artikels aus, „vom Elsaß bis Liefland, von Bündten bis Schleswig, verlangt die Sprache, der Geist des Volkes eine gemeinschaftliche bürgerliche Form, die sich inner- halb des kurischen Haffs und der Niederweichsel bis zur Nordsee oder dem deutschen Meere ausbreitet .... Innerhalb dieser Schranken herrsche eine Sprache und ein politischer Zweck!“

Diesen aussichtslosen Wünschen geboten aber natürlich die

„Deutschen Blätter“ sehr bald Schweigen; sie wandten sich de[n] innern Angelegenheiten zu und traten gegen jene Partei auf, [di]e sich jetzt anschickte, die Ergebnisse der Befreiungskriege für ihr[e] persönlichen Interessen auszunutzen. „Sie möchten das Alte ga[nz] wieder einführen“, heißt es in einem solchen Artikel (1814, V S. 172), weil es für ihre Privatverhältnisse so am dienlichste[n] erscheint. Und doch haben die Völker nicht gekämpft, um da[s] Alte wieder herzustellen mit allen seinen Mängeln (denn eben weil es der Mängel so viele hatte, war es zu schwach, auszu[-] zuhalten in den großen Prüfungsstunden der Umwälzungszeite[n]), sondern das verbesserte Alte soll hergestellt werden, erneuer[t], verjüngt und geläutert, wie es billig hervorgehen sollte aus de[m] Schmelztigel der gewaltigen Zeit, die das Gold von den Schlacke[n] sondert. Jene Partei möchte gern die Begriffe verwirren und di[e] Verhältnisse umkehren, wie Napoleon es getan; sie möchte ga[nz] alles nach ihrem Eigennutz einrichten und Verhältnisse, Verfassun[g], Verwaltung des Staats nach innen und außen anordnen, wie e[s] ihren eigennützigen Zwecken zusagt — dafür haben die Völke[r] nicht gefochten.“ Weiterhin erklärten die „Deutschen Blätter“ direkt, die alten Dynastieen, die alten Aristokraten und die groß[e] Sekte der Obskuranten seien es, die jene reaktionäre Partei bilde[n], welche den alten Wust, den Schlendrian und die Beschränkthe[it] von ehedem wieder einführen möchte, um sich dann „über die Gutmütigkeit und Einfalt derjenigen, die sich hintergehen ließen, lustig zu machen.“ Und sie geben dann folgende Punkte als das[-] jenige an (Bd. V, S. 511), was den Völkern von den Macht[-] habern zu gewähren sei: „Anerkennung des großen Grundsatzes, daß der in einer gleichmäßigen und unabhängigen Repräsentation ausgesprochene Nationalwille die Grundlage aller Verfassung sei — Vernichtung des Feudalismus und aller barbarischen Institu[-] tionen des Mittelalters, die der Kultur eines aufgeklärten Volkes unwürdig sind — Vernichtung der Einschränkungen der Gewerbs[-] freiheit — eine einfache, klare, konsequente innere Verfassung — Vernichtung der Prärogative einer geschlossenen Aristokratie — Publizität, vorzüglich in den Budgets — Absonderung des Staats-

atzes von der Zivilliste — und das Palladium von allem diesem
: Preßfreiheit.“ Des weiteren weisen sie auf die Notwen-
zkeit der Einheit Deutschlands hin (Bd. IV, S. 34) und heben
: schmachvollen Folgen der Vereinzelung, die erbärmliche Lage
r sogenannten souveränen Fürstentümer, hervor, und darum könne
n deren Anerkennung auf die Dauer keine Rede sein. „Als
e deutschen Fürsten zum Reiche gehörten“, heißt es unter ande-
m, „fühlten sie sich mächtiger, freier, geehrter und ihre Völker
ücklicher. Seit sie Souveräne wurden, Königskronen tragen,
ttern sie bald vor Frankreich, bald vor Österreich, bald vor
tußland .... Aber lieber winden sie sich ängstlich, furchtsam,
achgiebig, mit zweideutiger und eben daher unwürdiger Politik
wischen den großen fremden Mächten hin und her, stoßen bald
ier, bald dort an, werfen sich oft dem Würgebold selbst in die
Arme, ehe sie dem brüderlichen Nachbar die Bundesrechte auf
Leben und Tod mit männlicher Freiheit und Würde zu geben sich
ntschließen.“ Endlich ruft der Verfasser: „Ein Kaiser, ein
Reich, ein Rat, ein Arm, ein Recht im Welthandel!“

Eine solche Sprache mußte natürlich bald Anstoß bei den Regierungen erregen, denen nichts ferner lag, als Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen. Es liefen infolgedessen allerlei Beschwerden über die „Deutschen Blätter“ ein, worauf die Zensur immer strenger wurde. „Der Zensor chikaniert mich außerordentlich“, schrieb daher Brockhaus eines Tages an den vaterländischen Schriftsteller F. A. Koethe, „und wenn's so fortgeht, muß der Druck hier aufhören .... Um sich über den Verdruß, den der Zensor (über verschiedene Beschwerden) hat, zu rächen, streicht er nun alles, was ihm nur einigermaßen frei und dreist erscheint. Insbesondere ist er Okens Aufsätzen gram. Ich weiß noch nicht, wie das werden soll.“ Und einige Zeit später (4. Nov. 1815) meldete er demselben Freunde: „Die „Deutschen Blätter“ werde ich bestimmt mit dem vierten Bande zu Ostern schließen. Die Bedingungen der Zensur, die ängstliche Rücksicht, die allenthalben genommen wird, der Mangel an Einsicht in den politischen Interessen Deutschlands, die hinkende Teilnahme des

Publikums, jetzt, wo die Hauptfragen entschieden sind, und die ungeheure Schererei bei geringer Belohnung veranlassen mich dazu." Zugleich teilte er seinem Drucker Pierer in Altenberg mit, daß er die Auflage, die anfangs 4000 Exemplare betragen hatte, nunmehr auf 1100 ermäßigen solle. An Professor Oken in Jena aber schrieb er unter dem 9. März 1816: „Auch mir tut es herzlich leid, das allerdings interessante und mir selbst unendlich lieb gewesene Institut der „Deutschen Blätter" eingehen lassen zu müssen. Ich sehe mich aber dazu gezwungen. Aus der Überzeugung, daß bei ihrem sehr verminderten Absatz ihre Wirksamkeit in dieser Form nicht von der Art ist, als sie auch bei den mäßigsten Ansprüchen sein sollte. Die Erscheinung eines so verringerten Absatzes müssen jedem allerdings auffallend sein, der das deutsche Publikum nicht aus Erfahrung in dieser Hinsicht kennt, und der nicht weiß, daß der Wert, besonders eines politischen Blattes, für den Absatz in Deutschland nie entscheidend ist. So z. B. wenn ich Ihnen versichere, daß von der „Allgemeinen Zeitung", wie ich in der Offizin derselben erfahren habe, nicht mehr als 2000 Exemplare gedruckt werden, während der „Nürnberger Korrespondent" (ein gegen jene elendes Blatt) gewiß das Doppelte absetzt und nur Cottas große Kapitale, sein Stolz und seine Konsequenz, auch ohne Vorteil ein Institut fortzusetzen, dessen Nützlichkeit er einmal erkannt hat — eine Konsequenz, die aber nur einem Manne wie ihm möglich ist —, bestimmt denselben, dieses Institut, das ihn ungeheure Summen kostet, und bei welchem er, meinem Urteile nach, wenig oder nichts verdient, nicht untergehen zu lassen .... Von sämtlichen Journal-Instituten in Deutschland gedeiht überhaupt keins mit eigentlichem Glück, und die meisten derselben erhalten sich nur dadurch, daß die Redakteure und Herausgeber derselben zugleich die Haupt- oder einzigen Ausarbeiter derselben sind, daß sie also nicht an andere etwas zu bezahlen nötig haben und sich mit einer kleinen Ausbeute begnügen können."

So mußte denn Brockhaus bereits 1816 das mit so vielen Hoffnungen begonnene und mit aller Hingabe gepflegte Unter-

men wieder einstellen; die unseligen politischen Verhältnisse ten ihm allen Boden entzogen.*)

Neben den „Deutschen Blättern" erschien natürlich nach wie die offizielle „Leipziger Zeitung" (Vergl. Bd. II, S. 154). e war während der französischen Herrschaft schwer bedrückt rden; jetzt, unter den neuen Verhältnissen, so trüb diese sich ch zunächst für Sachsen gestalteten, atmete sie wieder freier auf. on jeher daran gewöhnt, sich in den engsten Grenzen zu halten, ßte sie sich sowohl unter dem russischen, wie unter dem preu-

---

*) In ihrem Verhalten der Presse gegenüber stützte sich die sächsische gierung in der Zeit von 1814 bis 1819 im großen und ganzen auf ein utachten des Professors Krug in Leipzig. Nachdem im 18. Artikel der Ur- nde des deutschen Bundes die Zusage gemacht worden war, „die Bundes- rsammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleich- rmiger Verfügungen über die Preßfreiheit beschäftigen", hatte ein königlich chsisches Reskript vom 4. März 1816 von der Universität Leipzig die Ab- ibe eines Gutachtens gefordert: „was in Ansehung der Preßfreiheit zu be- immen rätlich sein möchte, um danach den bei der Bundesversammlung an- estellten Gesandten mit Instruktionen zu versehen," worauf zur Ausarbeitung ieses Gutachtens von der Universität eine Kommission bestellt worden war, ie nun wiederum den Professor Krug mit der Abfassung dieses Schriftstückes eauftragt hatte. Professor Krug ging darauf aber weit über seine Aufgabe inaus; er legte einen ganzen Entwurf zu einer allgemeinen Gesetzgebung iber die Preßfreiheit in Deutschland vor und machte diesen weiterhin auch ffentlich bekannt (im 4. Hefte von A. Müllers deutschen Staatsanzeigen, wie uch durch einen besonderen Abdruck). In diesem Gutachten erklärt er, „daß n ganz Deutschland, oder wenigstens in allen zum deutschen Bunde wirklich gehörenden Staaten, Preßfreiheit stattfinden, diese Freiheit aber gleichförmigen gesetzlichen Schranken unterliegen soll, um einerseits dem Mißbrauch der Presse möglichst vorzubeugen, ohne doch andererseits der geistigen Entwicklung und Ausbildung des deutschen Volkes Abbruch zu tun." Um nun diese aller- dings schwierige Aufgabe zu lösen, wird unter dem Namen eines Preßfrei- heitsgesetzes eine bedingte, für gewisse Personen, Gesellschaften und Schriften gestattete Zensurfreiheit mit einer allgemein geltenden nach bestimmten Regeln zu handhabenden Zensurpflichtigkeit verbunden. Die Zensurfrei- heit soll durch eigenes Verdienst der Schriftsteller erworben und durch eigene Schuld derselben verloren werden. Es werden dann bestimmte Sätze formu- liert, in denen es inbezug auf die Zeitungen heißt:

4. Die Zensur tritt in allen Fällen, wo die Unschädlichkeit einer zu druckenden Schrift nach ihrem Inhalt und Zweck nicht mit überwiegen-

ßischen Regiment leicht zurechtzufinden. Unter russischer Zeit erschien sie von Ende Oktober 1813 bis Mitte November 1814, von da ab bis Mitte Juni 1815 unter preußischer und dann, seit der Rückkehr des Königs Friedrich August, wieder unter der sächsischen.

Eine wesentliche Beeinträchtigung erlitt die amtliche Zeitung naturgemäß durch die Teilung Sachsens, bei der das Land auf zwei Fünfteile seines früheren Umfanges reduziert wurde. Es trat eine Einbuße von Abonnenten und Inseraten ein, zugleich verringerte sich der Gewinn aus der Spedition auswärtiger Zeitungen, die dem Pächter als Nebengeschäft übertragen war, und endlich wurde auch die Portofreiheit des Pächters wesentlich beschränkt, da 89 Postämter und Posthaltereien an Preußen übergingen. Der Pächter, August Mahlmann, der jährlich 10000 Taler Pacht

---

der Wahrscheinlichkeit sich voraussetzen läßt, und es darf dann der Druck nicht ohne vorgängige Berechtigung von dem Zensor mit dessen Namensunterschrift geschehen.

Näher bestimmt wird die Zensurpflichtigkeit:

a. für Schriften ungenannter Verfasser, oder für solche, die nicht mit ihren wahren oder doch bekannten Namen sich genannt haben,

b. für alle blattweise herauskommenden Schriften, politische Zeitungen, Intelligenz- und andere für das Lesepublikum bestimmten Flugblätter, ohne weitere Rücksicht auf die Person des Herausgebers.

Diesen Ansichten Krugs trat Prof. Niemann in Kiel entgegen. Er stellte den Hauptsatz auf: „Die freie Mitteilung dessen, was ich redlich für wahr und recht erkannte, ist mein Recht, denn die Forschung nach Wahrheit und Recht ist meine Pflicht. Die Hinderung dieser Mitteilung ist ein Unrecht und ein Übel zugleich, denn sie hemmt die Berichtigung meiner und anderer Erkenntnis, die Förderung und Verbreitung der Wahrheit." Und darum verwarf er auch ganz energisch die Zensur der Zeitungen. „Werden diese unter solchen Verhältnissen ihren großen wohltätigen Einfluß auf die staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse Europas und deren Ausbildung dann weiterhin behaupten können?" fragte er. „Ist das Unwesen, das unter dem Weltprogramm mittelst der Zeitungszensur geübt ward, die Zeit der Lüge, als die Zeitungen nur die Diktate des Gewaltigen verbreiteten, die Schmach und der Druck, den besonders Deutschland dadurch erlitten, schon vergessen? Zeitungen und Zensur — in dem Augenblicke, da einem Volke freie Verfassung verkündigt wird — wie mögen Britten und Amerikaner zwei so ungleichartige Dinge zusammenreimen!"

zahlen hatte, wurde daher bei der Regierung dahin vorstellig, möge ihm eine angemessene Entschädigung gewährt werden. ıbei berechnete er den ihn voraussichtlich treffenden Verlust auf ei Vierteile des zeitherigen Einkommens. Die Finanzen des ndes befanden sich durch die langen Kriege aber in so schlechten rhältnissen, daß die Regierung nicht so ohne weiteres auf das rlangen Mahlmanns einging. Er wurde dahin beschieden, ß vorerst noch abzuwarten sei, wie sich die Verhältnisse ge- lteten; erst dann würde man eine genauere Unterlage zur Be- teilung seiner Einbußen erlangen. Zugleich wurden bei der eußischen Regierung mit Erfolg Schritte getan, um die Fort- währung der dem Zeitungspächter eingeräumten Vergünstigungen den abgetretenen Landesteilen bis zum Schlusse der Mahl- annschen Pachtzeit sicher zu stellen. Unterdessen hob sich bei m wieder erwachenden Handel und Verkehr die Zeitung rasch ıfs neue, so daß Mahlmann schließlich auf seine Entschädigungs- ısprüche verzichtete.

Zu dem Wiedererblühen der Zeitung trug neben den günsti- eren Zeitungsverhältnissen allerdings auch Mahlmanns geschickte eitung viel mit bei. Mahlmann war ein hochgebildeter Mann, er viele Verbindungen in der Schriftstellerwelt und den höheren Gesellschaftskreisen besaß und sich dadurch manche Quellen eröff- en konnte, die anderen Zeitungen verschlossen blieben. So war s ihm möglich, die Kunde vom Einzuge der Verbündeten in Paris am 31. März 1814 bereits am 10. April durch ein Extra- latt zu verbreiten und tags darauf schon einen offiziellen Bericht es Herzogs von Sachsen-Weimar, unter dessen Oberbefehl da- ıals die sächsische Armee stand, über diesen welthistorischen Vor- ang zu veröffentlichen. Die offizielle Nachricht von der Ein- ıahme von Paris war in der Nacht vom 9. zum 10. April durch ine Staffette der Großfürstin Erbprinzessin von Weimar an den Kommandanten von Leipzig, den kaiserlich russischen Obersten Prendel, gesandt worden, und dieser hatte sie sofort an Mahl- mann weitergegeben. Die erste Nachricht von der Flucht Napo- leons von Elba brachte die Zeitung am 15. März 1815. Die Meldung lautete: „Mehreren in Leipzig eingegangenen Nachrichten

zufolge hat Bonaparte nebst einem Teil seiner Garden die Ins Elba verlassen. Mayländer Briefe führen an, die Schiffe wäre auf vier Tage mit Proviant versehen und der Ort ihrer Bestim mung Antibes gewesen. Andere geben Neapel als ihren Be stimmungsort an.“ Die nächsten Tage brachten bereits die be stimmter lautende Bestätigung dieser Kunde.

Nach der abermaligen Niederwerfung Napoleons hatte d Zeitung natürlich durchweg die Grundanschauungen zu vertrete die vom Wiener Kongreß proklamiert worden waren; dazu erhie die Redaktion noch die besondere Anweisung, „alles, was de Sr. Maj. dem Könige von Frankreich zu erweisenden Achtun nicht entspricht, oder sonst dem Königlichen französischen Ho mißfällig sein könnte, sorgfältigst zu vermeiden.“*)

Von den Inseraten jener Zeit erregt noch heute die Anzeig vom Tode Theodor Körners in Nr. 223 vom 20. November 181 unsere Teilnahme, welche lautete:

„Am 26. August d. J. fiel unter Kämpfen für Deutschlands Rettung mein Sohn **Karl Theodor Körner**, Leutnant be dem v. Lützowschen Freikorps in einem Gefechte zwischen Schwerin und Gadebusch, nachdem er in seiner kurzen Laufbahn — er hatt das 22. Jahr noch nicht vollendet — die Freude und der Sto der Seinigen gewesen war. Ungeachtet einer Todesanzeige i den Berliner Zeitungen blieb mir nach späteren Nachrichten noc immer einige Hoffnung übrig, bis ich gestern die traurige Ge wißheit erhielt. Diese Bekanntmachung darf daher nicht länger anstehen, und ich rechne dabey auf das Mitgefühl aller, die den Verstorbenen gekannt haben. Einen solchen Verlust zu überleben findet der Vater Kraft in den Trostgründen der Religion und in dem herzerhebenden Gedanken an den nunmehrigen Sieg der guten Sache, für die so mancher Tapfere Blut und Leben geopfert hat. Gott wird auch die Mutter und Schwester trösten.

Großenhayn, am 9. Nov. 1813.

Dr. Christian Gottfried Körner,
Kgl. Sächs. Appellationsrat.“

*) C. D. v. Witzleben, Gesch. d. Leipziger Zeitung, Lpzg. 1860, S. 122.

Mit dem Schlusse des Jahres 1817 trat leider eine ver-
gnisvolle Wendung in der Entwicklung der „Leipziger Zeitung"
; die Pachtzeit Mahlmanns lief ab, und da Mahlmann nur
Pachtgeld von 11000 Talern bot, wurde die Pacht dem
chhändler Georg August Grieshammer auf sechs Jahre zuge-
ochen, der ein Pachtquantum von jährlich 16000 Talern und
e Kaution von 8000 Talern geboten hatte. Zwar engagierte
ieshammer zunächst Methusalem Müller (geb. 1771, gest. 1837),
en gewandten und beliebten Schriftsteller, dann Dr. J. C.
etschel als Redakteur, bezahlte beide aber so erbärmlich (400 Tlr.
rlich, während der Zeitungsbote 300 Tlr. bekam), daß sie bald
eder ihren Dienst quittierten, worauf die Zeitung von unzu-
nglichen Kräften so gut, oder so schlecht es eben ging, herge-
llt wurde. Für Korrespondenzen gab er dabei nicht einen
roschen aus. Einzig und allein war er auf rasche Bereicherung
dacht und soll denn auch jährlich einen Reingewinn von nahezu
000 Talern erzielt haben, eine für die damalige Zeit ganz
ßerordentlich hohe Summe. Der innere Gehalt der Zeitung
nk unter diesen Umständen, wie sich v. Witzleben ausdrückt, bis
nter den Nullpunkt. Das Blatt geriet nach und nach in einen
llständigen Mißkredit, der sich dann eine lange Reihe von
ahren in der öffentlichen Meinung behauptete, auch dann noch,
s wieder lebhafte Anstrengungen zur Hebung der Zeitung ge-
acht wurden.



Viertes Kapitel.

Die Presse in Süddeutschland und Österreich.

1. Die Zeitungen in Baden. Die Frankfurter Zeitungen. Die „Oberp[...] amtszeitung"; das „Journal de Francfort"; das „Reich der Toten". D[...] „Ristretto"; erhält den Titel „Zeitung der freien Stadt Frankfurt"; bekom[...] Börne zum Redakteur; dessen Verhältnis zur Zensur; seine Verurteil[...] Das „Journal". Das Zeitungswesen im Herzogtum Nassau. Die „Rhe[...] schen Blätter" in Wiesbaden, gegr. von Johannes Weitzel. Weitzels K[...] flikte mit der preußischen Regierung. Hardenbergs Versuche, Weitzel für [...] zu gewinnen. Weitzels politisches Glaubensbekenntnis. Sein Rücktritt [...] der Redaktion der „Rh. Blätter". Hardenberg stellt den Regenschirm in [...] Ecke. Die „Mainzer Zeitung" und ihr Redakteur Fr. Lehne. Die sonstig[...] Zeitungen im Flußgebiete des Rheins. Von Görres verspottet. D[...] „Schwäbische Merkur". Seine Situation im Verfassungskampfe; seine Haltu[...] gegenüber der Burschenschaft. Die Zustände in Bayern. Das Edikt über [...] Preßfreiheit in Bayern. Ign. Rudhart über die bayr. Zeitungen und [...] Zensur. Seine Instruktion für die Zensoren. Die Augsb. „Allgemeine Z[...] tung". Sie bürgert sich in Österreich ein. Gentz und die „Allgem. Ztg[...] Pilat. Die Zeitung stellt sich ganz in den Dienst der Metternichschen Re[...] gierung. Die „Allgem. Ztg." und Preußen. Hardenberg und das Bla[...] Varnhagen. Arndt. Die Zensurplackereien. Die sonstigen bayrischen Blätte[...]

Die Presse Süddeutschlands war durch die Keulenschläg[...] Napoleons fast ganz vernichtet worden. Bei der Rückkehr zu de[...] früheren Verhältnissen konnte daher nur erst langsam und müh[...] voll neues Leben geweckt werden; in einzelnen Ländern, wie i[...] Baden, vergingen zunächst noch Jahre, ehe sich die vollständig[...] zertretene Zeitungsliteratur auch nur einigermaßen wieder erhob.

Verhältnismäßig schnell stiegen dagegen die Frankfurter Zeitungen aus der Versenkung wieder empor, in die sie am

. Dezember 1810 vom Fürst-Primas Karl von Dalberg ge-
leudert worden waren (Vergl. Band II, S. 116). Man muß
um so mehr darüber wundern, als der Fürst-Primas bis
n letzten Augenblicke seiner Herrschaft auch nicht die geringste
bensregung eines der alten Frankfurter Blätter gestattete, und
offizielle „Zeitung des Großherzogtums Frankfurt" bis zu
rem letzten Atemzuge in tiefster Unterwürfigkeit vor Napoleon
eichsam auf den Knieen lag. Leistete sie doch kurz vor dem
turze Napoleons noch das Möglichste in Überschwenglichkeit,
s sie über die Einweihung des Hafens von Cherbourg berichtete
d nach der Schilderung, wie die Kaiserin Marie Luise den
afen durchschritten habe, schloß: „Man ließ so viel Wasser ein-
ingen, daß niemand mehr den Ort betreten konnte, welchen
llerhöchstdieselbe mit ihren Fußtapfen beehrt hatte."

Das Wiedererscheinen der alten reichsstädtischen Blätter wurde
rch Beschluß des Generalgouvernements vom 22. Dezember 1813
stattet, und darauf traten sie alle wieder ans Tageslicht: die
Oberpostamtszeitung", das „Journal de Francfort", das „Reich
er Toten" („Der Neuwieder"), das „Ristretto" und das „Frank-
rter Journal", und es kam sogar noch eine neue Zeitung, das
Bürgerblatt", hinzu.

Die „Oberpostamtszeitung" erwarb sich schnell wieder
re frühere dominierende Position, suchte aber dabei den neuen Ver-
ältnissen und Anschauungen möglichst gerecht zu werden und sich
uch auf eine etwas höhere Warte zu stellen. „Sie scheint mehr
nd mehr mit jedem Tage dem herrschenden Geiste sich zu öff-
en", schrieb Görres (Rh. M. 1814 Nr. 80), „und einzusehen,
aß es in jetziger Zeit mit dem bloßen Zusammenscharren von
leuigkeiten ohne Zweck, Kritik und Zusammenhang keineswegs
etan ist. Die große und allgemeine Verbreitung dieses Blattes
macht es seinem Herausgeber zur Pflicht, nicht mit Fahrlässigkeit
nd Ungeschick das Werkzeug zu handhaben, das ihm in die
Hände gegeben ist; er wird sich weniger als viele andere mit dem
Drucke der Zensur entschuldigen können." Immerhin wurde auch
er „Oberpostamtszeitung" streng auf die Finger gesehen. Als
ie einmal von drei Protektoraten zu berichten wußte, die in

Deutschland aufgestellt werden würden (1814 Nr. 313), fuhr württembergische „Hofzeitung“ erregt auf und sprach die Erw tung aus, daß der Redakteur wegen dieser „ebenso abgeschmack als lächerlichen Nachrichtserteilung“ die „nötige Zurechtweisun erhalten werde. Zugleich erging sie sich, wohl in Erinnerung schönen französischen Zeit, in der nichts dergleichen gesagt wer durfte, in Klagen darüber, daß sich die Preßverhältnisse offen recht verschlechtert hätten. „Es gehört zu den sonderbaren scheinungen der jetzigen Zeit“, schrieb sie, „daß öffentliche, Zensur unterworfene Blätter sich erlauben, fahrlässig alle Nachrichten aufzunehmen und zu verbreiten, welche ebensosehr der Wahrheit entfernt als beleidigend sind.“ Die Karlsba Beschlüsse warfen hier schon ihre Schatten voraus.

Auch das „Journal de Francfort“ wußte sich wie zu behaupten. Görres rühmt von ihm, daß es noch sorgfält als die „Oberpostamtszeitung“ redigiert sei (Rh. Merk. Nr. „aber es muß doch befremden“, fügt er hinzu, „daß, wäh Deutschland alles, was französisch ist, ausstößt, sich noch Blatt in dieser Sprache in seiner Mitte behaupten kann. könnte allerdings eine wichtige Bestimmung erlangen, wenn dem Auslande, das die deutsche Sprache nicht versteht, durch Zwischenkunft der seinigen einen Begriff von der Stimmung Nation mitteilte und den Verkehr zwischen ihr und den ander Völkern einleitete; aber es sind wenig Spuren zu bemerken, es sich dies zu seinem Berufe gemacht. Davon abgesehen, sie das Gute nicht wirkt, was sie erreichen könnte, ist der tung sonst nichts Böses nachzureden.“ Im übrigen wußte das Blatt zu akkommodieren. Hatte es früher Napoleon verher licht, so trat es jetzt für Ludwig XVIII. ein. „Mit Vergnüg nehmen die Freunde der Ordnung in Frankreich wahr,“ hieß in der Nummer vom 19. Juli 1814, „daß seit einiger Zeit Gemüter merklich ruhig werden, daß man sich wieder um Thron vereinigt, und der König tagtäglich eine große Anza neuer Anhänger gewinnt. Es folgt dann ein großes Lob die französische Regierung und den König, und schließlich hei es: „In der Masse der Nation herrscht ein allgemeines Gefü

n Glück, dem kein anderes die Wage halten kann." Mehr
nnte ja Ludwig XVIII. nicht verlangen.

Einen antiquierten Eindruck machte das Blatt „Reich der
oten" (ehedem „Der Neuwieder"). Es schlug seinen früheren
moristisch-volkstümlichen Ton wieder an, der aber in die neue
eit nicht recht paßte und auch vom Zensor sehr oft nicht ver-
anden und gewürdigt wurde. Der allmächtige Rotstift wüstete
arum meist so entsetzlich in den Spalten, daß das Blatt stets
nz jämmerlich mit Durchschußlinien gegeißelt und zerrissen vor
as Publikum treten mußte. Unter diesen Verhältnissen konnte
on einer fröhlichen Entwicklung keine Rede sein.

Etwas besser stand es um das „Ristretto". Die Zeitung
nd auch jetzt wieder einen gewissen Leserkreis, besonders unter
er protestantischen Bevölkerung, allein die frühere Verbreitung,
ei der sie bis nach Kopenhagen und Stockholm gelangt war,
ermochte sie doch nicht wieder zu erreichen. Die Sauerländersche
Verlagsbuchhandlung, die das Blatt 1816 erworben hatte, ver-
uchte daher zunächst (1817), ihm durch einen zeitgemäßeren Titel
ufzuhelfen und nannte es fortan „Zeitung der freien Stadt
Frankfurt"; aber diese Neuerung machte weiter keinen Eindruck,
vorauf die Verlagsbuchhandlung zu einem wirksameren Mittel
riff und für bessere Redaktionskräfte sorgte. Dabei traf sie auf
einen geringeren als Börne. Zwar genoß Börne damals noch
icht den glänzenden Ruf seiner späteren Jahre, aber er hatte
ich doch bereits durch die Herausgabe seiner Zeitschrift „Die
Wage", von der noch später die Rede sein wird, einen Namen
emacht, der auch der Zeitung zugute kommen mußte; zudem setzte
r sofort in seiner geistreichen Weise mit seinem sprühenden Witze
in, so daß die Zeitung mit einem Schlage weit über ihr bis-
heriges Niveau emporgehoben wurde. Allein sehr bald schon
ollte ihr die Blüte geknickt werden. Zunächst betrachtete der da-
malige Polizeigewaltige der freien Reichsstadt Frankfurt, der
Senator Thomas, diese freiere journalistische Regung von vorn-
herein mit Mißvergnügen und hemmte sie, wo er konnte; noch
weit hindernder aber griff fortwährend der Zensor Johann Joseph
Severus ein. Dieser war zu Dalbergs Zeiten Amtsgenosse

Börnes im Polizeiamte gewesen. Börne hatte unter dem Fürst
Primas die Stelle eines Polizeiaktuars innegehabt, mußte i
jedoch im Jahre 1815, als man nach Wiedererlangung der Fr
heit die bürgerliche Gleichberechtigung wieder aufhob, niederleg
Während jener Amtstätigkeit Börnes hatte Severus gewiß
genug die Überlegenheit seines Kollegen empfinden müssen u
ließ ihn nun mit dem ganzen Behagen des kleinen Geistes fühle
daß er jetzt mit weitreichenden Machtbefugnissen über ihm ste
„Launenhafter, einsichtsloser wird wohl in ganz Deutschland kei
Zensur verwaltet, als die hiesige,“ schrieb daher Börne in seine
Aufsatze ‚Die Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur‘. „Ih
Strenge hat mich nie so erbittert, als es ihre Nachsicht tat, w
sich aus dieser ergab, daß jene fruchtlos und nur ein Werk d
Willkür war. Es wurden Zeitungsartikel gestrichen, die in d
Residenzen der Regierungen oder Fürsten, von denen sie hand
ten, selbst gedruckt waren oder hätten gedruckt werden dür
Ist es nicht die billigste Forderung von Preßfreiheit, daß sie
jeden Staat, von welchem die Zeitungen sprechen, in einem solch
Grade bewilligt werden, als in dem Staate selbst über ihn ge
werden dürfte .... Aber genug; ich will mich jetzt nicht v
locken lassen, den Groll, die Wehmut meines Herzens aus
strömen; jeder gute, jeder nachsinnende deutsche Bürger zürnt u
weint, wenn er sieht, welchen Jammer ungeschickte Hände all
Orten über das teure Vaterland bringen.“ Allein es sollte ni
bloß bei den Streichungen bleiben, es kam auch noch zu weit ernste
Konflikten. Börne hatte eine aus Rom datierte Korrespond
eines französischen Blattes gebracht, in der die angeblichen A
sichten Österreichs auf Wiedererrichtung eines „Königreiches Rom
als Sekundogenitur der Habsburger erörtert wurde. Der Zens
Severus hatte die Übersetzung nicht beanstandet. In Wien e
regte der Artikel jedoch Mißvergnügen, und der österreichisch
Minister-Resident in Frankfurt, ein Herr von Handel, mußt
deswegen beim Senate Klage führen. Darauf entschuldigte sic
der Zensor, er habe den Artikel nur frei gegeben, wenn e
einem deutschen Blatte entnommen sei. Börne erklärte jedoch

ß diese Einschränkung nicht gemacht worden sei, vermochte aber s betreffende Zensorblatt vom April — es war mittlerweile ni geworden — nicht mehr vorzuweisen, und infolgedessen lte das Frankfurter Polizeigericht folgendes charakteristische teil:

In Untersuchungssache gegen A. Börne, Übertretung der ensurweisung betreffend, ist der Bescheid:

Nachdem:

1. der in Nr. 107 der „Zeitung der Freien Stadt Frankrt" unter der Aufschrift: Italien, Rom, 15. März, enthaltene rtikel an sich schon so geartet ist, daß die Redaktion solchem in inem Falle eine Aufnahme hätte gestatten sollen;

2. der Redakteur nicht mehr mit Bestimmtheit zu behaupten rmag, daß die Zensur diesen Artikel habe passieren lassen, auch e Vorlegung des Zensurblattes unter dem unstatthaften Vorben, solches nicht mehr zu besitzen, hartnäckig verweigert, nicht inder auf die wiederholt an ihn, mit umstandlicher Erklärung es ihn betreffenden Präjudizes, gestellte Frage sich gar nicht einelassen hat;

3. die früher gegen den Redakteur der „Zeitung der Freien Stadt Frankfurt" gepflogenen Untersuchungen allerdings zu dem Verdacht berechtigten, daß er auch bei diesem Artikel die Zensurorschriften unbeachtet gelassen, welcher Verdacht durch die Vereigerung der Vorlegung des Zensurblattes — als des Dokuentes, womit jeder Redakteur bei vorkommenden Fällen sich über ie Befolgung der Zensurweisung legitimieren muß — zur Geißheit erhoben wird. Als wird derselbe wegen dieser wiederolten Nichtbefolgung der Zensur-Vorschriften bei einem Artikel, er ohnehin seines höchst anstößigen Inhalts wegen nicht hätte in die Zeitung aufgenommen werden dürfen, in eine vierzehntägige rreststrafe auf der Polizeiwache, sowie zur Bezahlung er Untersuchungskosten verurteilt; er wolle denn binnen acht agen durch Vorlegung des Original-Zensurblattes beweisen, daß ie Zensur diesen Artikel entweder pure, oder unter einer von

ihm erfüllten Bedingung habe passieren lassen, als worauf ande-
weitige Verfügung ergehen soll.

Decretum Polizei-Gericht, am 11. Juni 1819.

In fidem copiae:

Gravelius, Aktuar.

Börne mußte darauf vierzehn Tage unter Gaunern, Bettlern und Dieben zubringen, und es ward ihm außerdem verboten, die Zeitung weiterhin zu redigieren. Nach einem kurzen Interregnum übernahm dann 1821 der Hofrat K. P. Berly die Redaktion für längere Jahre.*)

Am wenigsten günstig stand es mit dem „Frankfurter Journal", das sich zunächst gar nicht erholen konnte und noch 1819 nur eine Auflage von 200 Exemplaren hatte. Doch verzagte der jetzige Herausgeber, der Drucker Johann Ludwig Heller, dem die Vormünder der Dietzischen Kinder das Blatt überlassen hatten, keineswegs und führte dann auch später nach langer rastloser Tätigkeit eine neue Blüte des Blattes herbei.

Recht verheißungsvoll begann sich eine neue Zeitung im Herzogtum Nassau zu entwickeln; leider sollte ihr Leben nur von kurzer Dauer sein. In Nassau waren die Zeitungsverhältnisse bisher wahrhaft kläglich gewesen (Vergl. Bd. II, S. 17[illegible]); nachdem nun aber die Einrichtung einer auf konstitutionellen Grundsätzen beruhenden Verfassung verkündet und die Preßfreiheit eingeführt worden war, wünschte die Regierung auch eine den Bedürfnissen der neuen Zeit entsprechende Zeitung zu besitzen und zog, wohl hauptsächlich auf Betreiben des Regierungspräsidenten von Ibell, den umsichtigen, in weiten Kreisen geschätzten Publizisten Johannes Weitzel zur Gründung einer solchen heran. Weitzel hatte 1814 nach dem Sturze der französischen Herrschaft in Mainz auf den Wunsch der dortigen provisorischen Regierung die Redaktion der „Mainzer Zeitung" wieder übernommen, gab aber die ihm nicht mehr in der früheren Weise zu-

*) Näheres in Börnes gesammelten Schriften, besonders in den Aufsätzen: „Die Zeitung der freien Stadt Frankfurt" und „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur".

nde Stellung gern auf, als der Ruf nach Wiesbaden an ihn ng. Die nassauische Regierung gewährte ihm ein Jahres-alt von 1200 Gulden und verlieh ihm den Charakter eines isionsrates und den Titel eines Hofrates, dagegen verpflichtete Weitzel, auf eigene Rechnung und Gefahr eine viermal wöchent- erscheinende Zeitung unter dem Titel „Rheinische Blätter“ auszugeben. Dadurch gelangte Nassau mit einem Schlage den Besitz einer politischen Zeitung, die, dank der gewandten der ihres Redakteurs, bald Einfluß und Ansehen gewann. rigens tat auch die Regierung noch alles, was in ihren Kräften nd, das Blatt zu fördern. Alle Behörden, die bisher auf sten des Staates oder der Kirche die Frankfurter „Oberpost-tszeitung“ zu halten berechtigt gewesen waren, wurden ange-esen, von jetzt ab auf die „Rheinischen Blätter“ zu abonnieren, vie alle Ediktalladungen und sonstigen öffentlichen Bekannt-achungen, die, abgesehen von dem „Herzoglichen Intelligenz-att“, bisher noch in die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ ngerückt worden waren, in der inländischen Zeitung bekannt zu achen. Dem Herzoglichen Stadtdirektor zu Wiesbaden wurde ifgegeben, jedenfalls für sich selbst aus dem ihm dafür ausge-tzten Betrage diese Zeitung gleich dem Verordnungs- und In-lligenzblatte anzuschaffen und für seine Amtsnachfolger gleich nderen öffentlichen Urkunden aufzubewahren, zugleich aber auch arauf hinzuwirken, daß in den Städten von den Stadtschult-eißen und in den größeren Gemeinden von dem Oberschultheißen n Exemplar der „Rheinischen Blätter“ für Rechnung der Ge-eindekasse angeschafft werde.*)

Auf diesem so weithin geebneten Wege begannen die „Rhei-ischen Blätter“ am 2. Juli 1816 ihren Lebenslauf. Es ver-and sich von selbst, daß die Zeitung in erster Linie die Inten-ionen der nassauischen Regierung in der öffentlichen Meinung ertrat; diese Richtung einzuhalten, konnte aber Weitzel nicht chwer fallen, da er den Grundsätzen, nach denen der Regierungs-

*) G. Zedler, Der nassauische Publizist Johannes Weitzel (Annalen d. Vereins f. nass. Altertumskunde. 30. Band) Wiesb. 1899.

präsident von Ibell die Verwaltungsorganisation des Herzogtum Nassau durchführte, aus voller Überzeugung zustimmte. De nassauischen Verhältnissen wurde jedoch nur ein kleiner Teil d Zeitung gewidmet; Weitzel strebte von vornherein danach, ni nur ein öffentliches Organ für Nassau, sondern auch zugleich f den ganzen Mittelrhein zu schaffen, der seit der Unterdrückun des „Rheinischen Merkurs" keine Stimme mehr besaß, die d eigentümlichen Zustände dort freimütig besprach. Doch wa Weitzel weit davon entfernt, sich der preußischen Regierung, d mit allem Nachdruck bestrebt war, das neu erworbene Gebiet a Rhein dem übrigen preußischen Staatskörper zu einem organische Ganzen einzugliedern, irgendwie oppositionell gegenüber zu stelle aber er war auch andrerseits immer bereit, für die Wahrun der Eigentümlichkeiten der Rheinländer einzutreten und auch rechtigten Wünschen und Ausstellungen seiner Landsleute Spalten seines Blattes zu öffnen. Das wurde jedoch von preußischen Regierung sehr unangenehm empfunden, um so m als die Mißstimmung in der neu erworbenen Provinz von Ja zu Jahr wuchs, und sie machte deshalb wiederholt Versuche, freimütigen Sprecher den Mund zu schließen, wie sie es zur mit Görres und seinem Blatte getan hatte. Als die „Rheinische Blätter" im Januar 1817 in Nr. 15 und 16 zwei Artikel ver öffentlicht hatten, in denen die Organisation der in den Rhein provinzen errichteten Regierungen einer scharfen Kritik unterzoge worden war, verlangte der Oberpräsident von Ingersleben zu Koblenz den Namen des Verfassers dieser Artikel, eventuell die Übersendung des Manuskriptes, um durch Vergleich der Hand-schrift den Einsender zu ermitteln. Allein Weitzel wies beides mit Entschiedenheit zurück und erklärte seiner Regierung, daß er keinen Namen nennen werde, es sei denn, daß man ihm erlogene Angaben in den Artikeln nachweisen könne. Der Oberpräsident erachtete aber diese Weigerung Weitzels für höchst ungehörig und verlangte von der nassauischen Regierung, im Administrationswege gegen den widerstrebenden Redakteur vorzugehen. Der nassauische Staatsminister von Marschall gab jedoch die Erklärung ab, daß die Landesgesetze ihm im vorliegenden Falle nicht erlaubten, wei

Schritte zu tun. Ein halbes Jahr später kam es zu einem
iten Konflikte. In der Nummer vom 21. Juni 1817 wurde
große Teurung besprochen, die damals in den Rheinlanden
rschte, und darüber geklagt, daß die preußische Regierung nicht
der erforderlichen Umsicht und Schnelligkeit der Not ge=
ert habe. Durch diesen Vorwurf fühlte man sich aber in
rlin um so empfindlicher berührt, als damit auf einen allge=
nen Mangel in der Verwaltung, die Schwerfälligkeit und Pe=
nterie, ganz richtig hingewiesen wurde, und es war kein gerin=
er als der Staatskanzler Fürst Hardenberg selbst, der den
inisterresidenten von Mettingh in Wiesbaden beauftragte, über
Zügellosigkeit des Redakteurs der „Rheinischen Blätter“ bei
nassauischen Regierung dringend Beschwerde zu führen.
Seine Majestät erwarten die Ausmittlung des Einsenders jenes
ufsatzes“, schrieb der Staatskanzler, „und daß man denselben
r gebührenden Strafe ziehen werde. Zugleich ersuche ich Sie,
rauf anzutragen, daß der Redakteur zum Widerruf und zur
erichtigung der nach dem abschriftlich anliegenden Berichte des
taatsministers von Ingersleben falschen Tatsachen angehalten
nd für die Folge einer strengeren Zensur unterworfen werde.“
Beitzel lehnte jedoch wiederum die Namensnennung ab, da der
etreffende Artikel nur Tatsachen enthalte.“ „Es ist schmerzlich“,
bließt er seine Rechtfertigung, „bei den reinsten Absichten und
em aufrichtigsten Bestreben, nützlich zu sein, solche Vorwürfe zu
ören, die tief demütigen müßten, wenn sie verdient wären. Ich
erde gern alles Anstößige vermeiden, die Erzählung von Tat=
achen aber liegt in meinem Beruf.“ Der Staatsminister von
Marschall hielt es nun zwar für richtig, dem Berliner Kabinett
ein Bedauern über den Vorfall auszudrücken, begnügte sich aber
em Ministerresidenten von Mettingh gegenüber, diesem die nassaui=
che Verordnung über Preßfreiheit zu übersenden mit der bloßen
Versicherung, daß Weitzel aller Veranlassung zu weiteren Be=
chwerden aus dem Wege gehen werde. Und als von Mettingh
nochmals bei dem Staatsminister von Marschall vorstellig wurde,
eschwerte sich dieser über das anmaßende Benehmen und hatte
ie Genugtuung, daß der preußische Minister des Auswärtigen,

Jordan, ihm durch den nassauischen Ministerresidenten Generalmajor von L'Estocq erklären ließ, daß v. Meltinghs Zudringlichkeit und seine Zumutung, den Redakteur der „Rheinischen Blätter" zur Nennung seines Korrespondenten zu zwingen, in Berlin durchaus mißbilligt werde.*)

Solche Differenzen hielten Weitzel jedoch nicht ab, dort, wo er es für richtig hielt, auch seine Stimme zu Gunsten der preußischen Regierung zu erheben. Als der rheinische Adel von dem Staatskanzler von Hardenberg bei dessen Rheinreise die Berufung der alten Landstände verlangte, und Görres in der sogenannten Koblenzer Adresse die Rückkehr zu dem alten Feudalsystem forderte, trat Weitzel mit seiner ganzen Beredsamkeit diesen reaktionären Bestrebungen entgegen und verteidigte sowohl die soziale Gleichheit, wie die kirchliche Parität. Dadurch leistete er der preußischen Regierung einen großen Dienst, und da mittlerweile für diese die Verhältnisse noch schwieriger wurden, so war es natürlich, daß bei Hardenberg schließlich der Wunsch auftauchte, diesen „Herold der öffentlichen Meinung in den Rheinlanden" dauernd in das preußische Lager hinüberzuziehen. Er ließ mit Weitzel Verhandlungen anknüpfen und ihm den Vorschlag machen, mit den „Rheinischen Blättern" nach Bonn überzusiedeln. Dieser Aufforderung zu entsprechen war Weitzel auch nicht abgeneigt, trat er doch dann in weit größere Verhältnisse; aber er mußte vorher wissen, ob ihm die preußische Regierung auch gestatten würde, seine allgemeinen politischen Grundansichten in seiner Zeitung zum Ausdruck zu bringen. Er ließ daher dem Staatskanzler eine Denkschrift „Rheinpreußen im Dezember 1818" überreichen, in der er sein politisches Glaubensbekenntnis entwickelte. Einleitend legte er den Einfluß des Volkes und der öffentlichen Meinung im Prozesse des Staatslebens dar. „Die Stimmung der Zeit," sagte er, „ist wesentlich demokratisch; in den aufgeklärten Ländern ist sie es besonders und somit auch am Rhein. Freiheit und Gleichheit, dieser so verschrieene Ruf, an den sich schmähliche und furchtbare Erinnerungen knüpften, ist das Losungs-

*) Zedler, S. 164.

der Gegenwart: Freiheit, die Befugnis, nur dem Gesetze zu
rchen, Gleichheit, die allgemeine Verpflichtung, einem und
selben Gesetze untertan zu sein. In fünfzig Jahren ist in
schönsten Hälfte von Europa der Sieg dieses Wahlspruches
hieden. Diese Freiheit und diese Gleichheit werden dann ihre
rschaft begründet haben; ob auf eine blutige oder unblutige
se, das hängt von uns ab. Dieser demokratische Geist ist
entlich monarchisch. Ohne erbliche Monarchie weder Freiheit
Sicherheit, darüber sind alle Verständigen unter uns einig,
auch darüber, daß diese Freiheit und Sicherheit, wie die
tigkeit des Trones selbst, ihre Bürgschaft in einer Verfassung
ben." Abgesehen davon, daß die allgemeine Erwartung der
führung der letzteren bis jetzt getäuscht sei, habe man die
einländer noch durch mannigfache Mißgriffe der preußischen
rwaltung besonders gekränkt. Das wirksamste Mittel, die be-
ngenen Versehen wiedergutzumachen, sei eine sorgfältige Aus-
hl der höchsten Provinzialbeamten. Die Beamten müßten
enso sehr das Vertrauen des Volkes wie des Königs haben.
Die letztere Bedingung ist am Rhein besonders wichtig, weil es
er eine öffentliche Meinung unter aufgeklärten Menschen gibt."
as Volk verstehe nicht jeden und werde nicht von jedem ver-
nden, wenn sie auch dieselbe Sprache sprächen. Darum sei es
ig und billig, einem Lande Vorgesetzte zu geben, die seinen
enschen, ihren Begriffen, Sitten und Gewohnheiten nicht fremd
en. Leider habe die preußische Regierung viele Beamte in die
heinlande gesandt, die dort nicht am Platze seien, und deshalb
die Stimmung dort nach und nach durchaus preußenfeindlich
worden.

Diesen freimütigen Darlegungen stimmte der Staatskanzler
fenbar zu, denn er richtete jetzt unter dem 26. Februar 1819
n Weitzel ein Schreiben, in welchem er ihn aufforderte, sofort
inen Wohnsitz in den preußischen Rheinprovinzen, wo es ihm
eliebe, zu nehmen und dort fortan die „Rheinischen Blätter"
erauszugeben. Dabei sprach Hardenberg die Erwartung aus,
aß Weitzel in seiner Zeitung das Interesse des preußischen
Staates zu seinem Hauptaugenmerk machen und das Blatt im

Geiste der Mäßigung, besonnenen Billigkeit und leidenschaftsl
Prüfung redigieren und überhaupt das seinen Händen an
traute Organ der Öffentlichkeit mit Umsicht und Klughe
brauchen werde, damit der Geist der neuen Provinzen mit
der älteren vertraut gemacht und freundlich verbunden, und
wohltätiger Einfluß auf die Stimmung dieser Länder ausg
werde. Zugleich wurde ihm für die „Rheinischen Blätter", je
nur unter seiner Redaktion, die Befreiung von der Zensur zu
sichert, ferner, um ihn einigermaßen von der Abhängigkeit fre
machen, in der sich jeder Redakteur mehr oder weniger von
Zahl seiner Abonnenten befinde, ein vom 1. Jan. 1819 ab
bares Jahrgehalt von 1000 Talern mit der Aussicht e
künftigen Erhöhung dieser Summe, außerdem 500 Taler U
zugsgelder und der Titel eines Geheimen Hofrates.

So verlockend nun auch diese Anerbietungen waren,
mochte sich Weitzel doch nicht so ohne weiteres zu entschli
In einem Antwortschreiben vom 12. März betonte er, da
wenn er den auf ihn gesetzten Erwartungen entsprechen solle,
die öffentliche Meinung für sich haben müsse. Sein gan
öffentliches Sein sei ein Geschenk der öffentlichen Meinu
Durch jeden raschen Wechsel setze er sie aber aufs Spiel. M
werde nicht unterlassen, ihn als einen Parteigänger darzustellen
dessen Grundsätze und Dienste käuflich seien. Aus diesem Grund
möchte er seine gegenwärtigen Verhältnisse nur ablösen, nicht ab
brechen, und bat deshalb, sein Berufungspatent noch hinaus
schieben zu wollen. Außerdem wünschte er, es möge der Be
freiung von der Zensur eine so ausdrückliche Sanktion gegeben
werden, daß er nur dem Könige, dem Staatskanzler und seinem
Gewissen verantwortlich bleibe, gegen untergeordnete Stellen und
Lokalbehörden sich aber nie zu rechtfertigenden Erörterungen ver
pflichtet sehe. Dem Könige und dem Vaterlande sich nützlich zu
machen, bezeichnete er als einen der größten Wünsche seines
Lebens, denn, schloß er, „in meiner Seele steht die Überzeugung
unerschütterlich fest, daß Deutschland nur durch und mit Preußen
zu retten ist." In einem zweiten Schreiben an Hardenberg vom
11. Juni 1819 bat dann Weitzel um noch weitere Hinausschiebung

r Berufung, weil sich die Stimmung in den Rheinlanden noch verschlimmert habe. Gehe er unter diesen Verhältnissen der ihm zugedachten Bestimmung ab, so komme er in die t schmerzliche Lage, mit der öffentlichen Meinung zu brechen, oft in einer der Regierung mißfälligen Lage zu erscheinen. wünsche deshalb nicht eher abberufen zu werden, bis etwas cheidendes für das Land, sei es durch Errichtung von Stän- oder auf irgend eine andere Weise, geschehen sei.

Inzwischen waren die Karlsbader Beschlüsse gefaßt worden; folgten die Bundestagsbeschlüsse vom 20. September. In- edessen wurde am 5. Oktober 1819 im Herzogtum Nassau Zensur wieder eingeführt. Darauf trat Weitzel von der Re- ion der „Rheinischen Blätter" zurück und erhielt unter dem Oktober einen Urlaub auf unbestimmte Zeit. Sein Nach- ger wurde der Konrektor Fischer.

Mit den Karlsbader Beschlüssen war aber auch der eigent- e Zweck von Weitzels Berufung nach Preußen hinfällig ge- rden. Die preußische Regierung brauchte nicht mehr auf die entliche Meinung einzuwirken und sich gegen Angriffe in der esse zu wahren, sie hatte ja durch die Karlsbader Beschlüsse ttel genug in die Hände bekommen, jede Stimme der Unzu- denheit durch die Zensur sofort zum Schweigen zu bringen. e nahm daher auch davon Abstand, Weitzel nach Preußen zu en, und ging dabei mit aller diplomatischen Geschmeidigkeit Werke. In den verbindlichsten Worten drückte Hardenberg in em eigenhändigen Briefe vom 13. September 1819 Weitzel sein dauern aus, daß Preußen unter den obwaltenden Umständen der ssicht, einen so ausgezeichneten Publizisten zu besitzen, entsagen sse, und bot ihm eine Geldentschädigung. Weitzel wies diese r zurück. „Das Spiel war eine lustige Posse," schrieb er ter an einen Freund, „in der ich als ehrlicher Hanswurst rügel bekam. Einmal ist es den Herren Ernst gewesen, da ‚Rheinischen Blätter' noch im Gange waren. Diesen hat gegolten; sie sollten gewonnen werden, da sie nicht unterdrückt rden konnten. Kaum hatten die Karlsbader Konferenzen der che ein anständiges Ende gemacht, als man auch eine andere

Sprache führte. Es hatte ja zu regnen aufgehört, warum soll
man den lästigen Schirm nicht in die Ecke stellen?"

Leider war damit die journalistische Tätigkeit Weitzels fü
immer abgeschlossen. Ein weitstrebender Geist, der einem groß
Staate Fackelträger und Wegweiser hätte werden können, wur
in die Ecke gedrängt und führte dort von nun an das st
Leben des Gelehrten. Im Dezember 1820 nahm Weitzel d
Stelle des Bibliothekars der öffentlichen Bibliothek zu Wiesbad
an, schrieb eine Geschichte der Staatswissenschaft, ein interessant
Buch „Das Merkwürdigste aus meinem Leben und aus mein
Zeit" und starb am 10. Januar 1837, seit Jahren tief verstimm
über die traurigen politischen Zustände Deutschlands.

Die „Rheinischen Blätter" waren unterdessen bereits a
1. Oktober 1820 eingegangen, worauf dann das Herzogtum Na
bis zum Jahre 1848 kein einziges politisches Blatt besaß.

In der Stadt Mainz fügte es abermals ein glücklicher Z
fall, daß die „Mainzer Zeitung" auch jetzt wieder in durch
tüchtige Hände kam. Wie schon erwähnt, leitete zunächst Wei
das Blatt von 1814 bis Mitte 1816, und dann trat der aus
zeichnete Friedrich Lehne an seine Stelle. Im Jahre 1771 z
Gernsheim in Hessen geboren, war Lehne schon als Knabe nach
Mainz gekommen, hatte dann dort studiert und hierauf länge
Zeit die Stelle eines Professors der schönen Wissenschaften a
der Universität zu Mainz bekleidet. Nach deren Aufhebung wurde
er Bibliothekar der Stadt Mainz und schließlich auch Redakteu
der „Mainzer Zeitung". „Die Zeitung hat sich", rühmt Görre
von ihr (Rh. Merk. Nr. 80), „seit dem Augenblicke ihres Wieder
erscheinens durch manche Eigentümlichkeit des Urteils und fre
Ansicht ausgezeichnet." Dieses offene Hervortreten Weitzels hiel
auch Lehne für seine heilige Pflicht ebensowohl bei den innern
wie bei den auswärtigen Angelegenheiten. So hatte er auch den
Mut, gegenüber dem allgemeinen glühenden Hasse gegen Napo-
leon, der naturgemäß noch im Herzen eines jeden Patrioten nach-
zitterte, ganz energisch seinen Abscheu über die nichtswürdige
Peinigung des Gefangenen von St. Helena durch Sir Hudson

ve Ausdruck zu geben. „Die Behandlung Napoleons auf St. ena", schrieb er (1818, Nr. 137), „zu welcher England keines- s berechtigt ist, wird ein ewiges Schandmal in seiner Geschichte ben, wenn er dieser Behandlung unterliegt." Ein besonderes dienst erwarb sich Lehne noch um die Erforschung der Altertümer Stadt Mainz. Die Ergebnisse dieser Studien veröffentlichte in der „Mainzer Zeitung" in einer Reihe von Aufsätzen, deren rt auch von Goethe anerkannt wurde. Nach langer schmerz- er Krankheit starb er 1836.

Durchaus kläglich sah es mit den sonstigen Zeitungen im ßgebiete des Rheins aus, mit der „Darmstädter Zeitung", der Wormser Zeitung", der „Großherzogl. badischen Staatszeitung" 2c. waren sämtlich hinter der Zeit zurückgeblieben und trugen h alle die charakterlose Physiognomie des ehemaligen rheinischen ndes. „Sie liegen in völliger Schlafsucht befangen," spottet rres (Rh. Merk. Nr. 80). „Größtenteils auf das schlechteste schpapier gedruckt, erzählen sie andern Blättern die Begeben- ten kalt und unteilnehmend nach; sie wissen nichts von dem eiste, der die ganze Welt bewegt; ihnen hat sich nichts begeben, daß die Bewegung der Heere rückläufig geworden ist; nicht d noch Freud hat sie von Anfang an aufgeregt; alles schleppt in lauer, kühler, nüchterner Langeweile hin. Die rückkehrenden anzosen würden nichts daran auszusetzen finden." Doch setzt noch entschuldigend hinzu: „Wir glauben übrigens gern, daß Charakterlosigkeit weniger das Werk der Herausgeber, als das Zensoren ist." So findet sich denn auch vieles in diesen tungen schief und falsch dargestellt. Z. B. war sowohl von tscher wie auch französischer maßgebender Seite gewünscht rden, daß in den Berichten über den zweiten Einzug der liierten in Paris vermeldet werde, er sei unter dem „unge- ren Jubel" der Pariser vollzogen worden. Das geschah n auch, worauf denn diese geschichtliche Lüge auch in verschie- e historische Werke überging. In Wahrheit war das Gegen- bei dem Einzuge der Fall. Gustav Harkort schrieb am Juli 1815 aus Paris an seine Eltern: „Gestern sind wir r wirklich, zwar nicht unter den Akklamationen des Volkes,

das sich im Gegenteil oft mit: à bas les Prussiens! vi l'Empereur! ꝛc. ꝛc. vernehmen ließ, eingerückt.“ *)

Nicht viel besser war es in den beiden Königreichen Wü temberg und Bayern mit der Zeitungsliteratur bestellt. dem erstgenannten Lande war nach wie vor der „Schwäbis Merkur“ die Hauptzeitung, aber wie ärmlich nahm sie sich m immer aus! Unter der Gewaltherrschaft des Königs Friedr durfte sie ebensowenig ein freies Wortsagen, wie ehemals unter de Drucke des napoleonischen Regiments. Veranlassung, sein pub zistisches Amt zu üben, hätte der Herausgeber und Redakte Professor Chr. Gottfried Elben reichlich gehabt, denn unmittelb nach dem Friedensschlusse begannen die bekannten Verfassung kämpfe in Württemberg, die das ganze Land aufs tiefste erregten aber dem „Schwäbischen Merkur“ war nicht gestattet, darüber zu berichten, nur das Amtliche, die Aktenstücke, das rein äußerl durfte er mitteilen. Von den heftigen Debatten fiel kein W Nach dem Tode des Königs Friedrich (30. Okt. 1816) besse sich die Verhältnisse etwas. König Wilhelm stellte viele Mi stände ab und führte sogar mit dem 30. Januar 1817 die Pre freiheit ein. Infolgedessen wurde in die Verfassung der § aufgenommen, der jedem Bürger Denkfreiheit, und ferner de § 28, der die Freiheit der Presse und des Buchhandels in voll Umfange, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch be stehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze, zusicherte. Aber durch langjährige Knechtschaft eingeschüchtert, glaubt der „Schwä bische Merkur“ doch nur sehr bescheidenen Gebrauch von dieser Freiheit machen zu dürfen. Man sieht ihm ordentlich die Schüchternheit an, mit der er eine neue Rubrik „Auf nicht offi zielle Weise eingegangene Nachrichten“ einführt und in dieser nun auch Kammerberichte bringt. Doch auch diese sind nur Auszüge aus den Protokollen der Versammlung und mit peinlichster Un parteilichkeit abgefaßt. Zunächst werden auch noch nicht die Namen der Redner genannt, erst später getraut man sich, sie mitzu teilen, und dann gibt man auch schließlich die Abstimmungslisten be

*) L. Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1890, S. 139.

t. Weiterhin wagt dann der Redakteur noch andere Kund-
ngen, auch offiziellen Inhalts, mitzuteilen, so ein Geh. Rats-
ben an den Prinzen Paul, der sich auf die Seite der Alt-
ler, der Gegner des Königs, gestellt hatte, und eine Eingabe
Tübinger Bürger betreffs der Verfassungssache, was die Ab-
ung des Oberamtmanns Mieg nach Tübingen veranlaßt, um
Bürgern das amtliche Mißfallen auszudrücken.*) Auch die
merverhandlungen in Baden, an denen sich ein Rotteck, Wessen-
, Thibaut und Liebenstein beteiligten, werden wiedergegeben,
t Ereignisse, wie das Wartburgfest und die Tat Sands, mit
n gewissen Freimute besprochen. Die Feier auf der Wart-
rühmt der Verfasser des Berichtes als ernst und schön.
an bemerkte den tiefen Eindruck,“ schreibt er, „den sie auf
edlen Jünglinge machte. Dieser Eindruck wird unverlöschlich
.“ Sand wird ein „exemplarischer Jüngling“ genannt, und
e Tat erfährt das verständige Urteil: „Nur schwärmerische
rteiwut konnte dieses Ungeheure erzeugen, indem sie gegen ihr
nes Ziel wütete!“ Als der reaktionäre Vicomte de Bonald
r Kotzebues Tod ausruft: „Der Fanatismus kehrt in das Vater-
d von Huß und Luther zurück und vermeint, im Protestantismus
Ursprung des Unheils finden zu müssen,“ da fügt der „Mer-
“ hinzu: „Nicht auch in der Philosophie? Dieses fehlte noch
gewöhnlichen Tirade!“ Damit ist aber der Höhepunkt der
eßfreiheit erreicht; die Karlsbader Beschlüsse sind mittlerweile
aßt worden, und bald weht ein eisig-kalter Wind von Frank-
t her. Ein Gesetz vom 1. Oktober 1819 verkündet, daß künf-
alle politischen Tagesblätter und Zeitschriften Württembergs
ter Oberaufsicht und Leitung des Ministeriums der auswärtigen
gelegenheiten der Zensur unterworfen seien, und die Regie-
ng zeigt auch alsbald, daß sie den Karlsbader Beschlüssen Gel-
ng verschaffen will. Als am 7. Oktober 1819 eine Eingabe
n Stadtrat und Bürgerausschuß in Eßlingen, die zwar Dank
die eben zustande gekommene Verfassung, aber auch Be-
rzung über die Karlsbader Beschlüsse ausspricht, ihren Weg

*) Otto Elben, Gesch. d. Schwäbischen Merkurs, Stuttg. 1885, S. 47.

noch in den „Schwäbischen Merkur“ findet, wird dem Ze
der das Aktenstück nicht beanstandet hat, schon ein Verweis
teil. Bald verschärft sich dann die Aufsicht über die Presse,
nicht lange, so liegt ein bleierner Druck auf allem geistigen V
kehr; kein freies Wort darf mehr öffentlich ausgesprochen werd
Ein Versuch des Kurländers F. G. L. Lindner, 1819 in Stu
gart eine freisinnige Zeitung „Die Tribüne, Württembergi
Zeitung für Verfassung und Volkserziehung zur Freiheit“ hera
zugeben, schlug daher vollständig fehl; die Zeitung erschien
kurze Zeit. Ebenso die „Neue Stuttgarter Zeitung“,
Fr. Seybold herausgab. Sie wurde ohne jedes richterliche
kenntnis unterdrückt.

Ganz besonders trüb sah es in Bayern aus. Dort
der Minister Montgelas, der „erste Staatsmann des Rh
bundes“, auch weiterhin am Ruder geblieben und regierte
wie vor ganz im Geiste des napoleonischen Despotismus.
Hauptbestreben war, Bayern durchaus selbständig zu machen
mithin jeden Zusammenschluß der deutschen Staaten zu einer
samtmacht zu verhindern. Er suchte daher Preußen, wo
ging, zu schwächen, die nationalen Bestrebungen als „Deut
Michelei“ zu diskreditieren und jede deutsch-nationale Regung
Bayern zu unterdrücken. Die Feier des achtzehnten Oktob
wurde bereits 1816 verboten, und diejenigen, welche, ohne
Erlaubnis der Polizei eingeholt zu haben, den denkwürdigen
begingen, erhielten als „Ruhestörer“ eine Strafe. Der gesam
bayrischen Beamtenschaft aber wurde, um ihnen jede Agitati
für die deutsche Sache unmöglich zu machen, untersagt, für irge
eine ausländische, d. h. nicht-bayerische Zeitung zu schreiben.

Dieser furchtbare Druck, mit dem Montgelas jede deutsch
nationale Gesinnung zu vernichten trachtete, wurde besonders
schmerzlich von dem Kronprinzen Ludwig empfunden, der für
alte deutsche Herrlichkeit schwärmte und darum bei seinem Vate
dem König Maximilian Joseph, seinen ganzen Einfluß gelten
machte, den Minister zu stürzen. Doch erst im Februar 18
gelang es ihm, den König zu diesem Schritte zu bewegen. Ein
wesentliche Änderung in der Haltung Bayerns wurde damit abe

ht herbeigeführt; das neue Ministerium war ebensowenig wie
ontgelas imstande, die neue Zeit zu begreifen, und infolgedessen
twickelte sich nach und nach eine allgemeine Mißstimmung in
ayern. Um dieser nun zu begegnen und zugleich auch die
fentliche Meinung in Deutschland für sich zu gewinnen, die sich
reußen durch seine reaktionären Bestrebungen mehr und mehr
rscherzt hatte, griff die bayrische Regierung zu dem alten Ver-
rechen zurück, dem Lande eine Verfassung zu gewähren, arbeitete
n solches Grundgesetz in kurzer Zeit aus und ließ es am
. Mai 1818 verkündigen. Dadurch erwarb sich Bayern das
erdienst, als erster größerer Bundesstaat die Verheißung der
undesakte erfüllt zu haben, und wurde deshalb in ganz Deutsch-
nd als der liberalste Staat gepriesen. In Wahrheit war aber
ır sehr wenig gewonnen; besonders blieb die Presse in ihren
anden; die Zensur für die Zeitungen wurde beibehalten. In
r III. Beilage der Verfassungsurkunde lautete der § 2 des
diktes über die Preßfreiheit: „Ausgenommen von dieser Frei-
it sind alle politischen Zeitungen und periodischen Schrif-
n politischen oder statistischen Inhalts. Dieselben unterliegen
r dafür angeordneten Zensur."

Dadurch war der bayrischen Presse auch fernerhin jede freie
Meinungsäußerung versagt und ein ersprießliches politisches Leben
nmöglich. Ausführlich und mit großem Freimut wagte dies der Ab-
ordnete und Regierungs-Direktor Dr. Ign. Rudhart in einem
chriftchen darzulegen.*) Jede Regierung muß stets darnach
achten, führte er aus, das öffentliche Bedürfnis auf das ge-
naueste kennen zu lernen. Das öffentliche Bedürfnis kommt aber
m Ausdruck in der öffentlichen Meinung. Das beste Mittel,
e öffentliche Meinung kennen zu lernen, ist die Preßfreiheit,
nd unter allen Gattungen von Schriften sind zu diesem Ende
m vortrefflichsten die politischen Zeitungen und Tagesblätter.
ie empfangen und verbreiten Nachrichten und Gedanken für
nd wider schnell und wohlfeil, alle Tage, ja alle Augenblicke

*) Rudhart, über die Zensur der Zeitungen im allgemeinen und be-
nders nach dem bayrischen Staatsrechte. Erlangen 1826.

unter Gestalten, die allen Ständen, allen Altern und allen Eigenheiten zusagen; sie wirken ununterbrochen und gleichsam mit den doppelten Schlägen auf die Meinung und sind oft die einzige Schrift, auf welche das Lesen einer großen Menge von Menschen beschränkt ist. Allein von unsern bayrischen Zeitungen, so ausgezeichnet die Leistungen mancher in anderer Beziehung sind, darf man unter den bestehenden Verhältnissen solche Wirkungen nicht erwarten. Wir haben gesehen, wie sie bei dem freudigsten Ereignisse, der Einführung der Verfassung, nach einem kurzen Ausrufe über diesen Gegenstand stumm geblieben sind. Ein Urteil über die Verfassung oder eine Verteidigung gegen auswärtigen Tadel hat keine gewagt; die wichtigsten verfassungsmäßigen Ereignisse gehen vor ihnen zuweilen unberührt vorüber; Verordnungen, welche in Frankreich und England mit dem lauten Rufe des Beifalls oder des Tadels und mit allen Erwägungen dafür und dagegen wären aufgenommen worden, werden von unseren bayrischen Zeitungen entweder ohne Bemerkung und Beurteilung nur einfach angeführt oder gar übergangen. Sie nehmen zwar keinen Tadel gegen die Regierung auf, aber auch die ungeschicktesten und leidenschaftlichsten Angriffe ausländischer Blätter werden von ihnen selten mit einigen Worten widerlegt, klüglich genug gewählt, um den Tadel selbst zu verhehlen. Und weil man wenigstens im Auslande annimmt, in zensierten Zeitungen sei es die Regierung, welche spricht, so könnte mancher verleitet werden, das Stillschweigen der bayrischen Zeitungen als ein Zeichen politischer Versunkenheit der Bayern, oder als ein stillschweigendes Einbekenntnis der Regierung, oder als Verachtung der öffentlichen Meinung zu erklären. Die Ursache dieses Ungeistes der bayrischen Zeitungen ist aber keineswegs Gleichgiltigkeit der Bayern gegen ihre Verfassung und Regierung, sie liegt lediglich in der Beschränkung der Zeitungen durch die Zensur, und so lange diese und vollends mit einer unbegrenzten Willkür der Zensoren fortdauert, so lange werden auch deren Übel bleiben. Diese werden aber immer für die Regierung größer sein, als für das Publikum, denn derjenige, welcher seine Meinung in inländischen Zeitungen frei bekannt zu machen gehindert ist, und der ohne

ndernis die Schranken des Gesetzes wohl nicht übertreten hätte, rd zu ausländischen Zeitungen seine Zuflucht nehmen und in sen mit desto größerer Heftigkeit und Leidenschaft seinen un- htlich zurückgehaltenen Meinungen und Gefühlen Luft machen. eichzeitig werden gewiß viele tüchtige Männer, die der Regie- ng ergeben sind und sie freiwillig verteidigen würden, trotzdem weigen, weil sie nicht alles rechtfertigen können und der An- ht sind, daß, wer kein Recht zum Tadeln besitzt, auch das Recht m Lobe verloren habe. Der Regierung bleiben also nur die ivilegierten Verteidiger, die nicht immer die geschicktesten sind. urch solche Verteidigungen kann aber die Regierung die öffent- he Meinung nicht gewinnen. Man versuche es, einen Artikel r Rechtfertigung der Regierung in ein bayrisches Blatt aufzu- hmen: schnell wird er, gleichsam einem stillschweigenden Befehle lgend, alle inländischen Blätter durchlaufen; kein Widerspruch rd erfolgen, aber es ist auch, als spräche die Regierung lein, und wahrlich! es ist nicht ein Zeichen der Anerkennung nd Beistimmuug, daß man jemanden ohne Widerspruch und ohne ntwort läßt.

„So wird eine unbillige Machtübung der Regierung gerächt", uft schließlich Rudhart aus, „welche die öffentliche Meinung, att durch geistige Überlegenheit zu leiten, durch physische Gewalt nterdrücken will! Wahrlich: hätte man eine Anstalt erfinden ollen, den Feinden der Regierung alle Mittel zum Angriffe zu ben und jener alle Mittel zur Verteidigung zu nehmen — man itte die Zensur der Tagesblätter erfinden müssen!"

„Indessen," fügt er resigniert hinzu, „besteht nun einmal die ensur der politischen Zeitungen, und da ist denn zurzeit nur arauf zu achten, daß sie nicht weiter als innerhalb der von den Besetzen gezeichneten Grenzen ausgeübt werde." Darauf entwirft : eine Instruktion für die Zensoren, in der er die von en Gesetzen gesteckten Grenzen genau angibt. Er hebt zunächst ervor, daß die Verfassungsurkunde die Preßfreiheit als Regel usspreche, daß aber bei den politischen Zeitungen eine Ausnahme on der Regel gemacht werde. Diese Ausnahme trete jedoch nur

in vier Fällen ein. Die Zensur könne bei den politischen Z-
tungen nur ausgeübt werden:

1. Wenn durch die Bekanntmachung einer Schrift oder ein-
Aufsatzes ein Strafgesetz übertreten wird (Edikt über die Freih-
der Presse § 6, 7, 8.)

2. Wenn dadurch ein rechtswidriger Angriff auf Priv-
personen gemacht wird (§ 10 des Edikts).

3. Wenn Staatsdiener ihre Vorträge und sonstige Amts-
arbeiten oder statistische Notizen, Verhandlungen, Urkunden u-
sonstige Nachrichten, zu deren Kenntnis sie nur durch ihre Dien-
verhältnisse kommen konnten, ohne besondere Erlaubnis dem Dru-
übergeben.

4. Wenn Schriften oder Aufsätze durch Reiz und Verführun-
zu Wollust und Laster der Sittlichkeit gefährlich sind.

Über diese Grenze dürfe der Zensor nicht hinausgehen; b-
sonders müsse Tadel der Gesetzgebung und Verwaltung, der -
sich nirgends verboten sei, den Zeitungen erlaubt sein. Eine fr-
mütige Prüfung der Gesetze sei nur förderlich — aber freil-
so schließt er nicht ohne Bitterkeit, „wenn die Zensoren weg-
eines jeden den Ministern mißliebigen Aufsatzes verantwortlich sin-
oder die Unzufriedenheit derselben erfahren mußten (und dies habe-
sie ohne eine bestimmte Instruktion zu wagen), so ist eine ge-
rechte Zensur schwerlich möglich. In diesem Falle nämlich we-
den die Zensoren im umgekehrten Verhältnisse sein mit den Ri-
tern und Geschworenen. Diese sind beruhigt, wenn sie i-
Zweifelsfalle lossprechen; die Zensoren aber werden beruhi-
und sicher vor Unannehmlichkeiten sein nur — wenn sie stre-
chen. Streichen ist unter solchen Verhältnissen für sie imme-
das sicherste."

Und darum strichen sie denn auch immer einfach darauf lo-
ohne irgend welchen höheren Gesichtspunkt einzunehmen, oft i-
der unsinnigsten Weise, weil es ihnen das bequemste war. Da-
sie dadurch die politische Entwicklung des Landes schädigten und
in verhängnisvoller Weise aufhielten, fiel ihnen dabei wohl nur
selten ein, und auch die Regierung ahnte wohl gar nicht, welche
Verantwortung sie durch diese barbarische Unterdrückung jeder

ren geistigen Regung auf sich lud, wie empfindlich sich die tische Unreife, in der das Volk gewaltsam erhalten wurde, mal rächen werde."*)

Am meisten hatte unter diesem schweren Drucke naturgemäß bedeutendste Blatt, die Augsburger „Allgemeine Zeitung" zu leiden. Doch befand sich die Zeitung auch noch in derer Hinsicht in einer mißlichen Lage. In der napoleonischen t war sie eine begeisterte Verehrerin des Kaisers Napoleon geen, hatte ganz im französischen Fahrwasser geschwommen rgl. Band II, 122); jetzt, in der neuen Zeit, konnte sie sich den neuen Verhältnissen wenig befreunden. Wohl hatte sie vorübergehend 1813 und 1814 mit in den allgemeinen Jubel Begeisterung hinreißen lassen, bald aber stand sie den deuten Verhältnissen wieder durchaus kühl gegenüber und brachte er die deutschen Zustände nur das Nötigste. Dagegen wandte nach wie vor Frankreich ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zu. rt und fort widmete sie dem dortigen Parteileben viele Spal-, und selbst langen Protokollen gestattete sie den breitesten aum. Daher besaß sie denn auch in Paris eine ganze Anzahl orrespondenten, von denen ein Baron von Eckstein lange Zeit s meiste lieferte. Doch war Eckstein keine makellose Persönhkeit. Der Redakteur Stegmann sagt einmal, er sei 1815 der ffidé Fouchés gewesen und „auch sonst nicht unbedenklich."**)

Von dem wenigen, das die „Allgemeine Zeitung" über eutschland brachte, entfiel fast gar nichts auf die Heimat der eitung, auf Bayern. Von dem, was sich dort ereignet, was rt die Gemüter erfüllt, wird nur das Wichtigste trocken regiriert. Etwas mehr wurde über Österreich mitgeteilt. Durch die efreiungskriege war das österreichische Volk einigermaßen aus iner „Theater- und Backhähndl-Stimmung" aufgerüttelt worden nd suchte sich nun etwas mehr über die Weltverhältnisse zu nterrichten. Die Wiener Zeitungen boten ihm aber nichts, und

*) Vergl. auch Börnes Aufsatz „Die Freiheit der Presse in Bayern" in inen gesammelten Schriften.

**) Ed. Heyck, D. Allgem. Zeitung. München 1898, S. 190.

so griff es denn zur Cottaschen „Allgemeinen Zeitung“, die a wenigsten von dem großen politischen Sturm und Drang enth von dem die übrigen größeren deutschen Zeitungen erfüllt wa Die Auflage der Zeitung, die 1812 bis auf 1007 Abonne zurückgegangen war, stieg darauf 1815 bis auf 2719 Exemple Dieser österreichische Leserkreis ist dann der Zeitung jahrzeh lang treu geblieben.

Unter diesen Umständen war es natürlich, daß sich Joh Friedrich Cotta nach tüchtigen österreichischen Mitarbeitern u sah. Am liebsten hätte er sich wohl Friedrich von Gentz g wonnen, den berühmten literarischen Helfer Metternichs, a dieser zeigte keine Lust, sich an bestimmte Pflichten zu binde doch besuchte er Cotta gern auf der Durchreise in Stuttgart, w bei er dann mit ihm die jeweilige politische Lage besprach, e nahm auch, als er am 12. Dezember 1818 durch Augsburg ka als literarischer Grandseigneur die Aufwartung des Redakte Stegmann in seinem Quartier, den drei Mohren, entgeg An Beiträgen hat er in dieser Zeit nur zwei geliefert, 1816 ei Aufsatz über das österreichische Papiergeld und 1817 einen ander über die österreichische Bank. Die politischen Aufsätze, die sonst schrieb, veröffentlichte er im „Österreichischen Beobachter“ oder in der „Wiener Zeitung“, von wo sie dann die „Allgeme Zeitung“ regelmäßig übernahm. Diese Artikel erschienen a natürlich ohne Angabe des Verfassers.

Da nun Gentz nicht zu erlangen war, so wandte sich Co an *Pilat*, den Redakteur des „Österreichischen Beobachters“ (Vergl. Bd. II, S. 224); auch dieser stand ja mitten im politischen Getriebe und kannte Metternichs Ziele und Wünsche ganz genau, d er jahrelang dessen Privatsekretär gewesen war. Doch auch m ihm ließ sich nicht leicht verkehren; auch er besaß eine recht ho Meinung von sich und setzte sich Cotta gegenüber auf ein seh hohes Pferd. Wohl fand er sich bereit, „über die politischen und anderen mehr oder weniger in dieses Fach einschlagenden Ereignisse des österreichischen Kaiserstaates“ Artikel zu liefern, für dere

* Heyck, S. 244.

hrheit und Genauigkeit er sich verbürge, aber nur unter der Be-
ung, „daß alsdann alle anderen Artikel über Österreich gänz-
ausgeschlossen bleiben." Zugleich verlangte er die strengste
schwiegenheit seines Namens. Auf diese harten Bedingungen ging
ta ein und stellte dadurch seine Zeitung vollständig in den
nst der Metternichschen Regierung, jedoch ganz im geheimen,
n selbst der Redakteur Stegmann erfuhr nicht einmal, daß die
rrespondenzen, die jetzt aus Wien unter dem Pseudonym „Ari-
es" einliefen, von Pilat herrührten. Aus dem Geiste, den sie
neten, konnte man ihre Herkunft allerdings erraten. Später
eiterte Cotta sogar die Pilat gemachten Konzessionen noch da-
, daß er seinen Redakteur Stegmann anwies, künftig auch
ndsätzlich keinen von denjenigen Artikeln anderer Zeitungen
hr aufzunehmen, gegen die in dem „Österreichischen Beobachter"
lemisiert wurde, das heißt also, die dem „Österreichischen Be-
achter" aus irgend welchem Grunde nicht genehm waren. Da-
rch wurde die Zeitung zur vollständigen Schleppenträgerin der
etternichschen Politik gemacht; sie durfte nicht ein einziges freies
ort über Österreich äußern.

Trotz dieser unerhörten Zugeständnisse erhielt nun Cotta aber
ch noch nicht einmal das entsprechende Äquivalent; Pilat zeigte
h nur als ein sehr unregelmäßiger Korrespondent, der zuweilen
gar ganz versagte. Allerdings war dies weniger seine Schuld,
ndern er schwieg hier auf Wunsch von oben. Die Wiener Re-
erung sah es nicht gern, daß die österreichischen Verhältnisse
nd Vorfälle viel in der Presse besprochen wurden, und so kam
, daß manches Wichtige ganz unerörtert vorüberging, zum
roßen Mißvergnügen Cottas. In einem längeren (von Heyck
itgeteilten) Briefe an den bayrischen Gesandten in Wien, Grafen
. Bray, macht denn auch Cotta einmal seinem Unwillen rückhalt-
s Luft. „Gegen keine Macht hat die „Allgem. Ztg." von jeher
rößere Schonung beobachtet", schrieb er, „als gegen Österreich.
ar nicht zu erwähnen jener in der ganzen bonapartistischen Epoche
eobachteten, oft zu den unangenehmsten und gefährlichsten Er-
terungen führenden Rücksicht .... Um mir fortwährend Artikel
anz im Geiste des österreichischen Gouvernements zu verschaffen,

trat ich längst in engere Verhältnisse mit dem Redakteur des „Österreichischen Beobachters“, Herrn von Pilat. Wenn ich nun genötigt werde, drucken zu lassen, wie viel Geld mich dieses Verhältnis gekostet hat, und welche seltene, mangelhafte und unbedeutende Nachrichten ich für so bedeutende Summen erhalten habe, wird das Urteil der billigen Lesewelt wahrhaftig nicht gegen mich ausfallen. Ebensowenig versäumte ich es, mir das Wohlwollen des Hofrates v. Gentz zu erwerben. Allein ich gewahrte bald, daß es schwer sei, Herrn v. Pilat so viel anzubieten, als ihm vielleicht (trotz des allgemeinen Widerwillens gegen seinen „Beobachter“) ein Verbot der „Allgem. Ztg.“ in Österreich eintragen könnte. Ebenso regelmäßig wie die Äquinoktialstürme kamen auch gegen den Schluß jedes halben Jahres Pilats Drohbriefe, die das nahe Verbot der „Allgem. Ztg.“ ankündigten, um jedesmal wieder durch ergiebige Zahlungen beschworen und besänftigt zu werden. Dieser unaufhörlichen Brandschatzungen müde, in denen der Name des Fürsten Metternich ebenso verschwenderisch als unwürdig hervorgestellt wurde, begab ich mich im verflossenen Mai (1828) selbst nach Wien, um doch endlich einmal gleich vor die rechte Schmiede zu gehen, um mich über meine Stellung offen und redlich zu erklären und die eigentliche Willensmeinung des Fürsten-Staatskanzlers zu vernehmen. Aus allem bisherigen mußte ich glauben, seine Stimme gar niemals, sondern nur die Stimme derer vernommen zu haben, die trotz der von mir bezogenen Summen doch nichts so sehr wünschten, als durch recht mißfällige Artikel den Verbot der „Allgem. Ztg.“ zu intriguieren.“ Er berichtet dann weiter, daß er Pilat zur Rede gestellt und dieser darauf „die anfänglichen Forderungen und Drohungen“ ziemlich herabgestimmt habe. Auch bei Gentz sei er gewesen, und dieser habe ihm zwar unumwunden gesagt, er lobe die Gesinnung der „Allgem. Ztg.“ und ihre „Deferenz gegen den Wiener Hof“, allein es werde nicht viel helfen, die größeren Talente und die mehrere Tätigkeit stünden auf der liberalen Seite.

Trotzdem verharrte Cotta in seiner „Deferenz“ und gab sich nach wie vor alle Mühe, „Winke im Sinne des Fürsten Metternich“ aus Wien zu erhalten und damit die klägliche Politik des

standes und der Unterdrückung alles geistigen Lebens zu be-
orten und zu fördern.

Wahrhaft kläglich sah es mit den Nachrichten über Preußen
r „Allgem. Ztg." aus. Schon in der napoleonischen Zeit
das nordische Königreich nur wenig beachtet worden, aber
nach seiner heldenmütigen Erhebung wurde es kaum einiger
n gewürdigt. Es erhielt etwa so viel Raum wie Hessen-
nstadt oder Nassau. Von 1813 ab sandte der Freiherr von
n dem Blatte öfters Nachrichten, aber das Verhältnis ge-
te sich nicht inniger, weil den begeisterten Freund freiheitlicher
itutionen die Metternichschen Grundsätze, die in der Zeitung
reten wurden, beständig verletzten.*) Zur Zeit des Wiener
gresses erhielt das Blatt auch verschiedene Artikel von Har-
berg, in denen der Staatskanzler für die Teilung Sachsens
paganda machte. Diesen Ausführungen trat aber die bayrische
ierung stets entgegen, und Montgelas ließ sogar, um kräftiger
wirken, die Entgegnungen aus Berlin datierten. Auch später
wandte sich Hardenberg dann und wann in Privatschreiben
Cotta mit der Bitte, diese und jene Mitteilung in der „Allgem.
." zu veröffentlichen, doch „nicht als offiziell, aber mit dem
präge der Authentizität." Zu engeren Beziehungen kam es
ch nicht. Über die Verfassungspläne Hardenbergs und auch
st über diese und jene Vorfälle in Berlin machte dann und
n Varnhagen von Ense Mitteilungen. Merkwürdigerweise
m die Redaktion auch mehrere Artikel von dem in das reak-
näre Fahrwasser geratenen Friedrich von Cölln über die Be-
änkung der akademischen Freiheit auf. Berufsmäßige Korre-
ndenten scheint die Zeitung in den in Rede stehenden Jahren
Preußen aber nicht besessen zu haben. Ernst Moritz Arndt,
den sich Cotta wiederholt wandte, lehnte ab, „aus mehreren
sachen", schrieb er, „teils wegen meiner äußeren Verhältnisse,
s wegen meiner Neigung".**)

*) v. Gagern, Mein Anteil an der Politik. Stuttgart, 1833, Bd. IV,
verschiedenen Briefen Steins an Gagern.

**) Goethe vermutete unter den norddeutschen Mitarbeitern der „Allgem.

Diese Armseligkeit in der Berichterstattung über die Ere-
nisse in Österreich und Preußen hatte aber nicht bloß ihren Gr
in dem starken Interesse, das die Redaktion nach wie vor Fr
reich widmete, und etwa noch in den Rücksichten, die sie den be
Mächten gegenüber beobachtete, auch nicht in dem Mange
geeigneten Mitarbeitern: sie ergab sich auch aus den Ver
stungen, die der Rotstift der Zensur in den eingesandten Arti
anrichtete. Oft blieb von den Korrespondenzen kaum die Hä
manchmal nur ein Viertel stehen; dazu kam noch, daß wicht
Artikel nicht in Augsburg, sondern in München zensiert wur
Dort blieben sie aber zunächst tagelang in den Bureaus liegen,
wenn der Ministerpräsident Montgelas verreist war, wochenlang,
waren dann, wenn sie zurückkamen, veraltet und völlig depla
mußten nun aber, da einmal von oberster Stelle begutachtet,
jeden Fall abgedruckt werden. Das Erscheinen solcher veralt
Artikel mußte aber dem nicht eingeweihten Leser ganz unverst
lich und unbegreiflich sein, so daß sich Stegmann, wie Heyck
teilt (S. 211), dann wahrhaft schämte und vorsorglich Klage
Cotta sandte, um dessen Verwunderung und Kritik vorzubeu

Nicht selten hatte die Zeitung auch unter der geistigen
zulänglichkeit des Augsburger Zensors (die Person wechselte
zu leiden. Heyck erzählt folgenden Fall: Die Beilage
11. April 1815 wollte einen Artikel über die Wiederherstell
der Jesuiten bringen. Der Zensor bemerkte dazu: „Dieser Au
zug scheint aus Arndts Blick aus der Zeit für [l. auf] die Ze

---

Ztg." auch den ihm so unsympathischen Adolf Müllner in Weißenfels,
Verfasser der „Schuld", und widmete ihm daher folgenden Stachelvers:

M . . . . r.

Etwas ist er, muß auch was scheinen,
Denn immer etwas ist der Schein,
Nun aber in der Allgemeinen
Wird er doch immer mehr gemein.

Doch gehörte Müllner nicht zu den Korrespondenten der „Allgem. Ztg.",
er schrieb nur für das Cottasche „Morgenblatt" und das mit ihm verbund.
„Literaturblatt". Der Stachelvers ist erst jetzt aus der Sophienausg.
Band 5, S. 202, bekannt geworden.

ein" (gemeint ist: Dies scheint ein Auszug u. s. w.) „und **e bei** dieser Voraussetzung nach der früheren Bemerkung über **Schrift** nicht passieren." Der Redakteur Stegmann sandte **das** Manuskript ein und fügte hinzu, der Aufsatz sei durch**nicht** aus Arndts Schrift, sondern die Arbeit eines Korre**denten**; er bitte den Herrn Assessor untertänigst um die Er**nis** zum **Abdruck**, da die Wiederentfernung viel Derangement **en würde**. Der Zensor erwiderte darauf, jedenfalls müsse **em Artikel alles**, was aus der Schrift des Arndt entlehnt sei, **gelassen werden**. „Und wahrscheinlich ist das Ganze Auszug **lben**," setzte er trotz der Versicherungen Stegmanns nochmals **u.** Tatsächlich war der Artikel von Böttiger verfaßt.

Solcher Zensurhändel, bemerkte Stegmann seufzend bei der **teilung** dieses Konfliktes, habe er aller Augenblicke. Doch **erten** sich die Drangsale noch, so daß Stegmann am 4. Ja**r** 1819 in seiner Not Cotta gegenüber klagte, er werde immer **rfer** angefaßt; alle wichtigen Aufsätze über deutsche Ange**nheiten**, darunter von Friedrich Schlegel, Fr. Roth, Thiersch, **ben** in München liegen, ebenso die Korrespondenzen von Usteri **r** katholische Angelegenheiten. Allein die schlimmsten Zeiten **ten doch** erst noch kommen, als die Wirkung der Karlsbader **chlüsse** eintrat. Diese Periode ist aber erst im nächsten Ab**itte** zu behandeln.

Von den sonstigen Zeitungen Bayerns war der „Korre**ndent von und für Deutschland**" das verbreitetste und **ebteste** Blatt. Seine Napoleon-Schwärmerei hatte er über**nden** (Vergl. Bd. II, S. 119) und äußerte nun, wie Görres **mal** sagt (Rh. M. Nr. 80) „eine muntere Lebenskraft". Un**eutend** blieben auch ferner der „Fränkische Merkur" in Bam**g**, geleitet von Dr. K. F. G. Wetzel, die „Würzburger Zei**ng**", die „Bayreuther Zeitung", die protestantische „Augsburger **endzeitung**" und die katholische „Augsburgische Ordinari-Post**itung**". Die beiden letztgenannten Blätter erschienen auch noch **h** wie vor in einem so altväterischen Gewande, als hätte seit **ßig**, vierzig Jahren jede Entwicklung vollständig still gestanden. **lbst** in der Hauptstadt München vegetierten die beiden Blätter,

die „Münchener politische Zeitung“ und die „Königlich pri-gierte baierische Nationalzeitung“, nur so hin. 1820 ging da das letztgenannte ein.

---

2. Die Zeitungen in Österreich. Geringes politisches Leben. Die „Wi Zeitung“. Ihre Pächter, die van Ghelenschen Erben. Gentz setzt bes Normen für das Blatt fest. Konrad Bartsch, der erste berufsmäßige J nalist Österreichs. Seine Leiden und Schicksale. Sein Gegner Gentz. Leistungen der „Wiener Zeitung“. Der „Österreichische Beobachter“. von Gentz bevorzugt. Beschwerde des Pächters der „W. Ztg.“ über „Beob.“. Haltung des „Beobachters“. Adam Müllers „Bote in Ti Die „Prager Zeitung“.

Zwar hatte auch auf der österreichischen Presse während napoleonischen Zeit die Faust des fremden Eroberers schwer lastet, aber doch nur verhältnismäßig kurze Zeit, und als d Druck aufhörte, nahm die österreichische Journalistik sehr bald w ihre frühere Physiognomie an. Von dem frisch quellenden p tischen Leben, wie es sich besonders am Rhein und in Mi deutschland seit 1814 in so mannigfacher Weise äußerte, war aber nur wenig zu verspüren. Nach wie vor lebte man an Donau nur dem behaglichen Genusse. Die Scheu der ö reichischen Minister des achtzehnten Jahrhunderts, eine Zeit „zum Sprachrohr der Staatsverwaltung an das Publikum“ machen, hatten die leitenden Staatsmänner der neuen Zeit zw mehr und mehr überwunden, aber zu der Ansicht, daß auch da Volk ein Recht habe, zu sagen, was es meine oder gar wünsch vermochten sie sich doch nicht emporzuschwingen. „Es ist nich das System der österreichischen Regierung,“ schrieb Börne in sein Abhandlung „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur“, „d „öffentliche Meinung für sich zu stimmen, sondern sie erkennt ga keine solche an, und sie würde darum ein Lob aus deren Mund von ihren Untertanen ausgesprochen, ebenso unwillig zurückweis

einen Tadel. Dieses ist sehr folgerecht. Die öffentliche
ung ist eine Macht im Staate; um ihre Gunst buhlen, das
sie anerkennen, und sie anerkennen, das heißt ihr huldigen."
s aber lag der österreichischen Regierung ferner, als der
tlichen Meinung irgend ein Recht zuzugestehen. Und das
ließ sich in seiner großen Mehrzahl die Bevormundung auch
rhin ruhig gefallen, brauchte es sich doch bei dieser obrig-
chen Fürsorge dann um die Staatsangelegenheiten nicht weiter
ümmern.

So blieb es denn auch weiterhin in Wien bei den beiden
ichen Zeitungen, der „Wiener Zeitung" und dem „Öster-
ischen Beobachter"; erstere war das streng offizielle Organ
Regierung, letztere das offiziöse Organ des auswärtigen
tes. Wem diese beiden Blätter nicht genügten, der mußte sich
ausländische Zeitung halten; die Auswahl war jedoch nicht
ß, da die meisten ausländischen Zeitungen in Österreich ver-
en waren. Man griff dann meist zur Cottaschen „Allgemeinen
itung", die, wie wir im ersten Teile dieses Kapitels gesehen
ben, ihre Haltung angelegentlich nach den Wünschen der öster-
chischen Regierung richtete und darum die einzige große fremde
itung war, die während der ganzen bedrückten Zeit unange-
hten in Österreich geduldet wurde.

Die „Wiener Zeitung" war von Haus aus ein reines
ivatunternehmen, für das die van Ghelensche Buchdruckerfamilie
s Privileg erworben hatte. Bei der abermaligen Versteigerung
n 1. Juli 1811 erstanden bei starker Konkurrenz die van Ghelen-
hen Erben das Privileg aufs neue mit dem Meistgebot von
ner jährlichen Pacht von 26050 Gulden in Obligationen. In
nbetracht der niedrigen Auflage der Zeitung muß dieser Pacht-
hilling sehr hoch erscheinen; doch wurde damit wohl hauptsächlich
as Inseratenprivileg bezahlt, denn die „Wiener Zeitung" war
as einzige Insertionsorgan der Stadt, und so wurde denn auch
n einer amtlichen Denkschrift aus jener Zeit das jährliche Er-
rägnis der „Wiener Zeitung" auf 91000 Gulden geschätzt. Bei
er Versteigerung des Privilegs 1817 ging dann aber der Pacht-

ſchilling zurück; die van Ghelenſchen Erben brauchten nur
19050 Gulden, jedoch in Metallgeld, zu bezahlen.*)

Sehr lange war das Verhältnis der „Wiener Zeitung"
Staatsverwaltung durchaus unklar und unbeſtimmt geweſen;
der Verſteigerung des Privilegs 1811 hatte jedoch Gen
einem offiziellen Gutachten feſte Linien gezogen, innerhalb de
ſich nun künftighin das Blatt bewegen mußte. Er gab da
die Richtſchnur für die nächſten Jahrzehnte. In dieſem erſch
das Blatt in drei Abteilungen. In der erſten wurden die Erei
niſſe des In- und Auslandes mitgeteilt, in der zweiten die Ge
und Verordnungen der Staatsverwaltung, alle Verfügungen
nieder-öſterreichiſchen Landesregierung und alle Juſtiznachricht
während die dritte Abteilung die Inſerate der Privatperſon
enthielt. Dabei wurde ein ganz beſonderer Wert darauf ge
daß nur die zweite Abteilung als amtliches Blatt angeſe
werde. „Dieſe Abteilung iſt dahero allein unter dem entſp
chenden und von den übrigen Teilen unterſcheidenden Rar
Amtsblatt kundzumachen," heißt es in der Inſtruktion für
Pächter. Inbezug auf die erſte Abteilung mußte ſich der
ausgeber verpflichten, „es ſich zu einem allgemeinen Grund
zu nehmen, in der geſchichtlichen Darſtellung der Zeitereign
ſich bloß auf Erzählung der Tatſachen zu beſchränken, ohne
ſelben mit eigenen Betrachtungen zu beleuchten, oder ihnen
ſtimmte Deutungen zu geben." Die Wahl des Redakteurs bl
dem Pächter überlaſſen, doch hatte dieſer die gewählte Perſon
Polizei-Hofſtelle anzuzeigen, worauf es dieſer vorbehalten bl
„wenn ſie ſich über die Wahl des Individuums mit der
Staatskanzlei und der böhm.-öſterr. Hofkanzlei deshalb einve
nommen haben wird, für den Fall der Bedenklichkeit eines ſolch
Individuums denſelben auszuſchließen."

Einen geeigneten Redakteur zu finden, war aber ſchwer, den
Wien beſaß damals keine publiziſtiſche Kraft von Bedeutung;

*) E. V. Zenker, Die Geſch. der „Wiener Zeitung" in ihrem Verhält-
nis zur Staatsverwaltung, eine Abhandlung in der Feſtſchrift „Zur Ge
der Kaiſerl. Wiener Zeitung." Wien 1903, S. 36.

Ghelenschen Erben betrauten daher schließlich den Journa-
n Konrad Bartsch mit der Redaktion, obwohl dieser nicht
, den Anforderungen der Hofkanzlei entsprach. Immerhin
itigte sie Bartsch unter dem 7. März 1812, so daß dieser der
: von Amts wegen eingesetzte Redakteur der „Wiener Zeitung"
orden ist. Zudem darf er auch als einer der ersten, wenn
t überhaupt als der erste berufsmäßige Journalist Österreichs
rachtet werden. Er wurde 1759 zu Wien geboren und wendete
früh mit einem gewissen Enthusiasmus der literarischen Tätig-
zu. Schon 1778 und 1779 finden sich kleine Arbeiten von
in der „Wiener Realzeitung" und dem „Ungarischen Ma-
n". Aus der Schule von Sonnenfels hervorgegangen, schloß
sich jener kleinen Gruppe von jungen Aufklärern an, welche
Ideen einer rationalistischen Reform auf allen Gebieten des
atslebens, wie sie die josephinischen Jahre gezeitigt hatten, mit
en von Freiheit und Verfassung, wie sie in der französischen
volution hervortraten, zu verbinden suchten. Daraus ergab
für Bartsch eine gewisse Vorliebe für Frankreich, die ihn
in Zeit seines Lebens beherrscht hat und ihm bisweilen sogar
hängnisvoll geworden ist. Im Jahre 1789 erhielt er sodann
Stelle eines Hofkonzipisten der böhmisch-österreichischen Hof-
zlei, behielt aber dabei so viel freie Zeit, daß er 1782 noch
Redaktion der „Wiener Zeitung" übernehmen konnte. Seine
rstellung der französischen und niederländischen Verhältnisse
d aber höheren Orts wenig Beifall, und als er im Februar 1795
Umgestaltung der Landesverfassung in den vereinigten Nieder-
den mit einer gewissen Sympathie besprochen hatte, erregte er
ar die heftige Unzufriedenheit des Kaisers Franz. In einem
enhändigen Handschreiben an den obersten Direktorialminister
rafen Kolowrat rügte der Kaiser, daß in der letzten Nummer
: „Wiener Zeitung" jene Veränderung „mit so lebhaften und
zenden Farben geschildert wurde, daß hiervon die übelste Ein-
rkung auf das Publikum entstehen könne"; es sei sowohl der
dakteur, wie der Zensor zu bedeuten. In einem längeren
hreiben an das Direktorium suchte sich Bartsch zwar zu recht-
tigen, seine Situation war jedoch erschüttert, worauf er schließ-

lich 1799 auf Wunsch des Ministers von Thugut von sein Posten „entfernt" wurde. Das Genauere darüber ist in d Wiener Polizeiarchive nicht angegeben. Bald darauf (18 quittierte Bartsch auch den Staatsdienst und beteiligte sich an d Geschäfte eines Großhändlers. Das Unternehmen prosper aber nicht, und die Firma mußte schließlich liquidieren, wor nun Bartsch 1812, wie schon erwähnt, aufs neue die Redak der „Wiener Zeitung" übernahm und bis 1817 führte. Se Haltung gab jedoch abermals zur Unzufriedenheit Anlaß; beso ders wurde ihm wieder zu große Franzosenfreundlichkeit vor worfen, namentlich als 1813 der Kampf gegen Napoleon began Einer seiner Hauptgegner in dieser Zeit war Gentz, der al daransetzte, ihn wieder zu beseitigen. „Daß der Redakteur d ‚Wiener Zeitung' ein geheimer Verbündeter unserer Feinde i schrieb er am 13. September 1813 an Metternich, „darüber k kein Zweifel mehr obwalten .... Die Art, wie dieser Redak seine Artikel zu stellen und zu kombinieren weiß, spricht ebe wohl für seine Geschicklichkeit, wie für seinen bestimmten Wil Böses zu stiften und mit einem hämischen, der Sache höchst n teiligen Sinne zu Werke zu gehen. Durch die Zensur ist die Übel auch gar nicht abzuhelfen, denn mit Leidwesen muß ich d Bemerkung machen, daß weder L (Lebzeltern) noch irgend jemand in der Staatskanzlei für diese Dinge Einsicht und Takt gen besitzt, um einem so verschmitzten Patron, als dieser Bartsch is muß, die Spitze zu bieten. Man scheint ihn vielmehr, vermutli aus Mangel an Beurteilungskraft, zu protegieren. Das ist nu einmal die Erbkrankheit dieser Zeit. Die Regierungen werde durch ihre eigenen Instrumente ohne Unterlaß verletzt und ve raten." Aber Metternich legte diesen heftigen Beschuldigung doch kein all' zu großes Gewicht bei, und da Bartsch mittlerwei wohl auch noch vorsichtiger wurde, so mußte Gentz schon eini Monate später zugeben, daß sich der Redakteur der „Wiener Ze tung" jetzt „vernünftig und bescheiden" betrage. Trotzdem wurde immer wieder Anklagen und Verdächtigungen wider ihn laut, un es drohte ihm im Mai 1815 eine abermalige Entlassung, doch wurde diese auf seinen „ehrfurchtsvollen Rekurs an Se. Majestät

umgeändert, daß er wenigstens die Redaktion des inländischen
s der Zeitung behielt und diesen dann bis zu seinem 1817
gten Tode leitete.*) Nach ihm wurde J. C. Bernard
kteur der Zeitung.

Die Leistungen der Zeitung blieben fort und fort sehr
ig, obgleich das Blatt vom 1. Okt. 1813 ab täglich erschien.
Raschheit in der Berichterstattung, die schon unter Bartsch
u wünschen übrig gelassen hatte, nahm auch unter Bernard nicht
erlich zu. Die Meldungen von den Kriegsschauplätzen folgten
Ereignissen in beträchtlichen Intervallen nach und beschränkten
vorwiegend auf die Wiedergabe der offiziellen Bulletins. Aller-
s lag das ja auch an der Stellung der „Wiener Zeitung" als
s amtlichen Blattes, das sich in der Kriegsberichterstattung grö-
Zurückhaltung auferlegen mußte als andere Blätter. Von der
kerschlacht bei Leipzig bringt die Zeitung die erste Kunde erst in
r Nummer 143 vom 26. Oktober. Hier erstattet sie nämlich
icht über den am 24. desselben Monats gehaltenen feierlichen
zug des FML. Grafen Neypperg in Wien, der „mit um-
dlichen Berichten" über die „ewig denkwürdigen Siege" einge-
fen war. Der Artikel gedenkt der Freudenbezeigungen des
sammengeströmten wonnetrunkenen Volkes", des feierlichen
nkfestes in der Metropolitankirche zu St. Stephan und der
emeinen Stadtbeleuchtung, womit der Tag des Jubels be-
ossen wurde. Die folgende Nummer vom 27. bringt militärische
örderungen und Auszeichnungen anläßlich des glücklichen Aus-
ges der Schlacht, und erst die weiteren Blätter veröffentlichen
Berichte vom Kriegsschauplatze. Auch bei dem nächsten großen
eignisse, der Flucht Napoleons von Elba (26. Februar 1815),
ft die Berichterstattung nur langsam nach. Die Nummer vom
März veröffentlicht die bekannte Acht-Erklärung des Wiener
ngresses gegen Napoleon, und erst die folgende Nummer vom
März — also zwanzig Tage nach dem Ereignisse — ver-

*) Eugen Guglia, Zur Gesch. d. „Wiener Zeitung" im Zeitalter der Re-
tion und Napoleons in der Festschrift „Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener
ung". Wien 1903, S. 117.

öffentlicht (nach der „Allgem. Ztg.“) die ersten noch sehr unbestimmten Nachrichten, die aus Livorno und Florenz eingelaufen waren. Rascher funktionierte der Apparat der Berichterstattung nach der Schlacht bei Waterloo, deren Erfolg in einer außerordentlichen Beilage bekannt gegeben wurde.*)

Etwas mehr als die „Wiener Zeitung“ bot der „Österreichische Beobachter“, das Leibblatt des Herrn von Gentz (Vergl. Bd. II, S. 220), denn dieser suchte seine Zeitung zu fördern, wo er nur konnte. Als im Herbst 1813 der Redakteur Pilat befürchtete, das amtliche Blatt werde jetzt durch die offiziellen Bekanntmachungen und Proklamationen allzusehr gewinnen — auch das berühmte Manifest aus der Feder von Gentz, mit dem Österreich dem Kaiser Napoleon den Krieg erklärte, mußte zuerst (am 19. August 1813) in der „Wiener Zeitung“ erscheinen —, erwiderte ihm Gentz: „Sorgen Sie sich nicht um den ‚Beobachter‘. Schon die Gesinnung wird ihn immer hoch über die armselige Region halten, worin die ‚Wiener Zeitung‘ kriecht.“ Und am 19. Oktober schrieb er ihm: „Den ‚Beobachter‘ rühme ich durch alle Prädikamente und gebe der ‚Wiener Zeitung‘, so oft ich kann, solche Genickstöße, in der Meinung, daß Ihr erster Assoziierter nicht besser operieren könnte.“

Es war daher sehr natürlich, daß sich die Pächter der „Wiener Zeitung“ schließlich über diese Bevorzugung des „Beobachters“ bei der Regierung beschwerten, aber Gentz war nicht der Mann, sich dadurch etwa beengen zu lassen; mit höhnischer Geringschätzung schreibt er unter dem 26. Oktober 1813 an Metternich: „Ich höre, daß die ‚Wiener Zeitung‘ einen abermaligen Schritt (die van Ghelenschen Erben hatten sich schon zweimal, am 7. Febr. und am 18. Sept. 1812, beschwert) gegen den ‚Beobachter‘ getan und diesen mit einem förmlichen Prozesse bedroht hat. Dies ist ein Grad von Unverschämtheit, der alle Erwartungen übersteigt. Es scheint diesen Menschen gar nicht zu ahnen, daß nur eine ganz außerordentliche Langmut die Regierung be-

*) Emil Löbl, Die Entwicklung der journalistischen Technik in der „Wiener Zeitung“ in der Festschrift „Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener Zeitung“. Wien 1903, S. 45.

en kann, ihnen nicht das durch Treulosigkeit und Bosheit verscherzte Privilegium zu nehmen und sie aus der Stadt gen. Und sie wollen einer von Ew. Exzellenz unmittelbar tzten Zeitung den Prozeß machen! Was Pilat hierüber ist nicht phantastisch. Sehr richtig vielmehr und sehr hübsch ot er: ‚Der, welcher Napoleon besiegte, wird doch vor Bartsch Lebzeltern nicht weichen? Ich glaube alles Ernstes, daß Ew. lenz die Annahme des Prozesses durchaus untersagen müßten, es mir ein wahrer Skandal scheint, daß 6 oder 8 Monate vor gemeinen Gerichtshöfen darüber verhandelt werden soll, er, welcher heute Europa wieder aufbaut, das Recht hat oder einen Artikel in eine Zeitung setzen zu lassen, die unter r Autorität und gleichsam unter seinen Augen gedruckt ."‟ Die van Ghelenschen Erben waren denn auch klug g, von einem Prozesse abzusehen und sich schließlich mit Tatsache abzufinden, daß die Regierung für ihre halbamt- n Kommunikationen den „Beobachter" bevorzugte, eben er in keinem seiner Teile einen amtlichen Charakter hatte. enbei mochten sie auch wohl erwägen, daß Gentz mittlerweile icher Zensor der Staatskanzlei geworden war und sie unter tänden außerordentlich schikanieren konnte. Später besserten die Verhältnisse etwas, so daß auch die „Wiener Zeitung" und da einen Artikel von Gentz erhielt; immerhin war doch „Beobachter" stets das bevorzugte Blatt. Als der zweite ser Friede unterzeichnet war, lieferte Gentz über diesen zwei ätze, den einen für die „Wiener Zeitung", den andern für „Beobachter", aber jene bekam nur (wie Gentz an Pilat eb) das „nackte Faktum der Unterzeichnung", dieser den In- der Hauptartikel.*)

Die Haltung des „Beobachters" entsprach natürlich ganz den ndanschauungen Metternichs und dessen Beraters Gentz. So e die Sache Napoleons noch nicht entschieden war, bis An- März 1814, behandelte das Blatt die Person des Kaisers mit großer Vorsicht und Rücksicht; zugleich beobachtete es ein

*) Guglia in der Festschrift d. „Wiener Zeitung", S. 120—122.

vollständiges Stillschweigen über alles, was die Prinzen aus der vormaligen königlich-französischen Familie betraf, die sich doch schon sehr lebhaft regten und in den Vordergrund zu drängen suchten. Als dann aber die Sache Napoleons definitiv verloren war, änderte der „Beobachter" rasch sein Verhalten; er wurde ein lebhafter Fürsprecher der Bourbonen, und Gentz selbst, durch das Gold Ludwigs XVIII. bestochen (Vergl. Bd. II, S. 226), schrieb für die Zeitung verschiedene Artikel und trat mit seiner ganzen glänzenden Beredsamkeit für die unumschränkte Wiederherstellung des alten Thrones ein. Dabei verfocht er auch ohne Skrupel die Belassung von Elsaß und Lothringen bei Frankreich, worauf Görres im „Rheinischen Merkur" den „Beobachter" heftig angriff, freilich ohne damit, wie man weiß, irgend etwas zu erreichen. Auch weiterhin war der „Beobachter" weit davon entfernt, die Interessen Deutschlands zu fördern. Überall, wo sich der deutsche Gedanke zeigte, trat er ihm entgegen, und als die Wartburgfeier bekannt wurde, war er es besonders, der sich heftig gegen diesen jugendlichen Enthusiasmus wandte, was das „Oppositions-Blatt" in Weimar veranlaßte, mit aller Schärfe gegen den „Beobachter" vorzugehen. Aber die Politik Metternichs dominierte, und damit erhielt die Haltung des „Beobachters" ihre Sanktion.

Als eine Art Absenker des „Beobachters" kann der „Bote in Tyrol" betrachtet werden, den Adam Müller 1814 herausgab, als er Landeskommissär und Landwehrmajor in Tirol war. Wie sein Freund Gentz, so tat auch er alles, sein Heimatland Preußen herabzusetzen, zu verdächtigen und zu schädigen; dabei verirrte er sich oft in die wunderlichsten romantischen Phantastereien. Dem „Rheinischen Merkur" warf er u. a. vor (7. Juli 1814), er schreibe den Sieg über Napoleon nicht Gott, sondern den Völkern zu, und da die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" gedankenlos genug war, die Anklage nachzudrucken, so wies Görres diese Beschuldigung in Nr. 89 des „Rh. Merk." mit souveräner Verachtung als „hellen, klaren Unverstand" zurück. Solche Zurückweisungen waren dem Emporkommen Müllers in Österreich keineswegs hinderlich; er stieg vielmehr beständig höher

schließlich in die Wiener Hof- und Staatskanzlei und wurde
als Müller von Rittersdorf geadelt.

Betreffs der sonstigen Zeitungen in den deutschen Erbländern
nur auf das hingewiesen werden, was bereits im zweiten
de Seite 226 u. f. ausgeführt wurde. Doch mag noch einiges
die „Prager Zeitung" bemerkt werden. Sie hatte bis-
den Titel „Oberpostamtszeitung" geführt und war immer,
während der napoleonischen Kriege, obgleich in dem kriti-
Herbste von 1813 kein geringerer als Gentz sie geleitet
e, äußerst dürftig gewesen. Unter einer überaus ängstlichen
sur wurden sogar die Inschriften bei öffentlichen Beleuchtungen
Prag einer Prüfung auf ihre Zulässigkeit unterzogen. Um
viel schwerer noch mag da der Druck der Zensur auf dem
tischen Teile der Zeitung gelastet haben! Mit dem Jahre 1814
hte sich jedoch in dem Blatte ein etwas regeres Leben be-
kbar; auch erschien es jetzt täglich mit Ausnahme der fünf
hsten Feiertage und des 18. Oktobers, des Tages der Schlacht
Leipzig. Der Redakteur Wolfgang Adolf Gerle war ein um-
tiger und kenntnisreicher Mann, der auch bedeutende Mit-
beiter heranzuziehen verstand. So gewann er Karl Maria von
eber, damals Operndirektor in Prag, für sich und erhielt von
sem von 1814 bis 1816 regelmäßig „Dramatisch-musikalische
tizen". Bisweilen meldeten sich aber auch Mitarbeiter, die
ar noch Geld dazu zahlen wollten, falls ihre Artikel aufge-
nmen würden. Die Redaktion macht daher eines Tages be-
nt, daß ihr wohl interessante Aufsätze erwünscht seien, sie sich
r die Aufnahme nicht bezahlen lasse. Die eingesandten Gelder
ge man wieder abholen. Der Preis der Zeitung wechselte.
n Jahre 1814 kostete sie jährlich 14 fl. in Prag, mit der Post
fl. W. W., im Jahre 1816 16 fl. resp. 22 fl., im Jahre 1817
fl. resp. 24 fl. Als der Frost der Reaktion erschien, ging
ch die „Prager Zeitung" wieder zurück, und das einzige poli-
che Blatt in Böhmen erschien von 1819 ab abermals nur vier-
al wöchentlich im Umfang von vier Kleinfolio-Seiten. Dagegen
eg das Abonnement auf 32 fl. für Prag und 50 fl. mit Post-
rsendung — ein geradezu ungeheuerlicher Preis, dem der In-

halt in keiner Weise entsprach. Deshalb wurden denn auch die Nummern der Zeitung als sehr kostbar angesehen und von der Expedition nur gegen Vorweisung einer „Zeitungsabholungskarte" ausgegeben, auf der die Zeitungsnummern vorgedruckt waren; jede Zahl der abgeholten Nummer wurde dick durchstrichen.*)

Eine solche Presse konnte dem Volke natürlich nichts sein, sie mußte den nationalen Geist, der kaum erwacht war, gar bald wieder ersticken, und die Regierungsgrundsätze, nach denen damals verfahren wurde, mußten die Nation zu den verhängnisvollsten Katastrophen führen. Das scheinen die obersten Leiter auch bisweilen dunkel geahnt zu haben, aber mit einem Leichtsinn und einer Gewissenlosigkeit ohnegleichen suchten sie die drohenden Schatten zu beschwören. „Mich und den Metternich hält's noch", soll Gentz einmal lachend ausgerufen haben. Aber er hat nur inbezug auf sich recht bekommen, Metternich mußte den Bankerott seines Regierungssystems noch erleben.

*) A. G. Przedak, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Heidelberg 1904, S. 119.



Fünftes Kapitel.

Die Zeitschriften während der Periode von 1814 bis 1819.

ie politischen Zeitschriften der ersten Jahre. Ihr Charakter. C. T. kers Grundzüge, nach denen die vaterländischen Zeitschriften zu leiten . Ludens „Nemesis". Goethes ablehnendes Verhalten gegen die mesis". Die Zeitschrift tritt für die Einheit Deutschlands ein; kritisiert Bundesakte; wendet sich gegen Schmalz; sieht sich allerwärts gehemmt. ens Konflikt mit Kotzebue. Gibt die „Nemesis" auf. Die „Kieler tter". Die Preßverhältnisse in Holstein und Schleswig. Die „Kieler tter" über die Verfassungsfrage. „Die Zeiten" von Chr. Daniel Voß. onen deutsches Volkstum und deutsches Recht; treten für die Hegemonie ußens ein; wenden sich gegen Schmalz und Dabelow. Der „Hermann", Zeitschrift für Westfalen. Widmet sich vorwiegend der Volkswirtschaft dem Ausbau der Rechtsverhältnisse. Verlangt eine feste Verfassung, delsfreiheit und Preßfreiheit. Wird unterdrückt. Die bayrische Zeitft „Allemannia". Organ des Ministers von Montgelas. Wendet sich gesetzt gegen Preußen. Verspottet den „Rheinischen Merkur"; verdächtigt nationalen Bestrebungen. Macht plötzlich eine Schwenkung und stellt dann sein Erscheinen ein.

Der lebhafte Wunsch, den vaterländischen Geist zu heben zu kräftigen und das Verständnis für alles das, was dem terlande not tue, in die weitesten Kreise zu tragen, also eine htige politische Bildung herbeizuführen, erfüllte natürlich auch hervorragenden Zeitschriften der in Rede stehenden Epoche. rschiedene wurden einzig und allein zu dem Zwecke gegründet, s Gemeingefühl und den Gemeingeist zu stärken und den Wider=

streit der Ansichten über die Wege, die zu einem gesunden schen Staatsleben führen müßten, auszugleichen.

Bei dem breiteren Raume, den die nicht mit den Beri über die Tagesereignisse beschwerten Zeitschriften gewährten, ten die Verfasser hier in ihren Artikeln gleichsam tiefer holen, ihre Themata erschöpfender behandeln, sich über Ideale breiter auslassen. Allerdings erhielt dadurch manche einandersetzung einen zu gelehrten, akademischen Charakter. die umständliche Darstellung wurde der lebhafte Pulsschlag, der Tag ihn forderte, zu sehr gedämpft.

Ausführlich gibt einmal C. T. Welcker in den „ Blättern", Bd. I, die Grundzüge an, nach denen diese ländischen Zeitschriften zu leiten seien. Ihre oberste Pflicht führt er aus, dahin zu wirken, daß die Völker ihre nat Eigentümlichkeit als ihr heiligstes Recht bewahrten. Sehr habe Niebuhr hervorgehoben, daß die innere Verbindung edeln Volkes durch gemeinschaftliche Nationalität und durch Liebe zu derselben noch fester und heiliger sei, als selbst die des Staatsverbandes. Darum müsse es unser ernstliches Str sein, unsere deutsche Nationalität immer fester und edler aus bilden, alles wirklich Fremde und Schlechte in Religion, Sprache, Sitte, Kunst und Wissenschaft möglichst auszusch und dem Geiste unseres Volkes gemäße Formen aus dem des Volkes selbst hervorzurufen. Niemand fürchte, wie neu geschehen sei, daß die Deutschen zu dem letzteren noch nicht seien. Jede Zeit, in der das Leben neue Gestaltung fordere, besonnener ernstlicher Sorgfalt in Bildung und Sprache rei diese und trage in dem neuen Leben selbst die Gewähr „Von dem Volke also", sagt er dann weiter, „von seiner harrlichkeit, Gesetzlichkeit und Besonnenheit im Guten und gen, von der unselbstsüchtigen Vereinigung aller Stände für das hängt es ganz vorzüglich jetzt ab, ob fernerhin eine vom Volksle losgerissene, durch Ausländerei verderbte, lahme Kabinettspolit oder die Stimme der Ehre und Freiheit ihres Volkes die Fürste beraten soll." Bei allen Wohlgesinnten nun dahin zu wirken, daß sie mit aller Hingebung auf ein durch gesetzliche Freiheit und

:en Gemeingeist gesichertes Gemeinwesen hinstreben, und daß
ıd mit diesem Streben für alles Vaterländische eine ent=
)ene öffentliche Meinung gewonnen werde: das müsse
bei allen vaterländischen Zeitschriften die Hauptaufgabe bilden.
öffentliche Meinung sei ebenso die unentbehrliche Grundlage
s edeln moralischen Lebens der Menschen, wie die Erde der
: ernährende Boden für das physische Dasein. Durch Ver=
ungslosigkeit, Kosmopolitismus, zu große Trennung der Stände
einander, des Wissens vom Leben und endlich durch schmäh=
e Ausländerei sei uns die entschiedene öffentliche Meinung ver=
:n gegangen, und hauptsächlich infolge dieses Mangels jene
nzenlose Schmach über uns gekommen, die wir, ein sonst so
es und starkes Volk, so viele Jahre hätten erdulden müssen.
ırch die Befreiungskämpfe habe aber das deutsche Volk das
:rtrauen zu sich selbst wiedergewonnen; das sei der herrlichste
:winn der blutigen Kämpfe. Gestützt auf dieses wiedergewonnene
ertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst, werde es kein ver=
:bliches Bemühen der vaterländischen Zeitschriften sein, das ge=
)bene und erweiterte Dasein des deutschen Volkes zu fördern.

Die temperamentvollste Zeitschrift dieser Periode von 1814
is 1819 und zugleich auch die erste, die auf dem Plane erschien,
ıar Ludens „Nemesis". Heinrich Luden, geboren am
0. April 1780 in Loxstedt bei Bremen, wurde im Frühjahr 1806
ls Professor der Geschichte nach Jena berufen und wirkte dort
ierzig Jahre hindurch mit außerordentlichem Erfolge. Seine
Kollegien waren die besuchtesten der Universität. Nach längerer
Krankheit starb er am 23. Mai 1847. In den weitesten Kreisen
nachte er sich durch seine „Allgemeine Geschichte der Völker und
Staaten des Mittelalters" und seine „Allgemeine Geschichte des
deutschen Volkes" (12 Bde.) bekannt. Zur Gründung der „Ne=
mesis" wurde er durch Karl von Grolman angeregt, den nach=
maligen preußischen General, der vor dem Ausbruche der Be=
freiungskriege unter dem Decknamen eines Hauptmanns von Gerlach
in Jena lebte. Darauf knüpfte Luden bereits im November 1813
mit Bertuch in Weimar Verhandlungen an und einigte sich mit
diesem dahin, daß von 1814 an die geplante Zeitschrift in monat=

lichen Heften und in Bänden zu vier Heften mit Kupfern u Karten in Großoktav im Industrie-Kontor erscheinen solle. D hielt es Bertuch für geraten, vorher noch das Projekt dem G heimen Rat von Voigt und vor allem Goethe zur Begutachtu zu unterbreiten. Diesem Verlangen entsprach Luden auch sof und fand darauf bei Voigt das größte Wohlwollen. Dieser lo das Unternehmen und versprach alle Erleichterungen, die von i abhingen. Ganz anders Goethe. Er verhielt sich ablehnend u äußerte sich dabei in sehr charakteristischer Weise. „Ich h schon vor Jahren," sagte er zu Luden, „offen zu Ihnen g sprochen, auf Ihre Diskretion rechnend; das will ich auch je tun. Als öffentlicher Beamter habe ich gegen die Herausga einer Zeitschrift nichts einzuwenden. Unsere Regierung würde s auch gewiß in dieser Zeit hartem Tadel aussetzen, wenn sie erlaubte, einem solchen Unternehmen entgegenzutreten. Wir hab ja — die Freiheit mit vielem Blute ruhmvoll erkämpft; w sollte uns die Freiheit, wenn wir sie nicht benutzen. Und ge sind wir am geneigtesten, sie durch Wort und Schrift zu benutz auch schon darum, weil dieses der bequemste Modus ist. A wird die herzogliche Regierung Ihnen und Bertuch ohne Zwei vollkommen freie Hand lassen. Eine Protektion aber kann Ihn niemand versprechen und niemand gewähren; ein jeder bleibt bill für seine Handlung verantwortlich; Sie werden jedoch wohl auc keiner Protektion bedürfen, und sollten Sie sich jemals verleite lassen, über die Schnur hinauszugehen, so wird Bertuch, der sic auf solche Dinge versteht, Sie schon an die Schranken mit der Inschrift: noli me tangere freundlich erinnern. Hätten Si mich aber, ehe Sie sich verbindlich gemacht hatten, vertraulich um meine Meinung gefragt, so würde ich Ihnen gewiß das ganz Unternehmen widerraten und Sie aufgefordert haben, bei Ihre gelehrten geschichtlichen Arbeiten zu bleiben, oder vielmehr, da Si sich schon in politica eingelassen und sogar ein Handbuch der Staatsweisheit geschrieben haben, zu Ihren gelehrten geschichtlichen Arbeiten zurückzukehren, die Welt ihren Gang gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und meine Stimme gehört werden

» .... Sie wollen in dieser wunderlichen und furchtbaren ein Journal herausgeben, ein politisches Journal; Sie ge- 'en dasselbe gegen Napoleon zu richten und gegen die Fran- n. Aber glauben Sie mir: Sie mögen sich stellen, wie Sie len, so werden Sie auf dieser Bahn bald ermüden .... Als- n werden Sie an die Throne stoßen und, wenn auch nicht en, welche auf denselben sitzen, doch denen mißfallen, welche elben umgeben. Sie werden alles gegen sich haben, was groß vornehm in der Welt ist; denn Sie werden die Hütten ver- en gegen die Paläste und die Sache der Schwachen führen en die Hand der Starken. Zugleich werden Sie von Gleichen derspruch erfahren teils über Grundsätze, teils über Tatsachen. e werden sich verteidigen und, wie ich hoffen will, glücklich, und durch werden Sie neue Feindschaft wider sich erwecken ..... it den Gleichen dürften Sie vielleicht fertig werden; wen Sie ht überwinden, den können Sie ignorieren .... Aber anders es mit den Mächtigen und Großen, mit denselben ist nicht t Kirschen zu essen .... Den Waffen derselben hat man nichts nzusetzen .... Ich möchte unserm fürstlichen Hause keine Un- nehmlichkeiten bereiten; ich möchte unser Gouvernement, das icht über 100000 Bajonette zu verfügen hat, in keine verdrieß- hen Verhandlungen verwickelt sehen; ich möchte von der Uni- rsität, deren Mitglied Sie sind, jeden Nachteil abwenden; ich nke endlich, warum sollte ich es nicht sagen, auch an meine uhe und Ihr Wohl." Hier trat eine Pause ein, bis Goethe rtfuhr: „Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen ie großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen nd in uns; sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand ver- mag sie von sich zu werfen. Auch liegt mir Deutschland warm m Herzen. Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden ei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im ein- elnen und so miserabel im ganzen ist. Eine Vergleichung des eutschen Volkes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Ge- fühle, über welche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche, nd in der Wissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen gefunden, durch welche man sich darüber hinwegzuheben vermag;

denn Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an, und i ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber d Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und setzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachte und gefürchteten Volke anzugehören. In derselben Weise trö auch nur der Glaube an Deutschlands Zukunft. Ich halte so fest als Sie, diesen Glauben. Ja, das deutsche Volk versp eine Zukunft und hat eine Zukunft .... Aber uns Einzel bleibt inzwischen nur übrig, einem jeden nach seinen Talen seiner Neigung und Stellung, die Bildung des Volkes zu meh damit der Geist nicht verkümmere, sondern fähig bleibe zu licher großen Tat, wenn der Tag des Ruhmes anbricht.“ *)

Eine solche abwartende Stellung einzunehmen, verri Luden aber nicht die geringste Neigung. Er war durchaus der Ansicht, daß der „Tag des Ruhms“ durch die Kabinette beigeführt werden würde, und hielt es deshalb für eine Pflicht des Volkes, auch weiterhin den nationalen Gedank hüten und zu pflegen. Ohne Verzug ging er daher an die wirklichung seines Planes und sandte bereits mit dem Beginn Jahres 1814 das erste Heft der „Nemesis“ hinaus. Mit ganzen Wärme seines Temperaments trat er sofort mitten in mannigfachen Fragen des Tages hinein und schrieb die schrift fast vollständig selbst. In den ersten Monaten von 1 handelte es sich besonders um den Frieden mit Frankreich, da wandte sich denn Luden mit aller Entschiedenheit gegen Grundanschauung der Kabinette, man habe nicht gegen Fra reich, sondern nur gegen Bonaparte gekämpft. Die ganze französi Nation habe unaussprechlich gefrevelt, erklärt er; viel Böses, Verruchtes sei schon geschehen gewesen, ehe der Korse aufgetret und für das, was er begonnen, habe er in dem Volke st dienstbare Geister und bereitwillige Hände gefunden. Weiter trat Luden lebhaft für die Einheit Deutschlands ein und wur dabei von seinem Freunde Lorenz Oken energisch unterstü

*) Heinrich Luden, Rückblicke in mein Leben. Jena, 1847, S. 11

ht nach Verfassung,“ schrieb dieser (Band IV, S. 114), t nach Einteilung, nicht nach Handels-, Denk- und Ge- nsfreiheit, nicht nach Wegschaffung despotischer Einrichtungen, ienzwang, Nachdruck, Posterpressung, unerschwinglicher Steuern: s nach alledem müssen wir fragen. Mit dem Kaiser ist das gegeben. Wozu Verfassungen entwerfen, wenn man keinen elpunkt hat, von dem sie geliend, mit Macht unterstützt, aus- n können? — Das deutsche Volk muß daher jetzt keinen isch haben, als den Kaiser. Es muß an nichts denken, nach s rufen, seine Landesschmerzen verbeißen, bis ihm dieser isch gewährt wird. Dann lindert sich alles von selbst.“ Als eßlich aber der Wunsch nicht in Erfüllung ging, kritisierte ein satz der „Nemesis“ die unglückliche Bundesakte sehr scharf nd V, S. 190 u. folg.) Er tadelte, daß bei ihrer Abfassung Volk nicht um seine Meinung gefragt worden sei, daß der nd also kein Volksbund, sondern bloß ein Fürstenbund sei. setzt auseinander, wie not unserem Volke eine wahrhafte po- sche Einheit tue, daß es nur durch sie alle seine schönen äfte gedeihlich entwickeln könne, daß es nur durch sie dem slande gegenüber stolz und kühn dazustehen vermöge, nament- gegen Frankreich und gegen Rußland hin, dessen Streben ch Westen zu unverkennbar sei. Und trotz aller dieser Mah- ngen, welche die Geschichte und eine gesunde Politik uns zuge- en, hätten unsere Fürsten nicht die Einheit beschlossen, sondern n deutschen Bund! Dann geht der Aufsatz auf den Inhalt r Bundesakte näher ein und legt deren Ungereimtheit, Halt- sigkeit, Inkonsequenz und Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung t ganzem Freimute dar. Und in einem anderen Artikel gibt den unumwunden seiner Entrüstung über die getäuschten Hoff- ngen Ausdruck. „Es ist wahr,“ sagt er, „dem deutschen Volke der Mut gefallen. Das, was es mit freudigem Vertrauen n der ewigen Gerechtigkeit erwartet hat und nach den Grund- tzen, die zur Zeit der Not laut ausgesprochen worden sind, mit echt erwarten durfte, ist nicht in Erfüllung gegangen; es sieht h in seinen teuersten Hoffnungen weit zurückgesetzt; es bemerkt

mit Ingrimm, wie es nicht die Früchte auf den Feldern br darf, die es mit seinem Blute und mit seinen Tränen ge hat; seine Freude hat sich in Leid verwandelt."

Bei der Schmalzschen Denunziation des Tugendbundes sch natürlich auch Luden die Zornesader; das hält ihn aber nicht ab, auch weiterhin seine Hoffnung auf Preußen zu s das unfehlbar mit der Zeit die Hegemonie über ganz De land erlangen müsse. Diese Hoffnung befestigte sich in ihm somehr, je klarer die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes tage trat. Eine derbe Satire auf die Kläglichkeit des Jnst brachte die „Nemesis" in Band IX, S. 158.

Bei dem großen Druck, der sich jetzt mehr und mehr das ganze politische Leben legte, ward es aber der Zeits nach und nach immer schwerer, ihre offene Meinung zu s und als die Weimarischen Preßverordnungen vom 3. Mai erschienen waren, hätte Luden am liebsten das Unternehme fort aufgegeben. „Nach meiner Meinung gibt es jetzt keine freiheit mehr in unserem Lande," schrieb er unmutig an Be „und sie ist verfassungswidrig aufgehoben."

Die wesentlichen Beschränkungen durch diese Preßverordnu sollte er auch sehr bald nachdrücklich spüren; allerwärts sa sich gehemmt, und so ruft er denn einmal in einem Briefe 12. Dezember 1817 an Bertuch verzweifelt aus: „Ei, Gott Himmel, leben wir denn in Konstantinopel? Und ist das Freiheit, die teuer erkaufte?" Und einige Tage später klag dem alten Freunde: „Die Sachen werden immer bunter; die walttätigen oder vielmehr die feigen Eingriffe immer häufi Die Weimarische Regierung scheint ihre Basis, welche die öff liche Meinung ist, gar nicht zu kennen, und die gepriesene Fr heit wird bald Kindern zum Gespött sein."

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Luden hatte du einen Schriftsteller, der damals in Weimar lebte, den Kurländ F. G. L. Lindner, einen Bericht Kotzebues an die russische Reg rung erhalten, der sowohl Beleidigungen gegen Luden, wie au Ausfälle gegen die deutschen Universitäten enthielt. Mit diese Berichte war erwiesen, daß Kotzebue, wie man schon längst ver

ete, ein Spion Rußlands geworden war, und Luden wollte
er das Schriftstück im Januar 1818 in der „Nemesis" ab-
ken, um Kotzebue dadurch der allgemeinen Verachtung preis-
eben. Allein Kotzebue erhielt von dem bevorstehenden Abdruck
ntnis und wußte die Konfiskation der noch nicht ausgegebenen
gen durchzusetzen, vermochte es aber nicht zu verhindern, daß
Bericht kurz nachher in Wielands „Volksfreund" bekannt ge-
en wurde. Obgleich nun Luden gar nicht zur Veröffentlichung
Berichtes gekommen war, wurde doch gegen ihn von Kotzebue
Prozeß erhoben, was diesem um so leichter gelang, da sich
sische, österreichische und sächsische Einflüsse für ihn in Weimar
tend machten. Es kam dabei zu langwierigen Verhandlungen,
sich bis in das Jahr 1819 hinein zogen und Luden viel
annehmlichkeiten bereiteten. Er wurde für sein gar nicht aus-
führtes Beginnen nicht nur vom Weimarer Kriminalgericht ver-
teilt, sondern auch noch vom Leipziger Schöffenstuhl mit drei
Monaten Gefängnis oder 60 Reichstalern Geldstrafe belegt.*) „Es tut
ir sehr weh," schrieb er an Bertuch, „daß in unserem Vaterlande
etwas vorgehen kann. Ein Straferkenntnis gegen einen Mann,
er keines Vergehens beschuldigt ist, niemals als Angeschuldigter
or Gericht gestanden, niemals vernommen, niemals verteidigt ist,
– nein, wahrhaftig — es steigt mir doch die Scham — in der
Seele der Weimarischen Regierung — ins Gesicht."

Mittlerweile hatte er bereits Bertuch zu bedenken gegeben,
b sie beide nicht die Weimarische Regierung bitten sollten, daß
iese ihnen einen Zensor setze, weil sie irre geworden seien und
ie dulcedo servitutis doch den molestiis libertatis vorzögen. „Wir
önnten dabei sagen," setzt er satirisch hinzu, „daß man unter

*) Goethe notierte in seinem Tagebuche unter dem Datum 15. bis
5. Dez. 1817: „Die zwey Aushängebogen Luden contra Kotzebue gingen
m Stillen herum. Jene Aushängebogen machten Aufsehen. Früh rückte
nan Luden ins Haus und konfiszierte die noch übrigen Exemplare. Suchte
nan sie desto fleißiger auf. Erschienen sie übersetzt und mit Noten im
Volksfreund" Nr. 13 und 14. Wurde auch auf diese Beschlag gelegt.
Wurden sie von der Crökerschen Buchhandlung am schwarzen Brett feilgeboten
nd gingen reißend ab." Tagebücher, 6. Band.

Napoleon denn doch besser daran gewesen sei.“ Es blieb … bei dem Vorschlage, denn mit der Spannkraft Ludens ging … unterdessen zu Ende. Im Herbst des Jahres 1818 gab er … „Nemesis“ auf. Es sind 12 Bände zum Preise von 45 M… erschienen.

Zu der „Nemesis“ gesellte sich sehr bald eine zweite Z… schrift, die ebenfalls aus Universitätskreisen hervorging, aber ne… den allgemeinen Gesichtspunkten auch die heimischen Verhältn… mit ins Auge faßte, das Journal „Kieler Blätter“. Es … gann mit dem 1. August 1815 und erschien im Verlage der A… demischen Buchhandlung in Kiel. Drei Hefte machten einen B… aus, der 5 Mark kostete. Bis Ende 1819 sind 7 Bände … schienen. Für die Redaktion zeichneten die Professoren D… mann, Falck, Twesten, Welcker; die Herausgeber waren v. Be… Cramer, Dahlmann, Falck, Hegewisch, Heinrich, Niemann, P… Reimer, Reinhold, Twesten, Weber, Welcker und Justizrat W… mann. Alle Gegenstände des Wissens, erklärten die Herausg… soweit sie unmittelbar mit dem Leben zusammen hingen, so… in den Plan der Zeitschrift gehören.

Die Preßverhältnisse konnten dabei nicht hindernd in … Weg treten, denn sie waren die günstigsten; hatte doch Kö… Christian VII. bereits 1770 in Dänemark, Holstein und Sch… wig die vollständige Preßfreiheit eingeführt, und diese hatte … trotz aller politischen Stürme, ungeschmälert in den Herzogtüm… erhalten. Für Dänemark war allerdings wegen des durch … französische Revolution auch hier im Norden üblich geworde… allzu wüsten Tones unter dem 26. September 1799 eine ne… Druckfreiheitsverordnung publiziert worden, die zwar keine Zens… einführte, „weil dieses Mittel einen unbehaglichen Zwang mit … bringe für jeden guten und aufgeklärten Mann, welcher die A… sicht hegt, mit seinen Einsichten zu nützen,“ aber immerhin d… Grenze der Druckfreiheit möglichst genau festsetzen und für d… Übertreter angemessene Strafen bestimmen sollte. Auf Holstei… und Schleswig war jedoch diese Verordnung nicht gerichtet. I… einem Reskript vom 1. November 1799 an die Oberdikasterien und Oberkonsistorien hieß es vielmehr: „Wir haben Uns veran…

ßt gefunden, in Unseren Königreichen gegen die eingerissenen 'ißbräuche der Preßfreiheit eine auf die Verschiedenheit der ille umständlich eingerichtete Verordnung ergehen zu lassen. In nsehung Unserer Herzogtümer und deutschen Lande nebst der tadt Altona würden, sobald die Umstände es erheischten, eben- ills genaue der dortigen Verfassung entsprechende Maßregeln er- rderlich sein. Es haben sich auch daselbst von Zeit zu Zeit ߉puren einer durchaus nicht zu duldenden Schreibfrechheit blicken ıssen. Da wir aber die Hoffnung hegen, daß die pflichtmäßige Bachsamkeit unserer Landeskollegien, dem Übel fernerhin gesetz- läßig zu steuern, hinreichen wird, so haben wir hiermit nur auf Insere unterm 18. Oktober 1771 erlassene Verfügung (in der vor em Mißbrauche der Preßfreiheit gewarnt wurde) von neuem auf- nerksam machen wollen."

Diese Verfügung genügte auch vollständig, besonders für die „Kieler Blätter", denn diese gingen über einen gewissen gemessenen Ton nicht hinaus. Immerhin erhoben sie dort, wo es galt, wichtige Grundsätze energisch zu vertreten, auch mit allem Nach- druck ihre Stimme. Das geschah besonders bei der Verfassungs- frage. Hier setzte Dahlmannn in dem Aufsatze „Ein Wort über Verfassung" ausführlich auseinander, daß in der Volksrepräsen- tation, die geschaffen werden solle, auch wirklich alle Stände des Volkes vertreten seien, und daß die Repräsentanten das Recht der Steuerbewilligung, sowie Anteil an der Gesetzgebung haben müßten. Und Hegewisch wies in dem Artikel „Repräsentation des Bauern- standes" ganz besonders darauf hin, daß auch dem Stande der Bauern, der bisher keine Rechte gehabt, eine Vertretung auf dem Landtage zukomme. Die große Begehrlichkeit des Adels dagegen, die ganz unberechtigt sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Als dann aber der König von Dänemark, der öffentlichen Mei- nung entgegen, dennoch der Ritterschaft in Schleswig und Hol- stein die alten Privilegien aufs neue bestätigte, scheuten sich die „Kieler Blätter" nicht, zu erklären, sie fänden es besser, lieber keine Verfassung zu haben, als eine solche, in der eine besondere Kaste einen ungebührlichen Vorzug vor dem gesamten Volke erhalte.

Von den sonstigen Abhandlungen seien hervorgehoben „H- steins Eichen und Buchen“ von Prof. Riemann, „Über das V- hältnis der dänischen Sprache zur deutschen in dem Herzogt- Schleswig“ von E. C. Kruse, „Über die friesische Abstamm- der alten Dithmarschen“, ohne Angabe des Verfassers und „Da- Ranzau“ von Prof. Möller in Kopenhagen.

Als die Herausgeber mit dem siebenten Bande ihr Unter- nehmen abschlossen, machten sie nicht die geringste Bemerk- über das Aufhören des Journals; wahrscheinlich war es ihn- verboten, anzugeben, daß sie sich nicht den Beschlüssen des Bund- tages vom 20. September 1819 zu fügen vermöchten und dar- die Zeitschrift lieber eingehen ließen.

Weiterhin sind bei diesen norddeutschen politischen Zeitschr- des zweiten Dezenniums auch „Die Zeiten“ von Chris- Daniel Voß zu nennen, die zwar bereits seit 1805 (jährlic- 12 Stücken mit Kupfern in Großoktav zum Preise von 8 T- für den Jahrgang) zunächst in Rudolstadt, dann von 1807 in Leipzig erschienen, aber bis 1813 einen wissenschaftlich-betr- tenden Charakter trugen und erst, als die politische Beweg- alle Gemüter ergriff, mit in die Tagesfragen eintraten.

Der Herausgeber Christian Daniel Voß, geboren 17- zu Braunschweig, gestorben 1821 zu Halle, war Professor de- Geschichte an der Universität zu Halle und verfaßte eine gro- Menge historischer Werke, von denen besonders eine „Geschich- des Hauses Stuart“ und eine „Geschichte der englischen Re- lution“ zu nennen sind. Auch „Die Zeiten“ schrieb er ga- allein und ließ sie auch auf seine eigenen Kosten drucken; einen pekuniären Gewinn erzielte er damit aber nicht, denn es wurde- kaum 400 Exemplare aufgelegt.*)

Wie die „Nemesis“ und die „Kieler Blätter“, so betonte- auch „Die Zeiten“ sehr energisch deutsches Volkstum und deut- sches Recht. Schon im ersten Hefte des Jahrganges 1814 tra- das Journal lebhaft für die Wiedererlangung des ganzen Rhein- gebietes ein. Nicht der Rhein, sondern die Vogesen und Ardennen

*) Heinr. Brockhaus, F. A. Brockhaus, I, S. 43. Lpzg. 1872.

n Deutschlands Grenze, und die heilige Pflicht der Verbündeten es, dieses deutsche Land wieder zurückzunehmen. Später, als terreich mehr und mehr eine isolierte, den deutschen Bestrebungen mählich sich entfremdende Stellung einnahm, trat der Wunsch mer lebhafter hervor, Preußen möchte sich an die Spitze der utschen Angelegenheiten stellen, sei es in der Form einer Hegenie, oder so, daß sein Monarch wirklich das Oberhaupt von utschland werde. Im Aprilheft von 1816 wird diese Ansicht dem Aufsatze „Über die Täuschungen und über das Wesentliche i dem deutschen Bunde" ganz offen ausgesprochen und begründet. ie deutsche Bundeshandlung habe fast nichts von alledem ausführt, erklärt der Verfasser, was der Deutsche erwartet habe. ie Hauptursache sieht der Verfasser darin, daß die deutschen änder nicht eine Schutzmacht, sondern zwei erhalten hätten, as anstatt zur Einheit, gerade zum Gegenteil führen müsse. ffenbar aber gebühre Preußen die Stellung als Oberhaupt er deutschen Nation, während Österreich auf Italien angewiesen i. „Preußen muß an die Stelle des Beschützers des Rheinundes treten", führt dann der Verfasser weiter aus, „Österreich n die Stelle des Königs von Italien .... Wenn Österreich ine deutsche Macht ist, so ist es doch, bei der geringen Anzahl iner deutschen Bewohner, eine römisch-deutsche Macht .... reußen dagegen ist an den Rhein hingewiesen und muß der ichtung dieses Stromes folgen und dessen Gebiete beschützen. ie innern und äußern Verhältnisse des ehemaligen Rheinbundes eben also im wesentlichen die Art des deutschen Bundes an die and, der unter Preußens Schutz und allein unter dem chutze dieser Macht stehen muß .... Die einzelnen Teile des undes aber würden auf diese Weise auch ihren besonderen Voreil am sichersten finden. Preußen wird die notwendige Freiheit er Glieder gestatten müssen. Die größeren Staaten des Bundes erden so unabhängig sein können, als es nur möglich und nach en gegenseitigen Verhältnissen wünschenswert ist. Die kleineren ber werden nur so eine Sicherheit finden; denn wenn dieser Bund nicht geschlossen wird, so müssen sie, und wohl auch die rößeren, nach und nach von den zusammenstoßenden Mächten

verschlungen werden. Die Bedingungen und Gesetze, unter welche die einzelnen Glieder in den Bund treten, machen dann eben die Bundesverfassung aus. Durch diese erhält dann auch jeder einzelne Deutsche ein Vaterland, wonach die Edleren sich so schmerzlich sehnen."

Die unerhörte Behauptung des Geheimrats Schmalz, daß das Volk beim Ausbruch der Befreiungs-Kriege nur aus Pflichtgefühl, wie etwa beim Löschen eines Brandes, zu den Waffen geeilt sei, wurde auch von den „Zeiten" gebührend zurückgewiesen. Desgleichen widerlegte Voß („Zeiten" 46, S. 169 fg.) mit allem Nachdruck die Behauptung des Staatsrates Dabelow in Göttingen, daß die deutschen Fürsten nicht gehalten seien, den Artikel 13 der Bundesakte in Vollzug zu setzen, da sie bei der Beratung über die Bundesakte nicht mit dem deutschen Volke, sondern nur unter sich paziszbiert, folglich auch dem deutschen Volke nichts versprochen hätten: es hänge also lediglich von ihrem gegenseitigen Willen ab, ob sie Verfassungen geben wollten oder nicht.

Nach den Karlsbader Beschlüssen mußten solche Erörterungen natürlich wegfallen, worauf Voß 1820 auf die Weiterführung des Journals verzichtete.

Eine wertvolle Ergänzung erhielten die „Nemesis", die „Kieler Blätter" und die „Zeiten" noch durch ein vorwiegend volkswirtschaftliches Journal, das sich aber bei allen ökonomischen Fragen doch stets auch auf den allgemeinen vaterländischen Boden stellte und darum ebenfalls oft genug mit in die politische Diskussion eintrat. Es führte den Titel „Hermann, eine Zeitschrift von und für Westfalen" und wurde vom 1. Febr. 1814 ab von dem Prediger Aschenberg und dem Handelsschul-Director Dr. Storck in Hagen herausgegeben. Zu den Mitarbeitern zählten von vornherein die angesehensten Männer des Westens, der kernige Oberpräsident von Vincke, der treffliche Kammer-Präsident von Hövel auf Herbeck bei Hagen, Ernst Moritz Arndt, von Syberg auf Busch, Vinckes Schwiegervater, der intelligente Kaufmann Gerhard Siebel in Elberfeld, die Brüder Harkort und viele andere. Vincke trat in der Zeitschrift sehr bald für den weiteren Bau von Kunststraßen ein (Jahrg. 1816, 15. Stück) und schil-

drastisch die Kurzsichtigkeit der Menschen in Westfalen, die damals, als von 1788 bis 1794 die beiden großen Chausseen Köln über Elberfeld nach Soest und weiterhin nach dem n und von Wesel über Essen, Bochum, Siegen, Wetzlar nach nkfurt a. M. gebaut wurden, der Anlegung der Straßen ersetzten, weil man solche Wegelinien als ein Übel, ja als ein lück betrachtete, da man bei Kriegen dann mit Durchmärschen Einquartierungen überzogen werden würde. Er suchte da- offenbar ähnlichen Einsprüchen, die etwa abermals auftauchen nten, von vornherein zu begegnen. Aus der Zeitgeschichte chte das Journal manches über die Beteiligung der Westfalen dem letzten Feldzuge gegen Napoleon. Bei der Schilderung der hlacht bei Ligny wird berichtet, wie der Chirurgus des Hagenschen ıtaillons dem gestürzten Blücher die erste Hülfe leistete. Weiterhin ırde aber auch der bittern Klage darüber Ausdruck gegeben, ß man die Freiwilligen, die Blut und Leben für das Vater- nd eingesetzt, so klang- und sanglos, auf so „schofele Art" ent- ıssen habe. „Das ganze Süderland der Grafschaft Marck em- findet es sehr unangenehm," schrieb die Zeitschrift, „daß sein andwehr-Bataillon, jene freiwilligen Füsiliere, deren ausgezeich- ıete Tapferkeit der tapfere Steinmetz so ehrenvoll anerkennt, in Lünen aufgelöst und mit einem Bündel auf der Schulter nach Hause entlassen worden, anstatt daß man erwarten durfte, jene Braven würden im kriegerischen Glanze zur Heimat zurückgeführt werden." Die Dankbarkeit reichte eben nach dem Abschusse des Krieges nicht mehr weit.

Als dann der Ausbau der Rechtsverhältnisse begann, der Adel immer mehr Ansprüche erhob und die bürgerlichen Kreise mit ihren Forderungen immer weiter zurückgedrängt wurden, trat auch der „Hermann" mit in diesen „Kampf ums Recht" ein, und als man darauf in Berlin verwundert fragte, was man denn am Rheine eigentlich wolle, antwortete der Rheinländer Gerhard Siebel in dem zornsprühenden Artikel „Der Bürgersinn am Rhein" (1818, S. 99): „Feste Verfassung, aus welcher hervorgehen: Volksvertretung, Gleichheit vor dem Gesetze, gleiche Steuer und Last, öffentliches Verfahren, Landesmacht, Trennung der Ge-

walten, freier Haushalt der Gemeinden, allgemeine Handelsfrei[heit] ohne Zölle, jedoch Repressalien gegen alle Staaten, die [die] Handelsfreiheit nicht anerkennen wollen, und dadurch Schutz [des] innern Handels gegen den Zudrang des fremden; Preßfreih[eit] unter Verantwortlichkeit des Verfassers, Aufhebung aller Üb[er]bleibsel des Feudalismus — das ist's, was wir wünschen." Sol[che] Sprache glaubte man aber in Berlin nicht länger dulden [zu] dürfen und fand denn auch bald einen Grund zum Einschre[iten]. Im Sommer 1819 brachte das Journal einen durchaus sach[lich] geschriebenen Bericht aus Bonn über die Verhaftung Arndts [und] Welckers; der Polizeiminister von Wittgenstein erblickte in dies[em] aber einen „frechen, unehrerbietigen, mit hämischen Bemerkun[gen] vermischten Tadel der von Staatswegen genommenen Maßrege[ln]" und verfügte im August 1819 die Suspension des „Herman[n]". Der streng loyale Aschenberg starb wenige Monate später, [und] es hieß aus Gram über die Unterdrückung seines Blattes [und] die Schmach, die — nach seiner Auffassung — durch diese [ihm] persönlich gefallen war. Sein Redaktions-Kollege Dr. St[...] war bereits 1818 als Professor nach Bremen berufen worden.

Diese hochgestimmten Zeitschriften, die ganz und gar [von] dem Gedanken erfüllt waren, vor allen andern Bestrebungen „d[as] gehobene und erweiterte Dasein des deutschen Volkes" zu förder[n], beherrschten das öffentliche Leben jedoch nicht so ganz unbestritte[n]. Es traten auch noch einige Journale hervor, die sich diese[m] großen allgemeinen Zuge entgegenstellten und Sonderinteress[en] verfolgten. Allerdings waren ihrer nur wenige, und alle stande[n] sie auf einem recht niedrigen geistigen Niveau. Keine einzig[e] geistige Kraft von Bedeutung stellte sich in ihren Dienst. Ge[-] nannt und etwas genauer betrachtet zu werden verdient nur die „Allemannia", die einen spezifisch bayrischen Standpunkt ver[-] trat. Sie wurde von Joh. Chr. Ant. Mor. Freiherrn v. Aretin bei Seidel in Sulzbach von Anfang Januar 1815 bis August 1816 in 42 Oktavheften, die 7 Bände bildeten, herausgegeben. Der Preis der 42 Hefte betrug 8 Taler 8 Sgr. Außer dem Titel

---

*) L. Berger, Der alte Harkort. Lpzg. 1890, S. 182.

rannia" befand sich auf dem Titelblatte nur noch der Wahl-„Für Recht und Wahrheit", sonst war weder der Name Redakteurs, noch der Ort des Erscheinens, noch irgend eine Bedingung angegeben.

Das Journal erschien unter der Oberaufsicht des Minister-denten Montgelas und vertrat dessen Politik (die wir bereits 16 charakterisiert haben) mit großer Heftigkeit. Es begann jedes einleitende Wort, setzte aber sofort energisch gegen zen, den Freiherrn von Stein, Arndt, die Teilung Sachsens, :eier des 18. Oktobers rc. ein. Dieses Vorgehen rief in den nalgesinnten Zeitungen lebhaften Widerspruch hervor, und es schrieb im „Rheinischen Merkur": „Der böse Geist, der änger als einem Jahre unstät und flüchtig in Bayern um-:irrt und nicht recht wußte, wohin er seinen Fuß setzen konnte, nun endlich einen solchen Ort in der „Allemannia" gefunden." : die „Allemannia" nahm das nicht ruhig hin; bereits im ten Bande überschüttete sie in einem besonderen Artikel den erkur" mit Spott und Hohn. „Lieber versteinerter Merkur," ieb sie, „es hat dir gefallen, mir in der Nr. 188 deines olym-ien Ausfehrichts (verzeih' mir die Erinnerung an deinen rigen Dienst im Speisesaale der Götter) eine beißende Mer-ale zu spenden und ohne weiteres den Stein auf mich zu fen. Nimm es der altdeutschen Göttin doch nicht übel, daß ihren Haß gegen alles Römische noch nicht ganz unterdrücken n. Meine Allemannen sind wie die alten Egypter, bei welchen Merkur unter die verhaßten Götter gehörte, oder wie die iechen, die, wenn ihnen was Unrechtes in den Weg kam, so-ich die Nähe des Diebesgottes witterten. Es ist, wie du so in sagst, eine Feindschaft gesetzt zwischen uns und deinen Stein-zen, seinem Samen und unserem Samen. Aufrichtig bist du, ikel des Atlas und Sohn des Rübezahl, mehr als man es von n windigen Lügengott erwarten kann. Du gestehst es doch :adezu, daß man dir ins Herz greift, wenn man sich anschickt, Steine aus dem Weg zu räumen (eine Anspielung auf den :eiherrn vom Stein). Du nimmst als Straßengott die Stein-mme in Schutz, wenn gleich Wiebeking sie als die schlimmsten

Chausseen verwirft, und unter deinen Händen wird alles zu Stein, wie weiland bei Midas alles zu Gold. Den Jupiter selbst darf man angreifen, wie frevelhaft man nur immer will; da verziehst du keine Miene; ja du hättest ihm, es ist allbekannt, seinen Donnerkeil sogar schon gestohlen, wenn Feuer so leicht in die Hand zu nehmen wäre. Keiner der übrigen Götter ist unberaubt von dir geblieben, und schon in der alten Welt warst du ein tüchtiger Sanskulotte. Nun aber hast du dich ganz und gar dem Fetischen-Dienst ergeben und opferst mit echt merkurialischer Dienstfertigkeit jenem harten Stein, an welchem Preußen krank und der dem ganzen heiligen Reich schwer auf dem Herzen liegt. Glaube mir, du kleinster aller Planeten und größter aller Windmacher, du hast keinen guten Stein im Bret. . . . . Was aber auch immer die Ursache deines Ingrimms gegen mich sein mag, du seist nun Betrüger oder Betrogener — es gereicht mir zu einiger Beruhigung, das letzte zu glauben, denn einst kannte ich dich auch als Kämpfer für die gute Sache — in keinem Falle wirst du dein Glück bei meinen Allemannen machen. Deine trismegistischen Orakelsprüche kommen ihnen nicht weniger abgeschmackt vor, als weiland deine gefrorene Musik in der „Einsiedler-Zeitung“. Dringe mir doch, du durchgebranntes Gestirn, das nicht ferner als feines Porzellän auf, was du selbst nur als grobes Steingut erkennest; behandle mich fürder nicht so vornehm, als wär' ich eine von den schwarzen Hofdamen deiner geliebten Höllengöttin, und gib endlich den Versuch auf, mich zu steinigen. Und nun gehab dich wohl, du bartloser Gott mit dem Hundskopf. Drücke dein buntes Hütlein, dem schon die Mythologie die Farben deiner Fahne beigelegt hat, tief in die Augen, verhülle dich in dein Mäntelchen und tu' endlich Buße, gleich den ausgetrockneten Schattengestalten die du aus Amtspflicht zum Styx geleitest. Was aber deine Stein des Anstoßes betrifft, so werde ich dir nächstens zeigen daß er weder ein Grund- noch Eckstein, weder Edel- noch Eisen noch Magnetstein ist, sondern ein recht gemeiner roher Kiese Nur wenig des Feuerstoffes führt er in seinem kristallisierten Herzen, und bald wandert er den Weg aller ungeschliffenen Stein d. h. — er wird weggeworfen.“

diese Kapuzinade folgte dann im 3. Bande eine etwas
hliche Entgegnung. In einem Artikel „Über Veranlassung
ck der Allemannia" verwahrt sich das Journal zunächst gegen
rwurf, daß es „ganz gegen Preußen gerichtet" sei, und
dann: „Wie ein warmer Regen nicht nur Äcker und Fluren
:t, sondern auch die giftigen Pilze in Menge aus der Erde
o ist auch nach dem großen Kriege eine große Menge von
tellern aufgestanden und hat besonders für einen Zweck
ct, welcher Erhebung einer einzigen Macht, Ver-
ng aller übrigen in der öffentlichen Meinung zu sein
. . . . Vorzüglich waren Sachsen, Baiern, Baden, Würt-
z die Zielscheibe der Schmähsucht und des Grolls." Bei
igen wäre die Frechheit gewachsen, daher sei eine Gesell-
achtbarer Männer aus verschiedenen Ländern zu dieser
rift zusammengetreten, um einen Kampfplatz gegen diese
ifer zu eröffnen und die Mitbürger vor diesen Wölfen in
spelzen zu warnen. Und weiterhin wird die Zeitschrift noch
cher; sie spricht von einer geheimen Verbindung, die der
äischen Politik im letztverflossenen Jahre eine andere Rich-
gegeben, und schließlich wirft sie in dem Aufsatze „Die
zen Wächter" (Band 4) der nationalen Partei unter der
e Preußens unverhohlen das Streben nach einer vollkomme-
Revolutionierung Deutschlands vor. „Achtet man," heißt es
„auf die revolutionären Umtriebe und Reden in Bänden und
chriften des Nordens, so sollte man meinen, es sei auf nichts
ger, als auf eine deutsche Republik abgesehen. Die Untun-
eit der Sache bei Seite, erwäge man nur den Umstand, daß
Treiber und Sprecher den Schutz mächtiger Fürsten genießen,
daß diese Verstand und Macht genug haben, um — wäre
der vergeblichen deutschen Republik etwas Wahres — es zu
iten und zu hintertreiben. Es können demnach jene revolutio-
en, absichtlich geduldeten Äußerungen weiter nichts bezwecken,
die deutschen Völker zu einem fieberhaften Ausbruche zu ver-
en, der eine militärische Einmengung von Nachbarstaaten her-
zöge und rechtfertigte, und — die deutsche Republik hätte am
de das Los der polnischen von 1795! Also, Deutsche! miß-

traut diesen Predigern der Freiheit und eines unsichtbaren R… das mit Blut kommen, mit Blut gehen würde!"

So grell wie möglich waren also die nationalen Bestre… als Schreckgespenst hingestellt worden, um ein straffere… sammenfassen Deutschlands unter der Oberherrschaft Preuß… verhindern.

Mittlerweile änderte sich aber das politische Bild D… lands. Friedrich Wilhelm III. hatte, ängstlich geworden den… laute Sprache der Stürmer und Dränger und schließlich… erregt durch die Schmalzische Denunziation des Tugendb… sich von der nationalen Sache abgewendet und sich auf … stokratisch-büreaukratische Seite gestellt. Dadurch war die … ßische Regierung der Sympathieen aller Nationalgesinnte… lustig gegangen — und nun ereignete sich das seltsame … spiel: die „Allemannia" gab mit einer kühnen Schwenkung … bisherigen Standpunkt auf und suchte die Sympathie der … nalen auf ihre Seite zu ziehen. Schon gegen den Sch… fünften Bandes hin zeigt sie liberale Allüren und tadelt de… so hoch emporgehobenen Schmalz wegen seines Hasses gege… Verfassungen, und im sechsten Bande weiß sie sich mit … Männern der einst so hart bekämpften nationalen Richtung … mütig zu versöhnen. Görres, der ehedem so heftig befehde… jetzt auf einmal ein reichbegabter Gelehrter von unvergäng… Verdiensten,*) und die Idee der deutschen Einheit erfährt … ganz neue Beleuchtung. Die „Allemannia" zögert nicht, … klären, daß, so wie Spanien, Frankreich und England aus … Menge verschiedener Völkerstämme und kleiner Fürstentüme… großen Reichseinheiten emporgewachsen seien, diese Erschei… sich auch in Deutschland wiederholen müsse. „Diese Einhe… fährt sie fort, „steht auch als allgemeiner Wunsch und allgeme…

---

*) Görres erhielt sogar nach der Unterdrückung des „Rheinischen M… kurs" vom Grafen Montgelas einen Ruf nach Bayern, um dort bei sehr … deutender Besoldung ein neues Blatt herauszugeben, dem man die Zen… freiheit sicherte. Görres war aber ehrenhaft genug, das Anerbieten zur… zuweisen.

is aller deutschen Völker vor uns und kann daher mit
roßer moralischer wie geschichtlicher Wahrscheinlichkeit als
ere Folge des letzten großen Zeitresultates angesehen wer-
Bald nachher klärt sich dann der Gedanke über die zu
nde Einheit Deutschlands noch weiter. In dem Aufsatze
Völkerbestimmung" werden die Bedingungen erörtert, die
lk besitzen müsse, um verwandte Stammgenossen mit sich
inigen, und es wird dargelegt, daß ein Volk, das stamm-
dte Völker mit sich zu vereinigen bestimmt sei, ungefähr in
itte derselben gelegen sein müsse; es müsse geographisch
eren, die Flüsse müßten von da in die anderen Staaten
-, nicht aber zu ihm hereinströmen, es müsse ein ackerbauen-
n u. s. w. Schließlich ist es klar bewiesen, daß nur die
rn das Volk sein können, um das sich die übrigen Stammes-
en scharen müssen, um die deutsche Einheit zu verwirklichen.
Verfasser nennt zwar den Namen nicht, aber ein Zweifel
nicht aufkommen.

Nachdem die „Allemannia" diese Höhe erklommen hatte, stellte
it dem Schlusse des 7. Band ihr Erscheinen ein. In einem
chieds-Worte", datiert vom 15. August 1816, ohne Ortsan-
, heißt es: „In einer Zeit allgemeiner Leidenschaftlichkeit und
tes-Verwirrung wagte die ‚Allemannia' es zuerst und allein,
ie Unterdrückten und Geschmähten gegen Übermacht und Ver-
dung ihre Stimme zu erheben, zuerst den aufgeregten Ge-
rn ruhige Erwägung und Vertrauen auf ihre angeborenen
scher zu empfehlen, zu warnen vor den unter gleißenden
ten von Volkstum und Deutschheit dargebotenen gefährlichen
henken. Manchem hochgefeierten Manne hat sie den Stempel
borener Erbärmlichkeit aufgedrückt, mancher Schwindelnde
de auf die Bahn der Besonnenheit zurückgeführt, der redliche
rger in seiner Gesinnung bestärkt." Seit drei Monaten habe
nun aber die Stimmung in Deutschland geändert, deshalb
ne — das sagt das Abschieds-Wort jedoch nicht direkt — die
llemannia" jetzt zu erscheinen aufhören. Wahrscheinlich waren
n im Verborgenen die Mächte tätig gewesen, die einige Mo-

nate später den Grafen Montgelas stürzten und dann i
unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Za
Ende machten.

---

2. Die politischen Zeitschriften der letzten Jahre. Okens „Isis“.
Programm. Der Herausgeber behandelt mit Vorliebe politische
Mißstimmung in Weimar. Goethe über die „Isis“ und die Pr
überhaupt. Karl August kann sich nicht entschließen, Goethes Aufs
zu folgen. Die „Isis“ und das Wartburgfest. Okens Absetzung
Unterdrückung der „Isis“. Börne über die Tragödie der „Isis“.
Zeitschriften. Sein Einfluß. Die „Wage“. Ihre Ankündigung
Programm. Börne bittet Goethe um Beiträge. Der Erfolg der
Ihre Theaterbesprechungen. Gentz und Rahel über sie. Die „Zeits
Börnes Ankündigung der Zeitschrift. Ihr Inhalt. Wird unterdrückt.
Abschied von den Lesern.

Die „Allemannia“ schloß jedoch die Reihe der p
Zeitschriften von Einfluß während der in Rede stehenden
noch nicht ab. Nachdem die „Nemesis,“ die „Kieler
Voß' „Zeiten“ und der „Hermann“ ihren Kulminatio
bereits überschritten hatten und die „Allemannia“ schon ve
war, stiegen schließlich noch drei Journale mit raketenartiger
menz empor und warfen ihre Strahlen weit hin in die
verpufften dann aber sehr bald unter knatterndem Getöse.
waren dies die „Isis“, die „Wage“ und die „Zeitschwinge“.

Die „Isis“ wurde 1817 von Professor Dr. Johann
Oken in Jena gegründet. Oken, geboren am 1. August
in Ortenau in Baden, war Professor der Naturwissenschaf
Jena und ein glänzender, ungemein geistig anregender D
zugleich aber auch ein leidenschaftlicher Politiker, besonders
es galt, das zertrümmerte Deutschland neu aufzubauen. In
reinen Begeisterung für Deutschlands Größe schrieb er z
für die Brockhausschen „Deutschen Blätter“ eine Reihe von
tikeln, und als diese Zeitschrift eingegangen war, suchte er
haus für die Idee eines neuen Journals, für das er den
„Encyklopädische Blätter“ vorschlug, zu gewinnen. Darauf

Brockhaus auch im letzten Stücke der „Deutschen Blätter"
neue Journal an, das „gewissermaßen das Kind der
chen Blätter'" und unter Okens Leitung den Natur-, techno-
en und ökonomischen Wissenschaften, der Geschichte, Sprach-
Kunst und Rezensionen gewidmet sein sollte. Allein die
abe verzögerte sich, bis endlich Brockhaus mit Oken auf dessen
gen einen Kontrakt dahingehend abschloß, daß Oken in Jena
besondere Nennung des Verlegers eine Zeitschrift unter dem
„Isis, oder Encyklopädische Zeitung" erscheinen lassen
Es stand daher auf den Titeln der ersten Jahr-
nur „Jena, in der Expedition der Isis", oder „Jena,
Herausgeber." Für den Beginn der Zeitschrift war der
ng des Jahres 1817 festgesetzt; Oken wollte aber nicht so
warten, sondern ließ bereits am 1. August 1816 das erste
k der Zeitschrift, jedoch mit der Jahreszahl 1817, erscheinen.
Blatt sollte sodann 16mal im Monat, jedesmal in Stärke
einem halben Bogen, in Quart mit Kupfern und Holz-
itten zur Ausgabe gelangen, kam jedoch stets sehr unregel-
ßig und außerdem teils unpaginiert, teils mit falschen Seiten-
len. Mit der Jahreszahl 1817 wurden 197 Nummern her-
gegeben zum Abonnementspreise von 6 Talern. Der Jahr-
g 1818 erschien in Monatsheften zum Preise von 8 Talern,
nso der Jahrgang 1819, doch war diesem das Motto vorge-
: „Dedimus profecto grande patientiae documentum; et
at vetus aetas vidit, quid ultimum in libertate esset, ita
, quid in servitute, ademto per inquisitores et loquendi
liendique commercio. Glücklicher Tacitus! Vit. Agric."*)
e weiteren Jahrgänge erschienen dann mit der Brockhausschen
rma in Leipzig.

Das Blatt war in hohem Grade originell; darauf deutet
on der Kopf hin; er zeigte in der Mitte die Gestalt der Göttin
is, rechts von dieser den Anubis, links den Osiris. Über die

*) „Wir haben fürwahr ein großes Zeugnis von Geduld abgelegt, und
wie die alte Zeit gesehen hat, was der Höhepunkt in der Freiheit war, so
ben wir gesehen, was der Höhepunkt in der Knechtschaft ist, weil durch
däher jeder Verkehr im Reden und Hören genommen ist."

Gebiete, denen sich die neue Zeitschrift widmen werde, spra
Oken in folgender Weise aus: „Die ‚Isis' ist ein encyklopä
Blatt; sie soll einem wahren Bedürfnis in den großen de
Landen abhelfen, nämlich dem der allseitigen und zeitigen
breitung aller menschlichen Entdeckungen und der allseitigen
gründlichen Beurteilung geistiger Erzeugnisse in Wissen
Kunst, Gewerbe und Handarbeit: nichts, was bleibenden u
fördernden Wert hat, sollte von der Betrachtung ausgeschl
sein." Doch sollen die Naturwissenschaften immer den H
gegenstand bilden. Ausführlich begründet das Oken. Als z
Thema wird sodann die Kunst „mit ihren Gehülfen, My
und Archäologie", angeführt und als drittes die Geschichte.
Dekrete der Geschichte müsse man kennen lernen; der Ge
müsse man gehorchen, denn sie sei Weltregent. „Sie
daher als ein schauerlicher Riese über Strom und Felse
loco sigilli und Schlagbäume, lachend über solche A
welche Geist und Sinn fangen wollen und im Fange übe
Es wird die Kühnheit eines Narren erfordern, wenn e
Geschichte bannen will. Die Geschichte aber ist die Mensch
einer aber ist nichts. Darum sei sie der Spiegel dieser
schrift, die Natur ihr Fußboden, die Kunst ihre Säulenwand
Himmel lassen wir uns offen."

Einige Disziplinen, wie Redekunst, Dichtkunst, Sprach
u. s. w. sollten nur sparsam aufgenommen werden, von „Th
streichen," Feuersbrünsten ꝛc. sollte gar nicht gesprochen wer
Im übrigen sollte die Zeitschrift dem freiesten Verkehre ge
sein: „in ihrem Hafen kann landen und lösen, wer nur
mag, und wer etwas hat"; es könne also von keiner Partei
Rede sein, oder von allen: „Jeder ergreife eine Meinung,
ein System, welches ihm Freude macht, oder er ergreife kei
alles ist gut, und alles muß zugelassen werden!" Auf dem
schlage war noch gesagt: „In dieser Zeitschrift kann jeder un
gefordert einsenden, was er will, jedoch nur über unten an
gebende Fächer. Weder bezahlt jemand etwas, noch erhält jem
etwas. Alles ist frei."

Ein politisches Blatt sollte also die „Isis" von Haus a

sein, und Oken sprach sich in diesem Sinne sogar noch entschieden aus, indem er sagte: „Kein Blatt im Großum Weimar habe Ursache gehabt, ein feindliches Gesetz, r Preßfreiheit, umzustoßen, am wenigsten die „Isis", die olitisches Blatt sei, und in die sich nur hie und da, und eigentlich gegen des Herausgebers Willen, etwas Politisches verirrt."*) Trotzdem gewann aber die „Isis" alsbald politischen Charakter, und zwar einen von eminenter Beig.

Von vornherein kam so etwas wie ein politischer Ton da- in die Zeitschrift, daß Professor Eichstädt, der Herausgeber Jenaischen Allgemeinen Literaturzeitung", das Erscheinen der " zu verhindern suchte, weil er geltend machte, die „Isis" in kritisches Blatt, eine Literaturzeitung", und daß nur Professor Eichstädt, laut Privilegiums vom 7. Okt. 1803, Recht habe, eine Literaturzeitung herauszugeben. Offenbar Professor Oken durch die „Isis" das weitere Blühen der emeinen Literaturzeitung stören und beeinträchtigen. Hiern protestierte Oken; er erklärte, daß die „Isis" weder ein iches Tageblatt, noch eine Literaturzeitung sei, und berührte die Frage, „ob überhaupt ein literarisches Privilegium erwerben könne." Schließlich wagte die Weimarische Regierung, dem sie zunächst das Erscheinen des Blattes, „sofern es ensionen enthalte und ein kritisches Tageblatt sei", untersagt e, keinen weiteren Einspruch gegen die Herausgabe desselben; blieb bei Oken eine gereizte Stimmung zurück, die sich alsd in dem Blatte bemerkbar machte.**) Gleich in der ersten mmer druckte er den Passus aus dem Grundgesetz über die dständische Verfassung (Weimar, Mai 1816) ab, worin das cht auf Freiheit der Presse ausdrücklich anerkannt ist. In mmer zwei findet sich neben dem Bilde einer Wage folgende elle: Ob wir wirklich Preßfreiheit haben, oder ob sie durch

*) Isis 1817, Nr. 163.

**) Die betreffenden Aktenstücke sind bei A. Ecker, Lorenz Oken, Stuttrt, 1880, abgedruckt.

literarische Privilegien und willkürliche Deutung und Auslegun
derselben als Fratze verspottet werden wird, das soll der Fort
gang der „Isis" lehren. Und in den Nummern neun bis el
wurde ein Aufsatz „Über das Grundgesetz über die Landständisch
Verfassung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach" ab
gedruckt, in dem Oken zwar die mutige Tat des Großherzog
Karl August, seinem Lande eine Verfassung gegeben zu haben
bereitwillig anerkannte, weiterhin aber erklärte: wie sehr er auc
„den guten Willen, die Weisheit, Klugheit, Vorsicht, Geschäfts
kunde", welche sich in dem Grundgesetze ausspreche, zu schätze
wisse, fühle er sich doch durch Wahrheits- und Vaterlandslieb
zu dem Geständnisse gedrungen, daß er die Grundlagen de
Ständeeinrichtung für „völlig verfehlt" halte und in jenem Grund
gesetze „nicht eine Spur von Staatsgrundgesetz" erkennen könne
Die Rechte des Volkes seien darin keineswegs festgesetzt und an
erkannt. Von diesen Rechten sei eigentlich nur eins verbürgt, di
Preßfreiheit; alle übrigen, deren er 23 aufzählte, seien gar nich
erwähnt. „So also", schloß er, „steht es mit unserer hochge
priesenen Verfassung!" Und zur größeren Deutlichkeit setzte e
neben diesen Satz noch eine hinweisende Hand.

Ein solches heftiges Auftreten mußte in den Kreisen vo
Weimar schwer verletzen; es wurde ein Ministerrat abgehalte
und in diesem der Großherzog angegangen, als Souverän un
polizeilich einzugreifen. Karl August soll aber erwidert haben
„Ich als Souverän tue nichts. Man muß sich jetzt vor Ge
waltstreichen höllisch in acht nehmen; wenn Ihr ihm aber recht
lich etwas anhaben könnt, so mag es seinen Gang gehen."*) Doc
legte er die mittlerweile über den Fall Oken entstandenen Akte
Goethe vor, wohl weniger dem Staatsminister, als vielmeh
seinem Berater auch in solchen Angelegenheiten, die nicht gerad
in dessen Geschäftsbereich fielen, worauf sich Goethe in einem aus
führlichen Gutachten sowohl über den speziellen Fall, wie übe

*) Brief Okens an Brockhaus in H. E. Brockhaus, Friedrich Arnol
Brockhaus. Leipzig, 1876. Bd. II, S. 170.

eiheit überhaupt äußerte.*) Er deutete zunächst an, daß
l am besten gewesen wäre, wenn „man sogleich beim Er-
ı der Ankündigung von Polizei wegen das Blatt verboten
Da es nicht geschehen sei, „so hat man den traurigen
l, zu sehen, wie ungehinderte Verwogenheit täglich wächst
hre grenzenlose Natur offenbart." Sodann unterwarf er
ı Akten beigefügten Vorschläge der Landesdirektion, „wie dem
gesteuert werden könne", einer Prüfung. Die Vorschläge
ı, so entwickelte Goethe, dahin, man solle

1. dem Herausgeber der „Isis" seine Ungebühr mündlich
schriftlich verweisen und ihn

2. bedrohen, daß bei erneuerten Ausfällen auf einzelne Per-
ı oder ganze Stände sein Blatt sogleich verboten werden solle;

3. werde vorgeschlagen, daß man den Fiskal gegen Oken
:gen und auf dem Wege Rechtens den bisher Beleidigten Ge-
uung verschaffen möge.

Diese Maßregeln erschienen Goethe eher geeignet, „das Übel
vermehren, als demselben Einhalt zu tun"; er begründet diese
icht bei jedem Punkte des längeren und erklärte schließlich:
ie anfangs versäumte Maßregel muß ergriffen und das Blatt
eich verboten werden. Man fürchte sich ja nicht vor den
gen eines männlichen Schrittes, denn es entstehe daraus, was
le, so behält man das schöne Gefühl, recht gehandelt zu haben,
die Folgen des Zauderns und Schwankens auf alle Fälle
nlich sind. Mit dem Verbote der „Isis" wird das Blut auf
mal gestopft; es ist männlicher, sich ein Bein abnehmen zu
sen, als am kalten Brand zu sterben." Endlich gibt er an,
e bei der Unterdrückung vorzugehen sei. „Man ignoriere Oken
nz und gar," rät er, „aber man halte sich an den Buchdrucker
d verbiete diesem bei persönlicher Selbstgeltung den Druck des
lattes... Okens Unternehmen ist Catilinarisch, und wer hätte

*) Wörtlich wiedergegeben in dem „Briefw. d. Großherzogs Karl August
t Goethe von 1775 bis 1828." 2 Bde. Weimar 1863.

Lust, den Cicero zu spielen, der schlechten Dank verdiente, daß er die Stadt rettete?"

Dieses harte Urteil über die „Isis" sowohl, wie über Oken selbst, hatte allerdings nicht bloß seinen Grund in der Abneigung Goethes gegen die unruhigen politischen Verhältnisse seiner Zeit, sondern auch in einer Antipathie gegen Oken, dessen bisweilen ungezügelte Leidenschaftlichkeit ihm zuwider war, und vielleicht auch in einer Differenz, die zwischen den beiden Männern wegen der Priorität einer osteologischen Entdeckung bestand.*)

Der Großherzog konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, dem Rate Goethes zu folgen; auch auf die Vorschläge der Landesdirektion ging er nicht ein; die „Isis" erschien mithin ganz unbehelligt weiter, doch wurde sie plötzlich in Österreich verboten. „Man hat nämlich dort allgemein behauptet," schreibt Oken an Brockhaus, „der Name ‚Isis' bedeute einen geheimen Bund, und es wäre diese ‚Bundeszeitung' und ich der Meister oder Schreier davon."

Einen Antrag, die Zeitschrift aus Baden zu verbannen, wies der Großherzog von Baden mit der Bemerkung zurück: „Ich führe nicht Krieg gegen Zeitschriften."

Diese Zeit des ruhigen Weitererscheinens der „Isis" dauerte aber nicht lange. Das Wartburgfest erschien, Oken nahm an ihm teil und brachte darauf in der Nr. 195 der „Isis" eine Beschreibung davon — leider mit illustrierenden höhnischen Vignetten zu dem Verzeichnis der am Abend des 18. Oktober auf dem Wartenberg verbrannten mißliebigen Bücher und verhaßten Embleme.

Diese Keckheit machte ein ungeheueres Aufsehen; man riß

*) Ausführliches über diesen Streit bei Virchow, Goethe als Naturforscher, Berl. 1861, und bei Düntzer, Aus Goethes Freundeskreise. Braunschweig 1868, S. 117 ff. Seinem Mißbehagen über die „Isis" und ihren Herausgeber machte Goethe auch in folgendem Stachelverse Luft:

Sie fährt in alles rasch hinein
Mit Ungestüm und Besen
Und will doch auch papistisch sein;
Das ist ein seltsam Wesen.

rmlich um diese Nummer, und als am folgenden Tage tob. 1817) ihre Konfiskation ausgesprochen war, stieg ihr so bedeutend, daß ein Dukaten und noch mehr für sie bewurde.*) Oken aber wurde nach Weimar vorgeladen und von einem improvisierten Gerichte am 24. Januar 1818 n Vergehens gegen die höchste Regentenwürde des Landes- und die Amtswürde der Landesbehörden, wegen Verunfung deutscher Regenten und auswärtiger Amtsbehörden" sechs Wochen Festungsarrest und Bezahlung der Kosten teilt, 2. vor Wiederholung solcher Vergehen bei ungleich rer Strafe gewarnt, und endlich wurde 3. die Vernichtung Nummer 195 und das Verbot des Wiederabdrucks ausgehen. Gegen dieses Urteil ergriff Oken aber die Appellation, das Oberappellationsgericht sprach ihn von der Anschuldigung Staatsverbrechens frei, verfügte auch, daß inbetreff der übrigen huldigungen die Untersuchung, weil nicht von einer kompeen Behörde geführt, als nicht geführt zu betrachten sei.**)

Eine Bestrafung Okens erfolgte also nicht, was aber seinen ießlich doch noch herbeigeführten Fall nur beschleunigte. Denn ie Gegner wurden durch seine Freisprechung noch mehr gegen aufgebracht; besonders der preußische Minister von Kamptz :te nicht auf, ihn bei der weimarischen Regierung zu verdächtigen. dauerlicherweise tat auch Oken alles, die gereizte Stimmung en sich dadurch zu verstärken, daß er viele Zustimmungsadressen, ihm von auswärts zugingen, und die sich nicht immer glimpf) ausdrückten, in der „Isis" abdruckte. Infolgedessen erging ter dem 11. Mai 1819 an die Universität Jena ein Reskript des roßherzogs Karl August, worin dem akademischen Senat aufgeben wurde: „Dem Hofrat und Professor Dr. Oken die Alteritive zu stellen, entweder die Herausgabe der „Isis" und jedes ideren ähnlichen Blattes, es erscheine nun unter diesem oder jenem

*) Angaben A. Eckers, dem wir auch sonst hier öfters gefolgt sind.

**) Die Aktenstücke sind in der „Isis", 1818, I, 739—765 und II, 767—1785 abgedruckt. Zugleich wird dort auch über die vielen Zensurschwierigkeiten berichtet, mit denen Oken zu kämpfen hatte.

Titel, sofort und gänzlich aufzugeben, oder seine Stelle als Professor augenblicklich niederzulegen.“ Ein Reskript des Herzogs August von Sachsen-Gotha und Altenburg an die Großherzoglich Herzoglich Sächsische Gesamtuniversität vom 10. Mai enthielt gleiche Weisung. Motiviert wurde sie folgendermaßen: Oken fahre fort, in der „Isis“ eine Sprache zu führen, die die höchste Mißbilligung verdiene; er verletze nicht nur fortwährend die allgemeinen Pflichten des Schriftstellers, Sitte, Anstand, Zucht u. s. w., sondern er lasse zugleich seine besondern Pflichten als öffentlich angestellter Lehrer der Jugend gänzlich unbeachtet. Gern habe man ihm bis jetzt alle Schonung angedeihen lassen, auf die ein Gelehrter von Verdienst Anspruch machen könne, allein da die ihm gewordenen Verwarnungen keinen Erfolg gehabt, der nachteilige Einfluß eines solchen fortgesetzten Mißbrauchs auf die Zwecke und den Ruf der Universität nicht zu verkennen sei, und Hofrat Oken keine Sicherheit gewähre, daß er von seiner „kaum glaublichen Verirrung“ zurückkommen werde, so sehe man sich zu jener Alternative genötigt.

Der Senat remonstrierte zwar zunächst höflich, erhielt aber den Bescheid, daß es bei dem ersten Ausspruche verbleiben müsse, und so wurde Oken, da dieser erklärt hatte, auf eine solche Insinuation habe er keine Antwort, am 7. Juni 1819 aus seiner Stelle entlassen. Doch damit nicht genug; bald darauf wurde von der Landesdirektion auch noch die provisorische Unterdrückung der „Isis“ verfügt, wodurch das Entweder—Oder (Aufgabe der „Isis“, oder der Professur) vollständig illusorisch gemacht wurde und sich Oken doppelt gestraft sah.

Dieses Verfahren gegen Oken erregte in ganz Deutschland ein peinliches Aufsehen; viele Stimmen erhoben sich zu seinen Gunsten. Besonders energisch trat Börne für ihn ein. „Oken, sagt man, habe unter der Ägide der Preßfreiheit häufig die Geißel der Satire geschwungen,“ schrieb er, „und dadurch ein allgemeines und ärgerliches Aufsehen gemacht. Er habe sich unanständiger Äußerungen bedient, denen es häufig an wissenschaftlicher Bedeutung und Wirksamkeit gefehlt habe; er habe sich plumpen, Geschmack und Sitte beleidigenden Ausfällen hingegeben

›arum mußte man ihn von seiner Stelle entfernen. Allein dies Vergehen, welche das Gesetz bedrohte und daher be- n darf? Wann und wo war es untersagt, die Geißel der e zu schwingen? Ist Oken hierbei ohne Geschmack und plump Werke gegangen, so kann ihm nur auf wissenschaftlichem Wege htweisend begegnet werden, aber der Staatsgewalt steht es zu, den Mangel an Witz zu bestrafen, und es steht ihr an, als Kunstrichterin aufzutreten. Die Weise Okens hat n mißfallen, aber die Gutgesinnten verziehen ihm die ästhe- :n Mängel seiner Schreibart, weil sie wußten, daß auf Deutsche, ihrer Elefantenhaut, kein leichter satirischer Kitzel wirke, und man, um Eindruck zu machen, sich zuweilen grober Kartät- t bedienen müsse."

Oken büßte übrigens durch das Verbot der großherzoglichen ,ierung seine Zeitschrift keineswegs ein, denn sie wurde jetzt zu-)st in Leipzig und dann in Rudolstadt gedruckt. Von den)icksalsschlägen, die den Herausgeber betroffen, erwähnte die sis" aber nichts. Das erste Heft seit der Unterdrückung im :oßherzogtum enthält sogar bloß streng Wissenschaftliches, bringt och auf dem Umschlage die Notiz, daß das folgende Heft wieder : gewöhnliche Mannigfaltigkeit zeigen und der Charakter der sis" unverändert bleiben werde. Allein die Karlsbader Be- lüsse nahmen Oken mehr und mehr die Lust, sich mit der)litik zu beschäftigen, und so entschloß er sich denn endlich, vom ıhrgange 1824 an alle politischen Aufsätze von seiner Zeitschrift en zu halten, und teilte dies auf dem Umschlage des ersten Heftes)ne weitere Motivierung seinen Lesern mit.

In Jena lebte Oken noch bis 1828 als Privatgelehrter, irkte dann eine Reihe von Jahren als Professor in München, on 1833 ab in Zürich, wo er seine berühmte „Allgemeine laturgeschichte" in dreizehn Bänden vollendete und am 11. Au- ust 1851 starb.

Die beiden andern Zeitschriften, die „Wage" und die „Zeit- hwingen", wurden von Ludwig Börne herausgegeben, dem länzenden Stilisten, dem warmherzigen Verteidiger von Freiheit nd Recht, der jedoch damals, als er mit der „Wage" hervor-

trat, noch keine literarische Position besaß, obgleich er bereits das zweiunddreißigste Lebensjahr erreicht hatte. Sehr bald aber sollte seine Stimme Beachtung finden und er selbst zu den Berühmtheiten des Tages gezählt werden. „Vornehmlich auf die Jugend wirkte er bezaubernd," berichtet uns Gutzkow. „Diese Frische, dieser Witz, die großartige Perspektive in Welt- und Zeitanschauungen, die man auf der Schule kaum ahnte, und die auf der Universität zu dem Verbotenen gehörte! Von den Fesseln des Systems sah man sich erlöst; die freie Ungebundenheit war doch zugleich zu einer in bunten Farben schimmernden Kristallisation der Darstellung kunstvoll verhärtet. Alle Formeln und Gesetze lösten sich hier vor der freien Gesetzgebung eines mächtigen Individuums auf, das nicht aus dem Hörsaal, sondern aus dem grünen Walde der Erfahrung und der Geschichte heraustrat." Börne wurde dadurch bald eine aufklärende Macht von großem Einfluß. Aber er kam über eine gewisse Einseitigkeit nicht hinaus. Er betrachtete alle Erscheinungen des Lebens unter dem Gesichtswinkel der Politik. In der Reisebeschreibung, dem Theaterreferate, in Plaudereien über das gesellschaftliche Leben: überall warf er auch eine Bemerkung über die politischen Verhältnisse, die konstitutionelle Frage, die Geschworenengerichte, die Preßfreiheit oder dergleichen hinein. Und wenn sich absolut keine politische Beziehung finden ließ, so mußte ein politisches Witzwort aushelfen. Als bei einer Theater-Aufführung ein Krönungszug außerordentlich dürftig ausgefallen war, schrieb er: „Es wurde fast nur mit einer Stimme Vivat gerufen, wahrscheinlich um akustisch darzutun, wie einstimmig das Volk in seiner Freude sei." Solche Anspielungen, Andeutungen und ironischen Bemerkungen, die die Zensur nicht wohl unterdrücken konnte, fanden aber großen Beifall und reichten damals allein schon hin, einen Schriftsteller populär zu machen.

Bei Börne bildeten jedoch diese witzigen Anspielungen nur die Arabesken, den kleinen Zierrat in seinen Abhandlungen, denn immer handelte es sich bei ihm im Grunde um eine sehr ernste Sache, immer suchte er bei allem, was er besprach, dahin zu wirken, bei den Deutschen das Nationalbewußtsein zu wecken, sie

rationale Ziele zu begeistern; denn es war ihm Herzenssache, Volk zu einem freieren, gesunderen Staatsleben emporzu- i, durch die Aufdeckung der Schäden des Staatslebens heil- Reformen herbeizuführen. Dabei war sein Hauptgedanke, Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen seien, sie sich gegenseitig ergänzen müßten. „Den Deutschen das ie, den Franzosen das Talent," meinte er, „dem einen die pferische, dem andern die anwendende Kraft." Und weiterhin irte er: „Werden die Deutschen frei, dann sind sie die besten unde und treuesten Verbündeten der Franzosen, und bleiben in ihrer gegenwärtigen Erniedrigung, dann werden sie in m Kriege wie holländische Tonpfeifen zerbrochen werden." ese Ansicht hat sich ja schließlich als ein großer Irrtum er- sen, zu Börnes Zeiten fand sie aber viel Anhänger und gab rne die Aureole des großen Politikers.

Diese ausgesprochen politische Grundstimmung Börnes brachte mit sich, daß ihm die Gesinnung in allen Verhältnissen das ichtigste war, auch beim Dichter, und darum wandte er sich bst gegen die Meisterwerke Goethes, weil er in ihnen den Puls- lag des politischen Lebens vermißte.

Von den beiden Zeitschriften, in denen Börne seine An- hauungen entwickelte, ist die „Wage" die bedeutendere. Der llständige Titel lautete „Die Wage, eine Zeitschrift für Bürger- ben, Wissenschaft und Kunst." Das Journal erschien zu Frank- irt a. M. in zwanglosen Oktav-Heften. Die ersten fünf kamen i den Monaten Juli, August, September, Oktober und No- ember 1818 heraus, die beiden nächsten im Monat April 1819, as achte Heft gelangte im Juli 1820 und das erste Heft des weiten Bandes im August 1820 zur Ausgabe. Die letzten vier rschienen im Jahre 1821. Die ersten Hefte verlegte der Ver- asser selbst. Er wohnte damals in dem jetzt abgebrochenen Johanniterhofe, einem österreichischen Besitztum, und nahm dort auch die Bestellungen an. Daneben lieferte auch die Hermann- sche Buchhandlung das Journal. Die letzten vier Hefte verlegte Heinrich Laupp in Tübingen. Acht Hefte bildeten einen Band, der 3 Gulden 45 Kr. kostete. Bei dem Beifall, den die Zeit-

schrift sofort in weiten Kreisen fand, stieg die **Auflage** mit
800 Exemplare, so daß der Herausgeber einen **Reingewinn**
47 Gulden für den Druckbogen erzielte.*)

In der Ankündigung der „Wage“ legte der Heraus
ausführlich dar, was er geben und was er vertreten wollte. .
Aussagen der Zeit zu erlauschen,“ sagte er, „ihr Mienensp
deuten und beides niederzuschreiben, wäre ein ehrenvoller T
selbst wenn er nicht gefahrvoll wäre. Daß er auch dies
vermehrt seinen Reiz, und nur die Schwachheit vermag
solchen Lockung zu widerstehen. Die Menschen haben Furcht
wären sie Geschöpfe von nur augenblicklicher Dauer. D
unterbleibt so vieles Gute in Worten und Taten. . . . . Über
Freimütigkeit, welche demjenigen, der über bürgerliche Angele
heiten des Vaterlandes und fremder Staaten öffentlich ur
zieme oder nicht, sei mir noch ein freundlich-ernstes Wort
stattet. Ich hoffe mit Männern zu reden, bei denen eine
dische Geisterscheu nie Eingang fand, und welche kein Rau
der Blätter erschreckt. Das lange Stubenleben hat die Deut
dem öffentlichen entwöhnt, und das beständige Tragen von W
oder Schafspelzen hat Niedere und Vornehme gegen den Ein
jedes Lüftchens empfindlich gemacht . . . Sie kommen und sa
man möge tadeln, ohne zu reizen, man möge Wunden heile
berühren, ohne wehe zu tun, man möge belehren, doch unter
einfältigen Maske der eigenen Wißbegierde. Sie fordern
und es ist schwer, sie zu befriedigen. Wie man in einem
Sturme bewegten Schiffe mit Zierlichkeit strauchele oder falle,
lehrt und lernt kein Vestris. Und von den Herolden der öffe
lichen Meinung, die schon seit vielen Jahren schwindelnd sch
um die ganze Windrose kreist, von den Klägern des allgemein
Wehes wagt man zu fordern, daß sie sich höflich verneigen, we
der Boden unter ihnen wankt, daß sie behutsam zwischen die faule
Eier gehen und an jede Tür leise anklopfen, ehe sie sie öffnen
Bescheidenheit und immerfort Bescheidenheit! Aber die Natur gi
ihre Not durch einen S c h r e i zu erkennen, und nur auf d

*) M. Holzmann, Ludwig Börne. Berl. 1888, S. 109.

:rnen Bühne singt der Schmerz in A-moll." Schließlich ·ct er sich an seine nähere Umgebung, an die Bewohner Landstriche, „die in der Mitte zwischen süddeutscher und deutscher Gesinnung liegen." Diesen Leuten „dämmert es noch über vaterländische Dinge," ruft er aus, „unter ihnen :s nicht dunkel genug, um das Licht unentbehrlich zu finden, nicht hell genug, um es zu entbehren. Für sie tut es am ſten Not, daß die zerstreuten Lichtstrahlen sich zu einem Brenn-kte vereinen, der ihre Vaterlandsliebe entzünde. Bedarf es ·r lauteren Aufforderung an die vielen geistreichen und mutigen inner unter ihnen, zu einem so edeln Vorhaben sich zu ver-den, und kann der Herausgeber der „Wage" anders als mit versicht auf ihren Beistand zählen?"

Dieser Appell sollte auch nicht ungehört verhallen; Johann kob Willemer, Görres, die Rahel u. a. meldeten sich zur Mit-beit. Der größte Sohn Frankfurts, Goethe, an den sich Börne iter dem 10. Mai 1818 noch in einem besonderen Briefe andte, schenkte jedoch dem heimatlichen Journale nicht die ge-ünschte Beachtung; er ließ den Brief Börnes unbeantwortet. Frei-ch war dieser auch nicht geeignet, den Altmeister zu gewinnen. Darf der reiche Mann den armen zurückweisen, der ihn um eine ilde Gabe bittet," schrieb Börne, „und wird der Verfasser dieser Blätter eine Mitteilung für die angekündigte Zeitschrift, die ihn nd seine Leser aufmuntert, vergebens erwarten? Gewiß nicht." Diese burschikosen Zeilen konnten Goethe, der in seinen späteren Jahren einen so großen Wert auf die Beobachtung der Form egte, nur unangenehm berühren.*)

Das neue Journal fesselte seine Leser sofort mit dem ersten Hefte, das zunächst eine scharfe, aber wohlabgewogene Verur-urteilung des bayrischen Preßgesetzes und weiterhin eine ergötz-liche Satire „Ernsthafte Betrachtungen über den Frankfurter Komödienzettel" bot, in der der Verfasser an die damals noch übliche Überschrift des Frankfurter Theaterzettels „Mit gnädigster Erlaubnis" anknüpfte und sich dann gegen alle die „unterwürfigen

---

*) Der Brief ist abgedruckt im Goethe-Jahrbuch, Bd. 19 (1898), S. 98.

Redensarten“ wandte, die noch immer als „aufrechtstehende T und Trümmer von niedergerissenen Kerkern aus Zeit knechtischen Untertänigkeit“ aller Orten und Wege im de Lande zu finden seien, gegen das „Ew. Wohlgeboren“, das dieselben“, das „Allerhöchstihrer“. „Welchem Mann mit freien und kühnen Herzen in der Brust müßte das Ketten gefesselter Zungen nicht unerträglich sein,“ ruft er aus, „ er lieber alle seine Gefühle zurückdrängen, als sie den p Bücklingen und Verzerrungen einer veralteten Feudalsprache werfen würde?“

Weiterhin wandte er sich, da ihm durch die Zensur be Besprechung öffentlicher Angelegenheiten fortwährend Besch kungen auferlegt wurden, hauptsächlich der Theaterkritik zu, d setzte aber seine Referate stets mit einer Fülle von satir Anspielungen auf die politischen und sozialen Verhältnisse, mit er seinen Besprechungen einen prickelnden Beigeschmack der allerdings den künstlerischen Eindruck beeinträchtigte. Kritiken bekamen durch solche Zwischenbemerkungen etwas S lendes, das auch der geistreichste Witz nicht verdecken konnte. ästhetisches Urteil traf jedoch oft das Richtige, obgleich er von großen allgemeinen Gesichtspunkten, wie etwa Lessing, a ging und auch keine tiefere ästhetische Bildung besaß. Er teilte nur mit seinem Gemüte und auch immer nur von Fall Fall, aber dabei wußte er meist die Spreu vom Weizen zu dern. So war er einer der ersten von denen, die die große B deutung Grillparzers erkannten. Schon in der „Ahnfrau“ ha er den Flügelschlag des großen Dichtergenius gespürt, bei d „Sappho“ und dem „Traum ein Leben“ pries er laut das au steigende Dichtergestirn. „Soll ich sprechen von dem hold Zauber in allen Reden unseres Dichters?“ rief er aus. „Vo dieser bald wilden, bald glühenden Farbenpracht, von der Schö heit und Wahrheit seiner Bilder, von der Tiefe und Wärme seine Empfindungen? .... Grillparzers Dichtungen sind wie die Ge wächse des südlichen Himmels, die Blüte und Frucht auf einem Zweige tragen.“ Dagegen übergoß er die Schicksalstragödien, für die damals ganz Deutschland schwärte, unbekümmert um den

schmack, mit Spott und Hohn. An Houwalds „Leuchtturm"
:r das vollständig Unwahre dieser Dramen nach und fertigte
auch Böttiger gebührend ab, der es gewagt hatte, in der
ıdzeitung" den „Leuchtturm" umständlich zu loben. Shake=
:," schloß er, „du ältester Sohn Melpomenens, reicher, kinder=
Mann, wie läßt du so hart deine nachgeborenen Brüder
n? Bettler hast du bereichert, Narren begabt, Könige größer,
Liebe selbst seliger gemacht, und die Söhne deiner Mutter
erhungern. O öffne deine Hand!"

Von den Artikeln, die seine Mitarbeiter beisteuerten, sei be=
ers der von Görres „Kotzebue und was ihn ermordete" und
von Johann Jakob Willemer „Von den Vorzügen des Preß=
ngs vor der Preßfreiheit, oder von der Erlösung der Freiheit
der Presse durch den Zwang" hervorgehoben.

Die unscheinbaren Hefte wurden bald in allen gebildeten
isen Deutschlands gelesen. Gentz amüsierte sich köstlich über
Brillantfeuer der geistreichen Witze, obgleich er den politischen
sichten Börnes diametral gegenüberstand und gelegentlich
lärte, daß in Börne „der Übermut und die Verwegenheit der
olutionären Partei in ihrer höchsten Vollendung" erschienen sei.
ıgleich empfahl er seiner Freundin Rahel die Lektüre des Jour=
ıls „als das Geistreichste, was jetzt geschrieben würde." Und
ıhel geriet in förmliches Entzücken über diese witzsprühenden
laudereien und meinte, Gentz hätte den Verfasser noch weit
ıchdrücklicher loben können. „Er ist scharf, tief, gründlich, wahr,
utvoll, nicht neumodisch, ganz neu, gelassen, wie einer der guten
lten; empört, wie man soll," schrieb sie an einen Freund, dem
e die Anschaffung der Zeitschrift empfahl. „Und, so gewiß ich
:be, ein sehr rechtschaffener Mann. Keck aber besonnen. Kurz,
ıein großer Favorit." *)

Dieser allgemeine Erfolg verschaffte Börne rasch einen großen
Ruf; er erhielt verschiedene Anträge von Verlagsbuchhändlern
und ließ sich (wie schon S. 131 berichtet wurde) zunächst be=

---

*) Rahel, Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde. 2. Band,
S. 576 ff.

stimmen, die Redaktion der „Zeitung der freien Stadt Frank
und weiterhin die Leitung der Wochenschrift „Zeitschwing
die, nachdem sie 1817 von Pfeilschifter gegründet, schließli
dem Verleger Ferdinand Hauch in Offenbach a. M. verk
worden war, zu übernehmen.

In der Ankündigung der Übernahme der Redaktion
1819) legte er dar, daß er sich zwar gründlich mit Politik,
ratur und Kunst beschäftigen werde, aber doch besonders mi
Wirklichkeit, nicht mit phantastischen Theorien. „Wenn wir
glücken wollen,“ sagte er, „müssen wir die Politik aus
Wolken erdwärts ziehen. Kein Hungriger wird gestillt mit
Abhandlung über die freie Kornausfuhr, kein Kranker geheilt
einem Handbuche der Therapie.“ Darum solle man — un
werde es in den „Zeitschwingen“ — öfter des Volkes Entbehru
besprechen, als seine Rechte, wärmer die Staatsverwaltungen,
die Staatsverfassungen, mehr die täglichen Erscheinungen
Bürgerlebens, wie sie im häuslichen Kreise und auf dem Ma
sich zeigen, als die Grundsätze der Gesetzgebungen und die gr
politischen Verhältnisse.

Darauf legte er überall seine Sonde ein, wo er be
wollte, besprach die schmachvolle Behandlung Okens, die trau
Lage der Juden, seine eigenen Schicksale als Redakteur d
„Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ ꝛc. Aber der Ton r
bald Mißbilligung in den leitenden Kreisen hervor, und ni
lange, so übten die Karlsbader Beschlüsse ihre Wirkung aus:
Großherzoglich-hessische Regierung unterdrückte die Zeitschrift;
vom 3. Juli bis 9. Oktober 1819 (von Nr. 53 bis Nr. 81) hat
sie Börne redigiert.

Nicht ohne Bewegung, die er hinter beißendem Sarkasmu
verbarg, nahm er von seinen Lesern Abschied. Er sprach vo
einer Kontinental-Gedankensperre, die nun wohl nächstens ein
treten werde; darum werde ein vorsichtiger Zeitungsmann scho
jetzt darauf denken, womit er seinen Lesern später aufwarten
könne. „Nun, er legt sich auf solide Wissenschaften,“ erklärt er.
„Er treibt Astronomie, mit Ausschließung der Kometen, weil diese
Krieg und Not bringen, auf Geographie, mit Ausschließung der

ter, weil dort die Kongresse gehalten werden, auf Algebra, ohne plus und minus, da dies zum Finanzwesen gehört, auf ologie, ohne Hofseelen-Lehre, auf Theologie, mit Weglassung eiligen Allianz“ ꝛc. Der Mensch muß klug sein, meint er hin, und sich lieber in die Zeiten, als in die Gefängnisse n; er soll bescheiden sein, aber die Sache ist schwer. „Gebt ein Mittel, fromm zu werden,“ ruft er endlich aus, „und greifen mit beiden Händen danach. Es ist zu spät, wir n bereits vom Baume des Erkenntnisses gekostet und Gutes Bösen zu unterscheiden gelernt. Warum habt ihr den Cherub dem flammenden Schwerte nicht früher vor euren Garten llt? Warum habt ihr uns in Versuchung geführt? Was ihr tut, ist alles vergebens!“*)

Unter diesen Umständen verlor er auch die Lust, die „Wage“ terhin herauszugeben; die Hefte erschienen in immer größeren ischenräumen, und schließlich ließ er, nachdem er auch mittler- le Frankfurt verlassen und anderweitige literarische Beziehungen geknüpft hatte, das Journal 1821 ganz eingehen. Der Ver- jt war auch nachgerade, da sich bei dem spärlichen Erscheinen r Hefte die Zahl der Abnehmer sehr verringert hatte, nicht nderlich groß, wohl aber schloß Börne damit ein Unternehmen , das den wichtigsten Wendepunkt seines Lebens herbeigeführt tte.

---

*) Mit welcher Aufmerksamkeit die Regierungen die journalistische Tätig- it Börnes beobachteten, ist neuerdings auch durch Ernst Viktor Zenker dar- legt worden, der in der Zeitschrift „Deutschland“ (Jahrg. 1903) Berichte anzösischer Agenten veröffentlicht, die Börne während seines Aufenthalts in aris im Herbst 1819 auf Schritt und Tritt beobachten mußten, ohne daß örne wohl die geringste Ahnung davon hatte. Diese Berichte wurden ann „offenbar aus Gefälligkeit“, auch an die österreichische Staatskanzlei bgegeben und befinden sich noch heute im k. k. Haus-, Hof- und Staats- rchive zu Wien.

3. Die kleineren politischen Zeitschriften. Cölln's „Neue Fackeln". „Teutsche Blätter". „Das neue Deutschland". Die „Germania". Europäische Aufseher". Die „Freimütigen Blätter für Deutsche". „Journal für Deutschland". Arndts „Wächter". Brans „Minerva". Teutschen Burschen fliegende Blätter" von Fries. Oelsners „Bundes

Neben diesen politischen Zeitschriften von weitreichender deutung erschien nun aber noch ein ganzes Heer kleiner Jour die nur kurz erwähnt werden können.

Bereits gegen Ende 1813 gab der bekannte Friedrich Cölln bei Gottfried Basse in Quedlinburg „Neue Fackeln. Journal in zwanglosen Heften" heraus. Hier zitterte und noch die ganze tiefe Erregung des Krieges in jedem Hefte. Artikel beschäftigten sich nur mit Napoleon und den Seinen sprühten von Zorn und Verachtung gegen die Franzo Das erste Heft enthielt die Abhandlungen: „Napoleons gän Unterdrückung der Preßfreiheit", „Der Marschall Ney und Ge ral Vandamme", „Über grobe Bestechlichkeit der Staatsdiener ehemaligen Königreich Westfalen", „Napoleons schändliche In triguen, sich der Person des Königs von Spanien zu bemäch tigen" ꝛc. Das zweite Heft: „Beleuchtung und Widerlegung schändlichen Libells des geheimen Justizrats Crone in Gießen" „Napoleon, wie er ist", „Über unverschämte Rabulisterey einiger Prokuratoren und Advokaten im ehemaligen Königreiche Westfalen" „Wodurch ist Napoleon das geworden, was er war, und was jetzt ist?" ꝛc. Das dritte Heft: „Fouché, Herzog von Otranto kaiserl.-franz. Polizeiminister", „Napoleons unversöhnlicher Ha und Rachsucht", „Hieronymus Napoleon, ehem. König von We falen" ꝛc. Das vierte Heft: „Der Raub der Viktoria vom Bran denburger Tore in Berlin durch die Franzosen", „Das Un versitäts- und Schulwesen im ehemaligen Westfalen", „Die Deutsch Franzosen im ehemaligen Königreich Westfalen", „Lucian Bona parte" ꝛc. Im Ganzen erschienen 12 Hefte und zwar bis 1815.

Der warmherzige Karl von Rotteck in Freiburg in Breisgau gab dort 1814 „Teutsche Blätter" heraus, die aber nur vom 6. Januar bis 30. Juni erschienen, und zwar in 76 Nummern.

Inhalt jeder Nummer sonderte sich in zwei Teile, deren
„Kriegs- und politische Nachrichten" brachte, während der
: „Patriotische Erhebungen" enthielt. Die „Kriegs- und
chen Nachrichten" waren bisweilen dadurch von besonderem
daß deutsche Heerführer in ihnen ihre Proklamationen und
hte veröffentlichten. Die erste Nummer kündigte in einer
llen Nachricht aus dem Hauptquartiere zu Lörrach vom
Dez. 1813 den Rheinübergang der Armee nach der Schweiz
ins Elsaß an.*) In Berlin tauchte mit Beginn des
es 1814 im Verlage der Gebrüder Gädicke mit königlich
ischer Zensur „Das neue Deutschland" auf. Sechs
te bildeten einen Band zum Preise von drei Reichstalern.
Journal brachte viele (es behauptete „alle") Aktenstücke, „die
die große Staatsumwälzung Bezug haben" und eine „chrono-
che Geschichte oder Tagebuch der jetzigen merkwürdigsten Be-
nheiten sowohl im Felde, als in den Kabinetten." Im großen
ganzen kam es über einen gewissen trockenen Ton nicht hin-
. In Oldenburg in der Schulzeschen Hofbuchhandlung ließ
R. Ricklefs, ein damals sehr beliebter Historiker, 1814 und
5 in zwanglosen Heften von 6 bis 8 Bogen, deren drei einen
nd ausmachten, eine „Germania, Zeitschrift für Deutschlands
meinwohl" erscheinen. „Der Name ‚Germania' soll uns daran
nern," sagte der Herausgeber, „was wir ursprünglich waren
sein müssen." Weiterhin bemerkte er: Es soll auch öfter ein
ck aus der heitern Gegenwart in die dunkle Vergangenheit der
ten Jahrzehnte getan werden. Von den Artikeln, die gebracht
rden, seien die folgenden hervorgehoben: „Wie soll deutscher
tional-Sinn sich äußern?", „Der Zeitgeist, sein Triumph und
n Fall, eine allegorische Dichtung", „Gedanken und Wünsche
es Hanseaten" und „Fragmente über Napoleon." Es erschienen
ei Bände zum Gesamtpreise von drei Talern. Eine sächsische

*) Von den Rotteckschen „Teutschen Blättern" scheint nur noch ein
emplar zu existieren, das sich z. Z. im Besitze des Herrn Ersten Staats-
walts Karl Gageur in Freiburg i. Br. befindet. Das Exemplar der Frei-
rger Stadtbibliothek ist in Verlust geraten; das Großh. badische General-
ndesarchiv in Karlsruhe hat nie ein Exemplar besessen.

Zeischrift nannte sich „Der Europäische Aufseher". Sie wurd von J. A. Bergk und Heinichen redigiert und kam schon 1805 einma ein Jahr lang in Leipzig heraus, wurde aber, wie es schein unterdrückt und wagte sich nun erst 1812 wieder hervor, worau sie ununterbrochen bis 1824 erschien. Der Jahrgang kostete eine Taler. Einen besonderen Charakter erhielt sie dadurch, daß si bereits 1814 den Mut zeigte, den maßlosen Verunglimpfunge Napoleons entgegenzutreten und später sich auch sehr tapfer gege die reaktionären Bestrebungen aufzulehnen. Über Napoleo wagte sie in dem Artikel „Die Bonapartianer" (Nr. 64 vor 11. Okt. 1814) zu schreiben: „Die Anzahl der Anhänger Bona partes scheint jetzt wieder in Deutschland zuzunehmen. Männer die ihn sonst verwünschten, sein Streben auf den Grund durch schauten und alle seine Unternehmungen richtig würdigten, sin jetzt seine Freunde worden. Sie sehen ihn als die Schutzweh der Verfassung durch Stellvertreter, als einen geschworenen Feind des Feudalsystems und als kräftigen Erzieher der Nationen zum Widerstande gegen mutwilligen Druck und abgenützte Vorteile an." Und den schweren Druck, mit dem man alle politischen Verhält nisse zurückzuschrauben gedachte, kennzeichnete sie in einem Artike (Nr. 66, 1817) mit folgenden Worten: „Das fünfzehnte Jahr hundert will man mit Gewalt wieder in das neunzehnte zurück bringen, und es soll nur Herren und Knechte, ohnmächtige Fürste und Sklavenvölker geben ... Zu weit ging Napoleon, und zu viel tat man nach seinem Sturze. Man beleidigte den Zeitgeis und erregte ein Mißtrauen und eine Unzufriedenheit, welche i der Tat noch mit manchen bedenklichen Folgen drohen."

Im Jahre 1815 trat Fr. von Cölln abermals mit eine Zeitschrift hervor, jetzt in Berlin, die er „Freimütige Blätte für Deutsche" nannte, und die dann bis 1820 erschienen. Si vertraten die konservative Richtung, kamen aber über oberfläch liches Geschwätz nicht hinaus. Ebenso unbedeutend war da „Journal für Deutschland", das Fr. Buchholz von 1815 bis 1819 in Berlin herausgab. Nur ein ganz kurzes Dasein friste „Der Wächter", eine Zeitschrift in zwanglosen Heften, die Ern Moritz Arndt 1815 und 1816 in Köln erscheinen ließ. Ein

rerweckung nahm Friedrich Alexander Bran mit der „Mi-
ı" vor, die einst 1792 von J. W. von Archenholtz ge-
et worden war. Bran (geb. 1767, gest. 1831) hatte das
ıal bereits von 1809 bis 1812 unter Archenholtz' Namen in
urg herausgegeben, war dann aber mit den französischen
rden in Konflikt geraten und hatte nach Österreich fliehen
n. Dabei war denn auch die „Minerva" zu Grunde ge-
:n. Eine Zeitschrift „Kronos", die Bran kurze Zeit in
herausgab, konnte sie nicht ersetzen. Bald nach dem Kriege
e sich denn auch Bran, die „Minerva" wieder auferstehen
ıssen; er gab sie zunächst 1815 in Leipzig und dann von
; bis 1831 in Jena heraus, wo er eine Buchhandlung er-
et hatte. Seine frühere Bedeutung erlangte das Journal
nicht wieder; besonders fehlte es ihm an tüchtigen Mit-
itern. „Bran schreibt seine ‚Minerva' ganz allein selbst,"
cherte F. A. Brockhaus seinem Freunde Oken in einem Briefe
9. März 1816,*) „oder er zahlt für etwaige kleine Mithülfe
)stens drei Taler per Bogen."*) Immerhin besaß die Zeit-
ift eine gewisse Stimme, die besonders bei der Behandlung
Verfassungsfragen, bei der Verteidigung der individuellen
:iheit, dem Verlangen nach Öffentlichkeit der Rechtspflege und
ı lebhaften Eintreten für Gewissens- und Preßfreiheit in den
:ralen Kreisen beachtet wurde.

Die erregtere Stimmung von 1817 rief in Jena „Der
utschen Burschen fliegende Blätter" von J. F. Fries
d den „Volksfreund" von Ludwig Wieland hervor. Doch
te das letztere Blatt „zur Beruhigung der polizeilichen Seelen-
gst", wie Treitschke schreibt, seinen staatsgefährlichen Namen
ld ab und erschien fürderhin bis zu des Herausgebers Tode
819) als „Patriot". In Frankfurt a. M. erstand zur selben
:it „Die Bundeslade", herausgegeben von dem vielseitigen
ublizisten K. E. Oelsner (geb. 1764, gest. 1828), der besonders
ährend der Revolutionszeit von Paris aus ein wichtiger Korre-
ondent vieler deutschen Zeitungen gewesen war. Die „Bundes-

*) Heinrich Brockhaus, F. A. Brockhaus. Lpzg. 1872, 1. Bd., S. 42.

lade“ gab er jedoch sehr bald wieder auf, weil die Nichtig Bundestages und damit das Unersprießliche einer journali Tätigkeit in Frankfurt schnell offenbar wurde.

Endlich seien noch zwei Journale des achtzehnten hunderts verzeichnet, Posselts „Europäische Annalen“, gesetzt von Fr. Murhard, und Schirachs „Hamburger tisches Journal“, die auch in der in Rede stehenden Zeit erschienen.

---

4. Die Zeitschriften für universelle Bildung und die Unterhaltungs Das Cottasche „Morgenblatt“, redigiert von Therese Huber. Deren Pro Cottas eigenmächtige Eingriffe. Bevorzugung Frankreichs. Die Mi Börne und Müllner. Goethe gegen Müllner. Müllner erhält die Re des „Literaturblattes“. Goethes Mißmut darüber. Cottas Kon Müllner. Dieser legt die Redaktion des „Literaturblattes“ nieder. Hubers Rücktritt von der Redaktion des „Morgenblattes“. Die „ Zeitschrift“. Ihr Begründer Schickh. Ihr Redakteur Hebenstreit. Di arbeiter. Pflegt das literarische Leben in Österreich. Fördert Gri Die „Zeitung für die elegante Welt“. Müllner treibt sein Unwesen Die „Abendzeitung“ von Winkler und Kind. Dient der seichten Unterh und dem Klatsch. Der „Gesellschafter“ von Gubitz. Der Kuhnsche mütige“. Weitzels „Rheinisches Archiv“. Bäuerles „Wiener allg Theaterzeitung“. Der „Wanderer“, der „Sammler“, die „Thusneld „Originalien“ ꝛc.

Bei dem außerordentlich angeregten politischen Leben, ganz Deutschland nach den Befreiungskriegen erfüllte, war natürlich, daß alles das, was nicht die Verfassungsfragen überhaupt die neue Staatseinrichtung betraf, die Gemüter wenig berührte, und daß daher auch alle jene Zeitschriften, der universellen Bildung dienen, oder auch bloß Unterhaltu lektüre bieten wollten, also die Politik ausschlossen, nur ein ringes Interesse erregten und darum auch nur wenig Un stützung beim Publikum fanden. Sie vermochten sich mithin zu entwickeln und blieben zum großen Teil erstaunlich unbedeu

Verhältnismäßig am vornehmsten hielt sich noch das Co

Morgenblatt für gebildete Stände" (Vergl. Bd. II, 30 ff.). Cotta hätte dem Blatte gern eine dominierende ng verschafft und gab ihm deshalb auch ein „Kunstblatt" in „Literaturblatt" zur Seite, doch gelang es ihm nicht, eine ende Persönlichkeit als Leiter zu gewinnen. Der Epigram- r J Ch. F. Haug, der bisher die Zeitschrift redigiert hatte, s sich als ungenügend; ein Versuch mit dem jungen Friedrich rt mißglückte ebenfalls. Da versuchte es denn Cotta einmal der federgewandten Therese Huber, der Witwe seines ren Redakteurs der „Allgemeinen Zeitung" Ludwig Ferdinand r, deren schriftstellerische Qualität er durch die mancherlei äge, die sie bereits dem „Morgenblatte" geliefert hatte, ge- nd kannte, und die damals gerade von ihrem bisherigen nsitz Günzburg nach Stuttgart übersiedelte.

Bevor jedoch Therese Huber das Anerbieten Cottas an- n, wandte sie sich an Haug, den sie von früher her kannte, erkundigte sich bei ihm über die intimeren Verhältnisse des ttes. Was sie erfuhr, lautete aber nicht besonders verlockend. ihrem resoluten Tone berichtete sie darüber unter dem Juni 1816 an ihren alten Freund Usteri: „Haug hatte die daktion des ‚Morgenblattes' bis vor einigen Monaten und ßte geduldig meine Satire dagegen anhören. Er warf die huld auf Cotta, der einen Kehrichtwinkel und Geiselgewölb aus machte. Einmal sollte hinein, was er aus zehn Gründen ht verweigern konnte, und ein anderes Mal, was vorgeschossene lder abverdienen sollte. Wenn ich gegen Cotta klagte, beschul- te er Haug, es an Kritik und Wahl fehlen zu lassen — beide tten recht. Plötzlich hörte ich bei meiner Ankunft, daß Frei- und Reimar, der zu seiner Zeit im Dichterwalde irrte, später ‚Morgenblatte' germanische Purzelbäume schlug, in der Sprache r Menschen aber Magister Rückert heißt, die Aufsicht über das Morgenblatt' habe. Haug sagt mir nun: Minister v. Wangen- eim habe gefunden, daß das Blatt sich mehr zur Höhe des ugenblicks heben müsse. Er habe also Cotta an-, be- oder em- fohlen, daß Freimund Reimars Geist über ihm schweben solle, amit nichts gegen Teutschheit, Magnetismus, Mystizismus und

noch ein ‚mus', ich weiß nicht, welches? sich einschlich — in Gemäßheit vom ersten Kapitel der Schöpfung geschah es ...

Trotzalledem verstand sie sich schließlich dazu, die Red... zu übernehmen. Ihre Übersiedlung nach Stuttgart erfol... 31. August 1816, doch läßt sich ein bestimmter Termin f... Übernahme der Redaktionsarbeit nicht angeben, da ein Ko... zwischen ihr und Cotta nicht abgeschlossen und auch ihr ... als Leiterin des Blattes offiziell niemals genannt wurde. ... es ist bekannt, daß sie seit Anfang 1817 ein bestimmtes R... tionsgehalt, 700 Gulden jährlich, erhielt, ferner eine Entschädi... für die von ihr gelieferten Beiträge. Der Betrag für die... teren wechselte natürlich je nach der Arbeit; er betrug jedoch ... den erhaltenen Quittungen selten mehr als 400 Gulden jährl...

Gleich beim Beginn ihrer Redaktionstätigkeit suchte sie ... möglichst klar zu machen, von welchen Gesichtspunkten aus ... Blatt zu leiten sein werde, und sprach sich in Briefen an Fre... darüber aus. Zuerst wandte sie sich an Böttiger in Dres... den alten Praktikus, und legte ihm ihre Situation dar. ... habe mir", schrieb sie ihm zu Anfang 1817, „die Grundsätz... Zusammenstellung aus den vielfachen Zirkeln der Leser, ... denen ich lebe, abstrahiert: der Gelehrte, die Dame, der ... eingeschlafene Beamte, der Geck, das wißbegierige Fräulein, ... nach einer Erholung lechzende Hausfrau. Den Gelehrten ... ich nicht, der nimmt das Blatt nicht in die Hand, oder ... als höchst gebildeter Mensch an allem Bessern teil. Da ... ich nun in jedem Blatt Wissenschaft und Gefühl aufwecken, ... gier erregen, Nachfrage befriedigen. Also nehmen wir drei ... vier Artikel an: Geschichte, Roman, Korrespondenz, welche ... velles du jour enthält; oder Naturgeschichte, Biographie, Gedi... und wieder Korrespondenz; oder Roman, Betrachtung, Gedi... und wieder Korrespondenz; oder Völkerkunde, Biographie, Anekd... und wieder Korrespondenz." Doch behielt sie dabei stets im Au... daß die Zeitung auch immer im Dienste der Zeit zu stehen h... also sehr häufig „das Apropos (wir würden heute sagen ...

*) Ludwig Geiger, Therese Huber. Stuttg. 1901, S. 283.

lität) mehr als die älteste Nummer der Einsendung ent-
en muß." Gleichwohl wollte sie auch gelegentlich einmal
Blick zurückwerfen und das, was man seiner Zeit hoch ge-
t habe, noch einmal nachprüfen, „neue Rezensionen von alten
ern" bringen und zusehen, was diese Bücher „jetzt noch für
hätten als Lesebuch", also z. B. der „Kinderfreund", „Miß
ı Sampson", „Sophiens Reise". Diesem originellen Gedanken
sie leider nicht weiter nachgehen können.

Weiterhin entwickelte sie auch ihrem alten Freunde Usteri ihr
gramm und hebt dabei den Wert guter Biographieen hervor.
nn Sie uns da kurze, derbe, auch aus Chroniken genommene
terialien senden möchten!" schreibt sie. „Nur ernst und herz-
damit der Mensch sich des Menschen annimmt."

Aber diese Grundsätze konnte sie nur wenig zum Ausdruck
gen. Von dem Wust von Manuskripten, der aus Haugs und
ferts Zeit auf sie gekommen war, sollte sie je noch den
ßten Teil verwerten, und hatte sie dann mit vieler Mühe
mmern aus solchem Material zusammengestellt, so stürzte ihr
tta eigenmächtig das ganze Arrangement wieder um. Schließlich
hrte sie sich gegen die beständigen Eingriffe Cottas. „Wenn
mir zutraute", schrieb sie an ihn, „Ihnen nützlich sein zu
nnen, so war es durch eine gewisse Vielseitigkeit der Bildung
d der Lebensweise, Umgang mit allen gebildeten Ständen, welcher
r Gelegenheit gibt, den Geschmack des Publikums kennen zu
nen, und vielfaches Interesse an Wissenschaft und Literatur in
nigen Sprachen. Sie werden mir es daher nicht verdenken —
nn, wie könnten Sie Vertrauen zu mir haben, wenn ich nicht
n heiteres Selbstvertrauen hätte, welches allein Gelingen und
estreben gibt? — wenn ich Sie recht herzlich bitte, meiner Be-
rteilung des Wertes und Unwertes eines Aufsatzes, des Interesses
nd Nichtinteresses mehr Glauben beizumessen, als Sie tun. Ge-
tehen Sie, werter Freund, daß ich in diese Ansichten und Urteile
ı mein heiliges Gewissen setze, wozu nütze ich sonst? Ich ver-
ahre mit keiner Zeile leichtsinnig, suche meine Persönlichkeit
mmer zu beseitigen und aus einem allgemeinen Gesichtspunkte zu
rteilen, aber dann haben Sie auch ein bischen mehr Glauben

an meine Wahl. Ihre Bemerkungen muß ich ja ehren, ich ja Sie und Ihren Verstand, aber meine Motive, bester Fr müssen auch bei Ihnen ein bißchen gelten."

Im großen und ganzen erzielte sie aber mit solchen stellungen wohl nur wenig; Cotta war eine viel zu selbst Natur, als daß er sich wesentlich hätte beeinflussen lassen. mußte also lavieren, so gut es ging. Bei ihrer großen Inte gelang es ihr bald, den Mitarbeiterkreis zu erweitern. Unter Gedichten, mit denen sie gern das Blatt eröffnete, befanden auch solche von Goethe und Uhland. Mit den Romanen Novellen, die sie darbot, kam sie jedoch über das Mittelm nicht hinaus. Bei den gelehrten Artikeln bevorzugte sie die die fremden Literaturen, besonders die über die französische englische; sie brachte sogar Berichte über die Sitzungen der fr zösischen gelehrten Körperschaften, während sie die deutschen lehrten Gesellschaften unberücksichtigt ließ. Diese Vorlieb Frankreich begegnete mancher Mißbilligung. Franz Horn tete daher öffentlich die Bitte an sie, „der ausländ Literatur nicht zu viel Raum zu widmen, denn obwohl wir ma dort gegebene Notizen über dieselbe als löblich anerkennen, scheint doch das gegenwärtige deutsche Leben und das deut Schrifttum der Aufmerksamkeit teils so wert, teils so bedür daß wir nicht viel Zeit und Teilnahme für die literarischen gelegenheiten der Ausländer übrig behalten. Den Überfleiß, wir sonst auf das Fremde wandten, kann die jetzige Konzentrat nicht bloß entschuldigen, sondern völlig rechtfertigen." *)

Einer ihrer eifrigsten Mitarbeiter wurde sehr bald Lud Börne. Er lieferte ihr touristische Aufsätze, satirische Plaudere über den Eßkünstler, das Schmollen der Weiber, die Kunst, zu werden, gelegentlich auch Abhandlungen mit dithyrambisch Schwunge, wie die berühmte Denkrede auf Jean Paul, und neben schlug er ihr auch einmal einen literarischen Purzelbau

---

*) Franz Horn, Umrisse zur Geschichte und Kritik der schönen Liter Deutschlands während der Jahre 1790 bis 1818. Berl. 1819.

em köstlichen Berichte über den Enthusiasmus, den Henriette
ig in Frankfurt entzündet hatte.

Ein anderer Mitarbeiter drängte sich gegen ihren Wunsch
Morgenblatt" ein, der rauflustige Adolph Müllner. Durch
derb zugreifenden, rücksichtslos umsichschlagenden Artikel
nierte er Cotta so, daß dieser sogar hinter dem Rücken und
den Willen der Leiterin Berichte von ihm ins „Morgen-
" aufnahm. Dadurch litt der vornehme Ton der Zeitschrift,
von verschiedenen Seiten wurde Unmut laut. Goethe gab
m Mißvergnügen über den groben Kritiker 1818 durch fol-
e Stachelverse Ausdruck:

Ein strenger Mann, von Stirne kraus,
Herr Doktor Müllner heißt er;
Wirft alles gleich zum Fenster hinaus,
Sogar den Wilhelm Meister.
Er ganz allein versteht es recht,
Daran ist gar kein Zweifel:
Denn geht es seinen Helden schlecht,
Ergibt er sie dem Teufel.

Und Therese Huber klagte in einem Briefe an Gubitz: „Die
rliner Korrespondenz, die Müllner monatlich einsendet, ist mir
mer eine Beschämung vor dem Publikum, wegen der Platitüde,
:meinheit und mir, sowie meinen Bekannten, oft gänzlichen
ıverständlichkeit der Späße." *)

Cotta kehrte sich aber nicht an die Verstimmung der feiner
npfindenden, denn beim großen Publikum fanden die lite-
rische Klopffechterei und die groben Späße Müllners Beifall.
: schob auch die Einwendungen der Leiterin bei Seite, die ihm
rstellte, daß das „Morgenblatt" doch nicht der Platz sein könne,
o man rechts und links Hiebe austeile, und schließlich übertrug
Müllner sogar die Redaktion des 1820 dem „Morgenblatte"
nzugefügten „Literaturblattes" und zwar unter den glänzendsten
edingungen. Er bewilligte ihm fast das dreifache von dem, was
herese Huber für ihre große Mühe erhielt. Für die bloße Re-
aktion erhielt er jährlich 1000 Taler, ferner 200 Taler soge-

*) F. W. Gubitz, Erlebnisse. Berl. 1868, Bd. II, S. 252.

nannte Bureaugelder und außerdem 5 Louisd'or für jeden bogen seiner eigenen Beiträge.*) Bei der Übergabe der Redak die im Jahre 1820 erfolgte, machte Cotta noch durch eine Anzeige bekannt, daß er das Glück gehabt habe, den jetzigen Kritiker Deutschlands in der Person des Herrn Müllner gewonnen zu haben. In der literarischen Welt dieses unerwartete Avancement natürlich einen Sturm des setzens, und Goethe machte seinem Verdrusse in den Versen

Wir litten schon durch Kotzebue,
Gemeines Räsonnieren,
Nun kommt Herr Müllner noch dazu,
Das Ober-Wort zu führen.
Im Dichten rasch, im Lobe faul,
Ist er mit nichts zufrieden:
Der Edle mault nur, um das Maul
Den andern zu verbieten.

Er ließ das Gedicht aber wohlweislich in seiner Mappe liegen und unterdessen begann Müllner „wie mit Polypenarmen um zu greifen“, um sich eine wahrhaft terroristische Autorität auf Gebiete der Kritik zu erobern. Dadurch kam er natürlich bald mit aller Welt in Konflikt, auch mit Cotta; denn der wollte seine eigenen Autoren in seinem eigenen Blatte doch im hin glimpflich behandelt sehen. Besonders waren ihm An auf Goethe fatal. Diese aber ließ sich Müllner ganz beson angelegen sein, denn der Olympier von Weimar hatte den Di der „Schuld“ sehr vornehm-kühl behandelt und ihm dadurch Stachel ins Herz gedrückt. Cotta war jedoch nicht der der bei solchen Differenzen gutwillig nachgab; er bestand dar daß die satirischen Bemerkungen über Goethe und andere von geschätzte Dichter unterblieben, und als Müllner nach wie diesem Verlangen nicht entsprach, so ließ er diejenigen Kritik die seinem Wunsche nicht entsprachen, an Müllner zurückgehen sogar ohne Müllners Mitwissen lobende Rezensionen von Goethes Schriften in das „Literaturblatt“ einrücken. Darob natürl

*) Schütz, Müllners Leben. Meißen, 1830, S. 187.

**) Jetzt abgedruckt in der Sophien-Ausgabe, 5. Band, 1. Abt., S.

Zorn des beleidigten Redakteurs. Es kam zu heftigen
nanderſetzungen, und als ſich dieſen ſchließlich auch noch
igkeiten finanzieller Natur hinzugeſellten, war ein längerer
ſtlicher Verkehr zwiſchen den beiden Männern nicht mehr
ch; Müllner legte 1824 die Redaktion des „Literaturblattes“
:.

Faſt zur ſelben Zeit löſte ſich auch das Band, durch das
eſe Huber mit Cotta verknüpft war; doch kam es hier zu
: eigentlichen Kataſtrophe. Den Ausſchlag gab ſchließlich
eine Art Mißverſtändnis. Cotta hatte 1823 in Augsburg
Schnellpreſſe aufgeſtellt und gelegentlich geäußert, er wolle
den Druck und Verlag des „Morgenblattes“ nach Augsburg
gen. Dieſe Bemerkung hielt Thereſe Huber für eine indirekte
orderung, ihren Wohnſitz ebenfalls in Augsburg zu nehmen,
ſiedelte etwas voreilig nach dorthin über (23. Okt. 1823).
in Cotta empfand dies als eine Rückſichtsloſigkeit und entzog
darauf ohne irgend welche Ankündigung von Anfang 1824
die Redaktion des „Morgenblattes“. Wie Geiger berichtet,*)
rden ihr einfach die Manuſkripte nicht mehr zugeſtellt; ihre
:inung wurde nicht weiter eingeholt, ihre ausgeſprochene Anſicht
ht befolgt. Während ſie in Augsburg war, erſchien das Blatt
iter in Stuttgart. Zwar erhielt ſie noch zwei Jahre lang das
bisher gezahlte Redaktionsgehalt, doch ſuchte ſich Cotta für
ſe verhältnismäßig nicht ſehr große Summe dadurch ſchadlos
halten, daß er ihre großen und zeitraubenden Überſetzungen, die
: Memoiren der Frau von Genlis, nicht honorierte. Schließlich
it der vollſtändige Bruch zwiſchen beiden ein, der beſonders
jereſe Huber tief ſchmerzte; verlor ſie doch mit der Cottaſchen
:eundſchaft eine Stütze, die ihr faſt dreißig Jahre hindurch in
n mannigfachſten Lebenslagen einen Halt geboten hatte. Wenige
ıhre ſpäter ſtarb ſie (15. Juni 1829), vereinſamt und halb er-
indet. In der Geſchichte des „Morgenblattes“ bedeuten die
ahre ihrer Leitung eine weſentliche Weiterentwicklung des Jour-
ıls. Wenn ſie dem Blatte auch einen gewiſſen frauenhaften

*) Thereſe Huber, S. 300.

Charakter gab, so hob sie es doch in jene geistige Atmosphär der es sich dann später zur wirklich vornehmen Zeitschrift wickeln konnte.

Etwas Ähnliches, wie das „Morgenblatt“, wollte au „Wiener Zeitschrift“ bieten, aber es stand ihr weder intelligenter und kapitalkräftiger Verleger wie Cotta, noch großer und geistig bedeutender Mitarbeiterkreis, wie ihn Stuttgarter Blatt besaß, zur Verfügung. Zudem hatte sie weit mehr, als die Blätter „draußen im Reich“, unter schweren Zensurdruck zu leiden. Die Zeitschrift begann mit 4. Januar 1816 zu erscheinen, und zwar zunächst erst unter Titel „Wiener Moden-Zeitung“, änderte aber ihren Namen, Inhalt entsprechend, schon im Juli 1816 in „Wiener Mo Zeitung und Zeitschrift für Kunst, schöne Literatur und Thea bis sie schließlich den einfachen Titel „Wiener Zeitschrift“ nahm. Der Begründer und Herausgeber des Blattes war Joh Schickh (geb. 1770, gest. 1835), ein Oheim des durch seine P und Schwänke in Wien sehr beliebten dramatischen Schriftstel Kilian Joseph Schickh. Sicherlich war es ein großes Wag als Johann Schickh an die Gründung des Blattes ging, denn war durchaus keine literarisch bekannte Persönlichkeit, vielmehr er vordem eine Art Schneidergeschäft betrieben haben, wod sich vielleicht erklärt, daß dem Blatte zunächst der Charakter Modenzeitschrift gegeben wurde. Allein Schickh wußte die literari Verhältnisse zu beurteilen und zeigte sich auch auf dem Gebi der Literatur überaus orientiert. Dazu kamen seine rechtliche schauung und sein praktischer Blick dem Blatte von Anfang trefflich zu statten. Er wußte, wie Schlossar in einem hier gezogenen Artikel des weiteren ausführt,*) durch aufmerksame obachtung des literarischen Lebens emporstrebende poetische Tale leicht zu erkennen und an sich zu fesseln, bedeutende Verbindunge anzuknüpfen und den Leser- und Abnehmerkreis immer mehr erweitern. Doch führte er in den ersten Jahren die Redaktio

*) Dr. Anton Schlossar, die „Wiener Zeitschrift von J. Schickh u. F. Witthauer. Ein Beitrag zur Gesch. d. österr. Journalwesens in vormä Zeit.“ (Zeitschr. f. Bücherkunde. 5. Jahrg., 2. Bd. S. 464 ff.

selbst, sondern übertrug sie dem Ästhetiker Wilhelm Heben=
(geb. 1774, gest. 1854), dem einige Zeit noch der Schrift=
Jos. Karl Bernard zur Seite stand. Als dann aber im
e 1818 Hebenstreit von der Redaktion zurücktrat und Schickh
Zusammenarbeiten mit Bernard, der eine wenig verträgliche
r gewesen zu sein scheint, als nicht ersprießlich erkannte, nahm er
blich zu Anfang des Jahres 1820 die redaktionelle Leitung
Zeitschrift ganz selbständig in die Hand und behielt sie bis
einem Tode.

Die Zeitschrift erschien in groß Oktav im Jahre 1816 zu=
st nur einmal in der Woche, dann 1817 zweimal und von
8 ab dreimal. Anfangs war die Nummer nur einen halben
jen stark, bald wurde sie aber wesentlich umfangreicher; auch
elt sie ein „Notizblatt", dem der Herausgeber viel interessanten
off einzuverleiben wußte. Eine besondere Anziehung übten die
stlerischen Beilagen aus, namentlich die gestochenen und kolo=
rten Modebilder, die allwöchentlich in einem Blatte erschienen.
ich Musikblätter mit Originalkompositionen von Beethoven,
anz Schubert, Konradin Kreutzer, F. Lachner u. a. wurden
igegeben. Der literarische Inhalt der Zeitschrift bestand aus
rzählungen, Gedichten, kulturgeschichtlichen, archäologischen und
turhistorischen Aufsätzen, sowie aus Theaterbesprechungen, die
t einen recht großen Raum einnahmen. Natürlich waren es
uptsächlich österreichische Autoren, die hier als Mitarbeiter auf=
aten, der damals viel gepriesene J. F. Castelli, J. L. Dein=
rdstein, Karoline Pichler und der junge Franz Grillparzer, der
ereits vor der Aufführung seiner „Ahnfrau" seine Beschäftigung
it den spanischen Dramatikern dadurch bekundete, daß er eine
robe einer Übersetzung aus Calderons „Leben ein Traum" bei=
euerte. Doch unterließen es die österreichischen Dichter des
steren, ihre Beiträge mit ihren Namen zu unterzeichnen, und
atten ihren guten Grund dabei; denn, wie Schlossar hervor=
ebt, galt ein Schriftsteller in dem vormärzlichen Österreich für
ine anrüchige und verdächtige Persönlichkeit, und war er gar als
Beamter des Staats angestellt, so mußte er sich außerordentlich
wohlwollender Vorgesetzter und Förderer erfreuen, wenn er nicht

als mißliebig betrachtet werden wollte. Von den sonstigen [illegible] schen Dichtern erschienen besonders häufig der Epigramm[illegible] Haug, der berühmte Verfasser der „Schuld" Adolph Mü[illegible] H. Clauren, O. Graf von Loeben, Friedrich und Karoline [illegible] Motte-Fouqué, Fr. Laun, A. Böttiger u. a. Bei einem [illegible] ausschreiben, das die Zeitschrift 1819 für die beste poetisch[illegible] zählung erließ, und bei dem sie einen Preis von 25 Dukat[illegible] Gold nebst einem Akzessit von 10 Dukaten aussetzte, zu dem [illegible] auch noch das übliche Honorar von 6 Dukaten für den [illegible] bogen kam, ging E. T. A. Hoffmann mit der Novelle „De[illegible] sammenhang der Dinge" als Sieger hervor. Die Theat[illegible] sprechungen schrieb Hebenstreit selbst und bekundete dabei [illegible] großer Sachlichkeit auch guten Geschmack und gediegenes [illegible] Vielleicht gerade deshalb geriet er alsbald mit Adolph Mü[illegible] der seine „Schuld" nicht genügend gewürdigt meinte, in eine [illegible] rarische Fehde, die sich mehrere Jahre hinzog und besonders [illegible] Müllner mit großer Leidenschaftlichkeit geführt wurde. [illegible] anders gestaltete sich das Verhältnis Hebenstreits zu Grillp[illegible] Hier konnte der Kritiker mit ganzer, rückhaltloser Begeisterun[illegible] den neuen Dichter eintreten und seinen Ruhm verkünden. [illegible] erste Aufführung der „Ahnfrau" im Burgtheater (31. Jan. 1[illegible] besprach er ausführlich und ebenso die der „Sappho" im näch[illegible] Jahre. Besonders betonte er den hohen poetischen Wert [illegible] Stücke. Diese Darlegungen trugen nicht wenig dazu bei, die [illegible] kenntnis von der Bedeutung Grillparzers weiten Kreisen zu [illegible] schließen; der Dichter sah sich bald allerwärts hoch gefeiert, [illegible] da folgten denn in der Zeitschrift auch poetische Apostrophen. [illegible] Jahrgang 1818 erschien ein Gedicht von C. A. von Gruber [illegible] den Verfasser des Trauerspiels ‚Sappho'" und 1819 eine dra[illegible] tische Phantasie „Phaon und Melitta" von demselben und [illegible] schöne Gedicht „An Grillparzer" von Friedrich de la Mo[illegible] Fouqué. Leider sollte dem Dichter diese freudige Anerkennu[illegible] bei Publikum und Presse nicht auch weiterhin zur Seite bleib[illegible]

Auf das ganze Heer der übrigen Unterhaltungs-Journa[illegible] der Zeit von 1813 bis 1819 näher einzugehen, verlohnt sich nich[illegible] Alle diese Blätter sind erstaunlich seicht und ohne jede höher[illegible]

sauffassung. Wir nennen daher nur einige wenige, die sich eines ·en Leserkreises erfreuten. Nach wie vor erschien in Leipzig Zeitung für die elegante Welt“ (Vergl. Band II, 2 ff.), die noch bis 1816 von August Mahlmann und dann Methusalem Müller (geb. 1771, gest. 1837), einem sehr mäßigen Schriftsteller, redigiert wurde. Am meisten machte Zeitschrift wegen der Müllnerschen Artikel, die sie brachte, sich reden, in denen der streitsüchtige Verfasser nach und nach dem ganzen literarischen Deutschland anband. Auch die „ein-ichten Lesefrüchte“, mit denen er eine Zeit lang regelmäßig auf-cte, erregten ein gewisses Interesse, doch nur bei der breiten ige; die feiner Gebildeten fühlten sich von ihnen unangenehm hrt. „Ich habe Müllners ‚Lesefrüchte‘ in der ‚Zeitung für elegante Welt‘ seit 14 Monaten gelesen,“ schreibt Therese Huber Cotta. „Die Form ist, in ihrer Entstehung, meiner Ansicht), geschmacklos; die beständige Wiederholung der burlesken men des Schreibers, des Antwortenden, der Ton der darin kommenden Dame, ist in der steten Fortsetzung immer platt, vie in sich selbst oft pöbelhaft. Die Absicht bei dieser Form es natürlich, sich (wie die Rolle des Lustigmachers überall be-sichtigt) die Freiheit, rechts und links Hiebe zu versetzen, um so hr zuzusichern. Müllner hat gewiß mehr wie eine Absicht, ch die sehr nützliche, wackere Wahrheiten zu sagen; allein diese rliert sich in seiner eigenen Feder in den vielerlei Hieben, die er isteilt.“

Mehr sentimental als rabulistisch war die „Abendzeitung“, e K. G. Th. Winkler (Pseud. Th. Hell, geb. 1775, gest. 1856) n 1817 ab mit Fr. Kind (geb. 1768, gest. 1843) in Dresden Kleinfolio herausgab. Beide Schriftsteller gehörten noch mit m Kreise der Romantiker, aber sie standen ganz an der Peri-pherie, und in der „Abendzeitung“ lösten sie, wie Wolfgang Menzel einmal sagt, „die Romantik in das Teewasser einer geist-losen Klatschgesellschaft“ auf. Aber sie wußten ihrem Blatte eine ziemlich große Verbreitung zu verschaffen; alle die kleinen Dichter von Sachsen, Thüringen und dem Harz, wie W. Blumenhagen, A. v. Tromlitz, Karl Weisflog, E. H. Gehe, Wilh. Gerhard,

Gust. Schilling, Fr. Laun und wie sie alle hießen, zogen [...] Mitarbeitern heran, und diese verschafften dann der Zeit[...] einen gewissen Ruf. Irgend welchen literarischen Wert [...] die „Abendzeitung“ jedoch nicht, so beliebt sie auch lange [...] in den oberflächlichen Gesellschaftskreisen war.

Während die „Abendzeitung“ hauptsächlich das Unterhalt[...] blatt für Mitteldeutschland war, bot für Norddeutschland [...] ganz besonders für Berlin „Der Gesellschafter“ den [...] Lese- und Unterhaltungsstoff. Er wurde von F. W. G[...] (geb. 1786, gest. 1870) ins Leben gerufen, begann mit [...] 1. Jan. 1817 und erschien viermal in der Woche (am M[...] Mittwoch, Freitag und Sonnabend) in Quart. Der ganze [...] lautete „Der Gesellschafter, oder: Blätter für Geist und [...] Wie das Dresdener Blatt, so brachte auch das Berliner [...] was das Publikum wünschte, Novellen, Gedichte, Epigra[...] Anekdoten, biographische Erinnerungen, Theater- und Kunstbe[...] Musik- und Kunstbeilagen und gelegentlich auch einmal [...] kleinen literarischen Skandal, der jedoch in einem Nebenteil[...] Blattes, dem „Bemerker“, abgewickelt wurde. Der Politik [...] der Wissenschaft ging man möglichst aus dem Wege; die Reli[...] ließ man vollständig bei Seite. Man wollte es eben mit [...] und jedem halten und verzichtete dabei auf einen ausgeprä[...] literarischen Charakter. Das Mittelmäßige, das dem allgeme[...] Zeitgeschmacke am meisten entsprach, füllte hauptsächlich die [...] ten. Doch erschienen auch Autoren von wirklicher Bedeut[...] Achim von Arnim, der allerlei Novellen und Auszüge aus [...] lischen Zeitungen lieferte*), Brentano, die Gebrüder Grimm, [...] dow, Wilhelm Müller, und selbst Goethe verschmähte es [...] von Zeit zu Zeit einen Beitrag einzusenden. Varnhagen steu[...] manchen kritischen Aufsatz bei, und Rahel veröffentlichte in [...] Blatte die mit „Friederike“ unterzeichneten Briefe über „Wilh[...] Meisters Wanderjahre“, die von Goethe so anerkennend ge[...] wurden.

Neben dem „Gesellschafter“ erschien sodann noch in Berli[...]

* Reinhold Steig, Achim von Arnim, Stuttg. 1904, Bd. 3, S. 38[...]

uhnsche „Freimütige“ (Vergl. Bd. II, S. 261), ein
.us seichtes Blatt, und einige Quartale hindurch (1816,
. Quart., 1. u. 2. Quart.) das Journal „Ernst und
rz, oder der alte Freimütige“, mit dem G. Merkel noch
l, aber vergeblich, in Berlin Fuß fallen wollte.

Im westlichen Deutschland, besonders am Mittelrhein, war
Zeitlang das „Rheinische Archiv“ eine sehr beliebte belle-
sche Wochenschrift, die jedoch bereits 1814 ihr Erscheinen
llte. Sie ging 1810 aus den von N. Vogt herausgegebenen
opäischen Staatsrelationen“ hervor und wurde von Johannes
el zunächst in Gemeinschaft mit Vogt, später mit Nebe redi-
 Der gewandte und geistvolle Weitzel wußte dem Inhalte
große Mannigfaltigkeit zu geben und steuerte auch selbst ver-
dene Aufsätze über die Geschichte der Zeit und einen Teil
s Romans „August und Wilhelmine“ bei. In dem Roman
at er, wie schon Rousseau vor ihm, die Ansicht, daß die
bilder von Lebensweisheit und Sittenreinheit nur in der
ken Welt zu finden seien. Das Archiv umfaßt 15 Bände.

Schließlich sei noch aus der Menge der sonstigen belletristi-
n Journale der in Rede stehenden Zeit die schon charakteri-
le Bäuerlesche „Wiener allgemeine Theaterzeitung“ her-
gehoben (Vergl. Bd. II, S. 245) und außerdem hingewiesen
 den „Wanderer“, der 1814 von J. R. v. Seyfried in
n gegründet wurde und anfangs auch politische Nachrichten
hte, dann aber vollständig auf das allgemeine Niveau des
ratur- und Theaterklatsches herabsank, den „Sammler“,
)9 in Wien gegründet und anfangs von Castelli, später von
rtenschlag und J. R. v. Seyfried redigiert, ein Blatt, das
e Spalten nur mit Nachdruck füllte, die „Thusnelda, ein
terhaltungsblatt für Deutsche“, herausgegeben von K. W.
oote und Fr. Raßmann 1816 bis 1817 in Krefeld, die „Ori-
nalien aus dem Gebiete der Wahrheit, Kunst, Laune und
antasie“, herausgegeben von Georg Lotz in Hamburg von
17 bis 1844, die „Wünschelruthe“, herausgegeben von H.
raube und D. J. P. v. Hornthal in Göttingen 1818 mit
iträgen von E. M. Arndt, Achim von Arnim, Brentano, den

Brüdern Grimm, Gustav Schwab u. a., die „Leuchte, ein Zeit
blatt für Wissenschaft, Kunst und Leben" von J. D. Symansl
(Berl. 1818) und die „Asträa" von Weishaar (Stuttg. 1819

---

5. Die literarisch-kritischen Journale. Das „Literarische Wochenblatt" vo
Kotzebue. Das Programm Kotzebues. Sein Auftreten gegen die liberal
Bestrebungen, die Preßfreiheit und die Burschenschaft. Schreibt witzig un
pikant. Das Blatt hat Erfolg. Geht nach dem Tode Kotzebues an Broc
haus über. Der „Hermes", von Brockhaus gegründet. Wird nach de
Muster der englischen Zeitschriften eingerichtet und anfangs von Prof. Kru
später von Brockhaus redigiert. Erhält mehr und mehr einen politisch
Charakter. Die „Wiener Jahrbücher der Literatur", begründet von Mette
nich. Bringen Gentz' Abhandlung über die Preßfreiheit in England. Di
übrigen Mitarbeiter. Das „Konversationsblatt", die „Vaterländischen Blätter"
— Heinrich von Treitschke, Karl Hagen und Heinrich von Sybel über di
Presse von 1814—1819.

Endlich erübrigt noch, einen Blick auf die kritischen Journal der Zeit von 1813 bis 1819 zu werfen. Im großen und ganze war die literarische Kritik jener tieferregten, von politischen Leiden schaften durchzitterten Jahre wenig abgeklärt; Haß und Gro trübten sehr oft das Urteil, und die auf- und niederflutende Er regung bestimmte in vielen Fällen das Maß des Beifalls. E erschien denn auch, abgesehen von den rein fachwissenschaftliche Zeitschriften, der Hallischen „Allgemeinen Literaturzeitung", d „Jenaischen Literaturzeitung", der „Leipziger Literaturzeitung" den „Heidelberger Jahrbüchern" und den „Göttinger gelehrte Anzeigen", kein einziges kritisches Blatt in Deutschland, das b der großen Menge des gebildeten Publikums tonangebend g wesen wäre.

Eine gewisse Beachtung und einen immerhin ansehnlichen Lese kreis wußte sich das „Literarische Wochenblatt" zu ve schaffen, das Kotzebue vom 1. Januar 1818 ab im Verla der Hoffmannschen Hofbuchhandlung in Weimar zum Preise v 4 Talern den Band (ein Semester) erscheinen ließ.

Der geschwätzige und auch immer noch kampflustige ehemalige sgeber des „Freimütigen" fühlte offenbar das Bedürfnis, ι Streite der Meinungen ebenfalls wieder mitzureden und auch ιd dort, wo es ihm angebracht erschien, ein paar Hiebe aus- en. Besonders als am Abend des Wartburgfestes auch ein von ihm, seine „Deutsche Geschichte", in die Flammen ge- dert worden war, drängte es ihn, mit in den allgemeinen pf der Meinungen einzutreten und sich dabei auch seiner zu wehren.

Er war durchaus ein Gegner der freiheitlichen Bestrebungen Burschenschafter und erklärte sich für die patriarchalische Staats- chtung. Daher empfand er auch eine heftige Antipathie gegen Turnkunst und die damit verknüpfte Deutschtümelei, über die ich gern in beißendem Spott erging. In dem Eröffnungs- kel seines neuen Blattes trat er freilich noch sehr vorsichtig „Dieses Blatt soll dem gesunden Menschenverstande dienen," rt er dort aus. „Es soll die literarischen Gaukeleien beleuch- das Gute überall hervorheben, das Wunderliche verspotten, Böse entlarven; es soll die Religion ehren, den Aberglauben ämpfen, Vernunft und Sittlichkeit in Schutz nehmen, doch den stand nie verletzen. Eselsköpfe in Holz geschnitten wird es ht liefern, auch keine Schimpfübungen, wie unsere berühmten eraturzeitungen. Aber die merkwürdigen Erscheinungen sowohl Leben, als in der Literatur soll es treu berichten und (be- ıders für Geschäftsmänner, die bei karg bemessener Zeit doch der Literatur ihres Vaterlandes nicht zurückbleiben wollen) den chränkten Raum nur Eines Blattes wöchentlich so benutzen, ß die Leser von vielen Dingen eine Übersicht gewinnen, die sie ıst nur mühsam aus den vielen Tageblätter schöpfen müßten. ebenher soll es keine Langeweile machen. Es wäre überflüssig, ehr zu sagen. Empfehlen muß das Blatt sich selbst; wo nicht, bleib' es ungelesen und ungeschrieben."

Das klang ja sehr vornehm, aber der alte erfahrene Bertuch aute der Sache gleich von vornherein nicht. Schon am 3. Ja- ıuar 1818 schrieb er an einen Freund: „Kotzebue hat sich durch

sein literarisches Wochenblatt unter ein schlimmes Wespenne
bettet und wird, was ich fürchte, die übeln Folgen davon fü

Und bald sollte es sich auch zeigen, in was für eine
liche Situation er mehr und mehr geriet; denn es ist n
leugnen, daß gerade sein Auftreten in seinem „Literar
Wochenblatte" den glühenden Haß gegen ihn in den Kreis
Burschenschaft entfachte und schließlich dahin führte, daß
Sand ihm den Dolch in die Brust stach. Natürlich war
nicht die literarischen Besprechungen, sondern die politischen
sionen, die die freiheitverlangende und sich immer mehr e
zwängt fühlende Jugend erbitterten. Kotzebue erklärte ...
daß er gegen eine Verfassung sei, die doch alle liberalen
so sehnlichst wünschten. Wenn man denn aber absolut Stände
müsse, so dürften sie nicht eine Art von Opposition gegen
Fürsten bilden, sondern sie sollten nur des Hauses ältere
sein, die dem Vater freundlich raten. Ferner sprach sich
gegen die unbedingte Preßfreiheit aus, die zwar viel nütz
noch mehr schade, und noch gegen manches andere, das die
und mit ihr die liberalen Kreise erstrebten. Die Vertret
liberalen Bestrebungen sahen daher in Kotzebue mehr und
einen der schlimmsten Feinde der Freiheit, und der heißb
Luden schrieb unter dem 3. Februar 1818 an Bertuch: „
schicken Sie mir Kotzebues Wochenblatt nicht mehr; ich will
Kotzebue nichts wieder lesen."

In den literarischen Besprechungen wandte Kotzebue sich
die Romantik, die ja auch mehr und mehr in Kläglichkeit und
lichkeit versank, gegen die Fouqué, Horn, Loeben, Houwald,
machte deren Verkehrtheiten und Überspanntheiten lächerlich.
bei entwickelte er viel Mutterwitz, suchte überhaupt seine Bes
chungen möglichst unterhaltend und pikant zu gestalten und
zielte damit bei der großen Menge einen bedeutenden Erf
Von dem ersten Bande wurde bald eine neue Auflage nötig,
im Oktober 1818 konnte die Verlagsbuchhandlung sogar eine dr
unveränderte Auflage ankündigen. Diesem raschen Emporkom
des Journals wurde aber plötzlich durch die Ermordung Kotzeb
am 3. Mai 1819 zu Mannheim ein Ziel gesetzt. Zwar versuch

der Verleger, Wilhelm Hoffmann in Weimar, das Blatt in isherigen Weise weiterzuführen, aber er mußte bald er- ι, daß ihm dazu sowohl das Geschick, als auch der Witz . Die Verlagsbuchhandlung wandte sich daher nach und an eine ganze Reihe hervorragender Autoren und bot ihnen ie Führung der Redaktion unverhältnismäßig hohe Honorare, es wollte sich niemand bereitfinden. In dieser Verlegenheit teten die Gebrüder Hoffmann dem federgewandten Adolf ner eine regere Mitarbeit an dem Blatte, worauf dieser die hrift sofort für seine Privatangriffe mißbrauchte. Jedem, er übel wollte, versetzte er schleunigst einen Hieb. Grill- ers „Sappho" wurde, im schroffen Gegensatz zu der aner- enden Kotzebueschen Besprechung der „Ahnfrau", in grober je abgefertigt, vor allem aber der Brockhaussche Verlag Buch Buch in den Staub gezogen, weil in der Brockhausschen Zeit- ft „Hermes" das Müllnersche Trauerspiel „König Yngurd" ünstig besprochen worden war. Die heftige literarische Fehde zerte sich bald der Art, daß Müllner sogar ein „literarisches egsbulletin" im „Literarischen Wochenblatte" einrichtete.

Die häßlichen Zänkereien erregten in den literarischen Kreisen yr und mehr großen Unwillen und wurden auch von der groß- zoglichen Regierung in Weimar übel vermerkt. „Die hiesige ısur ist auf eine fast lächerliche Weise ängstlich", schrieb ein rarischer Freund, der Geheime Regierungsrat Peucer, an Brock- ıs, „und der Großherzog und das Staatsministerium machen ı guten Hoffmanns die Hölle so heiß, daß sie entweder das ternehmen aufgeben oder ins Ausland verlegen möchten." iterhin meinte er, Brockhaus solle das Blatt kaufen. „Einem deutenden Verlagsbuchhändler kann es nützen, und zum kleinen iege paßt es ganz charmant." Das ließ sich Brockhaus nicht eimal sagen; sofort schrieb er an die Gebrüder Hoffmann, und se antworteten umgehend: „Daß wir bei der Strenge unserer nsur, bei unserer Stellung gegen unsern Hof, bei den ewigen plomatischen Quälereien wegen der Parenthesen unseres Blattes, ngst dem Gedanken Raum gegeben haben, unser ‚Literarisches Vochenblatt' in Weimar aufhören zu lassen, ist kein Geheimnis."

Damit waren die Verhandlungen eröffnet. Die Gebrüder H
mann teilten Brockhaus mit, daß das Blatt, das zu Kotz
Zeiten etwa 1800 Abonnenten gehabt habe, deren zur Zei
900 besitze, worauf Brockhaus für diese 1000 Taler be
Der Kaufkontrakt wurde Ende März 1820 abgeschlossen, un
Blatt ging auch sofort in den Besitz des neuen Eigentümers
doch wurde der laufende fünfte Band noch von den Gebrü
Hoffmann vollendet. Vorher erfuhr auch das Publikum
nichts von dem Besitzwechsel; Ende Juni aber zeigten die
brüder Hoffmann an, daß das Blatt in Brockhausschen
übergegangen sei, und im Text derselben Nummer erschie
launiger Brief Kotzebues aus dem Jenseits an den bish
Redakteur Wilhelm Hoffmann, in welchem sich Kotzebue üb
Verkauf des von ihm gegründeten Blattes an seinen „Tod
Brockhaus beschwerte, während Hoffmann in Anmerkunge
Sachverhalt klarstellte.

Dieser Besitzwechsel erregte natürlich in der literar
Welt allgemeines Aufsehen und im Hinblick auf den nunmeh
den Sand gesetzten Müllner große Heiterkeit, besonders al
im „Literarischen Wochenblatt" die bisherigen tiefen Verbeug
vor dem großen Dichter der „Schuld" ins Gegenteil verwand
und „Die Albaneserin", das neueste Stück Müllners, scharf a
lysiert und als dramatisches Flickwerk gekennzeichnet wurde.*)

Die weitere Entwicklung des Blattes, das dann viele Ja
zehnte unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltung
eine hervorragende Stelle unter den kritischen Journalen
nahm, wird in den nächsten Abschnitten zu schildern sein.

Mit mehr Gehalt und mit einem größeren Fonds von
lichem Ernst trat die schon erwähnte Zeitschrift „Hermes, o
kritisches Jahrbuch der Literatur" hervor. Der Buchhändler
A. Brockhaus in Leipzig hatte den Mangel einer guten krit
literarischen Zeitschrift längst empfunden und bereits unmittelb

*) H. E. Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipz. 1876, II.
S. 263--278 u. Rud. v. Gottschall, Das fünfzigjährige Jubiläum der „Blä
für literarische Unterhaltung". Bl. f. lit. Unterh. 1868, Nr. 1.

ʒen Kriegswirren den Plan gefaßt, eine solche zu schaffen; hatten ihm beständig die beiden englischen Journale „The burgh Review" und „The Quarterly Review" als Muster schwebt. Aber er hatte keine geeignete Kraft für die Leitung Unternehmens finden können. Da las er im Spätherbst , daß Ludwig Wieland die Leitung des „Oppositionsblattes" ben wolle, und suchte nun diesen gewandten Journalisten für eplante Zeitschrift zu gewinnen. Es entspann sich eine län- Korrespondenz, in der die Grundzüge für das Unternehmen ührlich dargelegt wurden, und Brockhaus besonders betonte, er nur eine das geistige Leben auch wirklich fördernde Zeit- ft, die „Keckheit, Tiefe, Verstand und Geschmack" in sich ver- zen müsse, gründen wolle. Zu einer Engagierung Wielands es jedoch nicht, da dieser bereits Verpflichtungen inbetreff es vom 1. Jan. 1818 an in Jena herauszugebenden neuen ttes „Der Volksfreund" eingegangen war, worauf sich Brock- s schließlich an den Leipziger Professor W. T. Krug (geb. 1770, t. 1842) wandte, der nun auch die Redaktion übernahm. rauf erschien dann zur Ostermesse 1818 das Programm der ien Zeitschrift, in welchem dargelegt wurde, daß nur das Neueste d Wichtigste aus jedem Zweige der Literatur dem Leser vorgeführt rden solle, und zwar in Abhandlungen, die schon an sich einen selb- ndigen Wert haben müßten; dabei werde die Zeitschrift stets eit sein, freimütig die Rechte der gesunden Vernunft zu ver- digen „gegen böse Geister aller Art, besonders gegen die jetzt hr als je spukenden Schwarm-, Wirr- und Zwanggeister." insichtlich der Erscheinungsweise entschied man sich für das ierteljahresheft; der Preis für die vier Hefte des Jahrganges urde auf acht Taler festgesetzt. Das erste Heft gelangte gegen nde des Jahres 1818 als 1. Stück des Jahrganges 1819 zur usgabe und umfaßte 25 Bogen, bildete also einen recht statt- chen Band. Der Inhalt entsprach ganz dem Brockhausschen Plane; es wurden nur größere Abhandlungen geboten, in denen er Stoff in den Vordergrund gestellt, die kritische Analyse da- egen immer nur kurz zusammengefaßt war. In der ganzen An- rdnung zeigte es sich deutlich, daß man sich ziemlich eng an die

englischen Vorbilder angeschlossen hatte. Bei dem frei Tone, der gleich von Anfang an in den Heften ange wurde, kam es natürlich auch bald zu Konflikten, zunäch Müllner, dessen Trauerspiel „König Yngurd" im dritten besprochen wurde. Müllner fiel mit solcher Heftigkeit und tinenten Grobheit über Krug her, daß dieser sich beson seiner Stellung als Universitätsprofessor sehr unangenehm berührt fühlte. Und da nun außerdem auch die Ansichten mit denen Brockhaus' nicht immer harmonierten, der erstere meh wissenschaftlichen Charakter, der letztere mehr die allgemeine Be mung betont sehen wollte und auch stets mit seinen Ansichten dur dringen suchte, so trat Krug schon nach Jahresfrist von der tung der Zeitschrift zurück, und Brockhaus besorgte fort Redaktion allein. Infolgedessen erhielt der „Hermes" bere zweiten Jahrgange einen vorwiegend politischen Charakter, w im zweiten Abschnitte unserer Darstellung des näheren richten sein wird.

In Österreich wollten die Wiener „Jahrbücher der ratur" die literarische Kritik ausüben, doch war ihr Zwe bei nicht eigentlich, die geistige Entwicklung zu klären u fördern, sondern vielmehr jeden geistigen Fortschritt zu hem Denn niemand anders als Fürst Metternich war der wir Begründer der Zeitschrift, und aus Staatsmitteln ließ er Journal herstellen. Aus sich selbst hätte es sich auch nicht halten können, denn trotz aller Bemühungen der österreich Regierung, es in weitere Kreise einzuführen, ließ das große P kum es doch ganz unbeachtet. Die Zeitschrift ist, schreibt Seidlitz, von der Masse gar nicht gekannt und dient den B theken bloß zur Zierde.*) Fest eingeschnürt in den span österreichischen Zensurpanzer, konnten sich die Autoren nur bewegen und schrieben daher am liebsten über orientalische slavische Literatur. Das Wertvollste, was die Zeitschrift brach waren gleich in den ersten Heften zwei Abhandlungen von G

*) Die Poesie und die Poeten in Österreich. Grimma, 1837, Bd. I, S. 120.

ie Preßfreiheit in England, in welchen er an der Hand
eschichte der englischen Presse darzulegen suchte, daß die
eiheit jetzt nur noch ein relativer Begriff sei und unter der
: ebenso sicher, ja noch sicherer bestehen könne, als unter
efahr nachträglicher gerichtlicher Bestrafung. Überdies seien
eßvergehen eine eigene Art von Delikten, die mit anderen
:sverletzungen nichts gemein hätten und darum auch eine
ıhmestellung außerhalb des gemeinen Rechts einnehmen
n. Er entzog damit der Presse jeden Rechtsboden und über=
: sie der Willkür der Kabinette. Das alles trug er in so
:nder Sprache und sozusagen so mundgerecht vor, daß die
rungen diese Grundsätze ohne Besinnen akzeptierten und dann
:re Jahrzehnte hindurch zu ihrer Richtschnur nahmen. Bis
ılcher krassen Rechtsverwirrung hatte derselbe Gentz hinge=
der zwanzig Jahre vorher dem Könige Friedrich Wilhelm III.
Preußen den Segen einer freien Presse mit so beredtem
ıde geschildert hatte!

Die „Jahrbücher" begannen 1818 und hatten als ersten
ıkteur Matthias von Collin (geb. 1779, gest. 1824), den Er=
:r des Herzogs von Reichsstadt. Doch trat dieser bald zurück,
auf J. L. Deinhardstein (geb. 1794, gest. 1859) die Redak=
übernahm und mit einer gewissen Umsicht führte. Besonders
tand er es, den Mitarbeiterkreis durch norddeutsche Gelehrte
:rweitern. Daß in diesem auch der Allerwelts=Böttiger nicht
te, war wohl selbstverständlich. Es war sogar Metternich
st gewesen, der den unermüdlichen Vielschreiber aufgefordert
e, dem „in echt gelehrtem, wahrhaft weltbürgerlichem Sinne"
lanten Unternehmen als Kritiker zu dienen. Mit dem Zu=
:menbruch des Metternichschen Regimes hörten auch die „Jahr=
her" zu erscheinen auf. 1849 kamen nur ein Teil des 1. und
Bandes in der früheren Weise heraus, alles andere füllte das
neral=Register über die gesamten Bände, womit der Jahr=
ıg 1849 und überhaupt die Zeitschrift abschloß.

Zwei kleinere Blätter, die noch in der in Rede stehenden
it in Wien erschienen, das „Konversationsblatt" und die
Vaterländischen Blätter", seien nur der Vollständigkeit

wegen noch erwähnt. Das erstere, immerhin von Franz Gräffer mit Geschmack redigiert, trat 1819 ins Leben, ging aber bereits Ende 1821 wieder ein; die „Vaterländischen Blätter für den österreichischen Kaiserstaat", bereits 1808 von Armbruster gegründet, brachten seit 1814, seitdem Franz von Sartori die Redaktion übernommen hatte, eine „Chronik der österreichischen Literatur" als Anhang.

Eine kurze Spanne Zeit nur war es, die wir in diesem ersten Abschnitte überblickten, ein Zeitraum von nicht viel mehr als einem Lustrum; aber zu welcher großen Bedeutung schwang sich die Presse in diesen wenigen Jahren empor! Alles, was das deutsche Volk von 1814 bis 1819 erfüllte, der helle Jubel und der bittere Schmerz der Resignation, fand in ihr einen lauten Widerhall. Sie wurde zum erstenmale in umfassender Weise der Ausdruck der öffentlichen Meinung, zum erstenmale eine Macht. Diesen Ruhm hat ihr Heinrich von Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts" (Band II S. 406) zu nehmen versucht; er spricht dort von der „schlechthin bodenlosen Publizistik" der Jahre 1814 bis 1819. An anderer Stelle tut er die eminente Wirksamkeit eines Görres, dessen „Rheinischen Merkur" Napoleon die fünfte Großmacht nannte, mit einigen humoristischen und höhnischen Bemerkungen ab; die Katastrophe der Okenschen „Isis" stellt er vollständig falsch dar und das einflußreiche Weimarische „Oppositionsblatt" erwähnt er nur einmal gelegentlich.

Wie anders spricht sich da einer seiner Vorgänger auf dem Heidelberger Lehrstuhl der Geschichte, Karl Hagen, in einer längeren Darstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (Raumers hist. Taschenb. 1846 u. 1847) aus! „Wahrlich", schreibt er, „die Presse der damaligen Zeit ließ sich keine Lässigkeit zu Schulden kommen; laut, energisch, von allen Seiten und unablässig rief sie unsern Diplomaten zu, was die Nation fordere, was die gesunde Politik fordere, und was die Ehre der Mächte erheische." Und bei dem unerhört-frechen Vorgehen der

ılzgesellen" betont er nachdrücklich, daß die Presse nicht
ıt habe, jeden einzelnen Punkt ins rechte Licht zu stellen.
en „Zustand der Traurigkeit", den Groll und die Ver-
ng habe die Presse, so weit sie es durfte, wiedergespiegelt.
Diesem Urteile schließt sich auch Heinrich von Sybel
er Geschichte der Begründung des deutschen Reiches an.
sehr lebhafte Bewegung der Presse in Süddeutschland,
ıgen und am Rhein unterstütze, so führt er aus, die allge-
: nationalen Bestrebungen in Zeitungen, Zeitschriften und
en Werken: noch heute sind die Namen Rotteck, Oken, C.
r, Görres unvergessen. „Man hat damals und später die
jenschaftliche Flachheit und den halb revolutionären Charakter
Publizistik gerügt, und in der Tat ist es nicht zu bestreiten,
ıie damalige liberale Schule sich oft nicht weniger ungeschult
ınpraktisch gezeigt hat, als die Teutonen der Burschenschaft.
Mischung halbwahrer oder irriger Vorstellungen von alt-
cher Freiheit, englischem Parlamentsrecht, radikalen französi-
Theorieen ist in diesen Schriften nicht zu verkennen; auch sie
elen dem Hauptfehler des damaligen europäischen Liberalismus,
sie in ihrem Eifer um das individuelle Recht die Notwendig-
einer starken Staatsmacht, gerade zum Schutze jenes Rechtes
n das Versinken in freiheitsmörderische Anarchie, verkannten
deshalb auch, wo einmal die Probe gemacht wurde, sich un-
ıickt zu gedeihlicher Lenkung der Regierung zeigten. Durch
:s alles können aber ihre großen Verdienste in schwerer Zeit
t verdunkelt werden."

Um so schwerer wiegt dann aber die Schuld der Metternich
Gentz, die durch die Karlsbader Beschlüsse diese ganze
ge Zeitungs- und Zeitschriften-Literatur alsbald zu vernichten
ßten und dadurch den deutschen Geist für Jahrzehnte in
vere Fesseln legten. Welche verheerende Wirkung diese Beschlüsse
ıübten, wie sie unser ganzes nationales Leben unterdrückten und
mten, das werden die Schilderungen im nächsten Abschnitt ge-
ısam zeigen.

Zweiter Abschnitt.

---

m Banne der Karlsbader Beschlüsse.

(1819—1848.)

Erstes Kapitel.

Die Zeit der Enttäuschung.

(1819—1830.)

Bundesstaaten und die Karlsbader Beschlüsse. Allgemeine Trostlosig- Hinneigung der großen Menge zur Oberflächlichkeit. Das Theater iert das ganze Interesse. Ein neues Zensuredikt für Preußen. Er- ıg einer Ober-Zensur-Behörde in Berlin. Die Pflichten des Kollegiums; Tätigkeit. Hardenbergs Verschärfung der Zensurvorschriften. Die schen Instruktionen für die Zensoren. Die vernichtende Wirkung dieser uktionen. Die pekuniären Lasten der Zensur und der Zeitungsstempel. reich und die Karlsbader Beschlüsse. Metternichs Zensurverschärfungen. nitzkys Gewalttätigkeiten. Castellis Bestrafung. Fäulhammer über die sterreichische Zensur. Bayerns Reservatrecht. König Ludwig I. und die Zensur.

Die Karlsbader Beschlüsse übten alsbald in ganz Deutsch-) eine wahrhaft vernichtende Wirkung aus. Alle Hoffnungen eine Besserung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhält- e starben dahin; ein bitterer Groll, eine öde Trostlosigkeit be- htigte sich aller Patrioten. Jedes regere geistige Leben wurde der harten Faust der Zensur unterdrückt, während von der vorsichtigen patriotischen Jugend Hunderte in die Gefängnisse teckt wurden. Es begann jene nichtswürdige „Demagogen- cherei", die immer ein Schandmal jener Zeit bleiben wird.

Unter diesen Verhältnissen bildete sich denn auf der einen ite eine klägliche Oberflächlichkeit, eine leichtfertige Unterhaltung der Literatur und im Verkehr heraus, die bis zur lasziven üßlichkeit herabsank, auf der andern Seite jene bissige Ironie,

die alle Tatkraft lahm legte und, wie ein zeitgenössischer S- steller, Hermann Marggraff, in seinem Buche „Deut- jüngste Literatur- und Kulturepoche“ (Leipzig 1839) schr- vornehmtuerischem Gebahren ungerade gerade und gerade un- und doch wieder nichts weder gerade noch ungerade je- jenes zweifelhafte, blasse, alles bespöttelnde, mattherzige Z- geschöpf von Wahrheit und Unwahrheit, Ja und Nein, S- Nichtso, Lust und Unlust, welches, wie jedes Ding in der seinen Fluch in sich trägt, aber einen doppelten Fluch, d- Geschöpf keinem es recht machen konnte, jedem wehe tat un- kalt ließ.

Sogar bei dem wichtigsten Ereignisse des Jahrzehnt- Tode Napolons, fand die deutsche Presse kein einziges bede- Wort. Kein einziger bedeutender Mann stand auf und h- gewaltigen Korsen, der noch vor zehn Jahren mit seinem die ganze Welt erfüllt hatte, die Leichenrede. Mattherzig alle Blätter nur die Nekrologe der englischen Zeitungen ab, mit gewissenhafter Angabe der Quelle, damit sie nur je- Verantwortung für Lob oder Tadel übernähmen.*)

Schließlich war es nur noch das Theater, für das sich und Publikum interessierten. „Die Bühne und nichts al- Bühne,“ klagt Marggraff, „die Henriette Sontag und wieder Henriette Sontag — diese ungeheuren Interessen des Be- Theaters verschlangen das ganze Theatrum mundi, es war Leben wie im Himmel, oder wie es Gott in Frankreich lebt, der reiche Mann im Evangelium; der arme Mann freilich mit Schwielen und Beulen behaftet draußen vor der Tür kümmerte nicht; der war für die Hunde, wenn auch zugleich Abrahams Schoß.“

Die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten ging

*) Die Nachricht von Napoleons am 5. Mai 1821 erfolgtem Ab- wurde dem englischen Kolonialamte am 4. Juli durch einen Kapitän Cre- übermittelt; am Freitag, dem 6. Juli, erreichte sie Paris, von wo sie alsbald nach Deutschland gelangte. Paul Holzhausen, Napoleons Frankfurt a. M. 1902, S. 17.

am 20. September 1819 die Annahme der Karlsbader
se durch den Bund erfolgt war, sehr bald daran, ihre
en Preßgesetze mit dem neuen Zensuredikt in Einklang zu
. In Preußen hatte bisher noch immer das am
zember 1788 erlassene Wöllnersche Zensuredikt zu Recht
en; jetzt wurde unter dem 18. Oktober 1819 ein neues
redikt für Preußen erlassen, das sich aber im großen
inzen doch nur als eine Erneuerung des alten Gesetzes
te.

as Zensuredikt von 1788 enthielt in der Hauptsache fol-
Bestimmungen:

. Alle Schriften müssen der Zensur vorgelegt und dürfen
deren Erlaubnis weder gedruckt noch verkauft werden.

2. Die Zensur hat die Aufgabe, demjenigen zu steuern, „was
die allgemeinen Grundsätze der Religion, wider den Staat
sowohl moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist,
zur Kränkung der persönlichen Ehre oder des guten Namens
er abzielt."

3. Die Zensur der theologischen Schriften steht dem Ober-
storium, bezw. den Provinzialkonsistorien, der juristischen dem
mergericht, bezw. den Landesgerichtskollegien, der Staats-
ften, Zeitungen ꝛc. dem Ministerium des Auswärtigen, der
henschriften und gelehrten Zeitungen ꝛc. den Universitäten,
. in den Provinzen, in denen sich keine Universität befindet,
Magistraten der einzelnen Städte zu.

4. Zensurfrei sind die Schriften der Akademie, des medizini-
n Instituts in Berlin, der Universitäten und deren Mitglieder.

5. Handelt über die Art, in welcher die einzelnen Kollegien
verfahren haben.

6. Beschwerden der Drucker und Verleger gegen die ur-
enden Behörden können bei der Oberinstanz angebracht werden.

7. Nach erteilter Zensurerlaubnis sind Verleger und Drucker
 jeder Verantwortung frei. „Dem Verfasser aber kann eine
che, vollständige Befreiung nicht zu statten kommen; wenn sich
den sollte, daß er den Zensor zu übereilen, seine Aufmerksam-
 zu hintergehen, oder sonst durch unzulässige Mittel die Er-

laubnis zum Druck zu erschleichen gewußt habe, so bleibt e
halb besonders bei einzelnen in einem großen Werke vorkom
den unerlaubten Stellen nach wie vor verantwortlich."

8. Verleger oder Drucker, die ohne Zensur drucken, ve
in eine Strafe von 5 bis 50 Talern; sollte die Schrift be
legung an die Zensur nicht erlaubt worden sein, so würd
Konfiszierung der ganzen Auflage und eine Geldstrafe bis z
doppelten Betrage, der etwa an den Druckkosten verdient w
eintreten. Im Wiederholungsfalle kann der Verlust des
legiums erfolgen. Als nicht der Zensur vorgelegt werde
solche Schriften angesehen, in denen nach eingeholter Z
erlaubnis anstößige Änderungen vorgenommen worden sind

9. Der Zensor erhält für jeden zensierten Bogen 2½ G

10. und 11. Ausländichse Schriften werden, wenn sie ge
in § 2 genannten Grundsätze verstoßen, nicht zum Debit zu
und müssen der Behörde eingeliefert werden. Der Buch
der mit Wissen solche Schriften vertreibt, kann mit den
genannten Strafen belegt werden. — In Geld-, selbst
fängnisstrafe verfallen auch die Vorsteher der Lesebibliothek
Gesellschaften, die wissentlich solche Bücher zulassen.

Von allen diesen Bestimmungen von 1788 kam nur die
in Wegfall, welche die Zensurgebühren verlangte, dagegen
die Einrichtung einer Ober-Zensur-Behörde angeordne
außerdem traten noch verschiedene wesentliche Verschärfunge

Die Pflichten des neuen Ober-Zensur-Kollegiums bestim
der § 6 dahin:

1. die Beschwerden der Verfasser oder Verleger wegen
licher oder partieller Verweigerung der Erlaubnis zum Druck
untersuchen und nach dem Geiste des gegenwärtigen Geset
letzter Instanz darüber zu entscheiden;

2. über die Ausführung des Zensurgesetzes zu wachen
ihm bekannt gewordene Übertretung desselben, sowie die F
wo die verordneten Zensoren dem Geiste des gegenwärtigen
setzes nicht Genüge geleistet zu haben scheinen, oder über we
sich eine fremde oder einheimische Behörde beklagt hat, mit ei
Gutachten dem betreffenden Ministerium anzuzeigen;

mit den Oberpräsidenten und Zensurbehörden über die
angelegenheiten zur korrespondieren, ihnen die von den
erwähnten Staatsministerien ausgehenden Instruktionen zu-
n zu lassen, sowie ihre allfallsigen Zweifel und Bedenklich-
nach den ihm von den gedachten Ministerien gegebenen Vor-
:n zu heben;
!. das Verbot des Verkaufes derjenigen innerhalb oder
halb Deutschlands mit oder ohne Zensur gedruckten Bücher,
Debit unzulässig zu sein scheint, durch die Berichte an die
dachten Ministerien zu veranlassen.
Von den Verschärfungen war die härteste die Suspendierung
Zensurfreiheit, die bisher die Universitäten und die Akademie
Wissenschaften genossen hatten. Eine solche Beschränkung der
ı Forschung hatte selbst Wöllner seiner Zeit nicht gewagt.
Die Zeitungen erhielten noch eine besondere Belastung und
ngung durch die neuen Paragraphen 9 und 17. Der erstere
mmte: „Die Ober-Zensur-Behörde ist berechtigt, dem Unter-
ner einer Zeitung zu erklären, daß der angegebene Redakteur
t von der Art sei, das nötige Vertrauen einzuflößen, in wel-
ı Falle der Unternehmer verpflichtet ist, entweder einen anderen
akteur anzunehmen, oder, wenn er den ernannten beibehalten
, für ihn eine von Unseren oben erwähnten Staatsministerien
den Vorschlag gedachter Ober-Zensur-Behörde zu bestimmende
ıtion zu leisten."
Der § 17 endlich verfügte, als wenn die bisherigen Vor-
iften noch nicht hart genug gewesen wären, zu guterletzt die
.ige Vogelfreiheit der periodischen Presse in den Worten:
eitungen und andere periodische Schriften, sobald sie Gegen-
ıde der Religion, der Politik, Staatsverwaltung und der Ge-
:chte gegenwärtiger Zeit in sich aufnehmen, dürfen nur auf
nehmigung der oben gedachten Ministerien erscheinen und sind
n denselben zu unterdrücken, wenn sie von dieser Genehmigung
ädlichen Gebrauch machen."
Diese neue Verordnung trat natürlich in der gesamten preu-
chen Monarchie in Kraft, so daß es also Sonderbestimmungen
r die Presse, wie sie in den neuen Provinzen immer noch bestanden

16*

hatten, nicht mehr gab. Im Eingange des Edikts wurde be sonders hervorgehoben.

Am 17. Dezember 1819 hielt das Ober-Zensur-Kolle bereits seine erste Sitzung ab. Die ersten elf Ober-Ze waren: die Wirklichen Geh. Legationsräte v. Raumer, Vorsitz und Ancillon, der Bischof Eylert, Geh. Justizrat Sack, Ober-Medizinalrat Langermann, die Geh. Ober-Regierung Körner (Vater von Theodor Körner), Behrnauer und Sc Regierungsrat und Professor Friedrich v. Raumer, Professor Bibliothekar Wilken und Hofrat Beckedorff.

Im gesamten preußischen Volke erregte diese wesentliche schränkung der Preßfreiheit heftigen Unwillen, doch konnte ja öffentlich nicht mehr Ausdruck gegeben werden; dagegen ha verschiedene höhere Beamte den Mut, ihre Mißbilligung des in amtlichen Eingaben offen auszusprechen. So findet sich Friedrich Kapp mitteilt,*) in den Ministerialakten ein Beri königlichen Regierung in Frankfurt a. O. vom 3. Novembe über die öffentliche Stimmung, in welchem ohne Umschweif ge wird, daß die neuesten Beschlüsse des Bundestages und die ne gegründete preußische Zensur-Verordnung die meisten Ge sichtbar niederbeuge und jedes freimütige Urteil über Gesetzge und Verfassung verscheuche. Diese Äußerung vermerkte aber Minister von Schuckmann sehr übel, und er ließ deshalb du Herrn von Kamptz unter dem 25. Dezember 1819 erwider „Da der Bericht der Regierung nicht ein Urteil ist, welches a priori über die Bundestagsbeschlüsse und das Zensur-Ed fällt, welches allerdings eine sehr ungebührliche Anmaßung würde, da die Beschlüsse mit Sr. Majestät Allerhöchster stimmung gefaßt sind und das Zensur-Edikt von Sr. Maj vorgeschrieben ist, so wird ihr aufgegeben, binnen acht Tagen zuzeigen, an welchen Individuen und Klassen der Einwohner ihr Bezirkes und aus welchen Symptomen sie diese eigenen Beob tungen, auch wer aus ihrer Mitte dieselben gemacht hat, inde

*) Die preuß. Preßgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. (Arch. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Bd. VI. Lpzg. 1881.)

igenen Beobachtungen des Kollegiums auf denen der In- ren beruhen können, ferner welche freimütigen Urteile über ȝgebung und Verfassung verscheucht werden."

Die Antwort hierauf fehlt leider in den Ministerialakten.

Die Leistungen des Ober-Zensur-Kollegiums waren übrigens rordentlich kläglich, und die ganze Situation dieses Ober- ur-Gerichtes gestaltete sich mehr und mehr höchst mißlich. t, wie ursprünglich beabsichtigt war, eine selbständig ver- ·lnde und Aufsicht führende Behörde in allen Zensurange- ıheiten zu bilden, wurde, wie Kapp mitteilt, das Kollegium verschiedenen Ministerien untergeordnet und von diesen heute einen Maßregeln gebilligt, morgen ohne Umstände bei Seite joben. Die Minister des Innern, des Auswärtigen und des tus erließen z. B. nach eigenem Ermessen Bücherverbote, e es für angezeigt zu halten, das Ober-Zensur-Kollegium von ergriffenen Maßregeln zu benachrichtigen. Sogar die Ober- sidenten taten, was ihnen gut dünkte, ohne das Kollegium elmäßig in Kenntnis zu setzen. Auch die äußere Situation · Kollegiums ließ so ziemlich alles zu wünschen übrig. Da die itglieder ihr Amt als Neben- und Ehrenamt bekleideten, so tte man es überhaupt für überflüssig erachtet, für die not- ndigen Bureaukosten zu sorgen, geschweige denn einen Etat für festzusetzen. Nicht einmal ein Fonds für Anschaffung von ichern, Broschüren und Zeitschriften war vorhanden, um die eßerzeugnisse, deren Charakter überwacht werden sollte, an- affen zu können; sie mußten bei einem Buchhändler entliehen rden. Ja, es fehlte sogar an den entsprechenden Räumlichkeiten r die Sitzungen. Das Kollegium mußte froh sein, wenn es jendwo aus Barmherzigkeit ein Unterkommen fand. Anfangs währte man ihm ein Zimmer im Ministerium des Auswärtigen, ıer schon im Juni 1820 wurde es von dort vertrieben, so daß in Ermanglung eines Lokals fünf Wochen keine Sitzungen halten ınnte, bis man ihm endlich ein Zimmer im Schlosse einräumte.

Unter diesen Umständen fühlten sich die Mitglieder des Ober- ensur-Kollegiums nicht gerade zu besonders eifriger Tätigkeit ıgespornt; nur in der ersten Zeit wurden ziemlich regelmäßig

Sitzungen abgehalten, im Jahre 1820 im ganzen 32, im Jahre 1 aber schon nur 19 und 1822 sogar nur 17. Von der 7 die am 1. September 1823 stattfand, wurden keine förm Protokolle mehr geführt, sondern nur hie und da vom P denten v. Raumer Registraturvermerke gemacht. 1823 fand 1824 gar keine, 1825 nur 4, 1826 nur 3, 1827 und 1 aber wieder gar keine Sitzungen statt. Seitdem wurden i höchstens bei außerordentlichen Gelegenheiten berufen.

Das Wenige, was das Kollegium leistete, fällt also i ersten Jahre seiner Wirksamkeit. Das erste, womit es sich der Feststellung der allgemeinen Geschäftsordnung, besch war die Sorge, die politischen Zeitungen zu überwach „um diese pflichtmäßige Wachsamkeit besser üben zu kö wurden an jedes Mitglied die Blätter je einer Provinz z aufsichtigung übertragen, die von Ostpreußen an Beckedo von Westpreußen an Wilken, die von Pommern an Sack, d Schlesien an Prof. Friedr. v. Raumer, die von Posen an die von Sachsen an Langermann, die von Westfalen an K die von Cleve-Berg an Behrnauer und die vom Niederrh Ancillon. Der Bischof Eylert wurde mit einem Dezernat schont. Er mochte vielleicht darum gebeten haben; war er überhaupt nur zögernd in das Kollegium eingetreten. „Es eine in unserem von Extremen bewegten Zeitalter sehr sch Sache,“ erklärte er in seinem Annahmeschreiben, „ohne der W heit etwas zu vergeben, doch zugleich die Pflichten der Human und Liberalität nicht zu verletzen.“

Das Zensuredikt und das Ober-Zensur-Kollegium ersch aber dem Staatskanzler von Hardenberg noch immer nicht a reichend genug, den liberalen Geist vollständig in Fesseln schlagen. Er dehnte daher bereits zu Anfang des Jahres 1 die ursprünglich nur gegen die politischen Zeitungen erlassen Bestimmungen auch auf die politischen Schriften überhaupt a obgleich sich das Ober-Zensur-Kollegium in einem Beschlusse v 21. Januar 1820 gegen diese dem Edikte vom 18. Oktober 18 zuwiderlaufende Willkür verwahrte, und weiterhin ließ er d dem Geheimen Oberregierungsrat Schöll eine ausführliche I

on für die Zensoren ausarbeiten, die dann unter dem
uar 1820 an sämtliche Oberpräsidenten erlassen, und in
·führlich angegeben wurde, über welche politischen Ange=
iten den Zeitungen zu berichten gestattet sei, und über
sie zu schweigen hätten. Die sämtlichen politischen Ver=
'e der ganzen Welt mußten in der Instruktion Revue pas=
und bei jedem einzelnen Lande wurde mit peinlicher Ge=
:it festgestellt, welchen Standpunkt der Redakteur einzu=
ı habe.

)ie große Schärfe und Bestimmtheit, mit der die Ansichten
:gierung sowohl in bezug auf die politischen Verhältnisse, wie
c Pflichten und Aufgaben der Presse in dem Erlasse zum
:uck kamen, machen ihn zu einem hochwichtigen Aktenstücke,
Hauptsätze daher wörtlich wiedergegeben werden müssen.

Zunächst gibt der Erlaß die allgemeinen Grundsätze an,
denen bei der deutschen Politik zu verfahren sei. Es
da:

„— — Es muß von seiten der Herren Oberpräsidenten
iglich darüber gewacht werden, daß in den in ihren Bezirken
eineuden Zeitungen und politischen Schriften nichts aufge=
men werde, was der Bundesversammlung oder einzel=
Bundesgliedern zu einer gegründeten Beschwerde Anlaß
ı könnte. Man kann mit Recht von wohldenkenden Schrift=
rn erwarten, daß sie sich beeifern werden, die von den deut=
Fürsten gemeinschaftlich ergriffenen oder noch zu nehmenden
ßregeln in einem solchen Lichte vorzustellen und die Nation
den Zweck derselben auf eine solche Weise zu belehren, daß
Regierung in der öffentlichen Meinung diejenige Unterstützung
Ausführung derselben finde, auf welche ihre wohlmeinenden
väterlichen Absichten ihr ein Recht geben. Sollte jedoch irgend
Schriftsteller sich unterfangen, die verabredeten Beschlüsse
:ln zu wollen, so muß eine solche Verirrung durchaus gehindert
den. Auch die in einzelnen Staaten des deutschen Bundes
:henden Verordnungen müssen ohne Bemerkung mitgeteilt wer=
; ebenso kann kein Tadel gegen diejenigen Minister und Be=
len geduldet werden, welche das Zutrauen der deutschen Fürsten

besitzen. Hiervon hat jedoch in den Staaten, welche öffentl
ratende repräsentative Versammlungen haben, insofern ein
nahme statt, als diejenigen Ausfälle, welche in solchen Ve
lungen gegen die Minister gemacht werden, angeführt
können, insofern sie aus den in den betreffenden Staaten
erscheinenden Zeitungen genommen sind. Jedoch muß in
solchen Fällen mit der gebührenden Schonung verfahren und
jenige, was zu Gunsten oder zur Rechtfertigung der M
gesagt wird, in gleichem Umfange aufgenommen werden.
diejenigen repräsentativen Verfassungen selbst betrifft, welche
deutsche Fürsten, ohne das Resultat des Wiener Kongres
zuwarten, in ihren Staaten eingeführt haben, so kann die
teilung derselben in größeren politischen oder historischen S
ganz unschädlich sein. Da aber die Prüfung der in de
befolgten Grundsätze außer dem Fassungskreise des großen
kums liegt, so gehört dieselbe nicht in Flugschriften, am
aber in Zeitungen. Noch weniger kann geduldet werd
unberufene Schriftsteller sich anmaßen, solche Verfassungen
über deren Wert die Zeit richten wird, als Meisterstück od
glückende Einrichtung anzupreisen und dadurch die Begriff
Volkes zu verwirren. Überhaupt muß in Ansehung der de
Angelegenheiten bemerkt werden, daß die Aufnahme eines
anstößigen Artikels nicht aus dem Grunde erlaubt sein
weil er aus einer anderen deutschen, unter Zensur stehenden
tung entliehen ist, insofern diese Zeitung nicht in dem Lande
erscheint, auf welches ein solcher Artikel sich bezieht. Da
die Erfahrung gelehrt hat, wie unrichtig und nachlässig m
Redakteure von Zeitungen ihre Quellen anführen, so kann d
einem anderen Lande gemachte Bemerkung, daß sie einen A
aus der Landeszeitung genommen habe, nicht als Beweis für
Wahrheit einer solchen Angabe gelten. Eine Ausnahme ver
jedoch der von bekannten wohldenkenden Männern redigierte „Ö
reichische Beobachter“, dessen Artikel immer aufgenommen we
können, jedoch, wenn es nötig ist, mit Angabe der Quelle.
hiernächst die auswärtige Politik angeht, so hat die P
ßische Regierung das Glück, mit allen Mächten von Europa

sten Vernehmen zu stehen. Die Zensur muß daher darauf daß von allen Monarchen und Regierungen, so wie von Ministern mit der gebührenden Achtung gesprochen werde."
er Erlaß geht dann genauer auf das Ausland ein und r das Verhalten diesem gegenüber folgende Richtschnur an:
Der wichtigste Punkt der großen europäischen Politik ist in Augenblicke Frankreich. Die vier innigst verbundenen e sehen die Aufrechterhaltung dieses Staates, der dem= unentbehrlichen monarchischen Verfassung und der bourboni= Familie in der von uralten Zeiten hergebrachten Sukzessions= ng als für die Ruhe und den Frieden von Europa not= g an. Jeder Versuch, in dieser gesetzmäßigen Ordnung eine rung einzuführen, muß als eine Unternehmung gegen die rchische Gewalt selbst angesehen werden, und das Glück eines n Unternehmens würde die Quelle unseliger Folgen für pa sein. Die Herren Oberpräsidenten werden die Zensoren rdern, den gefährlichen und verabscheuungswürdigen Lehren egenzuarbeiten, welche von gewissen in Frankreich erscheinen= Flugschriften ausgehen, um zu verhindern, daß dieses Gift nicht durch preußische Zeitblätter verbreite. Es ist jedoch t hinreichend, dergleichen Grundsätze auszuschließen. Die An= ger derselben versuchen allerlei indirekte Mittel, ihnen Ein= z zu verschaffen, und hieran hauptsächlich müssen sie gehindert den. Es darf deshalb nicht länger der Wahn unterhalten den, als wenn die königlich französische Familie von der ion als ihr mit Gewalt aufgedrungen angesehen würde. Die nigfaltigen Beweise von Menschenliebe und Wohltätigkeit, welche einzelnen Glieder dieser Familie bei jeder Gelegenheit liefern, welche von royalistischen Blättern aufgenommen zu werden gen, sowie die Beispiele der Liebe und Anhänglichkeit für e erhabenen Personen, welche so häufig angeführt werden, dürfen t länger, wie bisher allgemein der Fall war, verschwiegen werden. irrige Meinung, als wenn die französische Nation in zwei rteien geteilt wäre, welche sich das Gleichgewicht halten, näm- Anhänger der gesetzlichen Monarchie und Freunde einer neuen derung der Dinge, darf nicht länger durch unsere Zeitungen

erhalten werden .... Einige Redakteurs von Zeitungen ihre übeln Absichten unter dem Deckmantel einer gewi parteilichkeit, welche ihnen untersage, sich für die eine od Partei zu erklären. Diese Entschuldigung kann keines gültig angenommen werden. Nachdem es so weit gekom daß über die Absichten der linken Seite keine Zweifel m haben können, nachdem Ludwig XVIII. im Angesicht vo Frankreich erklärt hat, daß eine Faktion an dem Umstur Thrones arbeite, kann für einen guten Bürger keine R Unparteilichkeit zwischen zwei sog. Parteien sein. Es ist Grund mehr vorhanden, die als Feindin der Regierung nete Faktion zu schonen. Artikel aus den Zeitungen dieser dem Constitutionel, dem Indépendant, dem Censeu Renommée, der Minerve rc., dürfen nur mit der größ hutsamkeit aufgenommen werden." Der Erlaß wendet si den französischen Ministern zu, die zwar nicht angegriffe doch auch nicht gerade gelobt werden dürften, da sie sich der linken Seite der französischen Kammer zuneigten. gelangte der Erlaß zu Spanien. „Was die transpyre Halbinsel und die Mißhelligkeiten Spaniens mit seinen Kol betrifft," erklärte er, „so ist man über den wahren Zusam hang der dortigen Begebenheiten zu wenig unterrichtet, al unsere Verfasser von Zeitschriften hoffen dürften, ihren darüber etwas Neues und Nützliches sagen zu können. Nachrichten, welche sie darüber aus englischen Berichten schö können, insofern sie Tatsachen enthalten, welche der Geschicht gehören, unbedenklich eingerückt werden; in keinem Falle aber der Aufstand der spanisch-amerikanischen Kolonie gegen das Mu land als rechtmäßig dargestellt werden. Auch mit den einigten Staaten von Nordamerika steht unsere Regier auf einem freundschaftlichen Fuße. Die aus jenem Lande gehenden historischen, geographischen und statistischen Nachri können ohne Bedenken aufgenommen werden. Da jedoch in eini westdeutschen Provinzen und in der Schweiz starke Auswanderun nach Amerika statt haben, und die Regierung dieses Freistaat vielleicht mit Unrecht, beschuldigt wird, durch Unterhändler jene

gewordene Übel zu unterhalten, so muß verhindert daß durch unnötiges Rühmen der vorgeblichen Glück= welche man in jenem Lande genießt, oder Lobpreisen der der amerikanischen Regierung, der Hang zum Aus= genährt, oder den Regierungen der deutschen Staaten, Auswandern eingerissen hat, Gelegenheit zu Beschwerden werde. Was die Unruhen anlangt, welche vor einiger England ausgebrochen sind, so hat die Regierung in nenstem Einverständnisse mit den Repräsentanten der Nation ge Maßregeln in Ansehung derselben ergriffen, daß die ung solcher Bewegung nicht leicht zu befürchten ist. Sollte die Hoffnung des rechtlichen Teiles der Nation getäuscht lten neue Versuche zu aufrührerischen Bewegungen gemacht , so müssen dieselbigen, sowie sie es in der Tat waren, als das chen einer verabscheuungswürdigen Menschenklasse darge= erden. Da die geographische Lage des westlichen Teils Monarchie mancherlei Berührungen mit dem Königreich Niederlande erzeugt, so werden die Herrn Oberpräsidenten Provinz sich zuzeiten in dem Falle befinden, ihren Zen= über die Art und Weise, gewisse Dinge vorzutragen, be= re Vorschriften zu erteilen. Die nordischen Staaten von pa, Schweden und Dänemark, geben zu einer einzigen rkung Anlaß. Der in Schweden regierende König, Karl an, ist von allen Staaten anerkannt und hat auf gleiche Be= ung wie alle übrigen Monarchen ein gegründetes Recht. edoch sein Name oft von einer übelgesinnten Partei gemiß= ht wird, welche ihn, ganz ohne sein Zutun, über alle Mo= en erheben möchte, die ihre Throne durch Erbschaft besitzen, uß diesem Bestreben insofern entgegengearbeitet werden, daß Lobeserhebungen dieses Fürsten vermieden werden. (Har= berg setzte vor Lobeserhebungen das Beiwort „übertriebene".) endlich zwischen unserer Regierung und dem römischen Hofe wichtige Gegenstände Unterhandlungen gepflogen werden, so sen nicht nur unsere Verhältnisse mit diesem Hofe geschont, dern auch diejenigen Diskussionen, welche sich zwischen den= en und anderen deutschen Staaten erheben könnten, bloß ge=

schichtlich und ohne Bemerkungen vorgetragen werden. tung, welche die beträchtliche Anzahl unter preußischen stehender Katholiken verdient, erlaubt nicht, daß Zeitu Flugschriften etwas aufnehmen, was diese Religionsgenosse könnte. Religiöse Polemik gehört am wenigsten in Zeitungen."

Kaum war aber diese Instruktion versandt, als Frankreich die Verhältnisse wesentlich änderten; das libe nisterium wurde gestürzt, und ein hochkonservatives kam an infolgedessen hielt es Hardenberg für durchaus nötig, zweiten Instruktion vom 25. April 1820 darauf hin daß jetzt die deutschen Zeitungen energisch für das neue sische Ministerium einzutreten hätten. Die rechte Seite d zösischen Kammer, auf die sich das neue Ministerium stü man die Partei der Royalisten nennen. „Es ist endlic fährt der Erlaß fort, „daß dieses Wort mit der Achtun sprochen werde, welche in einem monarchischen Staate, preußische ist, jeder gute Untertan für dasselbe empfinde Besonders werden Ew. — den Zensoren anempfehlen, nennung von Ultra, deren zu meiner Verwunderung si immer einige preußische Zeitungen bedienen, nicht nur diesen, sondern überhaupt in keinem Werke zu dulden. So Ausdruck einen hohen Grad der Liebe und Verehrung Person des Königs und für die monarchische Verfassung drücken, so ist zu bedauern, daß man ihn verunglimpft hat man durch den Gebrauch derselben anzeigen, daß die dam legten Personen die bestehende gemäßigte Monarchie in eine kürliche Verfassung umändern wollen, so ist diese Beschuld ganz aus der Luft gegriffen und durch alles Vorgefallene länglich widerlegt. Der Mißbrauch der Namen ist weit licher, als er im ersten Augenblicke erscheint, weil man denselben die Begriffe der Menge verwirrt und sie zuletzt bringt, das Strafbare für lobenswert zu halten. Aus dem Grunde werden Ew. — nicht länger dulden, daß der Name rale zur Bezeichnung einer Faktion mißbraucht werde, deren würdige Bemühungen und verruchte Zwecke von ihren Mitglied

Schriften und Reden enthüllt worden sind. Um das nicht länger in Täuschung zu erhalten, soll das Wort nicht ohne den Zusatz: die vorgegebenen oder die sich nennenden, gebraucht werden. Wohlgesinnte Schriftsteller n ohnehin diese Partei als Revolutionäre und werden sich enennung am liebsten bedienen."

›lich wurde bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf :n hingewiesen, wo der despotische König Ferdinand VII. ıngen des Volkes am 7. März 1820 die Konstitution von ıtte annehmen müssen. „Ew. — werden den Zensoren tischen Zeitungen die größte Behutsamkeit in Ansehung der en Angelegenheiten anempfehlen", hieß es da. „Kein ge- Mann (und ein solcher soll doch jeder sein, der durch die on einer Zeitung auf die Bildung seiner Nation wirken ınn glauben, daß ein Machwerk wie die sog. Konstitution rtez von 1812 in irgend einem Lande bestehen könne, und nführung derselben kann also höchstens als ein beklagens- Irrtum geschildert werden." Es wird dann vorgeschlagen, en Redakteuren der Zeitungen untersagt werde, ihre Nach- ı über Spanien aus anderen Blättern als dem Moniteur, Journal des Débats, Quotidienne und Journal de Paris hmen. „Diese Beschränkung", meint der Erlaß, „wird ihnen lästigen Zwang auferlegen, da jene vier Blätter immer die en und in der Regel die wahrsten Nachrichten liefern, da- gen die Hamburger Blätter gewöhnlich falsche Gerüchte ver- n."

Dieser Instruktion schloß Hardenberg in einem Postskriptum händig noch die Bemerkung an: „In Ansehung der spani- Angelegenheiten wird es dem Zwecke der verbündeten Mo- ien am gemäßesten sein, wenn die Redakteurs von Zeitungen auf die bloße Erzählung von Tatsachen beschränken, insofern lbe aus den oben genannten Blättern genommen sind, ohne ıd eine Bemerkung noch ein Urteil über das Geschehene oder erwartende beizufügen."

Zur Ehre des Ober-Zensur-Kollegiums kann festgestellt den, daß es diese Instruktionen nicht billigte; es besaß aber

doch nicht so viel Mut, um dieser unerhörten Einschrän
Preßfreiheit gegenüber vorstellig zu werden; es beschloß
Besorgnisse erst dann zu äußern, wenn „ein bestimmter
Fall die schickliche Gelegenheit dazu bieten würde“ (Proto
16. Sitzung vom 5. Mai 1820). Diese „schickliche Gele
hat sich dann später zwar oft gefunden, allein das Kollegium
im Laufe der Jahre immer mehr zu einer untergeordneten
herabdrücken, so daß es sich niemals zu irgend welcher
ermannen konnte.

Die Zensoren aber richteten sich so streng nach den
schriften der Instruktion und besonders nach dem Po
des Staatskanzlers Hardenberg, daß sie unnachsichtig den
teuren alles strichen, was nur einigermaßen über die „bl
zählung von Tatsachen“ hinausging. Dadurch erhielten
preußischen Zeitungen sehr bald ein so auffallend dürftig
sehen, daß der Staatskanzler unter dem 19. Juni 1820
der Sinn seines Postskriptums sei doch kein anderer gew
den Redakteuren der preußischen Zeitungen alles eigene
befugte Beurteilen der Begebenheiten auf der pyrenäischen
insel, sowie die Aufnahme beurteilender Artikel aus den
lischen und gewissen deutschen Blättern zu untersagen.
die französische Regierung in Ansehung jener Begebenheiten
selbe System befolgt wie die unsrige,“ sagte er dann schl
„und da von den genannten vier Zeitungen umsoweniger
ständige Äußerungen zu befürchten sind, als sie unter einer
geordneten Zensur stehen, so finde ich kein Bedenken, die
nahme spanischer Artikel aus denselben unbedingt zu ver
Die Absicht der Regierung, als eine solche zu erscheinen,
keine Partei genommen hat, würde nicht erreicht, wenn gew
aller Rücksicht tadelns- oder lobenswerte Handlungen allzu
dargestellt würden; besonders aber könnte es auffallend sein,
das Publikum oder Fremde bemerkten, daß bei der Aufnahme
Artikeln aus wohlgesinnten französischen Zeitungen etwas we
lassen worden ist.“

Viel gewonnen war damit jedoch nicht, und nach wie
hatte die preußische Presse die Schmach zu erdulden, sich inde

französischen und spanischen Angelegenheiten unter die
che Zensur gestellt zu sehen.
er auch in Fällen vollständig unpolitischer, ganz privater,
Weise ungefährlicher Natur sah sich die Presse gehemmt
)indert, so daß man fast annehmen möchte, der Zensor
rmlich die Gelegenheit vom Zaune gebrochen, um Presse
ıblikum zu schikanieren. Ein Beispiel von einem solchen
ıbegreiflichen Verhalten eines Berliner Zensors findet sich
m Berichte über den Aufenthalt Karl von Holteis in Berlin
hre 1825. Im Januar dieses Jahres hielt Holtei in
öffentliche Vorlesungen über Shakespeare, als ihm plötzlich
Gattin durch den Tod entrissen wurde. Dieser Verlust er-
cte ihn so tief, daß er die Vorlesungen einstellen mußte,
ım dies dem Publikum mitzuteilen, bat er seinen Freund
eine kurze Anzeige dieser Art für die Zeitungen abzufassen.
Bitte entsprach Hitzig, allein der Leiter der Berliner Lokal-
, Geheimrat Grano, verweigerte sein „imprimatur", weil
ı der Anzeige erwähnten Vorlesungen Holteis „als öffent-
nicht zu betrachten seien. Selbst mündliche Vorstellungen
gs änderten nichts an dem Verbote.

Zu all diesen Beschränkungen, Bedrückungen und Schikanen
e der Presse schließlich auch aufs neue die Last aufgebürdet,
Kosten für den Zensor selbst zu tragen. Bekanntlich war
ı das Zensuredikt vom 18. Oktober 1819 die Erhebung von
urgebühren in Wegfall gekommen. Man wollte dadurch die
oren unabhängiger machen und in der öffentlichen Meinung
s höher stellen. Es wurden somit aus der Staatskasse vom
Oktober 1819 bis zum 1. November 1820 bezählt: an die
oren von Brandenburg, Sachsen, Jülich-Cleve-Berg, Nieder-
in, Preußen, Posen und Westfalen im ganzen 1354 Taler
Sgr., vom 1. Nov. 1820 bis zum 31. Dezember 1821 an die
soren in Brandenburg (inkl. Berlin) 2459 Tlr. 6 Sgr., in
hsen 1080 Tlr. 14 Sgr., in Jülich-Cleve-Berg 397 Tlr.
Sgr., in Schlesien 38 Tlr. 14 Sgr., in Westpreußen 50 Tlr.
Sgr., im ganzen 4738 Taler. Von Pommern war merk-
digerweise keine Liquidation eingereicht worden. Dann wurde

eine etwas andere Taxe eingeführt, bei der die Regierun[g] billiger wegzukommen suchte; aber auch bei dem neuen [...] scheint sie die Ausgabe noch immer als recht lästig empfun[den zu] haben, worauf schließlich kurzer Hand durch Kabinettsordr[e vom] 28. Dezember 1824 bestimmt wurde, „daß mit dem 1. Ja[nuar ...] die Entrichtung der Zensurgebühren aus Staatskassen [...] und dagegen, wie das früher der Fall war, von dem [...] oder Buchdrucker geleistet werden soll.“ Die Gebühr für [den ge]druckten Bogen eines Buches wurde auf drei Silbergrosche[n, für] den Bogen einer Zeitung auf fünf Silbergroschen festgesetz[t. So] wenig die Verleger auch von dieser plötzlichen Mehrbelast[ung er]baut sein mochten, mußten sie sie doch stillschweigend hinne[hmen], eine Vorstellung beim Ober-Zensur-Kollegium wäre aus[sichtslos] gewesen.

Endlich führte die preußische Regierung 1822 auch no[ch den] Zeitungsstempel ein, der dann bis Ende 1873 bestand.

Die Lage der preußischen Presse hatte sich somit [...] ungünstiger gestaltet; noch weit kläglicher aber sah es [mit den] Preßverhältnissen in Österreich aus. In Preußen bestan[d] immerhin noch ein gewisser Rechtszustand, in Österreich [...] herrschte die vollständige Willkür mit der ausgesprochenen Ten[denz,] alles politische Leben im Volke, ja alles geistige Leben über[haupt] mit rücksichtsloser Strenge niederzudrücken. „Wenn wir [...] Annalen wie die Mexikaner in Vignetten schrieben,“ sagt [...] Richter in seiner Abhandlung „Die Wiener Presse“,*) „so [...] ein Journalist, an Händen und Füßen gefesselt, in der Kase[matte] einer Festung, als Illustration der vormärzlichen Geschichte [Öster]reichs dienen.“ Unter diesen Umständen waren die Karlsb[ader] Beschlüsse für Österreich nur von geringer Bedeutung. Mette[rnich] gab sich kaum die Mühe, einen gewissen Rechtszustand [...] recht zu erhalten; er verfügte ganz nach Gutdünken. [Nach] seinen Anschauungen sollte der „Untertan“ überhaupt nichts [...]

---

*) Wien 1848—1888. Denkschrift zum 2. Dezember 1888, heraus[gegeb]en vom Gemeinderate der Stadt Wien. Wien 1888. Bd. II, S. 111.

her machte sich sogar jeder Beamte, wie Richter versichert,
as Lesen von ernsten Büchern „mißliebig".
ie Zensurvorschriften von 1. September 1810 erhielten 1823
eiterhin 1837 durch Bestimmungen der obersten Polizei-
e noch wesentliche Verschärfungen, mit denen besonders die
zen und die dichterischen Erzeugnisse getroffen wurden.
1810 war nur für die wissenschaftlichen Werke eine
„Nachsicht" empfohlen, dagegen für die „Erzeugnisse des
und Produkte der Dichter" die Anwendung der ganzen
e des Gesetzes angeordnet worden, weil diese literarischen
nisse für die große Menge berechnet wären und doch „weder
ahre Wohl des Einzelnen, noch des Ganzen zu befördern
et seien." Aber schon die „Nachsicht" für die wissenschaft-
Werke ließ sehr viel zu wünschen übrig; es wurden die
jungen über die alte Geschichte von Friedrich von Raumer
en, ferner Okens Naturgeschichte, Baron von Hügels streng
vativ geschriebenes Buch „Spanien und die Revolution" und
andere. Der 9. und 10. Band des Brockhausschen Kon-
tionslexikons durfte nur an größere Bibliotheken verabfolgt
en; zudem verbot ein Erlaß der Polizeibehörde vom Jahre
. diesen Bibliotheken, jene Bände an Beamte niederer Kate-
und insbesondere an Personen aus dem Bürger- und Ge-
estande auszuleihen.

Wenn man dabei von „Nachsicht" sprach, wie mußte man
ei den Zeitungen verfahren, die man mit aller Strenge be-
chtigte!

Als Vorstand der Zensurbehörde fungierte zunächst ein ge-
r Hager, weiterhin der Graf Josef von Sedlnitzky, der
dreißig Jahre lang sein Amt mit barbarischer Strenge ver-
und durch seine groben Gewalttätigkeiten selbst die Kraft des
alen Grillparzer zu brechen wußte. Er war 1778 zu Trop-
tz in Schlesien als der Sproß eines alten polnischen Adels-
lechtes geboren, studierte die Rechte und trat früh in den
rreichischen Staatsdienst, in welchem er rasch emporstieg und
n 1815 Vizepräsident und 1817 Präsident der obersten Polizei-

und Zensurhofstelle in Wien wurde. Mit großem Ra bildete er hier ein bis ins kleinste geordnetes Spion heraus, durch das er sich mit Hülfe geheimer Polizeiagen alle Persönlichkeiten von Bedeutung unterrichten ließ; auch das berüchtigte Chiffernkabinett an, in welchem die Br Postsendungen aller Männer, die im Geruche einer liber sinnung standen, geöffnet wurden. Durch diesen unerhörte den er auf das gesamte geistige Leben Österreichs ausübte, er der Gegenstand des Hasses aller freidenkenden Mä ganz Deutschland. Erst die Märztage von 1848 fegten heilvollen Mann aus seiner einflußreichen Stellung hinweg. er noch bis 1855 teils in Troppau, teils in Wien in Zurückgezogenheit lebte.

Die Werkzeuge Sedlnitzkys, die Zensoren, waren in d unbedeutende Köpfe, wie Joseph Freiherr von Retzer, der bis 1824 zensierte, und Dr. Franz Sartori, der Vorst Zentral-Bücher-Revisions-Amtes; daß sich auch fähige wie Joseph Schreyvogel, der guten Sache wegen zu der hergaben, geschah selten und wurde auch von der Regierun besonders gern gesehen.

Bis zu welchen lächerlichen Kapriolen es die Zens weilen brachte, mußte selbst Castelli erfahren, bekanntlich ei zahmsten österreichischen Schriftsteller jener Zeit. Eines stand in der „Wiener Zeitung“ unter den Verstorbenen ver eine „Marianne Soundso, Kammerfrau Ihrer Majestä Kaiserin, geborene Hölzl.“ Ferner brachte um dieselbe Z Plakat in Wien die Ankündigung eines Unterhaltungsabends Besten „der in dem Bürgerspital verarmten Bürger“. Stilblüten nahm Castelli unter seine Fresko-Anekdoten auf, in der Dresdener „Abendzeitung“ veröffentlichte, und fügte hinzu, daß nach jener Wortstellung die Kaiserin von Öster eine geborene Hölzl sein müsse, und daß das Wiener Spital höchst sonderbar eingerichtet sei, da die Bürger darin verarm In dieser Veröffentlichung erblickte aber die österreichische Zen behörde eine Ungehörigkeit und zog Castelli zur Rechenschaft. behauptete nun zwar, er habe nicht gegen das Gesetz gehand

: nicht Unzensuriertes „ins Ausland“ geschickt, da doch die :r Zeitung“ und das Plakat gewiß zensuriert sei; allein das :n nicht gelten, sondern belegte ihn mit 50 Gulden Strafe; ward zugleich in dem Urteil vermerkt, daß eine Appellation tattfinden dürfe.

)iese finstern, geisttötenden Maßnahmen, schreibt daher Adal= ;äulhammer in seiner Grillparzer=Biographie,*) haben die enichsche Politik am meisten kompromittiert. Sie hingen als ie Atmosphäre über Österreich; das gesamte Volk litt ter unendlichen Schaden. „Der Druck verdarb die Dutzend= jen des damaligen Geschlechts, ließ die große Masse in leben aufgehen und machte die besseren Köpfe zu pessimisti= Kritikern, die sich von der verrosteten Staatsmaschine wenig= im stillen lossagten, oder gar dem Lande den Rücken :n.“ Dadurch aber, daß die kurzsichtigen österreichischen tsmänner das gesamte österreichische Volk von der köstlichen ht der idealen Geistesbildung fern hielten, erweiterte sich Kluft zwischen dem Kaiserstaat und dem übrigen Deutschland er mehr; bald war sie so breit, daß alle Bemühungen der :ren Zeit, das Versäumte nachzuholen, scheitern mußten. Da= verlor Österreich für alle Zeiten den Anspruch auf die fernere ırung Deutschlands.

Die bayrische Regierung behielt sich den Karlsbader Be= issen gegenüber ein Reservatrecht vor. Sie unterwarf nur die :ungen und Zeitschriften der Zensur, nicht auch die Bücher;) war der Effekt schließlich derselbe, da die bayrische Polizei h den Inhalt der Bücher sehr scharf kontrollierte und jedes ch sofort verbot und einzog, das ihr nicht geheuer erschien. : Zeitungen konnten auch durch die Karlsbader Beschlüsse nicht er geknebelt werden, als dies bereits durch die Verfassung vom Mai 1818 geschehen war. Das klägliche Bild, das sie boten, uns bereits Ignaz Rudhart geschildert (Siehe S. 147.)

Doch schien es einmal, als sollte sich ihr trauriges Schicksal)as besser gestalten; ein Lichtstrahl flog plötzlich über sie hin,

*) Franz Grillparzer. Eine biographische Studie. Graz 1884, S. 80—83.

als König Ludwig I. am 12. Oktober 1825 den Thron
hatte; aber die junge Hoffnung erstarb nur zu bald wie

Ludwig hatte sich als Kronprinz fort und fort als ein
freiheitlicher Institutionen bekannt, seinem Widerwillen gegen
nich und dessen System jederzeit unverholen Ausdruck g
„Preßfreiheit wie in England durch Bundesbeschluß" verla
die Karlsbader Beschlüsse verurteilt. Von einem solchen
durfte die Presse mit Zuversicht auch eine Erlösung v
Fesseln der Zensur erwarten, und in der Tat verkünde
auch die Thronrede bei der Eröffnung des Landtages am 2
vember 1827 neben verschiedenen andern Vereinfachung
Verwaltung auch die Aufhebung des Zensurediktes. D
tungen sollten, wenn auch nicht ganz zensurfrei, so doch im
mit einem gewissen Freimute besonders die einheimischen V
nisse besprechen dürfen. Darauf strömten die bayrischen Ze
über in Lob und Dank und feierten den König in der
schwenglichsten Weise. Bald aber zeigte es sich, daß König
doch die seltsamsten Begriffe von Freiheit und Recht hatte
er in seiner Schwärmerei für die Kunst, in seiner Begeis
für ein romantisches Teutonentum, in seinem die wunderl
Blüten zeitigenden Dynastenstolze weit über das rechte Maß
ausging. Aber er forderte hartnäckig, daß ihm die Volks
tretung und die Presse auf seinen Wegen folgten, und d
eine Unmöglichkeit war, so kam es sehr bald zur Oppositio
Konflikten, worauf der König schließlich mit dem Minister
Abel allen freiheitlichen Institutionen ein Ende machte.

Die übrigen Bundesstaaten fanden sich mit dem Karlsb
Preßgesetz ohne viel Kopfzerbrechens und auch ohne viel Sch
ab, so gut es eben ging, und stimmten auch ohne irgend we
Einwendung 1824 für die Verlängerung der Giltigkeit dieser
visorischen Preßbestimmungen bis zum Erlasse eines endgilti
Gesetzes, d. h. auf unbestimmte Zeit. Das in Aussicht gest
definitive Preßgesetz ist dann aber nie vom Bundestage erla
worden.

---

eitungen unter dem Drucke der Karlsbader Beschlüsse. Die preußi-
tungen. Werden durch das Herüberfluten der Pariser Zeitungen
t. Errichtung eines Zeitungs-Kontors in Berlin. Die beiden Ber-
itungen werden ermahnt. Die „Spenersche Zeitung" das vornehmere
ie „Vossische" eine spezifisch berlinische Zeitung. Der neue Besitzer
nerschen", Dr. S. H. Spiker. Gutzkow über ihn. Die Mitarbeiter der
schen". Der Verleger der „Spenerschen" stellt die erste Schnellpresse
n auf. Die „Vossische Zeitung" geht in die Hände C. F. Lessings
Die Mitarbeiter Gubitz und Rellstab. Letzterer wird „die Seele der
" und der Berliner Muster-Journalist. Die „Breslauer Zeitung".
ründer Karl Schall. Laube über ihn. Seine Leitung der Zeitung.
neue Zeitungen im Osten. Der Graudenzer „Gesellige". Die
sche Zeitung". Ihre hochkonservativen Grundsätze. Ihre Beein-
z. Die „Magdeburger Zeitung". Ihr Kampf gegen die Intelligenz-
e. Die Bevormundung durch Gouverneur und Oberpräsident. Die
gen in Burg und Halle. Die „Kölnische Zeitung" und die übrigen
Blätter. Die Hamburger Zeitungen. Die Zeitungen in Bremen
Lübeck. Die Frankfurter Presse. Karl Peter Berly. Das Zeitungs-
in Baden. Der „Schwäbische Merkur". Die „Allgemeine Zeitung".
schwere Bedrückung. Cotta und der Minister Graf Rechberg. Der
eichische und der französische Einfluß. Orgien des Zensors. Starker
Rückgang der Zeitung. Die österreichischen Zeitungen.

Am meisten mußte die große Kümmerlichkeit der Zeitungen Preußen empfunden werden, wo sich bisher das politische n am kräftigsten geäußert hatte. Durch das Dahinsiechen die Unterdrückung verschiedener Zeitungen und Zeitschriften bereits in den letzten Jahren eine große Öde entstanden; jetzt, der vollständigen Leere, die aus allen Blättern dem Leser gegengähnte, lohnte es kaum noch, eine deutsche Zeitung in die nd zu nehmen. Wer aber dennoch etwas von der Welt er-ren wollte, griff zu französischen Zeitungen, die mithin in den nziger Jahren immer mehr in Preußen Eingang fanden. h amtlicher Notierung wurde der „Courier Français" 1825 75, 1829 in 94 Exemplaren, die „Gazette de France" 1825 20, 1829 in 228, der „Constitutionel" 1825 in 399, 1829 442, das „Journal des Débats" 1825 in 646, 1829 in 561, der Messager des Chambres", der 1825 noch gar nicht nach Preußen m, 1829 in 155 Exemplaren gehalten. Es wurden also 1825

in Preußen 1140 Zeitungen aus Paris bezogen, und 1‑ 1480, was gegenüber den außerordentlich niedrigen Auf‑ preußischen Blätter — erschien doch die „Kölnische Z‑ 1820 nur erst in 1861 Exemplaren — eine sehr bedeuten‑ fuhr war.

Einen kleinen Fortschritt machte aber das Zeitungs‑ Preußen in jenen traurigen Jahren trotzalledem, und zwar d‑ nach bestimmten Vorschriften geregelte Beförderung der Ze‑ durch die Post. Diese Beförderung wurde durch die Errichtun‑ „Königlichen Zeitungs-Kontors“ in Berlin herbei‑ das am 1. Jan. 1822 eröffnet wurde. Bisher war das Ze‑ Debit ein den Postbeamten als Privatgeschäft überlassene‑ vilegium, das bei der Willkür, mit der die Beamten die der von ihnen gelieferten Zeitungen festsetzen konnten, ei‑ erhebliche Einnahmequelle darstellte. Diesem Unfuge mach‑ „Allerhöchste Regulativ über die künftige Verwaltung de‑ tungswesens“ vom 15. Dezember 1821 ein Ende. Di‑ beamten erhielten ein etwas höheres Gehalt, und die Post‑ den Abonnenten die Zeitungen zu den in einer sorgfältig ‑ arbeiteten Preisliste angegebenen Preisen. Dabei floß de‑ durch die Besorgung der Zeitungen erzielte Gewinn in die ‑ kasse. Die neue Einrichtung konnte jedoch nicht gleich in ‑ Preußen eingeführt werden; sie trat zunächst nur in Berlin Leben, während man sich in den Provinzen bis zum 1. Jan. ‑ mit einem Übergangsstadium abfinden mußte. Die erste Prei‑ für den Gebrauch der Königlich preußischen Postämter er‑ 1822 und wies 474 Zeitungen auf, die nächste im Jahre ‑ bereits 843. Heute (1905) erscheinen zwei Preislisten, eine ‑ lands-Preisliste“ und eine andere für das Ausland bestimmte, nicht in die Hände des Publikums kommt, in französischer Spra‑ abgefaßt ist und den Titel „Liste des journaux allemands étrangers dont l'abonnement est servi par l'Administrati‑ des Postes d'Allemagne“ führt. Die „Inlands-Preisliste“ w‑ rund 13300 Zeitungen und Zeitschriften auf, von denen r‑ 9700 in deutscher, rund 3600 in fremden Sprachen erschein‑ Sie wird alljährlich in etwa 7700 Exemplaren gedruckt, währ‑

Preisliste für das Ausland nur etwa 170 Exemplare t werden. Aus dem kleinen Berliner „Zeitungs-Kontor" mittlerweile ein riesengroßes „Kaiserliches Post-Zeitungs- ntwickelt, eine vorzüglich organisierte Musteranstalt, durch ich in der Hauptarbeitszeit, von 5 Uhr abends bis 6 Uhr n. abends, rund 180000 Exemplare politischer Zeitungen 000 Exemplare von Zeitschriften nach den Bahnhöfen be- werden, während im ganzen in vierundzwanzigstündigem 20000 Zeitungspakete anzufertigen und 1104 Zeitungs- it einem Gesamtgewichte von 39500 kg in die Welt hin- senden sind.

Die politische Presse von Berlin war noch immer bloß die „Vossische" und die „Spenersche Zeitung" vertreten, die „Allgemeine Preußische Staatszeitung", die mit dem nuar 1819 ins Leben getreten war, konnte nicht wohl als politische Zeitung im eigentlichen Sinne des Wortes be- et werden.

Die beiden alten Blätter hatten zwar nach den Befreiungs- en nicht so ohne weiteres mit in den hohen Ton eingestimmt, der „Rheinische Merkur" und verschiedene andere Zeitungen schlagen hatten, das würde schon die Berliner Zensur nicht ldet haben, immerhin waren sie etwas freier aufgetreten, und sollte ihnen nun sofort, nachdem die Regierungen die Zügel der straff angezogen hatten, verwiesen werden.

Auf Antrag des Geh. Ober-Regierungsrates Schöll, der auf „schlechten Geist" der Berliner Presse nachdrücklich hinwies, tete das Ober-Zensur-Kollegium unter dem 28. Febr. 1820 den Redakteur S. H. Catel von der „Vossischen Zeitung" und er dem 20. September desselben Jahres an den Buchhändler ener, den Besitzer der „Spenerschen Zeitung", die ernstliche nahnung und Warnung, sich in bescheideneren Grenzen zu ten, da sie sonst im Falle fortdauernder Halsstarrigkeit den trag auf Entziehung des Privilegiums ihrer Blätter zu ge- irtigen hätten, zumal sie sich nicht allein unbefriedigend, sondern ch unschicklich gegen den ihnen bereits gewordenen Tadel ver- digt hätten.

Darauf schränkten die beiden Zeitungen ihre politi örterungen wesentlich ein; sie brachten nur das Notwendi hielten dabei mit ihrem Urteil fast vollständig zurück. breiter ergingen sie sich aber über alle Vorfälle des Thea über den Tagesklatsch. Dabei offenbarte sich eine wahrh liche geistige Armut, der jedes nationale Empfinden n nach vollständig entschwand. So schrieb denn auch de Waldeck im Frühling 1828, nachdem er seinen ersten W Berlin zugebracht hatte, an einen Freund in die Heimat: „ licher Geist existiert in keiner Art.“

Der wachsende Verkehr brachte es aber mit sich, daß Zeitungen vom 1. Januar 1824 ab, mit Ausnahme de tags, täglich erschienen.

Ein besonderer Charakter bildete sich bei den beiden B nur langsam heraus, doch zeigte es sich immerhin alsbal die „Spenersche Zeitung“ danach strebte, sich mehr mit de gemeinen Weltbegebenheiten zu beschäftigen und die wissen lichen Forschungen in den Kreis ihrer Betrachtungen zu z während die „Vossische Zeitung“ sich besonders dem Be Leben widmete und dadurch ein spezifisch berlinisches Blatt w das schließlich eine große Popularität gewann und das Konkurr blatt vollständig überflügelte.

In dem in Rede stehenden Jahrzehnt, den zwanziger Jah stand die „Spenersche Zeitung“ aber noch auf gleicher S mit der „Vossischen Zeitung“, ja, sie nahm wohl gar e höheren Rang ein, denn sie galt als „vornehmer“. Der ge preußische Hof bezog sie, und zwar in auf Schreibpapier druckten Exemplaren; ferner las sie jeder, der etwas auf B und Stand hielt, sogar der Altmeister Goethe in Weimar, de allerdings hauptsächlich nur der Theaterkritiken wegen, da wie es Zelter verbürgt, die Spenerschen Kritiken in höherem Gr befriedigten, als die der anderen Blätter. Doch das waren n nur ihre einzigen Vorzüge; sie brachte auch vieles früher als d andern Blätter, besonders die Nachrichten aus dem Auslande u dann allerlei Personalien aus den höheren Beamten- und mi tärischen Kreisen. Wenn eine geologische Eroberung am Ur

worden war, plaudert Karl Gutzkow in einer Erinnerung
ikel Spener“, oder wenn die Engländer eine neue austra=
uselgruppe gefunden hatten, so war das an den Werder=
tühlen, wo die „Spenersche“ ihr Heim hatte, früher be-
als in der Breitenstraße in der Redaktion der „Vossischen“.
enn sich ein Prinz verloben wollte, oder ein General als
rneur an den Rhein ging, so stand das meist zuerst in der
erschen“, und die hochinteressante Nachricht wurde vom
um mit der gebührenden Achtung aufgenommen; erschien
olche Mitteilung aber einmal zuerst in der „Vossischen“, so
e man erst, bis sie auch die „Spenersche“ brachte, bevor
sie als vollständig verbürgt hinnahm. Ja, es konnte wohl
assieren, daß der Zensor, wenn er auf dem Korrekturabzuge
Vossischen“ auf eine solche hochwichtige Nachricht aus den
oder Militärkreisen stieß, mit blauer Tinte an den Rand
b: „Woher wissen Sie das? Quelle angeben!“, während es
bei der Durchsicht der „Spenerschen“ nie einfiel, solche
richten zu beanstanden; er wußte, aus welchen Quellen sie
en.

Beim Tode Napoleons suchte die „Spenersche Zeitung“ ihre
teilungen aus den englischen Blättern noch dadurch etwas zu
inzen, daß sie — aus der unlängst erschienenen Geschichte des
ßischen Staates von Manso eine Charakteristik Napoleons
ruckte (Nr 85 vom 17. und Nr. 86 vom 19. Juli 1821).
e eigenes Urteil wagte sie nicht zu geben. Die „Vossische
tung“ half sich über die schwierige Lage dadurch hinweg, daß
einen Artikel der „Morning Post“, des Organs des Mini=
riums Castlereagh=Liverpool, wiedergab (Nr. 84 vom 14. Juli),
welchem zwar das Genie des Verstorbenen anerkannt, aber
ch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß er sich
ur Geißel und zum Fluche“ der Menschheit gemacht habe.
päter (19. Juli) brachte sie auch noch einen Artikel der „Times“.

Einen besonderen Aufschwung nahm die „Spenersche Zeitung“,
chdem die Konzession von den Spenerschen Erben 1827 durch
auf in den Besitz des Königlichen Bibliothekars Dr. S. H.
piker übergegangen war. Dieser, ein heller Kopf, der für die

englische Staatseinrichtung schwärmte und darum gewöhn...
Speiker genannt wurde, suchte nach dem Muster der e...
Zeitungen den Inhalt der „Spenerschen“ etwas mannigfa...
machen und auch Angelegenheiten zu berühren, über die ...
her immer scheu geschwiegen hatte. Sehr anschaulich schild...
Karl Gutzkow in den schon erwähnten Erinnerungen diese ...
Berliner Journalistik der zwanziger und dreißiger Jahre b...
same Persönlichkeit. „Der neue Besitzer der ‚Spenerschen‘“, ...
er, „hatte in seiner äußeren Erscheinung etwas Imponie...
ein sicheres Selbstgefühl, auch so viel Aristokratisches in ...
Wesen, daß er den hohen Gönnern der Zeitung die Bür...
eines nur maßvollen Gebrauchs der Publizitätsmacht gab. ...
Vorliebe für England stand einem damaligen Redakteur w...
da ihm lediglich die freien Verhandlungen des britischen ...
ments als die Abzugsquelle der in Europa gährenden Stimm...
und die Gelegenheit, ein freies Wort zu hören, erscheinen ...
Auch hatte Lord Speiker, um sein Ansehen zu mehren, die ...
waltung der Königlichen Schauspiele bewogen, Shakespeares ...
beth‘ nach einer eigens von ihm angefertigten Übersetzun...
Szene gehen zu lassen. Die ihm befreundete Auguste Cr...
die allbewunderte Lady Macbeth, verschaffte ihm die Genug...
seinen Namen mindestens aller sechs Wochen an den Str...
ecken prangen zu sehen. Mit wahrem Stolz schritt dann ...
stattlich gewachsene, im Antlitz etwas burgunderrot gefärbte ...
über den Opernplatz in die Königliche Bibliothek, an welch...
bestallt war. Er durfte sich sagen: dort die Universität, die ...
demie der Wissenschaften, das Opern-, das Schauspielhaus, ...
gehört mir! Drüben in der Akademie der Künste, wenn der ...
Schadow einen Zank hatte, focht er ihn in der ‚Spener...
aus; Panoffka, Zahn waren Spikers Korrespondenten. Ja, ...
dem Bürgersmann kam Spiker durch zwei Mitarbeiter be...
sich sogar mit heiklen Staats- und Stadtangelegenheiten zu ...
schäftigen wagten. Der eine war ein einfacher Kaufmann mo...
scher Glaubensgenossenschaft, Daniel Alexander Benda, der and...
ein Kollektivbegriff, der einfach Civis hieß. Jener, der sich ...
weilen, nicht eben glücklich, in obstruse Philosopheme verlor, ...

h schon sehr früh und mit mehr Erfolg in der jetzigen
:ät Eugen Richters. Schon vor 40 Jahren wagte der
ann zuweilen in der ‚Spenerschen' dem Finanzministerium
liese zu zitieren, machte bescheidene Bankverwaltungs-Vor-
auch gemütliche Staatsschuldentilgungs-Pläne, kurz, er be-
reimütig ein damaliges absolutes Noli me tangere. Es
also Benda der Ruhm, in der Zeit der Unterdrückung
eien Wortes über staatliche Verhältnisse den Finger auf
Wunde gelegt zu haben. Civis, der nicht selten Lord
selbst war, war jener Unus pro multis, der sich über
Pflasterstein, über den er stolpert, über jede Pfütze in einer
ren Straße geärgert hatte und diesen Ärger dann in der
rschen' ausschüttete zum weiteren Ärger des damals nicht
herrischen, ja in der Regel grob auftretenden ‚Magistrats',
nachlässige Straßenpflege nun leicht ‚höheren Orts' gerügt
ı konnte."

Auch der Theaterreferent der ‚Spenerschen', der dieser die
verschafft hatte, vom Altmeister Goethe gelesen zu werden,
ein origineller Mann. In weiten Kreisen hieß er der
ater-Schulz"; in intimerer Gesellschaft nannte man ihn gern
tizrat"; bei seinem alten Freunde v. Stägemann und im
nschen Hause, wo er mit v. Könen, Heinrich Meyer, Tie-
ı und v. Clermont verkehrte, war er der „Poet Schulz", und
ırisch wurde er durch Rellstab in dessen Satire „Henriette,
chöne Sängerin", als „Puckepuls" verewigt. In Wahrheit
er Friedrich Schulz, und in seiner juristischen Karrière war
ur bis zum Referendarius vorgedrungen. Von Kindheit an
ärmte er für die Bretterwelt. Nur mit Mühe zwang er sich
Studium der Rechtswissenschaft, und als er als Referendar
Brandenburg geschickt worden war, entbehrte er das Theater
schmerzlich, daß er seinen Freund v. Stägemann bestürmte,
doch um alles in der Welt wieder nach Berlin zu verhelfen.
rauf spannte ihn v. Stägemann unter seiner Leitung zum
lfsarbeiter im Ministerium ein; doch die Theater-Passion machte
hulz zu allem anderen untauglich, so daß ihn v. Stägemann
d entlassen mußte; aber durch seine Verwendung wurde es be-

werkstelligt, daß Schulz lebenslang sein geringes Geha[illegible]
„als ausgezeichnet durch Unbrauchbarkeit“, wie sein Gön[illegible]
öfter scherzend sagte.*) Das Theaterreferat für die „S[illegible]
Zeitung“ übernahm Schulz 1823, als Gubitz davon zu[illegible]
nachdem er mit Müllner wegen einer Besprechung der „[illegible]
in eine unerquickliche literarische Fehde geraten war. Die [illegible]
von Schulz zeichneten sich durch Klarheit, Sachkenntnis und [illegible]
wollen aus, so daß der kleine anerkennende Aufsatz Goethe[illegible]
Berliner Dramaturgen“ sich, wie Gubitz meint, meist au[illegible]
bezieht. Der damalige Musikreferent der „Spenerschen“ [illegible]
bekannte Hofrat und Komponist J. P. Schmidt.

Ganz unbestritten die erste Stelle nahm die „Spe[illegible]
Zeitung“ mit ihrer technischen Einrichtung ein, denn der [illegible]
händler Spener war es, der die erste Schnellpresse in [illegible]
aufstellte, um auf ihr seine Zeitung zu drucken. Ein zeitgen[illegible]
Korrespondent berichtet darüber unter dem 12. April 182[illegible]

„Der Buchhändler Spener, Verleger der einen hiesige[illegible]
tung, hat behufs des Drucks derselben eine Druckmaschi[illegible]
England kommen lassen, wo mit großer Schnelligkeit und [illegible]
ratesse vermittelst Dämpfe der Abdruck des Satzes geschieht, [illegible]
auf gewöhnlichen Druckerpressen von Menschenhänden ver[illegible]
werden muß. Diese Maschine ist äußerst künstlich zusam[illegible]
setzt und gereicht dem Erfinder wegen der glücklichen Bei[illegible]
so vieler Hindernisse zur Ehre. Des Königs Majestät [illegible]
diese Maschine jetzt selbst in Augenschein genommen. Bei [illegible]
Gelegenheit wurde sie in dessen Gegenwart in Gang gebrach[illegible]
druckte das neueste Zeitungsblatt ab. Auf der ersten Seite [illegible]
selben standen aber statt der früher darin enthaltenen Artike[illegible]
gende Verse:

Die Druckmaschine an den König.

Der Deutschen Scharfsinn zu bekunden,
Die Kunst zu drucken Faust ersann;
Sein Werk in schwerem Kampf begann,
Doch kühn ward alles überwunden,
Der Neider Haß, selbst Fluch und Bann.

---

*) F. W. Gubitz, Erlebnisse. Berlin 1868, Bd. 1, S. 216.

Was wahrhaft gut, muß endlich siegen,
So ward denn diese Kunst, eh' ein Jahrhundert schwand,
Ein allgemeines Völkerband,
Und höher ist sie stets gestiegen;
Was mühsam sonst der Menschen Kraft
Gewirkt, jetzt Feuer leichter schafft.

:**kwürdigerweise** wurde in dem Gedichte Faust (es hätte er **Fust** geheißen) und nicht Gutenberg als der Erfinder ḫ**druckerkunst** angegeben, und leider ist auch der Name inders **der** Maschine, des Deutschen **Friedrich König** Eisleben 1774, gest. zu Oberzell bei Würzburg 1833) nt **geblieben**, der mit seinem Geschäftsgenossen, dem Stutt= **Rechaniker** A. F. Bauer, 1810 in London die erste Schnell= aute. Die Heimat hatte ihm die Mittel zur Verwirk= seiner Erfindung nicht gewährt; erst in England fand er tige Verständnis für seine Pläne, zunächst bei dem Londoner :ucker Thomas Bensley, dem später noch die beiden Drucker : Woodfall und Richard Taylor beitraten. Jetzt mußte er ḫ noch erleben, daß ihm das Vaterland nicht einmal die Anerkennung durch Nennung seines Namens erwies und die ckmaschine aus England" womöglich als eine **englische** Er= ng hinstellte.

Wie bei der „Spenerschen", so erfolgten auch bei der „**Vos**= en **Zeitung**" in den zwanziger Jahren bedeutende Umge= ungen, zum Teil ebenfalls herbeigeführt durch Besitzwechsel. Zunächst trat mit dem Schlusse des Jahres 1822 der alte essor S. H. Catel, der seit 1806 die Zeitung geleitet hatte, der Redaktion zurück. Zwar gibt der Nachruf, den die ssische Zeitung" unter dem 30. Juni 1838 dem im 81. Lebens= e Dahingeschiedenen widmete, an, daß Catel die Zeitung bis 5 redigiert habe, doch war er in den fraglichen Jahren offen= nur noch Mitarbeiter; die Zügel der Redaktion hatte mit Beginn des Jahres 1823 der jugendkräftige bisherige Justiz= imissarius C. F. **Lessing** (geb. 17. Jan. 1780) ergriffen, ein hn des Breslauer Münzdirektors und Neffe Gotthold Ephraims, Mann von tüchtiger wissenschaftlicher Durchbildung, freier sinnung und praktischem Verstande. Zunächst hatte er aber

noch keinen Besitzanteil an dem Unternehmen; erst als i Jahre 1828 die Frau Münzdirektor Lessing, geb. Voß, star ging das Geschäft zu drei gleichen Teilen an ihn, seinen Brude den standesherrlichen Gerichtskanzler Carl Friedrich Lessing, u an seine Schwester, die Frau Professor Wilhelmine Müller, ge Lessing, über. Weiterhin verkaufte dann der Kanzler Lessi seinen Anteil an seine beiden Geschwister, so daß also fortan v diesen sich jedes im halben Besitze des Privilegiums befand.

Der Justizkommissarius Lessing bearbeitete den politischen T der Zeitung; doch da war ja nicht viel zu leisten, weil nicht v gesagt werden durfte. Weit mehr bedeutete der lokale Teil, u für diesen fand Lessing bald zwei Mitarbeiter, die durch die ric tige Art, wie sie ihre Aufgabe erfaßten, die Zeitung außerorden lich förderten. Es waren dies F. W. Gubitz, der 1823 d Referate für das Schauspiel übernahm, und dann Ludwig Rel stab, der im Spätherst 1826 eintrat und neben eigenem schöpf rischen Talente und vielseitiger, insbesondere musikalischer Bildun feinfühligem Urteil und eleganter Form des Ausdrucks zugleich i seltenstem Grade die Schlag- und Schreibfertigkeit des Journalist besaß. Er war am 13. April 1799 als der Sohn eines Mu kalienhändlers in Berlin geboren, sollte sich auf den Wunsch sein Vaters bei seiner musikalischen Begabung der Musik wi men, wendete sich aber der militärischen Karriere zu, wur Artillerie-Offizier und weiterhin Lehrer für Mathematik und G schichte in der Brigadeschule zu Berlin. Allein schon 1821 qui tierte er den Dienst und widmete sich der Schriftstellerei. Da schrieb er u. a. die satirische Schrift „Henriette, die schöne Sä gerin", in der er sich über den maßlosen Enthusiasmus lus machte, dem sich das Publikum stets bei dem Auftreten der Henrie Sontag, des vergötterten Lieblings jener Jahre, hingab. Doch z er sich dadurch viele Unannehmlichkeiten und eine mehrmonati Festungsstrafe zu. Nachdem er diese verbüßt hatte, trat er nu mehr in die Redaktion der „Vossischen Zeitung" ein, zunächst a Referent für das Musikalische. Bald aber erweiterte er den Kre seiner Tätigkeit, wurde die Seele der Zeitung und blieb es b in die vierziger Jahre, bis zu dem Wendepunkte der politisch

Verhältnisse. In seinen Händen lag, wie Kletke berichtet,*) die gesamte feuilletonistische Berichterstattung über alle hervorragenderen Ereignisse des städtischen und gesellschaftlichen Lebens. Seine Tätigkeit, seine Arbeits- und Spannkraft waren bewunderungswürdig, nicht minder seine Befähigung, auch dem schon oft Besprochenen immer wieder eine neue Seite der Auffassung abzugewinnen und durch ein hohes Formtalent das Interesse daran lebendig zu erneuern. Dadurch gewann er nach und nach einen außerordentlichen Einfluß, ja, ein großer Teil des Berliner Publikums wagte lange Jahre hindurch, besonders in musikalischen Dingen, erst dann ein Urteil zu fällen, wenn sich Rellstab endgiltig in der „Vossischen Zeitung" ausgesprochen hatte. Er war nach und nach der Berliner Muster-Journalist der vormärzlichen Zeit geworden.

Wenn schon die beiden Zeitungen der Hauptstadt Berlin ein höchst dürftiges Ansehen boten, so war dies natürlich bei den preußischen Provinzblättern in noch weit größerem Maße der Fall. Recht grell zeigte sich das bei einigen neuen Unternehmungen, die trotz der Ungunst der Zeit ins Werk gesetzt wurden. Das wichtigste war die Gründung der „Breslauer Zeitung", oder, wie sie anfangs hieß, der „Neuen Breslauer Zeitung". Das Blatt kam einem Bedürfnis entgegen, denn in dem verkehrsreichen Breslau mit 90000 Einwohnern erschien bisher nur die konservative „Schlesische Zeitung" — aber in was für einem kläglichen Gewande trat die neue Zeitung am 1. Januar 1820 ans Licht! Sie erschien in kleinem Quartformat und zunächst nur einmal wöchentlich, da die Berliner Post, die die auswärtigen Blätter brachte, aus denen die politische Weisheit geschöpft werden mußte, nicht öfter in Breslau eintraf. Erst von 1828 ab kam die Zeitung täglich heraus.

Wahrscheinlich hätte sich die neue Zeitung auch nicht lange gehalten, wenn ihr Gründer nicht der originellste und populärste Mensch von Breslau gewesen wäre, durchaus geeignet, das Schifflein in dem seichten Fahrwasser doch immer so einigermaßen flott

*) Die Vossische Zeitung. Ein Rückblick. Voss. Ztg. 1872, Nr. 45.

zu erhalten. Es war Karl Schall, der Allerw… der allbeliebte Gesellschafter, der große „Freuden… Breslaus, der Sir John Falstaff der schlesischen … stadt, der mit seinem unerschöpflichen Gelächter jede… essen, jeden Ball, jede Landpartie belebte und mit sein… sprühenden Toasten, drolligen Geschichten und losen S… jeden Kreis zu amüsieren wußte. Eine etwas fraue… führung hatte ihn schließlich zur Gründung einer Zeitung … laßt. Er war am 24. Februar 1780 als der Sohn ein… güterten Kaufmanns zu Breslau geboren und sollte sich gl… dem Handelsstande widmen. „Er mußte kurze Waren ve… lernen," schreibt Laube, der ihn noch persönlich kannte, mit … Anflug von Satire,*) „und das lernte er so gut, daß … später nie mit etwas Großem abgeben konnte und bis an … Tod mit kurzen Waren handelte," d. h. sich immer nur … schäumenden Oberfläche des Lebens hielt. Nach dem Tode … Vaters gab er das kaufmännische Geschäft auf, „begann … Herzensdrang auszuströmen in schuldlosen Charaden, sch… rischen Gedichten, kleinen Lustspielen, las Goethe, lernte E… und Französisch, durchritt alle Geschichtswerke, verspeiste … Windbeutel, fuhr Schlittschuh, tanzte wie ein Gott, war ge… galant, liebenswürdig — alles in einem Atem," bis sein E… verzehrt war. Der liebenswürdige geschäftige Müßiggang … ein Ende nehmen, und Schall sich nach einer Beschäftigung … sehen, die ihn einigermaßen ernährte. Die des Journ… schien ihm die geeignetste zu sein, und bald gelang es … auch den Einflüssen seiner vielen Freunde, für ihn von … Fürsten Hardenberg die Konzession für eine zweite Bre… Zeitung zu erlangen. Mit der ganzen Lebhaftigkeit se… Temperaments ging er im Verein mit einem Dr. Loebell … Werk. Er suchte ein durchaus dem Geschmacke seiner Zeit … sprechendes Blatt zu schaffen. Alles Neue, was nur irgend … auf der Oberfläche erschien, wurde besprochen; „wo er irgend …

*) Heinrich Laube, Moderne Charakteristiken. Mannheim 1835, B. … S. 159 ff.

gend **einen** Wink, ein offenes Auge, ein herausforderndes sah," **berichtet** Laube, „da warf er einen Vers, eine rie **hin**; **es** kam die bunteste Konversation in sein Blatt; einer **von** denjenigen Geistern, die das bewundernswerteste tnis **der** menus plaisirs haben; der kleinste Pulcinello- des **kleinsten** Wesens ging bei ihm nicht verloren; er war r **gewandtesten** Kammerfrauen der Weltgeschichte .... Da- türlich **auch** einer jener Gourmands der Literatur, welche allem **herumlecken**, lauter kleine Gedanken völlig aufzu- **verstehen**, nichts wollen als liebäugeln, eine charakterlose **itenwirtschaft** einführen möchten, die keine Männer, sondern **lsthetiker sind**." Von dem Jammer der Zeit verspürte man keinen **Hauch**; von den Enttäuschungen, unter denen alle der **Nation** schmerzlich litten, fiel kein Wort.

Im großen Publikum gefiel natürlich diese tändelnde, witzelnde, e Art ganz ausnehmend; die junge Zeitung prosperirte und an auch in der Provinz viele Leser. Laube behauptet des- von ihr, daß sie die Schlesier modernisiert habe; für den , setzt er mit beißendem Hohn hinzu, sei sie außerdem die ersität der freien Künste und Wissenschaften gewesen; dieser seine ganze Weisheit aus ihr gesogen. Als sich aber 1830 politische Leben wieder vertiefte, geriet Karl Schall in wierigkeiten; sein Ton wollte nicht mehr passen; allein er te keinen andern anzuschlagen. Doch half ihm der Tod bald alle Verlegenheiten hinweg; er starb bereits am 18. Aug. 1833. iter entwickelte sich dann die Zeitung, wie wir noch sehen den, zu einem großen führenden Blatte der liberalen Partei lesiens.

Eine andere neue politische Zeitung trat in **Liegnitz** am Januar 1821 ins Leben, konnte sich jedoch nicht lange halten. sselbe Schicksal hatte der „Neue Elbinger Anzeiger", den Jakob n Riesen in **Elbing** gründete. Glücklicher dagegen war „Der sellige", den Karl Gotthilf Röthe vom 8. Juli 1826 ab in einquart zu 10 Sgr. für das Vierteljahr in **Graudenz** her- sgab. Das Blatt trat aber zunächst nur als Unterhaltungs- att hervor; an die Politik wagte es sich vorläufig nicht heran.

Erst seit 1840 entwickelte es sich zu der bedeutenden Zeitu.. es heute ist. In dem „Weihegruß“ der ersten Nummer hie..

Die Erdenträume zu verschönen,
Uns in des Lebens bangem Streit
Und mit dem Schicksal zu versöhnen,
Ward eine Göttin uns geweiht,
Sie nennet sich Geselligkeit.

So erklärt sich der Titel „Der Gesellige“. Für die besch.. Ziele des Blattes vermochte denn auch ein begabter Sattler.. Wilhelm Schumacher aus Danzig, längere Zeit als Redakt.. genügen.

Die alten preußischen Provinzblätter blieben in de.. Rede stehenden Jahrzehnt sämtlich auf ihrem bisherigen .. stehen. Die „Schlesische Zeitung“ in Breslau kehr.. hochkonservativen Grundsätze womöglich noch schroffer herau.. bisher und gewann es auch über sich, die Karlsbader Be.. als eine Maßnahme zu preisen, die das Wohl des Ganze.. des Einzelnen bereits durch manche treffliche Aussaat ge.. habe. Sie wandte sich auch gegen die beginnenden Freiheitsk.. der Griechen, die die Sympathie der ganzen gebildeten Welt .. und brachte es sogar fertig, den schändlichen Despotismus .. wortbrüchigen Königs Ferdinand VII. von Spanien in .. zu nehmen und dabei auszurufen: „Wohin führen die Lehre.. Liberalen? Sie befehden nicht nur allein die Throne, sond.. auch die Gesellschaft und die Völker selbst; sie bedrohen nicht .. die Regierungen, sondern auch die einzelnen Bürger.“ Fre.. deutet ihr Geschichtsschreiber Karl Weigelt wiederholt an, daß .. manches, was die Zeitung brachte, nicht aus dem Herzen .. Redakteurs floß, sondern aufgedrungen wurde. „Die P.. wurde,“ schreibt er, „aufs äußerste eingeschränkt, und selbst .. richte über rein tatsächliche Vorgänge, die dem herrschenden Sy.. unbequem waren, mußten sofort im Sinne desselben durch Kor.. spondenzen ergänzt werden, an deren unbedingte Aufnahme .. Existenzberechtigung einer Zeitung geknüpft war.“*) Um ..

*) (Karl Weigelt), 150 Jahre Schlesische Zeitung. Bresl. 1892, S. ..

nun doch noch einigermaßen etwas zu bieten, was einigen
hatte, besprach die Zeitung ziemlich ausführlich die land-
aftlichen Interessen Schlesiens, die klimatische Beschaffenheit
ndes, die Notstände nach Mißernten und Überschwemmungen
rachte Vorschläge zur Abhilfe dieser Misère. Seit dem
nuar 1828 erschien sie auch täglich, mit Ausnahme des
ags.

Die „Magdeburgische Zeitung" suchte sich etwas freier
lten und faßte daher Fuß in den bürgerlichen Kreisen der
en Umgegend, doch hatte sie auch fernerhin viel unter dem
e zu leiden, den das Intelligenz-Kontor in Magdeburg aus-
(vergl. S. 86), das schärfer vorging als die Intelligenz-
ore in anderen Städten. Besonders hart betroffen wurde
Zeitung, als durch Kabinetts-Ordre vom 7. Juli 1824 noch
wesentliche Erweiterung des sog. Intelligenz-Zwanges aus-
ochen wurde; denn die Ordre bestimmte, daß künftig außer
bisherigen auch noch die Verkaufsanzeigen von Büchern,
ikalien, Landkarten, Kupferstichen 2c. in das Intelligenzblatt
rückt werden mußten, wenn sie in der Zeitung veröffentlicht
en sollten. Doch damit nicht genug: es wurde weiterhin so-
auf Betreiben des Verwalters des Magdeburgischen Intelligenz-
tes durchgesetzt, daß alle Anzeigen auch gleich oft in den
lligenzblättern wie in den Zeitungen inseriert werden mußten,
schließlich bestimmte noch eine vom General-Postmeister
ler unterzeichnete Verordnung vom Jahre 1827, daß nun-
r auch alle Familien-Nachrichten den Intelligenz-Blättern ein-
rleiben seien. Trotz dieser schweren Beeinträchtigungen war
Besitzer der Zeitung, Friedrich Faber, stets bereit, weitere
ttel zur Hebung seines Blattes daranzuwenden; er ließ vom
Januar 1829 ab die Zeitung sechsmal in der Woche erscheinen
suchte dem redaktionellen Teile eine größere Mannigfaltigkeit
geben. Doch bedeutete ihn dabei der Zivil-Gouverneur Staats-
ister von Klewitz, daß er zwar politische Nachrichten bringen
fe, allein eine Meinung über diese Dinge nicht zu äußern habe.
mit hatte sich aber die obrigkeitliche Bevormundung noch lange
ht genug getan. Sie ging sogar soweit, daß der Oberpräsident

der Provinz Sachsen zwar dem Verleger auf dessen Ers stattete, die amtlichen Meldungen der Wasserstände der E Saale zu veröffentlichen — jedoch nur bei außerorden Fällen! Unter diesen Verhältnissen bewies der Verleger Tat eine große Tapferkeit, daß er nicht schließlich auf di setzung seines Unternehmens verzichtete.

In dem benachbarten Burg gab der Magister C (auch von Czlolbzaczky), der in Halle seines Blattes verlu gangen war (vergl. Bd. II, S. 152) — wahrscheinlich sch Sommer 1809 — eine in volkstümlichem Tone gehaltene heraus, die er anfangs „Burgscher Kurier", dann, um di bindung mit seiner Vaterstadt aufrecht zu erhalten, „Ha Burgscher Kurier", weiterhin „Halle-Burgscher Kurier" un lich „Halle-Burgsche Kurierzeitung" nannte. Nach seinem erfolgten Tode leitete sein Sohn die Zeitung in dem bis Tone weiter, bis dann Ende 1848 aus dem Blatte die m sierte „Burgsche Zeitung" wurde.

Die Zeitungsverhältnisse in Halle erfuhren insofern Veränderung, als der Tieftrunksche „Kurier", der zuletzt den trabenden Titel „Deutschlands Kurier- oder Staatsbote" gef hatte, in der Mitte der zwanziger Jahre aufhörte, worauf G Schwetschke am 1. Jan. 1828 ein neues Blatt „Hallischer K Zeitung für Stadt und Land" ins Leben rief. Doch betra er sich dabei gewissermaßen als der Nachfolger Tieftrunks bezahlte als solcher die betreffende Abgabe an das Waisenhaus 1848 weiter (vergl. Bd. II, S. 153).

Doch nicht nur in den alten preußischen Provinzen, s im Westen der Monarchie, wo sich nach den Befreiungskri ein so frisches politisches Leben entwickelt hatte, zeigte sich wäh der zwanziger Jahre allerwärts eine klägliche politische Görres, Mallinckrodt, Weitzel waren zum Schweigen gebra kein freies Wort wagte sich mehr hervor. Das einzige Blatt einiger Bedeutung war jetzt die „Kölnische Zeitung", aber ließ doch nicht im Entferntesten ahnen, daß sie sich einst zu ein Weltblatte entwickeln werde. Nach amtlicher Feststellung (d wegen des eingeführten Zeitungsstempels erfolgte) hatte sie 18

ıflage von 2086 Exemplaren; von diesen wurden 830 in
bgesetzt, während 1256 nach auswärts gingen. Diese Auf=
ieb während der ganzen zwanziger Jahre fast unverändert.
ınzige kleine Fortschritt, welcher gemacht wurde, bestand
daß die Zeitung vom 1. April 1829 ab sechsmal wöchent=
schien. Ihre Haltung blieb ausgesprochen katholisch. Beim
Napoleons brachte sie einen geradezu unwürdigen „Bericht
deutschen Biedermanns" (Nr. 121 vom 31. Juli), in welchem
erbende Kaiser beständig über seine „Unreife" klagt. Im
n waren ihr Herausgeber und seine resolute, eifrig mit
Frau angelegentlich bestrebt, das Zeitungsgeschäft möglichst
ıglich zu machen. Noch heute erzählt man sich gern in
er Kreisen, wie Frau Du Mont dem Inseratenwesen des
:es mit vieler Umsicht vorstand und an jedem Donnerstag
am darauf achtete, ob die holländischen Fischer auch mit der
hen Schellfischfracht vor Köln eingetroffen seien. Erschienen
echtzeitig, so schickten die Fischhändler auch sofort noch die
ɔrechenden Inserate. Brachte nun der zum Ausspähen an
Rhein geschickte Setzerlehrling die erwünschte Kunde, so rief
u Du Mont mit kräftiger Stimme auf gut Kölnisch dem
tteur der Setzerei zu: „Werft de Türkei erus, de Egmonder
ellfesch sinn do!" Und schleunigst wurde der Artikel über die
:kei entfernt und damit Platz für die Schellfisch=Inserate ge=
ffen.

Von den beiden andern Kölner Blättern, dem „Welt= und
aatsboten" und dem „Verkündiger", erschien das erstere
: in einer Auflage von etwa 1000 Exemplaren, und das letz=
: hatte sogar kaum eine Auflage von 350 Exemplaren.

Eben so dürftig wie in Preußen sah es im übrigen Nord=
ıtschland im Zeitungswesen aus. Von den drei Hansestädten
tte vornämlich Hamburg im 18. Jahrhundert eine große
itungsliteratur aufzuweisen gehabt; nach den schweren Schicksals=
lägen 1813 konnte sich die Hamburgische Presse aber auch in den
ıanziger Jahren noch nicht wieder genügend erholen. Doch er=
:ute sie sich etwas günstigerer Zensurverhältnisse, so daß sich
r preußische Geh. Ober=Regierungsrat Schöll (wie schon er=

wähnt wurde) in der an die Oberpräsidenten erlassenen Ins
zur Überwachung der Presse vom 25. August 1820 aus
gegen die Hamburger Blätter wandte und die Oberprä
anwies, den Redakteuren zu untersagen, Nachrichten üb
Ausland aus den Hamburger Zeitungen zu nehmen, „d
wöhnlich falsche Gerüchte verbreiten.“ In Wahrheit bracht
sehr wohl das Richtige, aber unretuschiert, so u. a. übe
finstern Despotismus Ferdinands VII. von Spanien, wa
in Preußen nicht gestattet war. Das bedeutendste Blatt
nach wie vor der „Hamburgische unparteiische Korrespondent“
jedoch noch während der ganzen zwanziger Jahre nur vier
der Woche und auch nur in Klein-Quart erschien. An St
Legationsrates Dr. Stöver, der 1822 starb, übernahm z
K. F. A. Hartmann, aus Forsta in der Niederlausitz g
und seit 1818 Professor der Geschichte am Hamburger
schen Gymnasium, die Redaktion, und nach dessen 1828 e
Tode ging die Leitung des Blattes am 1. Oktober 1828
M. Runkel aus Altona über, der sie sodann nahezu
Jahre, bis 1865, innehatte. Aus den Lebensschicksalen der
übrigen Hamburger Zeitungen (vergl. S. 110) ist nur eine
änderung hervorzuheben. Die „Adreß-Kontor-Nachrichten“
ten sich vom 2. Februar 1826 ab „Hamburgische Neue Ze
und Adreß-Kontor-Nachrichten“. Ferner ist zu registrieren
seit 1825 noch ein neues kleines Blatt, „Der Freischütz“,
zunächst wöchentlich nur einmal, in Hamburg herauskam, das
aber fast nur mit Theaterkritiken befaßte. Später entwickelte
der „Freischütz“ zu einer großen, sehr beliebten Zeitung.

In Bremen begnügte man sich mit der schlichten „Br
Zeitung“, die schon seit 1813 erschien, und dem „Bürgerfreu
der seit 1816 herauskam. In Lübeck kamen auch fernerhin
„Lübeckischen Anzeigen“ heraus, die sich mit Vorliebe den ök
mischen Fragen widmeten und 1824 die Abfahrt des er
Dampfbotes von Lübeck nach Kopenhagen in besonders gehoben
Tone feierten.

Die Presse in Süddeutschland war etwas mannigfalt
und bot verschiedene charakteristischere Erscheinungen; der schw

›er Karlsbader Beschlüsse lastete aber hier ganz ebenso ›, wie in Norddeutschland. Auch hier durfte kein Laut werden, der die Regierungen irgendwie genierte, kein Wort a s fallen, was einst feierlich versprochen war und nun :währt wurde. Und darum macht auch die süddeutsche ;sliteratur der zwanziger Jahre nur einen trübseligen ck.

n die Frankfurter Journalistik trat eine neue Persön- mit Karl Peter Berly, der sich sehr bald als der Typus ›olitischen Redakteurs der Metternichschen Zeit entwickelte. in seinem Äußeren kennzeichnete er sich als einen solchen. war er gemessen, vornehm, zugeknöpft wie ein Diplomat. seinem immer glatt rasierten Gesichte sprach eine gewisse e, besonders seit er den Titel eines Hofrates führte. Dieser)m, so sagte man, verliehen worden sein, weil er niemals ht habe, den Höfen einen Rat zu geben. Jederzeit war sein in zierliche Löckchen gelegt, ganz wie bei Metternich und ;. Von der Wichtigkeit seines journalistischen Berufs war)ie Riehl erzählt, der ihn noch persönlich kannte*), vollständig)drungen; er übte ihn mit Passion, aber nicht mit Leiden- t. Doch war er erst auf einem Umwege zum Journalismus ıgt. Am 10. November 1781 zu Frankfurt a. M. geboren, e er zunächst in einem Frankfurter Handelshause, stand dann 1804 mehrere Jahre in koburgischen Diensten und wurde .icher Finanzrat, verlor aber bei den politischen Umwälzungen : Stelle, lebte hierauf, von 1811 an, als Privatlehrer in :r Vaterstadt, bis er 1821 in die Journalistik eintrat und die aktion der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ übernahm. |e führte er darauf bis 1829; während der Jahre 1827 und 8 redigierte er auch das Beiblatt „Iris“. Von Bedeutung :de seine journalistische Tätigkeit jedoch erst, als er die nicht ır lebensfähige Zeitung (die dann auch am 30. Juni 1831 jing) aufgab, in die Dienste des Fürsten von Thurn und Taxis

*) W. H. Riehl, Kulturgeschichtliche Charakterköpfe. Stuttgart 1891, 75 ff.

trat und Redakteur der „Oberpostamtszeitung“ wurde. seiner vorsichtigen und sorgfältigen Redaktion hob sich die postamtszeitung“ rasch ganz außerordentlich, doch wird dies im zweiten Kapitel dieses Abschnittes weiter darzulegen sein.

Die beiden anderen Frankfurter Blätter von einiger deutung, das „Frankfurter Journal“ und das „Journal Francfort“, erhielten sich nur mühsam am Leben. Das suchte sich hin und wieder durch eine liberale Anwandlung interessanter zu machen, doch durfte diese Neigung nur so tern zu Tage treten, daß sie vom Publikum kaum bemerkt konnte und darum fast ganz wirkungslos blieb. Als die richt vom Tode Napoleons kam, druckte das „Journal“ Nekrolog der „Morning Chronicle“, des Londoner Opposi blattes, ab (in Nr. 194 u. 195), in welchem die englischen nister angeklagt wurden, das Dahinsiechen des Verstorben schuldet zu haben. „Die Geschichte von dem Schlusse Lebens“, hieß es da, „ist alles, nur nicht ehrenvoll für die die die Geschäfte Englands leiten, und ebensowenig für Nation selbst.“ Zu diesem Eintreten für Napoleon gehörte hin ein gewisser Mut.

Noch behutsamer als das „Frankfurter Journal“ war und nach das „Journal de Francfort“ geworden, das im vorigen Jahrzehnt seine Leser immer recht gut über Frank orientiert hatte. Jetzt zeigte es keine ausgesprochen franz Tendenz mehr, sondern gravitierte vielmehr, wie Riehl bem nach dem Norden und wurde vorzugsweise von Leuten geh die durch das regelmäßige Lesen einer französischen Zeitung Sprachkenntnisse täglich wieder auffrischen wollten, denen ab Pariser Blätter zu teuer waren. In diesem Sinne wurd sogar auf Gymnasien zur Privatlektüre empfohlen.

In vollständiger Schweigsamkeit mußte auch in den zig ziger Jahren noch die Presse Badens verharren. Der Min von Berstett fand die Karlsbader Beschlüsse so vortrefflich, er durch den Bundestagsgesandten in Frankfurt erklären „Baden drückt seinen ehrfurchtsvollen Dank für die von Majestät dem Kaiser von Österreich für das Beste des deutsch

und seine innere Ruhe bewiesene Sorgfalt aus.“ Bei Anschauungen blieben natürlich alle die feurigen Worte .otteck und Liebenstein zu Gunsten der Preßfreiheit und iheit vollständig wirkungslos, und tiefbekümmert schrieb der an Brockhaus: „Was und wieviel darf man noch sagen :ucken bei Ihnen? Bei uns im Badischen kann ich durchhts Politisches mehr drucken lassen, weil jeder auch nur zs freie Ausdruck, jedes nicht vollends knechtische Wort von ensor gestrichen wird.“

hnlich lagen die Verhältnisse in Württemberg. Dort .m 7. Februar 1823 eine strenge Zensur-Instruktion an he württembergische Regierungen erlassen worden, und vom terium aus wurde sorgfältig kontrolliert, ob die Zensoren zenau den Anweisungen nachkamen. Waren sie zu milde,)ielten sie einen Verweis. Und so erschien denn auch eines › im Regierungsblatt eine von dem Minister der auswärtigen .egenheiten kontrasignierte Bekanntmachung, nach welcher dem ɔr Geheimen Legationsrat von Bilfinger, „wegen unter:ner Entfernung verschiedener, mit den bestehenden Zensurchriften unvereinbaren Stellen eine öffentliche Zurechtweisung höchsten Befehl zuerkannt“ wurde.

Unter diesen Umständen war es dem „Schwäbischen Mer-, der einzigen politischen Zeitung von Bedeutung, in dieser rigen Periode, niemals möglich, sich zu einem höheren poli-:n Bewußtsein emporzuschwingen, was schon ein Blick auf die :schriften zeigte. Da stehen lange Jahre: „Bundesversamm-¡“, dann „Preußen“, „Bayern“, „Hessen“, „Lippe“ u. s. f., ' erst seit 1829 erscheint wieder die Überschrift „Deutschland“, neben demselben „Österreich“ und „Preußen“ als besondere chte. Die Empfindung für ein gesamtes deutsches Vaterland t vollständig. Es durfte ihrer aber auch gar nicht Ausdruck iehen werden, und darum spielen denn die Vorgänge im Ausde, die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer ' der griechische Aufstand, eine viel größere Rolle, als die nischen Vorfälle; nur der Tod Napoleons wird kurz abgemacht. ihrend vor zehn Jahren sich die Zeitung in ehrfurchtsvoller Er-

gebenheit gar nicht genug tun konnte, berichtet sie „Buonaparte ist nicht mehr“, und dann folgen einige über Krankheit, Tod und Begräbnis, ohne jede poli trachtung.

Welche idyllischen Redaktionsverhältnisse damals beim „ bischen Merkur“ bestanden, schildert Otto Elben in sein schichte des „Schwäbischen Merkurs“. Als eine der wi Aufgaben der Redaktion, erzählt er, galt die genaue Kontro der Königstraße. Kam dort ein Staffetenreiter daher, unzweifelhaft etwas Neues, und es wurde beobachtet, w sich wendete. Im Dezember 1825 rollte nun sogar eine eine Postkutsche die Straße herauf; eiligst ward ihr ei junge nachgeschickt, und bald brachte dieser die Nachri Kutsche ist in den innern Schloßhof gefahren, ein Kurier Portal abgestiegen. Jetzt wurde ein Buchhalter ins Kabinett des Königs geschickt, der darauf die Kunde von 1. Dezember zu Taganrog erfolgten Hinscheiden des Alexander von Rußland brachte. Die Zeitung meldete eignis nun in ihrer Nr. 306 vom 21. Dezember. Die N hatte also drei Wochen gebraucht, um von Taganrog zum „ bischen Merkur“ zu gelangen.

In der inneren Verwaltung des „Schwäbischen Me trat Ende der zwanziger Jahre insofern eine Änderung ein Prof. Chr. Gottfr. Elben, der Gründer des Blattes, am bruar 1829 starb, und darauf seine beiden Söhne Karl und Emil Elben, von denen der erstere bereits 1817, der letztere in das Geschäft eingetreten war, die Leitung übernahmen.

Neue Zeitungen kamen in Württemberg nicht auf. „Neckar-Zeitung“, die Friedrich Seybold 1820 ins Leben erlag bald den Zensurkalamitäten; ein „Teutscher Beobach der von S. G. Liesching im August 1822 in Stuttgart gegr wurde und für die politische Einheit Deutschlands eintrat, w zunächst in Preußen und Frankreich verboten und dann von württembergischen Regierung nach einer kümmerlichen Existenz dreiviertel Jahren unterdrückt. Zudem wurde Liesching noch durch bestraft, daß er fünf Jahre lang bei keiner Redaktion ei

periodischen Zeitschrift mit politischer Tendenz zugelassen
urfte. Die Konzession zur Herausgabe weiterer poli=
lätter, um welche verschiedene Buchhändler baten, wurde
:t.
bt mißlich gestalteten sich mehr und mehr die Preßver=
in Bayern, weil sich die bayrischen Staatsmänner jetzt
rreich anzulehnen begannen und die Ansichten Metternichs
Presse nach und nach vollständig zu den ihrigen machten.
sburger „Allgemeine Zeitung“ geriet dadurch in immer grö=
rlegenheit. Sie sollte ein großes politisches Blatt sein und
oft genug nicht einmal das sagen, was der benachbarte
ibische Merkur“ frei und offen berichten durfte. In einem
vom 26. Juni 1822 klagt der Redakteur Stegmann,
r nur Zeit hätte und nicht auch krank wäre, würde er
seine Gedanken über die Möglichkeit oder vielmehr Unmög=
eine allgemeine Zeitung zu schreiben, ausführlich dar-
die Schranken seien allzu eng geworden.*) Dabei sollte es
noch schlimmer kommen, denn am 15. Juni 1823 wurde die
r auch auf den in der „Allgemeinen Zeitung“ so wichtigen
=politischen Stoff ausgedehnt, und außerdem durfte über
nyrische Ständeversammlung nichts mehr ohne besondere Er=
is der Regierung und dann nur in der von der Regierung
schriebenen Form veröffentlicht werden.
Die Folgen dieser verschärften Zensur=Vorschriften blieben
aus. Als die „Allgemeine Zeitung“ mitteilte, daß das
elle England eine für Spanien günstige Haltung einge=
nen habe, — eine Meldung, die der „Schwäbische Merkur“
iner Nummer vom 25. Juni 1823 ungehindert bringen durfte
trich der Zensor die Stelle und setzte noch für die Redaktion
i: „Diese Nachrichten können bei der Nichtoffizialität
selben und bei den gemachten Eröffnungen nicht gegeben
en.“ Sie wurden einfach unterdrückt, weil Österreich und
t auch Bayern auf der Seite Ludwigs XVIII. standen, der
nien den Krieg erklärte, um die dortigen Konstitutionellen

*) Ed. Heyck, Die Allgemeine Zeitung. München 1898, S. 216.

niederzuwerfen. Da nun aber die Zeitung doch nun „Offizielles" bringen konnte, so wandte sich Cotta 28. Juni 1823 in einem Briefe an den bayrischen Grafen Rechberg und führte aus, daß unter solchen l und wenn selbst Beschlüsse und Reden aus dem engli lamente „bei der Nichtoffizialität" der Nachricht nicht bracht werden könnten, die Aufgabe der „Allgemeinen bis zur Unmöglichkeit in Frage gestellt werde. Er tue Unparteilichkeit und Mäßigung zu beweisen, und gebe anerkannt werden müsse, die „Allgemeine Zeitung" gern strumente der Regierungszwecke her; er sei auch dur Zensur, aber die „Unparteilichkeit und Anhörung aller die Selbständigkeit" möge durch sie seiner in ganz Euro teten Zeitung doch nicht geraubt werden. Die Antwort nisters war aber sehr kühl. Die Zensurweisungen gegen „Allgemeinen Zeitung", erwiderte er, bezweckten nur, da „den leider nicht immer bewährten Ruf der Unparteilichke halten und ihm dadurch den Beifall der Kabinette sow des gebildeten Publikums, wie den fortwährenden S Regierungen zu sichern." Der Hinweis auf den „Schw Merkur" besage nichts, denn es sei bekannt genug und er lich auf eine sehr unerfreuliche Weise öffentlich zur Spr kommen, daß die zu Stuttgart erscheinenden Zeitungen na anderen Grundsätzen und Ansichten redigiert würden. Es also dabei, daß nur Nachrichten offizialen Charakters werden sollten.

Allein Cotta wollte sich unter dieses Joch nicht beugen unterließ es, seinen Korrespondenten die entsprechenden We zu geben, und infolgedessen hatte die „Allgemeine Zeitung unter massenhaften Streichungen zu leiden. Selbst solcher Str den Stuttgarter, Frankfurter, Hamburger und sogar auf bayri Boden den Nürnberger Blättern durchging, wurde vom Z schonungslos getilgt. Von den teuer bezahlten Pariser Sendu war kaum noch das letzte, das uninteressanteste Achtel, durch die Z hindurchzubringen.*) In dieser Not war Cotta eben im Be

*) Heyck, S. 219 ff.

einmal mit einer Eingabe an die bayrische Regierung
n, als ganz unerwartet eine kleine Besserung der Ver-
einzutreten schien. Auf wessen Veranlassung diese her-
wurde, kann nicht mehr dargelegt werden. Offenbar
ta auch an geeigneter Stelle in Wien seine Klagen vor-
und darauf richtete der königlich kaiserliche Bücherrevisor
t in Stuttgart unter dem 22. Juli 1823 ein Schreiben
oder an die Redaktion der „Allgem. Ztg."), in welchem
: Da ihm der Adressat (doch wohl Cotta) so loyale und
Gesinnungen ausgedrückt und sich insbesondere bereit
habe, „die wohlwollenden ... Absichten der österreichischen
ng in Handhabung einer geregelten Preßfreiheit ... durch
rkräftigsten Maßregeln zu unterstützen ..., so kann die
hische Regierung keinen anderen Wunsch hegen, als daß
tlichen ... Redakteurs ... auch von diesem preiswürdigen
beseelt sein mögen." Die österreichische Regierung müsse
dringen, „und sie darf und wird hierzu den Beistand aller
en Bundesstaaten und der fremden Mächte kräftigst in An-
nehmen, daß nebst der gebührenden Ehrfurcht für die ka-
he Religion und einer wechselseitigen, alle Reibungen aus-
enden Duldung der übrigen Religionsparteien künftig in po-
r Hinsicht allein nach den Grundsätzen der heiligen
nz fürgegangen werde, mithin in Behandlung der
geschichte ... diese Tendenz die vorherrschende sei."

Der österreichische Zensor in Stuttgart hatte also die Fäden
ie bayerische Preßaufsicht in der Hand und schaltete und
te wie im eigenen Lande, und Cotta mußte dies sogar
einen Glücksumstand ansehen! Zu solchen ungeheuerlichen
ältnissen hatten sich die Preßverhältnisse verschoben.

Die leichte Schwenkung zum Erträglicheren war übrigens
von kurzer Wirkung. Zu Ende des Jahres 1823 trat eine
re Hinneigung Bayerns zu Frankreich ein; man wollte
lut an der Isar große Politik treiben, und die Folge war,
an den Zensor in Augsburg die Weisung erging, fortan
, was überhaupt auf eine Opposition gegen die französische
erung und auf den Liberalismus in Frankreich Bezug nehme,

zu streichen. Darauf ging der Zensor so handfest zu Werke, d(
sogar der Minister Graf Rechberg sich veranlaßt sah, ihm b
einer Audienz zu bemerken, daß er so streng denn doch nicht vo
zugehen brauche; er möge sogar hie und da auch einmal ein
„Oppositions"-Artikel passieren lassen, allerdings nicht ohne vo
sichtige Auswahl und nicht ohne zur Bedingung zu machen, d(
auch jeweils Artikel im entgegengesetzten Sinne aufgenomm(
würden.

Nun verfuhr der Zensor wieder etwas milder, immerhi
war der Inhalt der Zeitung beständig so kläglich, daß die Abo(
nentenzahl von 4089 im Jahre 1823 auf 3602 im Jahre 182
herabsank.

Doch die einigermaßen erträglichere Zeit dauerte nicht lang(
es kam ein neuer Zensor, und dieser dekretierte (wie Stegman
unter dem 17. Febr. 1815 an Cotta schrieb), die „Allgemein
Zeitung" dürfe durchaus nichts bringen, was möglicherweise ei(
französischer Minister übelnehmen könne, gesetzt auch, daß da(
Gleiche schon in französischen Zeitungen gestanden habe. Un(
wiederum wurde alles gestrichen, was nur einigermaßen nad
Liberalismus aussah, oder auch nur die geringste Mißbilligun(
der kraß-reaktionären Regierung Karls X. enthielt.

Mühselig schleppte sich die Zeitung durch die weiteren Jahr(
des traurigen Dezenniums.

Am kläglichsten im ganzen Gebiete des deutschen Bundes ja
es aber in der österreischen Presse aus. Hier war, w(
schon S. 158 bis 168 und S. 256 bis 259 ausgeführt wurd(
jede geistige Bewegung unmöglich; die beiden Blätter der Haup(
stadt, die „Wiener Zeitung" und der „Österreichische B(
obachter", blieben daher auch jetzt noch die beiden einzig(
nennenswerten politischen Zeitungen des Kaiserreichs, und dav(
gab sich die erstere nach wie vor in ängstlicher Gemessenheit al
der Hof- und Staatsanzeiger, während die letztere, speziell d(
Organ von Gentz, sich in hohlen Phrasen erging und immer au(
neue in hochfahrendem Tone das herrschende Regierungssystem z
rechtfertigen suchte. Es verlohnt nicht, näher darauf einzugehe(
Die Provinzblätter blieben auch weiterhin nur der matte Wide(

beiden Wiener Zeitungen. Die „Prager Zeitung“
n doch einigermaßen dem Wunsche ihrer Leser zu ent=
am 1. Januar 1828 „Unterhaltungsblätter“ ein, die
s Beilage an jedem vierten Tage erschienen. Sie wur=
Prof. Anton Müller (geb. 1792, gest. 1843) redigiert,
besonders als geistreicher Theater= und Musikrezensent
ete. Später entwickelte sich aus diesen „Unterhaltungs=
die „Bohemia“.

---

eitschriften der zwanziger Jahre. Brockhaus über die Seichtheit der
. Die alten Zeitschriften. Der „Hermes“. Er erhält mehr und
en politischen Charakter. Sein Inhalt. Rotteck über den „Hermes“;
über ihn. Brockhaus Antwort darauf. Der „Hermes“ unter K.
id. Die „Wiener Zeitschrift“; ihre Mitarbeiter. Grillparzer und
tt. Das „literarische Wochenblatt“ unter Brockhaus' Redaktion;
Konflikte mit der preußischen Regierung. Muß zweimal den Titel
Das „Morgenblatt“. Heine über die Zahmheit des Blattes. Wil=
auff übernimmt die Redaktion. Sein Konflikt mit Cotta. Sein Tod.
esellschafter“. Heinrich Heine und das Blatt. Bringt die „Harzreise“.
bendzeitung“. Ihr kläglicher Inhalt. Verspottet von Hauff und
Kleinere Journale. Die neuen Zeitschriften, das „Mitternachtblatt“
üllner. Die „Berliner Schnellpost“ und der „Berliner Kurier“ von
Der Saphirsche Witz. Heine und Holtei über ihn. Die sonstigen
Zeitschriften. Goethe über die Journalliteratur der zwanziger Jahre.

Wie auf den Zeitungen, so lasteten natürlich auch auf den
riften die Karlsbader Beschlüsse wie ein schwerer Alb. Das
Leben, das die „Nemesis“, die „Kieler Blätter“, die „Isis“,
Wage“, die „Zeitschwingen“ in die Journalliteratur gebracht
, war erstorben; immer seichter, immer kläglicher, immer
mlicher wurde unter der scharfen Kontrolle der Zensoren der
lt. „Unser Journalwesen ist in Deutschland ein glänzendes
d“, schreibt Friedrich Arnold Brockhaus im Sommer 1823
en Professor Karl Ernst Schmid in Jena. „Fast alle Zeit=
ften kämpfen mit dem Hungertode, und nur wenige, die ent=
r durch altes Herkommen in alle Lesezirkel einmal eingeführt

sind, oder deren Gemeinheit sie in solche führt, gedeihen wahr haft. Wer hält für sich ein Journal?“ Und zugleich klagt in einem Briefe an Professor F. L. W. Meyer, den Biographe des berühmten Schauspielers Friedrich Ludwig Schröder, über d „Plackereien mit der Zensur hier (in Sachsen), und wieder m einer zweiten in Berlin und die elenden Verbote in Österreich. „Und diese Menschen, die solche Albernheiten verordnen“, ruft verzweifelt aus, „die wollen die Welt durch Kongresse und Bajon nette regieren! Wir sehen, fürchte ich, noch großen Bewegunge entgegen; haben die Parteien jemalen einander so schroff entgegen gestanden?“ Aber er beschwert sich auch über die Haltung de Schriftsteller. „Eine traurige Erscheinung ist ferner die Gemein heit, welche in unserer Tagesliteratur herrscht, und die Verach tung, welche dadurch auf die deutschen Schriftsteller herabfäll Anstatt sich in dem Kampfe gegen Pfaffentum und Junkertum — denn in diesen beiden ‚tümern‘ steckt tausendfältig nuanciert der Feind verborgen — zu unterstützen, gefallen sie sich in erbärm lichen kleinlichen Zänkereien und in knechtischem Beginnen.“ Diesen Beschuldigungen gegenüber ist aber doch hinzuzusetzen, daß es den Schriftstellern jener Zeit schlechterdings nicht möglich war, einen offenen Kampf gegen die Reaktion zu unternehmen; jedes Wor des Tadels wurde ja doch vom Zensor sofort gestrichen.

Es war also ganz selbstverständlich, daß ein Journal von ausgesprochen **politischem** Charakter und nachdrücklich liberale Tendenz in den zwanziger Jahren gar nicht erscheinen konnt Um diesem Mangel aber doch wenigstens einigermaßen abzuhelfen suchte Brockhaus seiner literarischen Zeitschrift „**Hermes**“ (w schon S. 232 erwähnt wurde) mehr und mehr einen politisch Charakter zu geben. Aber aus Sorge, die Zensur könne i alsbald einen Streich spielen, verlegte er den Druck und Verl der Zeitschrift ins Ausland, nach Amsterdam, dem Ausgangspu seiner buchhändlerischen Wirksamkeit. Der ganze Jahrgang 18 des „Hermes“ erschien daher scheinbar in Amsterdam, und als sich herausstellte, daß die Behörden doch etwas mehr Na sicht übten, als er erwartet hatte, bekannte der „Hermes“ wie Leipzig als seinen Heimatsort.

r die Schwierigkeit der veränderten Haltung der Zeit-
ar sich Brockhaus vollständig klar. „Bei dem jetzigen
der Presse in Deutschland“, schrieb er an Johannes
n Wiesbaden, „wird sich kaum erwarten lassen, daß noch
erscheinen werden, welche Gelegenheit zu politischen
hungen darbieten dürften, und es wird daher eine Art
nst werden, einen Faden zu finden, an welchem man der-
Untersuchungen und Betrachtungen wird anknüpfen können.
ird es daran nie ganz fehlen, da man besonders ja auch
ländische Literatur zu Hülfe nehmen kann.“ Seine Be-
ien, „gewandte Federn“ ausfindig zu machen, waren denn
cht vergebens; eine ganze Reihe hervorragender liberaler
r — darunter Rotteck, Fries, Krause, Paulus, Weg-
, Wilhelm Grimm, Wilibald Alexis, Freiherr von der
urg, Wilhelm Müller in Dessau u. a. — wurden Mit-
r des „Hermes“, und der Absatz der Zeitschrift steigerte
rmaßen, daß sich Brockhaus verpflichtet fühlte, im 6. Stück
820 „dem gesamten deutschen Publikum für die ausgezeich-
Aufnahme des Journals zu danken“.

Den Inhalt der Hefte des „Hermes“ bildeten eingehende
sche Essays über die wichtigsten Tagesfragen, namentlich über
Verhandlungen der württembergischen, bayrischen und badischen
tage, die damals als die Vorschule des konstitutionellen
ns in Deutschland im Vordergrunde des Interesses standen,
Hegelsche Rechtsphilosophie, das Schopenhauersche Hauptwerk
Welt als Wille und Vorstellung“, das Auftreten des My-
smus und Somnambulismus, die Nachblüte der Romantik, die
icksalstragödie, ferner über Goethes „Divan“ und die mannig-
en Übersetzungen des Tasso, Calderon, Milton 2c.

Den Wert dieser vielen ausgezeichneten Beiträge, die alle
einer gewissen, wenn auch immerhin stark gedämpften natio-
en Grundstimmung getragen wurden, erkannte besonders Rotteck
haft an. „Nach der jetzigen Lage der Dinge,“ schrieb er an Brock-
s, „kann Ihr Institut einen ganz unschätzbaren Wert und eine
hrhaft welthistorische Bedeutung erhalten, und ich weide mich
t patriotischer Freude und mit inniger Hochachtung für den

edeln Urheber und Lenker des Instituts an der Vorm.
Großen und Guten, welches dadurch ausgeführt oder
befördert werden mag. Sie werden unzähligen Wo
ein Schöpfer des Trostes, der Bekräftigung werden.
Zeitgeist wird sich freudig Ihrer Waffe bedienen, u
trotzenden Ministerialbefehle zu zernichten."

Einen andern Standpunkt, ganz seiner niedern G
entsprechend, nahm Müllner ein; er wies auf das
pekuniäre Geschäft hin, das Brockhaus mit seiner libera
schrift wohl machen müsse, worauf dieser ihm die ent
Aufklärung gab. „Wer den ‚Hermes' für eine kau
Spekulation hält", schrieb er ihm, „der kennt die G
unserer kritischen Institute wenig. Fast keins existiert oh
stützung vom Staat, und die Wiener ‚Jahrbücher', welche
Idee wie dem ‚Hermes' zum Grunde liegt, mußten, u
stehen, und müssen nun, um fortzudauern, zur Hälfte
kaiserlichen Privatkasse bezahlt werden ... Deshalb ko
ich nicht erwarten, beim ‚Hermes' zu gewinnen, das ich
ersten Jahre gewiß nicht getan, sondern dabei sehr bede
gesetzt habe, was mich übrigens nicht abhält, das Institu
setzen, da ich es für nützlich halte und es mit der Ze
hoffentlich schadlos halten dürfte, welches alles ist, w
wünsche."

Ein halbes Jahr später konnte Brockhaus an den Fr
K. E. Schmid in Jena schreiben: „Ich bin jetzt nahe dar
dem ‚Hermes' auf meine Kosten zu kommen, wobei ich a
alle meine Mühen u. s. w. gar nichts annehme. So schwe
in Deutschland, ein Journal zu gründen und zu erhalten
Glück ist es, daß der Absatz nach Österreich zwar nicht eig
erlaubt, aber auch nicht absolut verboten ist, denn dahin
stärkste Absatz. Dies kommt wohl mit daher, weil es in
reich viele reiche Privatpersonen gibt, die ein Journal selbst h
bei uns aber im Norden die Journale fast nur in Journal
gelesen werden. Ich werde aber nicht aufhören, diesem Jo
die größte Sorgfalt zu widmen, und zufrieden sein, wenn ic
Ende nur nicht geradezu dabei einbüße."

ider war es Brockhaus nicht vergönnt, die mit so vieler
ind mit so energischem nationalen Empfinden geleitete
ift weiter auszubauen; erschöpft von all den Kämpfen,
urchzumachen hatte, starb er vor der Zeit am 20. Aug. 1823.
edaktion des „Hermes“ übernahm nun Professor Karl
Schmid in Jena (geb. 1774, gest. 1852), der bisher schon
Mitarbeiter gewesen und auch mehrfach bei der Redaktion
te gezogen worden war. Er setzte das Unternehmen ganz
nne des Gründers fort, doch erklärte er, daß der Stand-
„etwas höher und allgemeiner“ als bisher genommen wer-
lle, und die Zeitschrift sich möglichst auf dasjenige be-
ken werde, „was keinem, der auf höhere und universale
ng Ansprüche macht, gänzlich gleichgültig oder unverständlich
arf.“ Er mußte aber bald erkennen, daß er dieses höhere
nicht zu erreichen vermochte, und erklärte darum auch offen
ier Vorrede zum 32. Bande, daß doch nur dem unermüd-
Brockhaus durch „seine außerordentliche Tätigkeit, seine
:, andere für seine Ideen zu gewinnen, ja zu begeistern,
ı Mut und seine Beharrlichkeit es möglich gewesen sei, dem
nes‘ immer eine reichliche Ausstattung zu verschaffen und so
regelmäßiges Erscheinen sicher zu stellen.“ Schließlich erlahmte
ind nachdem 1827, 1828 und 1829 nur je zwei Bände zur
gabe gelangt waren, und 1830 und 1831 sogar nur je ein Band
: fertig gestellt werden können, hörte die Zeitschrift ganz auf.
umfaßt im ganzen 35 Bände im Umfang von durchschnitt-
25 Bogen; die größere Hälfte der Bände (20) erschien bis
e 1823, also wesentlich unter Brockhaus' Leitung. In ihrer
en Zeit hatte sie eine Auflage von 1100 Exemplaren gehabt.
Dem norddeutschen Brockhausschen Journale stellte sich — die
smüden „Politischen Annalen“, die dann auch 1828 in München
gingen, können nicht weiter in Betracht kommen — als öster-
hisches führendes Blatt gern die „Wiener Zeitschrift“ zur
ite (vergl. S. 220), aber ihr Herausgeber Johann Schickh
nte natürlich auch nicht den leisesten Versuch wagen, einmal
en Schritt in das politische Gebiet zu tun; um so angelegent-
her war er bestrebt, sein Blatt zum Sammelpunkte aller her-

vorragenden österreichischen Poeten zu machen. So ersch der „Wiener Zeitschrift“ Beiträge von Chr. v. Zedlitz, K v. Leitner, M. Enk, J. G. Seidl, K. E. Ebert, Bra Braunthal, J. N. Vogl, Draxler-Manfred, E. v. Bauer A. Frankl, Betti Paoli, Ant. Alex. Graf von Auersp später als Anastasius Grün zur Berühmtheit gelangt), N Lenau u. a. Der größte von allen, Grillparzer, stellte sich je selten ein, dagegen beschäftigte sich die Zeitschrift wiederh dem Dichter und seinen Werken. Als im März 18 „Medea“ in Wien zur ersten Aufführung gelangt war, das Blatt die „Geschichte der Medea“ und die „Gesch goldenen Vließes“ als belehrende historische Erläuter Dramenstoffes, ferner ein Gedicht „An Grillparzer“ v Mayer und noch manches andere. Im ganzen fehlte der Zeitschrift an der nötigen geistigen Frische. Der Me sche Druck ließ keinen höheren geistigen Flug zu.

Zur allgemeinen Orientierung in dem gesamten litera Leben suchte auch ferner das „Literarische Wochenblat Licht möglichst hell leuchten zu lassen; doch änderte es be Übergange aus dem Verlage der Gebrüder Hoffmann in W in den von Friedrich Arnold Brockhaus in Leipzig seinen rakter wesentlich (vergl. S. 226). In der ersten Numme Brockhaus im Juni 1820 herausgab, entwickelte er sein Prog in einer eigentümlichen Form. In einem Gespräche im J zwischen Baron Grimm, dem geistvollen Verfasser der „Fe littéraires“ , dem gelehrten Laharpe, der die „Correspon littéraire“ an den damaligen Großfürsten, späteren Kaiser richtete, und Kotzebue werden die Grundlinien dargelegt, denen sich der neue Herausgeber richten will. Es soll, hei dort, künftig nicht ein einzelner Schriftsteller, wie es an Kotzebue tat, über die gesamte Literatur Bericht erstatten, so das Blatt soll so viele Berichtgeber haben, als die Lite Hauptseiten besitzt. Dabei soll das Blatt weder encyklopäd Moniteur in Folio, noch ein bureau d'ésprit werden, so ein einfaches „literarisches Unterhaltungsblatt oder Konversati blatt“, etwa ein Tausendundeine Nacht für offene und m

leichzeitig eine Art Ergänzung für das bereits ziemlich
bekannte „Konversationslexikon“. Zudem sollte es fort-
h erscheinen. In einem Briefe an Börne drückte sich
ockhaus noch bestimmter aus. „Ich werde dem Blatte
:edelten Charakter geben,“ schrieb er, „der alle rein per-
Polemik gänzlich ausschließt und von der Literatur und
so weit sich diese aus Schriften behandeln läßt, da rein
: Aufsätze, die keine literarische Veranlassung haben, aus-
en bleiben) das Neueste in kurzen, verständigen und wo-
geistreichen Aufsätzen mitteilt.“

benbei sei bemerkt, daß in diesem Briefwechsel zwischen
us und Börne der letztere, zur Mitarbeiterschaft aufge-
ein Honorar von acht Louisdor für den Bogen in Quart
te.

ber so sehr auch Brockhaus bedacht war, die Politik hier
ıst zurückzudrängen und nichts zu bringen, was bei irgend
ı Regierungen Anstoß erregen könnte, mußte er es doch
im Sommer 1820 erleben, daß sein Blatt in Preußen ver-
wurde. Durch eine Stelle in der „Correspondance iné-
le Napoleon“, die in der Nr. 4 des Juni 1820 zum Ab-
gekommen war, und in der sich einige wenig schmeichelhafte
rkungen über den König von Preußen und die Königin Luise
den, hatte sich Friedrich Wilhelm III. unangenehm berührt
lt, worauf Hardenberg sofort das Verbot verfügt hatte.
haus gab sich darauf die erdenklichste Mühe, dieses Bannes
r ledig zu werden, doch gelang es ihm erst, als er sich dazu
ınden hatte, mit dem 1. Dezember 1820 den Titel seines
nals in „Literarisches Konversationsblatt“ umzu-
rn und weiterhin, was ihm sehr schwer wurde, seinen ge-
en Verlag einer preußischen „Rezensur“ zu unterwerfen.

Trotzallledem kam es wenige Jahre später (1826) nochmals
inem Verbote des Blattes in Preußen. Im Dezember 1825
e das „Literarische Konversationsblatt“ nach einem preußischen
ender die Notiz gebracht, daß der russische Thronfolger der
ßfürst Nikolaus sei und nicht der ältere Großfürst Konstantin.
ser letztere hatte auch in der Tat bereits auf die Thronfolge

verzichtet; es war das aber bei dem damaligen ...
Briefverkehr noch nicht in Preußen bekannt geworden, ...
Minister von Schuckmann sich des höchsten über die ...
Antastung des Erbfolgerechts der befreundeten Zaren...
setzte und die Verbreitung des Brockhausschen Blattes ...
zum zweitenmale untersagte. In dem in der „Al...
Preußischen Staatszeitung“ veröffentlichten Verbote heißt ...
Notiz könne nur „als eine geflissentliche Falschheit betrach...
den, wie sich dieses Blatt deren schon öfter schuldig ge...
Darauf reiste Heinrich Brockhaus, der nach dem Tode ...
Vaters das Verlagsgeschäft und auch die Redaktion des ...
übernommen hatte, sofort nach Berlin, um die Aufhebu...
Verbotes zu erwirken, war doch mittlerweile allgemein ...
geworden, daß Nikolaus in der Tat den russischen Thron ...
hatte. Allein alles Bemühen war vergeblich; der so sch...
schädigte Verleger wurde sowohl im Ministerium, wie im ...
des Königs, abschlägig beschieden. Er versuchte es nun ...
mit einer Titeländerung und nannte sein Journal vom 1. Ju...
ab „Blätter für literarische Unterhaltung.“ Das ...
seltsamerweise auch diesmal wieder zu dem erwünschten ...
Die preußische Regierung gab sich den Anschein, als habe ...
ganz neue Zeitschrift vor sich, und ließ sie anstandslos pa...
Unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltung“ ...
die Zeitschrift noch siebzig Jahre erschienen.“*)

Dürfen der „Hermes“, die „Wiener Zeitschrift“ und ...
„Blätter für literarische Unterhaltung“ als die vornehmeren ...
nale der zwanziger Jahre bezeichnet werden, so können ...
„Morgenblatt“, der „Gesellschafter“ und die „Abendzeitung“ ...
die beliebtesten gelten. Sie kamen mit dem meisten Geschick ...

*) Zu den Brockhausschen Zeitschriften wird auch des öftern das ...
„Zeitgenossen“ gerechnet, das von 1816 bis 1841 in 18 Bänden (48 ...
mern) erschien; doch ist diese Publikation nur eine Sammlung von ...
phieen, die eine Art Gegenstück zu Schlichtegrolls „Nekrolog der Deutsch...
bilden sollte.

es **großen** Publikums nach unterhaltender, r. chlich sen- **und süßlicher** Lektüre entgegen.

„**Morgenblatt**" (vergl. S. 213) hätte vielleicht einen **jeren Rang** einnehmen können, wenn es Cotta geglückt **en geeigneten** Redakteur zu finden. Allein nach seinem **iit Therese** Huber suchte er Jahre lang vergebens nach **.chen und** leitete unterdessen in Gemeinschaft mit seinem **sohann Georg** das Blatt selbst. Dabei spielte dies etwa : eines Aschenbrödels. Es wurden ihm, wie früher schon er auch später noch, allerlei Beiträge aufgezwungen, die us freundschaftlichen und geschäftlichen Rücksichten nicht aden wollte, während sie doch wegen ihrer Nichtigkeit ihren ı Platz hätten im Papierkorb finden müssen. Außerdem otta als Geschäftsmann allzusehr darauf bedacht, seinem einen möglichst großen Leserkreis zu gewinnen und darum s anzustoßen. Alles, was eine entschiedene Sprache führte, unterdrückt. Nach 1829 klagte Heinrich Heine in einem an Cotta, allerdings in der zahmsten Weise, um den viel- genden Verleger nicht zu verletzen, daß er dem „Morgen-' bisher nur wenig habe schicken können; die Schuld liege r Natur seines Talentes, das nur selten imstande sei, „den n Ton des ‚Morgenblattes' zu treffen." So waren das volle jener Zeitschriften eigentlich nur Gedichte. Ziemlich viele rte, wie schon früher, so auch jetzt noch, Rückert bei, so z. B. Reihe persischer Fabeln, die Makamen des Hariri, „Morgen- ische Früchte" u. s. w. Seine schönsten aus jenen Jahren, Lieder aus dem „Liebesfrühling", gab er freilich dem damals eliebten Taschenbuch „Urania".

Gegen Ende des Jahrzehntes gelang es Cotta endlich, einen akteur für sein Blatt zu gewinnen, von dem er sich mit Recht versprechen durfte, den jungen Wilhelm Hauff. Dieser, oren 1802 zu Stuttgart, war allerdings erst 24 Jahre alt, Cotta mit ihm in Verhandlung trat, aber schon hatte er durch ie Märchen, seine witzsprühenden „Mitteilungen aus den emoiren des Satans" und seinen Roman „Der Mann im

Mond" die Aufmerksamkeit der ganzen literarischen Welt Deutschlands auf sich gezogen. Cotta beeilte sich daher, diese junge Kraft an sich zu fesseln, worauf bereits im vierten Quartal 1826 die neueste Erzählung des Dichters „Die Bettlerin vom Pont des Arts" im „Morgenblatt" erschien, und Hauff dann mit dem 1. Januar 1827 auch die Redaktion gegen ein Jahresgehalt von 1400 Gulden übernahm, jedoch nur den belletristischen Teil während seinem Bruder Hermann der wissenschaftliche übertragen wurde. Das mit dem „Morgenblatte" verbundene „Literatur-Blatt" redigierte bereits seit 1825 Wolfgang Menzel.

Das „Morgenblatt" lenkte nun unter Wilhelm Hauff in neue Bahnen ein, aber die erhoffte Entwicklung zu größerer Bedeutung ließ doch auf sich warten, denn wie schon früher bei Therese Huber, so erlaubte sich Cotta auch jetzt wieder allerlei eigenmächtige Eingriffe, die das Ansehen des Blattes schädigten und dem Redakteur sein Amt bis zur Unerträglichkeit erschwerten. „Ich wage zu behaupten", klagte daher Hauff bereits unter dem 17. April 1827 in einem Briefe an Theodor Hell, „daß unter allen Redakteuren in Deutschland keiner ein so schwieriges Amt hat, wie ich, nicht allein wegen der ungeheuern Menge mittelmäßiger und schlechter Stoffe, die alltäglich eingehen, sondern wegen des Charakters des Eigentümers dieses Blattes. Cotta hat es zu verschiedenen Zeiten und namentlich in den letzten vier Jahren allein mit seinem Sohne (einem Stallmeister und Kammerherrn) geführt. Arglos übernahm ich das Blatt. Nachdem ich es aber einmal einen Monat geführt hatte, gab er mir so oft zu verstehen, was er, als Eigentümer, anders haben wolle, daß ich ihm endlich, wiewohl mit blutendem Herzen, da mein Hochzeitstag schon bestimmt war, die ganze Geschichte heimschlug und — abtrat. So hatte er es aber auch nicht haben wollen; er knüpfte die Verbindung wieder an, gab nach. Die größte Schwierigkeit machten mir die Rücksichten, die ich wegen ihm zu nehmen hatte: bald war ein Manuskript schon früher bezahlt, bald hatte man eine alte Rechnung an einem anderen abzuziehen; bald hatte man auf die Regierung Rücksicht zu nehmen, bald wieder nicht. So kam es, daß wir ausmachten, ehe ich die Sache von neuem über

[A]lle Artikel, die polemischer Natur sind, sollen dem ‚Lite-[ratur-Bl]atte' übergeben werden.*)

[Vo]n den wertvolleren Beiträgen, die das „Morgenblatt" [unter W]ilhelm Hauffs Redaktion brachte, sind besonders die Ge-[dichte v]on Wilhelm Müller, Ludwig Robert, Karl Simrock und [G]rüneisen zu nennen, ferner Roberts „Aphorismen aus ... und dessen geistreicher Aufsatz „Über den Einfluß der [The]ater auf Kunst und Künstler". Der Redakteur selbst ... die Novelle „Jud Süß" bei, die aber von der Zensur [ve]rstümmelt wurde.

[L]eider setzte der Tod dem begabten Dichter ein frühes Ziel; [a]m 29. November 1827 starb er an einem Nervenfieber, [n]icht ganz 25 Jahre alt. Nur zögernd entschloß sich Cotta, [den L]esern des „Morgenblattes" den Verlust mitzuteilen; als ... wurden dabei die Seumeschen Verse gewählt:

Du schienest uns mit Feuerblicken
Noch jüngst Fortunens Lieblingssohn,
Und in dem Morgen deines Lebens schon
Schnitt Atropos ihr Werk in Stücken!

Für den „Gesellschafter" (vergl. S. 224) gestalteten sich [die V]erhältnisse etwas günstiger. Der rührige Gubitz wußte sich ... und nach einen großen Mitarbeiterkreis zu bilden und hatte ... das Glück, auch wertvolle Beiträge, u. a. von Heinrich [Hein]e, zu erhalten, besonders dessen „Harzreise". Die ersten [Hein]eschen Beiträge im „Gesellschafter" waren jedoch Gedichte. [Wie] Gubitz in seinen Erlebnissen (II, 260) erzählt, trat Heine [eine]s Tages im zweiten Vierteljahre 1821 bei ihm ein und über-[reic]hte ihm fünf Gedichte mit dem Bemerken „Ich bin Ihnen [gänzl]ig unbekannt, will aber durch Sie bekannt werden!" Gubitz [las] die Verse sofort durch und gewahrte alsbald, daß ein be-[deu]tender Poet aus ihnen sprach; doch hatte er noch allerlei an [der] Form auszusetzen und bei dem Gedichte „Die Brautnacht" [ve]rlangte er, daß einige Stellen „gereinigt" würden. Diesem [Ve]rlangen wollte Heine anfangs nicht entsprechen, bequemte sich

*) Hans Hofmann, Wilhelm Hauff. Frankf. 1902, S. 154.

aber schließlich doch dazu, nannte aber später in seiner
den Art das Korrigieren und Ändern der Redakte
„gubitzen".

Die fünf Gedichte, mit denen sich Heine zum erste
der literarischen Welt Berlins vorstellte, waren „Der K
„Die Minnesänger", „Gespräche auf der Paderborner
„Zwei Sonette an einen Freund" und die schon
„Brautnacht". Der Abdruck erfolgte vom 7. Mai 1
Gubitz vermittelte sodann auch die Herausgabe des erste
chens Heinescher Gedichte in der Maurerschen Buchhandl
Berlin und veranlaßte die Besprechung dieses Erstlingswerk
Varnhagen im „Gesellschafter" (1822, Bl. 11). „Der
tretende Dichter", schrieb Varnhagen, „hat ausgezeichnete
Seine Lieder kommen aus einer echten Quelle." Mit Recht
denn auch Heine in einem Briefe an Gubitz vom 23. Nov.
den „Gesellschafter" „die Wiege seines Ruhms".

In noch weit höherem Maße sollte sich aber der „
schafter" diesen Ehrentitel verdienen, als er die „Harzreise"
mit der Heine seinen ersten großen Erfolg in der breiten
des Publikums erzielte. Bei der Einsendung des Manu
bat er aber dringend, nichts zu ändern. „Es ist freilich m
Derbe darin, indessen, da doch der ‚Gesellschafter' (zu
aller Verwunderung) sich in der letzten Zeit vom Verdacht
Liberalität gereinigt hat und täglich zahmer und zahmer wird
hoffe ich, daß die Zensur deshalb meiner Harzreise etwas
die Finger sehen wird ... Sollte dennoch gestrichen werden
bitte ich an solchen Stellen die gebräuchlichen Querstriche
auszulassen."

Die Besorgnis Heines war leider nicht unbegründet;
Zensor war der übermütige Ton, der hier angeschlagen w
so neu, daß er mit seinem Rotstift viele Stellen durchstr
Aber Gubitz ließ das doch nicht so ohne weiteres über
ergehen; er wurde vorstellig, und als sich der Zensor hartnä
zeigte, führte er eine ministerielle Entscheidung herbei, vermöge de
er schließlich das Ganze doch noch „glücklich genug über die ge

' hinwegbrachte. Die „Harzreise" erschien darauf 1826
l bis 24, vom 20. Januar bis 11. Februar.
dem sonstigen Inhalt des „Gesellschafters" wären dann
eicht die Beiträge von Daniel Leßmann und der Helmine
,y und der Protest des Herausgebers gegen die schlüpf-
mane Claurens (1827, Bl. 38) hervorzuheben. Obgleich
itz bewußt war, welchen großen und eifrigen Leserkreis,
s unter den Frauen, Clauren besaß, scheute er sich doch
e Claurensche Richtung energisch zu verurteilen.
nz und gar dem flachen Modegeschmacke huldigte die
er „Abendzeitung" (vergl. S. 223), ja, sie versank,
sie wurde, immer mehr in platte Alltäglichkeit. Ihr
geber Theodor Hell (Friedrich Kind trat 1827 von der
on zurück) wurde schließlich immer schwachsinniger, und
uchs die Koterie ins Unglaubliche. Bis zu welchen Ge-
losigkeiten sich der Herausgeber verirrte, möge ein Loblied
ürnbergers auf die „Schnellpost" zeigen, das am 1. Aug. 1828
„Abendzeitung" erschien. Es begann:

Was kann nicht oft aus einem Dinge werden,
Wie klein scheint manches, wenn man es entdeckt!
Es kommt ein neugebornes Kind auf Erden,
Und niemand weiß, was in dem Burschen steckt.
Der Zeit erst glückt's, die Folgen ganz zu zeigen,
Sie ist's, die der Erfindung Urteil spricht,
Und riesengroß tritt aus bescheidnem Schweigen
Der Nutzen der Erfindung dann ans Licht.

diesen Trivialitäten kommt dann der „Dichter", nach und
auf die Erfindung der Schnellpost und fährt dann fort:

Die Schnellpost leiht Kultur die raschen Schwingen
Und beut ihr gern die schnellen Dienste an,
Um bis ins Reich der Inder vorzudringen,
Daß allwärts Segen sich verbreiten kann.
Die Reisemühe wird für den zum Spiele,
Der dem beschwingten Sofa sich vertraut,
Und eh' man sich's versieht, ist man am Ziele,
Nach dem man sonst schier endlos ausgeschaut.

diesem Tone geht es dann noch ein ganzes Stück weiter.

Mit Recht überschütteten denn auch die vornehmeren Ge-
Zeit das Blatt mit Spott und Hohn. „In Dresden“, s
Wilhelm Hauff im Oktober 1826 in einem Briefe in de
„tanzt das Gnomen- und Zwergenvolk um den Abend
gott Th. Hell, machen Sonettchen und Glossen, Dramach
spielchen, Triolettchen, quaken lustig im Sumpf und ha
für ganz tüchtige Nachtigallen, weil es immer einer dem
versichert, mit der Voraussetzung, der andere fahre retou

Das hielt freilich Hauff nicht ab — da er eben a
fänger sehen mußte, wo er seine Sachen absetzen konnte —
einmal bei der „Abendzeitung“ eine Novelle oder einen
richt anzubringen.

Weit schärfer als Hauff und auch auf öffentlichem
schen Markte ging Laube gegen die „Abendzeitung“ vor
sprach dabei wie von einem längst dahingeschiedenen Blatt
durch die Wirkung der beißenden Satire noch gesteigert
„Von Theodor Hell und seinen Freunden — ‚sprecht mi
allen Schrecken des Gewissens, von Hell und seinen Fr
sprecht mir nicht!‘“ so begann er seinen Artikel gegen die „
an der Elbe“.*) „Die breite, endlose, wasserlose Wüste d
staurationszeit unserer Literatur mit der trockenen, dürren
dem langweilig ununterbrochen blaßblauen Himmel stellt si
unsere Blicke, und man schüttelt sich in Durst und Verz
tung. Wahrlich, jene ‚Abendzeitung‘, der Moniteur unsrer M
mäßigkeit und Schwäche, und aller darum herkrabbelnden
lichen Schriften ist ein traurig Blatt unsrer Literaturgeschichte
Es gibt eine alte halbchristliche Sage, daß diejenigen Leute, d
nicht recht gut und nicht recht schlecht sind, weder in den Hi
noch in die Hölle kommen, sondern auf die ‚grüne Wiese‘.

*) Heinrich Laube, Moderne Charakteristiken. Mannheim 1835. B
S. 135—144. Ausführlich legt das damalige literarische Leben in Dr
Herm. Anders Krüger in seinem Buche „Pseudoromantik. Friedrich Kind
der Dresdener Liederkreis“, Leipzig 1904, dar. Auch hier erfährt
„Abendzeitung“ eine harte Verurteilung. Mit mehr Nachsicht schildert
Poeten an der Elbe Moritz Berndt in seiner Abhandlung „Dresdener
stände in den Jahren 1815 bis 1830“ (Grenzboten, 1881, № 37).

Ziese', das Symbol der grauen Mittelmäßigkeit, ist die
in Deutschland, auf welcher Theodor Hell und seine
ihr saftloses, schwächliches Wesen treiben, die Lüneburger
r Schriftstellerei, auf welcher das dürftige Völkchen der
ucken seine kümmerliche, spärliche Nahrung sucht....
rage gab es mehr, keine Zweifel, keine Gegensätze; die
obte nur, auch wenn sie tadelte; man küßte sich auf beide
, wenn man sich drei Stunden lang nicht gesehen; man
immer; das Herz war von Papiermaché, die Augen von
und die Konversation wurde auf einige bestimmte Noten
Clauren schrieb sein ‚Vergißmeinnicht', und Theodor Hell
alle Jahre ein anderes Sonnett dafür, um zu zeigen, wie
chtkunst nichts sagen könne über nichts. Theodor Hell und
Freunde sind die literarischen Jakobiner Deutschlands; wie
ie Freiheit, so ruinierten diese den Geschmack und die Kunst.
mordeten durch die Guillotine, diese durch Langeweile....
Zeit der ‚Abendzeitung' war die Zeit der Grippe in unsrer
atur: die schönen Wissenschaften ennuyierten sich und hatten
Schnupfen; die Leute waren nicht krank, denn das ist ein
iedener, ganzer Zustand, sie waren kränklich, sie aßen lauter
hten Kuchen und hatten aufgeschwemmte Gesichter. So sind
Schriften: wie der sächsische Dialekt breiweich; man greift
all durch und greift nichts. Sie sind ein schwammiges Holz,
us man nichts schnitzen, das man nicht brennen kann. In
Wissenschaft süßliche Pedanten, in der Kunst Wortklimperer
verwässertem Geschmack, in der Kritik Speichellecker, mutlose
rweltsmenschen, oder schwachnervige Kleinigkeitskrämer. Eine
ratur der Visitenkarten!" Schließlich kommt er auch noch
die „Memoiren der Abendzeitungs-Epoche", wie er den von
l herausgegebenen Briefwechsel zwischen diesem und Van der
de nennt, zu sprechen und ruft aus: „Man kann des Todes
hrecken vor dieser friedseligen Beschränktheit; alle künstlerische
ekulation, alle höhere Kultur scheint verloren gegangen zu
n; lauter häusliche Kartoffelgedanken kriechen vorüber!"

Aber trotz dieses Spottes und Hohnes erschien die „Abend-
tung" ruhig weiter und hatte auch noch viele Jahre ihr großes

Publikum, brachte auch sogar hie und da einige Aufsä
deutenderen Autoren, z. B. Artikel von dem jungen Richar
der unter dem Pseudonym „Freudenfeuer" mit Witz
die verschiedensten Mißstände geißelte. Lange Zeit er
die Zeitschrift der für die damaligen Verhältnisse rech
lichen Auflage von 1200 Exemplaren, während der „Gese
nicht viel über 600 Exemplare hinauskam. Einen
Leserkreis mag sie sich übrigens wohl dadurch erhalte
daß sie eine Zeit lang wertvolle Besprechungen
Aufführungen des Dresdener Hof-Theaters brachte. Die
von keinem Geringeren als Ludwig Tieck her. Tieck
zwar durchaus von den Abendzeitungs-Leuten fern un
sich über ihr Treiben sogar bisweilen lustig, wie z. B
Novelle „Die Vogelscheuche", in der Theodor Hell als
Lederbrinna figuriert; auf Wunsch des Hoftheater-In
von Könneritz hatte er sich aber bereit finden lassen, die
über die theatralischen Aufführungen in der „Abendzeit
übernehmen. Theodor Hell, der auch gleichzeitig Theate
war, mußte aus Rücksichten auf seinen Chef dem ihm we
pathischen Dichter die Spalten der „Abendzeitung" öffnen,
gern er es auch tat. Später gab Tieck diese Besprechunge
dem Titel „Dramaturgische Blätter" auch in Buchform

Bei dem „Morgenblatt", dem „Gesellschafter" u
„Abendzeitung" sei schließlich auch noch die „Eos, Zeitschr
Bayern zur Erheiterung und Belehrung" erwähnt, weil sie
der zwanziger Jahre verhängnisvoll in das Leben Heinrich
eingriff; im übrigen blieb sie unbedeutend. Sie wurde
1818 gegründet, von C. C. von Mann herausgegeben und e
zunächst in München, siedelte aber 1820 nach Nürnberg und
nach Leipzig über, kehrte jedoch 1822 nach München zurück
kam nun dort, redigiert von Eßholz und F. Herbst, bis Ende
heraus. In dieser zweiten Münchener Zeit gehörten Gö
Baader, Moy, Ringseis und Döllinger zu ihren Mitarbei
und diese waren es, die 1828 in der „Eos" einen Feldzug
Heine eröffneten, als bekannt wurde, daß der Dichter eine
fessur für Literaturgeschichte an der Universität München erh

Besonders trat Döllinger mit aller Heftigkeit gegen Heine er anonyme Artikel in Nr. 132 stammt, wie Stemplinger unzweifelhaft aus Döllingers Feder. Es werden dort isebilder“ zerzaust, und es wird dem Verfasser „Lästerung vorgeworfen, „was dem Christen das Heiligste ist.“ Auch Nr. 1 und Nr. 19 des Jahrganges 1829 erschienen An- gegen Heine. „Er schimpft auf die katholische Kirche,“ s dort, „so gut wie ‚Hesperus‘ und die ‚Neckarzeitung‘, tut es nicht wie diese mit plumper Derbheit, sondern mit ewissen (freilich etwas judaisierenden) Grazie, und auf ihn der Vers des Sophokles passen, den Plutarch auf Timo- anwendet: Welche Venus, welche Liebesgöttin legte Hand an was er tat?“ Der Zweck dieser Angriffe wurde denn auch ndig erreicht, König Ludwig lehnte es ab, das ihm vom ter von Schenk vorgelegte Dekret zu unterzeichnen, welches zum Literaturprofessor ernennen sollte. Heine wurde da- aufs schmerzlichste getroffen und hat den Schlag wohl ls verwunden. Mit Spott und Hohn überschüttete er seit- die „Nachteulen der Kongregation“ in München nebst König ig, und nach zwanzig Jahren noch schrieb er im „Romancero“:

„Apropos! Der erzinfame
Pfaffe Dollingerius —
Das ist ungefähr sein Name —
Lebt er noch am Isarfluß?
Dieser bleibt mir unvergeßlich
Bei dem reinen Sonnenlicht!
Niemals schaut' ich solch ein häßlich
Armesünderangesicht ....
Sah' ihn am Charfreitag wallen
In dem Zug der Prozession,
Von den dunkeln Männern allen
Wohl die dunkelste Person.“

Ohne jedes literarische Gepräge blieben der Kuhnsche „Frei- tige“ in Berlin, die „Zeitung für die elegante Welt“

---

*) E. Stemplinger, Heine in München. Frankf. Ztg., Jan. 1900. Ver- che außerdem Friedrich, Ignaz von Döllinger. 3 Teile. München 18—1901.

in Leipzig, der in Schwelm wieder erstandene „Herma: jedoch bisweilen wertvolle Artikel über Industrie und Ba Friedrich Harkort enthielt, die Bäuerlesche „Theaterz in Wien u. a. Doch mag erwähnt sein, daß der „Fr einmal (1827) in der Lage war, eine Novelle „Die beiden F zu bringen, die von keinem Geringeren herrührte als von von Moltke, dem späteren Feldmarschall. Moltke schr Novelle, kurz nachdem er eine schwere Herzenskrisis durc hatte. In dem Bade Ober-Salzbrunn, wo er nach Absol der Kriegsschule im Jahre 1825 zur Kräftigung seiner an nen Gesundheit weilte, lernte er ein Mädchen kennen, d völlig geschaffen zu sein schien, ihn für das ganze Leben zu machen. In einem Briefe, in dem er sich seiner Mu vertraute, schrieb er darüber: „Hier ist ein Mädchen, da verdient, Deine Schwiegertochter zu sein. Es ist eine Reichenbach. Sie ist bildschön und trefflich erzogen. Du sie auf Händen tragen. Aber leider ist sie unvermögend.“ mußte daher schweren Herzens entsagen, und um sich ü trübe Stimmung der Resignation hinwegzuhelfen, schrieb Novelle „Die beiden Freunde“, die dann schließlich den den „Freimütigen“ fand.

Diese sämtlichen hier charakterisierten Zeitschriften der ziger Jahre stellen sich aber doch nur in bedingter We Erzeugnisse dieses Jahrzehnts dar, insofern sie ja doch a aus dem vorigen Jahrzehnt herübergenommen wurden; schöpferisch aufzutreten war aber der traurigen Perio härtesten Druckes nur in äußerst geringem Maße möglich zwei Schriftsteller, und diese auch nur vermöge ihrer Ge lichkeit in der Klopffechterei, im Witzgeplänkel und in der nutzung literarischer Skandale, wußten sich einige Aufmerks für ihre journalistischen Unternehmungen beim großen Publ zu erringen und spielen daher eine gewisse Rolle in der Jo listik jener Zeit: Müllner, der zunächst die „Hekate“ und das „Mitternachtblatt“ gründete, und Saphir, der die „Ber Schnellpost“ und den „Berliner Kurier“ ins Leben rief.

Schon im Cottaschen „Literaturblatt“ hatte Müllner je

zu sticheln, herabzusetzen und zu verhöhnen, oft genug
l schießen lassen, jetzt bei der „Hekate“ und dem „Mitter=
te“, wo die Verleger sich um den Inhalt der Zeitschriften
bekümmern vermochten, ließ er sich fessellos gehen und
er ausgesprochene literarische Randalist. Die „Hekate“
er 1823 im Verein mit dem Leipziger Verlagsbuch=
Wienbrack. Dieser zahlte ihm ein Jahreshonorar von
alern, wofür Müllner die Aufsätze der Mitarbeiter (in
uptsache Rezensionen von Büchern) mit „Randglossen“ zu
hatte. Die Abhandlungen wurden also gleichsam noch
mit einer reichlich mit Paprika gewürzten Müllnerschen
überschüttet, so daß sie doppelt gepfeffert war und dem
süchtigen Publikum doppelt gut schmecken sollte. Das war
icht der Fall. Das Publikum fand an diesen schier end=
Schmähungen, Verhöhnungen und hämischen Bemerkungen
Geschmack, so daß die Zeitschrift schon nach Verlauf eines
s wieder einging. Müllner ließ sich dadurch jedoch nicht
tigen, sondern entwarf nun mit dem Buchhändler Vieweg in
ıschweig den Plan zu dem „Mitternachtblatte“, für das ein
ich erweitertes Gebiet in Aussicht genommen wurde. Müllner
hte nicht nur ein kritisches (nach Art des „Literaturblattes“
der „Hekate“), sondern zugleich auch ein ästhetisches Unter=
ngsblatt zu bieten, und zwar, wie er in dem Einführungs=
l „Was wir wünschen“ der ersten Nummer kundtat, ein sehr
itig belletristisches. Allein Müllner besaß für ein solches
t weder die erforderliche ästhetische Bildung, noch den ent=
henden Takt, noch das nötige Rechtlichkeitsgefühl. Dazu kam,
Vieweg einen verhängnisvollen Fehler beging; er billigte
lner ein jährliches Honorar von 2000 Talern zu, doch sollte
r von diesem Gelde auch die Beiträge der Mitarbeiter hono=
n. Dieser Verbindlichkeit gegenüber zeigte aber Müllner ein
weites Gewissen. Er suchte die Beiträge so wohlfeil wie
lich, oder gar ganz unentgeltlich zu bekommen und brachte da=
fast nur minderwertige Erzeugnisse. Dadurch enttäuschte er
e Leser und schädigte das Ansehen des Blattes. Auch nahm
kritisch=räsonierende Teil, der sich in dem stehenden Artikel

„Preßzeitung und Kriegszeitung" breitmachte, bald e
großen Raum ein und wurde der Schauplatz vieler uner
Zänkereien. Die erste Nummer erschien mit dem B
Jahres 1826 und lockte mit ihren Versprechungen, ih
fallenden Titel und Müllners doch sehr populärem Na
ziemlich große Anzahl von Lesern an; allein schon der
zweiten Jahrganges ließ sehr zu wünschen übrig, so daß
nicht auf seine Kosten kam. Zu dieser ungünstigen
gesellte sich bald noch eine unangenehme Differenz zwischen
und Vieweg. Dieser nahm, völlig kontraktwidrig, ohne V
Müllners, einen Aufsatz von August Klingemann über die
schweigischen Theaterverhältnisse auf, in dem auch der
des Geheimen Rats Schmidt-Phiseldeck mit dem Herzog
Braunschweig zur Sprache kam. Darüber geriet Mül
solche Aufregung, daß er Vieweg verklagte, worauf dieser
Verlag des „Mitternachtblattes" für den folgenden dritten
gang kündigte. Müllner vermochte jedoch sein Blatt zu
indem er den Buchhändler Riedmann in Braunschweig
den Verlag zu übernehmen. Darauf gab denn Müllner
„Mitternachtblatt" noch bis zu seinem am 11. Juni 18
folgten Tode bei Riedmann heraus. Weiterhin suchte R
das Journal mit eigenen Kräften zu erhalten und änderte
Titel in „Mitternachtzeitung"; bald nachher verkaufte er
an den Buchhändler Tormeyer in Braunschweig, der es neu
dadurch zu heben suchte, daß er den jungen Heinrich Laube
1. Januar 1836 ab als Redakteur anstellte. Laube leitete
die „Mitternachtzeitung" etwa ein Jahr lang, jedoch ohne
nung seines Namens, da diese von Preußen nicht gestattet wu
Allein auch dieser Versuch war erfolglos; alles Interesse für
Blatt war doch dahingeschwunden, so daß der Verleger sch
lich 1839 dessen weitere Herausgabe einstellen mußte.

Die Erfolge, welche Müllner mit seinem „Mitternachtbl
erzielte, waren mithin äußerst gering; immerhin kann er als e

---

*) Ludwig Geiger, Das Junge Deutschland und die preußische Z
Berlin, 1900, S. 166.

ıbteren Journalisten der zwanziger Jahre betrachtet werden.
ıgländer, der im Jahre 1829 einen Aufsatz über Müllner
„Foreign Review“ veröffentlichte, hob hervor, daß das
ıalgeschäft“ dem „Nabob von Weißenfels“ noch am besten
r Hand gehe; er sei nicht ohne eine Ader von eigenem
ınd sein „Mitternachtblatt“ sei zur Zeit gewissermaßen das
te Journal Deutschlands. Aber sein Stil sei doch bloß
meine Schänkenstil, zänkisch, prahlend, mit einem Anstrich
iedrigkeit, ein halb unhonetter Stil, der nach Tabak und
öſen Getränken rieche. Wirklich wertvolle Kenntnis oder
ıng werde in dem Blatte nicht mitgeteilt.*)
Einen noch geringeren geistigen Gehalt, als die Müllnerschen,
ın die Saphirschen Journale. M. G. Saphir, geboren am
bruar 1795 als der Sohn eines jüdischen Oberlandessteuer-
hmers zu Lovas-Berény in Ungarn, bildete sich anfangs zum
mann aus, wandte sich dann aber der Schriftstellerei zu,
te Beiträge für Bäuerles Theaterzeitung, kam aber mit der
ır in Konflikt und ging deshalb im Sommer 1825 nach
in, wo er zunächst von 1826 bis 1827 die „Berliner
nellpost“ und von 1827 bis 1829 den „Berliner Kurier“
usgab. Ganz unerwartet nahm jedoch seine Berliner jour-
stische Tätigkeit 1829 ein jähes Ende. Er hatte den Ruf der
ıeren Schwester der von Berlin vergötterten Henriette Sontag
rivoler Weise angetastet, wodurch er nicht nur die Sympathie
Berliner verlor, sondern sich auch eine sechswöchige Gefäng-
trafe zuzog und dadurch seine ganze gesellschaftliche Stellung
ıüßte. Er konnte denn auch nicht länger in Berlin bleiben
ı siedelte nach München über. Den Wert seiner Berliner
ırnale mag man nun so gering anschlagen, wie man will, trotz
dem muß man aber doch zugeben, daß er mit ihnen insofern
ıas Neues brachte, als er alle Erscheinungen und Ereignisse
ı Tages durch die Brille des Humors betrachtete, was gegen-
er der sentimentalen und süßlich-laszіven Stimmung der andern

*) Schütz, Müllners Leben, Charakter und Geist. Meißen, 1830, S. 186,
4, 200 u. 436.

Journale gewiß zunächst sehr angenehm empfunden wurde. der Philosoph Hegel fühlte sich erfrischt durch den Sa[illegible] Witz und zog den Humoristen öfters zu Tisch. Heinrich amüsierte sich, wie er an seinen Freund Joseph Lehman[illegible] nachmaligen Begründer des „Magazins für die Litera[illegible] Auslandes", schrieb, „königlich" über die Kapriolen der „[illegible] post", und in der großen Masse des Publikums wur[illegible] Nummern der Journale sozusagen verschlungen. „Da[illegible] Quartal der ‚Schnellpost' war das Evangelium der Be[illegible] erzählt Holtei in seinen Lebenserinnerungen. „Ich habe Dr[illegible] kutscher auf ihrem Bock und Gemüseweiber vor ihren Körb[illegible] daran erbauen sehen." Leider schwang sich aber Saphir n[illegible] dem wahren Humor empor; er wurde nicht der Weise, der [illegible] steht über den Torheiten der Welt und über diese lächelt, [illegible] nur der Witzbold, der durch Wortverrenkungen, komische[illegible] sammenstellungen, drollige Vergleiche die Leute lachen machte[illegible] damit irgend eine Idee auszusprechen, oder gar eine [illegible] schauung zum Ausdruck zu bringen. Seine „Abhandlu[illegible] „Betrachtungen", „Skizzen", „Novellen", „Vorträge" u. s. [illegible] daher weiter nichts, als ein regelloses Geplauder, in welch[illegible] in humoristischen Worthaschereien, Kalauern, beißenden Be[illegible] kungen und boshaften Witzeleien das Möglichste leistete. [illegible] zeigte sich schon in seinen Überschriften, wie z. B. den folgen[illegible] „Das ausgestopfte Beethovenfest, oder Ach und Krach [illegible] Beethovenfeste", „Die deutsche Butter in bezug auf deutsche [illegible] ratur, Kunst und Zensur", „Leere Betrachtungen über der [illegible] mir liegenden leeren Bogen Papier", „Unseres Herrgotts Po[illegible] stunde im Wirtshause des Lebens" 2c. Von seinen Witzen [illegible] nur einige als Beispiele der ganzen Art angeführt: Als [illegible] Zensor Geh. Rat Granow in Berlin gestorben war, der [illegible] Streichungen in so manchem Manuskripte die größten Verheerun[illegible] angerichtet hatte, erklärte Saphir, Granow sei gar nicht gestorb[illegible] er sei jetzt nur im Jenseits „bei dem Konzert der ewigen Sphär[illegible] als Streichinstrument angestellt." Die „schwarze Kunst" me[illegible] er, heiße so, weil sie die Kunst sei, den Menschen etwas weiß [illegible] machen. Als in Wien die Börse in ein neues Gebäude ver[illegible]

war, warf er die Frage auf: „Warum haben jetzt die kein Geld? — Je nun, weil sie ihre Börse verlegt " Von einem biedern Tapezierer behauptete er, seine Be- g berechtige ihn, „selbst Throne auszuschlagen". In einer :rei über eine Bergpartie, die auf Eseln unternommen wurde, r: „Die Esel sind die ersten Urheber und Wegbahner der it, denn auf Eseln kann man auf hohe Berge kommen, und n Bergen — sagt Schiller — wohnt die Freiheit." Von en versicherte er, daß es dort keine Krebse gäbe, ganz ein- weil an ein Zurückgehen von dort gar nicht zu denken sei. e mit aller Gewalt erzwungenen Pointen, solche faden leien und Tändeleien konnten aber nur ein Publikum er- ı, das auf die kärglichste geistige Kost gesetzt war, und als : von 1830 ab ein frischerer geistiger Luftstrom zu wehen ın, schwand die Popularität Saphirs schnell dahin, besonders en gebildeten Kreisen. Immerhin hat Saphir einen gewissen luß auf die Berliner Journalistik ausgeübt; er hat eine grö- Beweglichkeit in den Stil gebracht und den Feuilleton-Witz eführt, der dann von Glasbrenner, Kossak, Stettenheim, midt-Cabanis u. a. weiter kultiviert wurde.

Endlich seien der Vollständigkeit halber noch einige Journale ähnt, die wohl hie und da einmal bei einer Schilderung der ınziger Jahre genannt werden, aber auf das geistige Leben Nation doch niemals einen tieferen Einfluß ausübten, die eue Berliner Monatsschrift", 1821 von Fr. Förster ge- ındet und hauptsächlich der Verherrlichung Goethes gewidmet, 1823 in Breslau von Karl Schall und Holtei ins Leben ge- enen „Deutschen Blätter für Poesie", die 1824 und 25 chienene „Berlinische Zeitschrift für Wissenschaft und teratur", herausgegeben von F. W. Goedicke, die Zeitschrift 3ritannia" von Karl Heinrich Hermes, die 1827 in Stuttgart her- skam, das „Berliner Konversationsblatt", das Förster ıd Häring von 1827 bis 1829 erscheinen ließen, das „Jahr- ıch für wissenschaftliche Kritik", das E. Gans und Hegel ın 1827 bis 1840 herausgaben, und „Das Ausland", ein ottasches Unternehmen, mit dem das geistige Leben besonders

Englands, Frankreichs und Italiens den Deutschen näher werden sollte. Das Blatt erschien vom 1. Januar 1828 zwar zunächst täglich. Die Ausgabe erfolgte in München nächst leitete es Dr. Mebold, dann von Mitte 1831 ab Lautenbacher. Der Inhalt bot viel Belletristik und Ge die Naturwissenschaft blieb anfangs völlig unvertreten, Erdkunde wurde berücksichtigt. Das Journal fand jedoch Anklang, so daß, als Dr. Lautenbacher 1833 gestorben wa Nachfolger Dr. Ed. Widemann die Erd= und Völkerkunde alleinigen Hauptgebiete erhob und die Zeitschrift zu einem geographischen Blatte umgestaltete. Vom 1. Jan. 1853 an e es dann auch nur wöchentlich. Nach Widemanns 1854 erf Tode übernahm der Geograph Oskar Ferdinand Peschel die L des Blattes und nach dessen Weggange nach Leipzig 1872 F rich von Hellwald, der noch die Kulturgeschichte in das Bere Zeitschrift zog und diese außerdem zum Organe der Darwini Lehre machte. 1873 siedelte das Blatt nach Stuttgart übe

Die vernichtende Wirkung der Karlsbader Beschlüsse sich also in der gesamten Zeitschriftenliteratur der zwanziger in der traurigsten Weise geltend gemacht. Keine einzige Zeit vermochte in diesem öden Jahrzehnt eine gewisse führende Ste im geistigen Leben der Nation einzunehmen; um überhaupt besteheu zu können, mußten sich alle Journale im seichtesten F wasser halten. Verächtlich sagte daher Goethe von dem ga Zeitungs= und Zeitschriftenwust dieser Periode:

Wer hätte auf deutsche Blätter acht,
Morgen, Mittag, Abend und Mitternacht,
Der wär' um alle seine Zeit gebracht,
Hätte weder Stunde, noch Tag, noch Nacht,
Und wär' ums ganze Jahr gebracht;
Das hätt' ich ihm gar sehr verdacht.



Zweites Kapitel.

Wiedererwachen des nationalen Geistes.

(1830—1848.)

Bundesstaaten und der neue Geist. Die Maßregeln zur „Bändigung
ıtſchen Revolution". Die „sechs Artikel". Weitere Beschlüsse zur
chen „Säuberung". Die allgemeine Demagogenhetze. Reinigung der
gsliteratur. Börne und Hoffmann von Fallersleben über die Öde der
gen. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Der Kampf der
Geister gegen die Zensur. Gustav Freytag über die Zensur. Witz
und Satire über die Preßverhältnisse.

Die Öde und Dumpfheit, zu der nach und nach in den
ziger Jahren das ganze politische Leben Deutschlands hinab-
ückt worden war, sollte jedoch gleich zu Beginn der dreißiger
re ein rasches Ende nehmen. In Frankreich hatte das Volk
gewalttätigen und eidbrüchigen König Karl X. kurzer Hand
Throne gestoßen und sich, mit Louis Philipp an der Spitze,
neue, auf liberalen Grundsätzen fußende Staatseinrichtung
haffen. Diese mit bisher noch nie gesehener Schnelligkeit voll-
ene Umwandlung versetzte ganz Deutschland in große Erregung
weckte in allen patriotischen Herzen aufs neue den lebhaften
nsch, auch bei uns die staatlichen Angelegenheiten einer gedeih-
cheren Ausgestaltung entgegen geführt zu sehen. Allerwärts
choll wieder der Ruf nach Reformen, und besonders wurde der
unsch laut, daß endlich die drei großen Versprechungen der Be-
iungsjahre, der Einführung landständischer Verfassungen, der
ensurfreiheit und der allgemeinen deutschen Handelsfreiheit, ein-

gelöst werden möchten. In Baden, Hessen, Sachsen, kam es zu hochgestimmten patriotischen Festen, stürmis sammlungen und selbst zu Exzessen, und in Braunschw sogar der junge Herzog Karl, der sich einer argen Miß schuldig gemacht hatte, über die Grenze gejagt.

Erschrocken fuhren die deutschen Regierungen auf. fühl der Sicherheit, in dem sie sich bisher gewiegt hatten, wie Schnee an der Sonne dahin. Das Legitimitätspri die heilige Allianz hatten sich als vollständig wertlos e ein beängstigendes Gefühl der Haltlosigkeit bemächtigte leitenden Staatsmänner. Metternich fühlte erdrückend d macht seines Systems und bekannte offen, daß er „gei worden sei, und Gentz wußte weiter nichts, als den Rat, alle Fälle den Frieden zu erhalten. Verschiedene deuts gierungen, in deren Gebieten es besonders erregt zuging, denn auch rasch viele Zugeständnisse und suchten dadurch d wegung zu beschwören.

Unterdessen glätteten sich die Wogen wieder; eine G von Frankreich her war nicht mehr zu befürchten; einen b Aufstand der Polen, der ebenfalls verhängnisvoll für De land hätte werden können, hatte Rußland mit barbarischer niedergeschlagen — es wäre doch wohl nicht so schlimm ge meinte man jetzt in den Kabinetten; besonders aber ge Metternich rasch aufs neue seine frühere Sicherheit. Er sich zu schnell einschüchtern lassen, meinte er, und drang darauf, daß die Zügel wieder straffer angezogen würden. reits im September 1831 trat er in Verhandlung mit Pre und suchte dies „zur Bändigung der deutschen Revolution" die schärfsten Maßregeln zu gewinnen. Er wollte nichts und nichts weniger, als die vollständige Vernichtung der „lichen deutschen Verfassungen neufranzösischen Stils" und totale Beschränkung der Presse, wie sie in Österreich gehandh wurde. Aber ein so gewaltsames Vorgehen erforderte doch z nächst ein neues Bundesgesetz, und ein solches, so bedeutete Pre ßen den österreichischen Staatskanzler, dürfte doch nicht so le durchzusetzen sein. Immerhin könne man sich aber innerhalb de

der Wiener Schlußakte über verschiedene Maßregeln ver-
- Diesen Anschauungen mußte Metternich schließlich zu-
worauf man sich über sechs Artikel einigte, die dann
n Bundestage gutgeheißen und unter dem 28. Juni 1832
gegeben wurden.
:se verhängnisvollen sechs Artikel sollten sowohl „die rohe
aufgeregter Volkshaufen," als auch „eine in das ver-
mäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete An-
des demokratischen, mit einer zügellosen Presse verbün-
heistes" bekämpfen, die „die Macht der Regierungen teils
ächen suchen, teils wirklich schon geschwächt und ihnen
indnisse von Rechten abgenötigt haben, oder noch abzu-
drohen, deren sie sich ohne Gefahr für die Erhaltung
cher Ordnung und eines gesicherten gesetzlichen Zustandes
hlverstandenen Interesse ihrer Untertanen nicht entäußern
." Gegen diese „Grundübel" sollte sich 1) eine neue Aus-
des Artikels 57 der Wiener Schlußakte richten. Da nach
Artikel die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des
es vereinigt bleiben solle und der Souverän durch eine
ändische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte
ie Mitwirkung der Stände gebunden werden könne, so sei
ein deutscher Souverän, als Mitglied des Bundes, zur Ver-
ng einer hiermit im Widerspruch stehenden Petition nicht
berechtigt, sondern verpflichtet. Da 2) gleichfalls nach dem
e desselben Artikels keinem deutschen Souverän durch die
stände die zur Führung einer den Bundespflichten und der
esverfassung entsprechenden Regierung notwendigen Mittel
eigert werden dürften, so hätten die Stände kein Recht, mittel-
oder unmittelbar die Bewilligung der Steuern an die Er-
ng anderweitiger Bedingungen zu knüpfen. Hierher gehörige
e seien solche, auf welche die Artikel 25 und 26 der Wiener
ußakte anwendbar seien, die bei einer Widersetzlichkeit der
rtanen gegen die Regierung die Bundesglieder zu gegenseitiger
sleistung verpflichten. 3) Die innere Gesetzgebung der deut-
n Bundesstaaten dürfe weder dem Zwecke des Bundes irgend
n Eintrag tun, noch der Erfüllung sonstiger bundesverfassungs-

gemäßer Verbindlichkeiten gegen den Bund hinderlich sein.
die Würde und Gerechtsame des Bundes und der ihn re-
tierenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu
zugleich auch in den einzelnen Bundesstaaten die Hand-
der zwischen den Regierungen und den Ständen bestehende
fassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, solle vom Bund
eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Kommission
läufig auf sechs Jahre ernannt werden. 5) Da, wo Öffen-
der Verhandlungen durch die Verfassung gestattet sei, dür-
Grenze der freien Äußerung auf keine die Ruhe des ein-
Bundesstaates oder des gesamten Deutschlands gefährdende
überschritten werden, weshalb sämtliche Bundesstaaten sich
seitig verpflichteten, zur Verhütung von dergleichen Angriff-
angemessensten Anordnungen zu erlassen und zu handhaben.
lich sei 6) zu einer Auslegung der Bundesakte und der S
Schlußakte mit rechtlicher Wirkung ausschließend der de
Bund berechtigt, der dieses Recht durch die Bundesversam-
ausübe.

Mit diesen sechs Artikeln wurden dem Volke so ziemlich
Rechte genommen. Es sollte nicht mehr an die alten Ver-
chungen erinnern; es war ihm künftig verboten, irgend we-
Druck zur Erlangung des Versprochenen auszuüben; es
nicht mehr befugt sein, die Bestimmungen der Bundesakte
der Wiener Schlußakte zu erörtern und auszulegen, und es
ihm nicht mehr gestattet sein, an die Verhandlungen der St-
irgend welche Erörterungen zu knüpfen. Durch diese Be-
mungen war in erster Linie der Presse jede Behandlung
politischen Fragen abgeschnitten. Falls sich nun aber dennoch
Presse zu politischen Diskussionen verirrte, oder irgend
„Schwärmer" bei irgend einer Gelegenheit unschickliche Re-
über Deutschlands Lage oder Zukunft führte, sollte eine beson-
Kommission eingesetzt werden, die darüber zu wachen habe,
die Bestimmungen der sechs Artikel genau befolgt würden.

Wie ein schwerer Donnerschlag fuhr die Nachricht von
Festsetzung dieser sechs Artikel in das hoffnungsfreudige politi-

utschlands. Wie gelähmt fühlten sich alle, die noch so-
politischen Zusammenkünften, wie beim Hambacher Feste,
tschen Frühling" zugejubelt hatten. Immerhin wurden
nnigfache Versuche gemacht, die verbrieften Rechte wieder
langen. In vielen Adressen und Protestationen wurde
ung gegen die freventliche Beschränkung der Freiheit ein-
n den Landtagen wurden bittere Klagen gegen diese heim-
Knebelung erhoben, und in der Presse erklang „der letzte
lb erstickte Notschrei." Allein jedweder Einspruch war
h. Metternich fühlte sich wieder so fest im Sattel, daß
nicht die geringste Milderung eintreten ließ, ja die Zügel
och straffer anzog. Kurze Zeit nach der Veröffentlichung
s Artikel veranlaßte er noch weitere politische Bundes-
e, die noch tiefer in das öffentliche Leben einschnitten.
de beschlossen, fortan sollte keine in einem nicht zum Bunde
den Staate in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift
cht über 20 Bogen starke Schrift politischen Inhalts ohne
re Genehmigung der Regierungen zugelassen oder verbreitet
. Alle Vereine zu politischen Zwecken wurden bei strenger
verboten; in keiner Versammlung durften Reden politischen
ts gehalten, keine Adressen oder Beschlüsse beantragt werden.
öffentliche Tragen von Abzeichen, Bändern, Kokarden und
von andern Farben als der Landesfarbe, das Aufstecken
Fahnen und Flaggen 2c. wurde mit schweren Strafen be-
Die 1819 erlassenen und 1824 bestätigten Bundesbeschlüsse
die Bewachung der Universitäten und öffentlichen Lehrer
dringend eingeschärft. Endlich forderten diese Ordonnanzen
den Regierungen die strengste Wachsamkeit auf alle Ein-
chen, die durch Reden, Schriften oder Handlungen ihre Teil-
e an aufrührerischen Plänen offenbart, oder Anlaß zu Ver-
gegeben hätten; sie ermahnten zur geschärften Aufmerksam-
uf Fremde, die sich wegen politischer Vergehen oder Ver-
en in einen Bundesstaat begeben hätten, und sprachen schließ-
die Verpflichtung der Bundesregierungen aus, diejenigen,
e, um der Strafe für ein in einem Bundesstaate begangenes

politisches Vergehen oder Verbrechen sich zu entzieh[...] anderes Bundesland geflüchtet seien, sogleich auszu[...] sich gegenseitig die prompteste militärische Assistenz zu [...]

Diese Bundesbeschlüsse wurden von den einzelnen [...] sofort als Landesgesetze veröffentlicht, und darauf beg[...] wärts eine allgemeine „Säuberung". Viele angesehen[...] Persönlichkeiten wurden in die Gefängnisse gesteckt, [...] derte von Studenten, die sich als Burschenschaftler am [...] Leben beteiligt und Projekten „zur Herbeiführung [...] und einheitlichen Verfassung Deutschlands" nahe gestand[...] Eine allgemeine „Demagogenhetze" entwickelte sich, der [...] auch Fritz Reuter zum Opfer fiel. Daneben ward [...] Reinigung der Zeitungsliteratur durchgeführt und jede[...] Blatt unterdrückt. Aus den Zeitungen, die übrig geblieben[...] alsbald eine öde Leere. „Die deutschen Blätter," schrieb[...] „die politischen sowohl, wie die nichtpolitischen, sind ga[...] schreiblich abgeschmackt. Die Armut hat doch sonst etwas [...] tisches, die Bettelei hat etwas Rührendes; aber die [...] Blätter haben von der Armut nur das Widrige und [...] Bettelei nur das Unausstehliche." Und Hoffmann von [...] leben rief mit bitterem Hohne aus:

Wie sind doch die Zeitungen interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Portepeefähnrich ist Leutnant geworden,
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,
Die Lakaien erhielten silberne Borden,
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden. —
Wie interessant, wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Doch nicht nur die politische, sondern auch die poe[...] Literatur sollte unter die strengste Aufsicht gestellt werden. [...] gang Menzel hatte Gutzkows Roman „Wally, die Zweifl[...] als ein höchst gefährliches, Herz und Sinn vergiftendes Buch [...] gestellt und zugleich auch über die sämtlichen übrigen Er[...] nisse der jungen Dichter-Generation, die sich jetzt hervordr[...]

unge Deutschland nannte man sie — das Anathema
, worauf nun Preußen und Österreich beim Bundestage
angen, auch hier vorsorgend einzugreifen und der Ver=
zu wehren. Allein es konnte nicht gleich eine allge=
ueigtheit erzielt werden, weil besonders Württemberg
der Gefahr überzeugt war; doch wußte Metternich
alle Bedenken zu verscheuchen, so daß der Bundestag
m 10. Dezember 1835 folgenden Beschluß faßte:
liche Bundesregierungen sollen gegen Gutzkow, Wienbarg,
Kundt und auch Heine die Gesetze ihres Landes in An=
bringen und die Verbreitung ihrer Schriften hindern,
erleger jener Schriften warnen und 3. eine spezielle Ver=
z durch den Hamburger Senat der Buchhandlung Hoff=
nd Campe zugehen lassen.

s gesamte geistige Leben hatte aber seit 1830 doch einen
ften Impuls erhalten, daß alle diese Gesetzesbestimmungen
zu einem gewissen Grade zu wirken vermochten; voll=
auf den früheren Stand zurückschrauben, oder gar ver=
konnten sie es nicht; immer wieder brach es durch; immer
eue wußte es sich geltend zu machen. Um nun aber, trotz
Beschränkung, doch das sagen zu können, was sie erfüllte
ewegte, mußte die junge Generation jetzt eine ganz besondere
bart erfinden, bei der man zwischen den Zeilen liest, mußte
r feingeschliffenen Satire, zur geistreichen Malice und ge=
ich auch zum derb zuhauenden burschikosen Witze greifen.
rch bildete sich ein ganz neuer Ton in der Zeitungsliteratur
s, der sich besonders in dem erbitterten Kampfe gegen
Zensur bewährte. Kaum jemals wieder ist eine verhaßte
tution mit einer solchen Fülle von in allen Farben schillern=
Spott und Hohn überschüttet worden, wie hier. „Gegen
Leiden des alten Beamtenstaates“, sagt Gustav Freytag in
r Biographie Karl Mathys, „sind so viel Tintenfässer ge=
en worden. Aber die heftigsten Anklagen gegen die Zensur
n nur unvollständig den Jammer, die Verstimmung und die
bitterung wieder, welche durch diese tyrannische, freche und
ische Gouvernante in die Seele des Volkes kamen. Sie machte

den Schriftsteller zum Rebellen und den Leser hämi
Feind der Monarchie hätte ein besseres Mittel erdenke
die Herrscher ihrem Volke widerwärtig zu machen. De
heuer erschien der Hochmut und unerträglich die Selbstsuch
es unternahm, dem Volke das Urteil über seine eigenen I
zu wahren und jedes freie Wort in den Hals des Sch
zurückzustopfen."

Aus der großen Menge der satirischen Bemerkun
beißenden Witze über die Zensur und die Zensoren füh
als Probe nur die folgenden an:

Der „Komet" macht folgende Glosse: „Der Deutsche
100 Jahre, daß etwas gesagt werde, und 100 Jahre, da
Sache ausführe. Auf diese Weise dürfte uns der deutsche
in zirka 250 Jahren die (schon 1814) verheißene Preßfrei
währen."

Der „Dorfbarbier" stellt die Betrachtung an: Sach
dige haben ausgerechnet, daß aus einer Klafter Ho
Millionen Streichhölzchen gemacht werden können, und
nichts dabei verdient werden. Wie's doch heutzutage den
bequem gemacht wird. Wie lange mußten unsere Gr
in der Küche mit Stahl und Stein hämmern, wenn sie
kochen wollten. Und gleichwohl ist die Menschheit nicht zu
Undankbares Volk! Die Deutschen besitzen Streichfreihe
besitzen Schweigfreiheit und wollen nun gar noch Preßfr

Die „Breslauer Zeitung" erzählt, Friedrich der Große
bestimmt, daß an dem Jahrestage der Schlacht bei Hohenfrie
nach 100 Jahren sich ein Nachkomme des Siegers, des
marschalls Grafen von Geßler, vom Könige von Preußen
Gnade erbitten dürfe, worauf der „Charivari" fragt: Ist
Geßler unter uns, der im Namen des ganzen Volkes um
mehr Preßfreiheit bittet?

Die „Signale" berichten: Der berühmte Taschenspieler B
ist in Wien angekommen und wird dort folgende außergew
liche Kunststücke produzieren: Er wird sich Bäuerles „Illustr
Theaterzeitung" reichen lassen, sie in ein Kästchen verschließen,
aber sogleich wieder öffnen und dem Publikum zeigen —

darin ist. Er wird die Schere eines Krebses nehmen, sie
nd des Wasser legen und nach zwei Sekunden — einen
Rotstift herausziehen. Endlich wird Bosco seine aus
mitgebrachte Finsternis produzieren und den einleuchten-
weis führen, daß sie mit der deutschen Aufklärung leicht
echseln ist.

der Plauderecke des „Charivari" fragt der Schauspieler
Journalisten Z.: „Wer ist der Herr, der soeben hinaus-
„Ach," erwidert Z., „ich spreche nicht gern Böses von
hinter seinem Rücken; aber ich glaube, es war ein Zensor."
nd in einem „Zensurliede" ruft Eduard Mautner dem
zu:

Streiche nicht aus innrer Neigung,
Streiche nicht aus reiner Lust,
Streiche nicht aus Überzeugung,
Streiche nur — wenn du es mußt!

Doch bemächtigten sich der Witz und die Satire auch der
im allgemeinen, sowie überhaupt aller staatlichen Verhält-
die im Argen lagen.

Der „Charivari" brachte das Distichon:

Als man die Freiheit begrub, da folgte die Presse dem Zuge;
Lebte sie heute, gewiß, folgte der Presse sie nach.

Der „Dorfbarbier" erzählte: Der große Gedächtniskünstler
ntlow, der auf 15000 Fragen antwortet, der da weiß, wie
jeder Berg und Turm, wie tief jeder Brunnen ist, wurde
ch gefragt, ob er auch wisse, wie viele Versprechungen seit dem
e 1813 dem deutschen Volke gemacht worden seien? Hier mußte
ine Ohnmacht bekennen. Er erklärte, solcher Versprechungen
es so viele, daß kein menschliches Gedächtnis ihre Unzahl zu
rrschen im stande sei.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" las man folgende
ürlich fingierte) Bekanntmachung: „In einigen mir zur An-
gekommenen, gegen Johannes Ronge gerichteten Schriften
den Protestanten gesagt, daß sie den Denkmälern Blüchers
he Verehrung erwiesen, wie die Katholiken den Abbildungen
r Heiligen. Dem aber ist nicht so, denn niemals haben

Protestanten sich vor einem Standbilde Blüchers kniebeugend mi dem Gebete niedergelassen:

> Heiliger Vorwärts,
> Hilf uns,
> daß wir nicht gehen rückwärts.
>
> Obrist F. von Bülow."

Und nach der Hinrichtung des Attentäters Tschech machte di Notiz die Runde durch die Blätter:

Die letzten Worte Tschechs auf dem Schaffot sollen „Frei-heit, Wahrheit und Gerechtigkeit" gewesen sein. Solche Wünsch darf sich auch nur ein zum Tode Verurteilter ungescheut erlauben

Diesem neuen Tone der Presse gegenüber erklärte Heinric Leo, der bekannte Hallische reaktionäre Professor, in den hoch konservativen „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik": „Da liberale Gesindel muß man für vollkommen machtlos halten, un man muß so viel unverwüstliche Lustigkeit besitzen, um diese Men-schen als eine eigens zu seiner Aufheiterung bestimmte Possen-reißerbande zu betrachten."

Das war aber eine vollständige Verkennung der Macht de nationalen Gedankens, der jetzt viele Tausende von Herzen erfüllt und immer nachdrücklicher sich Geltung zu verschaffen suchte.

---

2. Die Preßverhältnisse in den einzelnen Ländern. Das Zeitungswesen i Preußen seit 1830. Friedrich Wilhelms III. Erlaß gegen die „planmäßi Vergiftung des Zeitgeistes". Das Ober-Zensur-Kollegium. Geh. Reg.-R v. Rehfues u. sein Organisationsplan für die Handhabung der Zensur. Sei Mißerfolg bei Friedrich Wilhelm III. Tzschoppes Gutachten über die Ma-regeln gegen die Presse. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Ho-rat John, der Zensor des Jungen Deutschlands. Die weiteren Zensurverhäl-nisse des Jungen Deutschlands. Aufhebung des Ober-Zensur-Kollegiums un Errichtung eines Ober-Zensur-Gerichts. Die Magerkeit der preußischen Ze-tungen. Arnold Ruge über den unwürdigen Zustand. Ein Süddeutscher üb die Berliner Blätter. Die Bedrückungen der Zeitungs-Korrespondenten. Ge-ringes Ansehen der Journalisten. Die „Allgem. Preuß. Zeitung". Di „Spenersche Zeitung". Neigt zur konservativen Richtung. Ihr Kunstreferen

. Rötscher. Die „Vossische Zeitung", das Organ des Berliner Bürger-. Ihr Mitarbeiter Wilibald Alexis. Friedrich Wilhelm IV. mißbilligt n journalistische Tätigkeit. Die beiden Cholera-Zeitungen. Der miß-te Versuch, ein christlich-konservatives Blatt zu gründen. Die „Schlesische ung". Ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und religiösen Fragen. Die slauer Zeitung". Ihr neuer Besitzer Eugen von Vaerst. Sein Pro-m. Die Redakteure des Blattes. Die Zeitung geht an H. Barth über wird konservativ. Die „Allgem. Oder-Zeitung", der „Oberschlesische derer". Die „Königsberger Zeitung". Das geistige Leben in Königs-. Johann Jacoby über die Zensur. Georg Friedrich Hartung und sein ches Testament. Bedeutung und Wert der „Königsberger Zeitung". sonstigen Blätter des Ostens. Die „Magdeburgische Zeitung". Ihre rleiden. Der neue Besitzer Gustav Faber. Dessen Vater über die tion der Zeitungen. Die „Magdeb. Ztg." steht in keinem „guten Ge-" in Berlin. Ihre Weiterentwicklung. Der „Hallische Kurier." Sein lter Gustav Schwetschke. Dessen Renkontre mit Friedrich Wilhelm IV. „Hallische Volksblatt". Die „Kölnische Zeitung". Ihr Besitzer Joseph Mont. Einrichtung eines Feuilletons. Ankauf des „Welt- u. Staats-". Verbesserte Verbindung zwischen Berlin und Köln. Die Redakteure Zeitung: Hermes, Andree, Levin Schücking und Brüggemann. Die nden Zensurverhältnisse. Versuch, eine zweite Zeitung in Köln ins zu rufen. Der erste Versuch mißglückt. Gründung der „Rheinischen ung". Das Blatt findet wegen seiner liberalen Tendenzen großen Beifall. zeitgenössisches Urteil. Die Redakteure Rutenberg und Marx. Ihre rbeiter. Der Zensor Dolleschall. Die Zeitung wird unterdrückt. Das burleske Nachspiel zur Tragödie. Die kleineren Blätter des Westens.

Nach diesem allgemeinen Überblick ist nun darzulegen, wie die Einzelstaaten mit dem neuen Geiste abfanden, und wie die sechs Artikel des Bundestages und die Beschlüsse gegen das e Deutschland ihrer heimischen Presse gegenüber zur An-dung brachten. Dabei werden zugleich die Schicksale der ein-en Zeitungen ihre Darstellung finden.

Die beiden Hauptmächte Preußen und Österreich wurden von Bewegung, welche 1830 anhob, zunächst am wenigsten in leidenschaft gezogen. In Preußen scheute sich das Volk, greisen Könige Friedrich Wilhelm III. die Ruhe seiner letz-n Jahre zu stören; es hoffte auf die neue Zeit, die kommen üsse, wenn der geniale Kronprinz den Thron besteigen werde; dem empfand man auch die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes er nicht in ihrer ganzen Kläglichkeit, da die festgefügte große

preußische Monarchie einen gewissen Ersatz für die mangelnl Nationaleinheit bot, und endlich hatten die vielen volkswirtschaf lichen Fortschritte in Preußen den Wohlstand nicht unerhebli gefördert und dadurch einem großen Teile der Bevölkerung ei gewisse behaglich-konservative Stimmung gegeben, die man si durch erregte politische Diskussionen nicht stören lassen wollt Erst als nach dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms I eine Enttäuschung auf die andere folgte, ergriff auch in Preuße der Wunsch nach einer Umgestaltung der Verhältnisse immer we tere Kreise.

Noch weit weniger wurde Österreich von der Bewegu berührt. Es war Metternich mit Hülfe Sedlnitzkys gelunge auch fürderhin alles geistige Leben darniederzuhalten, so da die große Menge nicht einmal das Bedürfnis nach einer größere geistigen Freiheit empfand.

Dagegen sah sich die Bevölkerung der kleinen Staaten au das lebhafteste von dem neuen Geiste ergriffen. Sie mußte das Unzulängliche des deutschen Bundes oft genug schmerzlich fühlen viel unter Willkür und Mißregierung leiden, besonders empfind lich in Kurhessen und Braunschweig, und es geduldig geschehen lassen, daß die während der Not der Befreiungskriege von de Regierungen gemachten Zugeständnisse nur in der Form gewähr und zum Teil auch wieder zurückgenommen wurden. Hier fande also die liberalen Ideen, die in den Julitagen von 1830 in Pari proklamiert worden waren, den lebhaftesten Beifall.

In Preußen hatte bekanntlich das Ober-Zensur-Kollegiu die Oberaufsicht über die Preßerzeugnisse auszuüben;*) es besorgt dieses Geschäft jedoch mit solch geringem Interesse, daß nicht ein mal die Hälfte der Mitglieder zu den Sitzungen erschien. nun aber im Juli 1830 der Vulkan in Paris losbrach

*) In der Mitte der vierziger Jahre erschienen in Preußen ca. 450 tungen, Tagesblätter und Zeitschriften, von denen aber nur 42 polit Tendenzen verfolgten. Den Unterhaltungsblättern, deren es 190 gab, es verboten, irgend etwas Politisches aufzunehmen. Dann gab es 104 ordnungsblätter der Regierung. Den Rest bildeten Erbauungsblätter.

ien Funkenregen bis nach Deutschland herüberwarf, drängte Regierung das Kollegium zu peinlichster Aufsicht, damit auch geringste Erregung sofort gedämpft werde. Der König edrich Wilhelm III. erließ sogar unter dem 6. Oktober 1830 e Kabinettsordre, in der er Paris als den Herd der plan- ßigen Vergiftung des Zeitgeistes bezeichnete und erklärte, daß das Geratenste sei, sämtliche Mitteilungen über revolutionäre eignisse in den deutschen Zeitungen zu verhindern. Alle revo- ionären Bewegungen der letzten Zeit waren in seinen Augen rch die periodische Presse hervorgebracht worden, und er ver- igte deshalb, daß das Ober-Zensur-Kollegium, welches bisher es zu spät erfahren habe, von sämtlichen im Lande erscheinen- n Zeitungen und Tagesblättern politischen Inhalts ohne alle usnahme genaue Kenntnis nehme und alle außerhalb Deutsch- nds erscheinenden Schriften prüfe, um nötigenfalls deren Ver- reitung rechtzeitig entgegenzutreten. Allein um diesen Anforde- ungen entsprechen zu können, hätte der Staat einige Ausgaben iachen müssen; Geld aber wollte der König an die Sache nicht enden, und so wurde das Kollegium nur noch um einige neue Mitglieder verstärkt, u. a. durch den Geh. Reg.-Rat Tzschoppe, er sich bald als ein sehr heftiger Feind jeglicher Preßfreiheit igen sollte. Außerdem erhielten zwei Mitglieder des Kollegiums rtan Besoldung, damit sie sich ausschließlich mit Zensurange- genheiten beschäftigen könnten. Ferner wurde bestimmt, daß die Zensoren in den Provinzen künftig von den Regierungspräsidenten em Oberpräsidenten und von diesem den mit der Aufsicht über as Zensurwesen beauftragten Ministern in Vorschlag gebracht erden sollten. Dem Kollegium aber wurde aufgegeben, darüber u berichten, welche Wirksamkeit den Präsidenten auf die Kontrolle er Zensur einzuräumen, und welches Verfahren zum Verbote chädlicher Schriften einzuschlagen sei.

Alle diese Vorschriften, mit denen man dem Geiste der sechs Artikel des Bundestages zu entsprechen gedachte, hatten aber wenig Wirkung; deshalb suchten die Ministerien des Innern, des Aus- wärtigen und der Polizei nach wirksameren Maßregeln und be- auftragten schließlich unter dem 14. Juni 1833 den damaligen

Regierungsbevollmächtigten an der Universität Bonn, den Ge Reg.-Rat v. Rehfues, das bisherige Zensur-Wesen einer genau Revision zu unterwerfen und einen neuen Organisationsplan die Handhabung der Zensur aufzustellen. Ph. J. von Rehf war ein feingebildeter, welterfahrener Mann, der sich auch d seinen geistvollen historischen Roman „Scipio Cicala“ eine ge tete Stellung als Schriftsteller erworben hatte und außerdem gemäßigt-liberalen Richtung angehörte. Es war also von jedenfalls eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten, und der Tat arbeitete er auch eine nach jeder Richtung hin wohl wogene Denkschrift von 169 Folioseiten aus, der er noch Geschäftsordnung von 166 Paragraphen, eine vertrauliche In struktion von 144 Seiten, eine tabellarische Übersicht von 19 Blä tern und schließlich den Entwurf eines Ausgabe-Etats für das Ober-Zensur-Kollegium von 47 Seiten beifügte. Am 10. De zember 1833 überreichte er den genannten Ministerien die Schriftstücke.

Sein Hauptgedanke war, daß die literarischen Erscheinungen ebensowohl wie jedes andere Erzeugnis der geistigen Regsamkeit als ein Ausfluß und Ausdruck der allgemeinen großen geistigen Richtung ihrer Zeit zu betrachten seien und darum im Zu sammenhange mit diesen Richtungen beurteilt werden müßten. Die beaufsichtigende Behörde müsse aber noch weiter gehen; sie müsse zu der Erkenntnis jener großen Bahnen vordringen, aus denen die einzelnen Erscheinungen im Leben der Nationen hervorgehen. Wo solche Erkenntnis mit sicherem Blick erreicht werde, würden sich Aufklärungen über die täglichen Hauptzustände der Nationen und Staaten ergeben, die für die Regierungen von der höchsten Wichtigkeit sein müßten. „Nur die Übung, in den kleinen An fängen die große Erscheinung zu erkennen“, fährt er fort, „macht jene vorsehende Weisheit der Regierungskunst möglich, welche die früheren Lehrer derselben mit den Worten „Principiis obsta.“ bezeichnet haben. Eine partielle Zensur ist immer nachteilig. Ge alle guten und wohlberechneten Maßregeln wirkt die Zensur am tiefsten und wohltätigsten durch ihr bloßes Dasein. Die Furcht vor der Wachsamkeit der Polizeianstalten fördert ihren Zweck

r als alle Tätigkeit derselben, obgleich sie nur durch die letz-
gewonnen und erhalten wird. Diese Tätigkeit muß sich aber
h bleiben; sie darf nie sprungweise wirken. Dadurch allein
öhnt sich das Publikum an den Gedanken ihrer Allgegenwart,
n dieser Ausdruck gewagt werden darf, und versöhnt sich auch
ihr. Bricht sie nur hier und da, wenn auch immer zur Zeit,
us, so erscheint sie lauernd. Sie wird gehässig, man hütet
vor ihr, die Hälfte ihrer Wirkung ist verloren. Die Zensur
; sich in einer Höhe des Wissens zeigen, welche imponiert,
in diesem Eingreifen die Milde walten lassen, die versöhnt."

Des weiteren wollte Rehfues die Zahl der Mitglieder des
er-Zensur-Kollegiums auf etwa zwölf erhöht wissen, und diese
m sämtlich zu besolden. Sodann solle die Abhängigkeit des
ber-Zensur-Kollegiums von den drei sogenannten Zensurmini-
rien aufgehoben werden. Und endlich verlangte er die Be-
iung der wissenschaftlichen Literatur von den Zensurgebühren.
e Tagesblätter dagegen möchten 10 Sgr. per Bogen zahlen,
a sie nur der Neuigkeitssucht und oberflächlicher Unterhaltung
nten."

In den der Denkschrift beigefügten Zensur-Instruktionen
gte sich Rehfues in der Hauptsache patriarchalisch bevormundend
d den Ideen der jüngeren Generation vollständig abgeneigt.
n Interesse des Königreiches glaubte er auch betonen zu müssen,
ß „jene unglücklichen Jahre, welche dem Wiederaufschwung des
eußischen Adlers vorausgegangen sind", so selten und so schonend
ie möglich zu berühren seien.

Allerlei wertvolles Material brachte er endlich in der tabel-
rischen Übersicht bei, in der er nachwies, daß die auswärtigen Zei-
ungen in den letzten Jahren in immer größeren Mengen in
reußen eingeführt würden. Dabei konstatierte er: „Vom
Jahre 1830 an erscheint die Teilnahme des Publikums an den
ranzösischen Angelegenheiten mit mehr Bewußtsein der
ie bewegenden Interessen und mit größerer Entschie-
enheit für die konstitutionellen Meinungen."

Von den französischen Zeitungen wurde 1831 in Preußen
m meisten das „Journal des Débats" gelesen, und zwar in

698 Exemplaren, der „Constitutionel“ in 396 und die „Gazett de France“ in 365. Von den deutschen Zeitungen hatte meisten Abonnenten in Preußen die Augsburger „Allgemeine Z tung“ (1831: 432, 1832: 566), dann kamen der „Hambur Korrespondent“ (1831: 338, 1832: 349), das „Frankfu Journal“ (1832: 325), die „Leipziger Zeitung“ (1832: 325), Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ (1832: 194), die „Hambur Börsenliste“ (1832: 191) ꝛc.

Englische Zeitungen scheinen fast gar nicht nach Preußen kommen zu sein; die belgischen waren seit 1819 sämtlich Preußen verboten.

Die umfangreiche Rehfuessche Arbeit wurde darauf sow von den betreffenden Ministerien, wie auch vom Könige Friedri Wilhelm III. durchgesehen, aber sie fand keinen Beifall. Dem Könige erschien sie zu genial. Dem ganzen Übel könne man doch gewiß durch polizeiliche Maßnahmen viel kürzer und zweckmäßiger beikommen! Und nun gar noch das viele Geld für die Zensoren ausgeben! Mißgestimmt ließ er die Denkschrift volle zwei Jahre unerledigt liegen und überwies sie dann laut Kabinettsordre vom 16. Dezember 1835 kurzer Hand dem Ober-Zensur-Kollegium als wertvolles Material. Dabei forderte er das Kollegium auf, ihm Vorschläge über eine Organisation des Zensur-Wesens zu machen. „Von einem solchen umfassenden Plane, wie die Arbeit des Geheimen Regierungs-Rates von Rehfues sowohl rücksichtlich der kollegialen Organisation, als des Geschäftsganges, verbunden mit der Beaufsichtigung der gesamten Literatur, enthält,“ bemerkte er dabei, „muß hierbei ganz abgestanden werden.“ Schließlich fügt er noch hinzu: „Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Polizei haben unter den Mitteln, die Verbreitung ausländischer Schriften zu verhindern, eine Re-Zensur solcher Schriften in Vorschlag gebracht, indem zufolge der letzten Wiener Konferenzen festgesetzt worden ist, daß das in einem Bundesstaate erteilte Imprimatur des Zensors von den Aufsichts-Maßregeln in anderen Bundesländern nicht entbinde. Ich bin mit der Maßregel selbst einverstanden. Wie solche am zweckmäßigsten auszuführen sei, hat das Ober-Zensur-Kollegium näher

ıeraten und in das Mir zu erstattende Gutachten aufzu=
ıen."

Ein solches Gutachten auszuarbeiten übernahm Tzschoppe,
er faßte in einer längeren Abhandlung alles zusammen, was
iner vollständigen Fesselung der Presse führen konnte. „Scham=
: als hier," bemerkt dazu Friedrich Kapp, „hat sich wohl
die Niedrigkeit der Gesinnung breitgemacht." Unter dem
März 1836 reichte er sein Schriftstück ein. Da jedoch mitt=
ıeile der Bundestag seinen Bannstrahl gegen das junge
ıtschland geschleudert hatte, so glaubte der König Friedrich
lhelm III. jetzt auch ohne besondere Maßregeln, die vielleicht
iebsames Aufsehen erregen würden, gegen die unruhig drän=
ıden Geister vorgehen zu können, und ließ die Vorschläge
schoppes unberücksichtigt. Es ist daher auch nicht nötig, hier
iter auf sie einzugehen. Der Aufforderung des Bundestages
er wurde durch eine Königliche Kabinettsordre vom 7. April 1836
sprochen und durch sie bestimmt, daß die preußische Zensur über die
chriften des Jungen Deutschland nicht in gewöhnlicher Weise aus=
übt, sondern daß ein besonderer Zensor eingesetzt werden solle,
r indessen bei dem leisesten Zweifel die Entscheidung des Ober=
nsurkollegiums einzuholen habe. Ein solcher Zensor wurde in
r Person des Geheimen Hofrats Karl Ernst John gefunden.

Bei dem ungeheuern Einfluß, den darauf John auf die
ntwicklung unserer Literatur bis 1848 ausübte, ist es nötig,
iesen Mann wenigstens in kurzen Strichen zu charakterisieren.
788 als der Sohn eines evangelischen Pfarrers in Arnstadt in
Thüringen geboren, studierte er in Jena und kam 1812 als Se=
kretär in Goethes Dienst. Doch blieb er dort nur bis 1814,
weil er sich weder geistig, noch sittlich, noch auch körperlich be=
währte, da er infolge seiner mannigfachen Kränklichkeit dem Dichter
viel zu schaffen machte. Daher war ihm denn auch Goethe wenig
günstig gestimmt und äußerte sich einmal ärgerlich über ihn:
„Diese Menschen, wie es ihnen wohlgeht, wollen sich und nicht
der Herrschaft leben .... Er ist pretentiös, speisewählerisch,
genäschig, trunkliebend, dämperig (Provinzialismus für nachlässig,
trödelig) und arbeitet nie zur rechten Zeit." Nach seinem Weg=

gange von Goethe muß er sich in Sachsen und schließlich in Preußen aufgehalten und als Schriftsteller versucht haben. Wegen einer Broschüre „Sachsen und Preußen" kam er sogar in Untersuchung, ging jedoch unversehrt aus ihr hervor und gelangte sogar in preußische Dienste. Bei der Errichtung der damaligen Berliner Regierung wurde er zunächst als Hilfsexpedient beschäftigt und dann 1817 als expedierender Sekretär bei ihr angestellt. Nach der Auflösung dieser Regierung ging er sodann in gleicher Eigenschaft zum General-Bureau des Polizei-Präsidiums über, wo man allerdings bei ihm burschenschaftliche Ideen witterte, da er ja in Jena studiert hatte. Doch drückte man offenbar ein Auge zu, „obgleich er für straffällig erachtet wurde", vielleicht auf Veranlassung einflußreicher Gönner, oder weil er versicherte, jetzt von ganz anderen Grundanschauungen erfüllt zu sein, und bald nachher erweiterte man sogar seine Amtstätigkeit, indem man ihm die Zensur der Stücke für Privatbühnen und Marionettentheater und der Reden, die in den Tabagieen gehalten wurden, zuwies. Damit trat er in die Zensoren-Karriere ein, in der er nun rasch emporstieg. Um ihm mehr Zeit zur Durchsicht der zu beurteilenden Schriften zu schaffen, entband man ihn von dem Sekretär-Dienste und machte ihn unter dem 22. Dezember 1823 mit einem Gehalte von 1500 Talern zum Redakteur der Staatszeitung; zugleich verlieh man ihm den Hofratstitel. Neben den Redaktionsgeschäften muß nun John bereits in so mannigfacher Weise auch als Zensor tätig gewesen sein, daß man ihn schon zu Lebzeiten des damaligen offiziellen Zensors für Berlin, des alten Geheimen Rates Grano, zu dessen Nachfolger ausersah, und als Grano am 26. Mai 1831 gestorben war, schrieb der Minister des Auswärtigen, Ancillon, unter dem die „Staatszeitung" stand, sofort an den Minister des Innern, Brenn, der Hofrat John möge als Nachfolger Granos ernannt werden. Dabei stellte er ihm ein ausgezeichnetes Attest aus, sprach von seiner „vielseitigen wissenschaftlichen Bildung" und meinte, daß er bei seiner „in der Tat fast peinlichen Vorsicht auch in den schwierigsten Fällen jedenfalls vor Mißgriffen bewahrt" werde. Infolgedessen wurde John als Zensor für Berlin am 30. Juni 1831 zunächst provisorisch und

;dem sich auch das Oberzensurkollegium für ihn ausgesprochen
:e, am 14. Juni 1832 definitiv angestellt. Sein Gehalt wurde
1650 Taler normiert: 1350 Tlr. Zensurgebühren, die auch
Vorgänger bezogen hatte, und 300 Tlr. Zuschuß des Mini-
iums. Außerdem wurde ihm auf seine besondere Bitte, „durch
:leihung eines höheren amtlichen Charakters vor einer schiefen
ungünstigen Beurteilung des Publikums geschützt zu werden,"
Titel eines Geheimen Hofrats gewährt. Mit der Zeit ver-
serten sich seine Einnahmen noch wesentlich, besonders durch
wachsenden Gebühren des Intelligenzblattes, so daß er schließ-
) ein jährliches Gehalt von ungefähr 3700 Taler bezog.*)

Zu seiner eigentlichen Bedeutung für das vormärzliche Lite-
turleben gelangte John aber erst durch seine unter dem
. Juni 1836 erfolgte Ernennung zum besonderen Zensor des
ungen Deutschland. Und diese Stellung erhielt noch dadurch
ne besondere Wichtigkeit, daß durch eine ministerielle Erklärung
om 16. Februar 1836 der Bundestagsbeschluß vom 10. De-
mber 1835 für Preußen etwas gemildert worden war. Es
ar bestimmt worden, daß die Schriftsteller des Jungen Deutsch-
nd nicht an jeder literarischen Tätigkeit gehindert werden sollten;
as Verbot solle sich vielmehr nur auf ihre ohne diesseitige Zensur
ußerhalb der preußischen Staaten gedruckten Schriften erstrecken;
it diesseitiger Zensur dagegen könnten sie in Preußen ihre
Schriften wie früher erscheinen lassen.

Es war nun also die Obliegenheit Johns, zu beurteilen,
as von den neuen Schriften des Jungen Deutschlands zuzu-
assen sei. Diesen Anforderungen war er aber offenbar nicht ge-
wachsen. Er verurteilte sehr vieles, was er ruhig hätte passieren
lassen können, und geriet dadurch wiederholt in heftigen Wider-
spruch mit dem Oberzensurkollegium. Da es sich aber meistens

*) Der „Charivari" brachte 1846 die Notiz, daß John jährlich über 6000 Taler als Zensor beziehe, und machte dazu die satirische Bemerkung, daß er dafür allerdings was Ehrliches zusammenstreiche. Wenn nun auch das letztere richtig war, so ist doch in der Erregung, in der sich damals die Herausgeber von Zeitschriften dem Zensor gegenüber stets befanden, die Summe um volle 2250 Taler zu hoch gegriffen.

um Dramen, Romane, Reiseschilderungen ꝛc. handelt, so können wir hier nicht näher darauf eingehen; sobald jedoch Zeitschriften in Frage kommen, werden wir die Konflikte an geeigneter Stelle darlegen. Nur ein Beispiel von den vielen, die angeführt werden könnten, sei hier gegeben, um die unerhörte Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit Johns zu charakterisieren. Der Novellist Karl Seidel, ein sehr loyaler, durchaus nicht im Geruche der Freisinnigkeit stehender Mann, hatte eine kleine Erzählung geschrieben, in der er schilderte, wie ein Liebespaar, das sich im Postwagen kennengelernt hatte und mit diesem umgeworfen worden war, durch dieses eigentümliche Schicksal endlich zur Heirat gekommen ist. Der Zensor John strich jedoch diese Novelle, weil ein preußischer Postwagen nicht umwerfen dürfe, somit eine solche Erzählung eine Verhöhnung der Königlich preußischen Post sei!*)

Die vielen Verbote, die auf Veranlassung Johns nun nach und nach erlassen wurden, mußten naturgemäß das Junge Deutschland außerordentlich schädigen und bei ihm den lebhaften Wunsch hervorrufen, doch so bald als möglich wieder von diesen Ausnahme-Maßregeln befreit zu werden. Alle Eingaben blieben jedoch zunächst erfolglos; erst als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen hatte, wurde nach längeren Verhandlungen der Bann wieder von den geächteten Schriftstellern genommen. Durch Kabinettsordre vom 28. Februar 1842 ermächtigte der König den Minister, „die gegen die Schriften des Jungen Deutschlands noch bestehenden Ausnahmemaßregeln hinsichtlich aller derjenigen jener Kategorie angehörigen Schriftsteller aufzuheben, die, in Deutschland wohnend, persönlich das Versprechen geben würden, fortan in ihren Schriften gewissenhaft alles, was die Religion, die Staatsverfassung und das Sittengesetz beleidigt, zu vermeiden. Zugleich ist denselben anzudeuten, daß gegen sie bei einem Rückfalle in ihre frühere verderbliche Richtung das bisherige Ver-

*) Die Zensurschwierigkeiten sind ausführlich behandelt bei Johannes Proelß, Das Junge Deutschland, Stuttgart 1892, und bei Ludwig Geiger, Das Junge Deutschland und die preußische Zensur. Berlin 1900.

ren wieder und dann für immer werde zur Anwendung ge-
cht werden."

Darauf gab zunächst Mundt am 14. April 1842 auf dem
rliner Polizeipräsidium die verlangte Erklärung ab, und im
ii folgte Laube in Muskau.*) Gutzkow unterwarf sich nicht
ekt; er lehnte die Unterzeichnung eines Reverses ab, aber er-
rte, daß er dem Bestehenden nicht feindlich gesinnt sei, worauf
ch längeren Verhandlungen der König Friedrich Wilhelm IV.
ı durch Kabinettsordre vom 17. Juli 1843 ebenfalls von den
ückenden Zensurbestimmungen befreite. An Wienbarg trat die
:gierung nicht heran, wohl weil er als Schriftsteller nichts mehr
:oduzierte. Heine blieb unberücksichtigt, da er nicht in Deutsch-
.nd wohnte.

Der große Einfluß Johns wurde durch diese Aufhebung der
Maßregeln gegen das Junge Deutschland zwar etwas gemindert,
lieb jedoch in den nächsten Jahren immer noch sehr bedeutend,
a ja auch die politischen Zeitungen Berlins seiner Zensur unter-
tellt waren. Beim Ausbruch der Bewegung im März 1848
erschwand der unheilvolle Mann aber sehr schnell. Am
7. März 1848 legte er infolge der Aufhebung der Zensur seinen
Rotstift für immer nieder, und am 1. Juli trat er mit 1250 Tlr.
n Pension. 1856 starb er in Naumburg a. S.

Die letzten Jahre der Zensur hatten insofern noch eine Ände-
rung gebracht, als das Ober-Zensur-Kollegium im Sommer 1843
aufgehoben worden und an seine Stelle ein Ober-Zensur-Ge-
richt gesetzt worden war, durch das bereits die Tendenz eines
Schriftstückes von „Rechtswegen" bestraft werden sollte. Dieses
Gericht blieb aber nur fünf Jahre bestehen, da es naturgemäß bei der

*) In seinen „Erinnerungen", die überhaupt viel Unrichtiges ent-
halten, verschweigt Laube, daß er sich den Bedingungen der preußischen
Regierung unterworfen habe, und erklärt es sogar für unwahr, daß er an
derartigen Verhandlungen beteiligt gewesen sei. Ludwig Geiger legt jedoch in
seinem schon erwähnten Buche „Das Junge Deutschland und die preußische
Zensur" das betreffende Aktenstück im Wortlaute vor.

Aufhebung der Zensur am 17. März 1848 ebenfalls aufgehoben wurde.*)

Unter diesen Zensurverhältnissen mußte es den preußischen Zeitungen außerordentlich schwer fallen, auch nur einigermaßen den Wünschen der Leser zu entsprechen. Diese verlangten bei dem immer mehr sich entwickelnden politischen Leben, besonders seit 1840, eine eingehendere Behandlung der politischen Fragen — und kein Blatt wagte es, über die dürre Berichterstattung hinauszugehen. Oder tat es wirklich einmal eine freimütige Äußerung, so tilgte diese eiligst der Rotstift des Zensors. Es wurden daher in den beiden Dezennien von 1830 bis 1848 gar viele Klagen über die unzureichende Presse laut. Besonders die Berliner Zeitungen galten allen Beobachtern der zeitgenössischen Publizistik als die kläglichsten, die je erschienen seien.

Recht bitter sprach sich Arnold Ruge in den „Hallischen Jahrbüchern" (1841, Nr. 38—40) über den unwürdigen Zustand aus. „Wären wir in politischer Indifferenz nicht bis zur Indolenz heruntergekommen," schrieb er, „wie ließe sich's da auch nur einen einzigen Tag ertragen, daß wir gar keine lebendige Zeitung im ganzen Lande, gar keine Nachricht, geschweige denn eine Diskussion über unsere nächsten und wichtigsten Angelegenheiten, gar keine Kenntnis, geschweige denn Erkenntnis und Kritik unseres Staatslebens, unserer öffentlichen Charaktere, ihrer Taten, Richtungen, guten oder verfehlten Absichten haben? . Daß wir die Nachrichten über Preußen, wenn es ja einmal dergleichen gibt, über Leipzig, Hamburg und Paris empfangen?" ... Die Regierung „hat den Staatsgeist, das öffentliche Leben nirgends zum Vorschein und zur Wirksamkeit gelangen lassen, im Gegenteil, der Staat ist ein absolutes Geheimnis, und die Organe der Öffentlichkeit, die Zeitungen, veröffentlichen eben nichts, ja, sie hüten sich, auch nur etwas zu verraten oder sich entschlüpfen zu lassen, was irgend eine öffentliche Person näher berührt, als die

*) Kapp S. 225—249, ferner: Hesse, Die preußische Preßgesetzgebung, vollständige Sammlung aller Gesetze rc. Berlin 1843. u. Edgar Bauer, Die Zensur-Instruktion vom 31. Jan. 1843. Leipzig 1843.

zeigen, daß sie angekommen oder abgereist, angestellt oder in
(G)naden entlassen sei. Die alte Unmündigkeit ist wiedergekehrt,
liberalen Institutionen, Landwehr und Städteordnung, sind
(An)omalien in den Systemen der „Nichtbeteiligung“ des Volkes,
Regierung hat den ganzen Staat wieder auf sich genommen
d die Nation dadurch in den Indifferentismus zurückgeworfen.“

Ein Süddeutscher, der 1832 nach Berlin kam und von dort
„Briefe aus Berlin“ in die Heimat schrieb,*) war erstaunt über
e unbedeutende Zeitungsliteratur der „Residenzstadt eines der
bedeutenderen Staaten Europas“ und meinte: „Sind die Zei-
tungen und Journale als die Chausseen des literarischen und po-
litischen Verkehrs anzusehen, so gehören die Berliner papiernen
Landstraßen unbedenklich zu den schlechteren deutschen Kommuni-
kationswegen. Es holpert gewaltig darauf, und sie bedürfen kun-
diger Wegbesserer.“ Und der Korrespondent der „Hannoverschen
Morgenzeitung“ erklärte in dieser 1845: „Unsere Berliner Jour-
nalistik ist vollkommen verwahrlost. Berlin sollte sich von Rechts
wegen jeden Morgen, wenn es aufsteht, seiner Journalistik
schämen.“ Als ein Hohn auf das Berliner Zeitungswesen machte
1845 die Notiz die Runde durch die Presse: „Dem Vernehmen
nach beabsichtigt jemand, eine ‚Zeitung für Ordens-Inhaber aller
Klassen‘ herauszugeben, von der man sich ungeheuere Verbreitung
verspricht. Jede Nummer bringt die Porträts von zwölf Rittern.
Einem on dit zufolge sollen bereits 17356 Ritter des roten
Adler-Ordens vierter Klasse ihre Teilnahme und Porträts zuge-
sagt haben.“

Doch nicht nur der Rotstift des Zensors war es, der die
preußische Journalistik auf einem so tiefen Niveau erhielt, auch
sonstige Maßregeln trugen noch dazu bei, die Entwicklung des
Zeitungswesens zu hindern. So wurde 1846 in Preußen gegen
die Zeitungs-Korrespondenten der § 45 der allgemeinen Gewerbe-
ordnung geltend gemacht, in welchem es u. a. hieß: „Denjenigen,
welche aus der Vermittelung von Geschäften, aus der Abfassung

*) Hanau, 1832. Den Namen des Autors konnte ich nicht ermitteln.
Auch dem jetzigen Besitzer der Verlagsbuchhandlung ist er unbekannt.

schriftlicher Aufsätze für andere ein Gewerbe machen, oder mö-
lierte Zimmer und Schlafstellen gewerbweise vermieten u. s. w.
ist der Gewerbebetrieb erst dann zu gestatten, wenn die Behörde
sich von deren Unbescholtenheit überzeugt haben." Überzeugte
sie sich aber vom Gegenteil, wie z. B. bei Edgar Bauer,
wurde diesen Korrespondenten jede fernere literarische Tätigkeit
untersagt. Dabei war es, angesichts der großen Nachrichten-Dü[rre]
und der Vorsicht, die beobachtet werden mußte, überhaupt ein
Kunststück, Zeitungskorrespondenzen abzufassen. Der schon erwähnte
süddeutsche Briefschreiber spöttelt denn auch in seinem „Berliner
Xenien" über „Die Korrespondenten aus und in Berlin":

> Wunderwürdige Kunst, die wir üben! Schöpf'risch wir schaffen
> Aus dem verzweifeltsten Nichts „Korrespondenz aus Berlin."

Bei der Gleichstellung der Zeitungs-Korrespondenten mit den Leuten, „die möblierte Zimmer und Schlafstellen gewerbweise vermieten", war denn auch deren Ansehen bei den Behörden höchst gering. Als 1845 die Königin von England den König Friedrich Wilhelm IV. auf Stolzenfels besuchte und dort viele Feste gefeiert wurden, bei denen auch Hofkonzerte unter Mitwirkung der Jenny Lind, der Viardot-Garcia, Mantius', Liszts u. a. stattfanden und außerdem gekrönte Häupter, viele hohe Militärs, Zivilbeamte, Geistliche, Kaufleute &c. anwesend waren, wurde als einziger Journalist nur ein Franzose, Jules Janin aus Paris, zugelassen, die Berliner Journalistik dagegen zurückgewiesen. Dieser gegenüber zeigte sich Friedrich Wilhelm IV. überhaupt stets sehr ungnädig; besonders wünschte er nicht, daß sich die talentvollen Schriftsteller ihr zuwendeten, und sprach dies auch bisweilen aus, was dann die Presse als eine Beleidigung empfand. Gelegentlich zeigte er freilich auch wieder liberale Anwandlungen. In der Audienz, die er dem Dichter Herwegh gab, sagte er zu diesem: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition"; man wußte jedoch, daß diese Äußerungen wenig zu bedeuten hatten, und daher stellte denn auch eine Karikatur den König dar, wie er dem Dichter diese Versicherung gibt, zugleich aber den Fuß auf die von seiner Regierung unterdrückten Blätter setzt.

Es ist denn auch in der Zeit von 1830 bis 1848 kaum ein

:schritt im Berliner Zeitungswesen zu bemerken. Die einzige
erung, die sich in diesem Zeitraume vollzog, war der Um-
d, daß sich die Beziehungen der „Allgemeinen Preußischen
atszeitung" zur Staatsregierung einigermaßen lockerten. Zwar
de die Oberaufsicht auch weiterhin von den drei Zensur-Mi-
:rn, den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, des
nern und der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten, geführt und hier-
von ihnen gemeinschaftlich ein Kurator bestellt, auch wurden
amtlichen Bekanntmachungen nach wie vor in erster Linie hier
öffentlicht und auch fernerhin die erforderlichen Zuschüsse aus
Staatskasse bestritten, dagegen sah die Staatsregierung da-
ı ab, beengend auf den redaktionellen Teil einzuwirken; der
daktion wurde eine freiere Bewegung gestattet, und das Blatt
enso wie die anderen privaten Blätter der Zensur unterworfen.
ußerdem ward mit dem 1. April 1831 das Format vergrößert
nd schließlich am 1. Juli 1843 der Titel in „Allgemeine
reußische Zeitung" umgewandelt. Bereits seit dem Jahre
824 erschien das Blatt täglich, zunächst zum Jahrespreise von
Talern, seit dem 1. Juli 1830 zu dem von 8 Talern. Der
nhalt der Zeitung gestaltete sich nach dieser Reorganisation etwas
icher; besonders bemühte man sich, aus dem Gebiete der Kunst,
:r Geschichte, des Handels und der Gewerbe manches Lesens-
erte zu bringen, und von 1832 ab erschien noch als Anhang
- aber doch unabhängig von der Zeitung — das von Joseph
ehmann ins Leben gerufene „Magazin für die Literatur des
uslandes", eine Verbindung, die bis zum Jahre 1843 bestand.
lle diese Bemühungen konnten aber doch zur Hebung der Zeitung
ur wenig beitragen; die Oberaufsicht der drei Minister wirkte
ach wie vor lähmend und hemmend, so daß der „Charivari"
1845 bei der (jedoch unrichtigen) Nachricht, die „Allgemeine
Preußische Zeitung" werde demnächst wieder ihr Format ändern,
die satirische Bemerkung machte: „Das Blatt wird von Michaelis
ab in Form einer Nachtmütze erscheinen; der amtliche Teil soll
den Zipfel bilden."

Die beiden anderen Zeitungen der Hauptstadt, die „Spener-
sche" und die „Vossische Zeitung", bewegten sich ganz im alten

Gleise weiter. Die Zensur gestattete ihnen auch nicht das scheidenste Urteil über die kläglichen politischen Zustände, und sprach denn gewiß Gutzkow den beiden Redakteuren ganz aus Herzen, als er 1831 im 2. Hefte seines „Forums der Journ literatur“ sagte: „Die deutsche allgemeine Vaterlandsliebe, der man vor fünfzehn Jahren so viel zu singen und zu wußte, ist alt und schwach geworden, und in der Tat tun gut, wenn wir ihr unsere Tränen in der Stille sichern. hilft nichts, wir müssen Hermann und Thusnelden und das Korps der Rache mit all ihren erhabenen Melodeien fürs einpacken.“

Infolgedessen war denn auch das Interesse für die Zeitungen im Publikum sehr gering. Erst als Ende der vierz Jahre die politischen Wogen höher und höher gingen, konnte Korrespondent der „Schlesischen Zeitung“ schreiben: „Sogar Berliner, deren politischer Indifferentismus wohl nirgends gleichen findet, lesen heute auch den politischen Teil ihrer sischen‘ und ‚Spenerschen‘.“

Die „Spenersche Zeitung“ neigte in ihrer politi Grundstimmung mehr und mehr der konservativen Richtung wenigstens in den entscheidenden Fragen, worauf der Besitzer Chef-Redakteur Dr. Spiker beim Ordensfeste 1845 den Ro Adlerorden mit der Schleife erhielt. In den Kunstanschauung hielt sich das Blatt ganz im allgemeinen Zeitgeschmack. Theater-Referate lieferte noch bis ins Jahr 1845 hinein der Theater-Schulz, und als dieser am 17. April 1845 im achtzig Lebensjahre gestorben war, trat Professor H. T. Rötscher (g 1803, gest. 1871) an seine Stelle. Mit einer Kritik über Schill „Wilhelm Tell“ debutierte er in Nr. 161. Für das Amt ei Theater-Referenten brachte er eine umfassende ästhetische Bild mit, hatte sich bereits durch sein bedeutendes Werk „Die Kunst d dramatischen Darstellung“ einen Namen gemacht und zeichn sich auch noch weiterhin durch dramaturgische und biographi Schriften aus, schrieb „Abhandlungen zur Philosophie der Kunst“, „Seydelmanns Leben und Wirken“, „Dramaturgische Skizzen und Kritiken“ und gab „Jahrbücher für dramatische Kunst und Lite-

" heraus. In seinen Theaterbesprechungen wirkte er jedoch besonders befruchtend; er hielt sich auf einer zu hohen Warte, : seinen Referaten nicht genug unterhaltenden und feuille- :ischen Reiz zu geben und blieb daher vielen Lesern unver- lich. Eine ganz besondere Bewunderung flößte ihm die schöne uspielerin Viereck ein, der er daher unermüdlich den dichtesten eer um die Stirn wand, weshalb ihn die Berliner, als den ogeten der Viereck, Magister Quadrat nannten.

Ein freierer Zug ging durch die „Vossische Zeitung", ıders seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., als erstarrte Leben überall in Fluß kam. Mit einem gewissen mut, der freilich immer noch zahm genug zum Ausdruck kam, die Zeitung als das Organ des Berliner Bürgertums für : Verfassung mit Selbstverwaltung und für unbedingte Toleranz allen religiösen Fragen ein, den starren, verfolgungssüchtigen thodoxismus entschieden bekämpfend. Es war dies, wie Kletke : richtig bemerkt*), kein geringes Verdienst in einer Zeit, in sich Schelling mit seiner sonderbaren Offenbarungsphilosophie der Reihe der Philosophen strich, und Stahl sich mit dem üchtigten Worte von der Umkehr der Wissenschaft in die Reihe Dunkelmänner versetzte.

Unter den politischen Mitarbeitern jener Zeit befand sich auch hrere Jahre hindurch Wilibald Alexis, der jedoch nur en äußerst gemäßigten Liberalismus vertrat, ganz entsprechend n Grundsätzen, die er auch schon in seinen vaterländischen Ro- nen „Cabanis", „Der Roland von Berlin" und „Der falsche aldemar" bekannt hatte. Dennoch traf ihn wiederholt das lißgeschick, daß seine Artikel, die sich nach seiner Ansicht durch- is in den gegebenen Schranken hielten, von der Zensur verboten urden. Im Bewußtsein seiner Unschuld wandte er sich daher n März 1843 beschwerdeführend an den König Friedrich Wil- elm IV., erreichte damit aber nur das Gegenteil. Sehr un- nädig antwortete der Monarch in einem Ende März erlassenen Kabinettsschreiben: „Ich habe Ihre Eingabe vom 25. d. M.

---

*) Die Voss. Ztg. Ein Rückblick. Festnummer vom 23. Febr. 1872.

empfangen und geprüft. Die Zensoren des mit derselben einge
reichten Artikels für die Zeitung haben bei Behandlung desselb
nicht gegen die Zensur-Vorschriften gefehlt; es ist also ein Gr
zur Beschwerde wegen der gestrichenen Stellen nicht vorhan
Glaubten Sie über ungebührliche Verzögerungen sich beklagen
müssen, so war diese Klage zunächst an den Minister des In
zu richten. Mit Widerwillen habe Ich aber einen Mann
Ihrer Bildung und literarischen Bekanntheit durch jenen Ar
unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäfte mach
die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres T
durch unüberlegte Verdächtigung ihres nicht von ihnen begriff
Geistes vor der großen, meist urteilslosen Menge herabzusetzen
dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen.
Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte Ich anderes erwart
und sehe Mich ungern enttäuscht ..."

Dieses Schreiben des Königs machte großes Aufsehen. Die
Presse beschäftigte sich längere Zeit mit ihm, wobei es wieder
zu Konfiskationen kam. Selbst die vorsichtige Augsburger „All
gemeine Zeitung" wagte es, die Anschauungen des Königs
tadeln, und warnte, daß man den Bogen nicht zu straff span
solle. „Der Ereignisse sind wir nicht Herr", schrieb sie
Schluß eines Leitartikels „Die fremde und einheimische Presse
(21. April 1843); „was auch kommen möge, die Obliegenheit
ist, abzuwenden, was uns auseinanderbringen, und vorkehr
was uns zusammenhalten kann. Videant consules!"
Varnhagen von Ense bemerkte in seinen „Tagebüchern": „...
König zeigt sich nicht genug und auch zu wenig; es ist ein
angenehmes Gemisch, aus dem doch die Macht und Willkür
seitig hervorblickt. Jedenfalls könnte der König gute Antw
bekommen, wenn Häring (Wilibald Alexis) sie geben wollte
Dieser fühlte sich jedoch durch das königliche Schreiben so
letzt, daß er seine Mitarbeit an der „Vossischen Zeitung" einstell

Unbeirrt durch die vielen Hemmungen der Zensur, blieb
mit vorzüglichen Sprachkenntnissen und auch einer umfassende
gelehrten Bildung ausgerüstete Dr. G. Friedenberg über zwanzi
Jahre, bis 1848, politischer Mitredakteur der Zeitung.

Bei dem frischeren Tone der „Vossischen Zeitung" und ihrer :alen Richtung erweiterte sich der Leserkreis des Blattes von r zu Jahr. 1844 soll die Zeitung bereits 8—9000 Abonen gehabt haben.*)

Als eine vorübergehende journalistische Erscheinung in Berlin die beiden Cholera-Zeitungen zu erwähnen, die ırend des Herbstes 1831 in Berlin erschienen, als die gefürch- Seuche dort zum erstenmale auftrat. Die beiden Blätter chten nichts als Nachrichten über den Stand der Krankheit, chichten bemerkenswerter Kuren 2c. Die eine wurde von dem :dizinalrat Casper, die andere von dem praktischen Arzte Dr. chs redigiert; dabei war das Caspersche Blatt das amtliche gan, das die Ansicht des Geheimen Rates Dr. Rust verfocht, r die Ansteckungstheorie vertrat und eine umfassende Absperrung rlangte, während sich die Sachssche Zeitung gegen die Sperr- aßregeln und Kontumaz-Anstalten aussprach und einer streng sundheitlichen Lebensweise das Wort redete. Die Zensur glaubte ıer, allen Artikeln, die der Rustschen Ansicht widersprachen, die ruckerlaubnis verweigern zu müssen, und strich bei Sachs jeden atz, der sich gegen die kontagiöse Ansteckung, gegen Sperrmaß- geln 2c. richtete. Doch dauerte dieser Terrorismus nicht lange; ıs Publikum verurteilte die Rustschen Sperrmaßregeln, worauf e Zensurbehörde der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen ıd der Sachsschen Zeitung mehr Freiheit gestatten mußte. darauf bekämpfte denn diese die Theorie Rusts mit beißendem Witz. Nach dem Verschwinden der Cholera hörten natürlich auch ie beiden Cholera-Zeitungen zu erscheinen auf.

Endlich sei auch noch eines Versuches gedacht, im Jahre 1846 ine christlich-konservative Zeitung zu gründen. Ein Kreis von ngesehenen Männern, unter denen sich Pertz, Lachmann und stahl befanden, beabsichtigten in Berlin eine „Deutsche Zeitung" ins Leben zu rufen, die (nach dem in verschiedenen Blättern veröffentlichten Programm) eine „Opposition gegen die Oppositionspresse" bilden sollte, „aber auch nur gegen diejenigen Organe

*) Biedermanns Deutsche Monatsschrift, Lzpg. 1844, Maiheft.

derselben, die dem Bestehenden, weil es besteht, feind sind und zu seinem Sturze es entweder offen anlaufen, oder, so weit sie dies nicht können, heimlich untergraben, unbekümmert um das, was unter den Trümmern mit verschüttet werden wird." Naturgemäß sollte die Zeitung dann auch eine „Freundin der Regierung" sein und außerdem auf der Seite des positiven Christentums stehen. Doch auch noch einen weiteren Schritt wollten die Begründer des Blattes tun, sie wollten zwei Ausgaben veranstalten, eine für evangelische Leser und eine für katholische; die letztere sollte in Köln erscheinen. Für die evangelische Ausgabe war als Redakteur Prof. Lohbauer, für die katholische Dr. [illegible] Junkmann in Aussicht genommen. Bereits im Juni 1846 wurde die Konzession für das Unternehmen erteilt; doch ist die Zeitung niemals erschienen, weil Dahlmann in einem Gutachten in schlagender Weise darlegte, daß das Programm gar nicht ausgeführt werden könne. Zunächst sei es ein Unding, für das „Bestehende" auf alle Fälle einzutreten. „Ich hoffe," sagte er, „die ‚Deutsche Zeitung' werde auch Freundin genug der deutschen Regierungen sein, um ihren Ratgebern in allen Fällen zu opponieren, wo diese selbst dahin geraten, zu Recht Bestehendes zu vernichten und dadurch den Glauben an den Bestand der deutschen Staatsordnungen zu untergraben. Unter Bestehendem wird ja auch sicherlich nicht bloß verstanden sein, was 1846 bestand, sondern alles, was, wenn Recht und Treue und die wesentliche Wohlfahrt des Ganzen gefördert werden soll, bei uns genesen, oder, wenn unterdrückt, zum Wiederaufstehen gerufen werden muß." Und dann wies er auf die traurigen Verhältnisse in Schleswig-Holstein und den unerhörten Verfassungsbruch hin, dessen sich der König Ernst August von Hannover schuldig gemacht hatte. „Eine Verfassung von unzweifelhaft gesetzlichem Ursprunge", erklärte er, „beschirmt durch unzweifelhafte Bestimmungen der Wiener Schlußakte, hätte nicht fallen müssen, wie sie gefallen ist." Das also, was zur Zeit in Hannover bestehe, könne die neue Zeitung unmöglich verteidigen. Des weiteren wies er darauf hin, daß in dem Programm keine Ungewißheit darüber herrschen dürfe, „ob die ‚Deutsche Zeitung' die sogenannten konstitutionellen Staaten als an sich löblich ver-

zt betrachtet, ich meine: ob sie das konstitutionelle Prinzip mit voller Billigung anerkennt und allein dessen Mißbrauch delt. Erklärt sie sich gegen das Prinzip, so wird sie nun und nimmermehr eine ‚Deutsche Zeitung‘ werden; ihre Titel wird re Verurteilung sein.“ Endlich meinte er, daß es mißlich sei, einer Zeit, in der die lange Liste der Gebrechen unserer bürrlichen Gesellschaft „mit zwei Lastern der schlimmsten Art, mit euchelei und Leichtfertigkeit in Glaubenssachen, vermehrt wurde, n Zeitungsblatt von stark theologischer Färbung zu gründen; ne geradezu gefährliche Maßregel aber würde es sein, eine tholische Politik einer protestantischen in der Art, wie es jetzt n preußischen Staate geschehen solle, in zwei verschiedenen Zeiungen erklärt gegenüber zu stellen.“

Diese Verwerfung aller Hauptpunkte des Programms wird chon die Pertz, Stahl und Lachmann stark herabgestimmt haben; as Gutachten gelangte aber auch durch Indiskretion in die Öffentlichkeit und übte nun hier bei dem hohen Ansehen Dahlmanns eine vollständig vernichtende Wirkung aus. Von allen Seiten erfuhr der Plan, eine solche Zeitung zu gründen, die lebhafteste Verurteilung, so daß schließlich das Projekt fallen gelassen werden mußte.*)

Wie in der Hauptstadt, so hatten auch in den Provinzen Preußens alle Zeitungen die harte Hand der Zensur fort und und fort zu fühlen, selbst die konservativen und gut-königlichen, wie ganz besonders das Beispiel der „Schlesischen Zeitung“ zeigt, die doch als eine Stütze des Königtums gelten mußte. Auch sie wurde in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit so bedrängt, daß sogar eine Zeitlang ihr Weitererscheinen in Frage stand. Als die Preßverordnungen des Bundestages vom 31. Oktober 1830 veröffentlicht waren, wagte die Zeitung viele Jahre hindurch alle das Königreich Preußen und Deutschland betreffenden politischen Nachrichten nur aus der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“ zu

---

*) Zur Geschichte der neuen Berliner „Deutschen Zeitung“. Hamburg 1846 und gütige Mitteilungen des Herrn Archivdirektors Prof. Dr. Hansen in Köln.

nehmen. Diese Mitteilungen waren natürlich höchst dürftig; nationale Fragen durften gar nicht berührt werden; sogar die Feier des vierhundertjährigen Jubiläums der Buchdruckerkunst erfuhr bloß eine kurze Erwähnung, damit nur ja nicht irgend welche patriotischen Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck kommen möchten.*) Aber auch die Nachrichten über das Ausland, die französischen, englischen und russischen Blättern entlehnt wurden, erhoben sich nicht über das trockene Referat. Besonders kurz fielen die Meldungen über die zahlreichen Revolutionen der dreißiger Jahre in Spanien und Italien aus; dagegen erfuhr das erste Auftreten der Cholera im Herbst 1831 die eingehendsten Schilderungen.

Diese Cholera-Zeit drückte übrigens im wahren Sinne des Wortes den Zeitungen noch ihren ganz besonderen Stempel auf. Es wurden nämlich (in Breslau vom 8. Oktober 1831 ab) alle Nummern der öffentlichen Blätter vor der Ausgabe geräuchert und erhielten dann den Stempel „Desinfiziert“.

Bei diesem schweren Zensurdrucke bedurfte es natürlich aller Umsicht, die Zeitung lebensfähig zu erhalten, und es war mithin auch von großer Wichtigkeit, den Konkurrenzkampf auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Besitzer Julius Korn vereinbarte daher 1836 mit der „Breslauer Zeitung“, die mehr und mehr an Terrain gewonnen hatte, einen Vertrag, nach welchem fortan beide Blätter dem äußeren Ansehen nach in derselben Gestalt sich darstellen sollten, und sie erschienen nunmehr kontraktmäßig in demselben Format und Druck, hatten dieselbe Anordnung des In-

*) Der Feier des Jubiläums wurden in ganz Deutschland Schwierigkeiten entgegengestellt. In Darmstadt z. B. mußte (laut „Schles. Ztg.“ 1840 Nr. 96) auf ausdrücklichen Befehl des Großherzogs jede festliche Erinnerung an den Tag unterbleiben; in Bayern ward eine Feier zwar gestattet, aber alles verboten, was ihr eine politische Bedeutung oder das Gepräge eines Volksfestes geben könnte, worauf das Komitee in Nürnberg sich sofort auflöste und auf jede Kundgebung verzichtete; in Leipzig, der Metropole des Buchhandels, erlaubte man einen Festzug mit Reden auf dem Marktplatz, aber in Preußen wurde eine Feier des Gutenbergtages nur in geschlossenen Räumen zugelassen, doch gestattete Friedrich Wilhelm IV. noch nachträglich in Berlin am 28. August eine ausgedehntere Nachfeier.

s und denselben Druck angenommen und standen in Preis Gebührensätzen einander gleich, so daß die Konkurrenz ledig- in die Grenzen der geistigen Arbeit gewiesen wurde.

Bald nachher (1837) starb der Verleger Julius Korn, und rat bis 1850 eine vormundschaftliche Verwaltung ein, während her nacheinander Professor Dr. Schön, Martin Runkel, olph Hielscher und F. A. Voigt die verantwortlichen Redak- e der Zeitung waren. Die beiden Hauptthemata dieser Jahre vormundschaftlichen Leitung bildeten eine volkswirtschaftliche eine religiöse Frage. Die volkswirtschaftliche war: sollen wir nbahnen bauen, und die religiöse betraf die durch Johannes nge und den Vikar Czerski hervorgerufene religiöse Bewegung. : Kämpfe, welche sich für und gegen die Eisenbahnen ent- ckelten, wirken heute auf uns hauptsächlich komisch; sie kommen s um so drolliger vor, je ernsthafter die Gegner der Bahnen ftreten. Die „Schlesische Zeitung" selbst verfocht stets mit r Wärme die Nützlichkeit der Eisenbahnen, doch mußte sie viele ingesandt" aufnehmen, in denen die Rentabilität der Bahnen rk bezweifelt und z. B. eine Bahnverbindung zwischen Breslau d Berlin als durchaus entbehrlich und höchst überflüssig be- chnet wurde. Einer der Gegner der Bahnen berief sich unter lobigung der vollkommen ausreichenden und sehr guten Post- bindungen auf die zweifellose Zustimmung der überwiegen- i Mehrzahl der Breslauer, wenn er die Frage aufwarf, ob rklich der Zeitgewinn, den die Benutzung eines Schienenweges inge, die Besorgnis aufwiege, mit der man sich auf eine Eisen- hn wage. Die religiöse Bewegung ging von der Reliquienfrage is und nahm bald einen sehr stürmischen Verlauf. Die frei- meindlichen Bestrebungen erfaßten weite Kreise, und der offene ief Ronges an den Bischof Arnoldi in Trier entzündete einen oßen Enthusiasmus, von dem nach und nach auch die „Schlesische Zeitung" ergriffen wurde. Das veranlaßte aber die Gegner, iederholt an geeigneter Stelle über sie Klage zu führen, so daß er Redakteur Hielscher am Schlusse des Jahres 1844 sich ver- nlaßt sah, einen Rückblick auf seine Tätigkeit mit einem Pro- ramm zu schließen, in welchem er die kirchliche und politische

Stellung der Zeitung kennzeichnete. „Die ‚Schlesische Zeitun wird nicht müde werden,“ erklärte er, „den Feinden eines frei mächtigen und glücklichen Deutschlands die Stirn zu bieten: wird ferner Bildung und Wissenschaft, Licht und Freiheit be dern helfen, ohne dem Christentume zu nahe zu treten; sie das Königtum ehren, auch wenn sie eine Vertretung des Vo wünscht; sie wird für Preßfreiheit sprechen, ohne den Umsturz predigen; sie wünscht die gleiche Berechtigung aller Staatsbür zu den Pflichten wie zu den Ehren des Staates, ohne die St gegeneinander aufzuwiegeln; sie ist für Öffentlichkeit und Mü lichkeit des Gerichtsverfahrens, ohne dem Staate die Leitung Oberaufsicht in Ausübung der Gesetze abzusprechen; sie ist Gewerbefreiheit und freien Handel, ohne die Gefahren zu ver kennen, welche Schrankenlosigkeit in beiden herbeiführen würde; aber sie ist unbedingt gegen Kommunismus und Radikalismus im Staate, wie gegen Glaubenszwang und Heuchelei, gegen Pietismus und Jesuitismus in der Kirche.“

Dieses Programm fand aber keineswegs die Zustimmung weder der kirchlichen Behörde, noch der Regierung; der für bischöfliche Konsistorialrat Dr. J. B. Baltzer richtete eine ge harnischte Epistel an die gesamte schlesische Tagespresse,*) und die Zensurbehörde suchte das Terrain der Zeitungen noch weiter ein zuengen. 1846 wurde sogar die Veröffentlichung von Abschnitten aus den Landtagsabschieden beanstandet, weil durch Auswahl und Gruppierung die öffentliche Meinung irre geführt und die Re gierung in ein falsches Licht gestellt werden könne. Der „Schle sischen Zeitung“ suchte die Regierung aber noch ganz besonders dadurch beizukommen, daß sie, da 1821 das Privilegium er loschen sei, den Mangel einer s. Z. nicht wieder erteilten Kon zession ausfindig machte und nun unter dem 15. Juni 1846 das Aufhören der Zeitung verfügte. Der Verlag protestierte und wehrte sich mit allen gesetzlichen Mitteln, mußte sich aber schließ

*) Dr. J. B. Baltzer, Preßfreiheit und Zensur mit Rücksicht auf die Trierer Wallfahrt und den doppelten Anklagezustand der schlesischen Tages presse. Breslau 1845.

doch dazu bequemen, trotz des mehr als hundertjährigen Be-
ns der Zeitung, nachträglich noch eine neue förmliche Kon-
on für das Erscheinen des Blattes nachzusuchen. Damit aber
lt die Regierung einen sehr bedeutenden Vorteil in die Hand,
sie gewährte unter dem 30. Dezember 1847 die neue Kon-
on nur unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs und
der ausdrücklichen Bedingung, daß der offenbar zur liberalen
e hinneigende Redakteur Hielscher unter Verzicht auf jede
ere Mitarbeit aus der Redaktion entlassen und der seitherige
ponent F. A. Voigt mit ihr betraut werde. Voigt leitete
n die Zeitung auch in den Sturmjahren 1848 und 49 ganz
Sinne der Regierung.*)

Recht wechselvoll gestaltete sich in den dreißiger und vierziger
hren das Schicksal der „Breslauer Zeitung", doch bewegte
dabei das Blatt stets in aufsteigender Linie. Nach Schalls
33 erfolgtem Tode übernahm der Freiherr Eugen von Baerst
Blatt und hob es sofort auf ein höheres Niveau. Eugen
Baerst war ein geistvoller, witzsprühender Mann von um-
senden Kenntnissen, dabei eine vornehme, zurückhaltende und
ch radikal gesinnte Natur. Bevor er die Redaktion der „Bres-
ler Zeitung" übernahm, hatte er schon viel erlebt und einen
ßen Teil der kultivierten Welt gesehen. Geboren 1792 als
r Sohn eines preußischen Offiziers zu Wesel, widmete er sich
fangs ebenfalls dem Soldatenstande und nahm 1812 in dem
eußischen Hülfskorps des Generals York als Offizier an dem
ge nach Rußland teil. Weiterhin machte er auch die Feldzüge
n 1813 bis 1815 mit und erwarb sich dabei das Eiserne Kreuz.
ach dem Kriege nahm er einen zweijährigen Urlaub, um in
reslau mannigfache Studien zu treiben, und schied 1818 mit
harakter eines Kapitäns vollständig aus dem Militärdienst.
darauf widmete er sich literarischen Arbeiten, knüpfte Freund-
haften mit verschiedenen bedeutenden Schriftstellern an und traf
825 mit Karl Schall, wahrscheinlich nachdem er diesem eine

*) (Karl Weigelt), 150 Jahre Schlesische Zeitung. Breslau 1892,
. 188–212.

nicht unbedeutende Summe vorgestreckt, ein Abkommen, das ih
mit Bewilligung des Königlichen Ministeriums, den Mitbesitz u
die Mitredaktion der „Breslauer Zeitung“ sicherte. Doch be
ligte er sich noch nicht an den Redaktionsarbeiten, sondern un
nahm große Reisen nach Dänemark, Holland, England, Frankr
Italien, und befaßte sich dabei mit großartigen Börsen-Spek
tionen. Mancherlei Erlebnisse aus jener Zeit schilderte er spä
in dem originellen Buche „Kavalier-Perspektive“, das er 18
unter dem Pseudonym Chevalier de Lelly herausgab, und in welch
er sich als ein Anhänger des raffinierten Epikuräismus bek

Die ersten Reformen, die Baerst bei der Übernahme
„Breslauer Zeitung“ in dieser einführte, betrafen den politis
Teil. Er erkannte, daß die Rolle, die das Inland bisher in
„Breslauer Zeitung“ gespielt hatte, höchst kläglich gewesen
und räumte ihm die erste Stelle ein. Auch verkannte er nicht d
Bedeutung örtlicher und provinzieller Interessen. In seinem lange
Programm vom 1. Mai 1834 sagt er: Es ist von Übel, wen
eine provinzielle Zeitung eben so gut von Monomotapa als v
Breslau datiert erscheinen kann, ohne daß der Inhalt den nähe
Bezug auf eins von beiden verriete. In demselben Program
verwahrt er sich auch sehr energisch gegen jede politische Part
nahme. „Ja, es ist bei unseren provinziellen Verhältnissen au
gar nicht zu wünschen,“ sagt er, „daß ein großes politisch
Interesse sich wiederum sehr in der Nähe von uns entspinne,
die angenehme Beschäftigung der Lesewelt dabei nicht in die Wa
zu werfen ist gegen die Störung des Glücks und der Ruhe, wel
jene zweideutige Erhöhung des Interesses begleitet. Die Theate
besprechungen, die ehedem einen so breiten Raum eingenomm
hatten, drängte er weit zurück, dagegen dehnte er den Hande
teil sehr bedeutend aus. Die Zeitung erhielt somit ein ga
neues Gepräge. Mit dem internen Redaktionsbetrieb befaßte si
Baerst jedoch wenig; diesen leitete lange Zeit Dr. Nimbs, e
sehr ruhiger, besonnener Mann, und ferner seit 1835, nachde
der Umfang der Zeitung sehr gewachsen war, als zweiter Redakteu
Dr. Weis, der dann viele Jahrzehnte an der Zeitung tätig wa
Bald nach dem Eintritt des Dr. Weis erfuhr die Zeitung au

eine wesentliche Erweiterung durch das Beiblatt „Schlesische
nik", das mit dem 1. Januar 1836 ins Leben trat und zu-
t von Fr. Lewald, dem nachmaligen Direktor der Ober-
ischen Eisenbahn, vom Anfang der 40er Jahre jedoch bis
von Dr. Moritz Elsner redigiert wurde. Mit dem 1. Juli 1838
die Zeitung in den Besitz Hermann Barths, des Inhabers
Firma Graß, Barth u. Komp., über, während sich Baerst
er auf Reisen begab, bis er nach mancherlei Schicksalen 1855
ierrendorf bei Soldin auf dem Gute seines Bruders starb.
er Barths Regime änderte sich der Charakter der Zeitung.
neue Besitzer durchbrach das Prinzip der politischen Objek-
ät und gab dem Blatte eine konservative Richtung, die es dann
h in der bewegten 48er Zeit innehielt.*)

Neben diesen beiden großen Zeitungen Breslaus kamen noch
1846 ein „Breslauer Beobachter" im Verlage von H.
hter und eine „Allgemeine Oder-Zeitung", verlegt und
giert von einem Dr. Kutzen, heraus. Besonders die letztere
lte wohl die liberalen Ideen vertreten; in ihrem Programm
te sie, daß sie „nicht jedem Fortschritt entgegen sein werde,
sie vielmehr dem Fortschritte der Entwicklung des Historischen
den historischen Grundlagen heraus das Wort reden wolle",
r sie fügte auch gleich wieder vorsichtig hinzu, daß sie die „in
er Zeit angestrebten revolutionären Umgestaltungen des Histo-
h-Begründeten" verurteilen müsse. Eine Bedeutung erlangte
nicht.

Von den sonstigen Blättern, die noch in Schlesien erschienen,
en nur der „Oberschlesische Wanderer" in Gleiwitz, der
28 ins Leben trat, und der „Oberschlesische Anzeiger" in
atibor, der bereits seit 1802 herauskam, erwähnt. Beide er-
rben sich nach und nach einen gewissen Leserkreis, obgleich sie
ren redaktionellen Teil in sehr engen Grenzen halten mußten,
a es ihnen nicht gestattet war, irgend welche Politik zu treiben.

*) K. G. Nowack, Schlesisches Schriftsteller-Lexikon, 2. Heft, S. 152.
reslau 1838, Allgm. D. Biographie, 39. Band, S. 455 und Breslauer Zei-
ung, Jubiläums-Ausgabe zur Jahrhundertswende, 1. Jan. 1900.

Etwas freier als die Breslauer Blätter konnte sich „Königlich Preußische Staats-, Kriegs- und Friede Zeitung“ in Königsberg, die heutige „Königsberger Har sche Zeitung“, bewegen. Es hatte dies seinen Grund zu darin, daß die Provinzen Preußen und Posen nicht zum de Bunde gehörten, also auch nicht dem direkten Einflusse des Bu tages unterstellt waren, und ferner in dem zufälligen glück Umstande, daß in jener Zeit in Königsberg eine Anzahl g sehr hervorragender Männer wirkte, die auch am politischen L regen Anteil nahm. Von diesen sind besonders der bekann Johann Jacoby, dessen weittönendes Wort den größten E auf die öffentliche Meinung ausübte, der Philosoph und Li historiker Karl Rosenkranz, der geistsprühende Alexander J der witzige und redegewandte Ludwig Walesrode und der jug lich überschäumende Rudolf Gottschall zu nennen. Hierzu k noch ein reges Vereinsleben in der Königsberger Bürgerge schaft, der städtischen Ressource und in anderen Vereinen. D entwickelte sich dieses leidenschaftliche politische Leben erst mit Beginne der 40er Jahre. Die Erregung, welche die süddeut Staaten nach der Julirevolution ergiff, warf nach dem fe Osten nur wenige schwache Wellen. Hier ging auch noch währ der dreißiger Jahre das politische Interesse über die militäris Übungen und die Hofnachrichten nicht weit hinaus. „Es herr im ganzen öffentlichen Leben eine wahre Totenstille“, versi ein Zeitgenosse dieses Dezenniums.*) „Ein Mensch mit liber Ideen würde für verrückt gehalten worden sein, und wer et mehr davon wußte, sagte: das paßt nicht für uns, das ist n deutsch. Der König und die Regierung verstanden ja alles besten; sie korrigieren wollen, wäre eine Blasphemie gewe Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. änderte das aber sofort, und Jakobys Broschüre „Vier Fragen, bea wortet von einem Ostpreußen“ eröffnete die politische Diskuss auf der ganzen Linie.

*) L. Passarge, Ein Ostpreußisches Jugendleben. Erinnerungen un Kulturbilder. Leipzig 1903.

n Betreff der Presse und der Zensur erklärte Jacoby dort: präventive (vorkehrende) Zensur hat vernünftiger Weise nur u streichen, was der Richter, wenn's gedruckt wäre, be= würde. Eine Zensur aber, die also wie in unserem Vater= gehandhabt wird, hört auf, eine rein präventive zu sein: rd zu einer anmaßenden Bevormundung, zu einer Unter= ng der öffentlichen Meinung und führt endlich zu einer bedenklichen, dem Volke und dem Könige gleich gefährlichen macht der Beamten."

Die „Königsberger Zeitung", wie sie kurz genannt wurde, ofort mit allen Segeln in die Bewegung ein, und die Re= ire, die nacheinander das Blatt leiteten, Professor Schubert, Ratzel, Privatdozent Dr. Thomas u. a., verstanden es, die ragen in flotter, allgemein verständlicher Weise zu behandeln. dings wurden sie darin auch durch die Wortführer der Stadt, ifrige Mitarbeiter waren, bedeutend unterstützt. Zudem er= das Blatt auch alle Förderung durch den hochgebildeten und igenten Besitzer Georg Friedrich Hartung, dem wir schon in napoleonischen Zeit begegnet sind (Bd. II, S. 208.). Wie lässig sich Hartung der Zeitung widmete, legte er in einer von politischem Testament dar, welches er vor seinem am pril 1849 erfolgtem Tode abfaßte, und das seinem Wunsche iß nach seinem Hinscheiden in der Zeitung veröffentlicht wurde. nn die Führung einer Zeitung," sagte er dort, „mit großen nnehmlichkeiten und Mühen verbunden ist, so wurde die Lei= derselben in den letzten Jahren um so schwerer, als die resssen des Vaterlandes sich in Parteien spalteten und Vor= und eigene Meinung sich nicht mit den allgemeinen Ansichten den Zeitforderungen wollten vereinigen lassen. Wenn aber Geschäft, dem ich fünfzig Jahre meines bewegten Lebens ge= t, mich in den letzten Jahren so ganz fesselte, daß ich ihm sich in jeder Tageszeit dienen mußte, so dürfte, wenn auch nach meinem Tode, mein mißlicher Stand und meine gefähr= e, sorgenvolle Lage erkannt, und ich für den oft getadelten mut Entschuldigung finden."

Die Resignation, die aus diesen Zeilen spricht, war gewiß

berechtigt; immerhin durfte Hartung auch mit einer gewissen friedigung auf seine mühevolle Tätigkeit zurückblicken, denn Zeitung genoß ein hohes Ansehen und galt als eine wer politische Stimme Deutschlands, besonders während der Jah denen sie sich der milden Zensur des freisinnigen und sehr lären Polizeipräsidenten Abegg zu erfreuen hatte. Eine stimme kann denn auch von ihr rühmen: „Die Königs Zeitung zeichnet sich durch ihre leitenden Artikel aus, die dingt die besten sind, die jemals in deutscher Sprache gesch wurden. Die inländischen Angelegenheiten des preußischen S sind noch nie mit so viel Gründlichkeit, Umsicht und Frei sprochen worden, als es hier geschieht. Die Wünsche der sinnigen Mehrheit werden, namentlich ihrer praktischen Seite hier vor die öffentliche Meinung Deutschlands gebracht, und in so klarer, bestimmter, unverholener Sprache, daß der Ver und der Zensor in gleicher Weise durch den Geist der Ze geehrt werden." *)

Von den sonstigen Blättern des Ostens erreichte keins w eine ähnliche Bedeutung wie die „Schlesische", die „Breslau und die „Königsberger Zeitung". Die „Zeitung des Gr herzogtums Posen" erschien zwar vom 1. Januar 1831 täglich, gewann aber keinen größeren Einfluß; die „Danzi Allgemeine Zeitung", 1840 von A. Schroth als „ Wogen der Zeit" gegründet, und das von dem Improvi Volkert und dem Journalisten Bartholdi herausgegebene „D ziger Tageblatt" blieben unbedeutend, ebenso der „Elbin Anzeiger", „Der Gesellige" in Graudenz und die „Kön liche Preußische Stettiner Zeitung", neben der seit 14. Aug. 1835 noch „Börsen-Nachrichten der Ostsee" erschienen, ausgegeben von dem Kaufmann Adolf Altvater, die jedoch keine tikel über Politik, Staatsverwaltung und Religion aufnehmen durft

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842. Gelegentlic streift werden die Königsberger Preßverhältnisse der in Rede stehenden bei Rosenkranz, Königsberger Skizzen, Danzig 1842, Jung, Königsberg die Königsberger, Leipzig 1846, Falkson, Die lib. Bewegung in Königsb Breslau 1888, und Gottschall, Aus meiner Jugend, Breslau 1899.

Langsam aber stetig entwickelte sich die „Magdeburgische ıng". Zwar hatte sie auch ferner noch viel von dem so- nten Intelligenz-Insertionszwange zu leiden (vergl. S. 275) ıoch mehr von der Zensur, dennoch gelang es der Umsicht Vorsicht ihres Besitzers Friedrich Faber, das Blatt immer altiger zu gestalten und den Leserkreis beständig zu erwei-

Die Streichungen der Zensur sind uns heute oft ganz ;bar. Einfach lächerlich erscheint es uns, wenn, wie der nist der Zeitung berichtet,*) im Jahre 1841 die Mitteilung standet wurde, daß der preußische Konsul in London unserem gshause Geschenke von der Königin Viktoria überbracht habe. ach unbegreiflich aber ist es, daß noch 1843, in einer poli- schon so bewegten Zeit, die Zensurbehörde mit Zustimmung höchsten Zivil-Beamten der Provinz Sachsen als Grundsatz stellte, die Zeitung sei nur dazu da, politische Neuigkeiten zu igen; sie dürfe aber, als für einen großen, zum Teil unge- eten Leserkreis bestimmt, politische Raisonnements und Kritiken t veröffentlichen.

Unter diesen drückenden Verhältnissen war es begreiflich, daß edrich Faber bei zunehmendem Alter schließlich die Arbeits- ıdigkeit verlor und sich an seinen Neffen Gustav Faber mit Bitte wandte, das Geschäft zu übernehmen. Der Neffe, ge- en 1811 zu Magdeburg, war gelernter Buchhändler und bereits itzer eines eigenen Geschäftes in Mainz, aber trotzdem gerne eigt, nach seiner Vaterstadt zurückzukehren. Sein Vater jedoch, Apotheker in Magdeburg war und die Verhältnisse seines uders genau kannte, riet ihm sehr energisch ab, auf das Aner- ten des Onkels einzugehen. Der lange Brief, den er zu diesem ecke an den Sohn richtete, schildert die traurige Situation der rmärzlichen Zeitungen so klar und eingehend, daß er ein wert- lles Dokument zur Geschichte des Zeitungswesens der vierziger hre bildet und hier zum großen Teil wiedergegeben werden muß.

„Der Onkel hat seit einiger Zeit", schrieb der Vater, „mehr s es je der Fall war, unbeschreiblich viel Ärger und Verdruß,

*) Alexander Faber, Die Fabersche Buchdruckerei. Magdeb. 1897, S. 133.

der ihm von seiten der Zensur=Behörde zugefügt ward, erdul
müssen. Ganz gleichgültige Nachrichten, die selbst durch and
preußische Zeitungen schon bekannt gemacht waren, sind ihm
strichen, obgleich ausführlichere Bestimmungen und Erläuteru
über das Zensur=Edikt den Zensoren sowohl als den Redak
mehr Freiheiten, als sonst, zu gestatten scheinen. Sogar ist
wissermaßen seine persönliche Freiheit durch eine Verfügung
Oberbehörde an sämtliche Redakteurs beschränkt, in welcher ih
zu erkennen gegeben wird, daß, wenn ein Redakteur irgend e
Reise, selbst zur Befestigung seiner Gesundheit eine Reise in
Bad, zu unternehmen beabsichtige, er dies nicht allein der Beh
anzuzeigen habe, sondern auch einen anderen stellvertretenden Re
teur vorzuschlagen verpflichtet sei, und es dann noch von der Behö
abhangen werde, ob sie den Stellvertreter genehmige oder nic
Alle diese Unannehmlichkeiten haben den Onkel, und mit Rec
sehr verdießlich gemacht .... Unter solchen Umständen ist ein
nochmalige ernste und reifliche Überlegung dieser Sache von deine
Seite unerläßliche Pflicht. Besonders ist eine Stelle in diese
Zirkular=Schreiben für die künftigen Redakteure und Unternehm
der Zeitschriften sehr bedenklich, wo es heißt: daß es erforderl
sei, daß bei Genehmigung neuer Zeitschriften und neuer Redakteu
mit großer Vorsicht verfahren werde, damit die Tagespresse n
unbescholtenen Männern anvertraut werde, deren wissenschaftlic
Befähigung, Stellung und Charakter für den Ernst ihrer B
strebungen und für die Loyalität ihrer Denkungsart Bürgsch
leiste. Nun ist es eine große Frage, ob man Dir diese wisse
schaftliche Befähigung (wie man sie nur von einem Gelehrten e
warten kann) einst zugestehen wird. Wäre dies auch nicht d
Fall, so würde der Verlag der Zeitung Dir schon ein hinläng
liches Auskommen gewähren, wenn nur dieses Dir gesichert wär
So ist aber unter Westfälischer Regierung das unsern Vorelter
gegebene und auf deren Kollatoral=Verwandte ausgedehnte Pri
legium aufgehoben und nicht wieder erneuert; es ist also a
zweifelhaft, ob man Dir doch wenigstens den Druck und Verla
der Zeitung überlassen würde. Hierzu kommt noch die große Un
gewißheit, ob man bei Erteilung der Konzession als Redakteu

r als Verleger wenigstens Dir als einem Ausländer (denn bist Du jetzt) den Vorzug vor dem Inländer geben würde?) wenn Dir auch, wie wohl zu erwarten steht, das Bürgerrecht : nicht versagt werden wird, so kann Deine Aufnahme als her nur erst dann geschehen, wenn Du aus den Großherzog-Hessischen Staaten mit genügenden guten Zeugnissen entlassen , worüber noch einige Zeit hingehen kann. Du kommst also jeden Fall in eine bedenkliche und ungewisse Lage."

Diese Schilderungen des Vaters konnten aber doch den igen Gustav Faber nicht abhalten, auf den Vorschlag des ikels einzugehen; er kam nach Magdeburg, arbeitete erst eine itlang als Gehilfe in der Buchdruckerei und übernahm dann das schäft am 1. Juli 1846. Schon im nächsten Jahre starb der te Friedrich Faber.

Der Übernahme ging jedoch erst eine lange Zeit der Mühen id Sorgen um die Erlangung der Konzession voraus. Das inisterium wollte das Privileg Friedrich Fabers nicht auf den effen übertragen. Auf Umwegen erfuhr Gustav Faber, daß die Magdeburgische Zeitung" trotz der peinlichst durchgeführten Zensur Berlin „schon seit längerer Zeit in einem nichts weniger als hr guten Geruche" stehe. „In politischer und noch mehr in rchlicher und religiöser Hinsicht," hieß es weiter in dem vertrauchen Briefe von befreundeter Hand, „wird ihre Tendenz als eine hr tadelnswerte bezeichnet. In erster Hinsicht ist es die Aufahme von Artikeln, welche ganz dazu gemacht sind, die Regierung ihren Absichten und vorhabenden Maßregeln zu verdächtigen nd Mißtrauen gegen dieselbe zu erregen, welches man hier (in erlin) mit Mißvergnügen in einem Blatte sieht, welches in der lten treuen Stadt, wie in der Provinz viel gelesen wird. In eligiöser Hinsicht hat sich dieses Blatt zum Organ der sogeannten Lichtfreunde und ihrer Zusammenkünfte hergegeben, und a die ultrarationalistische Richtung dieser Gesellschaft gewiß nicht ie ist, welche man gefördert und gehegt zu sehen wünscht, so vird das diesem Blatte und seinem Verleger gewiß mit Recht erübelt."

Diese Ausstellungen und Vorwürfe waren aber durchaus

unberechtigt. Wenn man die Jahrgänge der Zeitung durch blättert, selbst bis in die Bände der verhängnisvollen Jahre 1848 und 49 hinein, stößt man nirgends auf irgend welche hässigkeiten oder extremen Forderungen. „Man wird vielm anerkennen müssen“, betont daher Alexander Faber, „daß Blatt niemals in Bezug auf die Liebe und Treue zum Kön hause und der Monarchie geschwankt, sondern in warmer würdiger Weise einen notwendigen und daher gesunden Fortsch vertreten hat.“

Aber man brauchte in Berlin solche gewichtigen Grün um sich, wie es in dem vertraulichen Briefe hieß, die „mögli Garantieen zu sichern.“ Diese erblickte man darin, daß man neuen Besitzer der Druckerei die Herausgabe der „Magdeburg schen Zeitung“ nur „unter dem Vorbehalte des jederzeitigen le lich von dem Ermessen der Verwaltungs-Behörden ohne Pro kation auf den Ausspruch des Königlichen Ober-Zensur-Ger abhängigen und von jenen Behörden auszusprechenden Widerru gestattete. Diese unbedingte Widerruflichkeit der vorläufigen Ko zession mußte Gustav Faber außerdem noch durch Unterschri eines Protokolls vor dem Polizei-Direktor von Kamptz anerkenn

Trotz dieser unerhörten Beschränkung ging der junge Gust Faber arbeitsfreudig daran, die Zeitung weiter zu fördern, e setzte die alten Guttenbergschen Pressen durch Schnellpressen un erwarb sich in dem Dr. Loempke einen tüchtigen Redakteur, d auch in den folgenden stürmischen Zeiten das Blatt geschickt dur alle Klippen führte. Die Zeitung erschien damals in einer Au lage von etwa fünftausend Exemplaren.

Lebhafter, als die „Magdeburgische Zeitung“, trat der „Hal lische Kurier“ für die liberalen Tagesfragen, besonders di religiösen, ein. Sein Redakteur Dr. Gustav Schwetschke (vergl S. 276) war ein eifriger Anhänger des Pastors Wislicenus un ein tätiges Mitglied der „Lichtfreunde“. Als 1845 die hallisch Orthodoxen gegen den freisinnigen Pfarrer die Anklage des Ab falls von Christo erhoben, wagte es Schwetschke im Juli 1845 als Friedrich Wilhelm IV. auf einer Durchreise Halle berührte dem Könige mit großer Freimütigkeit den religiösen Standpunkt

Pfarrers Wislicenus darzulegen und mit der ihm eigenen
rde den Monarchen um sein persönliches Eingreifen zu Gunsten
Angeklagten zu bitten. Friedrich Wilhelm IV. gab jedoch die
ze Antwort „Ich bin ein mächtiger Herr, ich lasse mir nicht
onieren!“ und wies damit jeden Versuch, ihn für Wislicenus
stig zu stimmen, zurück.

Schwetschke beharrte jedoch, trotz der königlichen Abweisung,
h ferner auf seinem freisinnigen Standpunkte und brachte ihn
seiner Zeitung zum Ausdruck; bei der wachsenden Arbeit, die
n sein Verlagsgeschäft aufbürdete, mußte er aber die Leitung
: Redaktion in die Hände des Dr. Julius Schadeberg legen,
r sodann das Blatt bis in die siebziger Jahre hinein redigierte.

Zur Bekämpfung des liberalen Geistes und somit des „Hal-
chen Kuriers“ gründete der Pastor Friedrich von Tippelskirch
Giebichenstein mit dem Buchhändler Richard Mühlmann in
alle 1844 das „Volksblatt für Stadt und Land“, auch
rzweg das „Hallische Volksblatt“ genannt. Mit diesem sollte
in gemütsinniges Christentum und ein königstreuer Patriotismus“
n Volke verbreitet werden; es verirrte sich aber so weit in
rthodox-pietistische Irrgänge, daß der Professor Karl Witte, das
hemalige Wunderkind, in ihm (dem evangelischen Blatte!) sogar
ie Triersche Rockanbetung gutheißen konnte. Daher drang es
enn auch nicht ins Volk, sondern nur in die Kreise von Geist-
ichen, Beamten und konservativen Gutsbesitzern, so daß ein schalk-
after Mitarbeiter in einem „Güldenen Abc“ über die Ziele und
Ergebnisse des ersten Jahrganges reimte:

> Von Tippelskirch ein Volksblatt schrieb,
> Das ziemlich fern vom Volke blieb.

Erst später, in den 50er Jahren, unter Philipp von Nathusius,
hat es dann eine größere Bedeutung erlangt.

Einen besonderen Aufschwung nahm die Presse im Westen,
vornämlich in Köln, das seiner günstigen Lage wegen die Nach-
richten aus Paris, für die man sich seit 1830 wieder mehr denn
je interessierte, früher als die Städte Mitteldeutschlands und des
Ostens erhielt. Vor allem machte sich die „Kölnische Zei-
tung“ diesen günstigen Umstand zu nutze, und so datiert denn

auch die eigentliche Bedeutung dieses Blattes aus den Tagen d Julirevolution. Ein besonders günstiger Umstand für die Zeitu trat noch dadurch ein, daß 1831 nach dem Tode des ä Marcus Du Mont dessen intelligenter Sohn Joseph die Leitu des Geschäftes übernahm und sofort daran ging, alle Einri tungen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, zu verbe Hermann Grieben nennt ihn denn auch geradezu den Begrün der späteren Größe der „Kölnischen Zeitug“.*) Levin Schück schildert ihn in seinen Lebenserinnerungen in folgender We „Obwohl ohne gelehrte Bildung, war er eine Natur, die geistig so entwickelt hatte, wie es ihr in ihrer Umgebung, alten reichsstadt-kölnischen Anschauungen und Verhältnissen, möglich gewesen; er war tätig und energisch, und das englis ‚Where is a will, is a way‘ paßte auf ihn, wenn je auf ein Mann. Mit diesem Willen hatte er sich vorgenommen, in d immer gärender, politisch bewegter werdenden Zeit die ‚Kölnisch Zeitung‘ auf ein ganz anderes Niveau zu heben.“ **)

Das erste, was er unternahm, war die technische Vervol kommnung der Druckerei. Mit sämtlichen Einrichtungen war m hier auffallend zurückgeblieben. Noch immer hantierte man den alten hölzernen Pressen und brauchte daher zum Druck d Auflage von ungefähr 3300 Exemplaren nicht weniger denn vol zwölf Stunden. Joseph Du Mont ließ es sich daher angeleg sein, so bald als möglich eine König & Bauersche Schnellpre zu erwerben, mit der dann am 4. Februar 1833 der erste Bog der Zeitung gedruckt wurde. Bereits war Mitte Dez. 1832 d Format des Blattes vergrößert worden; auch erschien die Zeitu von jetzt ab täglich, d. h. es wurde auch Sonntags eine Numm gedruckt, eine Neuerung, die sich in den späteren bewegten Zei als sehr vorteilhaft erwies. Weiterhin richtete er 1838 — zue von allen deutschen Blättern — ein Feuilleton für wissenschaf liche und schönwissenschaftliche Literatur ein, in welchem bald v Gediegenes geboten wurde. Am 8. Oktober 1840 erschien dor

*) Gesch. d. Köln. Zeitung. Köln 1880, S. 12.
**) Schücking, Lebenserinnerungen. 2 Bde. Bresl. 1886.

unter dem Ministerium Thiers das Geschrei der Franzosen
dem deutschen Rhein wieder angefacht war, das Rheinlied
Nikolaus Becker:

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Ob sie wie gier'ge Raben
Sich heiser danach schrein, u. s. w.

anntlich rief dies Lied einen ganz ungeheuren Enthusiasmus
ganz Deutschland hervor.

Als eine zweckmäßige kaufmännische Manipulation erwies es
, daß er 1839 den „Welt- und Staatsboten" zum Preise
12000 Talern aufkaufte und mit der „Kölnischen Zeitung"
schmolz.

Seine ganze Aufmerksamkeit wendete er dem Vereinigten
ußischen Landtage zu, nachdem dieser am 11. April 1847 er-
net worden war. Ganz Deutschland knüpfte hochgespannte
wartungen an dieses Ereignis, und darum setzte Joseph Du
ont alles daran, die unverkürzten Sitzungsberichte so bald wie
glich wiederzugeben. Dem stellten sich aber viele Schwierig-
ten entgegen. Die Sitzungen waren nicht öffentlich und auch
n Vertretern der Presse nicht zugänglich, dagegen erschienen die
richte sehr ausführlich, doch immer erst acht Tage nachher, in
r „Allgemeinen Preußischen Zeitung", der sie die übrigen
lätter entnehmen mußten. Die Verbindung zwischen Köln und
erlin war nun aber zu jener Zeit äußerst mangelhaft; nur bis
inden führte die Eisenbahn von der Hauptstadt; von da brach-
n Schnellposten die Briefe und Zeitungen weiter. Joseph Du
ont richtete jedoch zur beschleunigten Beförderung der Post-
chen der „Kölnischen Zeitungen" einen besonderen Kurierdienst
n Minden nach Köln ein. Er ließ das dort mit der Eisen-
ahn für seine Zeitung eingetroffene Brief- und Zeitungspacket
gleich durch eine Staffette weiter gehen und erzielte durch diese
llerdings sehr kostspielige Beförderungsweise vor der gewöhn-
ichen Briefpost einen Vorsprung, durch den er erreichte, daß die
andtagsverhandlungen in der „Kölnischen Zeitung" einen vollen
Tag früher, als in anderen Blättern, erschienen.

Mit diesen Verbesserungen der technischen Einrichtungen gin
die Erweiterung des Inhalts der Zeitung Hand in Hand; do
währte es einige Zeit, bis Joseph Du Mont den geeigneten Re
dakteur fand. Zu Anfang des Jahres 1842 gewann er sich de
Dr. Hermes, der bisher die „Deutsche Nationalzeitung" in Bra
schweig redigiert und sich durch geistreiche Leitartikel vorteilh
bekannt gemacht hatte. Auch die Leitartikel, die Hermes nun f
die „Kölnische Zeitung" schrieb, erregten Aufsehen, und sie ware
so gewandt abgefaßt, daß sie durch die Zensur nicht unterdrü
werden konnten. Die Regierung unternahm es deshalb, wi
Grieben mitteilt, auf dem Wege der Bestechung auf Hermes ei
zuwirken, um auf diese Weise die Zeitung in andere Bahne
zu lenken, und Hermes war nicht charakterfest genug, eine
solchen Versuchung zu widerstehen. Aber Joseph Du Mont
scharfes Auge erkannte sehr bald, welche Schwenkung sein Redak
teur machte, erklärte ihm eines Tages auf Grund eines bereit
gesetzten Leitartikels, der offenbar im Auftrage der Regierung ge
schrieben worden war, keine Zeile mehr von ihm aufzunehmen
und enthob ihn seiner Stelle. Bald nachher trat dann Herme
(zur allgemeinen Verwunderung der liberalen Blätter, die nich
hinter die Kulissen hatten blicken können) in die Redaktion de
„Preußischen Allgemeinen Zeitung" in Berlin ein. Nach Herme
übernahm zunächst Püttmann, der Dichter der „Tscherkessenlieder"
interimistisch die Redaktion der „Kölnischen Zeitung", bis a
1. Jan. 1844 Dr. K. Andree, vordem Redakteur der „Mainzer"
„Oberdeutschen" und der „Deutschen Wochenzeitung", der Leite
des Blattes wurde. Mit ihm kam ein sehr energischer Vertrete
des liberalen Fortschritts und besonders ein Verfechter der natio
nalen Ziele in der Zeitung zum Worte. Unter seinem Regime
stieg die Zahl der Abonnenten bald auf 8100. Doch trug zu
diesem Aufschwunge auch die gesteigerte Pflege des Feuilletons
bei, dessen Redaktion vom Herbst 1845 ab kein Geringerer als
Levin Schücking übernommen hatte. Zu seinem großen Mißver
gnügen durfte sich der junge Feuergeist aber nur in sehr enge
Schranken bewegen. Nach vielen Jahren noch kam dieser Unmut
in seinen Lebenserinnerungen zum Ausdruck. „Ich suchte," schreibt

ücking dort, „dem mir anvertrauten Feuilleton etwas von dem geistigen Erscheinungen der Zeit berücksichtigenden Inhalt der lage der ‚Allgemeinen Zeitung‘ zu geben, was aber in dem en Rahmen kaum gelang, obwohl ich Gutzkow, Dingelstedt, isser, Stahr, Spindler und viele andere für die Mitarbeit ge-m.“ Leider mußte auch Andree bald die Enge der Schranken spüren, in denen sich die „Kölnische Zeitung“ bewegen sollte. ch dem Auftreten von Ronge und Czerski geriet er in eine tige Polemik mit der katholischen Geistlichkeit, und diese übte i einen solchen Druck auf Du Mont aus, daß dieser besorgte, en großen Teil seiner katholischen Leser zu verlieren und eine näßigtere Haltung der Zeitung verlangte; Andree konnte sich :r zu einer solchen nicht verstehen und gab daher im Sommer 45 seine Stellung auf.*) Sein Nachfolger wurde am 1. No-nber 1845 Karl Heinrich Brüggemann, und mit diesem erhielt in endlich Joseph Du Mont einen Mitarbeiter, der Jahrzehnte ndurch, bis zu seinem Lebensende 1887, der Zeitung treu blieb id ihr in allen Verhältnissen eine hervorragende Stütze war.

Als Brüggemann nach Köln kam, lag schon ein sehr ernster :bensabschnitt hinter ihm. Geboren 1810 in Hopsten nahe der lländischen Grenze, hatte er sich als junger Student der Rechts- id Staatswissenschaft der Burschenschaft angeschlossen und war i dem Hambacher Fest als begeisterter Redner für die Einigung eutschlands eingetreten. Die Folgen zeigten sich schnell. Er urde verhaftet, an Preußen ausgeliefert und nach zweijähriger oruntersuchung wegen Hochverrats zum Tode durchs Rad ver-rteilt. Zu stolz, die äußerliche Rechtmäßigkeit des furchtbaren pruches anzufechten, sah er gefaßt der Vollstreckung des Urteils ntgegen; doch kam es nicht so weit. Friedrich Wilhelm III. nderte die Todesstrafe in lebenslängliche Festungshaft um, worauf rüggemann nach Posen gebracht wurde. Dort saß er nun sechs Jahre lang, bis der allgemeine Gnadenerlaß Friedrich Wilhelms IV. uch ihm die Freiheit wiedergab. Die abgebrochenen Studien ermochte er aber nicht wieder im vollen Umfange aufzunehmen;

*) Prisac, Die akatholische Tendenz der „Kölnischen Zeitung“. Cobl. 1844.

er wandte sich daher der publizistischen Tätigkeit zu und verfaßte besonders nationalökonomische und staatswissenschaftliche Abhandlungen und Broschüren. Wie der verfassungsmäßige Ausbau des Staates, so lag ihm ganz besonders auch das Wohl der arbeitenden Klassen am Herzen, und daher beteiligte er sich an der Gründung eines Vereins, dessen Tätigkeit sich auf jene Ziele richtete. Die volkswirtschaftliche Gesetzgebung der jüngsten Zeit hat sich bekanntlich die Verbesserung der Lage der Arbeiter ganz besonders angelegen sein lassen; damals, in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, witterte die Regierung in solchen Bestrebungen jedoch sofort ein staatsgefährliches Unternehmen, und der Minister v. Bodelschwingh hielt es daher, als es bekannt wurde, daß Brüggemann einen Ruf zur Leitung der „Kölnischen Zeitung" erhalten habe, für angebracht, dem jungen Publizisten vor seiner Abreise nach Köln mündlich zu eröffnen, daß eine „kommunistisch-subversive" Leitung des Blattes die unverweilte Unterdrückung desselben zur Folge haben werde. Ob es Brüggemann gelang, den seltsamen Verdacht, seine volkswirtschaftliche Anschauung fuße auf dem Kommunismus, bei dem Minister zu entkräften, ist nicht bekannt, wohl aber weiß man zur Genüge, daß die „Kölnische Zeitung" fort und fort von der Regierung auf das sorgfältigste überwacht wurde und von einer scharfen Zensur besonders viel zu leiden hatte. Aber Brüggemann ließ sich dadurch nicht beirren; sein Optimismus war durch die trübe Festungshaft nicht erschüttert worden. Mit einem Arbeitseifer sondergleichen, schreibt Levin Schücking in den schon erwähnten Lebenserinnerungen, unternahm er die schwere Arbeit, das Fahrzeug, das seiner Führung anvertraut wurde, auch unter so ungünstigen Verhältnissen weiter vorwärts zu führen, und dabei blieb er mit immer gleich heiterem Mute in all den Stürmen, welchen er entgegen ging, der feste Pilot.

Wie drückend und unleidlich die Zensur oft war, berichtet Hermann Grieben in seiner Geschichte der „Kölnischen Zeitung" in ausführlicher Weise; dazu kam noch, daß das gerade nicht in hohem Ansehen stehende Amt eines Zensors meist untergeordneten

lizeileuten, oder solchen Beamten anvertraut wurde, deren gei-
e Befähigung sie zu nichts Anderem tauglich machte. Erwiderte
h der Oberpräsident dem Klage führenden Brüggemann: „Ja,
ken Sie denn, ich könnte meine besten Regierungsräte zu Zen-
en hergeben?“ So wurden denn oft die lächerlichsten Strei-
ngen vorgenommen. Längere Zeit war ein Polizeirat Dolle-
ill mit der Zensur betraut, und dieser leistete geradezu Un-
ubliches bei seinen Streichungen. Einst hatte er einen Verweis
alten, weil er einem Zeitungs-Korrespondenzartikel „Von der
urg“ das Druckrecht erteilt hatte; infolgedessen strich er lange
it konsequent alle von einem kleinen Flusse in Deutschland da-
rten Artikel, sie mochten nun „Von der Leine“, oder „Von der
ter“, oder „Von der Pleiße“ überschrieben sein. „Der Henker
l die Schreibereien von dem kleinen Bachzeug holen,“ war da-
sein Wort. Als die Zeiten immer aufgeregter wurden, wollte
der Sonne nicht mehr gestatten, blutigrot unterzugehen. Ein
das empfindsamer Berichterstatter hatte seine Schilderung einer
inen revolutionären Bewegung in Köln mit den Worten ge-
lossen: „In weiter Ferne grollte der Donner, und blutigrot
ng die Sonne unter.“ Als sein Bericht vom Zensor zurückkam,
eß es nur noch „und die Sonne ging unter“, das Wort „blutig-
t“ war gestrichen.

Angesichts dieses ganz ungeheuren Druckes, der fortwährend
f die Presse ausgeübt wurde, hätte sich eigentlich — so sollte
an meinen — das Verlangen, noch ein zweites Blatt in Köln
besitzen, gar nicht regen sollen; dennoch tauchte der Wunsch
iederholt auf und wurde sogar für kurze Zeit in einer Weise
rwirklicht, die weithin in Deutschland Aufsehen erregte. Die
ste Anregung gab der letzte Redakteur des 1838 von der „Köl-
ischen Zeitung“ aufgekauften „Welt- und Staatsboten“, Dr.
ave, und die Regierung erteilte auch schließlich die nachgesuchte
onzession, weil ihr die „Kölnische Zeitung“ zu sehr auf der
erikalen Seite stand, besonders in dem Kampf mit dem Erz-
ischof über die gemischten Ehen. Dr. Rave ließ darauf 1840
n Vereine mit Dr. Schulte eine Programmerklärung erscheinen

unter dem Titel „Will Köln die Monopolisierung seiner Öffentlichkeit durch Eine Zeitung oder nicht?“*) und legte darin dar, daß das neue Blatt wohl auf katholischem Standpunkte stehen, sich aber von allem Streit in Glaubenssachen fernhalten, dagegen in den Kampf um die Konstitution, gegen den Ultramontanismus und für die Vormachtsstellung Preußens in Deutschland eintreten werde. Mit dieser Erklärung erstanden jedoch dem Projekte sofort zwei Feinde, der Klerus, der sich von den Kanzeln herab öffentlich gegen das neue Unternehmen wandte, und die Regierung, die an der ausgesprochen konstitutionellen Richtung Anstoß nahm und sich nun zu einer wohl im stillen in Aussicht gestellten Subvention nicht entschließen konnte. Mit eigenen Mitteln konnte aber Dr. Rave die Zeitung nicht ins Leben rufen, besonders vermochte er nicht die Kaution von 3000 Talern zu leisten und mußte darum schließlich das Projekt fallen lassen. Das Verlangen nach einer durchaus liberalen Zeitung erhielt sich aber in weiten rheinischen Kreisen, und als der rheinische Provinzial-Landtag 1841 öffentlich dem Wunsche nach Preßfreiheit Ausdruck gab, tauchte auch in den Kreisen dieses Landtages der Gedanke auf, die gewünschte Zeitung als Aktienunternehmen zu gründen, wie man es bereits in Frankreich getan hatte. Der Vorschlag fand Beifall, und noch im selben Jahre trat in Köln ein Kreis von Männern, dem u. a. der Landgerichtsassessor Georg Jung, Dagobert Oppenheim, der spätere Präsident der Köln-Mindener Eisenbahn, Rudolf Schramm, Dr. Claessen und Gustav Mevissen angehörten, zusammen und konstituierte sich am 15. Dezember 1841 als Kommanditgesellschaft mit 30000 Talern Aktienkapital zur Herausgabe einer Zeitung. Unmittelbar darauf kaufte die Gesellschaft die Ravesche Konzession an, was zwar ganz ungesetzlich war, aber doch von der Regierung geduldet wurde, weil sie eine Gegenwirkung gegen die „Kölnische Zeitung“ zu haben wünschte, und nun erschien bereits am 1. Januar 1842 das neue Blatt unter dem Titel „Rheinische Zeitung für Handel, Politik und Gewerbe.“ Es bot sich dar als ein neues Blatt im

*) Köln hatte damals 70 000 Einwohner.

testen Sinne des Worts, überraschte durch seine Entschiedenheit Gesinnung, sein gereiftes Urteil und zeichnete sich durch einen sten, würdigen Ton aus. In allen liberalen Kreisen Deutschds wurde es daher mit außerordentlichem Beifall aufgenommen; h kaum halbjährigem Bestehen besaß es bereits 3000 Abonten, eine für die damalige Zeit schon sehr ansehnliche Zahl.

Eine solch vornehme Sprache, wie sie die „Rheinische Zeig" führte, war bisher in einer deutschen Zeitung noch nicht nommen worden. Sie bewegte sich im junghegelschen Stile, vordem die „Hallischen Jahrbücher", und entwickelte in dieser julsprache ihre politischen Ansichten mit jener philosophischen rheit und Ruhe, die den Leser unwillkürlich gefangen nahm. Beobachter der Journalistik jener Tage,*) der sonst über das tsche Zeitungswesen recht abfällig urteilt, ist von der „Rheichen Zeitung" des Lobes voll und stellt sie über die Cottasche llgemeine Zeitung". „Der bedeutende Raum", schreibt er, „der m Redakteur der ‚Rheinischen Zeitung' stets zur Verfügung ht, gestattet ihm nicht nur die Erörterung allgemeiner prinzieller Fragen und Vertretung, insbesondere des preußischen Libelismus, sondern er kann außerdem noch den Liberalen der deren deutschen Länder und der Schweiz zum Organ dienen d die politische Entwicklung der übrigen kultivierten Staaten m allgemeinen freisinnigen Standpunkte aus verfolgen. Auf se Weise gibt sie nicht nur über die fortwährende innere Entcklung des liberalen Bewußtseins, sowie über die äußere Verreitung der politischen Bildung Deutschlands aufs ausführlichste echenschaft, sondern sie legt auch die Parteistellung des Auslandes it einer nur auf ihrem Standpunkte möglichen Klarheit auseinnder und läßt bei alledem dennoch dem tatsächlichen Stoff keinen bbruch geschehen. Vergleichen wir sie in dieser Beziehung mit er „Augsburger", die, was die Tatsachen anbetrifft, doch immer ür die beste Zeitung gegolten hat! Die Rubrik ‚Deutschland' ist elbst nach Abrechnung der wöchentlich mehreremal erscheinenden

*) Deutschlands politische Presse. Zürich 1842. Den Namen des geistreichen Verfassers habe ich leider nicht ermitteln können.

leitenden Artikel in der ‚Rheinischen Zeitung‘ wenigstens doppelt so lang wie in der ‚Augsburger‘, und außer den Tatsachen, die beiden gemeinsam sind, auch noch diejenigen, die die ‚Augsburger‘ vermöge ihrer Allparteilichkeit nicht bringen kann. Dagegen hat die ‚Augsburger‘ allerdings wöchentliche Berichte über das erwünschte Allerhöchste Wohlsein Sr. Maj. des Königs von Bayern und sämtlicher Königl. Bayrischen Prinzen, sowie die Reisen aller hohen Personen in Deutschland, die Beschreibung hoher, höchster, Allerhöchster Hochzeiten, Kindertaufen und Begräbnisse in extenso vor der ‚Rheinischen‘ voraus. Die französischen und englischen Artikel mögen bei beiden etwa gleich umfangreich sein, die der ‚Rheinischen‘ haben aber ein bestimmtes Urteil, ein klares Bewußtsein, daher eine Gruppierung der Parteien, während in der ‚Augsburger‘ eine Konfusion, ein chaotisches ordnungsloses Durcheinander der Parteien sich breit macht, das bei jedem den unklarsten Eindruck hinterlassen muß, der nicht jede Chiffre ihrem Charakter nach kennt. .... Die Beilage der ‚Augsburger‘ wird mindestens, was die Masse des Gegebenen betrifft, durch das Feuilleton und Beiblatt der ‚Rheinischen‘ aufgewogen, und in Beziehung auf den Inhalt beschäftigt sich diese mit prinzipiellen publizistischen Erörterungen, mit dem Stande der geistigen Bildung oder der materiellen Interessen, während die ‚Augsburger‘ tausenderlei Allotria, Reisebeschreibungen u. s. w. gibt, die wenigstens in einer politischen Zeitung nicht an ihrem Orte sind. Über den Stand der Literatur endlich berichtet die ‚Rheinische‘ treuer, ausführlicher und von festeren Prinzipien aus, als die ‚Augsburger‘“.

Der erste Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ war Gustav Höfken, der von der Cottaschen „Allgemeinen Zeitung“ kam, aber den Geranten nicht entschieden genug auftrat und darum schon nach 18 Tagen durch Dr. Rutenberg ersetzt wurde, der bisher in Berlin literarisch tätig gewesen war. Durch ihn wurden besonders die französisch-liberalen Ideen in dem Blatte vertreten. Der Minister von Eichhorn erzwang jedoch sehr bald den Rücktritt Rutenbergs, indem er durch den Regierungspräsidenten von Gerlach in Köln (der sogar selbst Aktionär war) den Geranten mitteilen ließ, daß die Staatsregierung ein „entschiedenes Mißfallen“ über die

ltung der „Rheinischen Zeitung" empfinde, auf die Entlassung Dr. Rutenberg dringen und einen der Regierung zusagenderen dakteur verlangen müsse. Darauf wurde mit dem Beginn des ptembers 1842 Karl Marx, der damals noch nicht Sozialıokrat, sondern radikaler Bourgeois war, der Leiter des Blattes. den Mitarbeitern der Zeitung zählten bald alle bedeutenden eralen Männer des damaligen Jahrzehnts, so Berthold Auerh, Privatdozent Bruno Bauer, Dingelstedt, Franz Engels, lius Fröbel, Gutzkow, Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, iedrich List, Robert Prutz u. a.

Der Zensor Dolleschall geriet über die Zeitung natürlich sehr ld in die größte Aufregung. Er fühlte wohl dunkel heraus, ß hier bedeutende Mächte für die liberalen Ideen eintraten, er der geistreichen Sprache gegenüber war sein Rotstift ganz enstunfähig. Die Sache war um so schwieriger, als die Zeing mit allem Eifer für die preußische Führerschaft in Deutschnd kämpfte, also eigentlich die preußischen Interessen vertrat. er Minister von Eichhorn erkannte auch die Unzulänglichkeit des olleschall sehr bald und schickte zunächst den Regierungsassessor Biethaus als Zensor nach Köln, und als dieser sich ebenfalls als nzulänglich erwies, den Ministerialsekretär von St. Paul. Außerem gab er dem Regierungspräsidenten von Gerlach auf, sich tägch die Zeitung, nachdem sie die Zensur passiert hatte, nochmals ur Durchsicht vorlegen zu lassen und dann nach seinem Gutünken das Erscheinen derselben zu verhindern, wenn er der Zensur ungeachtet doch noch unzulässige Stellen oder Artikel darin inden sollte. Aber auch bei dieser doppelten Durchsiebung des Textes fielen noch so viele Steine durch, an denen man in Berlin Anstoß nahm, daß schließlich die Unterdrückung des Blattes für den 31. März 1843 beschlossen wurde. „Unverkennbar herrschte in der Zeitung fortgesetzt die Absicht vor", hieß es in dem die Unterdrückung motivierenden Ministerialreskripte, „die Verfassung des Staates in ihrer Basis anzugreifen, Theorieen zu entwickeln, welche auf Erschütterung des monarchischen Prinzips abzielen, das Verfahren der Regierung in der öffentlichen Meinung böswillig zu verdächtigen, einzelne Stände der Nation gegeneinander auf-

zureizen, Mißvergnügen mit den bestehenden gesetzlichen Zuständen zu erwecken und sehr feindselige Richtungen gegen befreundete Mächte zu begünstigen. Seit dem Schlusse des Jahres 1842 hat sich das Blatt von neuem einer Zügellosigkeit des Ausdrucks und der Gesinnung hingegeben, welche seine frühere Weise wo möglich noch überbietet. Seine Absicht, das Bestehende in Staat und Kirche anzufeinden, zu untergraben und allgemeines Mißvergnügen mit der Staatsverwaltung zu erwecken, ist unverkennbar. Es hört nicht auf, dieselbe zu verleumden, ihren Maßregeln in frecher Weise hohnzusprechen, loyale Elemente und Organe überall mit unwürdigem Spotte zu verfolgen und selbst auswärtige Mächte sowohl innerhalb als außerhalb des deutschen Landes zu beleidigen."

Das gewaltsame Vorgehen der Regierung erregte aber einen Sturm der Entrüstung; eine Petition angesehener Bürger Kölns mit 911 Unterschriften bat den König um Aufhebung des Verbots, jedoch vergebens. Eine Deputation der Aktionäre der Zeitung begab sich in gleicher Absicht nach Berlin, wurde aber vom Könige gar nicht vorgelassen, sondern erhielt durch die dem Zensurwesen vorgesetzten Ministerien einfach den Bescheid, daß es bei dem Verbote sein Bewenden haben müsse. Petitionen aus Düsseldorf, Barmen, Trier, Lennep, Bernkastel, Trarbach, Gütersloh, Rheda, Wiedenbrück u. s. w. wurden in gleicher Weise abgetan. Den Advokaten und Notaren Düsseldorfs, die eine solche Petition mit unterzeichnet hatten, wurde durch das Justizministerium eröffnet, daß der König mißfällig bemerkt habe, wie sich auch Justizbeamte durch Anfertigung von Petitionen und Sammlung von Unterschriften an Manifestationen gegen Maßregeln der Verwaltung beteiligt hätten, weshalb sie ermahnt wurden, „sich gereiftere Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beschaffen."

Diese barsche Beseitigung eines Blattes, das die politischen Anschauungen, Wünsche und Forderungen weiter gebildeter Kreise vertrat und diese nun mundtot machte, mußte natürlich im ganzen preußischen Westen große Erbitterung hervorrufen und konnte nur dazu beitragen, den Staat um so rascher der Katastrophe von 1848 entgegenzutreiben.

Die Tragödie der „Rheinischen Zeitung" erhielt übrigens h ein kleines burleskes Nachspiel. Der bisherige Zensor der heinischen Zeitung", Ministerialsekretär von St. Paul, gab, er von Köln wieder nach Berlin zurückkehrte, einigen Freun= ein Abschiedsessen, bei dem übermäßig pokuliert wurde, und h diesem besuchte er noch mit dem Zensor der „Kölnischen itung", dem Assessor Grafen Fritz Eulenburg, der ebenfalls stark getrunken war, ein öffentliches Haus. Dort verübte er mit nem Begleiter alsbald einen solchen Unfug, daß die Inhaberin s Hauses die Polizei holen ließ, die die beiden Herren ins adtgefängnis steckte, aus dem sie erst am andern Morgen wieder lassen wurden. Weiterhin erfolgten richterliche Bestrafungen. er Ministerialsekretär von St. Paul wurde kassiert, der Assessor raf Fritz Eulenburg zu einer Buße von 25 Talern verurteilt und ßerdem seiner Funktionen als Zensor enthoben. An seine Stelle at provisorisch der Divisionsprediger Grashoff. Die ganze resse brachte diese Skandalgeschichte natürlich mit einem gewissen immigen Behagen und wies besonders darauf hin, daß erst irzlich der König Friedrich Wilhelm IV. eine Verordnung er= ssen habe, nach der zu Zensoren nur „achtbare, moralische und renwerte Männer" genommen werden sollten.*)

Im benachbarten Wuppertal entwickelte sich unterdessen eine rthodox=konservative Presse. Bekanntlich erschienen dort, in Elber= ld, seit Jahrzehnten zwei Blätter, die „Allgemeine Zeitung" und ie „Provinzialzeitung"; diese wurden am 1. Juli 1834 zu iner Zeitung verschmolzen, die nun den Titel „Elberfelder Zeitung (Vereinigte Allgemeine Zeitung und Provinzialzeitung, Verlag von Büschler und Lucas)" erhielt. Am 1. Juli 1847 ging dann das Blatt in den ausschließlichen Besitz der Familie Lucas über, in deren Händen es bis zum 31. März 1904 blieb. Die hervorragendsten Redakteure der in Rede stehenden Periode waren Dr. Martin Runkel (1839—1843) und Dr. B. Rave

*) Ausführliches über diese Angelegenheit bei F. C. Bernays. Schand= geschichten zur Charakteristik des deutschen Zensoren= und Redaktorenpacks. Straßburg 1843, S. 11—15. Vergl. auch L. Berger, Der alte Harkort, S. 396.

(1844—1864). Besonders Runkel ordnete sich ganz der pietistisch-konservativen Partei unter, an deren Spitze der Pastor Fr. A. Krummacher, der bekannte Parabeldichter, stand, so daß der Verfasser der Broschüre „Deutschlands politische Zeitungen" das harte Urteil über die Zeitung fällt: „Sie brennt förmlich vor Unterwürfigkeit; sie kann die Weisheit der Regierung nicht genug bewundern, und weil sie ihre eigene Beschränktheit erkennt, ist sie selig in der Theorie vom beschränkten Untertanenverstand." Dr. Rave schlug einen etwas freieren Ton an und hob die Zeitung auch einigermaßen über das Niveau des Lokalblattes.

Gleichzeitig mit der Fusion in Elberfeld trat 1834 die „Barmer Zeitung" ins Leben. Sie wurde von dem Buchdrucker Friedrich Staats gegründet und erhielt als ihren ersten Leiter den Redakteur v. Czarnowski. Im Gegensatz zu ihrer Elberfelder Kollegin vertrat sie die liberalen Ideen der Zeit und hatte daher von manchen Anfechtungen zu leiden.

Recht kläglich siechte der einst von Arnold Mallinckrodt gegründete „Westphälische Anzeiger" dahin (vergl. S. 55). Dr. Heinrich Schulz hatte ihm in Hamm keine neue Schwungkraft zu geben vermocht und verkaufte ihn daher 1841 an J. Bagel in Wesel, der ihm den Titel „Sprecher für Rheinland und Westfalen" gab und ihm durch tüchtige Redakteure wieder emporzuhelfen suchte. So war es kein Geringerer als Roderich Benedix, der von 1841 bis 1842 das Blatt leitete, und von 1842 bis 1844 der geistvolle und kenntnisreiche Karl Grün. Nach dessen Übersiedelung nach Paris fand sich jedoch kein genügender Ersatz, so daß das einst so einflußreiche Blatt vollständig verkümmerte.

Ganz unbedeutend blieb auch die Presse in Krefeld. Seit 1829 erschien das Schüllersche „Wochenblatt", seit 1822 „Intelligenzblatt für Krefeld" geheißen, zwar zweimal in der Woche, erweiterte aber seinen Inhalt keineswegs. Als dann 1834 Karl Max Schüller das Zeitungsgeschäft übernahm, wurde das Blatt zwar täglich (mit Ausnahme des Montages) herausgegeben, der redaktionelle Teil blieb aber nach wie vor höchst dürftig. Auch während des regeren politischen Lebens von 1840 ab schwang

das Blatt zu keiner höheren Regsamkeit empor; es änderte den Titel in „Krefelder Kreis- und Intelligenzblatt“.

Mit der ausgesprochenen Absicht, die gouvernementalen Inter- n am Rhein entlang nachdrücklicher zu vertreten, gründete 43 Professor Bercht in Bonn den „Rheinischen Beob- ter“ und wurde dabei von der Regierung mit reichen Geld- teln unterstützt. Der Erfolg war jedoch außerordentlich gering; Zahl der Abonnenten soll sich nicht über sechshundert belaufen ›en. „Das Berchtsche Blatt war“, schreibt ein zeitgenössischer obachter der deutschen Presse, „der Gegenstand einer man ichte sagen systematischen Geringschätzung“, und aus diesem :unde gingen sogar ganz ausgezeichnete Arbeiten, die in der itung erschienen, wie zum Beispiel die gediegenen Aufsätze, die ter der Überschrift „Politische Gänge“ zum Abdruck kamen, rlos vorüber. Als in dem Sturmjahre 1848 die Subven- nen der Regierung aufhörten, nahm das Blatt ein plötz- hes Ende.

Endlich ist noch von den Blättern des preußischen Westens e „Trierische Zeitung“ zu erwähnen, weil sie den Mut itte, sich gegen das Treiben des Bischofs Arnoldi aufzulehnen id darum von dem streitbaren Kirchenfürsten 1846 in Acht und ann getan wurde. Infolgedessen wurde jedem Katholiken, der e „Trierische Zeitung“ hielt, von den katholischen Geistlichen die bsolution verweigert, was zu vielen Konflikten führte.

. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Zustände in Han- nover. Die „Hannov. Zeitung“ und ihr Redakteur Pertz. Die Zensur wird ach dem Wunsche des Königs gehandhabt. Die sonstigen hannoverschen Blätter.)ie Stände und die Zensur. Die Provinzpresse. Die Presse in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg. Die Hamburgischen Zeitungen. Der „Hamb. npart. Korrespondent“, die „Hamb. N. Zeitung“, die „Börsenhalle“ ꝛc. Die Bremer journalistischen Verhältnisse. Die „Bremer Zeitung“. Die Gründung ler „Weser-Zeitung“. Deren Redakteur Arens. Der „Bremer Kurier“. Die

Presse in Lübeck. Das Zeitungswesen in Schleswig-Holstein. Die Wortführer für die deutschen Interessen und ihre Blätter. Die dänenfreundliche Presse. Die kurhessischen Zeitungsverhältnisse. Sylvester Jordans Preßgesetz-Entwurf. Unrechtmäßige Beschränkungen. Die Kümmerlichkeit der hessischen Zeitungen. Ächtung eines Zensors. Absperrungen der „ausländischen" Zeitungen. Die Situation in Sachsen. Die sächsischen Zensoren. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung". Ihre ersten Redakteure. Wird in Preußen verboten. Ändert den Titel in „Deutsche Allgem. Zeitung" und wird wieder in Preußen zugelassen. Ist jetzt „weder kalt noch warm". Die „Leipziger Zeitung". Die kleineren sächsischen Zeitungen.

Die Presse der übrigen norddeutschen Staaten machte in der Periode von 1830 bis 1848 zwar ebenfalls einige Fortschritte; im großen und ganzen aber war doch im Verhältnis zu der allgemeinen Bewegung der Geister dieses ganze Zeitungswesen äußerst dürftig und eines gebildeten Volkes durchaus unwürdig. Der Grund lag einzig in dem schweren Druck, der jeder geistigen Regung, besonders aber jeder freiheitlichen, entgegengesetzt wurde.

Ganz erbärmliche Zustände herrschten im Königreich Hannover. Zunächst hinderte die Restaurationspolitik des Herzogs von Cambridge und dessen Ministers, des Grafen Münster, so ziemlich jede fortschrittliche Entwicklung, und dann trat unter dem gewalttätigen König Ernst August und seinem Minister v. Schele eine vollständige Stagnation im öffentlichen Leben ein. Der König schaltete ganz nach Belieben, brach die Verfassung und entsetzte, aller Gerechtigkeit zum Hohn, die sieben Göttinger Professoren Dahlmann, Albrecht, die Gebrüder Grimm, Gervinus, Ewald und Wilh. Ed. Weber, die gegen das rechtlose Vorgehen des Königs protestierten, ohne Rechtsspruch ihrer Ämter. Natürlich duldete er auch in der Presse keinen Widerspruch und ließ jeden sofort verfolgen, der ein freies Wort wagte. Sogar die Leihbibliotheken und Lesezirkel wurden sorgfältig überwacht, und im Jahre 1845 erließ die Polizeidirektion eine ausführliche Verfügung über die Zensur der Bücher und Journale in diesen Anstalten. Jedes Buch und jedes Journal mußte auf seine Zulässigkeit geprüft werden und erhielt dann, wenn es nicht beanstandet wurde, einen Polizeistempel, für den ein Groschen zu entrichten war. Ungestempelte Bücher und Journale durften nicht ausgegeben werden.

Bei diesen Grundanschauungen über Recht und Gerechtigkeit onnte sich eine selbständige Presse nicht entwickeln. Die „Hannöverschen Nachrichten", die von 1815 ab wöchentlich zweimal rschienen, unterrichteten ihre Leser nur höchst kümmerlich über ie Vorgänge in der politischen Welt, und als sie mit dem Schlusse des Jahres 1831 eingingen, trat an ihre Stelle ein Blatt, das zwar als die erste politische Tageszeitung Hannovers ezeichnet werden kann, aber als das ausgesprochene Organ der Regierung von sehr zweifelhaftem Werte war. Es erhielt den Titel „Hannoversche Zeitung" und als ersten Leiter keinen Geringeren als den Archivrat und Oberbibliothekar Dr. Georg Heinrich Pertz, den bekannten Herausgeber der Monumenta Germaniae historica. Über das Verhältnis der Zeitung zur Regierung gibt am besten ein Bericht des hannoverschen Ministeriums an den König Ernst August vom 30. September 1837 Auskunft. In diesem heißt es: „Die ‚Hannoversche Zeitung' ist zwar kein offizielles Blatt, dennoch aber tritt bei ihr das besondere Verhältnis ein, daß sie nicht, wie solches andere Zeitungen und Zeitschriften gewöhnlich sind, ein Privatunternehmen, sondern, um einem allgemein empfundenen Bedürfnisse abzuhelfen, von der Regierung selbst gegründet ist, und daß daher auch die Redaktoren von der Regierung ernannt sind. Im Gefolge dieser, ohnehin widerruflichen, Ernennung stehen die Redaktoren der ‚Hannoverschen Zeitung' in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung, als die Redaktoren anderer Zeitungen und Zeitschriften, und hat man aus diesem Grunde geglaubt, demselben und insonderheit dem Hauptredakteur Archivrat Dr. Pertz zugleich die Zensur übertragen zu dürfen, als der letztere nur unter der Bedingung, daß ihm die Zensur ebenfalls anvertraut werde, die Hauptredaktion übernehmen wollte."

Die Redaktionstätigkeit des Dr. Pertz erreichte jedoch bald ihr Ende; unter der Regierung des Herzog von Cambridge hatte sich Pertz immerhin einigermaßen frei bewegen können, nachdem jedoch Ernst August den Thron bestiegen hatte, änderte sich das bald. Schon im Oktober 1837 wurde auf Befehl des Königs ein besonderer Zensor für die Zeitung eingesetzt und dieser Zensor

wie die Zeitung selbst dem Königlichen Kabinett unmittelbar unterstellt. Infolgedessen sah sich Pertz gezwungen, von der Leitung der Zeitung zurückzutreten, und das Publikum erblickte in dem Blatte fortan nur das, was es in der Tat auch geworden war und blieb, „das Organ des Königlichen Kabinetts, ein gewissermaßen halboffizielles Blatt, eine Art Staatszeitung.“ Redakteur wurde Dr. Lex, der bisherige Unterredakteur, ein kenntnisreicher, aber sehr ängstlicher Mann, der sich den Anordnungen des Zensors ohne jede Widerrede unterwarf.

Diese Verhältnisse dauerten bis zum Jahre 1848; dabei strengte sich die „Hannoversche Zeitung“ auch keineswegs mit leitenden Artikeln und informierenden Aufsätzen an, sondern druckte nur Tatsächliches nach, so weit es in ihr Gebiet paßte, und war darum im Lande auch nur wegen ihrer amtlichen Mitteilungen verbreitet. Sehr bezeichnend war die Haltung des Blattes gegenüber der Erklärung, die die „Göttinger Sieben“ gegen den Staatsstreich des Königs Ernst August vom 1. November 1837 erließen. Das Blatt hat die Erklärung nie gebracht, wohl aber in Fälschungen und Entstellungen des Sachverhaltes das Mögliche geleistet.*)

Die Zensur wurde, wie ein amtlicher Bericht dartut, im allgemeinen mit besonderer Rücksicht auf die persönlichen Wünsche des Königs gehandhabt, und es wurde kein Artikel aufgenommen, der dagegen verstieß oder auswärtigen, besonders befreundeten Regierungen — namentlich der österreichischen oder preußischen — Anstoß geben konnte. Über den deutschen Bundestag und dessen Personale wurden keine Nachrichten aufgenommen, die nicht entweder als offizielle Artikel in der Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ gestanden, oder die vorherige Genehmigung des Königlichen Kabinetts erhalten hatten. Die Berichte aus Wien und Berlin mußten dem Zensor oder dem Königlichen Kabinett vorgelegt werden, ehe sie für die Zeitung zurecht gemacht wurden.

*) Näheres bei Oppermann, Zur Geschichte des Königsreichs Hannover von 1832 bis 1860. Lpzg. 1860—62, 2 Bde.

lles Raisonnement über die englische konservative Partei war rboten, und nichtoffizielle Nachrichten über die englische Königche Familie von einiger Erheblichkeit waren zur Genehmigung ι unterbreiten. Verhandlungen fremder Ständeversammlungen urden nur gebracht, wenn das Ergebnis oder die dabei von der treffenden Regierung abgegebenen Erklärungen im Sinne des öniglichen Kabinetts ausgefallen waren. Leitartikel mußten nige Tage vorher dem Zensor mitgeteilt und von diesem unter mständen dem Kabinett zur Genehmigung vorgelegt werden.*)

Neben der vollständig dominierenden und mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinenden „Hannoverschen Zeitung“ konnte ine andere Zeitung von irgend welchem selbständigen Urteil atürlich nicht existieren; die drei kleinen Blätter, die außerdem och ausgegeben wurden, nennen wir nur, um die Armseligkeit er Zeitungsliteratur Hannovers recht augenfällig zu illustrieren; hre geringe Bedeutung würde sonst ihre Erwähnung nicht genügend rechtfertigen. Sie hießen „Die Posaune, Überlieferungen aus dem Vaterlande und dem Auslande, ein Tageblatt ür Leser aller Stände“, „Hannoversches Volksblatt“ und „Hannoverscher Volksfreund“. „Die Posaune“ erfreute sich einer gewissen Beliebtheit; sie erschien seit dem 2. Okt. 1831 zunächst zweimal wöchentlich in Quart und wurde von dem in Hannover sehr populären Georg Harrys herausgegeben. Später übernahm der Sohn von Georg Harrys, Hermann Harrys, die Redaktion, nannte das Blatt von 1845 ab „Hannoversche Morgenzeitung“ und ließ es von 1846 ab dreimal in der Woche erscheinen. Zugleich fügte er ihm allwöchentlich ein „Allgemeines literarisches Anzeigeblatt“ bei, das eine Zeitlang der Literarhistoriker Karl Goedeke bearbeitete. Das „Hannoversche Volksblatt“ wurde von 1840 ab von Dr. W. Schröder herausgegeben, und der „Hannoversche Volksfreund“ von 1845 ab von dem Freiherrn Eugen von Hammerstein. Das Schrödersche Blatt bestand bis 1857, war aber mehr ein Unterhaltungs- und Witzblatt, das

*) Otto Kuntzemüller, Das Hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Preuß. Jahrbücher, Band 94, Heft 3.)

nur nebenbei kurze politische Nachrichten brachte; das Hammersteinsche Blatt ging 1848 ein.

Die Zensur gestattete diesen Blättern auch nicht die geringste freiheitliche Regung. Bis zu welchen lächerlichen Bedenken sich der Zensor bisweilen verstieg, möge nur die folgende Probe zeigen:

Am 7. Juli 1841, dem Tage der Beisetzung der Königin Friederike, der Gemahlin des Königs Ernst August, die bekanntlich in zweiter Ehe mit dem Prinzen von Solms-Braunsfeld vermählt gewesen war, wollte die „Posaune" einen Artikel veröffentlichen, worin auf eine Stelle in einem Briefe von Friedrich von Gentz an Adam Müller hingewiesen war. Gentz erzählt hier von seinem Zusammentreffen mit der Prinzessin von Solms in Teplitz und preist dabei die „wahrhaft erhabene Liebenswürdigkeit dieses mit nichts zu vergleichenden Engels." Dieser Stelle versagte der damalige für die „Posaune" eingesetzte Zensor, der Bibliotheksekretär Siemsen, das Imprimatur, weil es ihm, wie er in seinem Berichte erklärte, „unpaßlich" erschienen war, „am Tage der Beisetzung Allerhöchst Ihrer Majestät der Königin an Allerhöchstdieselbe durch sentimentale und — wenn ich meinen Empfindungen trauen darf — dem Ernste der Trauerfeier des Tages nicht nur völlig unangemessene, sondern sie störende Mitteilungen über Allerhöchstderselben heiteres Jugendleben zu erinnern, statt der Gemahlin eines Großbritannischen Prinzen und der Königin von Hannover zu gedenken — und zwar mit der Ehrerbietung eines Untertans zu gedenken — namentlich wenn überdem solche Mitteilungen aus den Schriften eines Mannes entlehnt sind, dessen Charakter, besonders in Rücksicht der Sittlichkeit, in den Augen des Publikums gewiß mit Recht bedeutend gesunken ist."

Einige Jahre später wurde die peinliche Rücksicht, die die Blätter auf das Königshaus und die königliche Regierung nehmen mußten, auch noch auf das königliche Theater ausgedehnt und der „Morgenzeitung" 1845 durch Ministerialverfügung aufs allerstrengste aller und jeder Tadel der königlichen Theaterverwaltung untersagt.

Dieser unerhörte Druck wurde natürlich auch im ganzen ge-

lbeten Publikum von Jahr zu Jahr schmerzlicher empfunden, ıd als daher den Ständen 1846 der Entwurf eines Polizei- :afgesetzes vorgelegt wurde, stellten diese zu dem von Über- etungen der Zensurvorschriften handelnden § 66 des Entwurfs lgenden Antrag:

„Der § 66 hat den Ständen dringende Veranlassung geben üssen, die so viel besprochene und so höchst unbefriedigende Lage r deutschen und insbesondere der vaterländischen Presse in ernst- he Erwägung zu ziehen. Je wohlbegründeter, nach der vor ehr als dreißig Jahren bundesverfassungsmäßig gegebenen Zu- cherung, das Verlangen nach einer auf Preßfreiheit gebauten reßgesetzgebung erscheinen muß, und je allgemeiner auch die in- ittelst gemachten Erfahrungen über die Unhaltbarkeit und die weckwidrigkeit des bisherigen Präventivsystems der Zensur ent- hieden haben dürften, desto zuversichtlicher glauben die Stände ich der Hoffnung überlassen zu dürfen, daß die Zeit endlich ge- ommen sei, wo der allgemeine Wunsch in Deutschland nach einer eitgemäßen Preßgesetzgebung in Erfüllung gehen werde. Gleich- oohl beschieden sich die Stände, daß für jetzt über die einstweilen noch estehende provisorische Bundespreßgesetzgebung nicht hinwegzusehen ei, wonach in der Hauptsache für alle Schriften, die in Form täg- icher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen für Schriften ınter zwanzig Bogen, vorgängige Genehmigung der Landesbehörde, ılso Zensur, vorgeschrieben ist. Wenn dagegen die hiesige Landes- regierung seiner Zeit noch über diese bundesgesetzlichen Schranken hinausgegangen ist, statt diese schlechthin zum Grunde zu legen, lediglich das, durch augenblickliche eigentümliche Verhältnisse her- vorgerufene veraltete und dunkle Zensuredikte vom 6. Mai 1705*)

*) Das bis zum Jahre 1848 für das Königreich Hannover maßgebende vom Kurfürsten Georg Ludwig unter dem 6. Mai 1705 erlassene Zensur- edikt lautete:

„Von Gottes Gnaden, Wir Georg Ludwig, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, des heil. Röm. Reichs Churfürst, und fügen hiermit zu wissen. Demnach angemercket worden, daß ein- und andererseits ungereimte — teils sonst bedenkliche Scripta in Vnsern Landen zum Druck gekommen, oder auch wohl von jemanden Vnsern Landeseingesessenen anderwärts zum Druck ge-

unterm 14. Oktober 1819 und 9. September 1824 von neuem in Kraft gesetzt hat, so hat dazu irgend ein genügender formeller oder materieller Grund gewiß nicht vorgelegen, und erscheint es umsomehr endlich an der Zeit, daß diese auffallenden und höchst drückenden Beschränkungen auf das ohnehin schon strenge Maß der Bundesbestimmungen zurückgeführt werden. Nach dieser Lage der Gesetzgebung haben die Stände billig Bedenken tragen müssen, durch Annahme des § 66 die angezogenen veralteten Bestimmungen ihrerseits zu billigen; sie ersuchen vielmehr die Königliche Regierung angelegentlichst und vertrauensvoll, so bald als tunlich auf eine zeitgemäße Preßgesetzgebung Bedacht zu nehmen, auch bei dem hohen deutschen Bunde geeignete Schritte tun zu wollen, um die Erfüllung der im Artikel 18 der Bundesakte enthaltenen Zusicherung herbeizuführen, jedenfalls aber sofort die Zensur auf die nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen irgend zulässigen Grenzen zu beschränken."

Allein König Ernst August wollte von einer „zeitgemäßen Preßgesetzgebung" absolut nichts wissen, wies die Stände schnöde ab und erklärte auch ein Jahr später, als Württemberg beim deutschen Bundestage die endliche Ausführung der im Artikel 18

bracht worden, solches aber nicht zu gestatten; Als verordnen wir hiermit, daß bei Fünffzig Thaler Straffe niemand von Unsern Unterthanen oder Landeseingesessenen, es sey wer er wolle, ichtwas, es sey so wenig und geringe als es wolle, in= oder ausserhalb Unserer Lande drucken lassen, auch kein Buchdrucker in Unsern Landen von Frembden so wenig als von Einheimischen daß geringste zu drucken übernehmen solle, es sey denn zuvor zur Censur gehörigen Ohrts eingeschicket und daselbst approbiret worden, und zwar ist solche Einschickung, wenn dasjenige was zu drucken verlanget wird, Publica und Staats= auch Policeysachen betrifft, an Unsere Geheimbte Rathsstube, wenn es Juridica betrifft, an Unsere Justitz=Cantzeley, wenn es aber Theologica, Philologica oder Philosophica betrifft, wie auch Leichpredigten, Carmina und dergleichen, an Unser Consistorium geschehen. Wornach sich manniglich zu achten und für Schaden zu hüten. Zu desto besserer Kundmachung soll dieses aller gewöhnlicher Ohrten in Unsern Fürstenthümern und Landen öffentlich angeschlagen werden. Signatum Hannover 6. Mai 1705. Georg Ludwig Churfürst."

Bundesakte gegebenen Zusicherung beantragte, daß er von eßfreiheit nichts wissen wolle. Schon wenige Monate später :r mußte er dann unfreiwillig das gestatten, was er freiwillig ht hatte zugeben wollen.

Bei dieser vollständigen Unzulänglichkeit der hannoverschen esse, an der auch die Provinzzeitungen (von denen nur dem men nach die Gerstenbergsche „Hildesheimische allgemeine Zei- ng“, die Brandissche „Hildesheimische Zeitung“ und die von eodor Hahn in Emden herausgegebene „Ostfriesische Zeitung“ nannt sein mögen) nichts änderten, da sie allesamt über den arakter des Lokalblattes nicht hinauskamen, gab es somit im nzen hannoverschen Königreiche bis 1848 keine einzige selbstän- ge politische Zeitung. 1700000 Einwohner durften im Lande chts öffentlich äußern, was der Regierung nicht gefiel, und öpften daher, wie Oppermann berichtet, alle politische Anregung n Norden von der „Bremer“- und „Weserzeitung“, zum Teil ich von dem „Hamburger unparteiischen Korrespondenten“ und r „Börsenhalle“, im Süden von Frankfurter und Kasseler eitungen. Von 1847 ab war namentlich auch die „Kölnische eitung“ sehr verbreitet. In den Klubs, Konditoreien u. s. w. nd man außerdem die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, die Deutsche Zeitung“ von Gervinus und auch wohl, besonders seit 847, die „Preußische Staatszeitung“.

Im benachbarten Braunschweig gab die Verlagsbuchhand- ung von Friedrich Vieweg und Sohn vom September 1831 ab ine „Deutsche National-Zeitung für Braunschweig und Hannover“ eraus. Das Blatt erschien täglich mit Ausnahme des Sonntags n Folio, von 1832 ab in Groß-Folio zum Preise von 17 Mk. jährlich. Sein Redakteur Dr. Hermes, der nach dem Beispiele der englischen und französischen Zeitungen auch den Leitartikel bei ihm einführte, huldigte anfangs der konstitutionellen Schultheorie, lenkte dann aber mehr und mehr in das reaktionäre Fahrwasser ein, so daß der Wahlspruch der Zeitung „Nunquam retrorsum“ zur Satire wurde. Sehr lange währte dieses Schauspiel jedoch nicht. Die Weisheit der braunschweigischen Regierung erachtete

die Zeitung trotz deren Bescheidenheit und Genügsamkeit schließlich für staatsgefährlich und unterdrückte sie Ende 1837 ohne Angabe eines gesetzlichen oder politischen Grundes.

In Mecklenburg erschienen zwar bereits seit dem achtzehnten Jahrhundert drei Zeitungen (vergl. Bd. I, S. 160), in Rostock seit 1711 der „Auszug der neuesten Zeitungen", von 1847 ab „Rostocker Zeitung" genannt, in Schwerin seit 1757 die „Neue Schwerinische Politische Zeitung", die 1848 den Titel „Mecklenburgische Zeitung" erhielt, und in Wismar seit 1795 die „Politischen Neuigkeiten", von 1801 ab „Wismarsche Zeitung" und seit 1867 „Mecklenburger Tageblatt" genannt. Alle drei Blätter brachten aber bis 1848 nur kümmerliche Exzerpte aus anderen deutschen Zeitungen und mußten auf die Wiedergabe eigener politischer Ansichten vollständig verzichten. Im Dez. 1845 sah sich das Rostocker Blatt sogar genötigt, seinen Lesern mitzuteilen, daß ihm durch ein Reskript der Regierung der fernere Abdruck der Berichte über die Landtagsverhandlungen bei hundert Talern Strafe untersagt worden sei. Die Regierung griff wahrscheinlich zu dieser Maßregel infolge eines Vorgehens der landtagsberechtigten Gutsbesitzer in diesem Jahre, welche 21 Punkte zur Diskussion stellten, von denen in Punkt 3 die Aufhebung der Zensur und die Erfüllung des schon vor langer Zeit gegebenen Versprechens der Einführung von Preßgesetzen und in Punkt 18 die gleichförmige Besteuerung der durch die Post bezogenen Zeitungen ohne Rücksicht auf ihre politische Farbe verlangt wurde. Natürlich ging es diesen Abgeordneten ganz ebenso, wie den hannoverschen Ständen; auch sie wurden kurzerhand abgewiesen.

Etwas mehr Leben zeigte sich in den Hansestädten. Zwar klagte ein zeitgenössischer Schriftsteller noch 1844: „Das Interesse an der Zeitgeschichte ist in Hamburg noch sehr schwach", und dasselbe hätte er auch von Lübeck und Bremen sagen können; doch ließ es sich die Presse angelegen sein, dieses schwache Interesse so viel wie möglich zu heben, besonders durch lebhaftere Erörterung der Tagesfragen, wobei freilich hinsichtlich der deutsch-nationalen Angelegenheiten bisweilen Ansichten vertreten wurden, die uns heute als recht engherzig und kurzsichtig erscheinen.

An der Spitze der Hamburgischen Zeitungen (vergl. 277) stand nach wie vor der „Hamburgische unpar- ische Korrespondent“ mit seinem tüchtigen Redakteur A. Runkel. Vom 1. Juli 1830 ab erschien die Zeitung täglich, j erst 1836 ging sie vom Klein-Quart zum Groß-Quart über, auf dann im Laufe der Jahre noch einige weitere Vergröße- gen erfolgten, bis schließlich 1870 das Großfolio-Format an- ommen wurde. Merkwürdigerweise war es bis in die vier- r Jahre des 19. Jahrhunderts hinein nicht Brauch, beim artalswechsel die heute allgemein üblichen Abonnements-Ein- ungen zu erlassen, weshalb auch über den Abonnementspreis hts Genaueres mehr festgestellt werden kann. Die Mahnung, Abonnement zu erneuern, lautete in der Regel nur: „Wegen laufs des Quartals werden die Herren Interessenten dieser aats- und Gelehrten-Zeitung dienstlich erinnert, den Abtrag für geneigt einzusenden.“ Hiernach wurde also postnumerando zahlt.

In seinem politischen Teile sah sich der „Korrespondent“ sehr n Hannover und Preußen beengt; von beiden Seiten wurde ständig ein Druck auf ihn ausgeübt, und Preußen zwang ihn ßerdem, für die reaktionären kirchlichen Verordnungen einzu- ten, die es gegen die von Ronge und Wislicenus hervorgeru- nen kirchlichen Bewegungen erließ. Doch konnte er trotz alledem n und wieder eine freimütige Äußerung tun, da der Zensor Dr. offmann ein durchaus liberaler Mann war, der sogar dann nd wann lieber eine Nase riskierte, als daß er einen guten Ge- nken strich. Man traute daher in Berlin der Zeitung auch iemals recht, und der Geh. Reg.-Rat v. Rehfues behauptete denn uch in seiner wiederholt erwähnten großen Denkschrift vom 0. Dezember 1833, daß der „Hamburgische Korrespondent“ den bskuren Intriguen der Hauptstadt“ willig dienstbar sei. Den Lokal-Angelegenheiten gegenüber verhielt sich die Zeitung auch etzt noch außerordentlich zurückhaltend. Eine besondere Rubrik ür diese Nachrichten existierte bis 1848 nicht.

Die „Hamburgische Neue Zeitung“ unternahm den Versuch, die unterdrückte „Rheinische Zeitung“ zu ersetzen, und

besaß in dem gewandten Redakteur Fr. Wille auch eine ganz g eignete Kraft dazu. Sie begann also freisinnige Korrespondenz aus Berlin zu bringen, zog dadurch aber sehr bald die Aufmerk samkeit der preußischen Regierung auf sich und sollte die Folg sehr bald verspüren. Preußen beschwerte sich über diese „zu Mißvergnügen und zur Unzufriedenheit aufreizenden Artikel" be Hamburger Senat, und die fraglichen Korrespondenzen erschien alsbald seltener und zahmer. Darauf gab aber im Oktober 18 Fr. Wille seine Stelle auf und übernahm die Leitung des „Wan becker Intelligenzblattes", das damals ein einflußreiches Organ d schleswig-holsteinischen Partei war. Der Weggang Willes so der Zeitung jedoch verhängnisvoll werden; die beiden neuen Red teure K. Fischer (zugleich Eigentümer) und Grisson vermocht das Blatt nicht auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, wora es 1846 einging.

Die „Börsenhalle", deren Domäne von jeher die Hand fragen waren, eiferte besonders lebhaft gegen den in B Bildung begriffenen Zollverein, wobei sie übrigens vom „Korr spondenten" getreulich unterstützt wurde. Doch war ihr Haup redakteur Schädtler trotz alledem auch ein guter Deutscher, d eines Tages den Artikel über Schleswig-Holstein unter d Rubrik „Deutsche Bundesstaaten" stellte. Das erregte aber b der dänischen Regierung höchstes Mißfallen, und sie kündigte d „Börsenhalle" an, daß ihr Vertrieb in Dänemark verboten werde würde, falls die Redaktion diese ungehörige Rubrizierung beibe halte. Schleswig-Holstein kam darauf wieder zu Dänemark. Vo 1838 bis 1840 redigierte der von einem überschwenglichen Idea lismus erfüllte Franz von Florencourt (geb. 1803, gest. 188 die Beilage „Literarische und kritische Blätter der Börsenhalle" und verteidigte dort in vielen Artikeln die Rechte der katholisch Kirche gegen die Eingriffe der preußischen Regierung im Erz bistum Köln. Später sammelte er diese Aufsätze in dem Buch „Politische, kirchliche und literarische Zustände in Deutschland" Leipzig 1840. Einen besonderen Stolz der „Börsenhalle" bildete es, daß ein früherer Redakteur des Blattes, Dr. Kirchenpauer,

Anfang der vierziger Jahre Senator und später sogar erster
'germeister von Hamburg wurde.

Die „Wöchentlichen gemeinnützigen Nachrichten"
en auch in dem in Rede stehenden Zeitabschnitte nicht viel
r als ein Intelligenzblatt, erreichten aber nach und nach die
il von 8000 Abonnenten. Der „Freischütz", der weit besser
garo" geheißen hätte, beschäftigte sich nach wie vor fast nur
Theater- und literarischen Angelegenheiten, wurde aber von
en Redakteur Ludwig Lenz und dessen fleißigem Adlatus
eph Mendelssohn ganz geschickt geleitet.

Einen Zuwachs erfuhr schließlich die Hamburger Presse noch
ch das von Christoph Marquard Eck 1842 in dem hambur-
hen Amte Bergedorf gegründete „Bergedorfer Wochenblatt",
: dann 1843 anläßlich der Eröffnung der Berlin-Hamburger
hn seinen Titel in „Eisenbahn-Zeitung" änderte. Doch
delte die Zeitung 1865 nach Lübeck über, wo sie noch die Lokal-
lage „Lübecker Nachrichten" erhielt. Eigentümerin wurde als
rtreterin der C. M. Eckschen Erben die bekannte Schriftstellerin
a Boy-Ed.

In Bremen trat eine größere Regsamkeit auf dem Gebiete
r Journalistik erst mit dem Beginne der vierziger Jahre ein.
s dahin hatte die 1813 gegründete „Bremer Zeitung für
taats-, Gelehrten- und Handelssachen" nur ein sehr bescheidenes
ben geführt. In kleinem Format, auf grauem Löschpapier ge-
uckt, brachte sie nur höchst dürftige Mitteilungen von den Welt-
gebenheiten; noch kümmerlicher waren der 1816 ins Leben ge-
ifene „Bürgerfreund", der dann 1866 einging, und die „Bremer
achrichten" (1743 als „Bremer Wochentliche Nachrichten" gegrün-
t.) Als dann aber nach der Thronbesteigung Friedrich Wil-
lms IV. in allen politischen Kreisen ein neues Leben zu pulsieren
gann, beeilte sich der intelligente Bürgermeister Smidt, auch für
remen frische Segel aufzuziehen. Während die Stadtverwaltung
üher sich der Presse sehr unfreundlich und selbst feindselig ge-
igt hatte, wurde sie jetzt die entschiedenste Gönnerin des Jour-
alismus. Der Bürgermeister Smidt veranlaßte den Eigen-

tümer der „Bremer Zeitung", den Buchhändler Heyse, sein Blatt zeitgemäß umzugestalten, und darauf erschien es vom 1. November 1843 ab wesentlich reichhaltiger, mit vielen Privatkorrespondenzen und wertvollen Aufsätzen, u. a. auch von Adolf Stahr. Die Zeitung kam täglich in $1\frac{1}{2}$ bis 2 Bogen heraus und lieferte außerdem in dem Supplement ($\frac{1}{2}$ Bogen), das abends ausgegeben wurde, die neuesten Nachrichten aus Paris und Madrid, die erst am folgenden Morgen nach Hamburg gelangten und dort erst am folgenden Abend in der „Börsenhalle" und in der „Hamburger Neuen Zeitung" mitgeteilt wurden. In ihrer Haltung war sie liberal, doch kämpfte sie, ganz wie die Hamburger „Börsenhalle", ebenfalls gegen den Zollverein, auch zeigte sich eine gewisse konservative protestantisch-theologische Richtung, die besonders bei ihrem Berliner Korrespondenten zum Ausdruck kam und ihrem sonst geäußerten Liberalismus nicht selten Eintrag tat.

Mit der „Bremer Zeitung" allein begnügte sich aber der Bürgermeister Smidt noch nicht; er wünschte auch noch eine große Zeitung, die vor allem den Interessen des Handels und der Schiffahrt Bremens diente, denen er mit energischer Hand durch die Gründung Bremerhavens den so notwendigen Ein- und Ausgangspunkt geschaffen hatte, und weiterhin den Interessen des Seehandels überhaupt, damit diese stärker als bisher durch die Tagespresse in der erwachenden öffentlichen Meinung Deutschlands zur Geltung gebracht würden. Er forderte daher den Buchhändler Gustav Bernhard Schünemann auf, eine solche Zeitung ins Leben zu rufen, und traf dabei auch den für das neue Unternehmen geeigneten Mann. Schünemann erfaßte das Projekt ganz von der richtigen Seite und fand auch in Dr. Thomas Arens, einem geborenen Bremer, sehr bald den geeigneten Leiter, der dem Blatte von vornherein einen fest umrissenen Charakter gab, den es noch jetzt trägt: besonnene Vertretung einer freiheitlichen Entwicklung in materiellen wie in geistigen Dingen, Verteidigung und Förderung der deutschen Handels- und Schiffahrtsinteressen und vor allem Pflege des nationalen, des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Recht anstrebenden Sinnes. Mit dem 1. Januar 1844 trat das Blatt unter dem Namen „Weser-

eitung" ins Leben. Es erschien in Groß-Folio und kostete Taler Gold = 20 Mark für das Jahr.

Als Mitredakteure standen Arens zunächst Dr. jur. Migault nd dann Dr. Nikolaus Delius, der spätere Bonner Professor, ır Seite.

Leider war es Arens nur vergönnt, die Zeitung eine kurze leihe von Jahren zu leiten; bereits am 10. November 1850 arb er, erst 33 Jahre alt. In einem Nekrologe*) wies Otto ildemeister nachdrücklich auf die Bedeutung des Dahingeschiedenen für die nordwestliche deutsche Presse hin. „Die Hamburger ie die Bremer Presse", sagte er, „waren in jener Zeit (zu Anang der vierziger Jahre) politisch so gut wie bedeutungslos; ldenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, kurz das ganze Gebiet von Nordsee und Elbe bis an die Grenzen der preußischen Monarchie war trotz seiner vielfältigen und wichtigen Interessen n der deutschen Presse unvertreten, und eine solche Vertretung u schaffen war die Aufgabe, welche Arens aller unberechenbaren und heutzutage kaum mehr glaubhaften Schwierigkeiten unerachtet übernahm. Ursprünglich gegen seine innere Neigung, aber trotzdem mit dem aufopferndsten Eifer widmete er sich dem mühseligen, aufreibenden, danklosen Berufe eines Tagesschriftstellers, und auf dieser Bahn, wo alles zu schaffen und zu organisieren war, gelang es ihm, in kurzer Zeit ein Institut zu begründen, welches schon im ersten Jahre seines Bestehens unbestritten einen ehrenvollen und einflußreichen Platz einnahm und die Anregung gab zu einem vollständigen Umschwunge der norddeutschen Tagespresse."

Als das Hauptziel alles zu Erstrebenden stellte Arens die nationale Einheit hin, und dabei blickte er voll Vertrauen in die Zukunft; es ging daher durch alle seine Darlegungen ein frischer Zug des Fortschritts. Des weiteren kämpfte er für Preß- und Vereinsfreiheit, für das Verfassungsrecht in Preußen, und, als 1846 die schleswig-holsteinische Frage aufzutauchen begann, für die Rechte der beiden Herzogtümer. Daß er auch den Handels-

---

*) „Weser-Zeitung" vom 11. Nov. 1850.

und Schiffahrtsverhältnissen die größte Beachtung zugewandt, ist selbstverständlich.

Ein solches frisch-frohes Eintreten für die neuen Ziele konnte natürlich in der vormärzlichen Zeit den Anfechtungen der Regierungen nicht entgehen. Weniger mit der Zensur (die in Bremen milde gehandhabt wurde), als mit den Reklamationen deutscher Kabinette waren, wie Gildemeister in dem erwähnten Nekrolog berichtet, unablässige Kämpfe zu bestehen, und nach und nach bildete sich in Berlin und Wien eine ausgeprägte Feindseligkeit gegen die „Weser-Zeitung“ aus, die schließlich 1846 bis zum Verbote des Blattes in Preußen führte. Nichtsdestoweniger fuhr Arens fort, Preußens großen deutschen Beruf zu vertreten.

Zu diesen beiden großen Zeitungen trat schließlich noch eine dritte, der „Bremer Kurier“, der am 1. Januar 1846 durch N. A. Ordemann gegründet wurde und nachdrücklich die demokratische Tendenz verfolgte. In ihm kündigte sich bereits das Brausen der kommenden Sturmjahre an.

Am wenigsten war der Pulsschlag der neuen Zeit in Lübeck zu spüren. Der Chronist der „Lübeckischen Anzeigen“ (vergl. S. 278) gesteht selbst, daß die Geschichte Lübecks seit der Fremdherrschaft bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wenig Bemerkenswertes aufweise. Das wichtigste Ereignis war die Einrichtung einer Dampfschiffsverbindung mit Riga und Petersburg, die den lübeckisch-russischen Handel neu belebte. Diese größere Regsamkeit hatte denn auch zur Folge, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ vom 1. Januar 1845 ab viermal wöchentlich erschienen, nämlich Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends.

Als eine Art Ergänzung der „Anzeigen“ können die „Neuen Lübeckischen Blätter“ betrachtet werden, die 1833 ins Leben traten und nur wöchentlich erschienen. Sie brachten zwar zunächst blos belehrende und unterhaltende Aufsätze, wandten sich dann aber, als die allgemeine Erregung immer mehr wuchs, auch den politischen Interessen der Lübeckischen Gegenwart zu und sprachen sich hierbei immer im Sinne der Reform und des Fortschritts aus.

Ein Anhängsel der Lübeckischen Presse bildeten die „Ostsee-

ätter", die der Badearzt Dr. Saß in Travemünde von 1843 in dem nahe der lübeckischen Grenze gelegenen Städtchen hönberg erscheinen ließ. Sie brachten Artikel über Lübeck, denen r Zensor der Hanjestadt das Imprimatur verweigerte, u. a. ıfsätze aus der Feder des durch die Lübecker Unruhen 1843 kannt gewordenen Kaufmanns und Schütingbruders J. D. ıcobj.

Ein von einer Anzahl Lübeckischer Bürger auf Veranlassung n Ludolf Wienbarg 1844 unternommener Versuch, eine große !übeckische merkantilisch-politische Zeitung" zu gründen, e auch Mecklenburg und Holstein „geistig versorgen und vernden" möchte, blieb erfolglos. Wahrscheinlich scheiterte das nternehmen an dem Mangel an Mitteln.

Von einer tieferen Erregung wurde nach und nach die Presse Schleswig-Holstein ergriffen. Bisher hatten sich die lätter der Herzogtümer wenig bemerkbar gemacht und unter einer ilden Zensur ein recht beschauliches Leben geführt; als aber mit :m Beginn der vierziger Jahre die sogenannte schleswig-holeinische Frage mehr und mehr hervortrat und die Danisierungs-:rsuche der Regierung in Kopenhagen immer drückender emfunden wurde, regte sich die Volksstimme allerwärts und kam icht nur in den Ständeversammlungen, sondern auch in der ;resse zum Ausdruck. Diese bestand in der Hauptsache aus ıner größeren Anzahl kleinerer Blätter, in denen sich aber ıne sehr lebhafte Teilnahme an den Fragen des Tages ındgab. Landesbank oder dänische Filialbank, Deutsch oder)änisch in Schleswig, Dänemark bis zur Eider oder Deutschland is an die Marken Jütlands, deutsches oder dänisches Kommando, igene oder fremde Münze, Verfassung, gänzliche Verschmelzung eider Herzogtümer, Anschluß Schleswigs an den deutschen Bund, Thronfolgefrage, Deutsch als vorherrschende oder alleinige Sprache n der schleswigschen Ständeversammlung — das alles und noch vieles andere waren die Parolen des Tages. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung trat natürlich für die deutschen Interessen :in; ihre Wortführer waren der Landinspektor Tiedemann, Theodor Olshausen, Dr. Heiberg d. Ält., Hansen in Eckernförde, Beseler,

Gülich, Löck, Prof. Falck, Advokat Claussen und der leidenschaftliche Justizrat Hegewisch. Auf der dänischen Seite standen die Professoren Paulsen und Flor in Kiel, Peter Hjort Lorenzen, der Deputierte für Sonderburg, Kaufmann in Hadersleben, und noch einige Dii minorum gentium.

Für die schleswig-holsteinische Sache kämpften das „Rendsburger“, „Eckernförder“, „Odesloer“ und „Sonderburger Wochenblatt“, späterhin auch die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ in Altona, das „Wandsbecker Intelligenzblatt“, das „Itzehoer Wochenblatt“ und die „Lyna“ in Hadersleben. Das „Rendsburger Wochenblatt“ wurde etwa seit dem Jahre 1843 sozusagen das offizielle Blatt der schleswig-holsteinischen Partei und gewann dadurch wesentlich an Bedeutung und Verbreitung. Heiberg und Hansen waren besonders dafür tätig. Den größten Einfluß aber übte wohl das „Itzehoer Wochenblatt“ aus, das 7000 Abonnenten besaß und in dieser erregten Zeit an 300000 Leser gehabt haben soll. Es erschien auch in weit größerem Formate, als die anderen Wochenblätter und umfaßte meist 8 Folioseiten. Sehr oft ergriffen die Leser selbst darin das Wort, so daß ein zeitgenössischer Schilderer jener Zeit meinte: „Man könnte sagen: der Bürgerstand redigiert das Blatt selbst. Jeder schreibt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Fehlt dabei auch die höhere Einsicht, so hat man dafür Einfachheit, Ungeschminktheit und Verständlichkeit als Ersatz“. Die Haderslebener „Lyna“, die zweimal wöchentlich erschien, war nur Kampfblatt, und in ihr kamen nur die gewandtesten Kämpfer zum Wort. Sie war der Vorposten, der nie schlafen durfte, wenn nicht der Feind, der dicht an der Grenze lauerte, ihn und das ganze Lager überraschen sollte. Um auf alle Bevölkerungskreise wirken zu können, erschienen in der „Lyna“ zu Zeiten auch Artikel in dänischer Sprache für die deutsche Sache.

Eine Art Sonderstellung nahm das „Kieler Korrespondenzblatt“ ein, das Theodor Olshausen (geb. 19. Juni 1802 in Glückstadt, gest. 31. März 1869 in Hamburg) von 1830 bis 1848 herausgab. Die Zeitung wurde von einer durchaus edeln Gesinnung getragen, aber sie war, entgegen den übrigen patriotischen Blättern, gegen die Vereinigung der Herzogtümer; in den

islativen Fragen stand sie dagegen durchaus auf der Seite der ßen Mehrheit. In den letzten Jahren, nachdem er in die rektion der Altona—Kieler Eisenbahn eingetreten war, schrieb shausen übrigens nur noch wenig für das Blatt; die Leitung tte er dem Advokaten Hedde abgetreten.

Nur in geringem Maße beteiligte sich an den innern Fragen : „Altonaer Merkur". Er haßte zwar die Dänen, wollte aber t den „stürmischen Brauseköpfen" der schleswig-holsteinischen rtei nicht sympathiesieren und vermied es ängstlich, sich tiefer die Streitfragen einzulassen. Er strebte mehr danach, ein allmeines deutsches Blatt zu sein, wobei er sich die Hamburger lätter zum Muster nahm.

Gegenüber dieser nationalen Presse nahm sich die dänenfreundliche recht ärmlich aus; sie bestand aus der 1838 gegründeten Zeitung „Dannevirke" in Schleswig, redigiert von P. Ch. Koch, r „Flensburger Zeitung" (gegr. 1840), der „Freia" des Uhrachers Fischer in Apenrade und dem „Preetzer Wochenblatt". Die Dannevirke" schlug einen sehr hochfahrenden Ton an und behauptete mit edler Dreistigkeit, ganz Schleswig gehöre den Dänen nicht etwa bloß dem König-Herzoge); noch heftiger trat die „Flensurger Zeitung" auf, die, indem sie sich die Miene gab, die nteressen des mit Dänemark engverbundenen Flensburger Handelsstandes zu vertreten, für die dänische Filialbank agitierte, die ationalen Blätter denunzierte und deren Bestrebungen als unesetzlich hinstellte. Die Entrüstung über das Blatt war denn uch allgemein.

Angesichts dieser allgemeinen tiefen Bewegung in der Presse Schleswig-Holsteins verschärfte die dänische Regierung die Zensur mehr und mehr; schließlich mußte von jedem größeren Artikel das Manuskript eingereicht werden, und sogar in duplo, damit dann der Zensor das eine Exemplar in Verwahrsam behalten konnte.*)

*) E. C., Die politische Tagespresse Deutschlands während des Jahres 1843 (Biedermanns Deutsche Monatsschrift 1844, Maiheft), ein mit vieler Sachkenntnis geschriebener Artikel, dem wir auch sonst des öfteren in diesem Abschnitte gefolgt sind.

Geradezu kläglich und unwürdig waren die Preßverhältnisse im Kurfürstentum Hessen. Dort herrschte seit 1821 der starrsinnige und jedes politischen Verständnisses bare Kurfürst Wilhelm II., der noch dazu durch ein skandalöses Privatleben allgemeinen Unwillen erregte. Es brachen daher bei der allgemeinen Bewegung, die 1830 Deutschland ergriff, Unruhen in Hessen aus, und der Kurfürst mußte sich bequemen, einer neuen Verfassungsurkunde zuzustimmen, die er am 5. Januar 1831 unterzeichnete. In dieser war auch von der Freiheit der Presse und des Buchhandels die Rede; sie sollte durch ein Gesetz gegen Preßvergehen geregelt werden. Allein der Gesetzentwurf, den der Minister Eggena vorlegte, fand nicht den Beifall der Stände; besonders nahmen diese Anstand daran, daß nicht der Weg des Anklageprozesses mit öffentlichem und mündlichem Verfahren eingeschlagen worden sei. Sylvester Jordan, der bekannte hessische Politiker, arbeitete daher einen neuen Entwurf aus. Er bemerkte dabei: „Hat eine Regierung die Arme ihres Volkes nicht zu fürchten, wie kann sie vor den Druckschriften einiger Wenigen in Angst geraten. Jede Regierung möge wohl beherzigen, daß ihr niemand schaden, niemand ihre Würde verletzen und niemand, wenn man von äußeren Gefahren absieht, sie stürzen kann, als sie selbst. Eine Regierung, welche das freie Urteil über ihre Einrichtungen und Handlungen scheut, steht in dem Wahne, daß sie unfehlbar sei, oder will das Bessere nicht, da sie Belehrung zu vermeiden sucht."

Der Entwurf Sylvester Jordans fand aber nicht den Beifall der Regierung, und so kam gar kein Preßgesetz zu stande; das Zensoramt aber wurde unterdessen vom Minister des Innern selbst mit aller Strenge gehandhabt. Infolgedessen kam es zu vielen Klagen der Zeitungsredaktionen über willkürliche Behandlung der Zensur, so daß schließlich der Minister Hassenpflug den Ständen einen neuen Entwurf eines Gesetzes über die Vergehungen durch die Presse und den Buchhandel unterbreitete. Dieser Entwurf enthielt zunächst ein Kapitel über die vorbeugenden Maßregeln und beschäftigte sich dann in einem zweiten mit den durch Mißbrauch der Presse verübten Vergehen und deren Bestrafung.

nter die vorbeugenden Maßregeln war Erlaubnis zur Anlegung ner Druckerei und zur Errichtung einer Buchhandlung gerechnet, ısgedehnt auf die ohne Erlaubnis schon bestehenden Anstalten eser Art, also mit Aufhebung der nach den ergangenen gericht= hen Erkenntnissen für den Betrieb des Buchhandels bestehenden onzessionsfreiheit. Auch für die Herausgabe eines periodischen latte war, mit Aufhebung des gerichtlich anerkannten Rechts= standes, die Einholung der Erlaubnis, unter Kautionsbestellung, ıneben aber Zensur für alle im Bundesbeschlusse von 1819 er= ähnten Schriften, gefordert, und zwar nicht bloß vorübergehend, ir die Dauer jenes Beschlusses, sondern für alle Zeiten.

Diesen Entwurf wiesen die Stände mit Entrüstung zurück, ı besonders die vorbeugenden Maßregeln der Verfassungsurkunde ıwider seien, worauf die Zustände abermals beim Alten blieben, doch nur bis zur Mitte des Jahrzehnts. Denn 1834 hatten in Bien Ministerkonferenzen stattgefunden, deren geheime Beschlüsse irekt gegen die einzelnen Repräsentativverfassungen gerichtet waren nd deren Befugnisse beschränken sollten. Auch der Bevollmäch= igte von Kurhessen, Herr von Trott, hatte die Konferenz=Pro= okolle mit unterschrieben und dadurch eine wesentliche Beschrän= ung der Presse seines Landes herbeigeführt. Denn nach der Vereinbarung war eine Herausgabe neuer politischer Tageblätter hne vorgängige Erwirkung einer Konzession nicht gestattet, ob= vohl nach der kurhessischen Verfassungsurkunde keine Konzession ür die Herausgabe eines politischen Blattes erforderlich war.*)

Dieser unrechtmäßigen Beschränkung folgten bald viele andere, o daß die beiden Zeitungen der Residenz, die von Dr. J. Pinhas herausgegebene amtliche „Kasselsche Allgemeine Zeitung" und die „Kurhessische Zeitung", sowie das vom Hofrat Nie= meier redigierte Wochenblatt „Der Bote aus Kassel", sich nur in den engsten Grenzen bewegen konnten. Ebenso erging es der „Hanauer Zeitung" und dem „Hessenboten", der in Hersfeld erschien.

---

*) K. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850. S. 260, 275, 311.

Die „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ soll nach Friedrich Oetker bloß 500 bis 600 Abonnenten gehabt und sich nur deshalb gehalten haben, weil sie bereits seit 1814 bestand und darum bei dem lebenden Geschlechte die stille Macht der Gewohnheit für sich hatte. „Das war aber auch,“ meint Oetker, „so ziemlich alles. Zu einer eingreifenden Wirksamkeit, oder auch nur zu einer lebendigen Rührigkeit in irgend einer Richtung brachte der Zeitung es niemals. Die Zensur und noch mehr die Ängstlichkeit des Herausgebers, der im übrigen sehr tüchtig war, machten jeden Aufschwung unmöglich.“*) Etwas günstiger urteilt ein anderer hessischer Schriftsteller, Fr. Müller. „Die Zeitung war ein wahres Kompendium für spezielle und allgemeine Politik“, sagt er. „Wer sich noch heute über die eigentliche Lage der damaligen Weltverhältnisse, sowohl im Großen wie im Kleinen, orientieren will, braucht nur in ihr nachzuschlagen. Ihr sonntägliches Beiblatt enthält Schätze für ernste Wissenschaft, Literatur- und Kunstgeschichte. Nur in betreff unserer hessischen Verhältnisse würde man vergebens nach einer anderen Auskunft als einer offiziellen suchen, und diese floß ihr in kärglichstem Maße zu. Überhaupt sorgte schon die Zensur dafür, daß nur das bekannt und öffentlich besprochen wurde, was nach oben keinen Anstand erregte — und was erregte nicht alles an diesem Orte Anstand!“**)

Die Zensur war längere Zeit einem alten engherzigen Regierungsrate übertragen, der sich aber mehr und mehr verhaßt machte und den schließlich der Fluch des Lächerlichen traf. „Eines schönen Morgens“, erzählt Fr. Müller (Bd. II, S. 32), „erblickte er vor seinem Hause eine Ansammlung von Menschen, die verwundert und höhnisch zu seinen Fenstern empor sah. Als er nun selbst nachsehen wollte, was das bedeutete, machte er mit Schrecken die Bemerkung, daß in der Nacht eine volle Tintenflasche bis zu seinem stillen Asyle geschleudert worden, und der Inhalt eine breite Spur von oben bis unten zurückgelassen hatte. Dieser in der

*) Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen. Stuttg. 1877, Bd. I, S. 248.

**) Fr. Müller, Kassel seit siebzig Jahren. Kassel 1876, Bd. I, S. 19[illegible]

t recht schwarzen Tat fühlte sich sein Mut nicht mehr gewachsen. ch die eindringlichsten ministeriellen Ermahnungen konnten ihn ht bewegen, noch länger des traurigen Amtes zu walten. Nun rde es aber schwer, einen Ersatz für ihn zu finden; freiwillig llte sich niemand mehr dazu bequemen. Einige Personen, die it Rücksicht auf ihre sonstige dienstliche Stellung dazu gezwun- n wurden, übten nicht die Zensur nach Hassenpflugschem Ge- mack, so unter andern nicht der liberale Landesbibliothekar Dr. ernhardi, welchen die Ironie des Schicksals zu dem preßmörde- schen Geschäfte berief. Doch wurde derselbe bald wieder davon tbunden. Das Ministerium schöpfte den Verdacht, daß er nur lche Stellen streiche, die ihm nicht liberal genug vorgekommen. as war aber gewiß nur unbegründeter Verdacht, denn auch für nen liberalen Zensor gab es damals Gelegenheit, gar zu be- denkliche Preßausschreitungen, und zwar im Interesse der eigenen beralen Sache, nicht aufkommen zu lassen. Um sich die Ge- ißheit zu verschaffen, daß die Zensur durchaus im Regierungs- inne ausgeübt werde, griff man zu dem gewiß nicht versagenden Mittel, im Ministerium selbst beschäftigte Beamte damit zu be- uftragen. Auf diese Weise war die in der Verfassung zugesagte Freiheit der Presse in die vollständigste Abhängigkeit von der Regierung umgewandelt. Kein Wunder also, daß das Verlangen nach dem Preßgesetz immer stürmischer sich geltend machte."

Die Regierung wachte jedoch nicht nur über die Zeitungen des Kurfürstentums, sondern auch über die „ausländischen", und verwehrte allen den Eintritt in die hessen-kasselschen Lande, die sich über die hessischen Zustände ungünstig ausließen. Infolgedessen waren sehr viele deutsche Zeitungen in Kurhessen verboten, u. a. die „Kölnische Zeitung", die „Weser-Zeitung", die „Dorfzeitung", die „Mannheimer Abendzeitung", die „Aachener Zeitung" ꝛc.

Und endlich wurden auch die sämtlichen Buchhandlungen des Kurfürstentums sorgfältig kontrolliert. Sie hatten von der Polizeidirektion die Weisung, ein genaues Verzeichnis aller jener Zeitungen und Journale einzureichen, die sie im Laufe des Jahres absetzten und auch die Namen der Personen dabei zu nennen, die

diese Blätter bezogen. Jeder, der ein Journal hielt, stand somit sozusagen unter Polizeiaufsicht.

Dieser unerhörte Zustand änderte sich auch nicht, als der Deputierte Fr. Scheffer von Felsberg 1846 energisch die Aufhebung aller Zensur und gleichförmige bundesgesetzliche Bestimmungen verlangte, und der Deputierte Henkel ein grelles Bild der Polizeiwillkür in öffentlicher Sitzung der Ständeversammlung entwarf.

„Kurhessens Geschichte schien daher", sagt Wippermann (S. 183), „in den Zustand eines völligen Stillstandes zu geraten ... Die Gegenwart bot fast nichts als einzelne zerrissene Erscheinungen dar, die man nicht mit Recht, Gesetz und Billigkeit im Einklang wähnte."

Etwas günstiger gestalteten sich die Preßverhältnisse in Sachsen. Dort war nach der Einführung der neuen Verfassung von 1831 ein regeres politisches Leben erwacht, und ferner hatte sich seit dem Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein und durch die Eröffnung der ersten größeren Eisenbahn in Deutschland, der Linie Leipzig—Dresden, Handel und Verkehr besonders in Leipzig ganz außerordentlich gehoben. Es machte sich daher auch alsbald ein gewisser Aufschwung in der Presse bemerkbar, der auch durch den Minister von Lindenau nicht sonderlich gehemmt wurde. In den dreißiger Jahren genoß die sächsische Presse sogar eine ziemlich große Freiheit, wenigstens bei der Besprechung der inneren sächsischen Angelegenheiten. Später wurde der Minister v. Lindenau etwas ängstlicher, und nach seinem Rücktritt 1843 begann dann auch in Sachsen ein strengeres Preßregiment.*) Eine ordentliche gesetzmäßige Regelung der Preßverhältnisse erfolgte aber nicht, so angelegentlich der Landtag auch danach verlangte; nach wie vor war die Tagespresse von dem Gutbefinden der Regierenden abhängig.**) Die Zensur übten

*) Karl Biedermann, Mein Leben. Breslau 1886—87, Bd. I, S. 115 f.

**) In besonders geistreicher und schlagender Weise legte der Verlagsbuchhändler Salomon Hirzel in einer Petition der Buchhändler an die zweite sächsische Ständekammer 1843 die Notwendigkeit der Zensurfreiheit dar.

doch nicht unmittelbare Staatsbeamte aus, sondern sie war mehr r weniger unabhängigen Männern anvertraut, in Leipzig meist ofessoren, in den kleineren Städten Gemeindebeamten, Schultoren oder dergl. Bei diesen Männern kam dann nicht selten der Ausübung ihres Zensoramtes entweder ein gewisses Gel der Scham, oder auch die bekannte sächsische Gutmütigkeit t ihrer Amtspflicht in Widerstreit. Karl Biedermann berichtet rüber manches Drollige. Als er die Zeitschrift „Der Herold" ausgab, war der Professor und Doktor der Medizin Neubert Leipzig Zensor. „Er war ein äußerst gutmütiger Mann", erhlt Biedermann, „der nur mit schwerem Herzen den Rotstift ndhabte. Da geschah es denn wohl, daß, wenn er mir einen rtikel durch Zensurstriche verstümmelt hatte, ich persönlich zu m ging und ihn um Gnade für meine von ihm zum Tode verteilten Geisteskinder bat. Dann setzten wir uns zusammen und half mir überlegen, wie das von ihm Gestrichene dem gleichen inne nach, nur in unverfänglicherer, von ihm nicht zu beanstandenr Form dennoch gesagt werden könne, und gewöhnlich fanden ir einen solchen Ausweg."

Doch war eine solche gemütliche Beratung nur bei Zeithriften möglich, bei Zeitungen, die schnell herausgegeben werden üssen und die brennenden Fragen auch energischer zu behandeln aben, mußte dann auch der Rotstift des Zensors resoluter gehrt werden. Das hatte besonders die neue Zeitung zu verspüren, ie seit dem Herbst 1837 in Leipzig erschien, die von der Firma F. l. Brockhaus ins Leben gerufene „Leipziger Allgemeine Zeitung".

Die „Leipziger Allgemeine Zeitung" wurde in der Absicht gegründet, den bürgerlichen Freiheitswünschen in Norddeutschland, besonders aber in Preußen, einen lebhafteren und nachdrücklicheren Ausdruck zu geben. Mit Hülfe der neuen Eisenbahnen konnte sie binnen wenigen Stunden in die benachbarten Provinzen und vor allem nach Berlin gebracht werden, vermochte also hier stets intensiv zu wirken. Die ausgesprochene Tendenz der Zeitung war, den Gedanken der Einheit Deutschlands zu einer Tatsache bilden zu helfen und dabei eine Annäherung der konstitutionellen deutschen Staaten an das diesen seit langer Zeit

entfremdete Preußen zu erleichtern und zu beschleunigen, ferner „dem frischen, kräftigen, gesunden organischen Leben des Volkes seine Rechte zu erkämpfen und zu sichern,“ also „für Freiheit und Öffentlichkeit in allen Sphären des Staatsleben in die Schranken zu treten, für Handelsfreiheit, Glaubens-, Denk- und Lehrfreiheit für Preßfreiheit, für Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und überhaupt für die Erwerbung und Sicherheit eines allgemeinen alle Verhältnisse des materiellen wie des intellektuellen Eigentums umfassenden und von den verschiedenen Staaten einander gegenseitig verbürgten Rechtszustandes im gesamten Vaterlande.“*)

Sie erschien vom 1. Oktober 1837 ab, und zwar täglich und kostete im Jahresabonnement zunächst 10 Taler, von 1839 bis 1851 8 Taler, von 1852 bis 1860 6 Taler und dann wieder bis zu ihrem am Schluß des Jahres 1879 erfolgten Hinscheiden 8 Taler.

Ihr erster Redakteur war Wilhelm Adolf Lindau (geb. 1774, gest. 1849), ein Mann von reichem Wissen und praktischem Geschick, der aber doch nicht die nötige Frische für ein energisch kämpfendes Blatt besaß und daher bereits 1839 von seinem Posten zurücktrat. Ihm folgten D. H. Thoschesky und Dr. Hermann Franck, die ebenfalls nur für das Programm einzutreten wagten, worauf im Herbst 1842 Dr. Gustav Julius (geb. 1810, gest. 1851) die Zügel der Redaktion ergriff und nun mit einem gewissen Ungestüm vorwärts ging. Sehr schnell machte er das Blatt zum Hauptorgane der politischen Unzufriedenheit und der bürgerlichen Freiheitswünsche in Preußen und zum Kampfblatt gegen den Ultramontanismus und Jesuitismus. Dadurch erwarb es sich rasch einen großen Leserkreis und war auf dem besten Wege, eine Macht in Preußen, ja in ganz Deutschland zu werden. Die deutschen Regierungen traten dem jedoch sehr bald entgegen. Bayern verbot das Blatt kurzerhand, und Preußen beschloß ebenfalls, gegen die Zeitung vorzugehen, doch wartete es noch auf einen durchaus einwandsfreien Grund. Dieser fand sich aber in

*) G. Julius, Verteidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung. Braunschweig 1843.

rzer Zeit. Georg Herwegh, der bekannte Freiheitssänger, war Berlin von Friedrich Wilhelm IV. empfangen worden, und ser hatte beim Abschiede zu dem Dichter gesagt: „Wir wollen rliche Feinde sein!" Bald nachher aber hatte das preußische inisterium Herwegh die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitrift verweigert und darauf der Dichter einen Brief an den önig gerichtet, in welchem er diesen mit Vorwürfen überhäufte d bedeutete, daß er in einem solchen Vorgehen keine „ehrliche" eindschaft erblicken könne. Friedrich Wilhelm IV. wußte wohl fangs nicht recht, wie er sich diesem unüberlegten Briefe gegener verhalten sollte, und würde ihn vielleicht mit Stillschweigen bergangen haben. Aber da erschien am 24. Dezember 1842 ein uszug aus dem Schreiben Herweghs in der „Leipziger Allgeeinen Zeitung" (wie es später hieß ohne Wissen und Willen erweghs), und diese grobe Taktlosigkeit benutzten nun die dem reußischen Zensurwesen vorgesetzten Minister Eichhorn, von ülow und von Arnim, das Verbot der Zeitung beim Könige u beantragen. Dabei trugen sie in der Begründung ihres Anrags die Farben ziemlich dick auf. „Mit jedem Tage vervielältigen sich die falschen oder entstellenden Notizen," klagten sie. ‚Die Redaktion trug keine Scheu, Aufsätze aufzunehmen, welche, vie ihr nicht entgehen konnte, nur Untreue oder Verrat ihr überieferten. Um der Lüge durch die Wahrheit, dem Mißverständnis durch Belehrung entgegenzuwirken, wäre nicht anderes übrig geblieben, als jeden Artikel über Preußen und preußische Zustände, deren die Redaktion täglich mehrere in ihre Zeitung aufnahm, einen berichtigenden oder belehrenden Artikel entgegenzustellen und so gewissermaßen eine besondere Redaktion bei der Widerlegung dieser Zeitung zu gründen. Die ‚Leipziger Allgemeine Zeitung' ist sonach gegenwärtig eine Niederlage von Lügen, Entstellungen, böswilligen Angriffen über oder gegen Preußen, seine Einrichtungen, seine Verwaltungen, seine Beamten, nicht nur im einzelnen, sondern in ihrer Gesamtheit. Ihre diesfälligen Artikel sind nicht mehr einzelne zufällige Erscheinungen; eine unverkennbare Tendenz zieht sich durch dieselben hindurch, indem mit ihrer Masse zugleich ihre Gehässigkeit zunimmt ꝛc." Auf diesen Antrag hin erfolgte

eine Kabinettsordre vom 28. Dezember 1842, welche die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ bis auf Weiteres in Preußen unbedingt verbot, so daß sie weder eingeführt, ausgegeben, feilgeboten oder sonst verbreitet, noch auch — und dies war gegen die bisherige Postordnung — durch die preußischen Staaten mittelst der Post befördert werden durfte.

Sofort tat der Verleger Brockhaus alles mögliche, sein Blatt vor dem völligen Untergange zu retten, reiste selbst nach Berlin, um dort an geeigneter Stelle vorstellig zu werden, änderte den Titel in „Deutsche Allgemeine Zeitung“, entließ den Dr. Gustav Julius und übergab die Redaktion dem konservativen Professor der Staatswissenschaft und Zensor Friedrich Bülau (geb. 1805, gest. 1859), der das Blatt dann bis zum 1. Juli 1848 leitete. Unter Bülau wurde natürlich der Ton des Blattes ein durchaus anderer; ein Tadel der preußischen Regierung war nicht mehr zu spüren, es begann sogar eine widerwärtige Lobhudelei aller auch der geringsten Anordnungen für die preußische Verwaltung, und nach diesem Gesinnungswechsel erfolgte denn auch am 28. Juni 1843 wieder die Zulassung in Preußen; die Auflage war aber mittlerweile von 3000 auf 700 Exemplare gesunken und stieg auch nicht wieder nennenswert, als dem Blatte das Debitsterrain in Preußen aufs neue geöffnet war. Auch die Aufhebung des bayrischen Verbots 1844 trug nicht nennenswert zur Besserung der Lage der Zeitung bei. Sie hat sich nie wieder von jenem Schlage im Dezember 1842 erholen können. „Weder kalt noch warm“, sagt ein Zeitgenosse jener Jahre achselzuckend, „ist die politische Detailkrämerei das einzige Gebiet, auf dem sie einige Originalität bewahrt hat.“*)

Unterdessen erschien die offizielle „Leipziger Zeitung“ (vergl. S. 123) in alt gewohnter Weise. Der Pächter Grieshammer fuhr fort, das Institut auszunutzen, so viel er konnte, und dabei ging die Zeitung immer mehr zurück. Wie ungenügend die Redaktion geführt wurde, mag nur das eine Beispiel zeigen.

---

*) E. C., Die polit. Tagespresse Deutschlands (Biedermanns Deutsche Monatsschrift. Leipzig 1844, Maiheft).

ß die Abdankung Karls X., die am 2. August erfolgte, erst in : Nummer vom 9. August gemeldet wurde.

Diese mangelhafte Verwaltung veranlaßte die sächsische Re- rung schließlich, die Zeitung in unmittelbare fiskalische Ver- iltung zu nehmen, den Redakteur mit entsprechenden Instruk- nen selbst anzustellen und die Verwaltung der Zeitung und die beraufsicht über die Redaktion dem Oberpostamt in Leipzig zu erweisen. Die Zeitungsspedition wurde dabei von der Ver- iltung der „Leipziger Zeitung" getrennt und als selbständige önigliche Zeitungsexpedition ausgebildet. Betreffs der Redaktion urde schließlich im einzelnen bestimmt, daß ein größerer Kreis m Mitarbeitern angeworben und auch ein regelmäßiger Zufluß m amtlichen Mitteilungen aus dem Geheimen Kabinett in Dres- :n angebahnt werden solle. Als leitenden Redakteur ernannte dann die Regierung unter Befreiung von der Zensur für den nhalt der Zeitung bei seiner eigenen diesfallsigen Verantwort- chkeit den Professor an der Leipziger Universität Dr. Chr. Aug. jasse (den wir schon in seinen Beziehungen zu Brockhaus S. 20 ennengelernt haben) mit einem Gehalte von 900 Talern, als weiten Redakteur Dr. C. Ch. C. Gretschel (nicht zu verwechseln iit Dr. J. C. Gretschel, der von 1820 bis 1830 die Redaktion esorgte). Den Druck erhielt B. G. Teubner in Leipzig.

Mit dem 1. Januar 1831 begann diese neue Ära für die Zeitung; aber so augenfällig auch die Verbesserungen und der eichere Inhalt waren, der erhoffte Aufschwung trat nur zögernd in. Im Jahre 1831 blieb die Auflage auf der bisherigen Höhe on 3900 Exemplaren und ging sogar 1835 bis auf 3800 Exem- plare zurück. Erst von 1836 ab stieg die Auflage langsam, jedoch bis 1848 nur um etwa 1000 Exemplare. Hierfür kann aber nicht die Redaktion verantwortlich gemacht werden, die durchaus tüchtig und rührig war; das Haupthindernis an dem Empor- kommen des Blattes lag vielmehr in der unbedingten Abhängig- keit, in welcher die Redaktion in allen Geldangelegenheiten von der Zeitungsexpedition, resp. dem Oberpostamt, stand. Sie hatte, wie ihr Historiograph Witzleben berichtet, nicht das geringste

Dispositionsquantum zur Verfügung und mußte sich für jeden auch noch so unbedeutenden Zweck vorerst der Genehmhaltung des Oberpostamts sichern. Der Vorstand dieser Behörde aber, der damalige Oberpostamtsdirektor v. Hüttner, ließ sich bei Beurteilung derartiger Ausgaben vorzugsweise von finanziellen Rücksichten leiten; ihm kam es darauf an, den Ertrag des Zeitungsinstitutes tunlichst rasch zu steigern, und er war daher folgegerecht allen Ausgaben abgeneigt, die keine sofort erkennbare, unmittelbare Ertragssteigerung zur Folge hatten. Der letztere Nachweis aber wird sich mit Evidenz nur selten bei Ausgaben führen lassen, welche im Interesse der inneren Hebung einer Zeitung gemacht werden; die Redaktion hatte daher viele Abweisungen zu erfahren, und die frische Regsamkeit wich nach und nach abermals einer Stagnation, die um so fühlbarer wurde, je mehr die „Deutsche Allgemeine Zeitung" an Bedeutung gewann. Infolgedessen legte Professor Hasse mißmutig im Sommer 1846 die Redaktion nieder, und Dr. Gretschel übernahm die Leitung. Unter dessen angelegentlichen Bemühungen nahm die Zeitung abermals einen Anlauf zum Bessern; sie brachte fortan Leitartikel, eine Sonntagsausgabe und zeigte auch die Anfänge zum Feuilleton. Leider sollte Dr. Gretschel der Zeitung jedoch nur noch kurze Zeit dienen: er wurde durch den Ausbruch der Februarrevolution so erregt und erschüttert, daß er am 14. März 1848 den übergroßen geistigen und körperlichen Anstrengungen, die er sich zumutete, erlag. Dadurch erlitt die Zeitung einen großen Verlust, denn sie entbehrte nun in der ereignisvollen Periode, die jetzt anbrach, des umsichtigen und erfahrenen Führers.

Zu diesen beiden größeren Zeitungen Sachsens gesellten sich unter dem milderen Regimente v. Lindenaus noch allerlei kleinere Leipziger Blätter, zunächst die „Biene", die aber so leidenschaftlich stach, daß ihr schon 1833 der Garaus gemacht wurde, dann die „Sachsen-Zeitung", die ebenfalls mit großem Freimut der fortschrittlichen Richtung huldigte und darum gleichfalls nach kurzem Bestehen der Ungunst der Umstände erlag, weiterhin die „Sächsischen Vaterlandsblätter", die besonders für eine liberale Verfassung kämpften und für verfolgte Patrioten eintraten,

für den Marburger Professor Sylvester Jordan und den
glücklichen Pfarrer Weidig. Ein Aufsatz über diesen erschien
ar in besonderem Abdruck und wurde in 10000 Exemplaren
gelegt. Der geistige Leiter der „Vaterlandsblätter" war Robert
um. Von den Mitarbeitern der „Volksblätter" ist beson-
s Johannes Ronge zu nennen, der 1843 in diesen einen Auf-
„Rom und das Breslauer Domkapitel" veröffentlichte, welcher
ne Suspendirung vom Amte nach sich zog, und dann weiterhin
44 jenen „Offenen Brief" an den Bischof Arnoldi (datiert vom
Oktober, veröffentlicht am 15.), worin er gegen das Trierer
Götzenfest" protestierte. Dieser Brief hatte dann Ronges Ex-
mmunikation zur Folge und gab den Hauptanstoß zur Grün-
ng der deutschkatholischen Kirche. Bei preußischen Angelegen-
iten hielten sich die „Vaterlandsblätter" bisweilen etwas sehr
rück, und dann schrieb die öffentliche Meinung in Sachsen dies
erhalten preußischem Einflusse zu. Einen etwas größeren Anlauf
ahm der „General-Anzeiger für Deutschland", redigiert
on dem durch verschiedene historische Arbeiten bekannten Dr.
amshorn. Das Blatt erschien wöchentlich in Folio und gab
ch etwas vornehm. Jede Nummer begann mit einem Geschichts-
lender, brachte eine Rundschau über die Tagesgeschichte und ein
elletristisches Feuilleton. Im übrigen suchte es möglichst viel
nserate heranzuziehen. Doch hatte es keinen längeren Bestand.
angsam aber stetig entwickelte sich das „Leipziger Tageblatt",
as in den vierziger Jahren eine Auflage von 2000 Exemplaren
atte.

Durchaus einer Residenz unwürdig blieb nach wie vor die
ublizistische Literatur Dresdens. Dies besaß auch in diesen
olitisch so bewegten Dezennien noch kein eigentliches politisches
Organ.

In Grimma gab Dr. Ferdinand Philippi eine „Konsti-
tuzionelle Staatsbürgerzeitung" heraus, die mit vieler
Wärme für die deutschen Angelegenheiten eintrat und durch ein
auch besonders abgedrucktes „Sendschreiben eines sächsischen Ju-
risten an den preußischen Justizminister Mühler" über das von
diesem erlassene Verbot des Besuchs der Mainzer Advokatenver-

sammlung weit über Sachsens Grenzen hinaus Aufsehen erregte. In den religiösen Fragen war sie den „Vaterlandsblättern“ nicht entschieden genug, worauf sie erwiderte: „Das protestantisch-konstitutionelle Deutschland hat noch andere Heiligtümer zu wahren und noch eine andere Oriflamme zu entfalten, als den Rongeschen Brief und das Glaubensbekenntnis von Breslau und Schneidemühl; es ist ein Ärgernis und eine Torheit zugleich, wenn die bessern Organe der deutschen Presse mit einem Brett vor dem Kopf, wie blind, immer nur gegen Rom anrennen, während der schlimmere Feind und Bundesgenosse der Finsternis in und unter uns seine Fäden weift und Geist und Herzen umspinnt.“ Der Öttingersche „Charivari“ bemerkte hierzu, indem er diese Entgegnung wiedergab: „Auch uns scheint es hohe Zeit zu sein, die Organe der deutschen Presse an wichtigere Fragen zu erinnern. Der ewige Konfessionsstreit, das ewige Lied von Ronge und Czerski wird nachgerade unerträglich.“ Er hatte keine Ahnung, daß dieser Kampf dreißig Jahre später noch in ganz anderer Weise entbrennen sollte.

Ein zweites Blatt, das Philippi noch herausgab, die „Ameise“, widmete sich nur der Besprechung der innern Angelegenheiten Sachsens und brachte Vorschläge, Wünsche und Beschwerden über lokale und allgemeine Übelstände vor, größtenteils von Beteiligten selbst, worauf dann meistens Abhülfe erfolgte. Dadurch gewann das Blatt einen ziemlichen Einfluß; auch war es lange Zeit das einzige seiner Art. Später strebte der Abgeordnete Todt in dem „Adorfer Wochenblatt“ etwas ähnliches an.

---

4. Die westdeutsche Presse. Die Frankfurter Zeitungen. Ihre Situation den 39 deutschen Regierungen gegenüber. Die „Ober-Postamtszeitung“. Ihr Redakteur Hofrat Berly. Seine Ansichten über die Haltung einer Zeitung. Sein Nachfolger von Röder. Otto Müller, der Redakteur des „Konversationsblattes“. Zensurnöte. Das „Frankf. Journal“. Vertritt liberale Tendenzen. Hält zu Ronge und wird darum öffentlich verbrannt. Das „Journal

Francfort". Seine Schwärmerei für Rußland. Das „Intelligenzblatt".
offenbart sich in ihm der derb-drollige Volkscharakter. Die Zeitungen im
›ßherzogtum Hessen und in Nassau. Die Lage in Baden. Das politische
en dort. Karl von Rotteck, K. Th. Welcker, A. v. Itzstein, Karl Mathy
Gervinus. Der Kampf gegen die Zensur. Mathys Rede für die Preß-
heit. Die badischen Zeitungen. Die „Deutsche Zeitung" von Gervinus.
:e Bedeutung. Gustav Freytag über sie. Ihre Haltung. Ihre Mängel
Schwächen. Ihr Ende. Gesamturteil über die badische Presse der
40er Jahre.

Für Süddeutschland blieb Frankfurt am Main auch in
ı dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein
ıuptstützpunkt des Zeitungswesens. Die drei Zeitungen, die
)ber-Postamtszeitung", das „Frankfurter Journal" und das
ournal de Francfort", gewannen sogar etwas an Bedeutung
d Verbreitung, wenn sie auch ganz eben so, wie alle anderen
utschen Blätter, unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden
tten. Der Mangel an Verständnis für eine freie Presse ging
bei in Frankfurt sogar so weit, daß selbst die Bürgerkreise der
tadt eine höchst befangene Ansicht von dem Rechte der öffent-
hen Meinung hatten, und eine Anzahl Bürger, während im be-
ıchbarten Baden die dortige Kammer immer aufs Neue die
reßfreiheit verlangte, den Senat anging, die Zensur noch weiter
verschärfen. Ganz besonders drückend aber war die Aufsicht
:r 39 deutschen Regierungen, die durch ihre „Gesandten", die in
:oßen Dingen so wenig zu sagen hatten und darum um so mehr in
einen Dingen ihren Einfluß geltend zu machen suchten, die
rankfurter Presse mit Argusaugen beobachteten. Schrieb nun
n Redakteur dem Gesandten der einen Regierung zu gefallen,
ärgerte das den Gesandten einer anderen, und diese suchte dann,
›enn es irgend ging, eine Klage beim Senat anhängig zu machen.
)er Senat aber schwebte beständig in Sorge, es mit irgend einer
legierung zu verderben, und schlug sofort, wenn es sich nur
rgend wie rechtfertigen ließ, auf den verklagten Redakteur. So
ah sich die Frankfurter Presse beständig gehemmt und mußte
ıotgedrungen nach den verschiedensten Seiten hin Rücksicht nehmen.
Ein Zeitgenosse urteilte daher: „Die Frankfurter Presse zeigt

äußerlich viel Devotion gegen sämtliche deutsche Regierungen.*) Immerhin wußte sie sich einige wichtige Vorzüge zu erwerben. Durch die günstige Lage Frankfurts und durch das beständig sich weiter ausbreitende Börsengeschäft gelang es der Frankfurter Presse, die Nachrichten aus Frankreich und Spanien früher zu erhalten als eine andere deutsche Zeitung, so daß man in Hamburg die Pariser Neuigkeiten meist schon übersetzt am Vormittage des fünften Tages nach dem betreffenden Ereignis und gleichzeitig mit der Ankunft der französischen Posten aus den Frankfurter Blättern entnehmen konnte. Was ihnen aber am nächsten lag, blieb von ihnen unberührt. Über die Tätigkeit der Deutschen Bundesversammlung in Frankfurt brachten sie nichts, was uns heute schier unglaublich erscheint.

An der Spitze der Frankfurter Zeitungen stand auch jetzt noch die „Ober-Postamtszeitung", und sie befestigte sich in diesem ersten Platze trotz der vielen Fesseln, die ihr auferlegt waren, im Lauf der Zeit noch ganz wesentlich, da sie das Glück hatte, nach und nach drei besonders tüchtige und geschickte Redakteure zu besitzen, den schon Seite 279 kurz erwähnten und charakterisierten Hofrat Berly und den Freiherrn von Röder für den politischen Teil und den Schriftsteller Otto Müller für das der Unterhaltung gewidmete „Frankfurter Konversationsblatt", das am 1. Januar 1833 eingeführt worden war und seit 1834 täglich erschien.

Der Hofrat Berly übernahm die Redaktion der „Ober-Postamtszeitung" im Jahre 1829 und zeichnete bis zu seinem am 9. Mai 1847 erfolgten Tode; doch war seit etwa 1842 in Wirklichkeit Dr. Ernst Frhr. v. Röder-Diersburg verantwortlich; Berly schrieb in den letzten Jahren nur noch den französischen und den englischen Artikel. Bis in sein hohes Alter hinauf bewahrte er sich eine außerordentliche Arbeitskraft. Gleich bei seinem Eintritt in die Redaktion der „Ober-Postamtszeitung" nahm er eine bessere Anordnung des Stoffes vor und führte auch sogenannte „Einleitungsartikel" ein. „Leitartikel" wollte er als

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842.

ter vormärzlicher Journalist diese Abhandlungen nicht genannt
ssen, denn eine Zeitung habe nichts zu leiten, meinte er, und
n Redakteur müsse mehr danach trachten, die Kunst des Leidens
erlernen, als die Kunst des Leitens. Nichts lag ihm denn
ich ferner, als Ansichten bei dem Leser herauszubilden; er
ollte nur über das Tatsächliche orientieren. „Zeitungsaufsätze“,
hrieb er noch kurz vor seinem Tode in einer Art von journali-
ischem Testament, „sollen nicht das Publikum oder gar die Re-
erungen und Staatsmänner belehren (d. h. ihnen eine Ansicht
der Meinung aufdrängen) wollen; unerbetener Rat nützt nichts
nd wird in der Regel abgelehnt.“ Und dann fügte er noch mit
er Miene des Weisen hinzu: „Die öffentliche Aussprache einer
Reinung ist immer ein Wagestück.“ Aber er ging noch weiter;
r hielt es auch für unangebracht, daß eine Zeitung sich augen-
ällig als Regierungsblatt geriere. „Eine starke Regierung,“ sagte
r einmal zu Riehl, „will gar nicht, daß sich eine Regierungs-
artei oder eine freiwillige Regierungspresse bilde. Die amtlichen
Blätter in Berlin und Wien schweigen sich meisterhaft aus über die
Politik ihrer Ministerien und verteidigen sie nur, wenn eigentlich gar
nichts zu verteidigen ist. Warum sollten sie anders verfahren? Ver-
teidigung setzt einen Angriff voraus, ja ein Recht des Angriffes,
und reizt zu neuen Angriffen. Eine Regierung muß auch gar
nicht merken lassen, daß sie angegriffen werden könne, am wenig-
sten von den eigenen Untertanen angegriffen. Unerbetene Freunde
sind oft lästiger, als offene Feinde. Wirft sich ein Privatblatt
zum Anwalt einer Regierung auf, so kann diese selbst das ihr
gespendete Lob für eine so anmaßliche Hilfeleistung halten, wie
wenn ich Rothschild hundert Gulden schenken wollte zur festeren
Fundierung seiner Finanzen. Man lobt eine Regierung am besten,
indem man sie niemals tadelt.“ In seiner langen Redaktions-
tätigkeit hat er dann in diesem Sinne mehr als 4000 solcher
„Einleitungsartikel“ geschrieben. Später, als Dr. v. Röder der
neuen Zeit mehr Rechnung zu tragen suchte, durfte allerdings
auch der wirkliche und echte Leitartikel nicht länger fehlen, allein
er wurde mehr eingeschmuggelt als eingeführt. Der „Einleitungs-

26*

artikel" Berlys blieb nämlich nach wie vor an der Spitze des Blattes, und den Leitartikel stellte man an den Schluß des politischen Teils, was freilich einen seltsamen Anblick gewährte. Bei der immer mehr zunehmenden Gärung im politischen Leben prickelte es dem alten Herrn aber denn doch bisweilen so heftig auf der Zunge, daß er seinen Grundsatz, keine Meinung zu äußern, zurückdrängte und etwas verblümt durch „Zitate anerkannter Autoritäten" seine Ansichten aussprach. Waren diese Zitate etwas dunkel und recht weit hergenommen, d. h. aus der Literatur einer fernen Zeit oder eines fremden Landes, so hielt er sie für besonders geeignet. Um seine Meinung über die Aufgabe der Journalistik im Jahre 1847 recht klar auszusprechen, führte er geheimnisvolle Sätze an, die Hamann, der Magus aus Norden, im Jahre 1764 in die „Königsberger Zeitung" geschrieben hatte! Als dann die politische Aufregung beständig wuchs und verschiedene Zeitungen Süddeutschlands durch die vielen fett gesetzten Schlagworte, die massenhaft verwendeten Gedankenstriche und Ausrufungszeichen ein geradezu „agitatorisches Gesicht" bekamen, so daß man ihnen schon von weitem den Charakter des „Wühlblattes" ansah, bemächtigte sich Berlys mehr und mehr eine tiefe Unruhe. Er besaß eine feine Witterung für politische Dinge und empfand offenbar, daß die Nation einer Katastrophe zutrieb; um so ängstlicher suchte er das Bestehende zu erhalten. Solche durchschossenen Worte, solch abgerissene, von Gedankenstrichen unterbrochene Perioden, meinte er, seien der Rede eines Mannes vergleichbar, der in atemloser Aufregung überlaute Rufe ausstoße, statt zu sprechen. Für eine gute Zeitung zieme sich dagegen der lange Atem eines wohldurchdachten Satzbaues und das mezza voce des Vortrages. Daß aber der Lärm der politischen Diskussion schließlich die mezza voce vollständig übertönen werde, sollte er nicht mehr erleben.*)

Dr. Ernst Frhr. v. Röder, der um 1842 die Leitung der „Ober-Postamtszeitung" übernahm, war 1813 zu Gießen geboren, studierte die Rechtswissenschaften und versuchte sich zu-

*) Riehl, Charakerstöpfe, S. 86—98.

hst als Privatdozent, trat aber wegen der damaligen höchst
jünstigen Aussichten bald von der akademischen Laufbahn zurück
) ging 1841 zum höheren Postdienst bei der fürstlich Thurn-
) Taxisschen Generaldirektion zu Frankfurt über. Dort machte
sich bald durch vorzügliche Leistungen bemerklich, so daß er
on nach Jahresfrist mit der Redaktion der „Ober-Postamts-
tung" betraut wurde. Hierzu befähigten ihn politische Einsicht
d Takt ebensowohl, wie eine bedeutende allgemeine Bildung.
ı Gegensatz zu Berly gehörte er einer maßvollen liberalen
chtung an, bewahrte die in der Jugend erwachte Begeisterung
r die Wiedergeburt eines geeinigten Deutschlands im konstitu-
nellen Sinne auch als Mann und blickte mit unbestechlicher
erechtigkeit in die verworrenen Zustände des vormärzlichen
aterlandes. Seine Leitung des Blattes zeichnete sich denn auch
ırch tadellose Ehrenhaftigkeit aus. Zum Generaldirektionsrat
hoben, trat er von der Redaktion zurück und übernahm weiter-
n die Oberleitung des Postwesens in den thüringischen Staaten
it dem Amtssitz in Eisenach, bis er 1866 infolge der Übernahme
:s Thurn- und Taxisschen Postregals von Seiten Preußens
ı den Ruhestand trat und nach Darmstadt übersiedelte, wo er
880 starb.

Nur etwas über drei Jahre war Otto Müller bei der
Ober-Postamtszeitung" tätig, von 1845 bis Mitte 1848. Zu
Schotten am Vogelsberg 1816 geboren, war er eine Zeitlang
Bibliothekar der Darmstädter Hofbibliothek und hatte durch einige
Erzählungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, worauf an ihn
die Aufforderung erging, die Redaktion des „Konversationsblattes"
zu übernehmen, das in seinem Ansehen sehr gesunken war. Denn
der bisherige Redakteur, ein Dr. Schuster, besaß wenig Talent
für eine passende Zusammenstellung des Blattes und hatte schließ-
lich 1844 noch das Unglück, mit einer Übersetzung des „ewigen
Juden" von Eugen Sue einen argen Mißgriff zu tun. Der
Roman erregte allgemeines Mißfallen, und schließlich wurde so-
gar das „Konversationsblatt" dieses Romans wegen in Österreich
nicht mehr zugelassen. Bald nachher erklärte dann die Redaktion,
daß von einem großen Teile des Lesepublikums die Fortsetzung

des „ewigen Judens“ nicht gewünscht werde, weshalb sich die Redaktion veranlaßt sehe, die Fortsetzung einzustellen. Darauf erhielt das Blatt wieder freien Eingang in Österreich. Otto Müller bot seinen Lesern alsbald seinen ersten Roman „Bürger, ein deutsches Dichterleben“, mit dem er sich auf das Vorteilhafteste einführte. Später wurde er bekanntlich einer unserer beliebtesten deutschen Erzähler. Nach vielseitiger schriftstellerischer Tätigkeit starb er 1894 zu Stuttgart.

Unter diesen drei tüchtigen Redakteuren hob sich die „Ober-Postamtszeitung“ mehr und mehr und erreichte gegen Ende der vierziger Jahre ihre Glanzzeit. Bereits wenige Jahre nach dem Eintritt Berlys in die Redaktion wurde der reichere Inhalt und die verständigere Haltung im Publikum angenehm empfunden. „Das Blatt zeichnete sich früher durch den einfältigen Hohn gegen alles aus, was die Interessen der Menschheit berührt,“ schreibt ein Schilderer der Frankfurter Kulturzustände der dreißiger Jahre.*) „Neuerdings tritt es aber doch dem allgemeinen Leben etwas näher .... Die ‚Frankfurt‘ überschriebenen Artikel (von Berly) sind, im leicht-eleganten Zeitungsstile gehalten, für den, welcher die Politik im Novellen-Gewande liebt, anziehend. Sie bieten eine gedrängte Übersicht über das Ausland, und der sie schreibt, versteht es, wenigstens einen unparteiischen T o n anzunehmen, wenn er auch im übrigen von dem Pfade nicht abspringen darf, der der „Ober-Postamtszeitung“ einmal gesetzt ist. Was das Inland betrifft, so muß die „Ober-Postamtszeitung“ sich freilich auch schon mit dem T o n in Acht nehmen; sie darf hier selbst anscheinend nicht der Gegenpartie Gerechtigkeit widerfahren lassen, obwohl solches jesuitisch-klüger sein würde. Da schweigt sie denn nun häufig und tobt nicht wie früher gegen alles, was konstitutionell heißt, wie ein einfältiges Schoßhündchen des Absolutismus. Die invidia, welche früher gegen diese Zeitung stattfand, ist somit geschwunden; sie ist wenigstens eben so kühl und frostig, wie alle deutsch-politischen Zeitungen unserer Zeit, aber sie ist nicht mehr das politische Fegefeuer, welches die Seelen passieren müssen.

*) Ed. Beurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 149.

en nach dem Lande gelüstet, wo der Servilismus das erste
> letzte Lebens-Gebot ist.“

Mit dem Eintritt des Dr. von Röder besserte sich dann
h noch die Haltung dem Inlande gegenüber. Die politischen
tikel dieses Teiles konnten sich sogar bis zu einer gewissen
Irme erheben und wagten selbst deutsch-nationale Ansichten
vertreten. So verfocht das Blatt z. B. das deutsche Recht
f Schleswig-Holstein.

Dazwischen schlug die Zensur der Redaktion jedoch gelegent-
h immer wieder einmal in den Nacken. Einen Fall, der heute
st unglaublich erscheint, erzählt Riehl. Im November 1846,
nreibt er (Charakterköpfe S. 96), traf höchst überraschend die
achricht ein, daß sich Österreich die Republik Krakau einverleibt
ıbe. Die Tatsache stand amtlich berichtet im „Österreichischen
eobachter“, dem Organe Metternichs. Als die Frankfurter
eitungen diese amtliche Notiz einfach mitteilen wollten, strich sie
er Zensor. Mehrere Tage vergingen, das Besitznahmepatent
rschien, alle deutschen Blätter brachten die Nachricht, nur in
rankfurt durfte sie nicht gedruckt werden: man solle noch zu-
varten. Auf Befragen nach dem Grunde dieser unglaublichen
Maßregel erklärte endlich der Zensor: man wisse noch nicht, ob
Frankreich Einsprache erhebe, ob England nicht zürne, vor allem
ıber müsse man erst von dem russischen Gesandten erfahren, wie
ich Rußland zu dieser Einverleibung verhalte. Am Sitze des
Bundestages habe die Zensur auch auf die auswärtige Diplomatie
gebührende Rücksicht zu nehmen!

Nicht so hoch im Ansehen, wie die „Ober-Postamtszeitung“, stand das von J. L. Heller redigierte „Frankfurter Journal“, aber es erfreute sich, weil es, wenn auch natürlich nur in der bescheidensten Form, eine gewisse liberale Tendenz zur Schau trug, einer weit größeren Verbreitung. Es soll in den vierziger Jahren nach und nach eine Auflage bis zu 9000 Exemplaren erreicht haben; tatsächlich wurde es in ganz Südwestdeutschland gelesen. Freilich bekundete es, um sich diesen großen Leserkreis zu erhalten, nicht immer die nötige Charakterfestigkeit. So z. B. den Anmaßungen Hessens gegenüber. Es besaß im Großherzog-

tum Hessen viele Abonnenten und gewann infolgedessen dort au[illegible]
einen gewissen Einfluß. Das war aber der Großherzoglich[illegible]
Regierung nicht angenehm; sie übte daher einen Druck auf d[illegible]
Zeitung aus, und darauf gewährte das „Frankfurter Journal[illegible]
aus Ängstlichkeit, es könnte in Hessen verboten werden, den A[illegible]
tikeln liberaler Färbung aus dem Großherzogtume keine Aufnah[illegible]
mehr. Aber man ging in Darmstadt auch noch weiter; m[illegible]
zwang das „Journal“ sogar, die hessischen Personalnachricht[illegible]
nur nach den Bekanntmachungen des Großherzoglich Hessisch[illegible]
Regierungsblattes zu bringen, so daß manches Vorgehen geg[illegible]
unliebsame Beamte nicht zur Sprache kam.*)

Immerhin blieb dem „Journal“ noch Gelegenheit gen[illegible]
sich ein gewisses liberales Air zu geben. Zu Anfang der vie[illegible]
ziger Jahre beutete es den Göler-Haberschen Skandal**) und da[illegible]
Auftreten der jüdischen Reformfreunde aus. Während es abe[illegible]
in der ersteren Angelegenheit sich, im Gegensatz zur „Kölnisch[illegible]
Zeitung“, für Göler gegen Haber erklärte, ja die Schuld die[illegible]
Neophyten den Juden zuzuwälzen keinen Anstand nahm, verteidigt[illegible]
es in der Angelegenheit der jüdischen Reformfreunde deren Sache
mit leidenschaftlicher, nicht selten in einer in Verketzerung der
Gegenpartei ausartenden Hitze. Als dann das Auftreten Ronges
die Gemüter zu beschäftigen begann, nahm das Blatt entschieden
für diesen Partei, und wohl um so eifriger, weil die „Ober-Post-
amtszeitung“ dieses Thema nicht berühren durfte, zum großen
Mißbehagen der Redakteure, die alle drei Protestanten waren.

---

*) Karl Buchner, Die Presse der Presse. Stuttg. 1839.

**) Der Göler-Habersche Skandal, der sich von 1843 ab in Karlsruhe abspielte, begann mit einem Streit zwischen einem Herrn von Haber, Sohn eines Bankiers in Karlsruhe, früher in karlistischen Diensten, und einem Leutnant von Göler und zog nach und nach immer weitere Kreise, enthüllte eine tiefe Immoralität der vornehmen Welt und führte sogar zur Aufhetzung des Pöbels und zu Plünderungsszenen in Karlsruhe. „Als Hauptmotiv erblickte das Volk eine dem großherzoglichen Hause sehr nahestehende Frau, die uneingedenk ihrer Stellung die Funken des Hasses und der Rache schürte, bis sie in immer lichteren Flammen emporloderten.“ (E. Burckhardt, Allgem. Gesch. d. Jahre 1840—1846. Leipzig 1850, S. 154.)

eilich fehlten denn auch die Angriffe auf das „Journal“ nicht. r Bischof Arnoldi von Trier tat das Blatt in den Bann und bot seinen Diözesan-Angehörigen das Lesen des „Journals“, d in Niederlahnstein wurde sogar 1845 ein Autodafé veranltet, bei dem die Gegner des Deutschkatholizismus das „Jourl“ zusammen mit einem Bildnisse Johannes Ronges öffentlich rbrannten. Zahmer gab sich das 1823 ins Leben gerufene von . Wagner redigierte belletristische Beiblatt „Didaskalia“, das n viel belächelten Nebentitel „Blätter für Geist, Gemüt und ublizität“ führte. In der Mitte der vierziger Jahre ging der itz durch die Blätter, daß in Peking, Hong-Kong und Canton t der freien Einfuhr des Opiums die „Didaskalia“ verboten orden sei — weil es sonst zu viel der Schlafmittel in hina gäbe.

Mit dem seither so unbedeutenden „Journal de Francort“ ging zu Anfang der dreißiger Jahre ganz leise und unbeerkt eine seltsame Wandlung vor; es wurde nach und nach zum Sprachrohr der europäischen Diplomatie und außerdem auch der peziellen Wünsche und Forderungen Rußlands. Freilich, die uropäische Diplomatie sagte öffentlich nicht viel, und darum rachte das „Journal de Francfort“ auch nur dann und wann ine hochweise Bemerkung über die politische Weltlage; um so auter sprach es von der europäischen Mission Rußlands und em Heil, das besonders Deutschland widerfahren werde, sobald s sich ganz unter den Schutz des weißen Adlers stelle. Redakteur des „Journals de Francfort“ war in den dreißiger Jahren ein Franzose Namens Durand, der sich wegen eines schmutzigen Verbrechens, das ihm die Tore des Zuchthauses geöffnet haben würde, außer Landes geflüchtet hatte, nun aber im sichern Frankfurt mit der ganzen Dreistigkeit eines gewissenlosen Menschen auftrat. Bei jeder Gelegenheit hatte er die Unverschämtheit, sich zum Repräsentanten Deutschlands aufzuwerfen und seine Urteile im Namen der öffentlichen Meinung abzugeben, eine Anmaßung, die ihm wiederholt empfindliche Zurechtweisungen zuzog. Nach der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von Hannover durch das unselige Patent vom 5. Juli 1837 übernahm er das

traurige Amt, den Schritt Ernst Augusts zu verteidigen. Außer ihm tat das nur noch, zur Ehre der deutschen Presse kann das festgestellt werden, das reaktionäre „Berliner politische Wochenblatt". Von Rußland soll Durand nicht unbeträchtliche Geldsummen erhalten haben. Im übrigen war er ein Mann von großer stilistischer Gewandtheit, der auch über Nichtiges in elegantem Ton zu plaudern vermochte. Nach dem Ablauf der Verjährungsfrist seines Verbrechens kehrte er nach Paris zurück und gründete dort im Auftrage Louis Napoleons das bonapartistische Blatt „La Colonne", das sich mit kaiserlichem Hochgefühl bis zu dem lächerlichsten Schwulste aufblies und Deutschland unter mannigfachem Hohne mit einer neuen Eroberung bedrohte, die diesmal nicht am Rhein stehen bleiben, sondern bis an den Schwarzwald gehen solle, da Flüsse allerdings keine natürlichen Grenzen und die Bewohner des badischen Rheinufers gleichen Stammes seien mit denen des Elsaß. Der Nachfolger Durands wurde zu Anfang der vierziger Jahre Dr. E. Beurmann, der die Richtung des Blattes beibehielt und nun ebenfalls, obgleich früher Liberaler und Jungdeutscher, ein „Verfechter der kosakischen Zivilisation" wurde. Bitter äußerte sich daher ein Zeitgenosse über das Blatt: „Ein Journal, das sich zum Vertreter eines ausländischen Despotismus aufwirft, hat die Achtung der Nation verscherzt und tut wohl daran, französisch zu sprechen." *)

Schließlich sei bei den Frankfurter Zeitungen auch des „Intelligenz-Blattes" wieder einmal gedacht (vergl. Bd. I 135, Bd. II 117), das sich in den in Rede stehenden Jahrzehnten sehr wesentlich hob. Vom 1. Januar 1829 ab wurde, laut Beschlusses des Senates, das vor elf Jahren gegründete Amtsblatt mit dem „Intelligenz-Blatt" verbunden und Druck und Verlag der beiden Blätter dem Handelsmann Markus Johann Nebbien und den sechs Kindern des preußischen Offiziers Ernst Daniel Holzwart

*) Deutschlands politische Presse. Zürich 1842. — Einige andere Angaben in betreff Durands stützen sich auf den Artikel „Das deutsche Zeitungswesen während der letzten einundzwanzig Jahre" in der Zeitschrift „Germania", Leipzig 1852.

erlassen. Laut Vertrag hatte es zweimal wöchentlich und zur
eßzeit dreimal in Quart zum Jahresabonnement von 3 Gulden
erscheinen. Die Inhaber des Privilegiums waren dabei ge-
lten, alle amtlichen Bekanntmachungen unentgeltlich einzurücken,
Kreuzer Stempelgebühren für jedes Exemplar zu zahlen, ferner
ch 1500 Gulden an das Rechneiamt zu entrichten und 46 Frei-
emplare an den Rat der Stadt zu liefern. Später, nach
ebbiens Tode (von 1839 ab), wurde dem ältesten Sohne Holtz-
arts, Johann Gottlieb Holtzwart, das Privilegium gegen die
höhte Abgabe von 3000 Gulden zugesprochen, zugleich mit der
erpflichtung, das Blatt jetzt dreimal wöchentlich herauszugeben.
848 erlosch das Privilegium und wurde nicht wieder erneuert;
s erschien nun ohne das Privilegium weiter.*) Von jeher bil-
ete das „Intelligenz-Blatt“ eine besonders beliebte Lektüre bei
ung und alt in Frankfurt und es offenbarte sich daher oft genug
n ihm der ganze warmblütige und derb-drollige Volkscharakter
er Mainstadt in der naivsten Weise. Es war gleichsam der ge-
ruckte Marktplatz des praktischen Lebens. Um einige Stichproben
on der Ausdrucksweise und der ganzen Art dieser Inserate zu
eben, seien aus den dreißiger Jahren die folgenden mitgeteilt:

Mit überströmendem Herzen veröffentlicht August Klingenspor folgende Danksagung:

„Unter den vielen Zuschauern, die sich bei Gelegenheit des gestern abend den 16. hujus in meinem Keller ausgebrochenen Feuers vor meinem Hause versammelten, waren viele, die durch Rat mich unterstützen wollten, wofür ich ihnen herzlich danke. Erfreuend und gefühlserhebend muß es aber für einen Mann sein, wenn er bei solcher Gelegenheit unter seinen Mitbürgern Menschenfreunde findet, die ihn durch Handlung und Tat unterstützen und ihm durch tätige Mithülfe den besten Rat geben. Auch ich fand dieser Edlen viele, die mit eigener Hand Mist, das einzige Löschungsmittel für diese Gelegenheit, beitrugen. Meine

*) Alexander Dietz, Das Intelligenz-Blatt, Frankfurter Frage- und Anzeigungs-Nachrichten, 1722—1900. Frankfurt a. M. 1900, und E. Beurmann, Frankfurter Bilder, Mainz 1838, S. 36.

Feder ist zu schwach, um ihnen die Gefühle meines Dankes auszudrücken zu können, aber in meinem Innern werden stets die Namen dieser Edeln mit unauslöschlichen Zügen aufbewahrt bleiben."

Ein gekränkter Seifensieder Bettenhäuser macht bekannt:

„Ich widerspreche hiermit dem ausgestreuten Gerüchte, als hätte ich russische Lichter und Talg zum Verkauf, sondern meine gegossenen Lichter sind vom Fett der hiesigen Metzger, welche hell brennen und nicht ablaufen, das Pfund zu 26 Kr., wie auch zentnerweise zu den billigsten Preisen."

Ein Kaufmann C. Stein war sich offenbar der schreienden Grausamkeit gar nicht bewußt, als er „lebendig gerupfte Bauernfedern, mit Flaumen" offerierte.

„Ja, gewiß", ruft darum Beurmann in seinen „Frankfurter Bildern aus, „das ‚Intelligenz=Blatt' führt seinen Namen mit Recht. Die Zeitung ist ein Spiegel des menschlichen Lebens, wie es sich unter Heringen und Dankbarkeit, unter Äpfelwein und Liebe, unter Limburger Käse und geistiger Bildung beständig umhertreibt."

Recht kümmerlich sah es mit dem Zeitungswesen im Großherzogtum Hessen aus. Das politische Leben vermochte dort in der Presse nicht zum Ausdruck zu gelangen, weil sich die Regierung beständig im Kampfe mit den Liberalen befand und alle politischen Erörterungen in den Zeitungen zu unterdrücken wußte. Der Ministerpräsident Du Bois Freiherr du Thil und weiterhin der Kanzler von Linde waren hier die Persönlichkeiten, die die starr=aristokratischen Tendenzen und die unnachsichtliche Strenge gegen jede freisinnige Bewegung der Presse zur Geltung brachten. Alles, was im Großherzogtum erschien, stand unter der Beaufsichtigung einer strengen Zensur; auch Druckwerke über 20 Bogen, welche innere Verhältnisse des Landes besprachen, wurden, wenn sie im Sinne der Opposition abgefaßt waren, einfach unterdrückt. Die Vorsicht ging sogar so weit, daß Zeitschriften schon nicht konzessioniert wurden, weil sie vielleicht von Politik sprechen könnten, wie sich das 1834 bei dem Hofgerichtsadvokaten Bopp in Darmstadt ereignete, der eine „deutsche Rechtszeitung" heraus-

›en wollte. Selbst die Konzession von Zeitschriften, welche rchaus nicht politischer Natur waren, wurde nur unter Vor- halt des Widerrufs erteilt. Die Zensurgeschäfte besorgten meist ›alterne Polizeibeamte als Nebengeschäft; inhaltreichere Ma- .skripte wurden jedoch im Ministerium geprüft, blieben aber dort t Jahre lang unerledigt liegen.

In der Landeshauptstadt Darmstadt war nach wie vor die 777 gegründete „Großherzoglich Hessische Zeitung“ das auptorgan (vergl. Bd. I, S. 163). Als Eigentum der Inva- ›enanstalt des Landes, war sie so reichlich mit Privilegien aus- :stattet, daß das „Darmstädter Tageblatt“, schon 1738 ge- :ündet, nur kümmerlich neben ihr bestehen konnte. Als Redak- ur fungierte seit 1833 der Obereinnehmer Papst, der früher beral gewesen und noch 1830 für die Juli-Revolution geschwärmt atte, sich nun aber mit großer Breitspurigkeit im reaktionären ;ahrwasser bewegte. Unter der dominierenden Stellung der Großherzoglich Hessischen Zeitung“ litt auch die „Mainzer Zeitung“, die mehr und mehr herab ging, obgleich sie sich auch ernerhin bemühte, gute übersichtliche Artikel über Politik und Handel zu liefern. Die „Wormser Zeitung“, gegründet 1776, lieb unter den obwaltenden ungünstigen Verhältnissen auch ferner- hin nur ein unbedeutendes Lokalblatt.

Vollständig unerschütterlich verharrte auch die Regierung von Nassau in ihrer Abneigung gegen alles Zeitungswesen. Jedem Begehr nach einer Konzession stellte sie ein scharfes Nein entgegen, und so mußte denn Dräxler-Manfreds harmlose Badezeitung, „Der Kursaal“, der für Wiesbaden erschien, in Mainz gedruckt werden!

Ein außerordentlich reges politisches Leben und damit ein wesentlicher Aufschwung des Zeitungswesens entwickelte sich von 1830 ab in dem bisher so stillen Baden. Empfänglich für die politischen Ideen der Zeit war man in Baden von jeher gewesen, aber unter dem Großherzog Ludwig und den Ministern von Ber- stett und von Berkheim war alles niedergedrückt worden, was nach einer politischen Äußerung aussah. Mit dem Jahre 1830 änderte sich das. Am 30. März 1830 gelangte der Großherzog

Leopold zur Regierung, der eine Schwenkung zum Liberalismus machte und darum vom Volke alsbald den Beinamen „der Bürgerfreundliche“ erhielt; dann stürzte von der Mitte des Sommers ab die Flut der politischen Ideen, die durch die Julirevolution entfesselt worden war, über das badische Land, und zu alledem trat eine ganze Anzahl hochbegabter Männer ins öffentliche Leben, die den Wünschen des Volkes eine bestimmte Richtung gab und den geeigneten Ausdruck verlieh, Rotteck, Welcker und Itzstein, die zwar schon in den zwanziger Jahren Hauptstützen der liberalen Partei gewesen waren, aber jetzt erst eine umfassende Wirksamkeit entfalten konnten, ferner Mittermaier, Duttlinger, Knapp, Mathy, Gervinus und noch mancher andere.

Karl von Rotteck (geb. 18. Juli 1775, gest. 26. November 1840) erwarb sich den glänzendsten Namen. In ganz Deutschland wurde er gefeiert als der Verfasser einer „Weltgeschichte“, die das Evangelium des gesamten gebildeten Mittelstandes war, und in seiner engeren Heimat Baden verehrte man ihn als den edelsten Verteidiger der idealen Güter. Seine Weltanschauung entwickelte Rotteck u. a. in seinem „Lehrbuche des Vernunftrechts und der Staatswissenschaft“, das 1829 erschien, und wo er sagte: „Die Idee, welche unser Zeitalter bewegt, ist die Frucht der angebrochenen Verstandesreife, der beginnenden Mündigkeit der Völker .... Diese Idee ist die des Rechts, nämlich des Vernunftrechts, welche die gebildete Menschheit laut fordert.“ Hierfür zu wirken, erschien ihm als sein wahrer Lebensberuf. „Freiheit und Recht“, schrieb er weiterhin, „sind die Losungsworte der heutigen Zeit, sie können nur siegen durch Vereinigung der Gemüter für sie durch die öffentliche Meinung. Darum soll jeder die hohen Losungsworte treuliebend mit aller ihm möglichen Kraft verkündigen.“

Unsere heutige, historisch geschultere Auffassung der staatlichen Dinge mag weit über diese naturrechtlichen Vorstellungen Rottecks hinausgeschritten sein; aber dieses Naturrecht hat doch zuerst in Deutschland der Überzeugung Bahn gebrochen, daß der Einzelne ein Recht hat gegenüber der Staatsgewalt, und wie viel auch von der liberalen Weltanschauung, die durch Rottecks „Welt-

chichte" und das Rotteck- und Welckersche Staatslexikon in :utschland verbreitet wurde, später auch der Berichtigung be- rfte — aus jener Anschauung ist doch die heutige konstitutio- lle Staatsverfassung in Deutschland hervorgegangen. Deshalb tont denn auch der Breslauer Historiker Richard Röpell in einer :ktoratsrede über Karl von Rotteck, in welcher er diesen gegen- er der Treitschkeschen herabsetzenden Beurteilung in Schutz mmt*), daß der Grundgedanke des Naturrechts es war, welchem e Lehre von den angeborenen, unantastbaren Menschenrechten tsprungen sei. „Ihr verdanken wir, was heute in unserer staat- hen und gesellschaftlichen Ordnung niemand mehr missen möchte: e Anerkennung der persönlichen Freiheit jedes Menschen, die nerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Summe ller der Rechte, welche uns unter dem Namen der sogenannten irundrechte verfassungsmäßig garantiert sind." Und anschließend ieran weist auch Röpell darauf hin, daß „nicht Preußens Zucht nd Macht allein, sondern auch der Süddeutschen langer Kampf ür die Idee verfassungsmäßiger Freiheit und nationaler Einheit ins an die Ziele gebracht hat, an welchen wir heute stehen."

In die Anerkennung der persönlichen Freiheit schloß Rotteck iber vor allem auch die Anerkennung des freien Worts, der Preß- reiheit ein.

Unmittelbar neben Rotteck stand Karl Theodor Welcker (geb. 29. März 1799, gest. 10. März 1869). Er hatte sich als Bonner Universitätsprofessor an den Agitationen für Einführung einer repräsentativen Reichsverfassung beteiligt und darauf allerlei Bedrängnisse erfahren, so daß er 1822 ganz gern einem Rufe als Professor der Jurisprudenz nach der Universität Freiburg im Breisgau gefolgt war, wo er sich nun alsbald mit dem gleich- gestimmten Rotteck eng befreundete. Als Vertreter des Wahl- kreises Ettenheim trat er 1830 in die neu berufene zweite badische Kammer, in der er sich durch zündende Beredsamkeit und weiten Blick auszeichnete. Verschiedene Konflikte mit der Regierung führten seine Suspendierung in Freiburg herbei, worauf er zu

*) Richard Röpell, Karl Wenceslaus von Rotteck. Breslau 1883.

Anfang der vierziger Jahre nach Heidelberg übersiedelte und sich nun ganz dem politischen Liberalismus widmete. Er wurde daher gern von seiner Partei der „Fahnenträger des Liberalismus“, der „laute Rufer in einer kampferfüllten Zeit“ genannt. Während Rotteck für das Vernunft- und Naturrecht eintrat, strebte Welcker mehr einen auf Vernunft, Willensfreiheit und Geschichte gegründeten Rechtsstaat an, dessen letzten Zweck er in der „möglichsten Erreichung der Tugend und Humanität und durch die Glückseligkeit aller“ erblickte. Dieses Ziel müsse man durch den modernen Repräsentativstaat mit der Mischung monarchischer, aristokratischer und demokratischer Elemente erreichen. „Durch seine Motionen in der badischen Kammer“, sagt Bluntschli in seiner Geschichte der neueren Staatswissenschaften, „und durch seine publizistische Tätigkeit, die freilich, wie seine Reden, zuweilen all zu sehr ins Breite und Weite ging, aber von einem aufrichtigen Freisinn erfüllt war, hatte er eine Popularität erlangt, welche der Rottecks wenig nachstand.“

Nicht so leidenschaftlich und stürmisch, wie Welcker, sondern immer erst nach reiflicher Überlegung, stets vorsichtig und behutsam, trat Johann Adam von Itzstein (geb. 28. Sept. 1775, gest. 14. Sept. 1855) auf. Auch er war von Haus aus Jurist, hatte mehrere Jahre die Stelle eines Bezirksamtmannes in Schwetzingen bekleidet, dann als Hofgerichtsrat in Mannheim gewirkt und wurde 1842 von letzterer Stadt zum Abgeordneten gewählt. Seitdem blieb sein Name, sagt Hoffmann von Fallersleben in einer Abhandlung über Itzstein, mit der staatlichen Entwicklung so eng verflochten, daß die Geschichte der badischen Landtage zugleich auch die Geschichte seines Lebens ist. Er war ein geborener Parteiführer, ein gewandter Agitator und Dialektiker und zog sich denn auch sehr bald das Mißfallen der Regierung zu. Unter diesen Umständen war seine amtliche Stellung wenig angenehm; er nahm daher seine Entlassung und lebte fortan als Privatmann. Sein Grundbesitz, der besonders in dem Landgute Hallgarten im rebenreichen Rheingau bestand, gestattete ihm eine unabhängige Existenz.

Von den übrigen badischen Politikern seien nur noch Mathy

d Gervinus besonders hervorgehoben, der erstere, weil er wieder-
t energisch für die Preßfreiheit eintrat, der letztere, der be-
nnte Geschichtsschreiber, weil er in bewegten Tagen eine größere
itung ins Leben rief, um darin die freisinnigen konstitutionellen
undsätze zur Geltung zu bringen. Karl Mathy (geboren
. März 1807, gest. 3. Febr. 1868) studierte in Heidelberg
meralwissenschaft und begann die badische Beamtenkarrière,
ßte sie aber abbrechen, nachdem er sich in den dreißiger Jahren
den politischen Kämpfen beteiligt hatte. Nach einem längeren
fenthalte in der Schweiz kehrte er 1840 nach Baden zurück,
ndete sich dort der Journalistik zu und wurde 1842 in die
ue Kammer gewählt. Weiterhin trat er 1848 in das Frank-
rter Parlament, wurde Unterstaatssekretär im Reichsministerium
d war dann, nach dem Scheitern der ganzen Bestrebungen, in
rschiedenen Bankinstituten Norddeutschlands tätig. Schließlich
hrte er wieder nach Baden zurück und stieg hier 1866 bis zum
inanzminister und Präsidenten des Staatsministeriums empor.
in glänzendes biographisches Denkmal setzte ihm Gustav Freytag.
. G. Gervinus (geb. 20. Mai 1805, gest. 18. März 1871)
udierte unter Schlosser in Heidelberg Geschichte, wurde 1836
rdentlicher Professor der Geschichte und Literatur in Göttingen,
rhielt aber, da er zu den „Göttinger Sieben" zählte, die gegen
ie Verfassungsänderung protestierten, seine Entlassung und lebte
nn unter günstigen pekuniären Verhältnissen teils in Süddeutsch-
and, teils in Italien, bis er 1844 Honorarprofessor in Heidel-
erg wurde, das nun sein ständiger Wohnsitz blieb. An den po-
itischen Bewegungen beteiligte er sich nur als Schriftsteller, nie-
mals als Redner oder gar als Führer wie Rotteck und Welcker;
dazu fehlte ihm nicht nur die laute Stimme, die schlagfertige,
populäre Beredsamkeit, sondern auch die Hingebung für das Volk,
die Nachsicht mit dem Unverstand und der Leidenschaft der Menge.
„So sehr er es liebte," sagt Georg Weber in seinem „Rückblick
auf Heidelberg" 1884, „im geeigneten Moment die geschriebene
Parole auszugeben, so wenig trug er Lust, sich in die Menge zu
mischen, in den lauten Schwarm einzutreten."

Der große Kreis dieser badischen Politiker verlangte neben

der Beseitigung vieler anderer Mißstände vor allem auch die Abschaffung der Zensur. Die entsprechende „Motion“ auf ganze und ungeschmälerte Preßfreiheit stellte Welcker, und beide Kammern traten dem Antrage bei, worauf die Regierung, freilich erst nach einigem Zögern, einen Preßgesetzentwurf vorlegte. Dieser Entwurf erfuhr dann in der zweiten Kammer noch manche Erweiterung, worauf am 24. Dezember 1831 endlich nach Vereinbarung beider Kammern das wichtige Gesetz zu Stande kam. Allein die Großmächte erblickten in dieser „Entfesselung der Presse“ eine große Gefahr und führten einen Bundesbeschluß herbei, kraft dessen der Großherzog gezwungen wurde, das neue Preßgesetz wieder außer Wirksamkeit zu setzen (28. Juli 1832). Da er diesen Schritt tat, ohne die Stände hierum zu fragen, so verstieß er gegen den § 65 der ständischen Verfassung Badens, der vorschreibt, daß zur Abänderung der bestehenden Gesetze die Zustimmung der absoluten Majorität einer jeden der beiden Kammern erforderlich ist.

Das ganze liberale Baden protestierte heftig gegen diese Verfassungsverletzung und klagte laut über den Verlust der Preßfreiheit; auf alle Eingaben hatte der Minister von Blittersdorff aber stets nur die Antwort: „Der hohe Bund hat es so befohlen!“ Die Opposition ließ sich jedoch damit nicht abfinden, immer aufs neue verlangte sie die verfassungsmäßig errungene Freiheit zurück, und dieser Kampf zog sich bis zum Jahre 1848 hin. In dem Landtage von 1835 schilderte Welcker die schwere pekuniäre Schädigung, die der Herausgeber einer Zeitung durch den Preßzwang erleide. „Wenn der Herausgeber eines Blattes sich genötigt sieht,“ sagt er, „ganze Blätter oft drei- oder viermal umbrechen zu lassen, weil auch der unschuldigste Artikel vom Zensor unbarmherzig gestrichen oder verstümmelt wird, wenn er überhaupt vielleicht 40 Fl. für einen solchen Artikel bezahlt und wegen des Umbrechens noch dreifache Kosten zu tragen hat, so verliert er zuletzt selbst die Möglichkeit, das ganze ehrliche Gewerbe fortzusetzen. Mitarbeiter, Drucker und Verleger müssen auf den erlaubten Vorteil ihres Gewerbes verzichten, und so kam es dahin, daß wir nicht ein einziges freies Blatt mehr haben, welches die Klagen

der Mißgriffe in der Verwaltung, die Beschwerden der Unter-
nen, die freimütigen Wünsche und Bedürfnisse der Bürger ihren
Ritbürgern ans Herz legen kann. Wenn man bei irgend einem
nderen Erwerbszweige, z. B. bei einem Krämer, heute — nicht
ir 40 fl., sondern für 40 Kr. — Stockfische, morgen für 40 Kr.
eringe und übermorgen für 40 Kr. Spielsachen konfiszieren
ollte, und man durch solche und ähnliche Handlungen zuletzt den
Rann zwingen würde, sein ganzes Gewerbe aufzugeben, so weiß
h nicht, ob man dies nicht für eine Beraubung und Tyrannei
alten würde. Ich weiß aber auch nicht, ob irgend wo, etwa bei
en Irokesen, Stockfische, Heringe und Spielsachen höher stehen
ls Wahrheit und ihre Mitteilung, ob sie und ihre Verbreiter
in heiligeres Recht haben, als Schriftsteller, Drucker und Ver-
eger, die die Wahrheit ihren Mitbürgern mitteilen, sich der Ver-
eidigung des Rechts und der Vervollkommnung ihrer Anstalten
widmen."*) Auf dem Landtage von 1837 begründete Welcker die Preßfreiheitsbeschwerde abermals, und 1839 verurteilten neben Welcker auch Itzstein und Rotteck öffentlich den Preßzwang mit aller Schärfe. Im Jahre 1840 trat der Landtag einstimmig dem Antrage Itzsteins bei: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung beim Bundestage nicht unterlassen werde, die Wiederherstellung der dort einseitig aufgehobenen Verfassung von 1833 zu bewirken." Irgend welche Wirkung hatte der Antrag aber nicht.

Seinen geistigen Höhepunkt erreichte schließlich dieser Kampf gegen die Zensur in dem langen Landtage von 1843 bis 1845, wo Karl Mathy, der Abgeordnete von Konstanz, in seiner geistreichen Weise und schwungvollen Sprache die ganze Bitterkeit über die Knebelung der Presse zum Ausdruck brachte, so daß seine Rede weit über Baden hinaus den lautesten Widerhall fand. Die ganze deutsche Presse gab diese Rede Mathys wieder. Gustav Freytag erklärt in seiner Biographie Mathys, daß sie in der Hauptsache eine Geschichte der badischen Zensur darstelle.

„Es lebt irgendwo ein Mann," begann Mathy, „von kräftigem Körperbau und fester Gesundheit, verständig und gut ge-

*) Landtagsprot. von 1835, Heft VI, S. 76.

artet. Der Mann dient mehreren Herren und löst seine schwierige Aufgabe zur Zufriedenheit aller; dies beweisen die guten Zeugnisse, welche er besitzt. Er half sogar seinen Herren aus einer großen Gefahr; er rettete sie aus den Händen eines mächtigen Nachbars, der es auf ihre Habe abgesehen hatte. In dem Kampfe, den er bestand, hatte er guten Gebrauch von seiner Kraft gemacht, daß ihm die Herren versprachen, er dürfe fortan nicht mehr blindlings ihren Geboten folgen, sondern selbst Vorschläge machen, frei und offen sagen, was er für das Beste halte; sie würden darauf achten; dies würde für sie und ihn am zuträglichsten sein. Der Mann tat so und ward unbequem. Man warf ihm vor, er trete zu derb auf, er mache Lärm im Hause, reize die vielen Hunde, welche die Herren für ihr Vergnügen hielten, zu lautem Gebelle und störe überhaupt die Hausordnung. Er wurde zwar fortwährend zu allerlei Dienstleistungen verwendet und mußte für Küche und Keller sorgen: wollte er aber ein Anliegen vortragen, so mußte er dies bei einem Bedienten anbringen, der strengen Befehl hatte, nur das Angenehme zuzulassen, das Unangenehme dagegen zurückzuweisen. Die Wahrheit aber ist selten angenehm, das Angenehme oft nicht wahr; an alte Schulden und Versprechen zumal wird niemand gern erinnert.

„Der Mann, meine Herren, ist das deutsche Volk; das freie Wort, sein altes Recht, ist ihm feierlich verheißen, und es ist die zugesagte allgemeine Bestimmung über den Gebrauch des freien Wortes dahin gegeben, daß der Deutsche ungehindert sprechen dürfe über alles, was ihn nichts angeht oder keinen Bezug auf seine Geschäfte hat. Will er dagegen seine Meinung sagen über das, was ihm nütze oder schade, was ihm fehle oder ihn belästige, so muß er den bittern Kern der Wahrheit unter einer Hülle vom süßen Gegenteil verstecken, seine sträfliche Tendenz zur Offenheit in ein löbliches Schmeicheln verkehren, und zuletzt — weil er in solchen Künsten doch immer ein Stümper bleibt —, seine Gedanken, bevor sie laut werden, einem Meister Hämmerling unterbreiten, der sie entweder als ganz unbrauchbar vernichtet, oder in einer Weise zurecht zerrt, daß auch der Gescheidteste nicht mehr errät, was sie ursprünglich gewesen sein mögen.

„So, meine Herren, steht es mit der freien Meinungs-ußerung in Deutschland. So steht es mit der Preßfreiheit für Zeitungen und Zeitschriften, für alle Schriften über öffentliche Angelegenheiten in engeren und weiteren Kreisen, für alle Schriften, ie an das Volk gerichtet sind. — Daß man heute die Zügel twas loser läßt, um sie morgen desto straffer anzuziehen; daß nan hier den Nachbar zur Rechten, dort den Nachbar zur Linken rgert, bis man sich mit ihnen verständigt, gegenseitig nur Lob u gestatten: dies ändert die Sache ebenso wenig, als wenn ver-ichert wird, man meine es nicht so schlimm, man wolle keine Wahrheit unterdrücken, sondern nur für den gehörigen Anstand orgen. Ohne Freiheit gibt es keine Wahrheit, nur Nachbeterei; keinen Anstand, einzig Dressur. Dem Kinde steht das Gängel-band nicht übel, den Mann beschimpft es; den Sträfling, den Wahnsinnigen überwacht das Auge des Wärters, der Unbescholtene geht seinen Weg allein.

„Auffallende Fürsorge, welche den Geist beschränkt, der nur mit Worten schaden könnte, und die Hand frei läßt, welche doch stehlen oder morden kann; zarte Pflege der Sicherheit, welche das Werkzeug der Gedankenverbreitung, die Presse, unter politische Aufsicht stellt, und doch andere Werkzeuge, welche das Leben zer-stören können, dem freien Gebrauche anheimgibt: merkwürdige Achtung vor der edelsten Gabe des Schöpfers, vor dem freige-schaffenen Menschengeiste, die ihn dem Gifte gleich achtet, das nur abgegeben wird, wenn vorher nachgewiesen ist, von wem und wozu es gebraucht werden soll!“

Der Redner entwickelt dann, wie durch diese Nieder-drückung des geistigen Lebens die ganze Nation in jeder Weise leide, auch in ihrem materiellen Wohlstande, da man von allen Seiten den Deutschen ungestraft ausbeuten könne. Überall im Auslande werde er benutzt und mache sich nützlich, aber nirgends genieße er ein Ansehen, nirgends könne er ein Recht geltend machen. Denn „man kennt keine deutsche Diplomatie, geschweige denn ein deutsches Volk.“ So lange denn die geistige Tätigkeit des deutschen Volkes solche unwürdigen Fesseln trage, werde sich

die Lage des deutschen Volkes nicht bessern. Darum vor allem fort mit der Zensur!

Und schließlich stellte noch einmal der Abgeordnete Peter 1846 den Antrag, die badische Regierung zu ersuchen, durch ihren Gesandten bei dem deutschen Bunde auf vollkommene Preßfreiheit hinzuwirken, und wenn bis Ende 1847 kein allgemeines Preßgesetz für Deutschland zu stande kommen sollte, die großherzoglich badische Regierung an ihre Pflicht zu mahnen, die zurückgenommene Preßfreiheit wieder herzustellen, sowie einstweilen für die inneren Angelegenheiten und die Zustände in anderen als deutschen Bundesstaaten die Preßbeschränkungen sogleich aufzuheben, auch die Zensur-Instruktion für die übrigen Gegenstände auf das ursprüngliche gesetzliche System zurückzuführen.

Auch das war natürlich vergeblich, so bedenklich sich die allgemeine Mißstimmung auch schon gesteigert hatte.

In welcher verhängnisvollen Weise unter diesen Verhältnissen die Zensur bisweilen gehandhabt wurde, mag nur mit einem Beispiele illustriert werden. Bald nach Beendigung der polnischen Revolution lud der russische Gesandte in Karlsruhe öffentlich in den süddeutschen Zeitungen zur Auswanderung nach dem entvölkerten Polen ein, und die Beamten einiger kleinen Staaten erhielten sogar die ausdrückliche Weisung, in ihrem Geschäftskreise diese Einladung mit ihren scheinbar sehr lockenden Bedingungen bekannt zu machen. Welcker aber, der die Verhältnisse genau kannte, hatte die Überzeugung, daß die Auswanderer dem Verderben entgegen gingen, und wollte an die Bauern eine Warnung richten; allein die Zensur strich die Warnung, und alle Schritte, sie durchzubringen, waren vergebens. Einige Zeit später kehrte ein Teil der Ausgewanderten in bejammernswertem Zustande zurück, die andern waren elend zugrunde gegangen.*)

Die Entwicklung der badischen Presse vermochte bei diesen wechselvollen Schicksalen naturgemäß nur zu Beginn des Jahres 1832

*) Prot. der bad. zweiten Kammer v. 1835, Heft VI, S. 77. Im übrigen vergleiche man Leonhard Müller, Badische Landtagsgeschichte, 4 Teile. Berlin 1900—1903.

ren Anlauf zu nehmen. Nach der Wiederaufhebung der Preß-
:iheit (28. Juli 1832) trat sofort aufs neue eine Stauung ein.
nmerhin erhielt das Land von 1830 ab eine reiche Zeitungs-
eratur, die, wenn auch manches Blatt schnell wieder verschwand,
ch eine neue Periode der badischen Journalistik bedeutet und
genüber der früheren Öde ein Bild großer Mannigfaltigkeit
etet. Es sind zu verzeichnen für die Jahre 1830 bis 1848:
Karlsruhe die „Karlsruher Zeitung“, die „Badische Zei-
ing“, der „Badische Volksbote“ und die „Oberdeutsche Zeitung“,
Mannheim das „Mannheimer Journal“, die „Mannheimer
bendzeitung“, das „Mannheimer Morgenblatt“, der „Wächter
m Rhein“, der „Zuschauer“ und die „Rheinische Postille“, in
reiburg die „Freiburger Zeitung“ und der „Freisinnige“, in
onstanz die „Konstanzer Zeitung“ und die anfangs vom Ober-
erichtsanwalt Vanotti, später von Fickler redigierten „Seeblätter“
nd in Heidelberg die „Deutsche Zeitung“. Leider erlangte
eins dieser Blätter eine wirkliche Bedeutung. Das offizielle Or-
jan des Landes war nach wie vor die „Karlsruher Zeitung“,
ußerdem unterhielt die Regierung eine gewisse Fühlung mit der
„Freiburger Zeitung“, der „Konstanzer Zeitung“ und dem „Mann-
heimer Journal“ und wandte diesen Blättern auch alle offiziellen
Bekanntmachungen zu. Dadurch bekamen auch diese Zeitungen
den Charakter des privilegierten, halbamtlichen Organs. Alle
übrigen waren Oppositionsblätter. Unter diesen ragte wohl am
höchsten der „Freisinnige“ hervor, der vom 1. März 1832
ab von Rotteck, Welcker und Duttlinger in Freiburg herausge-
geben wurde. Er bekundete den weiten Blick, die reiche Bildung
und die hinreißende Begeisterung seiner Herausgeber und fand
sofort großen Beifall; doch sah er sich sehr bald am Ende seiner
Tage. Unmittelbar nach der Wiederaufhebung der Preßfreiheit,
bereits in den letzten Tagen des Juli 1832 wurde er unterdrückt.
Ebenfalls nur ein sehr kurzes Leben hatte die fortschrittliche
„Oberdeutsche Zeitung“ in Karlsruhe, die von dem warm-
herzigen und vielbewanderten Friedrich Giehne geleitet wurde.
Sie trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben und ging bereits
Ende September 1842, vielleicht weil sie zu doktrinär gehalten war,

aus Mangel an Abonnenten ein. Glücklicher war die „Mannheimer Abendzeitung", die „viele Jahre lang den äußersten vorgeschobenen Posten der deutschen Presse bildete." Sie erlangte diese Position durch die beiden gewandten Redakteure Dr. Karl Grün und Karl Ludwig Bernays. Karl Grün (geb. 1817, gest. 1888) wußte besonders durch seine lebendige Darstellung und durch die Wärme, mit der er für alle freiheitlichen Institutionen eintrat, einzunehmen. Dabei verschmähte er es auch nicht, durch pikante Anekdoten und eine kleine chronique scandaleuse, sowie durch eine gewisse ironisierende Färbung des Tons sein Blatt interessant zu machen. Es bürgerte sich daher sogar in den Berliner Konditoreien ein und wurde dort mit Vorliebe gelesen. Weniger Beifall fand aber der Ton Karl Grüns beim Ministerium Blittersdorff, und so wurde denn der unbequeme Mann, da er Preuße war, kurz nach Schluß der Session 1842 ausgewiesen und über die Grenze gebracht.*) Später hat sich dann Grün durch eine Reihe schätzenswerter kulturgeschichtlicher Werke einen geachteten Platz als Historiker erworben. Sein Nachfolger Karl Ludwig Bernays, ursprünglich Rechtsanwalt, neigte stark zur republikanischen Partei und gab daher dem Blatte einen schärferen Ton. Als Itzstein 1845 bei seinem Besuche Berlins aus den preußischen Staaten ausgewiesen wurde, trat er mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen diese Maßregel auf, daß die betreffende Nummer der „Mannheimer Abendzeitung" von den Postämtern der Rheinprovinz nicht ausgegeben wurde. Bald nachher gab Bernays seine Stellung auf, ging nach Paris und gründete dort mit Arnold Ruge, Marx, Engels und Heinrich Börnstein den „Vorwärts". Doch wurde dieser bald verboten, worauf Bernays nach Amerika auswanderte, wo er dann lange Jahre in St. Louis den „Anzeiger des Westens" redigierte. Ebenfalls mit großer Schärfe trat der „Wächter am Rhein" auf, der von Franz Stromeyer herausgegeben wurde. Gelegentlich liebte es Stromeyer, in gehobenem Pathos zu sprechen. Als die schwarz-rot-goldene Fahne verboten worden war, rief er aus: „So ver-

*) Grün, Meine Ausweisung aus Baden. Zürich u. Winterthur, 1843.

)winde denn für einen Augenblick vor dem Antlitz deiner Feinde, du heilige Dreifarbe, du himmlisches Bild der Reinheit und s mutigen Ernstes! Ziehe dich zurück auf unsere nackte Brust. ort hüpft dir grüßend jeder Schlag unseres Herzens entgegen ıd empfängt von dir die elektrische Einströmung des heiligen euers!" Gustav Freytag erwähnt in seiner Biographie Mathys, ıß auch dieser Mitarbeiter des Blattes gewesen sei, und bemerkt ıbei, die Zeitung habe sich durch ihren warmen und heraus⸗ ›rdernden Ton alsbald die Herzen der Leser gewonnen, sei dann ber den Machthabern unbequem geworden. Schon im soziali⸗ ischen und kommunistischen Fahrwasser schwamm der „Zu⸗ chauer", herausgegeben von Hecker und Struve. Das vierte ortschrittliche Blatt Mannheims endlich, „Der rheinische Po⸗ tillon" war nur eine Art Dorfzeitung, die über die Weltlage ıit Humor zu berichten suchte und ihre Artikel gern mit vitzigen Einfällen schmückte. Dabei zog das Blatt etwas zu ed über die Zustände im Großherzogtum Hessen her und wurde aher dort sehr bald verboten. Nur wenig Boden gewannen die beiden oppositionellen Blätter in der Hauptstadt Karlsruhe. Das vornehmere, wirklich gediegene war ohne Zweifel die „Badische Zeitung" von Karl Mathy. Dieser war durch den Buchhändler August Groos in Mannheim, den Gründer des Blattes, veran⸗ laßt worden, die Stelle eines Redakteurs zu übernehmen. Das Blatt sollte im Sinne der liberalen Opposition des badischen Landtages geleitet werden. Es trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben, erschien täglich in acht Spalten Folio und brachte außerdem die Beilage „Landtagsverhandlungen". Schon in den ersten Nummern zeigte es sich, daß die neue Zeitung einen durch⸗ aus maßvollen Ton beim Besprechen der heimischen sowohl, wie der deutschen Verhältnisse beobachtete. Sie brachte, schreibt Gustav Freytag,*) reichlich Berichte von auswärts, alle Neuigkeiten in kurzer gedrängter Übersicht, auch eine Fülle von solchem Einzel⸗ werk, welches dem Tagesleser ein politisches Blatt anmutig macht. Selten stand ein Leitartikel an der Spitze, aber die Korrespondenzen

*) Freytags Ges. Werke, 22. Band: Karl Mathy.

waren großenteils von dem Redakteur für den Zweck der Zeitung zugerichtet, viele eigene Ansichten in der Firma auswärtiger Briefe mitgeteilt. Wahrscheinlich wählte Mathy diese Form, weil sie den Zensor weniger herausforderte. Um den politischen Standpunkt der Zeitung und ihres Redakteurs bestimmter zu kennzeichnen, möge hier nur folgender Satz angeführt werden: „Für Preußen ist der Rhein eine Besitzesfrage; eine höhere Weihe hat er für Deutschland, dessen Ansprüche freilich wenig vertreten sind, so lange es weder zu Land noch zur See, weder durch Gesandte, noch durch eine Flagge beim Auslande repräsentiert ist. Und doch — das einzige preußische Recht von Gottes Gnaden wäre eigentlich, das Haupt des vereinten Deutschlands zu sein!" Die badische Regierung war jedoch mit der Haltung der Zeitung keineswegs zufrieden und zwang nach einem halben Jahre den Verleger, den Titel in „Nationalzeitung" umzuwandeln, denn, so behauptete sie, es werfe ein schiefes Licht auf sie, wenn sich ein in Karlsruhe erscheinendes Oppositionsblatt „badisch" nenne. Leider starb der Verleger Groos unerwartet im Juli 1841, und dadurch verschoben sich die pekuniären Verhältnisse so ungünstig, daß das Unternehmen mit Ende des Jahres aufgegeben werden mußte, so lebhaft das auch von den Parteifreunden beklagt wurde. Einen schwachen Ersatz für das Mathysche Blatt bot von 1843 ab der „Badische Volksbote", der von dem Abgeordneten Zittel herausgegeben wurde.

Auf die Dauer konnte die liberale Partei Badens aber doch ein großes führendes Blatt nicht entbehren,. um so weniger, als es immer klarer wurde, daß Deutschland einer sehr bewegten Zeit entgegen gehe. Die hervorragendsten Männer der Partei fanden sich daher am 29. November 1846 in Durlach zu einer Besprechung zusammen und beschlossen in dieser, eine neue große Zeitung zu gründen, die den Namen „Deutsche Zeitung" erhalten sollte. Zum Hauptredakteur wurde Gervinus gewählt, der als unabhängiger Mann und berühmter Historiker außerordentlich geeignet erschien; ihm zur Seite traten L. Häusser, G. Höfken, K. Mathy und K. Mittermaier; den Verlag übernahm Fr. Bassermann; den Druck G. Mohr in Heidelberg. Zu Mit-

›eitern konnte bald ein großer Kreis namhafter Gelehrter, runter Dahlmann, G. Beseler, Waitz, Droysen und die beiden :imm, gezählt werden.

Mit dem 1. Juli 1847 begann das Blatt zu erscheinen. › präsentierte sich in stattlichem Folio und wurde allwochentäg›, später auch Sonntags und vom 1. Januar 1849 ab sogar eimal täglich ausgegeben. Anfangs kostete es 10, später Gulden jährlich. „Nie trat eine deutsche Zeitung achtungbietender vor die Nation", sagt Gustav Freytag in seiner Bioaphie Mathys, „die besten Liberalen aus allen Teilen Deutschnds dabei beteiligt, die Zeitung Mittelpunkt und Organ einer uen Partei, die sich in jugendlicher Kraft rührte. Daß sie auf ınz Deutschland angelegt und vom Süden aus vor anderem :eußische Angelegenheiten besprechen sollte, war der größte Fort›ritt." Und Gervinus widmete sich dem jungen Unternehmen it allem Eifer. „Nie hat er eine solche Tätigkeit entwickelt, ie in jenen Tagen," schreibt der Historiker Georg Weber in inem „Rückblick auf Heidelberg",*) „und sein Name, sein feiner :aft, seine weitreichenden Verbindungen mit hervorragenden Per›nlichkeiten waren wirksam genug, aus der Elite der deutschen lation Gönner, Förderer und Mitarbeiter heranzuziehen. Eine lrt Ehrentribunal oder zensorisches Kuratorium, bestehend aus Männern wie Dahlmann, den beiden Grimm, Schlosser, Heinrich on Arnim und anderen Ebenbürtigen, sollte den Regierungen die Garantie bieten, daß sich die Zeitung in den Schranken des Rechts ınd einer geordneten Freiheit bewegen würde, und sollte die da›nals noch bestehende Zensur unter den Händen untergeordneter Verwaltungsbeamten als unnötig erscheinen lassen."

Bei allen wichtigen Fragen trat Gervinus mit seinem eigenen Urteil ein. Die meisten Leitartikel des ersten Jahrganges rühren von ihm her. Er stellte sich in diesen stets auf den höchsten Standpunkt und ließ es sich vor allem angelegen sein, die Ansichten über die allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu klären. Bisher hatte man sich bei der unseligen Kleinstaaterei fast nur

*) Beilage der „Allgem. Zeitung", 1884, № 244.

mit den eigensten Interessen beschäftigt, jetzt rückte Gervinus in der „Deutschen Zeitung“ die Gesamtinteressen der deutschen Nation in den Mittelpunkt der Betrachtung und suchte eine allgemeine Anschauung und Überzeugung der politischen Verhältnisse, die bei der großen Menge noch vollständig fehlte, herauszubilden. Dabei entwickelte er zum erstenmale das ganze System des doktrinären Liberalismus und erläuterte alle Probleme der politischen Doktrin. Infolgedessen erklärt denn auch Heinrich Rückert in seiner Würdigung Gervinus:*) „Das Bewußtsein, daß eine ‚deutsche Frage‘ existiere, welches der Nation über der Zersplitterung ihrer Interessen an unzählige Partikularitäten ganz abhanden gekommen war, ist durch die ‚Deutsche Zeitung‘ ins Leben gerufen worden, und zwar gerade in dem weltgeschichtlichen Moment, wo es darauf abgesehen war, daß die Nation in ihrer Gesamtheit in die wirkliche Handlung eintrat. Dies ist ihr bleibendes Verdienst, wogegen das in dieser Art gleichfalls hoch anzuschlagende der Belehrung und Klärung des politischen Denkens in den wesentlichsten Problemen der damaligen Doktrin zurücktritt als ein mehr vorübergehendes und zufälliges.“ Aber damit war auch alles zu Gunsten der „Deutschen Zeitung“ gesagt; denn als nun die Forderungen der Wirklichkeit hervortraten, sich tiefe Spaltungen der liberalen Partei zeigten, aus Frankreich herübergedrungene sozialistische und kommunistische Ideen sich geltend machten, versagte in Gervinus der praktische Politiker, der mit allen Erscheinungen rechnet, die nötige Nachsicht mit dem Unverstande und der Leidenschaft der Menge übt, und nur das zu erreichen sucht, was wirklich zu erreichen ist. Er steifte sich auf seine Doktrin, die er einmal für absolut richtig erkannt hatte, und verlangte, daß sich die politische Bewegung in der von ihm gezeigten Weise entwickeln solle. Das tat sie aber natürlich nicht, und so stand denn das Blatt, von den Regierungen mit Mißtrauen

*) Unsere Zeit, N. Folge, 7. Jahrg. 2. Hälfte. Lpzg. 1871. — Hierbei sei zugleich bemerkt, daß Gervinus' Selbstbiographie (Lpzg. 1893) nur bis gegen Ende der dreißiger Jahre reicht, also von der „Deutschen Zeitung“ nichts erwähnt.

rachtet, von den Konservativen und Reaktionären angefeindet, ı den Demokraten geschmäht, von den weniger gebildeten Volks-
ſſen nicht verstanden und darum nicht gelesen, bald vereinsamt *) Und als nun gar die Stürme von 1848 losbrachen, war „Professorenzeitung“ ohne allen Einfluß auf den Gang der nge. „Wie viele Artikel voll goldener Lehren, voll patriotischer sinnung, voll politischer Weisheit und Wahrheit sind ungelesen :r unbeachtet vorüber gegangen, wie viel Geld ist während es dreijährigen Bestandes nutzlos verschwunden!“ klagt Georg :ber in seinem schon erwähnten „Rückblick auf Heidelberg“.

Mißgestimmt trat Gervinus von der Redaktion zurück, wo- ıf die Zeitung alsbald nach Eröffnung der Nationalversamm- ıg nach Frankfurt verlegt wurde. Die erste Frankfurter Num- :r (№ 266) erschien am 2. Okt. 1848. Den Verlag hatte die eidmannsche Buchhandlung in Berlin übernommen; den Druck sorgte der Buchdrucker Heinrich Ludwig Brämer. Am 1. Juli 350 übernahm dann Brämer auch den Verlag. Die Redaktion hrten nach einander verschiedene Parteigenossen (bis 1. De- mber 1848 W. Kiesselbach, bis 23. Sept. 1849 H. Kruse, bis l. Juli 1850 Robert Heller und bis zum Ende des Blattes errmann Marggraff). Denn auch weiterhin blieb die „Deutsche eitung“ das Organ der Männer, die von Heidelberg aus das orparlament zusammenberufen hatten, in der Paulskirche die Mehrheit um sich sammelten und endlich die Verfassung vom 8. März 1849 und die Kaiserwahl durchsetzten. Eine Frank- ırter Karikatur jener Tage stellte Gervinus und Dahlmann ar, wie sie sich abmühten, den deutschen Kaiser aus dem Tinten- ıß zu ziehen.

*) Als Gegengewicht suchten verschiedene Mitglieder der konservativen artei in Preußen, in erster Linie Otto von Bismarck, ferner Adolf v. Kleist, ürst Radziwill, Geh. Regierungsrat Werdeck u. a., dieser Vertreterin des reinen Konstitutionalismus“ 1847 in Berlin eine konservative Zeitung gegen- iber zustellen. Die Gründung kam jedoch vorläufig nicht zu stande. Erst 818 entwickelte sich aus diesen Bestrebungen die „Neue Preußische Zeitung“. H. v. Petersdorff, Ein Programm Bismarcks zur Gründung einer konserva- iven Zeitung. „Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte“. Bd. 17, Heft 2, S. 240—246.)

Bei den weiteren Parteibewegungen wurde die Zeitung schließlich das Hauptorgan der Gothaischen Partei und trat für die Union auch noch ein, als diese nach dem kläglichen Ausgange des Berliner Fürstentages schon augensichtlich verloren war. Infolgedessen glitt ihr der Boden unter den Füßen weg. Von den viertausend Abonnenten, die sie einst besessen hatte, waren ihr kaum noch siebzehnhundert geblieben; die erforderlichen Zuschüsse von der Partei liefen immer spärlicher ein — und, noch ehe der Bankrott der Union förmlich ausgesprochen war, mußte das Hauptorgan der Unionspolitik seine Publikation und seine Zahlungen einstellen. Ende Dezember 1850 hörte die „Deutsche Zeitung" auf zu erscheinen, mit Hinterlassung einiger tausend Taler Schulden, zu deren Zahlung sich niemand berufen oder verpflichtet glaubte. „Wie Triumphatoren waren die Unternehmer aufgetreten," ruft Georg Weber aus, „wie Schiffbrüchige sahen sie am Ende auf das verlorene Gut zurück!"

Die badische Presse der vierziger Jahre hatte sich also doch nicht in der umfassenden und lebenskräftigen Weise entwickelt, wie man das bei dem regen politischen Leben des Landes und der großen Menge bedeutender Männer, die in dieser bewegten Zeit in Baden hervortraten, hätte erwarten sollen. Wohl hatte sie die langjährige Armseligkeit und Dürftigkeit endlich überwunden und eine Menge Schößlinge getrieben, aber verschiedene von diesen waren wieder dahingewelkt, und die übrigen zeigten nur einen schmächtigen Wuchs, so daß der politische Sturm sie hin und her warf. Die Schuld an dieser ungenügenden Entwicklung der Presse trug die Regierung, die in ihrer Befangenheit und übergroßen Ängstlichkeit das Auftreten des nationalen Gedankens nach Möglichkeit hinderte. Sie entzog dadurch der heimischen Presse die Lebenskraft und führte die regeren Leser mit aller Gewalt der Lektüre der französischen Zeitungen zu. Damit aber erlitten unsere nationalen Bestrebungen eine außerordentlich schwere Schädigung. Die vielen deutschen Leser französischer Zeitungen sogen aus diesen französische Gedanken, begannen die deutschen Verhältnisse durch die Brille der französischen Presse zu betrachten und sogar für französische Verhältnisse zu schwärmen. Es bildete sich nach und

ch eine förmliche französische Partei heraus, bei der es zu nz ungeheuerlichen Konsequenzen kam. So brachte es die resse dieser Partei fertig, über das Juste milieu der Depu- rtenkammer in die heiligste Wut zu geraten. „Sie fühlte ennend in die Seele eines Franzosen hinein, wie ‚erniedrigt‘ rankreich sei, daß es sich keiner ‚nationalen Politik‘ erfreue und ne so prächtige Gelegenheit, an den „Rhein“ zu rücken, habe tschlüpfen lassen; sie war auf legitimistisch, auf konstitutionell nd auf republikanisch erbost gegen die ‚Feigheit‘ der französischen egierung; sie nahm alle möglichen politischen und unpolitischen standpunkte ein, nur niemals einen deutschen.“*) Zugleich wannen durch die französischen Zeitungen auch die französischen ozialistischen und kommunistischen Ideen in Deutschland Eingang nd leiteten die Entwicklung des deutschen nationalen Gedankens ı falsche Bahnen. Das machte sich besonders in der schlimm- ten Weise bemerkbar, als 1848 das alte deutsche Reich wieder ufgerichtet werden sollte und nun ein politisch so mangelhaft er- ogenes und durch ungeklärte Parteiansichten zerklüftetes Volk in ie heilloseste Verwirrung geriet.

---

5. Der Journalismus in Süddeutschland. Württemberg und die Zensur. Uhland über die Preßfreiheit. Die Regierung läßt die Eingabe der Kammer unberücksichtigt. Der „Schwäbische Merkur“ und die kleine Presse. Der „Hochwächter“, später „Beobachter“. Seine Klage über die „Nacht“. Sein Redakteur Fr. Seybold. Das „Neue Tagblatt“ und sein humoristischer Redakteur Correck. Die Situation in Bayern. Die Zensur-Verordnung von 1831. Der Kampf gegen sie. Ein neues Preßgesetz kommt nicht zu Stande. Minister von Abel beschränkt die Preßfreiheit. Die allgemeine Korruption steigert sich. Wirths „Tribüne“. Siedelt von München nach Homburg in der Rheinpfalz über. Wird unterdrückt. Siebenpfeiffers „Westbote“. Eisen-

*) Friedrich Giehne, Studien und Skizzen aus der Mappe eines Zeitschriftstellers. Karlsruhe 1844, S. 52.

manns „Volksbote". — Die „Allgemeine Zeitung". Steht unter bayerischem und österreichischem Einfluß. Heine schreibt für sie. Seine Klagen über die Streichungen. Sonstige Mitarbeiter. Ihr Redakteur Dr. Kolb. Levin Schücking über ihn. Erkennt nicht die politische Mission Preußens. — Die sonstigen politischen Zeitungen Bayerns.

In Württemberg ging das Zeitungswesen in den dreißiger und vierziger Jahren nur wenig über die bisherigen Grenzen hinaus. Wohl herrschte auch dort mehr und mehr eine gereizte Stimmung; der Polen-Enthusiasmus trieb hohe Blasen, und Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen", die erste wissenschaftlich begründete Berufung Preußens an Deutschlands Spitze, erregte in ganz Deutschland Aufsehen; die Zeitungen durften aber von alle dem wenig verraten; sie wurden fest im Zaum gehalten. Nach einer leichten Lockerung in den Jahren 1830 und 1831 wurden die Zügel von 1832 ab wieder um so straffer angezogen. „Die Zensur, von ängstlichen Beamten gehandhabt, mischte sich in alles," schreibt Otto Elben in seiner Geschichte des „Schwäbischen Merkurs". „Nicht bloß politische Urteile wurden beschnitten, sondern geradezu alles, was etwa für zu schonende Ohren mißliebig sein konnte, einfach gestrichen: unangenehme Ereignisse, dann volkswirtschaftliche, literarische, historische, künstlerische Urteile. Ja, selbst die amtlichen Anzeigen der Kriminalbehörde verfielen dem Rotstift des Zensors. Der ‚Merkur' aber wurde häufig strenger zensiert, als selbst der ‚Beobachter', das Oppositionsblatt. Hätte ersterer etwas Anstößiges gebracht, so wäre das ja noch viel schlimmer gewesen .... Diese traurigen Zustände mußten naturgemäß auch zu einer Selbstbeschränkung der Zeitungen führen; man hat kaum mehr einen Begriff, wie tief die Zensur störend auch in die geschäftlichen Verhältnisse eingriff."

Dieses Vorgehen der Regierung rief mehr und mehr eine allgemeine tiefe Verstimmung hervor, und so brachte denn 1833 der Abgeordnete Sigmund Schott in der Kammer den Antrag ein, „die Regierung um Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit durch Aufhebung der Zensur zu bitten." Dabei

tspann sich eine denkwürdige Debatte, bei der auch Ludwig hland das Wort ergriff. Freimütig bekannte er:

„Von allen staatsrechtlichen Fragen, die in dieser Kammer igeregt wurden, von den Interessen, die man den materiellen genüber die geistigen nannte, ist einzig die Frage von der reßfreiheit zur Begutachtung und nun auch zur Beratung ırchgedrungen. So oft aber auch diese Frage in Erinnerung bracht wurde, war es immer, als ob ein Gespenst durch den aal schritte, etwa der Geist eines Erschlagenen. Ich gebe dieser cheu keine feindseilige Deutung, sondern die billigste. Es war ne alte Verheißung: ‚ein freies großes Deutschland, lebenskräftig ıd in Einheit gehalten, wiedergeboren aus dem ureigenen Geiste :s deutschen Volkes, sollte wieder unter den Völkern Europas :scheinen.' Das hatten nicht deutsche Demagogen verkündet, son- :rn mächtige Monarchen den Völkern zum Lohne ihrer An- rengungen verheißen. Ähnliches wurde auch zur Weihe des eueröffneten Bundestages ausgesprochen. Die deutschen Völker arrten in unermüdlicher Geduld auf die Erfüllung dieser Ver- eißungen, sie verharrten geduldig; auch nachdem sie den Glauben n die Erfüllung derselben aufgegeben hatten. Selbst einzelne itliche Ausbrüche der Ungeduld stehen in keinem Verhältnis mit er vorherrschenden Ruhe in der großen Masse des Volkes. Es)ar aber auch in der Tat nicht möglich, daß die verheißene Ver- üngung Deutschlands in Erfüllung gehe. Sie solle heraustreten ıus dem Geiste des Volkes. Diesem Geiste aber war kein Organ ıeschaffen, kein Feld freier Wirksamkeit für das große Erneuerungs- verk eröffnet. Im Gegenteil wurde dieser Geist in immer engere Bande geschlagen. Die Beschlüsse, wodurch die Preßfreiheit ver- ıichtet, Bücher und Zeitblätter verboten, die öffentlichen Verhand- ungen der Volkskammern unter besondere Aufsicht gestellt, Ver- :ine und Versammlungen untersagt, gemeinschaftliche Vorstellungen ın den Bundestag über öffentliche Angelegenheiten für ungesetz- lich erklärt wurden, alle diese Beschlüsse waren nicht geeignet, den ureigenen Geist des deutschen Volkes zur Gestaltung zu bringen. Gleichwohl hat derselbe jezuweilen ein Lebenszeichen gegeben. Die

Julirevolution des Jahres 1830 gab nicht blos den politischen Ideen des weltbürgerlichen Liberalismus neues Leben; sie erweckte auch ein Gefühl von mehr natürlicher als politischer Art, das Nationalgefühl. Auch in der deutschen Eiche hob es wieder zu rauschen an. Die Volksstämme der vorliegenden konstitutionellen Bundesstaaten betrachteten sich und sahen ihre Blöße. Ohne selbständige Macht, ohne Anhalt in einem größeren Verbande, dem sie mit Neigung und Vertrauen angehört hätten, standen sie in dumpfer Erwartung, ob sie, bei ausbrechendem Kampfe, mit Aufopferung deutschen Nationalgefühls dem Zuge der liberalen Ideen, oder im deutschen Bundesheere der Fahne des Absolutismus folgen würden. In diesem peinlichen Zustande der Unentschiedenheit mußte die Erinnerung an jene alte Verheißung von einem mächtigen und zugleich freien Deutschland schmerzlich wiederkehren. — — Statt daß nun ein großartiger Entschluß diesen neuerwachten Regungen des deutschen Nationalgefühls entgegengekommen wäre, und sich derselben zu schöner Entwicklung bemächtigt hätte, folgten sich Schlag auf Schlag weitere und verstärkte Hemmungen und Gewaltmaßregeln .... Nur vereinzelt bestand noch in den minder mächtigen Staaten der ständische Organismus. Es gehört zur Unnatur der deutschen Zustände, daß das Repräsentativsystem nur in den kleineren Bundesstaaten sich begründet hat. Die schwächeren Schultern sollen die Träger der großen Volksrechte sein. — Ermüden wir dennoch nicht, unsre ehrenvolle Bürde, das künftige Eigentum des gesamten Deutschlands, einer helleren Zukunft entgegenzutragen. Rechte und Freiheiten, die in unserer Pflege mühsam gedeihen, können, wenn wir sie nur treulich schirmen und furchtlos verteidigen, einst noch von größeren Volksvertretungen und in der Mitte selbständiger Bundesstaaten von einer deutschen Nationalversammlung zu voller und segensreicher Entfaltung gebracht werden. Die Frage von der Preßfreiheit ist geeignet, alle übrigen Fragen, welche die freie Entfaltung des Volksgeistes angehen, zu vertreten und in sich aufzunehmen. Unterliegen wir auch im Kampfe für sie, einem Kampfe der geistigen, der moralischen Kraft gegen die mechanische, so werde ich doch niemals das Vertrauen aufgeben, daß der

eigene Geist eines großen reich begabten Volkes einst noch diesem
: würdige Stellung erringen werde, die ihn nicht bloß von
'onarchen dieser Erde verheißen, sondern von einer viel höheren
'acht angewiesen ist." *)

Diese Worte Uhlands machten einen so tiefen Eindruck, daß
r Antrag Schotts mit großer Mehrheit angenommen wurde; er
ieb aber, wie zu erwarten war, von der Regierung unberück-
htigt.

So geschah es denn ganz wie in Baden, daß auch fürderhin
e heimischen Verhältnisse nur sehr dürftig in der Presse besprochen
urden, dagegen die französischen Verhältnisse die breiteste Schil-
rung erfuhren. Doch neigte sich diese traurige Periode schließ-
ch ihrem Ende zu. Seit der Aufrollung der schleswig-holstein-
hen Frage durch den offenen Brief des Königs Christian VIII.
on Dänemark vom 8. Juli 1846 erhielten auch die deutschen
nteressen wieder eine nachdrücklichere Betonung, und mit dem
eginn des nächsten Jahres trat endlich mehr und mehr eine
ationale Grundstimmung hervor.

Der „Schwäbische Merkur" behauptete sich auch ferner
ls die Hauptzeitung des Landes; Karl und Dr. Emil Elben lei-
teten sie, und im Herbst 1847 trat noch Dr. Otto Elben, ein
Sohn Karls, mit in das Geschäft ein. Das Format des Blattes
urde 1831 und weiterhin noch 1838 vergrößert, und von 1844
b wurde die Zeitung auf einer König & Bauerschen Doppel-
resse gedruckt. Auch trat in diesen Jahren die siebenmalige Aus-
gabe in der Woche ein. Der Kreis der Mitarbeiter erweiterte
ich hauptsächlich, als die nationalen Fragen mehr in den Vorder-
grund zu treten begannen. Als besonders wertvolle Korrespon-
denten sind Ehrenfried Stöber in Straßburg, Ministerialrat Christ
und Mathy in Karlsruhe, Robert Mohl und K. Klüpfel in
Tübingen zu nennen.

Neben dem „Merkur" suchten noch mehrere kleinere Zeitungen
in Stuttgart Fuß zu fassen, doch mühten sich die meisten ver-

*) Ludwig Uhlands Leben. Aus dessen Nachlaß und aus eigener Erinnerung zusammengestellt von seiner Witwe. Stuttg. 1874, S. 244 ff.

geblich ab; nur zwei kamen empor, der „Beobachter“ und das „Neue Tagblatt“.

Die schnell wieder dahingegangenen Blätter waren die „Stuttgarter Allgemeine Zeitung“, die Louis Hallberger von 1830 bis 1832 herausgab, das „Stuttgarter Tagblatt“, das im Verlage von Karl Göpel vom 16. Dezember 1843 ab nur bis zum 22. Jan. 1844 erschien, der „Deutsche Kurier“ von K. Weil, eingegangen 1842, an dem nichts weiter deutsch war als der Titel, da er im französischen Auftrage geschrieben wurde und unter dem Vorwande, die Interessen des Konstitutionalismus zu vertreten, die süddeutschen Staaten darauf hinwies, ihre Stütze in Frankreich, aber nicht bei Preußen und Österreich zu suchen, das „Schwäbische Museum“, das vom 20. Dezember 1843 ab im Verlage von Karl Göpel zweimal wöchentlich bis zum Schlusse des Jahres 1845 herausgegeben wurde, die „Stuttgarter Schnellpost“, gedruckt von Gottlieb Fritz, die vom 1. Dezember 1843 bis zum Anfang der sechziger Jahre erschien, und der „Verkündiger“ von Karl Courtin, vorwiegend ein Annonzenblatt, das von 1836 bis 1853 herauskam.

Zu diesen früh Verblichenen gesellte sich außerdem noch eine Greisin, die 1757 gegründete „Stuttgarter Zeitung“, die mit dem Schlusse des Jahres 1833 ihr Ende erreichte. Eine Bedeutung hatte sie nie besessen.

Von den beiden Blättern, die sich am Leben erhielten, war der „Beobachter“ das Organ der Oppositionspartei, das „Neue Tagblatt“ die Zeitung des kleinen Bürgers.

Der „Beobachter“ wurde von der württembergischen Demokratie, vornämlich von Tafel, Rödinger und Schott, gegen Ende 1830 in Stuttgart gegründet und begann seine Laufbahn mit dem 1. Dezember 1830. Doch hieß das Blatt ursprünglich „Der Hochwächter“, mußte sich aber, da dieser Titel der Regierung mißfiel, vom 16. Jan. 1833 ab „Der Beobachter“ nennen. Das Blatt erschien von anfang an sechsmal in der Woche in Quart und kostete jährlich 3 Gulden. Der erste Redakteur war R. Lohbauer, ein gewandter Mann, der aber von Beginn seiner Tätigkeit an sehr schwer unter der Härte des Zensors zu leiden

atte. Wiederholt reichte er daher bei der Regierung Beschwerden n, und schließlich wandte er sich unter dem 12. März 1832 it einer „Wiederholten Beschwerde der Redaktion des „Hoch- ächters gegen das Zensur-Verfahren" direkt an den König. lachdem er sein Leid geklagt, fuhr er fort: „Bei solcher, auch ir den ruhigsten Mann unerträglichen Willkür kann ich nur mit Rühe mich noch erinnern, einem konstitutionellen Staate anzuge- ören, und es wird mit mir jeder Vaterlandsfreund nicht ohne en tiefsten Schmerz die Verhöhnung fühlen, welche hierdurch iglich an dem edelsten Rechte des menschlichen Geistes, an der urch die Verfassung verliehenen Preßfreiheit ungestraft verübt ird . . . Das von mir redigierte Volksblatt hat keinen andern Zweck, als der Sache der Wahrheit in ungeschminkter Form inner- alb der Grenzen des Gesetzes zu dienen und jede andere Absicht, elche mir zur Verdächtigung meines Strebens vorgeworfen wird, eise ich als rein verleumderisch zurück. Dieses Bewußtsein legt ir aber auch die heilige Pflicht auf, bei der höchsten Landes- hörde gegen jenes verfassungswidrige Verfahren wiederholt zu protestieren und Eure Königl. Majestät um Herstellung des durch as Landesgrundgesetz garantierten Rechtszustandes untertänig zu bitten."

Einen Erfolg erzielte aber diese Beschwerde nicht, so daß uch die Nachfolger Lohbauers, besonders der vielbewanderte Friedrich Seybold (geb. 1784, gest. 1843), schwer unter den Drangsalen der Zensur zu leiden hatten.*) Immerhin gelang es Seybold, der die Redaktion von 1837 bis 1843 führte, das Blatt

*) Durch einen originellen Einfall ist der vom Zensor gestrichene Text des „Hochwächters" erhalten geblieben. Lohbauer sammelte die vom Zensor durchgearbeiteten Fahnen und gab sie mit genauer Kennzeichnung des Ge- strichenen und mit Erläuterungen in Baden (bei K. F. Katz in Pforzheim, 1832 [muß wohl heißen 1833]) in einem Quartbande unter dem Titel „Der Hochwächter ohne Zensur" heraus, oder stellte sie vielmehr, wie er sich aus- drückte, „vor die Gerechtigkeit des Volkes". Ein Vorwort, das ganz in dem gehobenen Tone der damaligen Zeit gehalten ist, beginnt mit den Sätzen: „Sei mir gegrüßt, deutscher Leser, deutsche Leserin des ‚Hochwächters', die ihr treu mit mir durch die matte, tote, weißschimmernde Nebel-Nacht des schmach-

beständig weiter zu entwickeln und dessen Ansehen und Einfluß zu steigern. Trotzdem schloß er seine letzte Neujahrsbetrachtung 1843 mit den bekümmerten Worten: „Im allgemeinen ist in Württemberg nirgends die Frische, die Lebendigkeit und Teilnahme an allgemeinen Interessen zu gewahren, durch welche allein ein Fortschritt erzielt werden kann; vor allem nirgends auch nur eine Spur von Begeisterung für eine Idee. Alles ermattet, alles erstorben. Jeder lebt für sich in seinem Schneckenhause. Das württembergische Volk wird zwar im Laufe des kommenden Jahres neue Gelegenheit erhalten, durch die bevorstehenden landständischen Wahlen und die Vertreter, die es sich aussucht, seine Teilnahme an der Sache des Vaterlandes zu bezeugen; aber wir wagen kaum zu hoffen. Fast mehr Vertrauen setzen wir auf die bevorstehende Erbauung der Eisenbahnen auch in Württemberg, durch deren Vermittlung wir einen allmählichen Umschwung der Dinge, namentlich vorerst eine Erleichterung der Presse hoffen. So aber, wie jetzt noch im allgemeinen die Dinge stehen, ist der ‚Beobachter‘ so weit entfernt, seinen Lesern, wie's Sitte ist und Brauch, zum Neuen Jahre zu gratulieren, daß er vielmehr auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, ihnen feierlichst zu kondolieren.“

Mit viel leichterem Gepäck erschien das „Neue Tagblatt“. Es wollte seinen Lesern nicht das Herz schwer machen ob des Jammers der Zeit, sondern sie freundlich unterhalten und womöglich vergnüglich stimmen. Die leidige Politik wurde darum auf ein Minimum zurückgedrängt und der Unterhaltung der größte Raum gegönnt. In den ersten Jahrgängen erhielt die Erzählung sogar die bevorzugte Stelle auf der ersten Seite, wo jetzt die Leitartikel ihren Platz haben. Gründer des Blattes war der ge-

---

vollsten aller Zustände auf Erden, der Zensur, gewandelt seid; seid mir gegrüßt in frischer Luft, seid mir gegrüßt im schönen roten Lichte der Fackeln, die hier ihre Strahlen weit hin versenden. Denn Nacht ist es noch, aber die Nacht, die man erleuchten kann, die helle Nacht, über der die Sterne der Hoffnung stehen, die klare Nacht, aus der dort die allstrahlende Sonne her auftauchen wird.“ Der dann beigebrachte vom Zensor gestrichene Text bietet allerdings ein grauenvolles Zeugnis bornierter Gewalttätigkeit dar.

häftsgewandte Buchdrucker Friedrich Müller (geb. 1803, gest. 357) und erster Redakteur der vielseitig gebildete und mit Humor gabte Dr. G. F. Correck, ein früherer bayrischer Offizier, der ider schon 1845, erst 32 Jahre alt, einem Lungenleiden erlag. ie erste Nummer des „Neuen Tagblattes“ erschien am 24. Dember 1843 und zeigte gleich in ihrem „Prospektus“, mit welcher untern Keckheit, der ein reichlicher Tropfen Eulenspiegelei beimischt war, die Redaktion aufzutreten gedachte. „Da wir soen aus Indien eine Erbschaft von mehreren Millionen erwarten, machen wir uns eigentlich bloß das Vergnügen daraus, das Publikum mit unserem Christgeschenk zu beglücken, und sobald ene Millionen eintreffen, werden wir unser Blatt mit Vergnügen anz umsonst geben. Vorläufig kostet es monatlich nur neun Kreuzer bei allwochentäglichem Erscheinen. Neun Kreuzer sind ja gegen den ‚Beobachter‘ und ‚Verkündiger‘ ein wahres Spottgeld! Wir werden für diese neun Kreuzer verkündigen und beobachten, was noch nie verkündigt und beobachtet worden ist, und gewiß Horrendes leisten! Wir werden alle Zwerchfelle erschüttern, um unseren Lesern zugleich den Doktor zu ersparen. Kurz wir werden das Unmögliche ganz gewiß möglich machen. Da es uns gelungen ist, Abonnenten aus der Erde zu stampfen, so wird unser Blatt bald das gelesenste des ganzen Erdbodens sein, und man wird es nicht allein bei Marquardt, Hermann und Bubeck (Cafés in Stuttgart), sondern auch in jedem nur einigermaßen kultivierten Hotel von Otaheiti finden. Alles, was unsere ehrenwerten anderen Mitwettrenner versprechen, das werden wir bei Anstellung von zirka 20 Redakteuren nicht bloß halten, sondern weit überflügeln. Durch den Besitz bereits oben erwähnter, aus Indien geerbter Millionen werden wir uns nach deren Ankunft nächstens in den Stand gesetzt sehen, alle brauchbaren Beiträge ganz enorm hoch zu honorieren. Druck und Papier sollen jeden anlachen, damit sich gute Witze desto besser und selbst schlechte gut ausnehmen.“

Dieser Ton gefiel, und das Blatt fand Beifall. Auch die wichtigen Inserate stellten sich ein, so daß bereits am 1. Juli 1844 das kleine Format (Großoktav) vergrößert werden konnte. In

den nächsten Jahren weitete sich dann die Zeitung noch mehr und wurde schließlich ein allbeliebtes Blatt, das sich über ganz Württemberg verbreitete.*)

Von den Tagesblättern, die sonst noch in den übrigen Städten Württembergs erschienen, seien schließlich nur die beiden Ulmer Zeitungen genannt, die „Ulmer Schnellpost", von Ernst Nübling 1837 gegründet, und die „Zeitinteressen", ein von Dr. P. L. Adam vortrefflich redigiertes Bürgerblatt.

Ganz besonders trübselig sah es in den Jahren von 1830 bis 1848 in Bayern aus. Nachdem 1830 für kurze Zeit eine etwas größere Freiheit gewährt worden war, trug die Regierung schon zu Beginn des Jahres 1831 Sorge, das freie Wort wieder möglichst zu beschränken, und ließ daher am 28. Januar 1831 eine strenge Zensur-Verordnung erscheinen. Nach dieser Verordnung sollte sich künftig die Zensur nicht nur auf diejenigen Artikel politischen und statistischen Inhalts erstrecken, welche „sich auf äußere Staatsverhältnisse und auf das Wirken der Staatsgewalt und ihrer Organe hinsichtlich der Ausübung der äußeren Regierungsrechte beziehen," sondern sie sollte auch bei denjenigen Artikeln ausgeübt werden, die von innern Regierungs-Angelegenheiten handeln. Und um hier dem „rechtswidrigen Mißbrauch" der Freiheit der Presse durchaus rechtskräftig zu begegnen, solle der Druck aller Aufsätze untersagt werden: „1) Wenn darin Nachrichten über persönliche und Familien-Verhältnisse des Monarchen oder der Mitglieder des k. Hauses gegeben, die weder durch unmittelbare amtliche Mitteilung, noch durch die vorausgegangene Bekanntmachung in einem als offiziell anerkannten Blatte verbürgt erscheinen, 2) wenn in denselben notorische Unwahrheiten oder erdichtete Nachrichten von zu erwartenden Regierungsmaßregeln enthalten sind, welche Täuschung oder Aufregung zur Folge haben können, 3) wenn durch die Bekanntmachung irgend ein im Königreich bestehendes Strafgesetz übertreten und eine in Verbrechens-, Vergehens- oder Polizei-Übertretungsgrade strafbare

*) Prof. Adolf Müller-Palm, Zum 50jährigen Jubiläum des Neuen Tagblatts. Stuttg. 1893.

andlung begangen werden würde." Dieser Punkt wurde dann och näher bestimmt.

Gegen diese Verordnung erhob sich ein Sturm des Unwillens n Lande. Aus den Städten Nürnberg, Fürth, Bamberg, Würz-urg, Kempten u. a. gingen Beschwerden wegen Verfassungsver-tzung bei den Ständen ein, und als diese am 20. Febr. 1831 usammengetreten waren, erklärte der fünfte Ausschuß der Kammer iese Beschwerden für begründet, und der Referent des Ausschusses ellte sogar den Antrag, den Minister von Schenk, der die Zensur-Verordnung zu vertreten hatte, wegen vorsätzlicher Verfassungs-Verletzung in den Anklagestand zu versetzen. In den Debatten, velche sich darauf in der Kammer entspannen, wandte sich die Opposition hauptsächlich gegen die Bestimmung, daß die Regierung on jetzt ab, entgegen der früheren Gesetzgebung und bisherigen Ibung, auch alle diejenigen Artikel mit Zensur belegen wolle, die ur innere Angelegenheiten des Königreichs behandeln, und sie vußte diese Beschränkung der Presse so klar vor Augen zu führen, daß die Kammer am 18. Mai mit 96 gegen 29 Stimmen den Beschluß faßte: „Die Beschwerde wegen Verfassungs-Verletzung durch die Zensur-Verordnung vom 28. Januar 1831 ist begrün-det und der Monarch auf verfassungsmäßigem Wege um geeignete Abhilfe zu bitten." Von einer förmlichen Anklage wegen vor-sätzlicher Verfassungs-Verletzung wurde dagegen Umgang genommen. Immerhin sah sich der Minister von Schenk gezwungen, seine Entlassung zu nehmen, welche vom König Ludwig I. unter Aus-drücken der allerhöchsten Zufriedenheit gewährt wurde. Dem Be-schlusse der Kammer entsprach die Regierung aber dadurch, daß sie unter dem 12. Juni 1831 im Regierungsblatte eine königliche Verordnung brachte, welche die Zensur-Verordnung vom 28. Ja-nuar 1831 außer Wirkung setzte.

Mittlerweile hatte der Nachfolger des Herrn v. Schenk, der Staatsrat von Stürmer, dem Landtage bereits eine Vorlage über ein umfassendes Preßgesetz gemacht. Sie bestand 1. aus dem Entwurfe eines Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels, 2. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Zensur, 3. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Polizei

der Presse und ihrer Erzeugnisse, 4. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse, 5. aus dem Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Übertretungen, Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse und 6. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Bildung der Geschworenen-Gerichte.

Nach dem Inhalte dieser Gesetzentwürfe sollte die Zensur für die innern Angelegenheiten ganz aufgehoben werden und an deren Stelle ein vollständiges Repressivsystem treten, demzufolge die Herausgeber politischer Blätter zur Erlegung einer Kaution angehalten, Vergehen und Verbrechen aber, welche durch die Presse begangen würden, durch Geschworenengerichte in öffentlicher Sitzung abgeurteilt werden sollten. Für die auswärtigen Verhältnisse sollte die Zensur dagegen nach den Bestimmungen der Bundesgesetze auch fernerhin beibehalten werden.

Diese Vorlage rief in beiden Kammern lange, mit großem Eifer geführte Diskussionen hervor, die aber leider zu keinem Ergebnis führten. Ganz besonders beanstandet wurde die Beibehaltung der Zensur in betreff der auswärtigen Verhältnisse, welche die Kammer der Abgeordneten nicht geradezu durch ein neues Gesetz für immer sanktionieren wollte. Sie hatte deshalb beantragt, daß sich die Regierung innerhalb eines gewissen Zeitraums von der Verbindlichkeit der Karlsbader Beschlüsse lossagen und mit Aufhebung aller und jeder Zensur das gesetzliche Repressiv-System auch auf die auswärtigen Beziehungen ausdehnen möchte. Dieser Antrag wurde aber von der Kammer der Reichsräte verworfen und statt dessen nur der Wunsch aufgenommen, daß die Regierung dahin wirken möge, die Hindernisse zu beseitigen, die der gänzlichen Aufhebung der Zensur noch entgegenständen.

Hätte sich die Kammer der Abgeordneten in ihren Wünschen etwas beschränkt; hätte sie sich zunächst mit dem begnügt, was zu erreichen war, so wäre gewiß eine Verständigung erzielt worden: so aber sahen sich schließlich die beiden Kammern genötigt, an die Krone die Erklärung abzugeben, daß sie sich über die Fassung der ersten vier Entwürfe nicht vereinigen könnten, und daß nur hin-

htlich des fünften und sechsten ein gemeinschaftlicher Beschluß
ischen ihnen zu Stande gekommen sei. Hierauf enthielt der
ndtags-Abschied die Erklärung: „Nachdem sich die beiden Kam-
ern hinsichtlich dieser vier Preßgesetzentwürfe nicht vereinigt
ben, so können Se. Majestät auch dem von den Ständen über-
benen Gesamtbeschluß der andern zwei Entwürfe die königliche
enehmigung nicht erteilen" — und Bayern stand nach all' den
ngwierigen Verhandlungen nun wieder auf demselben Stand-
unkte, wo es vor dem 28. Januar 1831 gestanden hatte.

Immerhin war durch die Debatten vieles geklärt worden,
nd zugleich hatte die Regierung zur Genüge die ganze heftige
bneigung des Volkes gegen die Zensur kennen gelernt. Und
arum ließ es sich denn auch der Fürst Ludwig von Öttingen-
Wallerstein, der mit dem Beginn des Jahres 1832 an die Spitze
es Ministeriums des Innern getreten war, sichtlich angelegen
ein, die Schranken, die der Zensur in Bezug auf die innere
Politik gesteckt waren, zu respektieren. Den strengen Maßregeln
egenüber, die die Bundesversammlung im Jahre 1832 gegen die
Presse in Anwendung brachte, versuchte er natürlich keine mildernde
Abschwächung, so daß auch Bayern die ganze tief einschneidende
Wirkung dieser Bundesbeschlüsse zu verspüren hatte.

Unter diesen Umständen war es denn ganz natürlich, daß
die bayrische Presse nur wenig von den verbrieften Freiheiten
Gebrauch machte, sich kaum zu größerer Regsamkeit erhob. Nach-
dem sich 1830 einige Blätter zu einem kühneren Fluge emporge-
schwungen hatten und dann 1832 von der ganzen Wucht der Be-
schlüsse des Bundestages getroffen worden waren, griff wieder die
alte Zaghaftigkeit und Ängstlichkeit der früheren Jahre um sich.
Daran konnte auch ein „Deutscher Verein zur Unter-
stützung der freien Presse" nichts ändern, der 1832 von
den drei Juristen Schüler, Savoye und Geib in Zweibrücken ge-
gründet wurde und die Absicht hatte, „für die freieste Entwicklung
patriotischer Gedanken, zur Förderung des Wohls der deutschen
Völker, die Unterstützung der ganzen Nation in Anspruch zu
nehmen." Seine Stimme verhallte wirkungslos, und es machte
sich aufs neue in ganz Bayern — abgesehen von der Augsburger

„Allgemeinen Zeitung", die auch von der Regierung stets mehr als Weltblatt, denn als bayrische Zeitung angesehen und behandelt wurde — jener kleinliche, in sich geduckte spießbürgerliche Sinn bemerkbar, der immer die Frucht der Unterdrückung ist. Doch wurde dieser Zustand nirgends als all' zu drückend empfunden; man bewegte sich ja in gesetzlich geregelten Verhältnissen und kam nicht all' zu oft mit der Regierung in Konflikt. Das änderte sich aber im Jahre 1837 mit dem Rücktritt des Fürsten Ludwig von Öttingen-Wallerstein und der Ernennung des Herrn von Abel zum Minister des Innern ganz unerwartet sehr wesentlich. Der neue Minister setzte alsbald eigenmächtig die bestehende Preßfreiheit für die innern Angelegenheiten stillschweigend außer Kraft und führte auch für die innere Politik den Zensurzwang ein. Doch nirgends wurde diese neue Zensur nach allgemein gültigen Normen, sondern überall nach geheimen Instruktionen ausgeübt, die, nach Zeit und Ort fortwährend wechselnd, die grenzenloseste Willkür in ihrem Gefolge hatten. Dieser Zustand machte jede Erörterung über die innern Angelegenheiten, jede freie Meinungsäußerung über das Verwaltungssystem, sowie über einzelne Maßregeln desselben zu einer Unmöglichkeit. Doch diese äußerste Zensurstrenge genügte noch nicht; der Minister von Abel erfand auch die Nachzensur für auswärtige deutsche Blätter und das Verbot des Postdebits, das einerseits dazu dienen mußte, die auswärtige Presse einzuschüchtern, andererseits aber solche einheimischen Blätter, welche trotz der strengen Zensur eine mißliebige Richtung anzunehmen schienen, oder gegen die man aus andern Gründen eine nachdrückliche Strafe verhängen wollte, empfindlich zu züchtigen. Da es zur Herausgabe eines Blattes in Bayern einer Erlaubnis der Regierung verfassungsmäßig nicht bedurfte und die Unterdrückung eines solchen nur durch ein richterliches Urteil erfolgen konnte, so war ein Verbot, wodurch den königlich bayrischen Posten die Beförderung eines Blattes untersagt wurde, ein Nebenweg, auf dem der Minister der Unterdrückung ziemlich nahe kam. Daß er sich dabei in grellen Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung setzte, focht den Herrn Minister wenig an. Doch nicht nur das; Herr von Abel suchte sich auch dieselbe

resse, die er hier mißhandelte und knechtete, dort zu seinen wecken dienstbar zu machen. „So wurde," berichtet A. Rauch, ssen Darlegungen wir hier zum Teil folgen,*), „auf ein größeres latt durch Einschüchterung und allerlei andere Mittel eingewirkt, ıß es sich zur Verteidigung eines Systems herbeiließ, das es ıs freiem Antriebe sicherlich nicht zu dem seinigen gemacht haben ürde. Die übrigen bayrischen Blätter, denen es an Gesinnungs-chtigkeit und Einsicht mangelte, trompeteten dem größeren Organe ıch, und nur wenige wußten sich in ein ehrenvolles Schweigen ı hüllen. Auf diese Weise gelang es, die Presse und die öffent-che Meinung, so weit sie nicht auf eigenen Füßen ging, voll-ändig zu korrumpieren. Dort aber, wo man mit diesen Mitteln icht ausreichte, in den untern Schichten der Gesellschaft, wurden uch noch andere Hebel zu demselben Zwecke in Bewegung gesetzt."

Dieser unwürdige Zustand blieb bis über die Mitte der ierziger Jahre hinaus bestehen. Im Landtage war die liberale Opposition durch Urlaubsverweigerungen stark geschwächt worden, o daß einige Versuche zu Gunsten der Presse ganz wirkungslos lieben. Ein 1841 gestellter Antrag auf Veröffentlichung der Zensur-Instruktionen fand nur geringe Unterstützung, so daß der Minister von Abel, der einst 1831 die Zensur eine „morsche Krücke schwacher Regierungen" genannt hatte, jetzt eine geharnischte Lobrede auf sie hielt, das Anathem gegen die Presse schleuderte, ie mit dem Namen einer „feilen Buhldirne" brandmarkte, und alle Anträge auf deren Erleichterung mit schneidender Kürze, ja mit Hohn zurückwies. Endlich wurde der allgemein gehaßte Minister im August 1846 gestürzt; es riß jetzt aber durch das skandalöse Treiben der spanischen Tänzerin Lola Montez eine solche Korruption in Bayern ein, daß mit dem provisorischen Ministerium Zu-Rhein, Maurer und Zenetti keine Änderung des Systems herbeigeführt wurde. Der Landtag spielte dabei nach wie vor eine klägliche Rolle und erregte im Lande eine allgemeine Mißstimmung. Eine Adresse, die viele Bürger der Pfalz an die Ständeversammlung richteten, und in der sie um Aufhebung der

*) Schicksale und Zustände der bayrischen Presse. Bamberg 1847.

Zensur und um Wiederherstellung der Preßfreiheit baten, wagten die Abgeordneten nicht zu vertreten. Diese Haltung der Kammer änderte sich auch nicht, als 1847 das Ministerium Wallerstein, Berks, Beisler und Heeres, das sog. Lola-Ministerium, an's Ruder kam. Zwar wurde die Zensur eine Zeitlang etwas milder gehandhabt, aber diese Milderung war ihrem Umfange nach nicht geeignet, auch nur den billigsten Anforderungen zu genügen; vielmehr hatte es — wie A. Rauch meint — den Anschein, als ob man augenblicklich nur deshalb eine freiere Bewegung gestatte, weil man der Presse bedurfte, um sich der zahlreichen Angriffe erbitterter Gegner mit ihrer Hilfe zu erwehren; denn mit eben dem Maße, als die Angriffe schwächer wurden, trat auch wieder ein strengeres Verfahren gegen die politische Tagespresse ein. So war es nicht gestattet, die Verwaltungsmaßregeln anders als in lobendem Sinne zu besprechen, und selbst sehr bescheiden ausgesprochene Wünsche wurden in der Regel nicht zugelassen. Wie einfältig bisweilen die Zensur gehandhabt wurde, möge nur das eine Beispiel zeigen: Während des polnischen Aufstandes waren die Zensoren natürlich russisch gesinnt. Der Redakteur einer Münchener Zeitung hatte den Bericht über ein kleines Treffen aufgenommen, bei welchem die Polen sechs Kanonen erbeutet hatten. Der Zensor strich jedoch die sechs aus und setzte dafür zwei. Zur Erläuterung schrieb er an den Rand „Zwei sind auch genug."

Auch weiterhin wurde die Zensur nach geheimen, stets wechselnden Instruktionen ausgeübt, so daß der Schriftsteller höchstens aus den Zensurstrichen abnehmen konnte, was erlaubt und was verboten war. Auch die Nachzensur bestand noch immer für eine Anzahl auswärtiger deutscher Blätter fort, und Beschlagnahmen auf der einen und maßlose Abstriche auf der anderen Seite legten Tag für Tag von der Tätigkeit einer kleinlichen und überängstlichen Zensur Zeugnis ab, einer Zensur, die jede freiere Meinungsäußerung, jeden freien Aufschwung mit unnachsichtlicher Strenge hemmte und unterdrückte. „Das ist gegenwärtig," so schließt A. Rauch seine Klage über die traurige Lage des bayrischen Zeitungswesens, „der Zustand der Presse in dem konstitu-

nellen Bayern, in demselben Bayern, dessen Schwerpunkt in n Fortschritte, dessen Ansehen und Macht in der Stellung be- ht, die es in der öffentlichen Meinung von Europa und Deutsch- id einzunehmen weiß. Vergleicht man damit die Art, wie in iden, Preußen, ja selbst in Württemberg und Sachsen die Zensur handhabt wird, so fällt das Ergebnis entschieden zu unserem ichteil aus."

Dem allgemeinen stürmischen Verlangen nach größerer Frei- it entsprach dann allerdings das Ministerium am 16. De- mber 1847 insoweit, als es die Presse für innere Angelegen- iten wieder freigab; dieser Schritt kam aber, wie viele andere, spät; das ganze politische Leben war mittlerweile in einen lchen Wirrwarr geraten, daß, als nun in Frankreich im Februar 348 die Revolution ausgebrochen war, auch in Bayern die Kata- rophe nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Unter diesen Umständen war es in den dreißiger und vier- ger Jahren ganz unmöglich, daß sich in Bayern eine irgendwie ervorragende Presse — die Cottasche Zeitung natürlich ausge- ommen — entwickeln konnte. Alle Zeitungen blieben unbedeutend, nd weder das Volk, noch die Regierung kam über die politische lnreife hinaus. Die letztere zeigte denn auch in den gegebenen fällen stets eine wahrhaft kindliche Ungeschicklichkeit.

Aus der ganzen Periode der achtzehn Jahre kann mithin nur ie kurze Zeit der Bewegung von 1830 bis 1832 eine etwas ein- ehendere Betrachtung beanspruchen, weil hier einmal mit elemen- arer Wucht die nationalen Wünsche zum Ausdruck kommen und inige Blätter zu lebhaften Fürsprechern dieser Wünsche werden. In der Spitze dieser Zeitungen stand Wirths „Tribüne".

Für die Leitung eines solchen Blattes brachte Wirth den ganzen, oftmals überschäumenden Enthusiasmus des streitbaren Patrioten mit. August Wirth war ein leichtentzündbarer Ober- franke; er wurde am 20. Nov. 1798 zu Hof geboren, studierte die Rechte und schrieb zunächst verschiedene, nationalökonomische Fragen behandelnde juristische Werke, die in Fachkreisen geschätzt wurden und auch die Aufmerksamkeit Cottas auf sich zogen. Dieser erinnerte sich denn auch der jungen, vielversprechenden

Kraft, als er 1830 von der bayrischen Regierung veranlaßt wurde, in München eine Zeitung herauszugeben, durch die volkswirtschaftliche und soziale Reformen besprochen und eingeleitet werden sollten. Denn die Julirevolution hatte auch in Bayern eine liberale Strömung hervorgerufen, und der freisinnige Graf Armansperg war das tatsächliche Haupt des Ministeriums geworden. Die neue Zeitung, das „Innland" genannt, sollte ihr jetzt als Stütze dienen. Wirth folgte dem Rufe Cottas gern; es verlangte ihn längst, lebhafter am Leben der Gegenwart teil zu nehmen und womöglich bestimmend einzugreifen; er siedelte daher zu Anfang des Jahres 1831 nach München über und begann mit allem Eifer für eine freiheitliche Bewegung im Staate einzutreten. Allein bald gelang es der gegnerischen Seite, die liberale Strömung wieder zu stauen, und Wirth glaubte sogar annehmen zu müssen, er sei nur benutzt worden, die öffentliche Meinung zu täuschen. Jedenfalls war es mit den liberalen Neigungen in den maßgebenden Kreisen bereits vorüber, und Cotta erhielt, als er besorgt nach München kam, den Bescheid, der König lasse ihm wegen der Haltung des „Innlandes" seine Ungnade bezeigen. Diese Eröffnung nahm nun Cotta zwar nicht so ohne weiteres hin; er wandte sich sogar direkt an den König Ludwig und erklärte in seinem Schreiben, daß das Blatt lediglich die mit der Regierung vereinbarte Richtung eingehalten und der Zensor, der eine Abweichung von dem der Regierung genehmen Wege hätte rügen müssen, nichts beanstandet habe*) — es war aber nicht mehr zu erreichen; das „Innland" hörte auf zu erscheinen, und Wirth gründete nun in Gemeinschaft mit Friedrich Sonntag ein neues Blatt „Die Deutsche Tribüne", das alsbald der Mittelpunkt der heftigsten Opposition gegen die Regierung wurde. Die erste Nummer kam am 1. Juli 1831 heraus und erregte sofort Aufsehen durch ihren bestimmten Ton, und alle weiteren Nummern steigerten beständig das allgemeine Interesse; das Blatt hatte einen wahrhaft phänomenalen Erfolg. Von Anfang an

*) Das Schreiben ausführlich bei A. Schäffle, Cotta. Berlin 1895 S. 184 u. f.

ınden die inländischen Angelegenheiten im Mittelpunkte der
rörterung, im Gegensatz zu den anderen Zeitungen, die meist
it den Nachrichten aus Frankreich begannen und diesen den
eitaus größten Raum widmeten. Die in schwungvoller Sprache
ıd mit einer warmen patriotischen Begeisterung geschriebenen
:itartikel traten für die Reform der innern Zustände ein und
mpften gegen die Willkür der oberen und unteren Staatsorgane.
abei wurde beständig die Achtung vor der Verfassung betont
ıd auf die unveräußerlichen Rechte der deutschen Nation hinge-
iesen. Im einzelnen erklärte sie sich besonders für die Öffent-
chkeit der Gerichtsverhandlungen und die Einführung der Ge-
hworenen-Gerichte, und in ihrer № 35 sprach sie unumwunden
ie Überzeugung aus, daß das einzige Mittel, Deutschland aus
iner Erniedrigung emporzuheben, in der Einführung einer ge-
ıeinsamen Nationalrepräsentation mit konstitutionellem Prinzipe
estehe. Diese Forderungen, berichtet Max Wirth,*) und die ener-
ische und glühende Sprache, in welcher sie gestellt wurden, mach-
en einen ungeheuren Eindruck. Bald waren die Augen aller
Volksfreunde in ganz Deutschland auf die „Deutsche Tribüne"
wie auf eine Standarte im Vordertreffen gerichtet. Gleichzeitig
erregte die Zeitung aber auch das größte Mißfallen der bayrischen
Regierung, und sie wies ihren Zensor an, seines Amtes der
„Tribüne" gegenüber mit größter Strenge zu walten. Darauf
gab es beständig große Striche in den Artikeln, was den Re-
dakteur immer recht schmerzlich traf. Doch er suchte die Klippen
durch edle Form der Sprache und Urbanität des Ausdrucks zu
umschiffen. Allein es war nicht die Form, an der der Zensor
Anstoß nahm, sondern der Inhalt. Das Streichen dauerte also
unbarmherzig fort, und nun griff Wirth in seinem feurigen Tem-
peramente, indem er sich auf sein verfassungsmäßiges Recht berief,
zu einem Verteidigungsmittel, das bis dahin noch niemand anzu-
wenden gewagt hatte, ja, welches bei der damaligen Verzagtheit
der politischen Charaktere vielleicht nicht einmal jemandem in den Sinn

*) Ernste und frohe Tage. Erlebnisse und Streifzüge von Max Wirth. Köln 1884, S. 19 ff.

gekommen war — er ließ die von dem Zensor gestrichenen Artikel dennoch abdrucken! Über diese unerhörte Verwegenheit war die Staatsbehörde anfangs so verblüfft, daß sie nicht sofort zu Repressivmaßregeln griff, sondern zunächst Instruktionen einholte, über die selbst die Regierung erst nach längerer Beratung schlüssig wurde. Man entschloß sich, es zunächst mit gütlichen Mitteln zu versuchen, und der Ministerialrat Joseph von Hormayr, der bekannte Historiker, wurde zur Vermittlerrolle ausersehen. Es wurde eine besonders milde Behandlung zugesagt, wenn sich die „Tribüne" nur der Zensur unterwerfe. Wirth hatte aber so wenig Vertrauen, daß er von Zensur durchaus nichts mehr wissen wollte. Nun mengte sich der General von Heydegger in die Angelegenheit; er suchte Wirth einzuschüchtern und begann einen öffentlichen Briefwechsel über Fragen der Militärverwaltung und des Militärbudgets, in welchem es schließlich so hitzig zuging, daß es zu einem Duell kam. Der Zweikampf verlief aber unblutig, und nun schritt die Regierung mit polizeilichen Geldstrafen gegen Wirth ein. Dieser zahlte jedoch die Strafen nicht und setzte passiven Widerstand entgegen, indem er sich ruhig pfänden ließ. Bei wiederholter Publikation gestrichener Artikel verdoppelte die Polizei die Geldbuße, so daß diese bereits nach wenigen Wochen eine unerschwingliche Höhe erreichte, bevor es noch zur Ausführung der Exekution gekommen war. Da brachte die „Tribüne" eines schönen Tages einen Artikel, in welchem nachgewiesen wurde, daß das Ministerium ein Mittel gefunden habe, um die bayrische Staatsschuld in Jahr und Tag zu decken. Sie brauche nur mit der angeordneten jedesmaligen Verdoppelung der Geldstrafen in der begonnenen Weise fortzufahren. Das Gelächter war allgemein, und die bayrische Regierung griff zu andern Mitteln, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Geldstrafen einzutreiben. Zunächst wandte sie sich an den Drucker und suchte ihn zu bestimmen, den Abdruck vom Zensor gestrichener Artikel zu verweigern, hatte dabei aber keinen Erfolg, und nun ging sie abermals gegen Wirth vor und verhängte über ihn Gefängnisstrafen, für jeden Abdruck eines vom Zensor gestrichenen Artikels vierundzwanzig bis achtundvierzig Stunden Haft. Darauf saß Wirth, da er sein Ver-

hren nicht änderte, in jeder Woche mehrere Tage in Arrest. iefes tragi=komische Schauspiel dauerte bis in den Herbst hinein. abei sei bemerkt, daß Wirth keineswegs revolutionäre Absichten tte, vielmehr von aufrichtiger konstitutioneller Gesinnung beseelt ır, jedoch als starrer Idealist alles daransetzen wollte, um : Unverletzlichkeit der Verfassung zu erringen. Zu diesem Zwecke ollte er gewissermaßen für die Gerechtigkeit seiner Sache Zeug= s ablegen. Er wollte in dem allgemeinen Zustande der poli= chen Indolenz, Verzagtheit und Unterwürfigkeit des deutschen olkes ein Beispiel des Mutes geben, um die Bevölkerung nach ıd nach dahin zu bringen, daß sie sich ermanne, zur Anwendung ler gesetzlichen Mittel für die Verteidigung ihrer verfassungs= äßigen Rechte sich aufraffe. Doch wurde ihm hierzu in seiner ächsten Umgebung, in München, wenig Unterstützung zuteil. Wohl :hielt er von auswärts, aus allen Gegenden Deutschlands viele eweise der Sympathie und der Zustimmung, in der bayrischen auptstadt dagegen fand sein Auftreten wenig Beifall; nur einige Ritglieder der liberalen Partei des Landtages, insbesondere friedrich Schüler, traten für ihn ein; die übrige Bevölkerung Münchens war nicht fähig, seinem Gedankenfluge zu folgen, be= rachtete ihn mit Mißtrauen, schickte ihm Drohbriefe und beschimpfte hn auf offener Straße. „Das ist der, der unserer gnädigen Obrigkeit den Gehorsam aufkündigt!" sagte man, auf ihn weisend.

Wirth siedelte daher gegen Ende des Jahres 1831 mit einem Blatte nach der bayrischen Rheinpfalz über, wo eine auf= ewecktere und politisch regsamere Bevölkerung saß und die freiere ranzösische Gesetzgebung mit den Schwurgerichten seinen Bestre= ungen zur Seite stand. Er wählte Homburg bei Zweibrücken, in kleines Städtchen, das aber an der wichtigen Kaiserstraße Paris—Mainz lag, so daß er die Pariser Nachrichten sehr rasch rhalten konnte. Eine Druckerei besaß das Städtchen jedoch nicht; es traten daher mehrere patriotische Aktionäre zusammen, die für die „Tribüne" eine eigene Druckerei errichteten und diese auch mit einer damals noch seltenen Schnellpresse von König & Bauer ausrüsteten. Am 18. Dezember 1831 wurde die letzte Münchener Nummer der „Tribüne" ausgegeben, und am 1. Januar 1832

erschien die erste Nummer in Homburg. Damit begann eine buntbewegte Episode von dramatischer Lebendigkeit. Durch das frisch-fröhliche rheinfränkische Wesen angeregt, wurde Wirth rasch immer kühner und gab seiner Begeisterung für Recht und Freiheit in den Leitartikeln der „Tribüne“ in überschäumender Beredsamkeit Ausdruck. Natürlich ließ er auch nach wie vor die Striche des Zensors unbeachtet. Im Umsehen wurde er der populärste Mann der weiten Umgegend; sobald er das Haus verließ, umjubelte ihn die Jugend und begleitete ihn mit Hochrufen. Die Auflage der „Tribüne“ stieg unter diesen Verhältnissen in wenigen Wochen um viele Tausende. Aber diese Herrlichkeit sollte nur von kurzer Dauer sein; schon Mitte Februar 1832 wurde der „Tribüne“ der Postdebit entzogen; ein sehr schwerer Schlag. Doch suchte Wirth sich dadurch zu helfen, daß er für die nähere Umgebung ein Botennetz organisierte und für weitere Entfernungen das Blatt unter Siegel versandte. Dadurch wurde der Schädigung durch die Postdebitentziehung einigermaßen begegnet; als jedoch die Regierung das bemerkte, schritt sie zu weiteren Gewaltmaßregeln und ließ die Druckerei der „Tribüne“ versiegeln. Dadurch nahm dieses merkwürdige Preßorgan ein unerwartetes Ende. Wie ein Meteor war es glänzend aufgestiegen, und ganz wie ein solches erlosch es auch plötzlich. Am 18. März erschien die letzte Nummer. Gleichzeitig wurde Wirth wegen Hochverrats, begangen durch Zeitungsartikel, festgenommen und vier Wochen in Zweibrücken in Haft behalten. Dann kam es zwar zu einer Freisprechung, doch konnte sich der Vielverfolgte nicht entschließen, die journalistische Tätigkeit in irgend welcher Weise wiederaufzunehmen. Dem politischen Leben blieb er aber treu und geriet dadurch noch in mannigfache Verwicklungen, bis er 1848 nach Frankfurt ins Parlament gewählt wurde, wo er jedoch mitten in den Beratungen am 26. Juli starb.

Dieselben Ideale, wie Wirths „Tribüne“, verfocht auch der „Westbote“ zu Oggersheim, herausgegeben von Dr. Phil. Jac Siebenpfeiffer. Doch verfügte dieser nicht über den stolzen, kraftvollen Schwung und die schmetternden Trompetenstöße eines Wirth; das Blatt gewann daher bei weitem nicht den Einfluß der „Tribüne“.

ur selben Zeit, als die „Tribüne“ fiel, mußte auch der „West-
ote“ zu erscheinen aufhören. Siebenpfeiffer wurde 1789 zu Lahr
Baden geboren, war längere Zeit bayrischer Landkommissär,
ab dann 1830 sein Amt auf und redigierte erst die Zeitschrift
Deutschland“ und darauf den „Westboten“. Weiterhin hatte er
ne längere Gefängnishaft wegen politischer Vergehen zu erdulden,
ährend der er in Wahnsinn verfiel. Nachdem er die Strafe ver-
üßt hatte, genas er auch wieder, wurde später Professor in Bern
nd starb am 14. Mai 1845.

Gemäßigter trat das „Bayrische Volksblatt“ in Würz-
urg auf. Es wurde von dem praktischen Arzte Dr. Gottfried
Eisenmann (geb. 1795 zu Würzburg) herausgegeben und äußerte
ur die bescheidensten Wünsche, erregte aber auch schon dadurch
en Haß der Regierung und selbst den persönlichen des Königs
Ludwig in so hohem Grade, daß er 1832 verhaftet und zu lebens-
länglicher Festungshaft verurteilt wurde. Nach 15jähriger Haft
wurde er endlich auf vielseitiges Drängen begnadigt und im fol-
genden Jahre ins Frankfurter Parlament gewählt. Die lange
Haft hatte ihn jedoch so geschwächt, daß er nur noch wenig An-
teil an der Politik nahm und bis zu seinem 1867 erfolgten Tode
in stiller Zurückgezogenheit lebte.

In den lauten Ton, den die „Tribüne“ und der „Westbote“
vorübergehend anzuschlagen wagten, konnte natürlich die Augs-
burger „Allgemeine Zeitung“ nicht so ohne Weiteres mitein-
stimmen. Sie betrachtete sich zwar ebenfalls als eine Hochburg
des Liberalismus, als eine Weltherberge der Gerechtigkeit und trat
auch wohl dann und wann mit gehobener Stimme für die Ideale
der Freiheit ein, aber das geschah doch immer nur in möglichst
ruhiger und gemessener Weise. Die enragierten Liberalen sprachen
daher immer mit einem gewissen Groll von ihr: „Sie ist eine
nervenzarte, herablassende Baronesse,“ erklärten sie, „die in allen
europäischen Kabinetten ihre Freunde hat; die durch ihren ‚lite-
rarischen Parfüm‘ adlig und hoffähig geworden ist; die aber trotz
ihrer hohen Konnexionen auch die Bourgeoisie in ihren Salons
empfängt, wenn diese im Frack und in Glacéhandschuhen erscheint
und Garantieen für bescheidenes Betragen bietet. Die Augsburger

‚Allgemeine‘ nimmt für sich selbst den Standpunkt der „Allparteilichkeit“ in Anspruch, den Standpunkt, um es deutsch auszudrücken, einer bewußten Charakterlosigkeit, die es möglicherweise mit keiner Partei, am allerwenigsten aber mit den Regierungen, verderben will. Das bißchen Liberalismus, mit dem sie zuweilen prunkt, wenn Herr v. Metternich in einer guten Laune ihr die Erlaubnis dazu gegeben hat, ist der Köder, der uns locken, der Schleier, der die vielen Äußerungen der Alleruntertänigkeit bedecken soll. Aber es wird dabei auch so zahm, so allgemein gehalten, alle Konsequenzen werden so glatt abgeschnitten, daß das junge freisinnige Bäumchen wie eine entblätterte und entästete Bohnenstange aus ihren papierenen Furchen emporragt.“ *)

Dieses harte Urteil wurde jedoch gefällt, ohne daß man eine genauere Kenntnis von den Verhältnissen hatte, unter denen sich die Zeitung nur zu bewegen vermochte. Sie beobachtete nicht aus eigenem Ermessen, weil sie es eben so für gut befand, diese reservierte Haltung, sondern weil sie dazu gezwungen wurde, und zwar mit allen Mitteln eines brutalen Drucks. Zunächst lastete die bayrische Zensur auf ihr, und weiterhin führte die österreichische Regierung eine strenge Aufsicht über sie. Kaum war die freiheitliche Bewegung, die die Julirevolution hervorgerufen hatte, überwunden, so setzte das bayrische Ministerium auch schon wieder alle Hebel ein, die Zeitung in jeder Weise zu beschränken. Über die St. Simonisten, die so viel von sich reden machten, sollte das Blatt einfach gar nichts bringen, denn, so meinte der Minister von Schenk in einem Briefe an Cotta, es scheine ihm nicht zeitgemäß zu sein, „zu gestatten, daß durch die öffentlichen Blätter die nähere Kenntnis einer Lehre verbreitet werde, die in den Leidenschaften und beschränkten Einsichten der unteren Volksklassen ihre Stütze sucht.“

Doch auch die sonstigen Zustände in Frankreich wollte die bayrische Regierung nur leichthin berührt sehen, wodurch sich geistvollere Korrspondenten, die etwas mehr als bloße Tagesneuigkeiten berichteten, schwer betroffen fühlten. Besonders galt

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842.

es von Heinrich Heine, der gegen Ende 1831 Pariser Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“ wurde. Heine wollte ern in Frankreich die Rolle eines politischen Schriftstellers spielen nd als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich auftreten, n dadurch „das große Werk der Völkerverbrüderung“ zu fördern. „Die ‚Allgemeine Zeitung‘, die ihre weltgeschichtliche Autotät so sehr verdient“, sagt er selbst, „schien mir eben wegen hres Ansehens und ihres unerhört großen Absatzes das geeignete Blatt für Berichterstattungen, die nur das Verständnis der Gegenwart beabsichtigen. Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen; das große Völkerbündnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zu stande.“ Seine erste Einsendung datiert vom 30. November 1831 und gelangte am 13. und 14. Dezember zum Abdruck. Weitere folgten schnell. Die ersten erhielten ein Korrespondenz-Zeichen (ψ), den ferneren wurden — im Widerspruch mit der sonstigen Usance der „Allgemeinen Zeitung“ — die Anfangsbuchstaben vom Namen des Verfassers beigefügt. Zugleich erhielten die Korrespondenzen den Gesamttitel „Französische Zustände“. Anfangs trat Heine in diesen Berichten sehr vorsichtig auf, lobte Louis Philipp als den „Bürgerkönig ohne Hofetikette, ohne Edelknaben, ohne Kurtisanen“; weiterhin aber ließ er seiner Spottsucht die Zügel schießen, machte die kläglichen deutschen Zustände lächerlich und riß an vielen hochehrwürdigen Zöpfen in ganz respektloser Weise. Schmunzelnd ergötzte sich der alte Gentz in Wien in seinem Lehnstuhle an diesen köstlichen Kapriolen, aber geduldet durfte doch eigentlich ein solcher unverschämter Hohn nicht werden, und so erhielt denn der Freiherr von Cotta eines Tages durch Gentz einen Wink, dem kecken Spötter die Spalten der „Allgemeinen Zeitung“ nicht mehr zu öffnen: die amüsanten Schilderungen der „Französischen Zustände“ erreichten schon im Juli 1832 ihr Ende. Doch trat Heine später, während der „parlamentarischen Periode des Bürgerkönigtums“, von 1840 ab, noch einmal in der „Allgemeinen Zeitung“ auf. Die Zeiten hatten sich etwas geändert, der alte Aufpasser Gentz

lebte nicht mehr, so daß die Redaktion der Zeitung glaubte, dem witzigen Spötter das Wort wieder gestatten zu dürfen. Aber seine Korrespondenzen wurden vor dem Abdruck immer erst sehr bedeutend zusammengestrichen.

„Verstümmelt hat Kolb sie abgedruckt
In der Allgemeinen Zeitung"

sagte Heine selbst später von ihnen mit bitterem Grimm. Endgiltig hörten die Korrespondenzen auf, als die „Allgemeine Zeitung" 1848 die Mitteilung gebracht hatte, der Dichter habe seit Jahren aus dem Guizotschen Ministerium eine Staatsbesoldung empfangen.*)

Ein anderer hervorragender Pariser Korrespondent jener Zeit war Julius Mohl, der berühmte Orientalist, der aber nicht nur über die innern französischen Verhältnisse, sondern auch über die indischen und ostasiatischen Zustände schrieb. Er setzte seine Korrespondenzen bis 1863 fort.

Besonders heikel war die Berichterstattung über Österreich. Da es Metternich als unbehaglich empfand, wenn viel über Österreich geschrieben wurde, so mußten sich die Korrespondenten auf das Simpelste beschränken und kamen daher über den leichten Gesellschaftsklatsch selten hinaus. Die meisten Berichte aus Österreich in der in Rede stehenden Zeit lieferte der Freiherr Joh. Chr. v. Zedlitz, der bekannte Dichter der „Totenkränze" und des „Waldfräuleins", besonders von 1836 ab, in welchem Jahre er eine Beamtenstelle im österreichischen Ministerium des Auswärtigen übernahm. Seine Artikel bewegten sich alle in den engen Grenzen der gehorsamsten Servilität, erhielten aber bisweilen einen gewissen liberalen Anstrich, um über ihren wirklichen Charakter und ihre Herkunft zu täuschen. Wie alle österreichischen Korrespondenten, so war auch Zedlitz sehr nachlässig und mußte immer wieder von Cotta an seine Versprechen erinnert werden. Trotzdem wurde er sehr hoch honoriert; schließlich erhielt er 4000 Gulden für 25 Bogen.

*) Ausführliches über Heine und die „Allgem. Ztg." bei Strodtmann, Heines Leben, 2. Aufl., Bd. II, S. 27—65. Berl. 1874.

Von den sonstigen österreichischen Korrespondenten sind außer
m früher schon genannten Pilat schließlich noch K. E. Jarcke,
ilhelm Hoppe, v. Kleber, der ultrareaktionäre Matthias Koch,
r. Frankl und Leo Herz zu erwähnen.

Als die magersten und unzulänglichsten Korrespondenzen mußten
er die Berichte aus Preußen gelten, so daß der General von
ochow einmal im Jahre 1843 an Cotta schrieb: „Der schlechteste
il der „Allgemeinen Zeitung" sind die Korrespondenzen und
rtikel aus und über Berlin." Allerdings legte die Redaktion
ich lange Zeit nur einen geringen Wert auf die Erörterung der
eußischen Verhältnisse und glaubte hierzu wohl um so mehr
rechtigt zu sein, da das Blatt in Norddeutschland bis gegen
nde der vierziger Jahre doch nur wenig gelesen wurde. Haupt=
chlich waren es jüngere Schriftsteller, die für das Blatt korre=
ondierten, Wilh. Häring (Wilibald Alexis), Rellstab, der Kri=
inalist Temme, Prof. Ed. Gans, bisweilen auch Chr. K. J.
unsen, v. Radowitz, Heinrich Leo und ein Major Helmuth von
Moltke, von dem noch niemand ahnte, welch hohe Mission ihm
och bevor stand. Er schrieb in den Jahren von 1841 bis 1844
rtikel über die Lage und die Ereignisse auf dem Balkan und
ber die Eisenbahnangelegenheiten Deutschlands, die mehr und
ehr das allgemeine Interesse in Anspruch nahmen.

Ein günstiges Geschick fügte es, daß in dieser mißlichen Zeit
ie „Allgemeine Zeitung" einen sehr tüchtigen Redakteur erhielt,
nd zwar in der Person des Dr. Georg Kolb. Fast vierzig
Jahre widmete dieser seine ganze geistige Kraft mit eminenter
Umsicht in der selbstlosesten Weise der Zeitung. Als Sohn eines
Goldarbeiters am 6. Mai 1798 zu Stuttgart geboren, vermochte
r nur unter Schwierigkeiten in Tübingen Kameralwissenschaft zu
tudieren. Dabei schloß er sich gleich beim Beginn seines Stu=
diums der Burschenschaft an, begeisterte sich für nationale Frei=
heit, und ließ sich sogar im Frühjahr 1821 verleiten, mit seinem
Freunde Gräter nach Piemont zu eilen, um an dem Aufstande
teilzunehmen, der dort ausgebrochen war. Die Revolution wurde
jedoch sehr bald niedergeschlagen, und die beiden jungen Schwär=
mer kehrten in die Heimat zurück, ohne sich an irgend welchem

Kampfe beteiligt zu haben. Die Exkursion war jedoch den Aufpassern Metternichs nicht unbekannt geblieben; die Mainzer Zentraluntersuchungskommission erhob Anklage, und Kolb wurde wegen burschenschaftlicher Umtriebe zu vier Jahren Festungshaft verurteilt. Im September 1824 trat er diese Haft auf dem Hohenasperge an, wo er u. a. als Mitgefangenen auch Karl Hase traf, den späteren berühmten Kirchenhistoriker. In seinen Lebenserinnerungen „Ideale und Irrtümer“ gedenkt dieser denn auch Kolbs. Er erzählt, daß auf Kolb die strenge Einzelhaft in einem kellerartigen Gelaß sehr drückend gewirkt habe, daß er aber doch ruhig und in sich gefaßt gewesen sei, denn er habe sich als den Hauptschuldigen, den Verführer der anderen betrachtet. „Er hatte alles eingestanden, alles auf sich genommen, keinen verraten,“ sagt Hase von dem Ergebnis der Untersuchung. Die Haft dauerte jedoch nur bis zum Sept. 1826; man mochte einsehen, daß Kolb nichts weniger als ein Hochverräter, vielmehr ein recht warmherziger Patriot war; ja sein Untersuchungsrichter hatte sogar ein solches warmes Interesse an ihm gewonnen, daß er ihn angelegentlich dem Justizminister empfahl, und dieser machte — da er den so schwer Vorbestraften doch nicht wohl bei sich selbst anstellen konnte — den Chef der Cottaschen Buchhandlung auf den kenntnisreichen und geweckten jungen Mann aufmerksam. Cotta griff sehr gern zu, denn er brauchte eine frische Kraft für seine Zeitung, worauf Kolb nach kurzer Einführung in den Zeitungsdienst den deutschen Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ mit Einschluß von Österreich und Preußen übernahm. Doch hatte er manche Mühe, sich eine Position zu schaffen, da der alte Chef-Redakteur Stegmann der deutschen Politik, wie bisher, immer nur einen beschränkten Raum gewähren wollte, Kolb dagegen die deutschen Angelegenheiten stets in den Vordergrund zu stellen suchte. Dabei kam es zu manchen erregten Auseinandersetzungen, und schließlich schrieb sogar Stegmann in seiner großen Besorgnis unter dem 11. Mai 1832 an Cotta, die „Allgemeine Zeitung“ schwebe bei der Menge des deutschen Stoffes in der ernsten Gefahr, sich „aus einer europäischen allgemein geachteten zu einer deutschen Zeitung zweiten Ranges zu verwandeln.“ Darauf

ßte sich Kolb kürzer fassen; aber das politische Leben Deutsch-
ıds regte sich doch immer energischer, und es zeigte sich immer aufs
ıe, daß der deutschen Politik ein größerer Raum gebühre, mit-
ı Kolb mit seiner ausführlicheren Behandlung der deutschen
ıgelegenheiten das Richtige treffe. Das erkannte auch der junge
eorg Cotta, der nach dem am 29. Dezember 1832 erfolgten
ıde seines Vaters die Leitung des Verlagsgeschäftes übernom-
en hatte; er gewährte Kolb wieder einen größeren Spiel-
um, und als Stegmann 1837 starb, stellte er ihn an die
pitze der Redaktion. Damit trat Kolb in seine Glanzzeit ein.
r hatte sich nach und nach einen weiten politischen Blick und
ne große Gewandtheit im Verkehr mit den politischen Parteien
ıd ihren Führern angeeignet, so daß er in der geschicktesten
Veise sein Fahrzeug durch alle Klippen hindurchzubringen wußte.
bhold jedem Parteigezänk, zu dem die erregte Zeit so leicht ver-
ihrte, erhielt er durch seine geschickte Taktik die „Allgemeine
Zeitung" immer auf einer vornehmen Höhe, selbst wenn er ge-
wungen wurde, die schlimmsten Konzessionen zu machen. Mit
einem Griffel hat Levin Schücking, der 1844 vorübergehend in
er Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" beschäftigt war, in
einen Lebenserinnerungen das Porträt dieses Musterredakteurs
ezeichnet. „Kolbs Natur," schreibt er, „war nicht leicht zu durch-
chauen. Auf dem Grunde derselben lag eine goldene Treue und
Ehrlichkeit, eine unendliche Vaterlandsliebe und ein großer Seelen-
urst nach Poesie; darüber lag ein Anflug von Humor und von
Sentimentalität, und zu dem allen kam eine große Anspruchs-
osigkeit. Es war keine Spur von Überhebung oder eitlem
Größenwahn in dem mächtigsten und einflußreichsten Journalisten
es damaligen Deutschlands. Er hat seine Stellung nie zu dem
allergeringsten persönlichen Vorteile ausgebeutet; er hat nur wie
ein geduldiger Kreuzträger alle Widerwärtigkeiten, alle Fehden, die
mit der Leitung solch einer Zeitung verbunden waren, auf sich, ganz
allein auf seine überbürdeten Schultern genommen ... Die geist-
verwüstende Redakteurtätigkeit, die er so viele Jahre hindurch ge-
übt, alles Wichtige selbst tuend, selbst erledigend, nicht die ge-
ringste Verantwortlichkeit auf anderer Schultern legend, hatte ihm

dennoch nichts geraubt von seiner Herzenswärme und seinem immer regen und lebendigen Interesse für alles Gute und Schöne; es war wie eine ewige Jugend in ihm. Kolb war ein unbedingter Bewunderer Leopold von Rankes und wußte, wenn nicht gerade etwas seine patriotische Wärme, sein deutsches Gefühl bis zum Hitzegrade brachte, die Dinge mit der kühlen Objektivität des großen Meisters der Historik zu nehmen; so war er der schwierigen Aufgabe gewachsen, die eigene Anschauungs- und Empfindungsweise schweigen zu lassen, wenn er auf der kleinen Weltbühne, deren Regisseur er war, die Vertreter einzelner Richtungen auftreten und sich aussprechen — und manches auch nicht aussprechen ließ; so verstand er es auch, nur selten und mit allem gebotenen Maß sich die Befriedigung zu gewähren, aus den Kulissen hervorzutreten, um einmal unverblümt eine Parabase zu sprechen."

Trotz alledem, trotz aller dieser Vorzüge erhob er sich aber dennoch nicht bis zur höchsten Staffel des politischen Redakteurs, dessen Deutschland in dieser kritischen Zeit für die vornehmste Zeitung bedurft hätte. Bei aller Weltbildung blieb er, wie Ludwig Steub einmal von ihm sagte, „ein ganz schwäbischer Mensch", d. h. auch er vermochte niemals die Scheu vor dem Preußentum zu überwinden, die damals noch so ziemlich alle Schwaben beherrschte. Der geistvolle „Briefwechsel zweier Deutschen" seines Landsmannes Paul Pfizer wurde von ihm nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt. Pfizer wies in diesem Buche in scharfsinniger Weise nach, daß Österreich unfähig sei, die Hegemonie in Deutschland auch ferner auszuüben. Nur ein kraftvoller und durch und durch deutscher Staat könne die Führung in Deutschland übernehmen, und dieser Staat sei Preußen. Mit Preußen müßten sich die übrigen deutschen Staaten zu einem konstitutionellen Bundesstaate zusammenschließen. Freilich werde sich Österreich nicht unter die Oberherrschaft Preußens stellen wollen, und da würde es denn die natürliche Entwicklung der Dinge sein, wenn es aus dem deutschen Bunde ausschiede.

Diesen Gedankengängen konnte Kolb nicht folgen, diesen Schlußfolgerungen nicht beipflichten. Daß der politische Schwer-

nkt Deutschlands schon langsam von Wien nach Berlin hinüber-
rücken begann, entging ihm; nach wie vor trat er für die so-
nannte großdeutsche Politik ein; er wollte ein Großdeutschland
ter Einschluß und Hegemonie eines würdigen verjüngten Öster-
ch, und er ließ auch nicht von diesem Ziele, je klarer es wurde,
ß es nicht zu erreichen sei. Vergebens schrieb Heinrich Laube
ihn: „Der Preuß siegt doch, denn wir wollen ein deutscher
taat werden, müßten wir persönlich alle darüber zu Grunde
hen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so
rtschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen." Aber Kolb konnte den
Biderwillen gegen den Preuß" nicht überwinden, er lavierte
n und her; eine tragische Melancholie legte sich über ihn, und
dieser schied er am 16. März 1865 aus dem Leben, bevor
durch den scharfen Schwerthieb des modernen Alexander" dem
nzen unseligen Konflikte ein Ende gemacht wurde. Wie er sich
r neuen Situation gegenüber gestellt haben würde, ist schwer zu
gen; jedenfalls würde seine bisherige Position unhaltbar ge-
esen sein.*)

Die geschäftliche Lage der Zeitung änderte sich unter seinem
Regime in den kritischen vierziger Jahre nur wenig, 1845 hatte
as Blatt 9172, und 1847 9847 Abonnenten.

Die übrigen politischen Zeitungen Bayerns waren allesamt
höchst unbedeutende Blätter, die nur kurz erwähnt zu werden
rauchen. In kleinem Format und mangelhaftem Druck boten sie
ur einen überaus dürftigen Inhalt dar, der ein wahrhaft kläg-
iches geistiges Niveau der Redaktion sowohl, wie der Leser verriet.
Eine gewisse Rührigkeit zeigten sie nur in den Schmähungen
gegen die preußische Regierung.

Eine offizielle „Bayrische Staatszeitung", die der
wiederholt schon erwähnte Kurländer F. G. L. Linder, nunmehr
bayrischer Legationsrat, von 1832 ab in München redigierte,

*) Vergl. Ed. Heyck, D. Allgem. Ztg. Münch. 1898, S. 110—130; Johannes Proelß, Das junge Deutschland, Stuttg. 1892, S. 160 ff.; W. Lang, Von und aus Schwaben, 6. Heft, Stuttg. 1890; Hase, Ideale und Irrtümer, Lpzg. 1872; Schücking, Lebenserinnerungen, 2 Bde., Breslau 1886; Nekrolog in „Uns. Zeit", 1865, S. 317.

vermochte nur kurze Zeit zu existieren, obgleich die Regierung alle Gewaltmittel zu ihren Gunsten anwendete, unter anderem die Gemeinden zwang, das Blatt auf öffentliche Kosten zu halten. Die „Münchener politische Zeitung", gegründet 1807, vermochte sich nur durch Diebstahl durchs Leben zu bringen. Sie druckte, wie norddeutsche Zeitungen wiederholt klagten, Novellen mit Hinweglassung des Autornamens und ohne Angabe der Quelle nach und änderte sogar, um den Raub noch mehr zu verschleiern, den Titel. Im Jahre 1861 ging sie endlich ein. Etwas günstiger stand es um den „Bayrischen Beobachter", den der populäre Schriftsteller F. W. Bruckbräu (geb. 1792, gest. 1874) 1829 gründete, und der bis 1834 erschien. Der „Beobachter" pflegte eine derbe volkstümliche Sprache und stimmte auch nicht mit in die ungemessenen Lobeserhebungen über die Leistungen des Theaterpersonals ein, in denen sich die übrigen Blätter beständig ergingen. Einen humoristischen Ton schlug der „Volksfreund" an, der von 1822 bis 1849 in München herauskam und von 1832 bis 1834 von Saphir redigiert wurde; doch kam das Blättchen über die simpelsten Witze und die plattesten Späße nicht hinaus.

Von den Blättern, die außerhalb Münchens, in den Regierungsbezirken, erschienen, sind besonders die beiden Nürnberger Zeitungen, der alte „Korrespondent von und für Deutschland" und der 1833 ins Leben gerufene „Fränkische Kurier", hervorzuheben. Beide Blätter suchten die liberalen Grundsätze zu vertreten, sahen sich aber viel von der Regierung gehemmt. Als sie in der Mitte der vierziger Jahre die Berichte über die Kammerverhandlungen in liberaler Färbung brachten, wurden die Redakteure eines Tages von der Regierung aufgefordert, die Namen ihrer Münchner Korrespondenten zu nennen, was sie verweigerten. Die Redaktion des „Korrespondenten" leitete bis Ende 1845 Dr. Henlé; von da ab war der taktvolle und kenntnisreiche Dr. Philipp Feust bis in die siebziger Jahre hinein Redakteur der Zeitung. Die protestantische „Augsburger Abendzeitung" und die katholische „Augsburger Postzeitung", die „Neue Würzburger Zeitung", die „Regensburger-", „Aschaffenburger- und „Speierer Zeitung" seien nur dem Namen nach

ıgeführt; irgend welche Bedeutung besaßen sie nicht. Doch sei :nigstens erwähnt, daß die „Neue Würzburger Zeitung" sich durch nz besonders heftige Artikel gegen Preußen auszeichnete, ja nicht ten in den gemeinsten Schmähungen gegen den preußischen Hof ging. Darauf beschwerte sich der preußische Gesandte in München i der bayrischen Regierung, allein ohne Wirkung, und nun suchte e preußische Regierung beim Bundestage ein Verbot der Zeing herbeizuführen. Erst als das Erfolg zu haben schien, lenkte ayern ein, und der bayrische Gesandte in Berlin erklärte im uni 1838, König Ludwig verdamme „das undeutsche und nichtsürdige Treiben" des Redakteurs Ernst Zander und habe „den eiwilligen Entschluß" gefaßt, ihn von dem Blatte zu entfernen. ie Zeitung selbst aber wurde nicht verboten.*)

. Die österreichischen Preßverhältnisse. Metternichs Elaborat über die Presse. ie Eingriffe der Zensoren. Ein Bild von der Kläglichkeit der österreichischen resse. Die Absperrung der ausländischen Zeitungen. Rückgang des Zeiıngswesens. Versuche, eine etwas größere Preßfreiheit zu erlangen. Erichtung einer Zensur-Ober-Direktion. Gründung des „Adler". Die „Wiener Zeitung", der „Österreichische Beobachter", die „Prager Zeitung".

Über Österreich lagerte nach wie vor der schwere Druck Metternichs, und der Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle Graf Joseph Sedlnitzky sorgte dafür, daß die von dem allmächigen Minister festgesetzten Schranken für die Presse mit aller Strenge aufrecht erhalten wurden. Doch nicht nur in Österreich, ondern auch im ganzen übrigen Deutschland wollte Metternich eine Ansichten über das Zeitungswesen zur Geltung bringen. Er andte daher noch im Jahre 1846 ein Elaborat über die Presse n Österreich an den preußischen Minister von Canitz und an die leinen deutschen Höfe, in welchem er hinsichtlich der Tages- und Flug-

*) Treitschke, Deutsche Geschichte, IV, S. 722.

blätter, sowie der Bücher unter zwanzig Bogen zur festen Handhabung des Bundesgesetzes vom Jahre 1819 aufforderte. „Die Presse ist eine Gewalt," sagte er, „und Gewalten bedürfen der Regelung. Die Presse läßt sich nur auf dem präventiven Weg dämmen, die Repression bietet eine gänzlich illusorische Form weil sie dort, wo sie schlägt, nicht das Produkt, sondern den Produzenten trifft." Die Sicherheit erfordere Schirmen mehr als Strafen. Jeder Staatsmann, selbst in England und Frankreich behauptete Metternich, erkenne in der Preßfreiheit „ein Übel, dessen Grenzen und Folgen ganz unberechenbar sind."*) Mittlerweil machte sich aber auch in Österreich ein immer lebhafteres geistige Leben bemerkbar, und Männer wie Anastasius Grün, Bauernfeld, Karl Beck, Rollet, Meißner, Hartmann standen auf un verlangten nach einer größeren Freiheit in der geistigen Bewegung Da sich jedoch die Regierung auch nicht zu den kleinsten Konzessionen bereit fand, so wurde die Kluft, die sich zwischen de Grundsätzen Metternichs und den Anschauungen des emporstrebenden neuen Geschlechts dahinzog, immer tiefer. Dabei kam e zu Eingriffen und Maßregelungen, die aller geistigen Bildung Hohn sprachen. Einige wenige Beispiele mögen zur Illustrierung genügen.

Bei einer kritischen Besprechung glaubte sich ein Schriftsteller unter anderem auf die „Autorität" von Schiller und Goethe berufen zu dürfen, allein der Präsidialist des Prager Guberniums der die betreffende Abhandlung zu zensieren hatte, kannte in seinem bureaukratischen Hochgefühl nur Zivil- und Militär-„Autoritäten" und ließ den Verfasser in seine Kanzlei kommen, um ihm die respektwidrige Redeweise vorzuhalten. Der Schriftsteller versuchte zwar, sich zu verteidigen. „Wie in anderen Sphären Behörden und Ämter, so seien auf dem Gebiete der deutschen Literatur Schriftsteller von dem Range eines Schiller und Goethe doch wohl ohne Frage Autoritäten." Allein der Mann der Obrigkeit fiel ihm ins Wort: „Autoren wohl, aber nicht Autori

*) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. 7. Band. Wien 18

en," rief er, griff zur Feder und berichtigte in solcher Weise anstößige Stelle.

In einer Anekdote spielte ein Irländer eine lächerliche Rolle; s glaubte der Zensor aber nicht dulden zu dürfen, denn der inig von Großbritannien und Irland war doch ein hoher liierter Seiner Majestät des Kaisers von Österreich. Flugs derte er Irländer in Urländer um, und jede diplomatische Verdlung war unmöglich gemacht.

In einer Novelle sollte ein ehrbares Mädchen die unziemliche :age „Wo führt der Weg zu Ihrer Schlafkammer?" mit den orten zurückweisen: „Durch die Kirche, mein Herr!" Die deenverbindung zwischen Schlafkammer und Kirche erschien aber m Zensor wie eine Blasphemie; er strich „Kirche" und setzte für „Küche". Das Mädchen antwortete also: „Durch die üche, mein Herr!"

Bisweilen waren die Ausstellungen und Maßnahmen der Zensoren einfach unbegreiflich. Das mußten u. a. die Wiener Mechitaristen erfahren. Sie hatten in den zwanziger Jahren ine katholische Zeitschrift „Ölzweige" gegründet; im Jahre 1841 wollten sie das mittlerweile eingegangene Blatt unter dem Titel Frische Ölzweige, Konversationsblatt für Katholiken" in veringter Gestalt ins Leben rufen; als sie aber um behördliche Geattung einkamen, wurde der Beisatz „Konversations-Blatt" gerichen, und als sie dagegen Berufung einlegten, wurde auch noch as Epitheton im Titel verpönt. „Ölzweige" durfte die fromme Zeitschrift heißen, aber „Frische Ölzweige" sollte man nicht agen; vielleicht klang das im Ohr des Zensors zu neuerungsichtig, zu burschikos, zu herausfordernd.

Im Jahre 1846 wünschte Joseph Kaiser sein „Pädagogisches Wochenblatt" durch Holzschnitt-Illustrationen zu beleben, was auch ei den berufenen Zensoren auf weiter keine Bedenken stieß. Es wurde daher bei der obersten Zensur-Behörde auf Willfahrung ngetragen, und diese gestattete auch den neuen Schmuck, bestimmte jedoch, daß die Zahl der Illustrationen auf monatlich zwei beschränkt bleibe und eine jede, bevor der Holzschnitt ange-

fertigt werde, „in einer deutlichen Zeichnung zur Zensur vorzu-
legen sei, sohin nur nach Maßgabe der Zensur-Erledigung zu
Abdruck gebracht“ werden dürfe.

Ganz besonders gefährlich für den Herausgeber und Re-
teur eines Blattes war es, wenn er es an dem schuldigen Re-
gegen das Kaiserhaus fehlen ließ. Als Dr. Moritz Rappa-
in der für den 19. April 1842 bestimmten Nummer seiner „L
blätter“, die er in Lemberg herausgab, das Festgedicht für
Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers Ferdinand I. verg-
hatte, faßte der Zensor Ignaz Kankoffer das als eine Majestä-
beleidigung auf, ließ den bestürzten Redakteur durch einen P-
zisten vorführen und zwang ihn, sofort im Bureau den Festg-
zu verfassen, worauf dann die betreffende Nummer der „L
blätter“ auch noch rechtzeitig mit „Galicias Jubelgruß“ ersch-

Für das sonstige Verhalten der Zeitungen gegenüber
Kaiserhause gab es eine Anzahl geheimer Instruktionen,
zufolge z. B. der Besuch von Mitgliedern des A. H. Kaiserh-
in Vorstadt-Theatern nicht angeführt werden durfte. Auch An-
griffe gegen den Adel, das Militär „oder dergleichen höhe-
Stände“ waren untersagt, ebensowenig wurden Ausfälle gegen die
Hofburg-Theater-Direktion geduldet.*)

Unter diesen Umständen bot die österreichische Presse ein
überaus klägliches Bild. Ein touristischer Schriftsteller jener Ze-
entwirft folgende Schilderung:

„Und die Wiener Tagesliteratur .... die macht sich no-
immer wichtig, wenn es gilt, über den Pas einer Tänzerin ei-
eben so lange als breite philosophische Abhandlung zu schreiben
— sie spielt noch immer mit den geschminkten Theaterpuppen un-
beurteilt jeden Geiger, jeden Klavierpauker, vor allem aber d-
Kunstreiter. Dabei sieht aber die Wiener Tagesliteratur je-
bleich und hager grämlich und mager aus und kneift sich selbst

*) Ausführliches bei Adolf Wiesner, Denkwürdigkeiten der österr. Zensur. Stuttg. 1847, S. 331; Wiedemann, Die kirchliche Bücher-Zensur in der Erz-Diözese Wien. Wien 1873, S. 290 f. und Frhr. v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848. Wien 1877, S. 7—9.

und wieder in die Backen und zaust sich manchmal selbst bei Haaren und gibt sich dann und wann selbst Nasenstüber, um von ihrer Existenz zu überzeugen. Wie die Komödianten es un pflegen, wenn der Dichter sie sagen läßt: ‚Träume oder je ich?‘ Da betasten und schütteln sie sich und wissen doch ., woran sie sind. Der große Dichter unserer Zeit aber ist Geschichte. Und die Geschichte schweigt über die Wiener esliteratur.“ *)

Bei dem Geschichtschreiber der Wiener Journalistik aber quillt dieser „Einschläferung und Irreführung der öffentlichen Meiig“ der Zorn auf. „Es war ein trauriges, ein trostloses, ja ekelerregendes Gesamtbild der Wiener Journalistik geschaffen rden,“ sagte er, „auf der einen Seite die systematische Anisung der Regierungsware, das Verschweigen aller Mißerfolge ser Regierung, das Hinwegleugnen aller Schäden, die Begeifeng jener Leute, die auch nur für das geringste Ausmaß von eform eintraten; auf der andern Seite die erdrückende Leere, as Schweigen des Grabes, eine Unkenntnis der innern und ußern Vorgänge, als hätte das Rad der Geschichte innegehaln... Man drückte allen Zeitungen, die unter Wölfen nicht it heulen wollten, die Faust auf den Mund, zwang sie überaupt zu schweigen, benahm dem Volke die Möglichkeit, auch des ndern Mannes Rede zu vernehmen, und das ist Vergewaltigung, älschung der öffentlichen Meinung, Korrumpierung der Presse.“ **)

Dieser traurige Zustand der Presse war um so empfindlicher, a auch die auswärtigen Zeitungen nach und nach fast alle us Österreich verbannt wurden. Im Jahre 1846 konnten nur och drei deutsche politische Zeitungen die Linie der schwarzgelben Grenzpfähle passieren: die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ und der Nürnberger „Korrespondent“. Mit dem Schlusse des Jahres 1845 war auch der „Vossischen-“ und der „Spenerschen Zeitung“ der Eintritt nach Öster-

*) J. G. Zerffi, Wien und die Wiener. Reiseskizzen. Charivari 1845, № 144.

**) E. V. Zenker, Gesch. d. Wiener Journalistik. Wien 1892, S. 108.

30*

reich abgeschnitten worden, doch wollte das nicht viel heißen: d
Berliner Blätter waren an der Donau nicht beliebt; die „B
sische Zeitung" war nur in 10 Exemplaren und die „Spenersch
sogar nur in 8 nach Österreich gegangen. Zu gleicher Zeit wu
auch den Privat-Lese-Vereinen in Wien untersagt, weiterhin
„Kölnische Zeitung" und die Brockhaussche „Deutsche Allgeme
Zeitung" zirkulieren zu lassen. Die letztere war besonders schl
bei der Regierung angeschrieben; 40 Gulden Strafe mußte d
jenige für jede Nummer bezahlen, bei dem sie gefunden wu
Weshalb auch die harmlose Dresdener „Abendzeitung" verbo
ward, ist unerfindlich.

Infolge dieses allgemeinen schweren Druckes ging d
Zeitungswesen in Österreich mehr und mehr zurück. Während
Jahre 1840 noch 14670 Zeitungsexemplare durch die öst
reichische Post befördert wurden, kamen 1845 nur noch 129
zur Versendung. Der Verbrauch von Druckpapier für die 40 Mi
lionen Menschen der österreichischen Monarchie belief sich 18
auf 500000 Ries, das war ungefähr so viel, wie das klein
Königreich Sachsen verbrauchte, das einen achtzehnmal kleiner
Umfang hatte.

Unterdessen wuchs die allgemeine Erregung mehr und mehr
man erfuhr ja schließlich doch, was in Frankreich, was in Baden
was in Preußen vorging, und empfand die Absperrung je länge
desto drückender, und es wurden die verschiedensten Versuche unte
nommen, den elenden Zustand einigermaßen zu beseitigen. Zu
nächst traten die Journalisten Wiens hervor. Sie richteten 184
eine Bittschrift an den Präsidenten der obersten Polizei- un
Zensur-Hofstelle, den Grafen Joseph Sedlnitzky, in der sie u
Erleichterung des auf der Presse lastenden Druckes baten; alle
noch ehe diese Bittschrift überreicht werden konnte, erlangte Sed
nitzky Kenntnis von derselben und wies sie daher einfach mit de
Bemerkung zurück, daß er keine Journalistenkörperschaft kenne
Es möge jeder Einzelne kommen und ihm seine Bitte vorbringen
Das unterblieb aber, da man von der Vergeblichkeit solcher An
liegen von vornhinein überzeugt war. Darauf traten im Frühjahr
1845 die Wiener Schriftsteller bei dem Baron von Hammer

rgstall zu einer Beratung zusammen. Es waren Vertreter fast es Zweiges der Wissenschaft und der Literatur erschienen, der ise Erzbischof von Erlau, Ladislaus von Pyrker, Graf Auers-g (Anastasius Grün), Grillparzer, Bauernfeld, Fürst Schwarzen-g, die Hofräte Jenull und Baumgartner und viele andere. ch sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse setzte man eine enkschrift auf, in der man nur in der bescheidensten Weise der nsurbedrückungen Erwähnung tat und auch bloß um die genaue urchführung des im Jahre 1810 erlassenen Zensur-Mandates t. das seitdem ganz und gar in Vergessenheit gekommen sei. och auch diese Bitte fand an maßgebender Stelle keine Beachtung.

So kam das Jahr 1848 heran, und immer höher stieg die lgemeine Aufregung; schon konnte man ein fieberhaftes Zittern allen Gesellschaftskreisen wahrnehmen. Da begann man end-h in den obersten Zensur-Regionen eine gewisse Reorganisation den Zensurverhältnissen anzustreben, und am 1. Februar trat Wien eine k. k. Zensur-Ober-Direktion mit einem Hof-at an der Spitze ins Leben und ferner als Berufungs-Instanz in k. k. oberstes Zensurkollegium unter dem Vorsitze des raſen Sedlnitzky. Diese neue Einrichtung zeichnete sich besonders urch die Bestimmung aus, daß künftig einem Verfasser „auf sein lnsuchen" die Gründe angegeben werden sollten, aus denen Streichungen vorgenommen oder wohl gar die ganze Drucklegung ersagt worden sei, was ihm dann als Anhaltspunkt für seine Berufung an die oberste Instanz dienen konnte. Allein diese Be-rufung war versagt: a) bei Zeitschriften, Tag- und Flugblättern „von nicht rein wissenschaftlichem Inhalte", also gerade da, wo die Belästigungen am ärgsten, am empfindlichsten waren, und wo vordem eine Berufung zwar unpraktisch und zwecklos, aber min-destens grundsätzlich nicht ausgeschlossen war; b) wegen Hinweg-lassung oder Änderung in einzelnen Ausdrücken oder Stellen und c) „wenn überhaupt keine wichtige Rücksicht für die Veröffent-lichung geltend gemacht werden" könne, eine Beurteilung, die einzig der Behörde selbst anheimgestellt war und daher dem Be-lieben oder dem Mangel an Verständnis neuerdings Tür und Tor öffnete. Helfert berichtet denn auch, daß bereits der nächste

Tag einen auffallenden Beweis davon brachte, was man von der neuen Einrichtung zu erwarten habe. Am 2. Februar wurde die jüngst geschaffene Kaiserliche Akademie der Wissenschaft eröffnet. Auf Grund ihrer Allerhöchst genehmigten Statuten hatte der Präsident von Hammer-Purgstall in seiner Rede erklärt, „daß die Akademie zensurfrei wirken werde“; die Rede wurde in der „Wiener Zeitung“ (Feuilleton vom 4. und 5. Februar) abgedruckt, allein die bezeichnende Stelle fehlte. Der Präsident von Hammer-Purgstall war außer sich; er lief in seiner rastlosen Weise von einem zum andern, verklagte den Präsidenten der Zensur-Stelle beim Kurator der Akademie, dem Erzherzog Johann, drohte mit seinem Rücktritt — allein die Sache blieb, wie sie war.

Die Situation für die Presse war also nur schlimmer geworden; doch dauerte sie nicht lange; am 14. März fegte der Sturm der Revolution die ganze nichtswürdige Institution hinweg, und Spott und Hohn wurden ihr nachgeschleudert. In der Nacht vom 14. zum 15. März zirkulierte in den Kaffee- und Bierhäusern Wiens in zahlreichen Abschriften ein Parte-Zettel: „Authentische Nachricht von dem am 14. März 1848 erfolgten Hinscheiden und dem Leichenbegängnisse der Frau Belladonna Zensur, geborenen Mitternacht.“

Es ist begreiflich, daß sich die Zeitungen unter dem schweren Druck, der so viele Jahrzehnte lang auf der Presse lastete, kaum nennenswert entwickeln konnten, und daß daher nur wenig von ihnen gesagt werden kann. In der Kaiserstadt Wien erstand während der ganzen in Rede stehenden Zeit nur eine einzige neue politische Zeitung, der „Adler“, und diese war noch dazu herzlich unbedeutend. Sie wurde 1838 von A. J. Groß-Hoffinger gegründet und trat mit der ausgesprochenen Tendenz hervor, in allen Fällen und unter allen Umständen für die Regierung einzutreten. Es wurde ihr daher auch ausnahmsweise die Aufnahme bezahlter Inserate gestattet. Aber Groß-Hoffinger war durchaus nicht ein überzeugter Verfechter der Politik Metternichs, sondern ein charakterloser Vielschreiber, der ursprünglich das Gegenteil von dem verfochten hatte, für das er jetzt eintrat. Geboren 1808 zu Wien, widmete er sich anfangs dem Militärdienste, ging dann

:r zur Schriftstellerei über, schrieb das Buch „Seufzer aus
terreich", in welchem er die Regierung ohne jede tiefere Kennt-
; befehdete, und gab 1833 eine Zeitschrift „Austria" heraus,
n der aber nur zwei Bände erschienen. Nach diesen Miß-
folgen versuchte er es mit Verherrlichungen des Kaiserhauses,
röffentlichte eine Apotheose des Kaisers Franz und das Werk
Erzherzog Karl und der Weltstreit", worauf er die Konzession
r Herausgabe des „Adler" erhielt. Aber so geschickt das Blatt
ich redigiert war, die hämischen Ausfälle auf die politischen
egner, der enge Horizont, der ganze Ton, mit dem beständig
)ie goldene Hand der Legitimität" gepriesen wurde, sprach einen
:ößeren Leserkreis nicht an. Er suchte nun durch eine Änderung
s Titels in „Vindobona" eine Besserung der Lage herbeizu-
ihren, doch auch das war vergeblich, worauf die Zeitung im
uni 1844 wieder einging. Es erschienen nun abermals, wie
hedem, in Wien nur die beiden politischen Zeitungen, die beide
irekt unter dem Einflusse der Regierung standen, die „Wiener
Zeitung" und der „Österreichische Beobachter". Beide
ind schon genügend charakterisiert worden. Sie bewegten sich
uch bis zum Zusammenbruch des alten Regimes ohne jede Kon-
ession in ihren engen Schranken, so daß der Redakteur J. K.
Bernhard der „Wiener Zeitung" nach wie vor die althergebrachte
Reihenfolge der Artikel inne hielt. Erst kam die offizielle Rubrik
Wien, dann folgten Amerika, weiterhin Spanien, Großbritannien,
Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, Rußland; gleich hinter
Rußland folgte Preußen und hinter diesem Deutschland. Die
Buchdruckerfamilie van Ghelen zahlte von 1823 ab zwölf Jahre
hindurch einen jährlichen Pachtschilling von 20000 Gulden,
von 1835 ab einen solchen von 22000 Gulden, und im
Jahre 1847 wurde ein Vertrag auf zehn Jahre mit einem
Pachtschilling vom 32000 Gulden geschlossen; dieser Ver-
trag sollte aber nicht mehr seine natürliche Erledigung finden;
der Märzsturm des Jahres 1848 fegte ihn hinweg. Das Blatt
selbst aber vermochte sich in dem Sturme zu erhalten, während
der „Österreichische Beobachter" nicht nur die Richtung, sondern
auch die Gestalt änderte und vom 1. April ab unter der Leitung

Ernst von Schwarzers sich „Österreichische Zeitung“ nannte, sich sogar als „Oppositionsblatt“ ankündigte.

Von den Provinzblättern ist nur die „Prager Zeitu zu erwähnen, die mit dem Beginn des Jahres 1846 von Medauschen Verlage gepachtet wurde. Der bisherige Pächter, Haasesche Verlag, hatte die Zeitung mehr und mehr vernachlä der Verleger L. W. Medau, der dem Landesgubernium eine liche Pacht von 10400 Gulden bezahlte, gab jetzt das Bla Großfolio heraus, gewann sich in dem bekannten Schrifts Ladislaus Tarnowski (eigentlich Gottfried Schulze) einen tüchtigen Redakteur und zog auch die übrigen böhmischen Sch steller zur Mitarbeit heran, so G. Franz, Ferdinand Sta Dr. Ed. Bruna, Josef Walter u. a. Leider starb Tarno bereits 1847, erst 37 Jahre alt, worauf der Romanschriftste Eduard Breier (geb. 1811, gest. 1886) an seine Stelle trat, ihn ganz zu ersetzen.



Drittes Kapitel.

Der neue Geist in der Zeitschriften-Literatur.
(1830—1848.)

: rein politischen Journale. Die konservativen Zeitschriften. Jarckes olitisches Wochenblatt". Verficht die Legitimität. Rankes „Historisch-polit. itschrift". Görres' und Philipps' „Histor.-polit. Blätter". „Der Staat". Die beralen Zeitschriften. „Das Vaterland"; die „Deutsche Monatsschrift" von iedermann; der „Herold". Helds „Lokomotive". Ihre Schicksale in Leipzig id Halle. „Unser Planet". „Der Wandelstern". „Die Sonne". Die Rheinischen Jahrbücher". Mathys „Vaterländische Hefte". Der „Deutsche nschauer". Die „Konstitution. Jahrbücher". Die „Grenzboten". Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda. Alfred Meißner über ihn. Die Zeitschrift veritt die Interessen des jungen Österreichs. Wird an Grunow, Gustav Freytag und Julian Schmidt verkauft.

Der neue Geist, der mit den Julitagen des Jahres 1830 ereindrang, kam natürlich nicht bloß in den Zeitungen, sondern uch in den Zeitschriften zum Ausdruck, und hier sogar in llen seinen Schwingungen, mit seiner ganzen Intensivität, da ja er Raum der Journale nicht durch die Berichte über die Tagesereignisse in Anspruch genommen wurde, mithin ein weit größerer Raum, als in den Zeitungen, zur ausführlichen Erörterung der Zeitfragen zur Verfügung stand, und da ferner auch die Zensur den Schriftstellern weniger streng auf die Finger sah, weil die Zeitschriften ja nicht in die breite Masse des Volkes kamen, also, nach Ansicht der Regierungen, nicht so direkt vergiftend wirken konnten.

Die Flut der neuen Gedanken ergriff sehr bald die gesamte Journalliteratur. Jede Zeitschrift suchte jetzt eine gewisse Gesinnung herauszukehren, irgend einen politischen Glauben auf seine Fahne zu schreiben, wenn sie auch im übrigen nur der simpelsten Unterhaltung dienen wollte. „Die nationale Sache" und „die Rettung der Gesellschaft" waren die Schlagworte, an die jeder Aufsatz, jede Novelle, jede Anekdote in irgend welcher Weise anklingen mußte. Eine volkstümliche, gewandte Sprache, ein schlagender Witz, eine beißende Ironie mußten die Ausführungen beleben. „Die Zeit des Räsonnierens, Diskutierens und Debattierens begann," schreibt ein Schilderer jener Zeit,*) „die Kritik wurde räsonnierend, selbst die dichterischen Produktionen waren mit Räsonnements bis zum Ersticken angefüllt .... Überall traten politische Ideen und Zeittendenzen an die Stelle der bloß literarischen und sogenannten allgemein menschlichen .... Man begehrte gar kein Kunstwerk, man wollte einen zeitgeschichtlichen Inhalt und begehrte ihn selbst von der Kritik .... Die Journale wurden, wenn auch nicht Leiter, so doch Träger der öffentlichen Meinungen; sie sprachen nur aus, was Gemeingefühl und Gemeinstimmung war, und konnten sich eben nur dadurch halten, daß sie es aussprachen. Wie weit man über das Maß hinausging, merkte man damals nicht; die allgemeine Stimmung hatte an sich selbst etwas Unmäßiges, etwas Unbegrenztes."

Die Jugend mit ihrer größeren Empfänglichkeit und Reizbarkeit trat naturgemäß am lebhaftesten für die neuen Ideen ein. Es erstand eine ganze Reihe neuer Schriftsteller, Gutzkow, Laube, Mundt, Kühne, Meißner, Beck, Ruge, Duller, Öttinger, Willkomm u. a., die sämtlich sich der Journalistik zuwandten, weil sie dort sich am bequemsten aussprechen konnten und am weitesten gehört wurden. Wie heftig sie sich gedrängt fühlten, ihrem Unmut und Mißbehagen über die unzulänglichen Verhältnisse Luft zu machen, bringt Mundt recht charakteristisch zum Ausdruck

*) Hermann Marggraff, Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche. Leipzig 1839, S. 269.

)er Zeitgeist zuckt, dröhnt, zieht, wirbelt, hambachert in mir,"
ſt er einmal aus, „er pfeift in mir, hell wie eine Wachtel,
elt die Kriegstrompete auf mir, singt die Marseillaise in all
inen Eingeweiden und donnert mir in Lunge und Leber mit
r Pauke des Aufruhrs herum."

Leider wußten die Regierungen diesem allgemeinen heißen
rlangen nach edleren Staatsformen in keiner Weise zu ent-
rechen. Vollständig unfähig, die allgemeinen Forderungen zu
rstehen, setzten sie alledem nur starren Widerstand entgegen,
er sie ließen ihre Ansichten durch Journale vertreten, die ohne
len Einfluß blieben.

Von der großen Menge von Zeitschriften, die in diesen be-
egten Jahren auftauchten, sind die rein politischen die unbe-
eutendsten, zudem erschienen sie auch nur in geringer Anzahl.
Es war dies eigentlich selbstverständlich, denn den Journalen mit
iberaler Tendenz wurde ja stets nur ein kurzes Dasein gestattet,
während die konservativen Zeitschriften, so eifrig sie auch von den
Regierungen protegiert werden mochten, doch niemals ein größeres
Publikum eroberten. Den verhältnismäßig größten Leserkreis und
wohl auch einen zu Zeiten nicht geringen Einfluß besaß von diesen
letzteren das durch die Initiative Joseph von Radowitz' in Berlin ins
Leben gerufene „Politische Wochenblatt", dessen Redaktion Karl
Ernst Jarcke besorgte. Dieser war einer der begabtesten konser-
vativen politischen Schriftsteller der dreißiger und vierziger Jahre.
Geboren 1801 zu Danzig, studierte er die Rechte und schrieb zu-
nächst verschiedene juristische Werke, in denen er sich bereits als
ein energischer Verfechter der Legitimität und als ein heftiger
Gegner aller freiheitlichen Bewegungen bekannte. Weiterhin ver-
focht er auch, nachdem er 1824 in Köln zur katholischen Kirche
übergetreten war, mit großer Leidenschaft die Interessen des
Katholizismus. Nach seiner 1825 erfolgten Berufung als Pro-
fessor des Kriminalrechts an die Universität Berlin trat er den
dortigen konservativen Kreisen näher, befreundete sich mit den
Gerlachs (Wilhelm, Ludwig und Leopold), sowie mit Joseph von
Radowitz, und wurde daher bei der Gründung des Wochenblattes be-

wogen, dessen Redaktion zu übernehmen.*) Die Zeitschrift begann im Herbst 1831 zu erscheinen und sollte gleichsam einen Damm gegen die von Frankreich herüberströmenden Ideen bilden. In dem Prospekte hieß es denn auch, es werde bezweckt, „der Revolution in jeder ihrer Gestalten entgegenzutreten, die Angriffe des auswärtigen Journalismus zurückzuweisen und die schlechten politischen Lehren durch die guten zu bekämpfen." Der allgemeine Charakter der Zeitschrift werde der antirevolutionäre sein, und sie wünsche deshalb auch, als Organ und Vereinigungspunkt aller antirevolutionären Richtungen aufzutreten. Dieses Ziel erreichte sie zwar nicht, doch faßte sie bald in den höheren und höchsten Berliner Gesellschaftskreisen Fuß und übte auf die innere Entwicklung des preußischen Staates während der dreißiger Jahre einen nicht zu leugnenden Einfluß aus. Das eigentliche Leitmotiv des Blattes bildete die unablässige Fehde gegen den konstitutionellen Verfassungsstaat. Wie die Evangelische Kirchenzeitung, die Pastoralkonferenzen, die Missionsvereine und die Konventikel der Frommen auf dem religiösen, schreibt Hassel, so gehörte auf dem politischen Gebiete das Wochenblatt zu den Waffen, mit denen die feudal-kirchliche Partei ihr Terrain zu behaupten und zu erweitern wußte. Es erschien an jedem Sonnabend in Folio in Stärke von ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von 6⅓ Talern. Von politischen Tagesnachrichten sah es ganz ab; es wollte nur leiten und brachte daher neben einem kurzen orientierenden politischen Wochenbericht größere, meist polemische Artikel und Korrespondenzen. Es wandte sich gegen den Polenenthusiasmus, der damals weite Kreise ergriffen hatte, die revolutionären Bewegungen in Braunschweig, Hannover und Leipzig, ganz besonders aber gegen die konstitutionellen Bestrebungen in Süddeutschland. Mit der ganzen Schärfe einer gut geschulten Dialektik verurteilte es hier den modernen Liberalismus, „den Herd der Revolution", „jene doktrinäre Sucht, nach flüchtigen Abstraktionen beliebige

*) Vergl. Paul Hassel, Joseph Maria von Radowitz, Berlin 1905, Band I, S. 213 ff. und die Aufzeichnungen Ludwigs von Gerlach, Band I, S. 193.

:rfassungsformen zusammenzusetzen und politische Luftschlösser erbauen." Die süddeutsche Presse wurde heftig angegriffen, sonders Wirths „Tribüne"; das Hambacher Fest erregte den :richterstattern „Schmerz und Ekel", und die danach gefaßten undesbeschlüsse erschienen ihnen als „Vollendung im rühmlichen irken der Sicherheit Deutschlands". In ähnlicher Weise sprach h das „Wochenblatt" über die liberalen Strömungen in Frank- ich aus. Diese Artikel schrieb Radowitz. Österreich blieb fast unz unbeachtet. Diese Haltung des „Wochenblattes" wurde be- nders am preußischen Hofe gebilligt; Friedrich Wilhelm III. immte ihr durchaus bei, so daß Jarcke, als er am 15. No- :mber 1832 aus der Redaktion schied, stolz von sich sagte: Vielleicht ist noch niemals einem deutschen politischen Schrift- steller ein so ausgewähltes und geistvolles Publikum zu teil ge- worden, als die Umgebung, durch welche er sich getragen und durch deren Beifall und Zustimmung er sich beglückt fühlte." Jarcke ging nach Wien und trat als Rat im außerordentlichen Dienste bei der k. k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei ein, an Stelle des verstorbenen Gentz, brachte es aber nur zu einem Gentz au petit pied, wie Metternich sagte; ein ganzer Gentz vermochte er nicht zu werden. Auch starb er bereits 1852. Sein Nach- folger beim „Wochenblatt" wurde Dr. F. W. Streit, Major a. D., doch schrieb er auch fernerhin noch oft und gern für sein ehemaliges Journal, bis 1837 ein jäher Bruch ihn für immer vollständig von Berlin trennte. Der Kölner Kirchenstreit war ausgebrochen, und Jarcke, der als leidenschaftlicher Katholik auf Seiten des verhafteten Erzbischofs stand, erwartete, daß, da die Behandlung konfessioneller Fragen ausgeschlossen sein sollte, das „Wochenblatt" die Katastrophe mit Stillschweigen übergehen werde. Das war jedoch nicht der Fall; das „Wochenblatt" brachte eines Tages einen scharfen Artikel gegen den Erzbischof Droste zu Vischering, worauf Jarcke in der Augsburger „Allgemeinen Zei- tung" erklärte, daß er jede Berührung mit dem „Wochenblatt" abgebrochen habe, an dessen Leitung und Entwicklung er als un- ermüdlicher Mitarbeiter acht Jahre tätigen Anteil genommen. Das „Wochenblatt" erschien darauf noch bis 1840, verlor aber

seinen früheren Einfluß mehr und mehr und büßte ihn schließlich ganz ein.

Dieselbe Tendenz, wie Jarckes „Wochenschrift“, verfolgte auch Leopold Rankes „Historisch-politische Zeitschrift“, deren erster Band 1832 zu Hamburg, und deren zweiter von 1833 bis 1836 in Berlin erschien. Mitarbeiter waren Savigny, Clausewitz u. a. Auch sie wandte sich gegen die liberalen Bestrebungen und warnte davor, „nach einem eingebildeten Glück auf Wegen, die vom Wahren abführen, zu jagen.“ Immerhin wollte sie das Volk nicht vollständig von einer Teilnahme an den Staatsgeschäften ausgeschlossen sehen. Einem vaterländisch gesinnten Mittelstande könne wohl ein gewisser Einfluß eingeräumt werden, aber mit vorsichtiger Beschränkung. „Macht soll er haben,“ erklärte sie, „doch nach dem Maße seiner Einsicht, d. h. im Wesentlichen nach dem Kreise seiner Erfahrungen, aber nicht nach den oberflächlichen Theorieen, welchen die öffentliche Meinung zu folgen jetzt nur zu sehr geneigt ist.“ Das mehr und mehr überhandnehmende Politisieren aller Kreise bezeichnete sie als eine Neigung, die von „wahrem Bürgersinn, d. h. von hingebender, selbstverleugnender Liebe zum Gemeinwohl noch sehr verschieden“ sei, und erklärte sich darum auch gegen die Preßfreiheit. Weiterhin wandte sie sich mehr und mehr der historischen Kritik zu und wurde somit eine rein wissenschaftliche Zeitschrift.*)

Für das katholische Deutschland riefen Görres und Phillips in München 1839 die „Historisch-politischen Blätter“ ins Leben. In dem Programm hieß es, daß der Hauptzweck der Zeitschrift sei, „die revolutionäre, wie die despotische Doktrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen. Das erste Heft wurde mit einem Artikel „Weltlage“ eröffnet, der die allgemeinen religiösen Verhältnisse darlegte; der zweite Artikel handelte „über die gegenwärtige Stellung der katholischen Kirche zu den von ihr

---

*) Vergl. auch G. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrh. Berlin 1900, S. 237 ff., wo das „Polit. Wochenbl.“ und Rankes „Hist.-pol. Zeitschrift“ gegeneinander abgewogen werden.

ennten Konfessionen." Mitarbeiter waren hauptsächlich die ınchener Professoren, darunter Döllinger und v. Moy, und ıer Jarcke, der sogar einen sehr bedeutenden Anteil an der ündung der Blätter gehabt haben soll. Nach Görres' Hinscheiden 52) übernahm Edmund Jörg, der bekannte antipreußische Po- ker, die Redaktion der „gelben Hefte" und führte sie bis 1891. ld nach ihrem Erscheinen wurde die Zeitschrift in Preußen boten.

Aus den Kreisen der Liberalen wagten sich allerwärts die schiedensten Journale hervor, aber fast alle welkten schon nach zem Dasein dahin; nur ein einziges überstand die Katastrophe n 1848, die Zeitschrift „Die Grenzboten". Keins gewann einen ḩrenden Einfluß; sie können daher hier auch nur kurz ange- ḩrt und charakterisiert werden.

In Berlin gab Wöniger 1843 das Journal „Der Staat" raus, dem aber das Oberzensurgericht durch Abänderungen so ele Schwierigkeiten bereitete, daß erst Ende Dezember das ktoberheft zur Ausgabe gelangen konnte. Mißmutig sahen da- ıer Redakteur und Verleger von einer weiteren Herausgabe der Zeitschrift ab. Eine „Monatsschrift", die Buhl zur selben Zeit in Berlin ins Leben rufen wollte, sah sich sofort im Keime rstickt, da verschiedenen Aufsätzen, die für das erste Heft bestimmt waren, das Imprimatur verweigert wurde.

Die mannigfachsten Versuche mit liberalen Zeitschriften wurden n dem damals politisch besonders regen Leipzig unternommen. Der gelehrte W. Wachsmuth gab dort „Das Vaterland", Blätter für Proposition und Opposition (von 1833 an: Blätter für teutsches Volks- und Staatsleben) im Verein mit Fr. Bülau und Jul. Weiske von 1831 bis 1835 heraus. Weiterhin erschienen in Leipzig die „Osterländischen Blätter", einige Zeit redigiert von Dr. Eduard Singer, und von 1842 bis 1846 die „Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben" von Karl Biedermann. Dieser suchte besonders die „praktischen" und „materiellen" Interessen Deutschlands zu fördern. In dem Programm der Zeitschrift, das selbständig als Flugschrift erschien und den Titel „Das deutsche Nationalleben in seinem

gegenwärtigen Zustande und in seiner fortschreitenden Entwic lung" führte, legte er folgende Grundsätze dar: „Aufbau ein kräftigen Nationallebens auf der Grundlage möglichst allsei entwickelter materieller Interessen und eines tüchtigen prakti Geistes im Volke; im Politischen konsequente Durchführung konstitutionellen Prinzips, tunlichste Selbstverwaltung des Vol Förderung des Gemein- und Assoziationsgeistes; für die all meinen deutschen Verhältnisse Anschluß der sämtlichen Sta zweiten und dritten Ranges an Preußen, Weiterausbildung Zollvereins nach der politischen Seite hin; im Kirchlichen mögli Sonderung der Gebiete von Staat und Kirche; für die idea Bestrebungen endlich — Wissenschaft, Literatur und Kunst möglichst enger Anschluß an die lebendige Wirklichkeit, besond auch die nationale." Die Zeitschrift beobachtete dann eine mäßigt-liberale Haltung, die aber vielen Politikern angesichts allgemeinen Erregung als viel zu zahm, ja als philisterhaft schien und darum besonders von der „Rheinischen Zeitung" den „Sächsischen Vaterlandsblättern" wiederholt angegriffen wur Ihre Verbreitung war übrigens gering; sie brachte es niemals über 500 Abonnenten.*) Neben seiner „Monatsschrift" gab Biedermann von 1844 bis 1847 auch noch eine Wochenschrift „Der Herold" für Politik, Literatur und öffentliches Gerichts- verfahren heraus, die ebenfalls einen gemäßigten Ton beobachtete und darum gleichfalls wiederholt den Tadel der enragierten libe- ralen Blätter erfuhr. Im Jahre 1845 machte in diesen der Witz die Runde: „Durch eine Verfügung der hohen Medizinalbehörde ist der in Leipzig erscheinende ‚Herold' in sämtlichen Hospitälern des Königreichs Sachsen eingeführt worden. Man hofft dadurch ein Bedeutendes an Opium zu sparen." Viel kecker als Bieder- mann, resolut und nicht selten beißend witzig war F. W. A. Held, der aber nur eine sehr kurze Rolle in Leipzig spielte. Geboren 1813 zu Neiße, war er erst Offizier, später Schauspieler und schließlich Schriftsteller, als welcher er Ende 1842 nach Leipzig kam und dort im Verlage von Reclam jun. mit dem Beginn des

*) Biedermann, Mein Leben. Breslau, Bd. 1, S. 78.

ßten Jahres die Wochenschrift „Lokomotive, Volksblatt für ẞgeschichtliche Unterhaltung", herausgab. Ein eifriger Mitarbeiter wurde ihm bald in Otto von Corvin. Held setzte sofort in : hohen burschikosen Tönen ein. Von der Art seiner Schreibse seien nur einige wenige Proben mitgeteilt. „In Wahrheit", ieb er einmal, „manche Regierung hat vor der Volksvertretung ſelben Respekt, wie die Wichsbürste vor dem Stiefel."*) Ein dermal sagte er: „In Bayern wundert man sich, daß der . Mai, der Tag, an welchem der humane König Max seinen yern eine Verfassung schenkte, so ohne alle Feierlichkeit vorergegangen ist. Mich wundert, daß sich die Leute darüber undern. (Es wäre doch höchst lächerlich, wenn man den Gertstag eines Kindes feiern wollte, während es im Sterben liegt.)" ie Zustände in Hannover apostrophierte er mit den Worten: Während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs wird Se. Königl. Hoheit der Kronprinz geruhen, die Regierung zu beorgen. (Dieselbe haben zwar das Unglück, blind zu sein; allein Se. Majestät haben schon unterm 3. Juli 1841 die Gnade gehabt, zu dekretieren, daß die Blindheit sich mit der Regierung ines deutschen Staates wohl vertrage, was wir untertänig genug ind vollkommen zu glauben.)" Dieser Ton mußte natürlich alsbald Aufsehen erregen; in kurzer Zeit hatte die „Lokomotive" 3000 Abonnenten, und im Verlaufe der nächsten Monate stieg die Zahl der Abnehmer bis gegen 12000. Mit dem Beifall der Menge wuchs aber auch das Mißfallen der Leipziger Behörde über das neue Blatt; es wurde wiederholt verwarnt und schließlich mit der Konzessionsentziehung bedroht. Darauf wollte Held ein „Manifest an das deutsche Publikum" erlassen, in diesem gegen die „bis zur äußersten Strenge getriebenen Zensurmaßregeln" protestiren und erklären, daß er für seinen Wahlspruch

*) Dieser Satz wurde jedoch vom Zensor gestrichen; bei den beiden anderen Beispielen fielen die eingeklammerten Zeilen dem Zensor zum Opfer. Wir sind darüber durch das Buch Helds „Zensuriana, oder Geheimnisse der Zensur" unterrichtet, das er 1844 in Kassel herausgab, und in welchem er alle i. J. in den Nummern der „Lokomotive" gestrichenen Stellen zum Abdruck brachte.

„Vernunft, Freiheit und Recht“ bis zum Bettelstabe und noch mit dem Bettelstabe kämpfen werde, allein das Manifest wurd vom Zensor gestrichen. Dadurch steigerte sich die Gereiztheit Helds noch mehr; er wurde immer heftiger, und nun ereilte ihn sein Schicksal: die „Lokomotive“ wurde unterdrückt, und er selbst des Landes verwiesen. Er wandte sich nach Halle und suchte dort sein Blatt als Monatsschrift weiter zu führen, mußte hier aber noch üblere Erfahrungen mit dem Zensor machen. Als er einmal schrieb, daß in Deutschland eigentlich nur zwei Parteien bestehen dürften, die liberale und die konservative, strich der Zensor den Satz mit dem Bemerken: „Wir kennen gar keine Parteien; wir haben in Preußen nur Recht und Gesetz.“ Aufsätze, in welchen Bücher besprochen wurden, die außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienen waren, verfielen ohne weiteres dem Rotstift, da der Zensor den Grundsatz aufstellte, daß alle solche Bücher zunächst als verboten betrachtet werden müßten und darum weder angezeigt noch kritisiert werden dürften. Zu alledem kam die langsame Erledigung der Zensurierung, so daß z. B. das Oktoberheft von 1843 erst zu Anfang des Jahres 1844 ausgegeben werden konnte. Diese vielen Hemmnisse bestimmten schließlich Held, seine Zeitschrift zu Anfang 1844 ganz aufzugeben; er ging nach Berlin, geriet dort 1848 in die Strudel der Revolution und übernahm dann nach mancherlei Schicksalen 1863 die Redaktion der den Arbeiterinteressen gewidmeten „Staatsbürgerzeitung“. Schließlich gründete er 1871 noch eine zweite Zeitung gleichen Namens, starb aber bereits am 26. März 1872. — In dem Leipzig benachbarten Grimma erschien im Verlage von Dr. Ferdinand Philippi „Unser Planet“, dessen Redaktion Ernst Keil, der spätere Herausgeber der „Gartenlaube“, leitete. Da es aber bald zu Konflikten mit der Behörde kam, so wurde der „Planet“ in einen „Wandelstern“ umgestaltet. Der Charakter blieb aber doch der alte, worauf die Behörde verlangte, daß die Tendenz des Blattes auf die eines rein belletristischen Journals reduziert werde. Auf diese Umänderung ging jedoch Keil nicht ein, er trat lieber von der Redaktion zurück (1845), worauf der „Wandelstern“ alsbald seinen Lauf einstellte. In Chemnitz, wo sich eben-

ls ein sehr lebhaftes politisches Leben entwickelt hatte, gab der
rist Dr. Eduard Theodor Jäkel von 1841 ab die Zeitschrift
Die Sonne" heraus, die bald das wichtigste politische Organ
Erzgebirge wurde, aber bereits im August 1845 durch Kon-
ssionsentziehung zu Grunde ging.

Süddeutschland endlich steuerte zur Literatur dieser liberalen
olitischen Zeitungsliteratur die „Rheinischen Jahrbücher zur
esellschaftlichen Reform" bei, herausgegeben von Püttmann unter
Mitwirkung von Engels, Weller, Ronge u. a. (Darmstadt 1845
is 46), ferner die „Vaterländischen Hefte", herausgegeben von
er Opposition der badischen zweiten Kammer, redigiert von dem
bgeordneten Matthy (es erschien der erste Band 1843 zu Mann-
eim in sechs Heften, der zweite auf einmal, die Verfassungsfeier
om 22. August beschreibend), den „Deutschen Zuschauer" von
H. Hoff und G. v. Struve (Mannheim 1847 und 48), die
„Konstitutionellen Jahrbücher", die 1843 in drei Bänden
in Stuttgart herauskamen, von K. Weil redigiert wurden und
Berthold Auerbach, G. Riesser in Hamburg, G. v. Struve in
Mannheim, Steinacker und Jürgens im Braunschweigischen u. a.
zu Mitarbeitern hatten, und die Zeitschrift „Bayerns Depu-
tiertenkammer", anfangs der dreißiger Jahre von dem Literar-
historiker Heinrich Kurz in München herausgegeben. Das Jour-
nal wurde jedoch bald unterdrückt, worauf Kurz in Augsburg
das konstitutionelle Oppositionsblatt „Die Zeit" ins Leben rief,
das aber ebenfalls nur wenige Monate erscheinen durfte. Kurz
selbst zog sich wegen seiner freisinnigen Sprache eine Festungs-
strafe von zwei Jahren zu, die er 1833 und 1834 auf der Berg-
feste Wülzburg verbüßte.

Etwas abseits standen „Die Grenzboten". Sie waren
ein für die damalige Zeit äußerst charakteristisches Blatt. Ihr
Herausgeber Ignaz Kuranda, zu Prag 1811 geboren, gehörte zu
der Gruppe jener jungen Österreicher, denen es in den vierziger
Jahren daheim zu eng und drückend wurde, und die daher aus-
wanderten. Er kam zunächst 1837 nach Stuttgart, wo er mit
den schwäbischen Dichtern und David Friedrich Strauß bekannt

wurde, und ging dann, nachdem es ihm gelungen war, mit Cotta in Verbindung zu treten, als Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ zunächst nach Paris und dann nach Brüssel. Dort erfreute er sich sehr bald der Unterstützung des Ministers Nothomb und des Schriftstellers Hendrik Conscience und hielt unter deren Ägide Vorträge über die neuere deutsche Literatur. Damit weckte er nach und nach ein solches Interesse für das deutsche Geistesleben, daß er auf den Gedanken kam, das von dem kriegslustigen französischen Ministerium Thiers bedrohte Belgien, besonders aber die stammverwandte vlämische Bevölkerung desselben, die eben die ersten Versuche machte, ihre Literatur und ihr Volkstum gegen die übermächtig vordringende französische Kulturmacht zu schützen, enger an Deutschland anzuschließen und zwar durch eine Zeitschrift zur Pflege der beiderseitigen Beziehungen. Diese erschien darauf vom 1. Oktober 1841 ab unter dem Titel „Die Grenzboten, Blätter für Deutschland und Belgien“. Allein die Erwartungen Kurandas erfüllten sich nicht; die vlämischen Bestrebungen fanden bei dem deutschen Liberalismus nicht die gehoffte Teilnahme, und außerdem legte die preußische Regierung der Verbreitung der zensurfrei im Auslande gedruckten Zeitschrift nach Deutschland allerlei Schwierigkeiten in den Weg. Wiederholt blieben die Pakete mit den „Grenzboten“ an der Grenze bei Aachen liegen. Kurz entschlossen verlegte daher Kuranda die Zeitschrift im Sommer 1842 nach Leipzig und ließ den buchhändlerischen Vertrieb durch die Verlagsbuchhandlung F. W. Grunow besorgen. Zugleich beseitigte er den Nebentitel und widmete die Zeitschrift fortan hauptsächlich den Interessen Österreichs. „‚Die Grenzboten‘ wurden das Organ für alle Schmerzen der Deutschösterreicher,“ schreibt J. Grunow.*) „Nicht nur die jungen Poeten, von denen, wie man damals sagte, allwöchentlich einer mit einem Bändchen Freiheitsliedern in der Tasche über die böhmisch-sächsische Grenze kam, schlossen sich ihm an; die ständische Opposition ergriff begierig die Gelegenheit, über Verhandlungen zu berichten, die in Österreich selbst nicht laut werden

*) Fünfzig Jahre! Grenzboten, 50. Jahrgang, № 40 (1891).

rften, und bis hoch hinauf in die Staats- und Hofkanzleien beten sich die mißvergnügten Beamten von der Leber, was sie ückte. Was ihm auf geheimen Wegen zufloß, unterzog Kuranda it dem ihm eigenen Geschicke sozusagen einem Veredlungsver- hren. Er hütete sich sorgfältig, das Regierungssystem als anzes anzugreifen, ließ Prinzipienfragen und Programm auf sich ruhen, verarbeitete nur zu schonender und unterhaltender Schil- rung die Einzelheiten, die ihm als verschwiegenem Beichtvater nvertraut worden waren." Sein allgemeiner politischer Stand- unkt war dabei der großdeutsche, den er auch später noch in)sterreich festhielt.

Bildeten mithin die „Grenzboten" eine ganz besondere, durch- us eigenartige Erscheinung unter den deutschen politischen Zeit- chriften, so stellte sich auch ihr Herausgeber als eine außerge- vöhnliche, von den sonstigen deutschen Literaten vollständig ver- schiedene Persönlichkeit dar. Er trug sich stets hoch elegant, be- saß die gesellschaftlichen Formen des gewandten Weltmannes, war von gewinnender Liebenswürdigkeit und außerordentlich anregend. Beständig fand man ihn über alles unterrichtet, was in der gan- zen kultivierten Welt vorging, da er es bei seinem unruhigen Geiste nie lange in dem philiströsen Leipzig aushielt, sondern oft monatelang in Paris, Brüssel, Prag, Wien, Berlin, Dresden und Hamburg oder auf längeren Reisen in Italien lebte, überall Verbindungen mit hervorragenden Männern anknüpfend und diese zu Mitarbeitern an seiner Zeitschrift heranziehend. Im Hinblick auf dieses energische Werben spricht August Lewald sogar einmal von einer „gußeisernen Zudringlichkeit" Kurandas. Alfred Meißner, der ihn durch längeren persönlichen Umgang genau kannte, sagte von ihm (Grenzb. 1880, № 1): „Kuranda war ein geistreicher Mann und liebenswürdiger Redakteur. Seine Artikel schrieb er mit großer Sorgfalt, und sie waren so elegant wie seine Er- scheinung .... Sein Auge wachte über jeder Nummer mit zärt- licher Sorgfalt, und er sprach am liebsten davon, was das letzte Heft enthalten habe, oder das nächste bringen werde. Er war mit ganzer Seele bei der Sache. Man konnte es ihm auf dreißig Schritte ansehen, wenn wieder einmal eine Feder ersten Ranges

ihm ein Manuskript eingesandt hatte. Dann trug er sein Haupt mit besonderem Schwunge, die Hand führte noch kecker als sonst das zierliche Stöckchen, die Augen strahlten von siegreichem Feuer.'

Für die Bureauarbeiten der Redaktion hatte er sich in den ersten Leipziger Jahren einen jungen Landsmann Jakob Kaufmann bestellt, der jedoch auch manchen gediegenen Aufsatz für die „Grenzboten“ schrieb und selbst in der späteren Periode der Zeitschrift noch ihr Mitarbeiter blieb, so daß bei seinem Tode ihm Gustav Freytag in der Zeitschrift „Im neuen Reich“ einen warmen Nachruf widmete, der auch in Freytags gesammelte Schriften übergegangen ist. Nach Kaufmann waren Dr. Gustav Julius, Dr. Hermann Jellinek und schließlich Julian Schmidt Hülfsarbeiter der Redaktion.

Natürlich wurden die „Grenzboten“ alsbald im ganzen Gebiete des österreichischen Kaiserstaates verboten, aber doch in zahlreichen Exemplaren eingeschmuggelt, so daß sie von allen Gebildeten Österreichs gelesen werden konnten. Schwieriger war die Beförderung der Korrespondenzen aus Österreich an die Redaktion nach Leipzig. Allerwärts spähten die Häscher des Polizeiministers Grafen Sedlnitzky, und mancher Brief wurde in seinem Fluge aufgefangen und nach vorgenommener Einsicht in das geheime Fach des Polizei-Archivs gesteckt. Aus diesem dunkeln Verließ hat neuerdings August Fournier mehrere dieser Briefe wieder ans Licht gezogen.*)

Unter der geschickten Redaktion Kurandas gelang es auch, das Schifflein der „Grenzboten“ 1842 über die Sandbank zu bringen, die es notwendigerweise bei der innern Umgestaltung des Blattes passieren mußte. Die belgischen Leser, die kein Interesse an der Zeitschrift mehr haben konnten, zogen sich zurück, die neuen Leser in Österreich waren aber nicht so leicht zu erwerben. „Sie können nicht glauben, lieber Grunow“, schreibt daher Kuranda einmal im Februar 1843, „was mir das Blatt für Mühe und Angst macht.“ Nach und nach hebt sich aber die Zeitschrift, und 1846 können schon 690 Abonnenten verzeichnet werden. Das

*) Morgendämmerung. N. Fr. Presse, Jan. 1902.

r 1847 brachte dann „gegen alle Erwartung" 1300, und als vereinigte preußische Landtag eine ganz neue Bewegung in politischen Welt hervorrief und die „Grenzboten" auch den ßischen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit widmeten, stieg die l der Abonnenten zu Anfang 1848 fast auf 4000. Da aber h die Revolution aus, und Kuranda eilte nach Wien, wo er Jubel empfangen wurde. Sofort stand er mitten im politi- n Leben und erkannte auch, daß künftig nur in Wien sein rkungskreis sein könne. So verstand er sich denn auch dazu, Anerbieten von Grunow, Freytag und Julian Schmidt an- ehmen, das Blatt an diese zu verkaufen, worauf die eine lfte des Eigentums an Grunow, die andere an Freytag und lian Schmidt überging. Damit trat die Zeitschrift abermals eine ganz neue Phase; sie wurde jetzt in den Dienst reindeutscher nteressen gestellt und verlor damit ihren Hauptreiz für Öster- ich. Die Zahl der Abonnenten sank daher bis auf 800. Ihre eiteren Schicksale werden im letzten Abschnitte des Buches dar- gelegt werden.

. Die Zeitschriften für die universelle Bildung. Die „Hallischen Jahrbücher", gegründet von Ruge und Echtermeyer. Stellen sich auf die linke Seite der Hegelschen Schule. Kritisieren die deutschen Universitäten, treten für Heine ein, bekämpfen die reaktionäre Richtung, heben Preußens großstaatliche Aufgabe hervor. Werden von Leo und dem „Politischen Wochenblatt" angegriffen. Sollen sich unter preußische Zensur stellen. Siedeln als „Deutsche Jahrbücher" nach Sachsen über. Werden unterdrückt. Können auch als „Deutsch-franz. Jahrb." nicht bestehen. Das Cottasche „Morgenblatt". Wagt sich nicht weit vor. Gustav Schwab redigiert den poetischen Teil. Wolfgang Menzel gibt das „Literaturblatt" heraus. Tritt in diesem als fanatischer Parteimann auf. Bekämpft Goethe und weiterhin das Junge Deutschland. Seine Angriffe auf Gutzkow und dessen „Wally". Das klägliche Nachspiel der Gutzkow-Tragödie. Die „Wiener Zeitschrift". Ihre Leiter Schickh und Witthauer. Ihre Mitarbeiter. Witthauer über den schlechten Geschmack des Publikums. Der „Phönix", redigiert von Duller und Gutzkow. Sucht

die Ideen der neuen Zeit zu vertreten. Mundts „Freihafen". Engländers „Salon". Bäuerles „Theaterzeitung". Gutzkows „Forum der Journal-Literatur". Das Blatt soll eine „Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung geben". Besteht nur wenige Monate.

Weit bedeutender, als die rein politischen Journale, waren die *Zeitschriften für die universelle Bildung*; ja, die wichtigste in dieser Gruppe stellt sich überhaupt als die hervorragendste der ganzen in Rede stehenden Periode dar. Sie führt den Titel „*Hallische Jahrbücher* für deutsche Wissenschaft und Kunst." Ursprünglich waren die „Jahrbücher" nur als ein Sammelpunkt aller hervorragenden geistigen Kräfte Deutschlands gedacht. Die Ansichten einer bestimmten Partei oder Schule sollten nicht vertreten werden; die Zeitschrift sollte nur klärend wirken; immerhin war gleich im Anfang, wie die Herausgeber in der № 1 des zweiten Jahrganges ausführten, „theoretisch der Protestantismus und die freie Wissenschaft, praktisch der protestantische und moderne Staat als das Prinzip des Blattes ausgesprochen." Sehr bald zeigte sich jedoch, daß die Herausgeber, wohl ohne daß sie sich dessen ganz klar bewußt waren, einen ganz bestimmten Standpunkt einnahmen, daß sie auf der linken Seite der Hegelschen Schule standen, der Seite der sogenannten Junghegelianer, und den revolutionären Kern der Hegelschen Philosophie immer mehr herausschälten. Dadurch bildeten die „Hallischen Jahrbücher" in den breiten Kreisen der Gebildeten nach und nach jenen politischen Geist heraus, der schließlich gebieterisch die Umgestaltung der alten unzulänglichen Staatsform verlangte; sie wurden das eigentliche treibende Moment in der gärenden Zeit der vierziger Jahre, und als dann die allgemeine Bewegung Deutschland durchbrauste, ereignete sich nur, was sich theoretisch bereits in ihnen vollzogen hatte. „Die Flut des unsichtbaren Geistes steigt über alle Dämme, Deiche und Nachtwächterposten," ruft denn auch einmal der Herausgeber aus, mit seinem geistigen Auge die ungeheuere Strömung überschauend, die sich mehr und mehr entwickelt hat. „Sie fließt über das Land und quer durch die eigenen Köpfe der Schreier, ohne daß sie es gewahr werden, bis zu dem Augenblick, wo dieses Fluidum die

nze Welt neu baut und nach sich gestaltet.“ Und auf der
deren Seite, wo man das Bestehende mit ängstlichen Händen
lten will, mehrt sich täglich der Ingrimm gegen die Zeitschrift,
einen solchen gewaltigen Einfluß auf die Geister auszuüben
mag. Jammernd ruft der reaktionäre Heinrich Leo: „Wir
ben eine Revolution zu erwarten; wir haben eine preußische
volution zu erwarten; wir haben die preußische Revolution von
r Jung-Hegelschen Rotte zu erwarten!“ Schließlich fand die
rrschende Gewalt noch Zeit, das gefährliche Journal zu ver-
hten; die allgemeine Katastrophe konnte sie aber nicht mehr
fhalten. „So bleibt denn den ‚Jahrbüchern‘ der Ruhm,“ sagt
her Karl Frenzel einmal, „daß sie für die deutsche Bewegung
sselbe Ferment gewesen sind, wie die Encyklopädie für die fran-
sische Revolution; das Auftreten der einen wie der andern war
ie befreiende Tat.“

Die Gründer der „Hallischen Jahrbücher“ waren Arnold
uge und Theodor Echtermeyer, doch beteiligte sich der
tztere nur wenig an den Arbeiten für die Zeitschrift und schied
hließlich ganz aus der Redaktion aus; es ist daher einzig und
lein Ruge als die Seele des Unternehmens zu betrachten. Er
urde am 13. September 1802 zu Bergen auf Rügen geboren,
o sein Vater Gutsinspektor war, studierte in Halle, Jena und
eidelberg zunächst Theologie, dann Philologie, trat dabei auch
t den Burschenschaften in Beziehung und wurde schließlich Mit-
ied eines Jünglingsbundes, in welchem ein eidliches Gelöbnis
gelegt wurde, auf die Einheit und Freiheit des Vaterlandes
nter preußischer Führung hinzuwirken. Das galt aber nach den
rrschenden Ansichten der Regierungen für ein Staatsverbrechen.
r wurde im Anfang des Jahres 1824 wegen Hochverrats in
eidelberg verhaftet und zunächst nach Berlin, dann nach Köpenick
ansportiert. Nach einjähriger Untersuchungshaft erfolgte sodann
ine Verurteilung zu vierzehn Jahren Festungshaft, von denen
er Delinquent jedoch nur fünf in Kolberg auf dem Lauenburger
Tore abzubüßen brauchte, da im Jahre 1830 seine Begnadigung
wirkt wurde. Ruge wandte sich nun wieder nach Halle, war
dort zunächst einige Jahre Lehrer am Pädagogium und habilitierte

sich weiterhin an der Universität. Bald nachher unternahm e
durch eine Heirat in äußerst glänzende Verhältnisse versetzt, m
seiner jungen Frau eine lange Reise nach Italien und machte a
dieser viele wertvolle Bekanntschaften mit hervorragenden Männer
Seine Frau zog sich jedoch auf der Reise eine schwere Erkältu
zu und starb an deren Folgen, worauf er sich nach einiger Z
zum zweiten Male verheiratete. Hierauf führte er mehrere Jah
auf seinem Landhause in Giebichenstein ein stilles Gelehrte
leben, hauptsächlich mit dem Studium der Hegelschen Philoso
beschäftigt, bis er im Jahre 1837 mit Echtermeyer (geb. 18
gest. 1844) die Gründung der „Jahrbücher" unternahm. Um si
einen großen und gediegenen Mitarbeiterkreis zu erwerben, b
suchte er alle größeren deutschen Universitäten und knüpfte m
den dortigen geistigen Kapazitäten Verbindungen an. So vor
züglich ausgerüstet, begann er mit Echtermeyer am 1. Jan. 18
die Herausgabe der „Hallischen Jahrbücher". Das Blatt er
täglich, mit Ausnahme des Sonntags, in Quart im Umfange
ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von 6 Talern im Ver
lage von Otto Wiegand in Leipzig. Irgend welche Ansprach
an die Leser mit einer Darlegung der Zwecke und Ziele d
Zeitschrift war vermieden worden, weil die Herausgeber sich nicht a
eine bestimmte Marschroute gebunden sehen wollten. Eröffnet wurd
die erste Nummer durch einen Aufsatz Echtermeyers über die Un
versität Halle, der sich zunächst recht harmlos anließ, im weiter
Verlauf aber (in den Nummern 84 bis 87), wo er zur Schild
rung der Gegenwart überging, manche bittere Wahrheiten sag
Tholuck, der viel Gefeierte, wurde ein Gefühlstheologe genan
der sich wissenschaftlich manche Blöße gäbe. „Er ist ein gei
reicher Mann," heißt es dann, „aber er ist unphilosophisch, so
hätte er es nicht aushalten können, länger als zehn Jahre so a
der weiten und schlaffen Leine der Meinungen herumzufahren u
nur das ungeheuer ausgeweitete Prinzip der frommen guten G
sinnung zu haben. Was ist nicht alles fromm und gut!" Weite
hin wurden Leo und Erdmann ihrer reaktionären Haltung weg
angegriffen. Nach Echtermeyer brillierte Ruge mit einem gei
reichen Artikel über Heinrich Heine, der eben zum Zenit sein

thmes emporstieg (№ 25—29). „Heine ist der Poet der
usten Zeit," führte Ruge aus. „Mit ihm lebt in der Poesie
e Emanzipation von dem alten Autoritätsglauben und ein
ues Genre auf ... Die Heinesche Poesie ist bei dem Fort-
ritte unserer Zeit beteiligt und darum eine weitverbreitete Ge-
itsangelegenheit, ihre kritische Beleuchtung aber nichts Geringeres,
s ein Spiegel der heutigen Bildung." Darauf beleuchtet der
rfasser Heines Witz und fährt dann fort: „Heine ist ein Wider-
her der trüben deutschen Romantik von 1813 und 1815; die
gelsche Philosophie und der französische Esprit haben ihn in
Lehre genommen, und er sucht nun den sentimentalen, schwer-
ligen, trübseligen, religiös verdumpften deutschen Geist zu verar-
ten und zu verdauen. Es weht in der Tat Frühlingsluft in seinen
hriften. Er hat Recht gegen die Zeit, die er ironisiert. Der
kese, der Romantik und dem Christentum setzt er die heitere
eiheit entgegen." Dann wendet Ruge sich aber gegen die Fehler
s Dichters, und damit nimmt er ein zweischneidiges Schwert in
e Hand. „Heines Fehler bestehen darin", sagt er, „daß er bei
r Kritik des hohlen Idealismus, der hohlen Begeisterung für
e abgetragenen Kleider der Zeit, in denen die Priester und
espoten einhergehen und der ‚elenden' Menschheit aufs Haupt
eten, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Seine Realität, die
der ‚hohlen Idee' entgegensetzt, ist selbst hohl und morsch; sie
: die gemeine, geistlose Welt. Seine Freiheit, die er aus der ‚kalten
euchelei' rettet, ist eben so kalt, als sie. Erst der Spott, der
n Witz von seiner Empörung gegen Vernunft und Freiheit
rückbrächte, wäre die wirkliche Befreiung, die nun auch ihn und
in Publikum nicht mehr kalt ließe. Der Mensch ließe sich mit
m Wahren erfüllen und Herz und Seele von ihm bewegen: es
äre ein Umschlag der Komödie in die Begeisterung, man könnte
gen in die Religion, um die hinreißende Gewalt der beseelenden
nd den Übergang zur Tat unter dem Einfluß dieser Gewalt zu
zeichnen."

Des weiteren trat eine ganze Reihe hochbedeutender Mitar-
iter mit wertvollen Beiträgen auf, darunter J. G. Droysen und
. Preller in Kiel, Franz Kugler, Jacob Grimm, P. F. Stuhr,

A. B. Marx, J. F. C. Hecker und F. Pott in Berlin, F. Bülo[w]
O. G. Marbach und Heinrich Laube in Leipzig, Karl Rose[n]
kranz in Königsberg, Adolf Stahr in Oldenburg, K. W. Gö[tt]
ling in Jena, C. Bayer in Erlangen, Reinhold Köstlin [und]
David Friedrich Strauß in Stuttgart, Friedrich Vischer in T[ü]
bingen, Ludwig Feuerbach in Nürnberg, Daniel Schenkel in Ba[sel].

Es war natürlich, daß die Arbeiten dieses glänzenden M[it]arbeiterstabes, die oft mit feiner, prickelnder Ironie und selbst [mit] schalkhaftem Humor durchsetzt waren, bald allgemein be[kannt] wurden und nicht selten das Tagesgespräch bildeten.

Nach fünfzig Jahren noch erinnerte sich Rudolf Haym le[b]haft, welchen Genuß und welche Anregung er einst aus dem Journa[l] schöpfte. „Die Zeitschrift war die vornehmste Erscheinung d[es] deutschen Journalismus und das wirksamste Organ desjenig[en] Teiles der Hegelschen Schule, der das friedliche Reich des abso[] luten Idealismus zu einem kriegerischen und erobernden machte. Wir rissen uns um jede neu erschienene Nummer und leisteten den tapfern Führern, so oft sie mit klingendem Spiel gegen einen neuen Feind und in ein neues Gebiet vorrückten, willig Folg[e], überzeugt, daß an ihre Fahnen der Sieg geknüpft sei.“*) V[on] den philosophisch-politischen Artikeln erregten besonders Aufseh[en] „Der Pietismus und die Jesuiten“, „Rotteck und der Erzbisch[of] von Köln“, „Der Protestantismus und die Romantik“ u[nd] „Streckfuß und das Preußentum.“ Dieser letztere war von Ru[ge] und der Verfasser schloß mit der freimütigen Mahnung, [daß] Preußen der Mittelpunkt des freien Deutschlands werden soll[e]. „In einer Wiedergeburt freier und wahrhaft reformatorischer En[t]wicklung,“ sagte er, „kann Preußen uns werden, was wir so ie[tzt] an ihm zu gewinnen uns sehnen, das Haupt und der Mittelpun[kt] des europäisch bedeutenden, freien Deutschlands. Das ist Pre[u]ßens großstaatliche Aufgabe, das wäre unsere Sicherheit u[nd] Emanzipation .... Sind wir jetzt nur Provinzen ohne Rei[ch], ohne welthistorische Bedeutung, so hätten wir bei einer solch[en] Entwicklung der Prinzipien die tiefsten Sympathieen des Eu[ropas]

---

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 104.

|en Interesses deutscher Geistes- und Staatsfreiheit, ein Band Liebe und der Größe, um allen Stürmen kommender Jahr-)erte ein sicheres Herz und eine feste Stirn zu bieten."

Ebenfalls aus Ruges Feder stammte eine geistsprühende Ab-)lung über Heinrich Leos Broschüre „Sendschreiben an J. :res", die 1838 in Halle erschienen war. Leo wird wegen er reaktionären Gesinnung heftig angegriffen. „Dieser gelb-tige philosophisch-religiöse Dilettantismus Leos", ruft Ruge , „der weder den Tag des Geistes, noch die Morgen- des Gemütslebens, noch die Sonne des Vaterlandes anders durch seine Gallenbrille sieht — das ist wahrhaftig nicht die mmung und nicht das Bewußtsein, welches die Unverschämtheit Kukuksbrut über Bord werfen könnte!"

Von den kritisch-biographischen Abhandlungen sind hervorzu-en die von Friedrich Vischer über David Friedrich Strauß und)ard Mörike, die von Karl Rosenkranz über Ludwig Tieck) die romantische Schule, die von Strauß über Justinus rner. Allgemeines Entsetzen in den betreffenden Kreisen rief e Serie von Aufsätzen hervor, welche verschiedene Universitäten erlin, Jena, Tübingen, Freiburg) charakterisierten. Sämtliche jäden wurden hier rücksichtslos beleuchtet, und der alte, von so en ängstlich gehütete gelehrte Dunst und Nimbus wurde mit len Backen bei Seite geblasen. Das größte Gaudium aber er-ten sehr bald die sogenannten „Hinrichtungen", in denen pieti-he Schwärmer, verbissene Reaktionäre, aufgeblasene Wichtig-t, kleine Schreier und sonstige wunderliche oder kuriose Ge-en abgetan wurden. Tholuck, der in seinen „Stunden christ-er Andacht" von dem „Eiweiß der Gottesliebe" und von ottes Mutterbrüsten" sprach, wurde auf diese Gefühlsver-ingen nachdrücklich aufmerksam gemacht; Leo erfuhr eine sehr irfe Kritik. „Seit Herr Leo zum erstenmale als Historiker trat, war und blieb seine hervorstechendste Eigenschaft die Ge-lttätigkeit .... Herr Leo weiß es immer besser, als es die schichte gewußt hat: sie kann es ihm nie recht machen; er weiß ner etwas an ihr zu korrigieren. Er behandelt die historischen stalten wie Schulbuben, die eigentlich ihr Konzept, ehe sie es

ins Reine schrieben, vorher ihm, dem Schulmeister, hätten
Durchsicht vorlegen sollen." Mit köstlichem Humor wur
Gustav Bacherer, der jederzeit schnellfertige O. L. B. Wolff,
nur in Partizipial-Konstruktionen sich bewegende König Lud
von Bayern u. a. in ihrer literarischen Nichtigkeit hingestellt.

Eine solche energische und oft rücksichtslose Haltung m
den „Jahrbüchern" bald ein ganzes Heer von Feinden schaf
Leo wandte sich in der zweiten Auflage seines „Sendschrei
an J. Görres" in einem Vorwort von 18 Seiten mit
ganzen Heftigkeit gegen sie, und das Berliner „Politische Wo
blatt" brachte im Juli 1838 einen besonderen Artikel „Die Ha
schen Jahrbücher", in welchem es die Tendenz der Zeitsch
durchaus verurteilte. Aber Ruge antwortete stolz: Meine Geg
„können nicht darauf antragen, mich abzusetzen. Ich bin hallisch
Bürger und Pfänner (Salzsieder) und besitze in dieser Qualität e
einträgliches sicheres Amt, welches keinerlei Gefahr läuft, so lang
der preußische Staat so sicher ist, wie ich ihn zu kennen das Ve
gnügen und den Vorteil habe. Meine Gegner können also ni
rufen: ‚Tut ihn in die Hölle der Nahrungslosigkeit'." Denn
wußten ihm diese Gegner beizukommen, besaßen sie doch in d
obersten Regierungskreisen viele mächtige Freunde. Mit de
Hülfe wurde es denn auch durchgesetzt, daß dem Dr. Ruge
Mai 1841 eine Kabinettsordre zuging, dahin lautend, daß
die mit sächsischer Zensur erscheinenden „Hallischen Jahrbüch
hinfort unter preußischer Zensur erscheinen lassen müsse, widri
falls er sich eines Verbotes seiner Zeitschrift in preußischen S
den zu gewärtigen habe. Allein Ruge befürchtete, daß dann
„Jahrbüchern" jeder freiere Atemzug benommen werden wür
während doch gerade jetzt, nach dem Tode Friedrich Wilhelms II
um so nachdrücklicher auf die Erlangung einer Konstitution h
zuarbeiten sei. „Je näher wir der Verwirklichung der politisch
Freiheit rücken", schrieb er an Karl Rosenkranz, „um so d
gender wird das Bedürfnis, die freie Staatsform im Sinne
neuesten Form der philosophischen Wissenschaft zu erörtern."
erwarb daher, um sich am geschicktesten aus dem Dilemma
ziehen, das sächsische Staatsbürgerrecht und siedelte im Juni 18

) Dresden über, doch wurden unmittelbar darauf die „Jahr-
ver" in Preußen verboten. Sie erschienen nun unter dem
el „Deutsche Jahrbücher"; auch wurden die Namen der
ausgeber nicht mehr genannt, sondern am Schluß jeder Num-
war die Bemerkung angebracht: „Herausgegeben unter Ver-
wortlichkeit der Verlagsbuchhandlung Otto Wigand." Der Stern
Zeitschrift sank jetzt aber trotz alledem schnell hinab; auch die
sische Regierung verfuhr nun strenger gegen das in Preußen
fehmte Blatt und verwarnte es wiederholt. „Der Zensor
chsmuth strich par ordre des Zensurkollegiums," klagt Ruge
einem Briefe an M. Fleischer, „und dies par ordre des
issiens und der Theologiens die ganze Tendenz, also die ganze
ilosophie .... Wir ließen, nachdem in acht Tagen zwölf
anuskripte rasiert waren, horribile dictu, die unverfänglichen
rücken; aber es half nichts; auch das noch zu arg!" Schließ-
h gab ein Artikel Ruges „Die Selbstkritik des Liberalismus"
e Veranlassung, daß man die „Jahrbücher" ganz unterdrückte.
m 3. Januar 1843 besetzte die Polizei die Druckerei der „Jahr-
icher" und beschlagnahmte dort und bei Wigand alle Vorräte.
amit war Deutschland seiner bedeutendsten Zeitschrift beraubt.
iefer Gewaltakt rief jedoch große Mißstimmung in ganz Deutsch-
nd hervor, und es wurden Wünsche geäußert, daß die Zeitschrift
einem anderen deutschen Staate ein Asyl finden möge. Dem
er beeilte sich die Bundesversammlung schleunigst entgegen zu
eten, indem sie das Wiedererscheinen der „Jahrbücher" im gan-
n Umfange der deutschen Bundesstaaten untersagte. Ruge
andte sich nun nach Paris und machte dort noch einen Versuch
it „Deutsch-französischen Jahrbüchern", die er 1844
it Karl Marx herauszugeben begann; es erschienen jedoch nur
vei Hefte, da die Verhältnisse zu ungünstig waren und außerdem
n Absatz nach Deutschland nicht ermöglicht werden konnte, weil sämt-
che Exemplare der Zeitschrift an der Grenze festgehalten wurden.*)

*) Diese beiden Hefte der „Deutsch-französischen Jahrbücher" gehören
eute zu den größten Seltenheiten und werden im Antiquariatsbuchhandel
it 75 Mark notiert.

Der Wunsch, eine solche universelle Zeitschrift herauszugeben, muß also für immer begraben werden.*)

Ein Ersatz erschien in der deutschen Journalliteratur nicht; d Cottasche „Morgenblatt“ (Siehe S. 295), das die entstand Lücke wohl einigermaßen hätte ausfüllen können, wagte sich ni so weit hervor und hielt sich besonders von der philosophi theologischen Bewegung der Zeit fern. Nur im literarisch-kri schen Teile, dem „Literaturblatt“, trat es energischer auf, so sich diese Beilage des „Morgenblattes“ nach und nach eine minierende Stellung errang. Die allgemeinen Redaktionsgesch versah auch weiterhin bis zu seinem 1863 erfolgten Tode Herma Hauff; das „Fach der Poesie“ (so drückte sich eine Notiz der R daktion aus) übernahm von 1827 bis 1837 Gustav Schwab, d bekannte Dichter (geb. 1792, gest. 1850), und nach ihm Gust Pfizer (geb. 1807, gest. 1890). Beide pflegten den poetisch Teil mit vielem Verständnis und großer Hingebung. Besonders war Schwab unermüdlich in der Prüfung der eingesandten Ma nuskripte und unterhielt auch eine umfangreiche Korrespondenz, der er jungen Talenten Ratschläge erteilte oder sie sonst zu fö dern suchte. Freilich erfuhr er trotz all seiner Mühe und sein Wohlwollens oft genug nur schnöden Undank, und so entrang si ihm denn eines Tages, im April 1837, die Klage:

Zu kämpfen hat ein Dichter-Redakteur
Mit was für Riesen?
Mit jedem, dem ein Lied sein fein Gehör
Zurückgewiesen!
Sie alle hoffen, auf des Feindes Rumpf
Dereinst zu thronen,
Und schreiben mit dem groben Federstumpf
Rezensionen.

Doch hatte er vermöge seines sicheren Urteils auch schöne Erfol aufzuweisen. Er erkannte die bedeutenden Talente Lenaus u

*) Vergl. Arnold Ruge. Briefwechsel und Tagebuchblätter aus Jahren 1825—1880, herausgeg. v. Paul Nerrlich, 2 Bde., Berl. 1886, sich auch eine autobiographische Skizze findet. Über die Unterdrückung „D. Jahrbücher“ Ausführliches in der Beschwerde an die Hohe Zweite K mer der Sächsischen Ständeversammlung. Braunsch. 1843.

eiligraths und führte beide Dichter in die Öffentlichkeit ein; gegen vermochte er Heines Poesie nicht gerecht zu werden. Von ı sonstigen Dichtern der damaligen Zeit zog er Karl Simrock, ilhelm Wackernagel, Eduard Mörike, Ludwig Bauer, Anastasius rün, Heinrich Kurz, Ludwig Seeger und viele andere zur Mitbeit heran. Bei dem liebenswürdigen Wohlwollen, das er jeder t offenbarte, wurde er bald der Mittelpunkt eines großen literischen Kreises, und sein gastfreies Haus in Stuttgart sah chter und ihre Gesellen aus allen deutschen Landen.*)

Ganz anders verhielt es sich mit dem Redakteur des „Literaturblattes", mit Wolfgang Menzel (geb. 1798, gest. 1873). ne leidenschaftliche Kampfnatur, war er ein Kritiker, der immer t lauter Stimme sprach, sich dabei aber beständig von seinen sönlichen Sympathieen und Antipathieen leiten ließ. Darum ır auch, wie Hermann Marggraff schon 1838 in seinem iche „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche" (S. 279) vorhebt, seine Polemik durchaus einseitig, von den Aufwallungen s Augenblicks bestimmt und gefärbt und durch keinerlei Pietät redelt. „Er ist es vorzüglich gewesen," klagt Marggraff, „der e jetzt herrschende Impietät hervorgerufen hat, die ohne Scheuler und Zaum dahertrabt und der Blumenbeete und Saatfelder cht achtet." Im allgemeinen bekämpfte Menzel zwar alles Unutsche, Unchristliche und Unsittliche und war dabei von einer wissen Freiheitsidee erfüllt, aber er wurde immer von einem lchen Fanatismus und solcher launenhaften Parteilichkeit berrscht, daß er oft über das Ziel hinausschoß und sich bis zum inden Haß verirrte. Eine unüberwindliche Abneigung hegte er gen Berlin, Hegel und Goethe. Seine Angriffe auf Goethe atten ja bei dem zum Teil herzlich albernen Goethe-Kultus, der amals in Berlin herrschte, einen gewissen Grund; wenn er aber och als alter Mann in seinen „Denkwürdigkeiten"**) schreiben onnte „ich erkläre, ein gegen die Religion so indifferenter, gegen ie Unsittlichkeit so nachsichtiger und so viel mit ausländischen

*) Karl Klüpfel, Gustav Schwab. Leipzig 1858.

**) Wolfgang Menzels Denkwürdigkeiten. Bielefeld 1877.

Geschmäcken und Formen kokettierender, weibisch eitler Mann, d
auch durch seine Beschmeichelung Napoleons bewährte, wie wenig He
er für das Vaterland habe, könne und dürfe nicht als erster u
einziger Genius der Nation angesehen werden" — so bewies
damit, daß er für die hohe Bedeutung Goethes absolut kein V
ständnis besaß. Goethe tat ihn denn auch ganz verächtlich
in dem Stachelreim (Sophien-Ausgabe, Bd. V, 1. Abt., S. 20

Verwandte sind sich von Natur
Der Frischling und das Ferkel;
So ist Herr Menzel endlich nur
Ein potenzierter Merkel.

Und selbst Menzels Kollege Gustav Schwab konnte eine Mi
billigung dieses Goethehasses nicht zurückhalten und machte ihr
dem Verse Luft:

Lang' hab' ich mich gewehrt für unsern Meister Goethen,
Nun schweig' ich, denn wie kannst Unsterbliches du töten!

Weiterhin wandte sich Menzel auch gegen das Junge Deutsch
land. Anfangs war er Gutzkow mit einem gewissen Wohlwolle
entgegengekommen und hatte ihn sogar 1831 als Redaktions-g
hülfen nach Stuttgart gezogen, bald aber war die große Verschiede
heit in den Grundanschauungen der beiden Männer klarer hervo
getreten, so daß Gutzkow seine Stelle wieder aufgab. Nun s
sich Menzel die „Jungdeutschen" — außer Gutzkow: Laube, Wie
barg, Mundt, Kühne — genauer an und entdeckte, daß sie al
samt ganz dieselben schlimmen Untugenden wie Goethe besäß
daß auch sie der Irreligiosität, Unsittlichkeit, Vaterlandslosigk
und Fremdtümelei verfallen waren und zudem noch ein fünft
höchst bedenkliches Laster besaßen; während Goethe sich zeitlebe
als „Fürstendiener" gefühlt hatte, waren sie „Revolutionäre".
begann also einen Feldzug gegen die „Jungdeutschen". Si
wußten sich aber zu wehren. Kräftig hieb Laube in der „Z
tung für die elegante Welt" auf den Angreifer ein. „Ein K
tiker, dessen System keine Perspektive hat", rief er, „kann für e
Land ein Unglück werden, wenn er sich Einfluß und Glau
würdigkeit errungen, denn er erkennt keinen Embryo, keine Knosp
er zertritt die Zukunft. Ein Kritiker, der nicht spekuliert, ist e

ensch, der nicht wächst, ein Kritiker ohne Schönheitssinn ist ein
rikaturenmaler, und Menzel findet gewiß immer das Liebens-
rdige aus den Dingen, aber das Schöne sieht er nicht. Er
ein Patriot, aber kein Ästhetiker; auf die Ästhetik ist er ge-
en, weil man eine Zeitlang auf nichts Anderes geraten konnte,
nn man laut sprechen wollte. Dahin gehört sein krasses Ur-
l über Goethe, womit er unsere Jugend ansteckte, die vor allen
ingen recht brav sein will und von der Poesie auch was Braves
d Wackeres verlangt .... Einsam steht er mit altem, rostigem,
artigem Schwerte an der Heerstraße und schlägt nieder, was
n nicht gefällt vom vorübergehenden Gesindel; gegen die Höhen
er, wo die früheren Kameraden fürbaß eilen, stößt er donnernde
üche aus, um so heftigere Flüche, je mehr er alte geliebte Waffen
d alte geschmähte Waffen an ihrem Leibe sieht.“

Doch damit nicht genug; die jungen Gesellen trachteten auch
nach, sich enger zusammenzuschließen und sich ein eigenes Organ
gründen. „Deutsche Revue“ sollte es heißen, und in Frank-
urt a. M. sollte es erscheinen. Bereits war Wienbarg nach
rankfurt gekommen, um Gutzkow in der Errichtung der Zeit-
hrift zu unterstützen.

In einer solchen Zeitschrift aber erblickte Menzel für sich die
rößte Gefahr; er fürchtete, seine Autorität einzubüßen und wo-
möglich seine ganze Existenz in Stuttgart zu verlieren. Ein wil-
er Zorn flammte in ihm auf, und mit haßsprühenden Augen
chte er, wie er einen Hauptschlag gegen diese „Jungdeutschen“
usführen könne. Da fiel sein Blick auf Gutzkows neuesten
oman „Wally, die Zweiflerin“, und mit der ganzen Wut eines
erserkers fiel er über das Buch her, um es zu zerfetzen. Zwei
anze Nummern des „Literaturblattes (№ 93 und 94 vom 11.
nd 14. Sept. 1835) wurden der Verdammung dieses Romans
ewidmet, und alle Register wurden gezogen, um sowohl den
oman, wie die ganze Richtung des „Jungen Deutschland“ zu
ennzeichnen. Die Worte „Unmoralische Literatur“ waren noch
ls besonderes Brandmal über die Überschrift, die den Titel des
Gutzkowschen Romans wiedergab, gesetzt worden. Unter uner-
hörten persönlichen Beschimpfungen Gutzkows warf Menzel dem

Romane vor, daß er durch Gotteslästerung und Unzucht die Welt reformieren wolle, und daß es darum auch im höchsten Grade gefährlich sei, den jungen Revolutionären ein eigenes Organ, wie es in der „Deutschen Revue“ geplant werde, zu gestatten. Von einer sachlichen Besprechung des Buches sah er ab, dagegen brach er in einen Wehruf nach dem andern aus. „Nur im tiefsten Kote der Entsittlichung, nur im Bordell werden solche Gesinnungen geboren,“ jammerte er. „So lange ich lebe, werden Schändlichkeiten dieser Art nicht ungestraft die deutsche Literatur entweihen.“ Und die Mitglieder des Jungen Deutschland nannte er den „Auswurf der Nation“. Darum sei auch Front zu machen gegen die neue literarische Revue im großen Stil, die dieses „sogenannte junge Deutschland“ plane. „Ich will meinen Fuß hineinsetzen in Euern Schlamm“, rief er, „wohl wissend, daß ich mich besudele. Aber ich will den Kopf der Schlange zertreten, die im Miste der Wollust sich erwärmt.“

Dieser bitterböse Angriff mit seinem ausgesprochen denunziatorischen Charakter machte in ganz Deutschland das größte Aufsehen. Gutzkow ließ eine Rechtfertigung in einer besonderen Broschüre „Verteidigung gegen Menzel“ und Wienbarg ebenfalls eine solche „Menzel und die junge Literatur“ erscheinen; auch Heine, Auerbach, D. Fr. Strauß, der Heidelberger Theologe Paulus und weiterhin Börne in der Broschüre „Menzel der Franzosenfresser“ traten gegen die nichtswürdige Verunglimpfung auf. Auch der größte Teil des gebildeten Publikums stand für Gutzkow ein. Nichtsdestoweniger war der vorläufige Sieg auf Menzels Seite. Es liegt der Verdacht nahe, daß Menzel bei seinem Vorgehen gegen Gutzkow die österreichische Regierung bereits im Rücken hatte,*) anzunehmen ist wenigstens, daß seine Angriffe ihr durchaus gelegen kamen. Schon im Oktober deutete sie in einer Bundestagssitzung an, daß sie bei der Bundesversammlung entsprechende Schritte einzuleiten gedenke, um das Junge Deutschland unschädlich zu machen, und als die württembergische

*) Ludwig Geiger, das Junge Deutschland und die preußische Zensur. Berlin 1900, S. 134.

ierung sich gegen ein solches Vorgehen aussprach, ließ Metternich
ch den österreichischen Gesandten in Stuttgart einwirken, worauf
Widerstand fallen gelassen und am 10. Dezember 1835 jene
t über das Junge Deutschland ausgesprochen wurde, über die
bereits S. 317 ausführlich berichtet haben. Zugleich wurde
ʒkow vom badischen Hofgericht zu einer dreimonatigen Ge-
gnisstrafe verurteilt. Mit dieser Katastrophe fiel natürlich
j das Projekt der „Deutschen Revue". Als traurige Zeugen
:r ersten Regungen bewahrt die Frankfurter Stadtbibliothek
Korrekturbogen des ersten Heftes auf.

Ein recht klägliches Nachspiel dieses Dramas boten schließlich
h die Erklärungen verschiedener preußischer Professoren und
amten, die bereits von Gutzkow als Mitarbeiter der „Deutschen
vue" genannt worden waren, und gegen die nun die preußi-
en Ministerien ebenfalls Miene machten gerichtlich einzuschreiten.
.ne ganze Reihe dieser „Mitarbeiter" leugnete jetzt öffentlich,
nem Drucke der Regierung nachgebend, eine Gemeinschaft mit
Gutzkow ab. Varnhagen von Ense erklärte in der „Allgemeinen
Zeitung" (23. Nov. 1835), daß sein Name nur „durch Irrtum"
Verbindung mit der „Deutschen Revue" genannt sein könne,
it aber zugleich vorsichtiger Weise Gutzkow in einem Briefe vom
6. Nov., doch nicht auf diese Erklärung zu antworten. In
hnlicher Weise schüttelten die Professoren Ulrici, Gans, Rosen-
ranz, Treudelenburg und Hotho den verfehmten Gutzkow von
ch ab. Karl Rosenkranz leugnete zwar nicht, Berichte für die
Deutsche Revue" zugesagt zu haben, fügte aber hinzu: „Die
Notwendigkeit, falschen Deutungen entgegenzutreten, veranlaßt
mich, zu erklären, daß weder politische, noch religiöse Tendenzen
meine Zusage motivierten." Durch Prölß (Das Junge Deutsch-
land) ist jedoch festgestellt worden, daß die Privatbriefe Rosen-
kranz' an Gutzkow mit dieser Versicherung nicht übereinstimmten.

Auch Heinrich Laube zog sich ostentativ von Gutzkow zurück,
indem er eine dahingehende Erklärung in der „Allgemeinen Zei-
tung" erließ, die aber einen scharfen Tadel von Heine, Mundt
und Wienbarg erfuhr.

Unter den wenigen Zeitungen, die den Mut hatten, für

Gutzkow einzutreten, fand sich auch erfreulicherweise die Augsburger „Allgemeine Zeitung". Sie druckte die Münchener Korrespondenz eines Hamburger Blattes ab, in der Menzel heftig getadelt und gefragt wurde, ob denn wirklich durch die Schriften von ein paar jungen Leuten die gesellschaftliche Ordnung, Moral und Religion umgestürzt werden könne, und zeigte auch sonst ihre Sympathieen für Gutzkow.

Das änderte aber natürlich an dem Erfolge Menzels nichts; er hatte ja erreicht, daß das Junge Deutschland vollständig aus dem Sattel geschleudert worden war und die gefürchtete „Deutsche Revue" ihm keine Konkurrenz machen konnte. Sein Ansehen als Kritiker hatte aber trotz alledem schwer gelitten; die geistig Vornehmen der Nation versagten ihm fortan ihre Achtung, und auch seine kritische Tätigkeit an sich verlor mehr und mehr den Zusammenhang mit der großen geistigen Strömung der Zeit, die trotz Acht und Aberacht keineswegs aufzuhalten war. Das „Literaturblatt" sank denn auch nach und nach von seiner früheren Höhe herab, so daß Menzel schließlich 1848 von der Redaktion zurücktrat. Dem Blatte war jetzt aber nicht mehr zu helfen, worauf es Cotta 1852 ganz fallen ließ. Doch auch das „Morgenblatt" selbst hatte sich mittlerweile überlebt und ging 1865 aus Mangel an Teilnahme ein. Ein Versuch Menzels, von 1852 ab im eigenen Verlage ein neues „Literaturblatt" herauszugeben, hatte nur geringen Erfolg; immerhin erschien das Blatt — allerdings ohne je irgend welche Bedeutung zu erlangen — bis 1869.

Ein ähnliches Schicksal wie das „Morgenblatt" hatte die „Wiener Zeitschrift" (Siehe S. 291), doch mußte sie noch weit mehr als das Cottasche Unternehmen unter dem Metternichschen Drucke leiden. Immerhin leistete sie, was sie nur irgend vermochte. So versammelte sie u. a. beim Tode Goethes eine große Zahl von österreichischen und anderen Dichtern um sich und ließ von diesen dem dahingeschiedenen Dichterfürsten in tief empfundenen Strophen eine großartige Huldigung darbringen. Die wertvollsten Beiträge steuerten Ed. v. Bauernfeld, Ernst v. Feuchtersleben, Tschabuschnigg, Anastasius Grün, Chr. v. Zedlitz, Jo-

Hammer, J. G. Seidl, Franz Hermann v. Hermannsthal, N. Vogl und J. S. Castelli bei.

Leider starb der Herausgeber der Zeitschrift, der umsichtige Hickh, am 1. August 1835 zu Gastein, worauf die Witwe das ternehmen vorläufig weiterführte, bis mit dem Schlusse des hres Friedrich Witthauer die Zeitschrift kaufte und nach und nach ch einmal zu einer zweiten Blüte brachte. Witthauer, ein eigentiger, in mehr als einer Beziehung merkwürdiger Mann, war n geborener Österreicher, sondern ein Norddeutscher; doch ist n seinen früheren Lebensschicksalen nur wenig bekannt. In emen um 1793 geboren, soll er eine Zeitlang als Offizier gedient d sodann einige Jahre in London gelebt haben. Nach Wien n er 1825, wo er zunächst Unterricht im Englischen und Fransischen erteilte. Weiterhin trat er als Theater-Kritiker in uerles „Theater-Zeitung" auf und bekundete hier eine reiche ildung. Er war damals nach Wurzbachs Angaben (Biogr. xikon) „der einzige in Wien, der eben so geistreich als gediegen, en so wahr als parteilos die kritische Feder führte und dabei en Anstand und die gute Sitte musterhaft wahrte." In dem ußern der „Wiener Zeitschrift" nahm der neue Besitzer keine eränderungen vor, dagegen suchte er den Inhalt wertvoller zu estalten und zog daher jeden neuen österreichischen Schriftsteller on Bedeutung zur Mitarbeit heran. So erschienen denn bald uch Arbeiten von Franz Stelzhamer, C. A. Kaltenbrunner, lexander Baumann, Karl Beck, Carlopago (Ziegler), O. Prechtler, ürst Friedrich von Schwarzenberg und, was besonders hervorehoben werden muß, die ersten Novellen von Adalbert Stifter. er Jahrgang 1840 brachte die Novellen „Der Kondor", worauf is 1844 „Das Heidedorf", „Die Mappe meines Urgroßvaters", Die Wirkungen eines weißen Mantels" (später „Bergmilch" beitelt) und „Die drei Schmiede ihres Schicksals" in der Zeitchrift erschienen. Eine feinsinnige Huldigung brachte das Blatt em damals schon recht verbitterten Grillparzer zum 15. Jan. 1844, einem 51. Geburtstage, dar, zu welchem es eine Reihe von Geichten veröffentlichte, die sämtlich den großen Dramatiker feierten. Von den Kunstbeilagen jener Zeit seien hauptsächlich die sorg-

fältig ausgeführten Porträts von Grillparzer, Halm, Hammer-Purgstall, Feuchtersleben, Zedlitz, Bauernfeld, Seidl, Deinhardstein, Lenau, Castelli, Pyrker, Anastasius Grün, Leitner und Schwarzenberg genannt.

Leider wurden die Verhältnisse, unter denen Witthauer seine Zeitschrift herausgeben mußte, immer ungünstiger; der Zensurdruck steigerte sich immer mehr, und als natürliche Folge verflachte sich der Geschmack des Publikums noch weiter. In einem Briefe an einen Mitarbeiter klagt er bitter über seine Leserwelt, die für Ernstes, Geistiges allen Sinn verloren habe. „Suchen die Leser in den Journalen doch ganz etwas Anderes,“ schließt er, „als was ihnen zu denken gibt.“

Trotz alledem blieb die Zeitschrift „der Hort des literarischen und künstlerischen Lebens in Österreich“, so lange Witthauer das Steuer in der Hand hielt. In der Mitte des Jahres 1844 erkrankte dieser jedoch und mußte mit dem Schlusse des Jahres die Redaktion niederlegen; er war von einem schweren Brustleiden befallen worden und starb auch bereits 1846 in Meran. Darauf ging es mit der Zeitschrift schnell abwärts. Für die Jahre 1845 und 1846 übernahm G. R. von Franck die Leitung des Blattes und suchte möglichst die Traditionen Witthauers zu wahren; 1847 fungierte J. A. Bachmann als Herausgeber, bis die Stürme des Jahres 1848, wie so vielen anderen Unternehmungen des Vormärz, auch der „Wiener Zeitschrift“ ein Ende bereiteten.*) Die letzte Nummer erschien am 25. Oktober 1848.

Von den sonstigen Zeitschriften brachte es keine zu einer hervorragenderen Stellung. Von einer gewissen jugendlichen Begeisterung wurde der „Phönix, Frühlingszeitung für Deutschland“, getragen. Sie wurde von Eduard Duller (geb. 1809, gest. 1853) in Frankfurt a. M. vom 1. Januar 1835 ab in eleganter Ausstattung zum Jahresabonnement von 16 Gulden herausgegeben. Duller selbst redigierte das Hauptblatt, das neben Novellen und Gedichten ästhetische, philosophische und kulturgeschichtliche Artikel brachte, während ein literarisches Beiblatt, dessen

*) Schlosser, S. 475—479.

daktion Karl Gutzkow übernommen hatte, sich über die lite-
:ischen Zustände verbreitete. Doch brachte das Hauptblatt nur
ten einmal einen bedeutenderen Artikel wie den humoristisch-
irischen von Franz Dingelstedt „Abschiedsrede an den Kometen“,
er den von Ludwig Wiehl „Börne, Görres und Rothschild“.
m den poetischen Beiträgen sind Georg Büchners dramatisches
agment „Dantons Tod“ und Grabbes Szenen aus dessen
)annibal“ hervorzuheben. Gewuchtig setzte Gutzkow in seinem
iteraturblatt“ ein; er entwickelte ein großartiges Programm
id drang in diesem besonders darauf, daß die junge Generation
h nicht in einem unfruchtbaren Kultus des Ruhms ergehe, son-
rn selbst schaffe und daß sie sich dabei nicht in Träumereien
rliere, sondern große Ideen entwickle. „Wir wollen eine neue poeti-
je Position, aber weder die blaue Blume, noch die Ironie, noch
e Manie für die alte Literaturgeschichte.“ Die Ideen der Zeit
llte die neue Literatur künstlerisch widerspiegeln, auch die dra-
iatische, und durch diese sollte die deutsche Bühne wieder natio-
ialisiert werden. Leider fand Gutzkow nur wenig Zeit, dieses
Programm weiter auszuführen, denn im Herbst brach ja schon
ie Wally-Katastrophe über ihn herein, die jede weitere Redaktions-
ätigkeit unmöglich machte. Der „Phönix“ erhielt sich darauf nur
ioch bis zum ersten Semester des Jahres 1838.

Einen etwas universelleren Charakter strebte Theodor Mundts Zeitschrift „Der Freihafen, Galerie von Unterhaltungsbildern aus den Kreisen der Literatur, Gesellschaft und Wissenschaft“ an. Sie erschien von 1838 bis 1844 und hatte C. G. Carus, E. Gans, Varnhagen von Ense, den Fürsten Pückler, Karl Rosenkranz, Gustav Kühne u. a. zu Mitarbeitern. Von D. Fr. Strauß bot sie die „Selbstgespräche über das Bleibende und Vergängliche im Christentum.“

Verschiedenes literargeschichtliches Material brachte der im übrigen herzlich unbedeutende „Salon“, den Sigmund Engländer 1847 in Wien herausgab, so z. B. Erinnerungen an Heinrich Heine von dem Maler Johann Peter Lyser und die Schilderung eines Besuches bei Goethe 1830 ohne Angabe des Verfassers, doch wahrscheinlich ebenfalls von Lyser herrührend.

Der Überblick, den die Bäuerlesche „Allgemeine Theaterzeitung, Originalblatt für Kunst, Literatur, Musik, Mode und geselliges Leben“, die täglich in groß Quart in Wien erschien (siehe S. 225), über das allgemeine Kulturleben geben wollte, beschränkte sich nach wie vor nur auf ganz flüchtige Notizen und die oberflächlichsten Bemerkungen. Dagegen präsentierte sich das Blatt mehr und mehr in feinerer Ausstattung und mit vielen Illustrationen. Dadurch erhielt es sich die Gunst der Leser und blieb bis zum Beginn der politischen Bewegung vor 1848 die verbreitetste Zeitschrift in Österreich. Im Jahre 1846 ging das Eigentumsrecht von Bäuerle auf den Drucker J. P. Sollinger über; doch blieb Bäuerle noch bis zu seinem 1859 erfolgten Tode der Redakteur des Blattes, vermochte aber, als mit den Märztagen des Jahres 1848 eine neue Gedankenflut hereinbrach, sich in die ernsthaftere Zeit nicht zu finden und damit auch den Rückgang der „Theaterzeitung“ nicht aufzuhalten. Bald konnte sie nur noch mit Mühe ihr Leben fristen, und unmittelbar nach Bäuerles Tode ging sie ein. Sie hatte es bis zu einem Alter von 53 Jahren gebracht.

An den Schluß dieser Reihe von Journalen für die universelle Bildung sei endlich noch eine Zeitschrift gestellt, die zwar nicht die geringste Wirkung ausübte und auch nur während weniger Monate erschien, aber doch sowohl wegen ihrer Eigenart wie auch wegen ihres Herausgebers nicht ganz unbeachtet bleiben kann. Es ist Gutzkows „Forum der Journal-Literatur“. Bisher war die Zeitschrift vollständig unbekannt, erst Johannes Prölß gelang es, sie aus der Vergessenheit hervorzuziehen, worauf er sie in seinem Werke „Das Junge Deutschland“ Seite 253 bis 261 ausführlich charakterisiert hat. Der junge Gutzkow unternahm mit diesem Journal seinen ersten literarischen Schritt. Er wollte, wie er selbst sagte, durch eine Übersicht des deutschen Journalwesens die Vereinigung hie und da zerstreuter Elemente und die Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung, dessen Wellen die Zeitungen seien, freier zu gewinnen suchen. Dabei ging er von der Überzeugung aus, daß das Heil der Literatur, sowie eine befriedigende Gestaltung des Lebens von einer gegen-

tigen Befruchtung abhange. Eine gleiche Wechselwirkung sei
n der Wissenschaft und dem Leben zu fordern. Die Journale
en die berufenen Vermittler hierzu. Die Fachjournale müßten
icksicht auf die allgemeinen Interessen, die Unterhaltungsblätter
ücksicht auf die Fortschritte der Wissenschaft nehmen. „Das
nzige,“ sagt er dann, „was den alten Wust verdrängen und ein
isches Leben vermitteln kann, ist die Erweckung höherer und all-
meiner Interessen, das allgemeine Festhalten an einer gemein-
men Idee, die würdigere Verhandlungen aufzuregen im stande
i.“ Die Hauptsache aber seien die Nationalinteressen, und diesen
üsse sich die Literatur vor allem widmen. So bald dies der
all sei, werde auch neues Leben in die Literatur kommen,
nd diese werde das Band ersetzen, das zerschnitten worden, ja,
eses Band werde durch eine solche neue Literatur wieder ge-
oben werden. Dem jugendlichen Herausgeber schwebte also
ichts weniger, als die Reform des gesamten Geisteslebens als
Ideal vor, bei der die Literatur die Führerschaft übernehmen
olle. Dazu fehlte ihr aber zunächst noch alle Kraft, und darum
verhallte auch die Stimme des jungen Journalisten vollständig
wirkungslos. Die ersten beiden Hefte, die als Vierteljahresschrift
n Oktavformat zu Anfang des Jahres 1831 zu Berlin erschienen,
blieben fast ganz unbeachtet, und als darauf der Versuch gemacht
wurde, das Unternehmen als Wochenschrift in Quartformat ein-
zuführen, konnten nur 13 Nummern ausgegeben werden, da die
Zahl der Abonnenten nicht über 70 hinauskam. Das Journal
mußte also schon im Herbst ruhmlos zum Orkus hinabsteigen.
Nur beim Herausgeber hinterließ es ein Andenken, leider ein recht
schlimmes, denn dieser hatte sich verpflichtet, für die Herstellungs-
kosten einzustehen und sah sich nun mit einer großen Schuldenlast
beschwert, an der er über zehn Jahre lang zu tragen hatte.

3. Die literarischen Journale. Sind zum großen Teil Tummelplätze d… Jungen Deutschlands. Der „Telegraph“, herausgegeben von Gutzkow. E… steht in Frankfurt a. M. und siedelt dann nach Hamburg über. Seine M… arbeiter. Wehl und Fontane über das Blatt. Gutzkow über seine Tätigk… am „Telegraphen“. Das Journal wird in Preußen verboten. Lewald… „Europa“. Gutzkow über Lewald. Der Charakter der „Europa“. Wird v… Gustav Kühne erworben. Mundts „Literarischer Zodiakus“, Wienbarg… „Literarische und kritische Blätter“, Jungs „Literaturblatt“, Marbachs „Li… ratur- und Kunstberichte“. Die Berliner „Jahrbücher für wissensch. Krit… Eine konservative „Literarische Zeitung“. Die „Blätter für literarische Un… haltung“. Das „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Sein Heraus… geber Joseph Lehmann. Das Blatt ist ein Zentralorgan für die Bestre… bungen auf dem linguistischen Gebiete. Seine mannigfachen Schicksale.

Ganz besonders laut traten die literarischen Journale de… Zeit von 1830 bis 1848 auf. Hier suchten die jungen Schrift… steller ihre Grundsätze zu proklamieren, einen unbequemen Ge… nossen nach allen Regeln der Kunst abzutun und sich selbst mög… lichst in den Vordergrund zu schieben. Dabei feierte die Ka… meraderie ihre höchsten Triumphe. Die meisten Vorwürfe werde… Heinrich Laube gemacht; immer wieder wird er beschuldigt, daß er fort und fort die literarischen Zeitschriften mit Reklamen für seine Schöpfungen füllen lasse. „Wird irgendwo ein Laube… sches Stück in Szene gesetzt“, heißt es einmal im „Charivari“ (1845, № 139), „so bilden die Laubeschen literarischen Lakaie… ein wahres Posaunenkonzert.“ Ein andermal steigert sich de… Groll bis zum bittern Hohn. „Zur Aufführung von Laube… ‚Struensee‘ in Dresden“, wird gemeldet, „ging von Leipzig ei… Extrazug der Eisenbahn mit Claqueurs und literarischen Bediente… des großen dramatischen Autors dahin ab.“ Oder es wird a… die Mitteilung, daß Viktor Hugo zum Pair von Frankreich er… hoben worden sei, die bissige Bemerkung geknüpft: „Undankbare… Deutschland, wann wirst du den gefeierten Dichter des ‚Rokoko… in den Pairstand erheben?“ *)

*) Einen geharnischten Artikel über das Cliquenwesen, besonders gegen „die forzierte Emporhebung Laubes“, brachte auch die sonst so zahme „Abend…

Eduard Beurmann klagt denn auch einmal sehr beweglich, die literarischen Journale, statt das „Senkblei der Literatur" zustellen, das „Blei an deren Schwingen" seien, daß sie statt „Akzessorium der Literatur" zu bilden, sich selbst zur Haupt-e machten.*)

Als die bedeutendste dieser literarischen Zeitschriften ist Gutz-s „Telegraph für Deutschland" zu betrachten, der auch : Art Bindeglied zwischen den Zeitschriften für universelle Bil-ig und den rein literarischen Journalen darstellt. Das Blatt te ein eigentümliches Schicksal. Als Gutzkow am 10. Febr. 1836 dem Gefängnis zu Mannheim trat, in das ihn die Denun-tionen Menzels gebracht hatten, suchten ihm seine Frankfurter eunde eine neue Basis für seine Existenz zu schaffen. Sie chten Mittel zusammen und ermöglichten es Gutzkow, mit Ed. urmann eine politische Zeitung zu gründen, die den Titel rankfurter Börsenzeitung" erhielt; einem literarischen Beiblatt eser Zeitung wurde die Bezeichnung Frankfurter „Telegraph" geben. Mit dem 1. September 1836 trat das Unternehmen in ie Erscheinung. Allein die Zeitung entwickelte sich nicht, so sehr ch auch ihre Herausgeber abmühten; es fehlte an dem nötigen etriebskapital und darum besonders an auswärtigen Mitarbeitern. chon nach drei Monaten ging sie daher wieder ein; doch gelang es utzkow, das Beiblatt zu retten und so den „Telegraphen" zu nem selbständigen Journale auszubilden. Aber er durfte das latt nicht mit seinem verfehmten Namen zeichnen; statt seiner urde zunächst W. Speyer und dann Ed. Beurmann genannt. ie Verhältnisse für das Journal lagen in Frankfurt jedoch so enig günstig, daß Gutzkow es in einer großen Verlagsbuchhand-ng unterzubringen suchte und schließlich Hoffmann und Campe Hamburg veranlaßte, es zu übernehmen. Im September des

itung" 1845 in № 78. Sie wies dabei auf die unerhörten Reklame-Artikel „Kometen", den „Grenzboten", der Augsburger „Allgemeinen Zeitung", „Deutschen Allgem. Ztg.", dem „Morgenblatt" und der „Kölnischen Zei-ing" hin.

*) Ed. Beurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 307.

Jahres 1837 ging das Blatt, das nun den Titel „Telegraph für Deutschland" erhielt, in den Verlag von Hoffmann und Campe über. Dabei änderte sich auch der Charakter des Blattes. Während es bisher das gesamte Gebiet der Bildung in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen versucht hatte und besonders bemüht gewesen war, seine Leser über die Strömungen in der Theologie und der Sozialpolitik zu informieren, ließ es jetzt, da die Gefährlichkeit, darüber zu sprechen, von Jahr zu Jahr wuchs, diese Themata mehr und mehr bei Seite und wurde fast schließlich eine literarische Zeitschrift. Das literarische Thema erhielt aber einen breiteren Ausbau, wie überhaupt das ganze Journal ein stattlicheres Gewand bekam. Von Januar 1840 an erschien es, statt in Oktav, wie bisher, in Quartformat. Als verantwortlich zeichnete zunächst der Verlag; mit der № 16 des Jahres 1841 trat jedoch Gutzkow als verantwortlicher Redakteur hervor.

Mit den reicheren Mitteln ließ sich auch bald ein vorzüglicher Mitarbeiterkreis heranziehen. Zu den alten Getreuen aus der Frankfurter Zeit, den Gödeke, Carrière, Heinrich König, Dingelstedt, Herwegh, traten Friedrich Hebbel, August Becker, Theodor Mügge, Friedrich Oettker, Wilhelm Hamm, Julius Mosen, Karl Beck, Alexander Weill, Ludwig Wihl, Therese von Bacheracht, A. v. Sternberg, Siegmund Schott und viele andere.

Daneben war auch Gutzkow selbst eifrig für sein Blatt tätig. Er lieferte eine Anzahl Charakteristiken, Reisebriefe aus Stuttgart, Karlsruhe und Augsburg, schrieb ein „Tagebuch aus Berlin", in welchem er außerordentliche Personalkenntnisse offenbarte, und Besprechungen von Theater-Aufführungen. Außerdem trat er in verschiedenen Fällen für die Interessen des Schriftstellerstandes ein, kämpfte gegen den Nachdruck, der die Schriftstellerwelt so schwer schädigte, und wandte sich auch gegen die Übersetzungswut, durch die der Büchermarkt mit minderwertigen französischen und englischen Romanen überschwemmt werde, während die deutschen Schriftsteller schwer dadurch beinträchtigt würden. Durch dieses energische Auftreten zog er sich allerdings manche Angriffe von

:en der Buchhändler zu, und der Verleger Heinrich Hoff in annheim veröffentlichte sogar eine heftige Broschüre „Gutzkow d Gutzkowgraphie" gegen ihn. Die wertvolleren Aufsätze gab ıtzkow später in seinen „Vermischten Schriften" (4 Bde., Lpzg. 42—50) und in dem Sammelbande „Aus der Zeit und dem ben" (ebend. 1844) in Buchform heraus.

Der „Telegraph" gewann durch die bunte Mannigfaltigkeit d den frischen Geist, der aus den Blättern wehte, sehr bedeu- ıd und wurde mehr und mehr ein beliebtes Blatt. Feodor ehl erinnerte sich noch in späten Jahren („Zeit und Menschen," tona 1889, Bd. I, S. 259), daß in den Kaffeehäusern Berlins Anfang der vierziger Jahre der „Telegraph" ein sehr be- hrtes Journal war, und Theodor Fontane meint, er habe in eser Zeit seine ganze Kenntnis vom Jungen Deutschland aus m „Telegraphen" geschöpft. Diese Blütezeit sollte aber nicht nge dauern. Die preußische Regierung hatte wiederholt Anstoß n verschiedenen Büchern genommen, die bei Hoffmann und Campe rschienen waren; neuerdings mochte ihr dann auch der rege Telegraph" unbequem sein, und so machte sie denn eines Tages abula rasa und verbot unter dem 28. Dezember 1841 den ganzen Verlag Campes in Preußen. Damit wurde aber dem „Tele- raphen" die Lebensader fast vollständig unterbunden, und Gutz- ow verlor alle Lust, das Blatt fernerhin zu leiten. Schon vor er Katastrophe hatte er sich mit der Frage beschäftigt, ob es für ine literarische Entwicklung nicht besser sein würde, die ganze ledaktionstätigkeit aufzugeben. „Das Blatt schadet mir," schrieb r bereits im Mai 1841 an Lewin Schücking. „Meine Gegner ürchten sich und machen daher beständig Lärm, und ich selbst ann doch nicht so diplomatisch werden, daß ich über alles schwiege." Und als dann das Verhängnis hereingebrochen war, legte er die Redaktion nieder und unternahm eine Reise nach Paris. Die Redaktionsgeschäfte übernahm, nachdem Schücking es ausgeschlagen hatte, Gutzkows Nachfolger zu werden, Georg Schirges (1811 bis 1879), ein literarischer Bohémien, der etwa seit einem Jahre Mitarbeiter am „Telegraphen" war, dem es aber durchaus an

dem Weit- uud Scharfblick seines Vorgängers fehlte, worauf das Blatt schnell sein Ansehen einbüßte, zurückging und 1845 sein Erscheinen einstellte.

Einen ähnlichen Charakter wie Gutzkows „Telegraph“ trug Lewalds „Europa“, nur war deren geistiges Niveau wesentlich niedriger. In Lewald präsentierte sich der Weltmann der damaligen deutschen Schriftsteller. Gutzkow rühmt ihn als den „vollendetsten Repräsentanten der bürgerlichen Noblesse unserer Literatur.“ „Wie schön,“ fügt er sodann noch hinzu, „wenn zu dem Weltmanne noch der Wert einer wirklich poetischen Zulänglichkeit kommt, Scharfblick, witzige Kombination, schöpferisches Vermögen! In der Tat ist die ruhige und englische Haltung Lewalds, sein Plie und die kleine Koketterie etwa mit einem neuen au duc d'Orleans dessinierten Gilet nur die äußere Hülle, ich möchte sagen die stilistische Hülle eines tiefen Geistes, der die menschlichen Zustände mit klarstem Auge durchschaut, die Hülle einer genialen Neuerung in der Literatur, welche wir wahrscheinlich nur diesem Namen verdanken.“ *) So ernst wird es Gutzkow mit dieser hohen Wertschätzung aber wohl nicht gewesen sein; man fühlt es, der Schalk blitzt zwischen den Zeilen hervor, er macht sich im Grunde lustig über den geschäftigen Allerweltskerl, der unaufhörlich über alles Mögliche plaudert, ganz nett und liebenswürdig und auch mit einer gewissen Kenntnis von Literatur, Musik, Mode und Gesellschaft, aber doch immer höchst oberflächlich, ohne die tieferen Strömungen der Zeit zu berühren. Der ganze Verlauf seines Lebens ließ ihn auch nicht zu ernsteren Studien kommen.

August Lewald wurde 1792 zu Königsberg in Preußen als der Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren, widmete sich zunächst ebenfalls dem Handelsstande, geriet dann in die Strudel des Krieges und machte als Sekretär eines höheren russischen Offiziers die Feldzüge gegen Frankreich mit. Nach dem Friedensschlusse warf er sich ganz in das schöngeistige Leben, versuchte sich

*) Gutzkow, Beiträge zur Gesch. der neuesten Literatur. Stuttg. 1839. Bd. I, S. 307.

ʒ Dramatiker, Schauspieler und Bühnenleiter, führte dann auch
ie Zeitlang das zwanglose Leben eines Bohémiens in Paris
d schrieb Theaterstücke, Novellen, touristische Plaudereien und
ch vieles andere. Darauf siedelte er sich 1834 in Stuttgart
und gründete dort 1835 die Zeitschrift „Europa, Chronik der
bildeten Welt“. Später zog er mit seinem Blatte nach Karls-
he um, verlor aber hier die Lust an der steten Redaktionsarbeit,
orauf 1846 Gustav Kühne das Journal für 3000 Taler er-
ırb und es nach Leipzig überführte. Nach längerem Aufent-
lte in Wien lebte Lewald dann vorübergehend in Frankfurt
M., Stuttgart und Baden-Baden, immer eifrig schriftstellernd,
s er 1871 zu München starb. Gustav Kühne leitete unterdessen
: „Europa“ bis 1859, worauf sie in den Verlag von Karl B.
rk und dann in den Ernst Keils überging. Redigiert wurde
: in dieser Zeit von Friedrich Steger (1811—1874) und Her-
ann Kleinstreuer (1826—1888), sank aber schließlich zu voll-
ändiger Bedeutungslosigkeit herab und ging 1883 aus Mangel
n Abonnenten ein.

Unter Lewalds Leitung war die „Europa“ mehr ein Gesell-
haftsblatt, das sogar Modekupfer brachte und nur im Jahrgang
836 gediegenere „Literarische Übersichten“ von Karl Gutzkow
ot. Ludwig Kalisch spottete denn auch in seinem „Buch der
larrheit“ in etwas derber Weise über das Blatt:

In einen Stier hat sich ein Gott verwandelt,
Um Kadmus' schöne Schwester zu entführen;
In Ochsen müssen Menschen sich verwandeln,
Um die „Europa“ Lewalds zu berühren.

Unter Gustav Kühne gelangte die „Europa“ etwas mehr in
as Fahrwasser des Jungen Deutschlands; Theodor Mundt,
Heinrich König, Berthold Auerbach, Hieronymus Lorm, Robert
Blum wurden Mitarbeiter. Doch blieb der Ton immer gemäßigt,
da Gustav Kühne keine Kampfnatur war. Wurde er doch „bald
wohlwollend, bald scheltend,“ wie er selbst sagt, der „Besonnenste“
der Jungdeutschen genannt. Im Jahre 1848 ward aber auch er
von der allgemeinen Bewegung ergriffen und gestaltete, damit er
kräftiger in die Tagesdebatten eingreifen könne, die „Europa“ in

ein Tagesblatt um. Er traf aber damit nicht das Richtige; di Tausende von Abonnenten schmolzen auf ebenso viele Hundert zusammen, so daß er sich beeilte, das Journal wieder in sei frühere Form zu bringen. Von dem Stoße, den es durch di Umformung erlitt, hat es sich aber nie wieder erholt.

An diese beiden größeren Journale, den „Telegraphen“ un die „Europa“, schließt sich eine Reihe kleinerer literarischer Blätte unter denen jedoch kein einziges zu einiger Bedeutung gelangte; di meisten bestanden auch nur ganz kurze Zeit. Theodor Mundt gründe 1835 einen „Literarischen Zodiakus“, der aber sehr schw unter der preußischen Zensur zu leiden hatte und darum bald wiede einging. Ludolf Wienbarg gab „Literarische und kritisch Blätter“ heraus, die auch Novellen und Übersetzungen aus dem Französischen brachten. Alexander Jung redigierte einige Zeit ein „Literaturblatt“, das die jungdeutschen Ideen im Osten ver- breiten wollte. Ein „Literatur- und Kunstbericht“ von Oswald Marbach erschien Mitte der vierziger Jahre in Leipzig Berliner „Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik“, die besonders von Varnhagen von Ense unterstützt wurden und den Verunglimpfungen Menzels gegenüber eifrig für Goethe eintraten, hielten sich von 1827 bis 1846. Eine konservative „Literari sche Zeitung“, die sich der Protektion des Ministeriums Eich horn erfreute, und deren erster Redakteur Karl Büchner (gest 1837) war, kam von 1834 bis Ende 1845 im Verlage von Dunker und Humblot in Berlin heraus.

Außerdem erschienen auch ferner noch die „Blätter für literarische Unterhaltung“ (Siehe S. 292), die aber nicht mit in den Ton der jungdeutschen Journale einstimmten. Heinrich Brockhaus, der seit 1823 die Zeitschrift selbst redigierte, suchte sich von den literarischen Kämpfen möglichst fernzuhalten. Er berichtete wohl über die Bewegung und gestattete selbst Männern von so ausgesprochener Parteirichtung wie Arnold Ruge ihre Ansichten zu entwickeln, aber er ließ die Zeitschrift doch nie zum Parteiblatt werden, und darum gelang es ihm auch, sie über das Sturmjahr 1848 hinwegzubringen, in dem so viele Blätter

ahinschwanden. Doch erschien das Journal dann nicht mehr äglich, sondern wöchentlich.

Den Beschluß der langen Reihe der literarischen Zeitschriften ndlich macht ein Blatt, das eine ganz neue Erscheinung bildet und sich als ein Führer durch die Literatur des Auslandes darstellt. Das Interesse für die ausländische Literatur war bereits durch die Romantiker, die Schlegel, Tieck, Gries und andere geweckt worden, allein dem Verlangen der Gebildeten, ein Zentralorgan für die Bestrebungen auf dem linguistischen Gebiete zu erhalten, entsprach erst Joseph Lehmann zu Anfang der dreißiger Jahre.

Joseph Lehmann bildet eine ganz eigenartige Erscheinung sowohl auf dem Gebiete der Sprachforschung, wie auf dem des Zeitungswesens. Hier wie dort bewährte er sich als ein ausgezeichneter Fachmann und außerdem in den bewegteren Jahren als ein echter Vaterlandsfreund, als eine Kernnatur. Obgleich ein Mann von umfassenden Kenntnissen, hat er doch niemals eine gelehrte Schule besucht. Er wurde am 28. Februar 1801 in Glogau als der Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren und widmete sich zunächst in Berlin dem Bankier-Geschäfte; daneben aber trieb er schon als junger Mensch mannigfache Sprachstudien und beherrschte sehr bald, vermöge eines außerordentlichen Sprachtalentes, nicht nur das Französische und Englische, sondern auch das Italienische, Holländische, Vlämische, Spanische, Portugiesische und Schwedische. Auch in den orientalischen Sprachen und Literaturen erwarb er sich Kenntnisse. Diese umfassende Bildung auf sprachlichem Gebiete brachte Joseph Lehmann nach und nach mit den gelehrten Kreisen in Verbindung, u. a. auch mit Alexander von Humboldt, und dieser empfahl ihn im Jahre 1828 eines Tages dem Legationsrate Philipsborn, als dieser für die „Preußische Staatszeitung“ einen in den modernen Sprachen bewanderten Mitarbeiter suchte. Darauf vertauschte Lehmann das Kontorpult mit dem Schreibtisch der Redaktion der „Preußischen Staatszeitung“ und bewährte sich in dieser neuen Stellung bald ausgezeichnet. Hauptsächlich lieferte er vorzügliche Artikel über

die ausländische Literatur, und als 1830 nach der Julirevolution eine Flut von politischen, sozialen und literarischen Schriften des Auslandes in Deutschland einströmte, rief er eine besondere Beilage ins Leben, in der er jene literarischen Erscheinungen nun vollständig systematisch abhandelte. Dieser Beilage gab er den Titel „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Das Unternehmen fand vielseitigen Anklang; schon der Prospekt, der der „Staats-Zeitung“ beigelegt wurde, und in welchem der Redakteur auf einen Ausspruch Goethes hinwies, in dem sich der Dichter zum erstenmale des Ausdrucks „Weltliteratur“ bediente, hatte die Einzeichnung von zwölfhundert Abonnenten zur Folge, und als dann am 24./25. Januar 1832 die erste Nummer mit einem geistreichen Artikel Lehmanns über das damals soeben herausgekommene Werk von Lord Dover „The life of Frederic the Second, king of Prussia“ erschienen war, wuchs die Zahl der Besteller noch ganz bedeutend. Das Blatt kam darauf wöchentlich dreimal in Folioformat heraus. Seine Mitarbeiter hatte sich Joseph Lehmann zunächst unter seinen Kollegen gesucht, bald aber gelang es ihm auch, Professoren von Universitäten und bedeutende Schriftsteller zu gewinnen, so daß das Ansehen des „Magazins“ rasch stieg. Leider bestand damals noch nicht die gute Sitte, die Artikel mit dem Namen des Autors zu zeichnen; man kann daher bei vielen Beiträgen nicht mehr angeben, von wem sie herrühren.

Nach dem Rücktritte seines väterlichen Beschützers Philipsborn vom Kuratorium der „Staats-Zeitung“ erschien eine längere Verbindung des „Magazins“ mit diesem Blatte nicht als zweckmäßig; man überließ daher 1843 das Journal dem Schöpfer als freies Eigentum, und dieser stellte es nun auf eigene Füße. Dabei ging es in den Verlag der Firma Veit und Kompagnie über, mit der es auch 1849 von Berlin nach Leipzig übersiedelte. Von 1859 ab erschien es sodann nur einmal wöchentlich und von 1864 ab, in welchem Jahre es wieder nach Berlin zurückkehrte, da es von F. Dümmlers Verlagshandlung erworben worden war, in Groß-Quart. Darauf wanderte es 1879 abermals nach Leipzig in den Verlag von Wilhelm Friedrich und ging nun wiederholt von

)and zu Hand, wobei es auch mehrmals seinen Charakter nderte.

Nach der Loslösung des „Magazins" von der „Staats-Zeitung" gab Joseph Lehmann in einiger Zeit auch seine Redakteur-telle bei diesem Blatte auf; schon lange mochte er die Grund-ätze eines Eichhorn und Rochow nicht mehr vertreten. Er kehrte ıach seiner Vaterstadt Glogau zurück, wurde dort Direktor der Niederschlesischen Eisenbahn und brachte durch Ernst und Energie)as Unternehmen aus den dürftigsten Verhältnissen nach und nach in)ie glänzendste Lage. Schließlich siedelte er 1865 wieder nach Berlin iber, wo er sich jetzt ganz den literarischen Studien hingab, um das „Magazin" zu einem Musterjournal auszugestalten. Seinen Zweck, das Geistesleben des Auslandes den Deutschen näher zu bringen, erreichte er dabei in umfassendem Maße. Unablässig tätig, brachte er fast in jeder Nummer einen Aufsatz aus seiner Feder und erregte noch in seinen letzten Jahren durch seinen geistvollen Essay über das gemischte Sprachgebiet zwischen Kärnthen, Steiermark, Illyrien und Ungarn gerechtes Aufsehen. Mitten in Plänen zur weiteren Ausgestaltung seines Journals starb er plötzlich am 19. Februar 1873. Von den späteren Leitern des Blattes ist besonders der vielseitige Eduard Engel zu nennen, der es zu Anfang der achtziger Jahre redigierte. Weiterhin sank es schnell mehr und mehr von seiner Höhe herab und verschwand schließlich 1905 ruhmlos aus der deutschen Publizistik.

---

4. Die Unterhaltungsblätter. Ihre Oberflächlichkeit. Marggraff über sie. Herloßsohns „Komet". Oettingers „Charivari". Der Klatsch von ganz Europa gibt sich in ihm ein Stelldichein. Der „Leuchtturm", herausgegeben von Ernst Keil. Sucht einen nationalen Charakter zu gewinnen. Ist darum vielen Verfolgungen ausgesetzt. Die „Bohemia". Tritt für das Deutschtum in Böhmen ein. Die „Sachsenzeitung", die „Rosen", die „Jahreszeiten", die „Iduna", der „Dorfbarbier", der „Hans Jörgel", der „Soldatenfreund". Die „Zeitung für die elegante Welt". Ihr Redakteur Heinrich Laube. Tritt

leidenschaftlich für das Junge Deutschland ein. Wird ausgewiesen und verhaftet. Gustav Kühne an seiner Stelle. Übernimmt später nochmals die Redaktion. „Der Gesellschafter“, der „Freimütige“, das „Berliner Konversationsblatt“.

Wesentlich magerer, als die literarisch-kritischen Zeitschriften, stellen sich die Unterhaltungsblätter der Zeit von 1830 bis 1848 dar. Hier ist nur selten ein höherer Gesichtspunkt, eine gefestigtere Lebensanschauung, ein großes Problem — meist nur Oberflächlichkeit, gehaltloses Geplauder und Gewitzel mit etwas Sentimentalität und süßlicher Pikanterie, die sich wohl auch bisweilen bis zur Laszivität steigert. „Die meisten Journale“, klagt Hermann Marggraff (Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche, S. 420), „stützen sich auf das Prinzip wahrhafter Ärmlichkeit; mit geringen Mitteln will man sie bestreiten, und so geschieht es, daß Literatur, Verleger, Redakteur und Mitarbeiter dabei urkundlich verhungern könnten, wenn die zähe Lebenskraft des Deutschen nicht einen Widerhalt gewährte.“ Daher bringe auch der Sumpf dieser Journalliteratur weiter nichts hervor als „junge Frösche, welche lyrisches Geschrei erheben, Sommertags-Abends, wenn sie sich verliebt, oder wenn sie zu viel getrunken haben, weiterhin Wasserschlangen, welche lieblich glitzern und flunkern und, wenn man sie mit der Hand faßt, leicht hinausschlüpfen, auch wohl hypochondrische, zerrissene, melancholische, schlurrende und schnurrende Unken, dann Wasserkäfer, Infusorien, Pilze — kleine Gedanken, Theater- und Bücherrezensionen, Aphorismen, Notizen, Miszellen und Spielereien ähnlicher Art.“

Von den neuen Blättern der in Rede stehenden Zeit ist zuerst „Der Komet“ zu nennen, den Karl Herloßsohn in Leipzig herausgab. Herloßsohn war ein liebenswürdiger Schriftsteller, der sich durch die in volkstümlichem Tone gehaltenen Lieder „Wenn die Schwalben heimwärts ziehn“ und „Ob ich dich liebe? Frage die Sterne“ und eine große Menge von Romanen und Novellen, die alle eine lebhafte Phantasie verrieten, in weiten Kreisen beliebt machte. Er wurde 1804 in Prag geboren, wollte ursprünglich, von Zacharias Werner dazu veranlaßt, in Wien in den Orden der Redemptoristen treten, konnte sich aber im letzten

genblicke doch nicht dazu entschließen und ging nach Leipzig, wo er ilosophie und Jurisprudenz studierte, bis er sich mehr und mehr Schriftstellerei und Journalistik widmete und 1830 das Jour- „Der Komet, ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Lese- lt“ gründete. Es kam sechsmal in der Woche heraus und bot ßerdem noch zwei Beilagen, eine „Zeitung für Reisen und isende“ und ein „Literaturblatt“, die aber wöchentlich nur ein- l erschienen. Allein schon im zweiten Vierteljahre geriet rloßsohn in heftige Zwistigkeiten mit dem Verleger, C. H. F. rtmann, trennte sich von ihm und gab sein Blatt bei Fr. A. o in Leipzig in Kommission, worauf sich Hartmann Anfang gust 1830 ein neues Journal „Unser Planet, Blätter für terhaltung, Literatur, Kunst und Theater“ gründete, für dessen menlose Redaktion er selbst die Verantwortung übernahm. Der Planet“ erlebte sodann unter wechselnden Schicksalen und Her- sgebern dreizehn und einen halben Jahrgang; er erschien bis nde 1843. „Der Komet“ überdauerte ihn noch um fünf Jahre; r kam bis 1848 heraus, ebenfalls unter vielfachem Wechsel, amentlich auch seiner Titel. Aus dem „Literaturblatt“ wurde om zweiten Jahrgange an eine „Beilage für Literatur, Kunst, Mode, Residenzleben und journalistische Zentrale“. Neujahr 1834 am zu den beiden bisherigen Beilagen noch eine dritte „Der Dampfwagen, ein Gratismagazin zur Unterhaltung und Be- ehrung“, an dessen Stelle jedoch bereits Neujahr 1835 „Der Luftballon, ein Blatt für Herz, Geist, Kopf und Magen“ trat. 837 verwandelte sich dann der „Luftballon“ wieder in den „Leipzig-Dresdener Dampfwagen, ein Blatt der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ und ein Jahr später sogar in den „Leipzig-Berlin-Dresdener Dampfwagen“. In den vierziger Jahren endlich (in denen sich übrigens Herloßsohn einige Zeit vom „Kometen“ abgewendet hatte) wurde aus dem „Dampfwagen“ ein „Teleskop“, während die „Zeitung für Reisende“ in Wegfall kam. Gleichzeitig trat wiederholt ein Wechsel im Verlage ein; auch der Titelkopf wurde mehrmals umgestaltet. Es kann daher nicht wundernehmen, daß sich bei den vielen Veränderungen kein größerer fester Abonnenten-Stamm bildete und die Leserzahl bei

der zunehmenden politischen Bewegung mehr und mehr dahinschwand, so daß Herloßsohn schließlich in große ökonomische Schwierigkeiten geriet und ganz verarmt am 10. Dezember 1849 zu Leipzig aus dem Leben schied. Den Inhalt des „Kometen“ bildeten in der Hauptsache die Romane Herloßsohns, daneben allerlei Notizen aus dem literarischen und gesellschaftlichen Leben.

Neben dem „Kometen“ florierte eine Zeitlang der „Charivari“, herausgegeben von Eduard Maria Oettinger. In Oettinger stellt sich eine sehr charakteristische Figur der niedern Journalistik der 30er und 40er Jahre dar, ein Skribent von großer Gewandtheit, der über alles schreibt, aber über nichts gründlich, der alles kennt, aber alles nur oberflächlich, der über alles witzelt, aber doch nie einen wirklich zündenden Funken hervorspringen lassen kann, der mit seinen Späßen zwar die große Menge amüsiert, aber auch viele verletzt und darum immerwährend in Händeln und Feindseligkeiten verstrickt ist. Er wurde 1808 in Breslau geboren, in der Redaktion der Bäuerleschen „Theater-Zeitung“ in die Journalistik eingeführt und mußte dann, da ihn seine Spottsucht fortwährend in Kollisionen brachte, besonders mit den Behörden, lange Zeit ein unstätes Leben führen. Dabei gründete er allerlei Zeitschriften, die oft nur ein, zwei Monate bestanden und daher hier nur eben erwähnt werden können: in Berlin 1829 den humoristisch-satirischen „Eulenspiegel“, in München noch im selben Jahre „Das schwarze Gespenst“, das nur drei Monate bestand und auf direkten Befehl des Königs Ludwig unterdrückt wurde, aufs neue in Berlin im Herbst 1830 den „Eulenspiegel“, der aber schon nach vier Wochen verboten wurde, und zwar mit Zustimmung Friedrich Wilhelms III., darauf Ende 1831 den „Figaro“, der sich fünf Jahre hielt, weiterhin in Hamburg 1836 den „Argus“ und in Mannheim 1839 eine „Allgemeine Gasthofszeitung“. Diese leitete er bis 1842, worauf er sich nach Leipzig wandte und dort nun den „Charivari“ ins Leben rief. Den Verlag übernahm Philipp Reclam jr. Die Zeitschrift erschien in Oktav in wöchentlichen Heften und brachte Novellen, Plaudereien, Gedichte, Scherze, auch allerlei Holzschnitte (offenbar aus Paris bezogene, recht minderwertige Bilder) und, was wohl

meisten Beifall fand, eine Unmasse von kleinen Notizen unter Rubrik „Zapfenstreich“. Was hier zusammengetragen wurde, allerdings erstaunlich. Der Klatsch von ganz Europa gab sich r ein Stelldichein; nicht selten füllte er fünf bis sechs Seiten, Petit gedruckt, die Seite zu 62 Zeilen. Jeder Vorfall in der sellschaft, im Literatur- und Kunstleben wurde berichtet, jedes andälchen, wenn auch noch so unbedeutend, notiert, und wenn Herzog von Wellington sich in Paris einen mit Trüffeln gefüllten uthahn für 500 Franks bestellte, so standen sogar darüber i Zeilen im „Charivari“. Diese Notizen üben denn auch heute h einen gewissen Reiz aus. Mit ihrer Keckheit und Frische setzen sie uns unmittelbar in die Atmosphäre der vierziger hre, und es will uns bei ihrer Durchsicht manchmal fast be- nken, als hörten wir das Gesumme des Salons, in dem all der nte Kleinkram des Gesellschaftslebens hier scherzend, dort mit siger Satire, durchgesprochen wird. Nach der Bewegung von htundvierzig verblaßte der Reiz des „Charivari“ allmählich; der esellschaftston war ein anderer geworden, und so ging das Blatt 352 ein. Oettinger wandte sich jetzt mehr bibliographischen und ographischen Arbeiten zu und erwarb sich ein ganz besonderes Ver- enst durch die Herstellung seines „Moniteur des Dates“, mit m er sich bis zu seinem 1872 zu Blasewitz bei Dresden er- lgten Tode beschäftigte.

Einen ernsteren Charakter als der „Komet“ und der „Charivari“ ug „Der Leuchtturm, Monatsschrift zur Unterhaltung und Be- hrung für das deutsche Volk“, herausgegeben von Ernst Keil; doch langte das Blatt bei der Ungunst der Zeiten gar nicht zur vollstän- gen Entwicklung. Die Hefte, 4—5 Bogen groß Lexikon-Oktav mit zwei Stahlstichen (Porträts von Zeitgenossen und meist satirischen enrebildern) ausgestattet, sollten nach der Ankündigung „unter- ltender und belehrender, in der Belehrung aber durchaus frei- nniger, mit der Zeit fortschreitender Natur sein und außer dem zählenden und beschreibenden Texte ausführliche Besprechungen er Tagesfragen bringen, so weit dies in einer Monatsschrift tunlich und — erlaubt“ sei. Aber schon auf dieses Programm in wurde das Erscheinen der Zeitschrift in Leipzig untersagt,

worauf Ernst Keil die „Expedition des Leuchtturms“ nach Zei verlegte und seine Monatsschrift von 1845 ab dort erscheinen lie Seiner Umsicht und seinem sichern Takt gelang es dann auch, d Zeitschrift bei offener Polemik gegen die herrschenden Mißstän einen großen Zug im Sinne des politischen Fortschritts zu geb Besonders suchte er in novellistischen Skizzen die sozialen Mißbräuc und Mißstände, das Massenelend in Großstädten und Industrie zentren, die Webernot in Schlesien und im sächsischen Erzgebir zu bekämpfen. Als Mitarbeiter warb er sich Otto Ruppi Albert Fränkel, E. Th. Jäkel, Robert Blum u. a. Bei ihr energischen Haltung geriet die Zeitschrift natürlich sehr bald i Konflikt mit der Zensur. Schon nach dem Erscheinen der erste fünf Hefte mußte die Expedition von Zeitz nach Magdeburg ver legt werden, und dort gab es so viel Hemmnisse, daß Keil am Schlusse des ersten Jahrganges in die Klage ausbrach, er wisse wohl, daß eine rechte Zeitschrift als Gottesgeißel durch die Welt ziehen solle, als Gottesgeißel gegen Lüge, Unrecht und Trug, gegen alles, was den Menschen entwürdige, wodurch der Mensch sich selbst entwürdige — er habe viel gewollt, aber nur wenig gedurft! „Wo wir die Geißel schwangen, wurden die Spitzen abgeschlagen, und wo wir mit Keulen schlugen, fing man den Schlag auf, zerbrach die Keule und legte Samt um den Rest, der wohl dann und wann traf, aber nicht mehr wehe tat.“ Di Drangsale, welche dem Blatte von der Zensur bereitet wurden, wuchsen jedoch noch weiter; schließlich wurde es in Magdeburg überhaupt verboten, und nun wanderte es zunächst nach Halle und von dort nach Dessau; aber auch dort ereilte es dasselb Schicksal. Nun wandte es sich nach Bremen, wo es sich ach Monate hielt, weiterhin nach Braunschweig, wo es aber nur kurz Zeit erschien, da auch hier alsbald (im Februar 1848) das Ver langen der preußischen Regierung durchdrang, die Herausgabe der Zeitschrift nicht mehr zu gestatten. Besonderen Anstoß nahm di Zensurbehörde immer wieder an dem politisch-satirischen Beiblat das anfangs den Titel „Die Laterne“ führte, dann aber, um de Unterdrückung zu entgehen, immer neue Titel annahm; „Reichs bremse“, „Spitzkugeln“, „Wespen“, „Schildwacht“ waren die wei

Namen. Bei dem Ausbruch der Revolution fielen dann die Fesseln der Zensur, und Keil konnte jetzt den „Leucht-" in Leipzig erscheinen lassen, allein schon 1849 brach die :ion herein, worauf das Ministerium Beust die Flamme des chturms" für immer auslöschte.*)

Die schon erwähnte Prager „Bohemia" konnte sich von i ab eines vorzüglichen Redakteurs, des aus Leitmeritz gegen Franz Klutschak, erfreuen, der, wo er vermochte, mit Wärme für das Deutschtum eintrat, weil er die Gefahren, ler deutschen Kultur aus der national-tschechischen Bewegung chsen, mit klarem Auge erkannte. Allerdings mußte er sich i immer innerhalb des Rahmens eines belletristisch-literarischen tes halten; erst im Frühjahr 1848 konnte sich das Blatt zu : politischen Zeitung erweitern. Mitarbeiter der „Bohemia" :n so ziemlich alle deutsch-böhmischen Schriftsteller, besonders l Egon Ebert, Herloßsohn, Uffo Horn und Ignaz Kuranda. 1848 erschien das Blatt nur dreimal in der Woche.

Verschiedene weitere Journale brauchen nur kurz genannt zu den, da sie über die Absicht, ihre Leser nur ganz leichthin unterhalten, nicht hinausgingen. Die „Sachsenzeitung", giert von dem Verlagsbuchhändler C. H. F. Hartmann, er-:n seit 1830 in Leipzig und verbreitete sich mit Vorliebe über Leipziger literarischen und Theater-Verhältnisse und -Streitig-:n. Die „Rosen, Zeitschrift für die gebildete Welt", gab Romanschriftsteller Robert Heller (geb. 1814, gest. 1871) von 18 bis 1845 in Leipzig heraus, weiterhin George Hesekiel. In mburg erschienen die Monatsschrift „Die Jahreszeiten", igiert von Feodor Wehl und die vielgelesene „Iduna" von talie Schoppe, der „Entdeckerin" Hebbels. In Berlin rief dor Steffens (Pseudonym für K. H. Dammas [geb. 1816, gest. 85]) die Zeitschrift „Der Hausfreund in Palast und Hütte", auch Holzschnitte und Stahlstiche brachte, ins Leben, sich aber r von 1843 bis 1847 hielt. Den behaglichen Humor der irgerkreise, der aber durch die polternde Kritik des „Generals

---

*) (Johannes Prölß) Zur Geschichte der Gartenlaube (1903.)

von Pulverrauch“ nicht selten auch einen Stich ins Politische hielt, pflegte Ferdinand Stolle (geb. 1806, gest. 1872) in sei 1844 zu Grimma gegründeten „Dorfbarbier“. 1851 ging Blatt als „Illustrierter Dorfbarbier“ in den Verlag von Keil in Leipzig über, wo es durch Keils Umsicht eine Au bis zu 20000 Exemplaren erlangte. Etwas schärfer gewürzt der „Berliner Charivari, redigiert von Satan“, der seit 18 bei Louis Hirschfeld in Berlin mit Illustrationen erschien. ganz platte Spaßmacher waren der „Hans Jörgel“, der 1831 ab, und der Saphirsche „Humorist“, der von 183 in Wien erschien.

Für das niedere Militär gab Louis Schneider, der Ver des bekannten Einakters „Der Kurmärker und die Pikarde“, Unterhaltungsblatt „Der Soldatenfreund“ von 1833 ab Jahre in Berlin heraus.

Endlich sind zur Vervollständigung des Bildes der vormärz lichen Journal-Literatur noch die älteren Zeitschriften zu e wähnen, die aus den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts stam men; doch verdienen von diesen nur die „Zeitung für die elega Welt“ und der „Gesellschafter“ eine etwas ausführlichere B sprechung.

Die „Zeitung für die elegante Welt“ war nach u nach recht monoton und langweilig geworden; der bisherige R dakteur Methusalem Müller hatte den Ton der neuen Zeit ni mehr zu treffen vermocht und legte daher Ende 1832 sein A nieder. An seine Stelle trat mit dem 1. Januar 1833 der ju Laube, der lebhaft von dem Wunsche erfüllt war, aus dem Bla sowohl, wie aus sich selbst, alles Mögliche zu machen. Aufseh zu erregen, war dabei die erste Bedingung. Vorsichtigerwe hatte der Besitzer der Zeitschrift, der Verlagsbuchhändler Leop Voß, den Passus mit in den Engagementsvertrag eingefügt, er sich das Recht vorbehalte, „das ihm etwa unangemessen scheinende vom Drucke zurückzustellen“, doch scheint er von die Rechte nur wenig Gebrauch gemacht zu haben, denn Laube wegte sich bald in der ungezwungensten Weise. „Mit frisch Wagemut und einem außerordentlichen Instinkt für das Re

auf Aktualität ausgehenden Journalredaktion gestaltete er
Blatt völlig um," schreibt Johannes Prölß (Das Junge
schland, S. 326). „Wie ein eben erst eingefangenes Voll-
illen stürmisch durch die Arena jagt, so stürmt hier ein un-
elter Geist, in allzu flüchtigem Galopp sich übernehmend,
Ziele zu: die Welt der ‚neuen Ideen' sich und seinem Publi-
zu erobern. Eine lebensprühende Herzhaftigkeit im Partei-
isen für und wider, alle Vorzüge und alle Fehler einer
blütigen und warmherzigen Jugend machen sich geltend —
lrteil, im Vortrag, im Stil ... Krieg den Philistern! ist
:r die Losung; mit ihr geht er dem Geiste der Kleinstaaterei
)eutschland, als der Wurzel alles Übels, zu Leibe. Über den
eipzig herrschenden Kasten- und Kirchturmsgeist schreibt er:
Kleinstaaterei ist das Vorbild der Kleinstädterei geworden;
st der Ursprung des deutschen Philistertums. Denn Philister
ben der, welcher mit dem kleinen, ihm angelernten Maßstabe
), auch das größte, mißt'." Aber aus allem spricht doch eine
e Naivetät; immer hört man noch den jungen Studenten, der
seinen lauten Reden die ganze Ordnung der Dinge umzu-
zen meint, den jugendlichen Renommisten, der sich überschätzt,
der gelegentlich über die Stränge schlägt. Dabei bringt er
nicht wirklich neue Gedanken, sondern er variiert nur das,
Börne und Heine längst vor ihm und auch geistreicher aus-
hrt haben. Doch fand sein keckes, selbstbewußtes Auftreten
zen Beifall — nur nicht bei der preußischen Regierung. Sehr
nahm man in Berlin an den „Modernen Briefen", die in
„Zeitung für die elegante Welt" erschienen, Anstoß, und das
rzensurkollegium erklärte, diese Briefe zeugten von der größten
volität, träten in ihren politischen Bemerkungen zu gunsten
Opposition der Stuttgarter Stände-Versammlung ein, ver-
lichten die Juli-Revolution, rühmten Börne und Heine und
aupteten vom Demokratismus, daß er die Grundidee des
istentums sei. Schließlich stellte das Kollegium den Antrag,
Blatt in Preußen zu verbieten. Der Minister entsprach
ch dem Verlangen nicht, sondern beschränkte sich darauf, durch
mittelung des Ministeriums des Auswärtigen die sächsische

Regierung auf die vielen freien Stellen in dem Blatte aufmerk
sam zu machen und sie zu bitten, den Leipziger Zensor zu größ
Strenge zu ermahnen. Das scheint aber nicht in der erh
Weise erfolgt zu sein, denn einige Zeit später ergriff die preu
Regierung ein anderes Mittel, die unbequeme Stimme zum Sch
gen zu bringen: sie richtete auf dem Wege durch das säch
Ministerium an die Sicherheitsbehörde in Leipzig das Ersu
den pp. Laube aus Preußisch-Schlesien, dessen Name auf die
der preußischen Untersuchungsbehörde für demagogische Um
gesetzt worden sei, polizeilich auszuweisen, und darauf erhielt
ahnungslose Redakteur Mitte Juli 1834 den entsprechenden
weisungsbefehl. Er konnte gerade noch die Nummer für
31. Juli zurecht machen, in der er nun von seinen Lesern
schied nahm. Aber so ohne weiteres wollte Laube dieses
doch nicht über sich ergehen lassen und fuhr daher schnurstracks na
Berlin, um gleich an oberster Stelle vorstellig zu werden:
wurde dort jedoch am 26. Juli verhaftet, in eine Zelle der Hausvogt
gesteckt und hatte nun eine lange Leidenszeit durchzumachen.
seine Stelle in Leipzig trat zunächst A. v. Binzer, der Verfa
des bekannten Burschenschaftsliedes „Wir hatten gebauet ein stat
liches Haus“, und als dieser wenig geeignet zur Leitung e
Zeitschrift erschien, übernahm Gustav Kühne am 1. Juli 18
die Redaktion. Unter diesem zeigte sich sodann die „Zeitung
die elegante Welt“ wesentlich gemäßigter, aber auch matter
magerer, und auch der Sache des Jungen Deutschlands nahm
der neue Redakteur nur zaghaft und mit einer gewissen nörg
den Lauheit an, so daß ihn Börne ermahnte, doch kräftiger
die Verfehmten einzutreten. „Wir sind alle dabei beteili
schrieb er ihm, „das ganze Deutschland; die gesamte deut
Jugend wird in den Fünfen geschädigt, mißhandelt, gekreuz
darum sollen und müssen wir alle, in denen noch ein Trop
Jugendblut ist, uns ihnen anschließen, auf daß der B
eines ‚Jungen Deutschlands‘ immer weiter und weiter grei
Allein Kühne verharrte in seiner reservierten Haltung.
dabei scheint das Blatt mehr und mehr zurückgegangen

.*) Es war ihm daher gewiß auch ganz erwünscht, daß Laube, er 1843 wieder nach Leipzig zurückkehrte, aufs neue die Re- tion übernahm. Freilich war mittlerweile auch Laube wesent- zahmer geworden, so daß das Witzwort in den literarischen :isen kursierte: „Und was sich Kühne nicht erkühnte, das wird Laube nicht erlauben.“ Immerhin suchte Laube wieder einen cheren Zug in das Blatt zu bringen; er schlug einen gewissen tmännischen Ton an, hatte er doch mittlerweile oft genug an Tafelrunde des Fürsten Pückler-Muskau gesessen, sprach gern :r Mode und Eleganz und erfand selbst eine deutsche Mode- cht, in der er auch zum Erstaunen der Leipziger wohlgefällig rch Leipzigs Straßen wandelte. Aber der Zeitschrift war trotz edem kein neues Leben mehr einzuhauchen. Darum schied ube Ende 1846 von ihr, worauf Theodor Drobisch sich noch ; 1860 abmühte, das altersschwache Blatt zu erhalten. Irgend lchen Einfluß auf das geistige Leben der Zeit übte es nicht hr aus.

Noch kläglicher als der „Zeitung für die elegante Welt“ er- ng es schließlich dem Berliner „Gesellschafter“. Viele Jahre wegte er sich nur noch im flachsten Fahrwasser. Die geist- lleren Mitarbeiter der früheren Zeit hatten sich entweder zurück- zogen, wie z. B. Heinrich Heine, oder sie waren gestorben; ein nger Nachwuchs blieb aber aus. Zwar stellte der alternde ubitz seinen Sohn als Mitredakteur ein; eine Hebung des Blattes urde damit jedoch nicht erzielt, und darum machte in der Mitte der erziger Jahre ein beißendes Epigramm die Runde durch die ournale, in welchem im Hinblick darauf, daß der „Gesellschafter“ och den Nebentitel „Blätter für Geist und Herz“ führte, gespottet urde:

Wie könnt Ihr nur in diesem Blatt
Etwas für Geist und Herz verlangen;
Sagt nicht die Schrift: es ist der Geist
Von Sohn und Vater ausgegangen.

---

*) Von Kühne selbst wird allerdings das Gegenteil behauptet. Vergl. ustav Kühne, sein Lebensbild. Herausgeg. v. E. Pierson. Dresden o. J. . 30.

Und der Verfasser der „Briefe aus Berlin“ läßt den alten Gubitz sagen:

Emsig schneid' ich in Holz und schreibe. Kein Wunder, daß hölzern
Ist, was in meinem Journal aufgeschüsselt euch wird.

Das morsche Schifflein der Zeitschrift konnte sich denn auch, als im Frühjahr 1848 die neue Gedankenflut mit Macht herein brach, nicht länger über Wasser halten und zerschellte schon beim ersten Wogenanprall.

Nur eben verzeichnet mag schließlich noch „Der Freimütige“ werden, der sog. „alte“, der nach A. Kühnes Tod (1829) mit dem von Friedrich Förster und Wilhelm Häring (Wilibald Alexis) herausgegebenen „Berliner Konversationsblatte“ vereinigt wurde. Aber auch unter dem gemeinschaftlichen Titel waren die beiden Journale nur Hungerkandidaten, wie Ludwig Geiger (Berlin, II, S. 438) sich ausdrückt, kaum imstande, ihr armes Leben zu fristen, bis sie 1832 ruhmlos verschwanden. In den „Briefen aus Berlin“ wird ihnen daher spöttisch nachgerufen:

Förster verwaltet' den Forst und Häring die Tonne, und dennoch
Mangelt' im Forste das Holz, mangelt' im Fasse das Salz.

---

5. Die illustrierten Journale. Das Auftauchen der Illustrationen. Das Theatrum Europaeum, der erste Vorläufer der illustrierten Zeitungen. Die Wiederbelebung der Holzschneidekunst. Das „Pfennig-Magazin“, die erste deutsche illustrierte Zeitschrift. Die „Illustrierte Zeitung“ und ihr Gründer Johann Jakob Weber. Das Programm der „Illustrierten Zeitung“. Die Entwicklung der Zeitung. Die „Fliegenden Blätter“, die zweite illustrierte Zeitschrift. Ihr Gründer Kaspar Braun. Haltung der „Fliegenden Blätter“. Ihr literarischer und ihr künstlerischer Wert. — Varnhagens Urteil über die „papierene Flut“ des Vormärz.

So dürftig nun auch während der bunt-bewegten dreißiger und vierziger Jahre die deutschen Zeitschriften unter der vielen

rückung und Einengung der Bewegungsfreiheit blieben — das
:er kräftiger quellende Leben des Journalwesens konnte trotz
dem nicht unterbunden werden, ja es trieb sogar in dieser
enszeit noch einen neuen kräftigen Sproß in der Einführung
illustrierten Journale.

Die Ausschmückung der Bücher mit Illustrationen tritt be-
ıtlich schon viele Jahrhunderte vor Erfindung der Buchdrucker-
t auf. Kunstvoll und mit erstaunlichem Fleiße malten die
ıiatoren in die geschriebenen Werke umfangreiche Initialen in
lebhaftesten Farben. Nach der Erfindung der Buchdrucker-
st fügte bereits Sebastian Pfister in Nürnberg (1470) in seinem
oldenen Throne" Holzschnitt-Illustrationen in den Text ein,
Anton Koberger in Nürnberg (1473—1513) ließ schon eine
ße Anzahl von Holzschnitten nach Zeichnungen bedeutender
ıstler für seine Druckwerke anfertigen. Bald aber verdrängte
Kupferstecher den Holzschneider; der Kupferstich eroberte die
jemeine Gunst des Publikums, und daher stattete denn auch
). Phil. Abelin sein „Theatrum Europaeum", ein 1633 zu
ınkfurt a. M. begründetes zeitgeschichtliches Werk, das als der
e Vorläufer der illustrierten Zeitungen betrachtet werden kann,
: mit Kupferstichen aus. Darauf blieb der Kupferstich und
ıhlstich unbestritten die vornehmere und beliebtere erläuternde
) schmückende Beigabe bei allen Zeitschriften. Bei der Kost-
:ligkeit des Stahlstiches konnte er aber nur sparsam zur Ver-
ıdung kommen, und als es daher in den dreißiger und vier-
er Jahren galt, den Wünschen der breiten Volksmassen nach
cherem Bilderschmuck und besonders nach informierenden Illu-
ationen zu entsprechen, griff ein intelligenter englischer Buch-
ndler und Schriftsteller, Charles Knight in London, aufs neue
n Holzschnitt, indem er 1830 im Verein mit der Society for
e diffusion of useful knowledge ein „Penny Magazine"
s Leben rief und es mit zahlreichen Holzschnitten ausstattete.
s war dies der erste Versuch, den Buchdruck in Verbindung mit
m Holzschnitt zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse und allge-
einer Bildung in den Kreisen der nicht mit Glücksgütern Geseg-
ten zu benutzen. Unterstützt sah sich Knight dabei durch die

künstlerischen Bestrebungen eines Thomas Bewick, der bereits vor einiger Zeit die Wiedererweckung der Holzschneidekunst herbeigeführt und auch die Technik verbessert hatte, besonders durch Vervollkommnung der Werkzeuge und die Vertauschung der Holztafeloberfläche mit der Holzquerschnittfläche.*)

Das „Penny Magazine" fand in England einen solchen außerordentlichen Beifall, daß der junge Buchhändler Johann Jakob Weber, der seit 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Martin Bossange Vater in Leipzig errichteten Filiale übernommen hatte, seinen Chef veranlaßte, in Deutschland ein ähnliches Unternehmen, ein deutsches „Pfennig-Magazin", herauszugeben. Die Schwierigkeiten waren freilich hier erheblich größer, denn der Holzschnitt hatte bisher in Deutschland nur geringe Pflege erfahren. Die beiden Unger, Johann Georg und Johann Friedrich, F. W. Gubitz und Friedrich Unzelmann waren zwar redlich bemüht gewesen, die Xylographie wieder zu Ehren zu bringen, einen Erfolg von kultureller Bedeutung hatten sie aber nicht erzielt. J. J. Weber schreckte aber vor diesem Mangel nicht zurück; er suchte seinen Bedarf an Clichés besonders durch Erwerbungen in England zu decken und konnte daher bereits 1833 mit den ersten Nummern des „Pfennig-Magazins" hervortreten. Er brachte damit die erste deutsche illustrierte Zeitschrift auf den deutschen Büchermarkt. Allwöchentlich erschien eine Nummer in Quart zu 8 Seiten zum Jahrespreise von 2 Talern.

Das Journal fand sofort einen solchen Anklang im Publikum, daß die Auflage sehr bald die bisher noch nie gekannte Höhe von 60000 Exemplaren erreichte. Die Verwaltung der Zeitschrift von Paris aus scheint aber ihre großen Beschwerden gehabt zu haben, denn bereits am 1. Sept. 1834 ging die Firma Bossange einen Sozietätsvertrag mit der Firma F. A. Brockhaus ein, demzufolge das „Pfennig-Magazin" gemeinschaftliches Eigentum der beiden Buchhandlungen wurde. F. A. Brockhaus zahlte an Bossange für das Miteigentumsrecht die Summe von 14000 Talern

*) Vergl. D. C. Thomson, Life and Works of Bewick, London 1882 und Austin Dobson, Thomas Bewick and his Pupils, London 1884.

id zeichnete von da an allein „Expedition des Pfennig-Maga-
ns“, während Bossange nur als Kommanditär beteiligt blieb.
ad am 1. Januar 1847 trat schließlich die Firma F. A. Brock-
us gegen weitere Zahlung von 25000 Frs. an Bossange Vater
den Alleinbesitz des „Pfennig-Magazins“.

J. J. Weber gab bei dem Eintritt der Firma F. A. Brock-
ius in das Geschäft seine Stelle auf, worauf hauptsächlich J.
. Volbeding (geb. 1791, gest. 1864) die Redaktionsarbeiten be-
rgte. Das Blatt erschien bis 1855.

Neben dem „Pfennig-Magazin“ wurde von F. A. Brock-
aus von 1834 bis 1838 auch ein „Pfennig-Magazin für
inder“ herausgegeben.

Leider ließ das „Pfennig-Magazin“ recht viel zu wünschen
brig; die Illustrationen waren noch sehr grob und auf graues,
öchst minderwertiges Papier gedruckt. Der Hauptmangel des
Blattes aber bestand darin, daß ihm jedes System, jeder leitende
Gedanke und auch der nationale Charakter fehlte. Die Bilder
ourden planlos zusammengeworfen, genommen, wie sie eben zu
rlangen waren, und da die Clichés fast sämtlich aus England
tammten, so mutete das Blatt fast wie ein englisches an. Das
var auch bei dem „Pfennig-Magazin für Kinder“ der Fall, so
daß der wackere Harkort nach Jahren noch klagte: „Da war zu
ehen für den deutschen Knaben: Warwick-Castle, St. Pauls-
Kirche, Windsorschloß. Aber von der Burg der Hohenstaufen, der
Habsburg, dem Schlosse der Hohenzollern, den vielen historischen
Denkmälern des edeln deutschen Vaterlandes schwieg das Mach-
werk. Das nennen wir vaterländische Lektüre!“*)

Diesen Mangel des „Pfennig-Magazins“ erkannte besonders
J. J. Weber sehr klar. Bei seinem ausgeprägten Schönheitssinn
und seinem scharfen Blick für die Anforderungen der Zeit gewann
er sehr bald die Überzeugung, daß erheblich Besseres geboten
werden müsse, wenn es den Ansprüchen der feiner Gebildeten ge-
nügen und auf die Dauer sich halten solle. Und als nun bereits

*) Friedrich Harkort, Bemerkungen über die preußische Volksschule und ihre Lehrer. Iserlohn 1842.

im Mai 1842 auch in London derselbe Gedanke durch die „Illustrated London News“ und ein halbes Jahr später in Paris durch die „Illustration“ zum Ausdruck gebracht worden war, zögerte Weber nicht länger, obgleich in Leipzig die Verhältnisse für ein solches Unternehmen viel ungünstiger lagen, auch für Deutschland eine illustrierte Zeitung ins Leben zu rufen.

Und Weber war auch für ein solches Wagnis ganz die geeignete Persönlichkeit. In hohem Grade intelligent und mit umfassender Geschäftskenntnis ausgestattet, durfte er sich wohl an eine solche große Aufgabe heranwagen. Geboren am 3. April 1803 zu Siblingen bei Schaffhausen, widmete er sich, nachdem ihm eine gute Schulbildung geworden, dem Buchhandel, war in verschiedenen großen Verlagsbuchhandlungen in Genf, Paris, Leipzig und Freiburg tätig und übernahm, wie schon erwähnt, 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Bossange in Leipzig errichteten Filiale. Nach seinem Austritt aus dem Bossangeschen Geschäft gründete er 1834 eine eigene Verlagsbuchhandlung und wandte sich in dieser sehr bald mit aller Energie der Verbesserung des Holzschnitts zu. Seinen ersten bedeutenderen Versuch mit Holzschnittillustrationen unternahm er bei Franz Kuglers „Geschichte Friedrichs des Großen“, die er durch Adolf Menzel illustrieren ließ. Die anfangs gelieferten Holzschnitte konnten aber Menzel durchaus nicht zufrieden stellen, so daß Xylographen in Frankreich und England ausfindig gemacht werden mußten, die Clichés herstellen konnten, welche den Anforderungen des Künstlers entsprachen. Das veranlaßte besonders den Holzschneider Eduard Kretzschmar in Leipzig, mit allem Nachdruck eine Vervollkommnung in der Xylographie anzubahnen, und da ihm das nach und nach gelang, so fand Weber später in ihm seine vorzüglichste Stütze, als er schließlich das Projekt einer illustrierten Zeitung verwirklichte. Doch gab es auch noch eine große Menge anderer Schwierigkeiten zu überwinden, bevor er mit seinem neuen Journale hervorzutreten vermochte. Erwähnt sei nur, daß es damals noch keine feine Illustrationsfarbe in Deutschland gab, noch keine Satiniermaschine vorhanden war und der Druck von Illustrationen auf der Schnellpresse noch für unmöglich erachtet wurde.

Allein alle diese Hemmnisse wußte Weber zu überwinden, und am Juli 1843 konnte er dem Publikum die erste Nummer seiner Illustrierten Zeitung" vorlegen. Damit wurde dieser Tag einem weithin strahlenden Gedenkstein in der Geschichte der utschen Publizistik.

In dem Programm, das er in einem „Was wir wollen" verschriebenen Aufsatze entwickelte, sprach er sich ausführlich über ine Ziele aus. „Was immer sich in der ganzen bekannten Welt eignet," sagte er, „von den Großtaten der Fürsten an bis zu m Ergebnis verborgenster Forschung, wenn es nur ein allgeeines Interesse darbietet, gedenken wir unsern Lesern in wöchentchen Berichten vorzulegen und, was von diesen Mitteilungen der ildlichen Darstellung zu genauerem Verständnis oder lebendigerem indruck bedarf, in möglichst treuen und sorgsam ausgeführten olzschnitten ihnen vor Augen zu bringen. Während wir aber ort uns vorzugsweise an Tatsachen und an die wirklichen Forthritte der Menschheit halten und in ihnen gewissermaßen den ährenden Kern der Tagesgeschichte in gedrängtester Darstellung u geben gedenken, sollen hier Kunst und Wissenschaft aufgeboten erden, um den Gehalt des Kernes nach allen Seitenästen offen u legen ... So wollen wir den Männern die gründlichste Beehrung, den Frauen die angenehmste Unterhaltung und der Jugend die kräftigste Anregung zu einem reichen und tatkräftigen Leben bieten." Dieses Programm hat sodann die Redaktion der „Illustrierten Zeitung" beständig festgehalten und weiter ausgebaut, aber sie hat in der ersten Zeit oft alle Intelligenz, alle Kräfte aufbieten müssen, ihm treu zu bleiben. Die Schwierigkeiten, die die Beschaffung der Holzschnitte und deren Druck auf der Schnellpresse verursachten, schienen bisweilen unüberwindlich zu sein. Erst allmählich konnte ein xylographisches Atelier eingerichtet werden, das im stande war, den Bedarf an Holzschnitten in der gebotenen kurzen Zeit wenigstens zum Teil zu beschaffen. Für den anderen Teil mußte immer noch das Ausland in Anspruch genommen werden. Die erste Nummer der „Illustrierten Zeitung" wies an Porträts die Herzogin Helene von Orleans mit dem Grafen von Paris, Emil Devrient, Jos. Tichatschek,

Wilhelmine Schröder-Devrient und O. L. B. Wolf auf, ferner bildete der Themse-Tunnel, ein damaliges Weltwunder, Gegenstand der Besprechung und Zeichnung, während sich „Der Obelisk von Luxor am Wege nach Longchamp" als das größte Cliché der Nummer auswies. Nach Jahren angestrengter Arbeit konnte sich die „Illustrierte Zeitung" aber schließlich doch vollständig auf eigene Füße stellen, und nun entfaltete sie sich auch als eine Zeitschrift von durchaus nationalem Geiste, die das gesamte Leben der Welt, das politische und das kulturelle, bis ins einzelne widerspiegelt: ein Universum im Kleinen. In der Vervollkommnung des Holzschnittes gelangte sie dabei zu einer bis dahin noch nie erreichten Höhe. Bis zu seinem am 16. März 1880 erfolgten Hinscheiden leitete Johann Jakob Weber das Institut selbst; nach seinem Tode trat sein Sohn Dr. Felix Weber als vollwertiger Ersatz an seine Stelle. Die Redaktion der Zeitung liegt seit 1866 in den bewährten Händen von Franz Metsch.

Der Aufschwung, den die Holzschnitt-Illustration nun in den vierziger Jahren nahm, machte sich jedoch nicht nur in der „Illustrierten Zeitung", sondern auch in mannigfachem anderen bildlichen Schmucke bemerkbar. Es wurde Sitte, Titel, Diplome und Programme mit Holzschnittbildern zu zieren, und eine Stuttgarter Buchhandlung ließ sogar eine Prachtausgabe des Nibelungen-Liedes mit Holzschnitten nach den Schnorrschen Bildern schmücken. Dabei bürgerte sich der Holzschnitt immer mehr ein, worauf es sich fast von selbst ergab, daß schon zwei Jahre nach der Gründung der „Illustrierten Zeitung" eine zweite illustrierte Zeitschrift hervortrat, allerdings von durchaus anderem Charakter und auch unter vollständig andern Verhältnissen, ein humoristisches Journal unter dem Titel „Fliegende Blätter" in München.

Der Gründer des Blattes war der Maler Kaspar Braun. Aber dieser ging nicht als vorsichtig abwägender, die Verhältnisse mit scharfem Auge überblickender Geschäftsmann ans Werk, wie Johann Jakob Weber, sondern es war mehr ein Ungefähr, das ihn veranlaßte, die „Fliegenden Blätter" ins Leben zu rufen.

In Aschaffenburg am 13. August 1807 geboren, eignete sich Braun zunächst in seiner Vaterstadt eine tüchtige Gymnasial-

dung an und ging dann 1822 nach München, um dort Maler werden. Mit frischem Wagemut versuchte sich der fleißige unstjünger in allen Arten der Technik, der Ölmalerei, der reskomalerei, dem Steinzeichnen, der Radierung und selbst in r Holzschneidekunst, in der er es aber, da sie in Ermangelung jedes uglichen Werkzeuges bloß mit dem studentischen Federmesser ekutiert werden konnte, nur zu sehr ungenügenden Ergebnissen achte. Er blieb dann schließlich bei der Ölmalerei, die ihm die eiste Aussicht auf Erfolg zu bieten schien, und schuf eine Reihe n Bildern, die auch Anerkennung fanden, „Pappenheims Helden-d in der Schlacht bei Lützen", „Gustav Adolfs Leiche auf dem elde zu Lützen", „Kaiser Otto II. auf der Flucht durch den rdenner-Wald" u. a. Allein eine besondere Position in der unstwelt erlangte er trotz aller Anerkennung nicht mit ihnen, nd so fing er wieder zu zeichnen an. Da sah er eines Tages ie vorzüglich in Holz geschnittenen Illustrationen Grandvilles zu afontaines Fabeln, und sofort erwachte die alte Neigung für en Holzschnitt wieder in ihm. Diesem wollte er sich fortan vidmen. Aber in Deutschland war kein Meister, an dem er sich hätte bilden können; er entschloß sich daher, 1838 mit seinem Freunde Johann Rehle nach Paris zu gehen, wo es ihm dann auch mit Grandvilles Hülfe gelang, Schüler des berühmten Xylographen Henri Brevière zu werden. Mit eisernem Fleiß brachte er es bald zu großer Fertigkeit, so daß er nach einiger Zeit, nach München zurückgekehrt, dort mit dem ihm befreundeten Herrn v. Dessauer eine xylographische Anstalt gründen konnte. Später löste sich diese Geschäftsverbindung, und an die Stelle Dessauers trat der Buchhändler Friedrich Schneider (geb. 10. Okt. 1815). Die Anstalt hatte sich mittlerweile sehr gehoben; von allen Seiten kamen Aufträge, da es immer mehr Sitte wurde, den Holzschnitt statt des Stahlstiches bei den Illustrationen zu verwenden. Auch die Münchener Liedertafel ging zu dieser neuen Geschmacksrichtung über und ließ ihre Programme von der xylographischen Anstalt von Braun und Schneider mit künstlerischem Schmucke ausstatten. Diese von köstlichem Humor belebten Zeichnungen Kaspar Brauns fanden aber weit über die Grenzen der Liedertafel hin-

aus Beachtung und Beifall, so daß der Künstler auf den Gedanken kam, öfters dergleichen „Fliegende Blätter" in die Winde zu werfen, da sie „von der fröhlichen Jugend sicherlich und gern eingehascht würden." Dazu sollte abwechselnd Altes und Neues benutzt werden. Die erste probeweise ausgegebene Nummer, welche die zwanglose Reihe 1845 eröffnete, gefiel aber so ausnehmend, daß schon nach kurzer Zeit die zweite folgte mit dem Vermerk: „24 Nummern bilden einen Band", worauf sich dann die weiteren anreihten. In № 4 heißt es: „Erscheinen monatlich 2 bis 3 Mal." Die kleinen Hindernisse, die sich noch in den Weg stellten, wurden leicht überwunden, und bald segelte das neue Journal, das ganz unvermutet entstanden war, seine sichere Bahn. Doch erst in № 60 wagte man zum erstenmale den Vermerk zu machen: „Erscheint wöchentlich einmal". Die erste Titelvignette mit politischem Beigeschmack und den Karikaturporträts der Herausgeber wurde nur bei der ersten Nummer verwendet; die zweite Nummer trug bereits die jetzt noch gebräuchliche, die mittlerweile in Paris geschnitten worden war. Die Sorge, daß wegen Mangels an Stoff der Spaß eines Tages vertrocknet sein werde, wurde bald gegenstandlos, denn die Beiträge strömten von allen Seiten zu, und die Flut wuchs der Redaktion beinahe über den Kopf. Deutschland besaß damals noch kein einziges derartiges Witzblatt, und so fiel den „Fliegenden Blättern" sofort ein höchst dankbares Publikum aus allen Ecken und Enden Deutschlands zu, das auch gern seine humoristischen Einfälle, Scherze und Witze beisteuerte.

Irgend welches Programm wurde von den Herausgebern nicht aufgestellt; man brachte alles, von dem man sich versprach, daß es die Beschauer und Leser amüsieren würde, und da eine lebhafte politische Stimmung alle Kreise beherrschte, so streute man zwischen die Scherze über Spießbürgernarrheiten, Jagdabenteuer und Kirchweihschlägereien auch reichliche politische Satiren ein, die ganz besonders gefielen. Kaspar Braun erfand die Karikaturfiguren Baron Beisele und dessen Hofmeister Dr. Eisele, die Deutschland durchreisen und höchst ergötzliche Erfahrungen machen, ferner den politisierenden Wühlhuber, den Heulmaier und den Master Vorwärts, Pocci den Staatshämmoridarius ꝛc.

loritz von Schwind wagte sich sogar bis an den König Ludwig I.
ran und machte sich in köstlicher Weise über dessen Liebeshandel
it der Tänzerin Lola Montez lustig. Der Spott war in eine
abel gekleidet, „Der Teufel und die Katze", die ganz reizende
ilder umrahmten. „Es war einmal", begann die Fabel, „ein
jönes schwarzes Kätzlein, Mausbeisia geheißen; das hatte eines
istern Abends ein Mäuslein gefangen." Das bittet gar rührend,
am Leben zu lassen; es verspricht dafür, ihm lebenslang dienst=
ır und gehorsam zu sein, ihm auch mit „allerlei Kurzweil und
llotrien die Zeit zu vertreiben." Mausbeisia gewährt die Bitte
nd das Mäuslein leuchtet ihr schon am nächsten Abend gar
erlich mit einem blechernen Laternlein beim Mausfang. Das
hwarze Kätzlein war unmaßen froh über seinen Sklaven. Doch
ereits nach kurzer Zeit war das Mäuslein schon mächtig in der
lunst seiner Gebieterin gewachsen, und es mochte schwer zu unter=
heiden sein, wenn Mäuslein anmutig die stolze Mausbeisia über
ie Straße geleitete, ob es Diener oder Kavalier seiner Dame sei.
– Bald herrschte der frühere Sklave im Hause, und Maus=
eisia mußte oft die Ausbrüche seiner Launen und Ränke dulden,
ie namentlich jeden Morgen, wo er der zum Schatten gewor=
enen Gebieterin regelmäßig den Schweif auskämmte und dabei
upfte, zupfte und kratzte, schon unerträglich waren. — Düstere
hnungen durchbebten Mausbeisias Busen, sie sah bald, aber zu
pät, ein, daß sie einem Ungetüm das Leben geschenkt, welches
ffen die Larve wegwarf, grinsend die Peitsche über sie schwang
nd sie in Netze zog, aus denen kein Entrinnen mehr war. In
iner stürmischen Nacht erscholl aus Mausbeisias Hause ein ent=
tzliches Wehgeschrei, und man will gesehen haben, daß ein grau=
ames Gespenst, so einige für den Teufel selbst gehalten, die Katze
urch die Luft davongeführt habe. Moral: „Nimm keinen
Teufel in dein Haus, auch wenn er noch so klein wäre, denn er
wird dir über den Kopf wachsen und dich verderben."

Im Jahre 1848 steigerte sich natürlich die Schärfe des
Witzes; er bekam nicht selten einen Stich ins Grimmig=gallige
und Bissige. Der preußische Leutnant zieht die zweite Garnitur
einer Handschuhe an, weil er vielleicht in den Fall kommen wird,

die „Kanaille" zu vernichten. Der bayrische Soldat schimpft über die Revolutionäre, die die Hausschatz-Frage debattieren: „Die Sakro — geben halt koan Ruh, z'erst ist's ihnen nit recht g'wesen, daß der König an Schatz hat, und jetzt ist's ihnen wieder nit recht, daß er koan hat!" In der Bürgerwehr ist die Gemütlichkeit die Hauptsache, und da die Offizierswahl Differenzen zu bringen scheint, schlägt der Vorsitzende vor: „Meine Herren, damit wir keine Unannehmlichkeiten haben, bleiben wir alle Offiziere und wählen uns lieber einen Gemeinen!" Am meisten oben auf in der bewegten Zeit sind natürlich die Frankfurter, denn ihre Stadt ist ja das Zentrum des politischen Lebens. Sie nehmen denn auch in Bezug auf ihre Wünsche und Forderungen den Mund sehr voll. „Un e Republik will ich hawe", ruft der Frankfurter Pfahlbürger aus, „un wenn's mei Läwe gild! Un e Kaiser will ich hawe, und wenn's mein Kopp kost!" Selbst die Frauen haben dort ihre ausgeprägte politische Ansicht. Eine Schneidersfrau, die über den Besuch der Parlamentssitzungen ihre häuslichen Arbeiten versäumt und deswegen von ihrem Manne mit der Frage: „Was willst du denn eigentlich?" zur Rede gestellt wird, antwortet pathetisch: „Ich will monarchisch-republikanische Anarchie auf der breitesten Unterlage!"

Als die stürmische Periode von 1848 vorüber war, zogen sich die „Fliegenden Blätter" aus der politischen Arena zurück, vermieden jede Beziehung zur Zeitstimmung und beschränkten sich auf den tendenzlosen Humor, auf das Gebiet des Naiv-Komischen, gingen aber auch hier allem schärferen und ätzenden Spotte aus dem Wege. Der Philister, der Pantoffelheld, der Haustyrann, die Schwiegermutter, der Backfisch, der Bergfex, der Studentenspund, der geadelte Kommerzienrat ꝛc. sind ihre Helden und Heldinnen. Dadurch verloren sie ihre humoristische Individualität und sanken zum bloßen Sammelplatz von allerlei Scherzen, Witzen und drolligen Anekdoten herab. Sie besitzen darum auch keine literarische Physiognomie und haben auch, trotz ihres langen Lebens, keine humoristische Literatur hervorgerufen, wenngleich Dichter wie Geibel, Scheffel, Bodenstedt, Stieler, Kobell, der Ästhetiker Vischer u. a. zuzeiten sich als Mitarbeiter einstellten.

So gering also die literarische Bedeutung der „Fliegenden
ätter“ ist, so hoch steht auf der andern Seite ihre künst-
rische. Mit Recht ist von ihnen gesagt worden, daß sie ein
lbes Jahrhundert lang nahezu der einzige feste Hort des feinen
istlerischen Holzschnittes, der Faksimiletechnik, wie des Ton-
nittes gewesen sind. Eine große Menge vorzüglicher Künstler
it in den Kreis ihrer ständigen Mitarbeiter; es seien nur Karl
pitzweg, H. Dyck, Eduard Ille (der auch von 1864 ab bis zu
nem 1900 erfolgten Tode ständiger Redaktions-Beirat war), Max
iber, der Jagdhumorist, Karl Stauber, F. Lossow, Ludwig von
agels, der die vorzüglichen Pferde- und Soldaten-Karikaturen
uf, Wilhelm Busch, Adolf Oberländer, Franz Stuck, Thomas
heodor Heine, E. Harburger, Hermann Schlittgen, A. Hengeler,
ermann Vogel und Fritz Staub genannt.

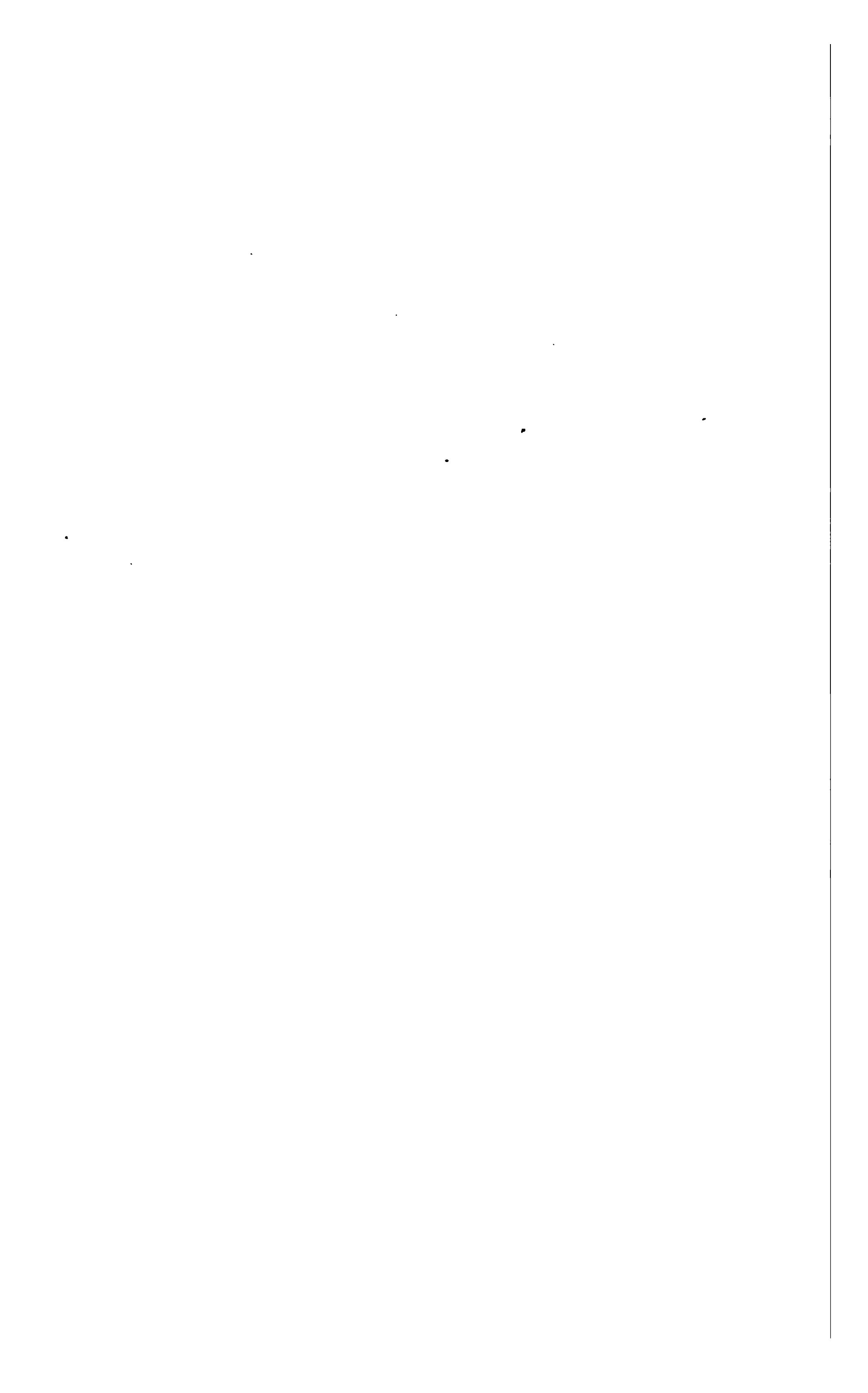
Die Gründer der „Fliegenden Blätter“ waren auch beide bis
n ihr Lebensende die Hauptredakteure des Blattes, doch starb
riedrich Schneider bereits am 9. April 1864, während es Kaspar
raun vergönnt war, noch dreizehn weitere Jahre, bis zu seinem am
9. Okt. 1877 erfolgten Tode, für sein Blatt zu wirken. Heute
ichnet ein Sohn Friedrich Schneiders, J. Schneider, als ver-
ntwortlicher Redakteur.

Mit den „Fliegenden Blättern“ schließen wir die lange, kaum
bersehbare Reihe der Zeitschriften der dreißiger und vierziger
Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Ganz außerordentlich viel
Mittelmäßiges und nur wenig Wertvolles ist uns im Laufe unserer
Betrachtung begegnet, da jede freiere geistige Regung von den deut-
schen Regierungen alsbald unterdrückt wurde. Aber trotzalledem
ind diese mannigfachen Journale ganz bedeutende Förderer unseres
nationalen Geistes gewesen, hochwichtige Mithelfer bei der Über-
windung jener traurigen Periode, die wir als die Zeit des Vor-
märz bezeichnen. Es zeugte daher auch von einer durchaus rich-
tigen Beurteilung des Journalismus jener Jahrzehnte, als Varn-
hagen von Ense einmal in einem Briefe an Troxler sagte: „Und
doch sind diese papierenen Fluten, geschriebene und gedruckte, die
stärksten Wogen der Zeit.“

Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Preßfreiheit.

(1848 und 1849.)



Erstes Kapitel.

Das Zeitungswesen in Preußen.

Die Berliner Presse. Die Aufhebung der Zensur und die Verkündigung der eßfreiheit. J. H. v. Kirchmann über die freie Presse. Die alten Berliner Zeitgen. Die neuen Blätter. Die allgemeine Haltung der Zeitungen. Die Hülfigkeit der Blätter gegenüber der Fülle der Ereignisse. Ihr enger Gesichtskreis. e „National-Zeitung". Ihre Gründer. Ihr Programm. Ihr Chef-Redakteur Zabel; ihr geschäftlicher Leiter Bernhard Wolff. Ihr Mitarbeiter Rudolf ym. Die übrigen Mitarbeiter. Wolffs Telegraphisches Bureau. Die „Urihler-Zeitung". Ihr Gründer A. Bernstein; ihr Mitredakteur H. Holdheim. e „Neue Preuß. Zeitung" (Die Kreuzzeitung). Ihr Gründer ist Bismarck. ssen Stellung zur Presse überhaupt. Seine Aufforderung, eine konservative itung zu gründen. Deren Programm. Die Gründung der Zeitung im Mai 48. Ihr erster Chef-Redakteur Hermann Wagener. George Hesekiel. Die ltung der „Kreuzzeitung". Bismarcks „Kreuzzeitungs"-Artikel. Die „Kontutionelle Zeitung", eine Gründung Hansemanns. Ihr Redakteur K. Weil lt keine bestimmte Richtung ein. Rudolf Haym übernimmt die Redaktion. Ende der Zeitung.

So angelegentlich auch die deutschen Regierungen bestrebt aren, die Presse in möglichst engen Schranken zu halten und sonders die Erörterung der politischen Angelegenheiten auf das ringste Maß zurückzudrängen — das allgemeine heiße Verlangen n Volke, aus der kläglichen Bevormundung, der Jämmerlichkeit er politischen Verhältnisse herauszukommen und zu freiheitlichen Institutionen, sowie zu einem festgefügten Staatswesen zu gelangen, uchs darum nur um so ungestümer empor. Schon im Herbst 847 bildeten sich daher in Süddeutschland im stillen politische Vereine, die es sich zur Aufgabe machten, gesundere politische

Verhältnisse herbeizuführen, und als dann plötzlich am 24. Februar 1848 in Paris die Revolution ausbrach und das Julikönigtum wie ein Kartenhaus zusammenstürzte, erhoben sich auch mit einem Schlage in ganz Deutschland Tausende von Stimmen, die laut und ungestüm nach Reformen und nach der Befreiung der Presse von allen hemmenden Fesseln riefen. Der Sturm brach so plötzlich los, daß ein jäher Schrecken alle Regierungen erfaßte. Am meisten fühlte sich der Hohe Bundestag erschüttert; er wurde von einer greisenhaften Angst befallen und machte in aller Eile die umfassendsten Zugeständnisse. Mit einer ans Komische grenzenden Hast erließ bereits am 1. März das Präsidium der Bundesversammlung in deren Namen eine Ansprache an das deutsche Volk, in der es sich zu der Ansicht emporschwang, „Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre“, und zwei Tage später, am 3. März, geschah das Unerhörte, kaum Glaubliche, daß die Bundesversammlung einen Beschluß faßte, demzufolge es jedem deutschen Bundesstaate freigestellt wurde, *die Zensur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen*. Einige Wochen darauf erfolgte auch die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819 für ganz Deutschland.

Eine ganze Anzahl deutscher Staaten entsprach jetzt dem allgemeinen Drängen und gab die Presse frei. Bereits am 4. März 1848 publizierte die *Freie Stadt Frankfurt* ein neues Preßgesetz, das nur die wenigen kurzen Paragraphen enthielt: § 1. Die Presse ist frei. Die Zensur darf nie wieder eingeführt werden. § 2. Vergehen oder Verbrechen, durch die Presse verübt werden nach dem bestehenden Rechte geahndet. § 3. Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redakteurs versehen sein. Am 7. März folgte das *Herzogtum Nassau*, in dessen Bereiche in den letzten drei Dezennien nicht eine einzige politische Zeitung hatte erscheinen dürfen, und veröffentlichte das Preß-Gesetz: „§ 1. Die Zensur ist aufgehoben und unbeschränkte Preßfreiheit eingeführt. § 2. Vergehen, welche durch das Mittel der Presse begangen werden, unterliegen den

lgemeinen Strafgesetzen. § 3. Solche Vergehen werden von of- und Appellations-Gerichten abgeurteilt.“ Am selben Tage achte auch die Regierung des Herzogtums Gotha bekannt, aß fortan die Presse frei sei. Ein Großherzoglich Weimarisches Patent vom 8. März 1848 erklärte: „Die Preßfreieit, wie dieselbe bis zur Erlassung des Patents vom 30. Okt. 1819 n Großherzogtum bestanden hat, ist hiermit wieder hergestellt“ ꝛc.

Die beiden Großstaaten Österreich und Preußen suchten unächst noch die allgemeine Bewegung von sich fern zu halten; ald aber schlugen auch dort die Wogen über den Regierungen usammen, worauf in Wien am 14. März und in Berlin am 7. die Fesseln der Presse fielen.*) Außerdem wurde in Berlin am 0. März auch allen denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurteilt vorden waren, vollständige Amnestie gewährt. Schließlich beseitigte Preußen auch noch mit dem 1. Januar 1849 den lästigen Zeitungsstempel und mit dem 1. Januar 1850 das sogenannte Intelligenz-Wesen, nachdem der Landtag am 31. Dezember 1849 ein entsprechendes Gesetz angenommen hatte.

Naturgemäß glich jetzt die so plötzlich entfesselte Presse einem vilden Bergstrom, der, lange durch viele Hindernisse aufgehalten, endlich alle Schranken durchbricht und brausend und zischend, Trümmer und aufgewühlten Schlamm mit sich fortreißend, mit vieler Vehemenz vorwärts stürzt.

Verhältnismäßig am leichtesten und geschicktesten fand sich die Presse von Berlin in die neue Situation, wiewohl auch hier zunächst höchst wunderliche Blasen aufstiegen. Die Leute der strengen Ordnung und Wohlanständigkeit ergriff darauf Bangen

*) Der Kuriosität wegen mag erwähnt werden, daß noch vor dreiviertel Jahren ein Vertreter der Rechten des Vereinigten Preußischen Landtages, Adolf von Thadden-Triglaff, so wenig an die Möglichkeit einer Gewährung der Preßfreiheit glaubte, daß er, als es sich um die Einführung der ihm verhaßten Grundrechte handelte, am 21. Juni 1847 trotzig sagte: „Mein Antrag lautet: Preßfreiheit — wirkliches öffentliches Verfahren mit den Herren Literaten, und ganz dicht dabei den Galgen! Und ich bitte nur noch die Herren Stenographen, die Worte ‚wirklich‘ und ‚Galgen‘ ganz gehörig zu unterstreichen!“

und Entsetzen, und bei der Staatsanwaltschaft liefen viele Denunziationen ein, mit der Aufforderung, strafend einzuschreiten. Allein der Staatsanwalt Julius Hermann von Kirchmann erließ unter dem 11. April 1848 eine Bekanntmachung, die in den Annalen der deutschen Presse einen weithin sichtbaren Platz verdient. Nur wenn die Tagesblätter unmittelbar Personen angriffen oder zur Verletzung des Eigentums aufforderten, sagt er, könne gegen sie eingeschritten werden. Dann fuhr er weiter fort: „Theoretische Untersuchungen der Journale, möchten sie auch in der Diskussion der Regierungsformen oder der Eigentumsrechte noch so weit gehen, sind der Autorität des Staatsanwalts entzogen. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, auch des böswilligsten, gibt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldstrafen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Vertreter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit gibt es nur ein Mittel — sie zu widerlegen. Verführerischen Theorien wird der gesunde Volkssinn stets widerstehen ... Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen." Dieser Staatsanwalt wurde allerdings später wegen seiner liberalen Ansichten seines Amtes entsetzt. Er machte sich dann durch eine Reihe juristischer und philosophischer Schriften einen bedeutenden Namen.

In Berlin erschienen beim Ausbruch der Revolution außer dem Regierungsblatte, der „Allgemeinen Preußischen Zeitung", noch immer nur zwei Blätter von wirklicher Bedeutung, die „Spenersche", die in diesen Tagen in der Person des Dr. Alexis Schmidt (geb. 1818, gest. 1903) einen neuen Redakteur erhielt, der dann die Leitung des Blattes jahrzehntelang innehatte, und die „Vossische Zeitung". Daneben entwickelte sich sodann für kurze Zeit die „Berliner Zeitungs-Halle", seit 1846 von Gustav Julius herausgegeben und bisher als Börsenblatt geschätzt, zu einem laut lärmenden Revolutionsblatte, und außerdem erweiterte der „Publizist", eine seit 1845 bestehende „Zeitschrift zur Besprechung gerichtlicher und polizeilicher Gegenstände, gesellschaftlicher und bürgerlicher Verhältnisse in Beziehung

ıf jene Gegenstände", herausgegeben von A. F. Thiele, seine endenz in liberalem Sinne und wurde ebenfalls eine Tageszitung. Doch schon Ende März begann Dr. E. Meyen „Die eform, Organ der demokratischen Partei", eine wöchentlich chsmal in Folio erscheinende Zeitung, herauszugeben; unmittelır darauf, am 1. April, erschien die erste Nummer der „Naonal-Zeitung", und weiterhin tauchte in rascher Folge ein ınzes Heer von Blättern auf, von denen sich aber manches nur nes Daseins von wenigen Wochen, ja in verschiedenen Fällen ur von einigen Tagen erfreuen konnte. Die meisten schwanden ahin, als im November 1848 der Belagerungszustand über Berlin verhängt wurde; von den übriggebliebenen mußten dann iele ihr Erscheinen einstellen, als nach der preußischen Verfassung om 31. Jan. 1850 mit dem 1. Juli 1850 für jede periodische olitische Druckschrift die Kaution eingeführt wurde. Die Kauion betrug für Zeitungen, die wöchentlich dreimal oder weniger rschienen, nicht unter 500 Taler, bei mehr als dreimal erscheinenen nicht unter 1000 Taler und in der Regel bei täglichen Zeiungen nicht unter 5000 Taler.

Bereits zu gleicher Zeit mit der „National-Zeitung" erschien ım 1. April 1848 die „Lokomotive, Zeitung für politische Bildung des Volkes", herausgegeben von Held, gelangte sechsmal röchentlich zur Ausgabe und bestand sodann bis 1850, am 5. April „Die Volks-Stimme, Blatt des Volksvereins für Arbeiter und Arbeitgeber", herausgegeben von Max Schaßler, am 3. April die „Deutsche Arbeiter-Zeitung", herausgegeben von F. Behrend und Schmidt und eine zweite „Deutsche Arbeiter-Zeitung", redigiert von Dr. A. Lubasch und Theophil Bittkow. am 22. April die „Konstitutionelle Klub-Zeitung", herausgegeben vom konstitutionellen Klub und redigiert von Dr. Robert Prutz, zu Anfang des Mai die „Deutsche Volkszeitung für Stadt und Land", redigiert von Dr. Bernhardt, am 3. Mai die „Bürgerwehr-Zeitung", redigiert von den Majors L. Blesson und von Wimpffen, später von Fr. Schröder, ferner „Die Bürger-Wache, ein Wochenblatt für das Bedürfnis der Zeit", redigiert von J. A. Wohlgemut, am 6. Mai „Freischaar

für Polen, Blatt des Berliner deutschen Komitees zur Wiederherstellung Polens, redigiert von Dr. Solger, am 22. Mai „Der Demokrat“, herausgegeben von Baader, Massaloup und Wiß, die „Preußische Parlaments-Zeitung“, herausgegeben von J. Horwitz und „Das neue Preußen, ein zwanglos erscheinendes (konservatives) Blatt zur Besprechung der Tagesfragen“, redigiert von M. Goldschmidt, am 13. Juni die „Berliner Zeitung“, von № 3 (24. Juni) ab „Berliner Abend-Zeitung“, redigiert von Dr. Karl Retslag und August Geyger, am 16. Juni die „Neue Preußische Zeitung“, zur selben Zeit, doch ohne Angabe des Datums, „Die ewige Lampe“, herausgegeben von Dr. Karl Siechen nebst Familie, der sich weiterhin „Die ewige Lampe oder Lampe der Hase“ zugesellte, die aber gleich mit № 21 begann, dazu bemerkend „die 20 ersten Nummern sind ausgefallen“, am 20. Juni die „Neue Berliner Zeitung“ im Deckerschen Verlage, die später den Titel „Die deutsche Reform“ erhielt, am 1. Juli die „Bürger- und Bauern-Zeitung“, herausgegeben von Otto Ruppius und „Die Reform, politische Zeitung“, herausgegeben von Arnold Ruge und H. B. Oppenheim, die bereits am 1. April in Leipzig gegründet worden war, weiterhin im Laufe des August das „Neue Berliner Tageblatt“, redigiert von W. Meiselbach, „Die Barrikade, Unterhaltungsblatt der Gegenwart“, Verlag von R. Liebmann, und „Berliner Großmaul“, am 5. September „Der Volks-Tribun“, redigiert unter der Verantwortlichkeit der Verlagshandlung von S. Löwenherz, am 7. Oktober die „Berliner Bürgerwehr-Zeitung“, herausgegeben von Dr. L. Weyl und und H. Dehnike, im Laufe des Oktober „Die Republik, neue Zeitung für das deutsche Volk“, redigiert von August Braß, und „Die deutsche Reform, politische Zeitung für das konstitutionelle Deutschland“ redigiert von C. M. Oldenburg, und am 23. Dezember noch eine „Berliner Zeitung“, redigiert von Adam Loeffler.

Im Jahre 1849 ging die Hochflut zwar merklich zurück, doch trat auch jetzt noch eine ganze Reihe von Zeitungen nach und nach ins Leben: am 1. Januar „Die ewige Leuchte, politische

tirisches Oppositionsblatt“, redigiert von Arthur Müller, und rner am selben Tage vom selben Verfasser „Die ewige Fackel, n Oppositionsblatt“, am 2. Januar die „Preußische Volks-eitung“, herausgegeben von Johannes de Marle, am 3. Januar ie „Deutsche Bürgerwehr-Zeitung“, bisher „Berliner ürgerwehr-Zeitung“, jetzt redigiert von Dr. Edler und Dr. L. Weyl, am 26. Februar „Die Tribüne, kritische Blätter aus em preußischen Parlamente“, redigiert von Ernst Dohm und ernhard Stein, am 29. März die „Urwähler-Zeitung, Organ für Jedermann aus dem Volke“, später fortgesetzt als Volkszeitung“, ungefähr um dieselbe Zeit die „Konstitutio-elle Zeitung“, redigiert von Dr. Karl Weyl, am 2. April ie „Buddelmeyer-Zeitung zur Belehrung und Erheiterung ür Stadt und Land“, redigiert von Dr. Cohnfeldt, ebenfalls im April „Der Staatsbürger, Zentralorgan für die allgemeinen olitischen und materiellen Angelegenheiten“, redigiert von Dr. J. L. Glaser; ohne Datum, doch wohl ebenfalls zu Anfang des April die „Neueste Preußische Zeitung — Rückwärts mit Gott für König und Vaterland“, Redaktion in Frankfurt a. M., Redakteur E. Koch, Druck in Berlin, wohl Anfang Juli die „Berliner Allgemeine Montags-Zeitung“, redigiert von L. Stern, am 15. Juli die „Königs-Zeitung, Organ des Treubundes für König und Vaterland“, redigiert von Ferdinand Habel und „Juchheirasasa! Die Preußen sind da“, eine Zeitung, von der, wie es scheint, nur 9 Nummern, vom 18. Juli bis 10. September, erschienen sind.*)

Eine ausführliche Betrachtung kann nur der „National-Zeitung“, der „Urwähler-Zeitung“ und der „Neuen Preußischen Zeitung“ und eine kurze Charakteristik der „Konstitutionellen Zeitung“ gewidmet werden. Doch sei zunächst die allgemeine Haltung der Zeitungen charakterisiert.

Als die Revolution ausbrach, war die Berliner Presse nicht

---

*) Von der weitaus größten Mehrzahl dieser Blätter sind heute nur noch wenige Nummern vorhanden. Die verhältnismäßig reichhaltigste Kollektion befindet sich in der Magistrats-Bibliothek zu Berlin, in der Friedländerschen Sammlung.

im stande, die Bewegung zu übersehen und in ihrer Bedeutung zu erfassen. Sie brachte nur ungenügende Schilderungen der Vorgänge, erging sich in allgemeiner Freiheitsbegeisterung und blieb eine Beurteilung der Lage schuldig. Parteiansichten traten noch nicht hervor. Ein Chaos von Nachrichten, Aufrufen, Bekanntmachungen, Ratschlägen und Wünschen drängte sich in den Blättern. Daher klagte die Redaktion der „Zeitungs-Halle“, daß sie „allein in den letzten Tagen“ zwischen 60 bis 70 größere Aufsätze erhalten habe, die sie weder durchsehen und noch viel weniger abdrucken könne, und die „Vossische Zeitung“ erklärte, sie könne unmöglich alle die Artikel zurücksenden, die ihr in den letzten Tagen zugegangen seien. Ihrer Genugtuung über die Aufhebung der Zensur gab sie am 20. März in einem „Extrablatt der Freude“ Ausdruck. „Von nun an ist diesen Blättern eine größere Aufgabe gestellt,“ hieß es dort. „Wie sie dieselben lösen werden, darüber müssen sie ihre Kräfte selbst erst prüfen. Wie sie aber dieselbe aufzufassen haben, darüber waltet ihnen kein Zweifel ob, und wir dürfen hoffen, daß auch die Leser, welche unsere Bestrebungen und Richtungen, soweit die Verhältnisse den Ausdruck derselben möglich machten, gefolgt sind, darüber keinen Zweifel hegen werden. Unser Banner ist der Fortschritt!“

Nach der Begräbnisfeier am 22. März begann sich jedoch dieser chaotische Zustand zu klären. Es bildeten sich politische Klubs, und in diesen traten bestimmte Tendenzen hervor; die ersten Forderungen tauchten auf und damit die ersten Streitfragen. Der Kammergerichts-Assessor Pohle verlangt in der „Spenerschen Zeitung“ vom 4. April, daß das stehende besoldete Militär in Preußen auf ein Drittel des bisherigen reduziert werde. „Das Militär ist in den Bürgerstand aufgenommen,“ erklärt er, „der König und Vater ist mit seinen Untertanen und Kindern eins geworden .... Vom Militär-Etat können nunmehr 12 bis 14 Millionen jährlich gespart werden.“ Weiterhin bildeten der Landtag und das Wahlgesetz den Gegenstand heftiger Erörterungen. Die „Vossische Zeitung“ räumte die erste Stelle ihres Redaktionsteiles — um allen gerecht zu werden — den verschiedensten Ausführungen über das Wahlgesetz ein. Ferner

ird eine Besserung der gewerblichen und finanziellen Verhältnisse rlangt. Der Justizkommissarius Robert spricht in der „Vossi-hen Zeitung“ vom 8. April „ein Wort über die Abhülfe der eldnot und des „Geldmangels“ und schlägt vor, daß das vor-andene gemünzte Geld zwar unbedingt anerkanntes Wertzeichen leibe, daß ihm aber eine Staatskreditvaluta als Papiergeld mit wangskurs durchaus gleichgestellt, ferner, daß das Ausführen es gemünzten Geldes nach dem Auslande unbedingt verboten erde. John Prince-Smith, der damals in Berlin lebte, wollte ine „Emanzipation der Gemeinden“ als ersten Schritt zur „Ver-inderung des Beamtenregiments“.

Zu einem **weiteren** Blick vermochten sich die Politiker aber och nicht emporzuschwingen. Die deutsche Frage, die Süd-eutschland schon lebhaft beschäftigte, wurde kaum gestreift. Nur nit **Rußland** beschäftigte man sich des öfteren. Man fürchtete, „weil Preußen der Freiheit der Polen nichts in den Weg lege“, o könne Rußland dem Königreich Preußen den Krieg erklären. Doch waren auch hier die Ansichten sehr verschieden. Die „Vos-sische Zeitung“ sah die Situation als sehr ernst an und berech-nete bereits den Bestand der russischen Armee, ja sie bestimmte sogar schon vier preußische Armeekorps, die den vier Korps der russischen aktiven Armee gegenüberzustellen seien. Die „Spener-sche Zeitung“ zeigte sich dagegen weniger ängstlich, und Rötscher meinte sogar, bei der Isolierung Rußlands sei ein Angriff auf Preußen doch „sehr unwahrscheinlich“. Darauf erklärte aber die „Vossische Zeitung“ einige Tage später, ein Krieg mit Rußland sei nicht nur wahrscheinlich, sondern „unvermeidlich“. In dieser dilettantischen Weise wurde weiter politisiert.

Bei dieser Fülle von politischen Erörterungen trat das In-teresse für Theater und Literatur, das bisher im Vordergrunde gestanden und bisweilen das ganze geistige Leben Berlins be-herrscht hatte, weit zurück. Tief bekümmert sahen sich die Theater-kritiker, die Schauspiel- sowohl, wie die Opern-Referenten, die einst eine so große Rolle gespielt hatten, bei Seite geschoben. „Die Tempel der dramatischen Kunst,“ klagte Rötscher in dem ersten Theaterberichte, der nach dem 18. März am 24. März wieder in

der „Spenerschen Zeitung“ erschien, „haben drei Tage lang leer gestanden; der furchtbare Ernst der Wirklichkeit hatte die Bretter, welche die Welt bedeuten, vergessen gemacht.“ Und weiterhin begrüßte er die Wiedereröffnung als den Anfang einer neuen Ära auch für die dramatische Kunst. Ludwig Rellstab (in der „Voss. Ztg.“ vom 28. März) „streift jetzt an dem Kunsttempel nur vorüber“; er will von Mozarts „Figaro“ berichten, aber „selbst die reizendsten, frischesten Farben der Kunst verbleichen neben den gewaltigen Blitzen, Leuchten und Donnern des Lebens, das jetzt die Welt durchzuckt.“ Ernst Kossak dagegen (in der „Zeitungs-Halle“ vom 29. März) greift die Theaterintendantur an. „Die Schaubühne soll mit dem Gesamtleben der Nation eng verschwistert sein,“ ruft er aus. „Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint mir die jetzige unsägliche Schlaffheit der Theaterintendantur überaus verwerflich. Kleine Possen, veraltete Lustspiele und Opern werden gegeben. Wo sind denn Schillers „Fiesco“ und Goethes „Götz“, warum gibt man nicht Opern wie die einst verbotene „Stumme von Portici“ und „Fidelio“? Oder fürchtet man schon wieder den Sinn unseres trefflichen Volkes, der sich von Stunde zu Stunde immer großartiger entfaltet?“ Das Publikum aber fragte wenig nach den Theaterberichten; es schwelgte in politischen Auseinandersetzungen, Redekämpfen und hochtönenden Rodomontaden. Die Zeitungen, die hiervon am meisten boten, erwarben sich die meisten Leser. Trotz der Überfülle von Blättern, die sich alsbald bemerkbar macht, kamen doch viele, wenigstens vorübergehend, auf ihre Rechnung. Die Auflage der „Vossischen Zeitung“ stieg in kurzer Zeit um fast 4000 Exemplare; sie ging von 20300 auf 24000 hinauf.*)

Von allen neuen Blättern nahm gleich von der ersten Nummer an die „National-Zeitung“ den obersten Rang ein.

*) Wir können leider erst von hier ab die ausgezeichnete zum 29. Oktober 1904 herausgegebene Festschrift „Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte“ von Arend Buchholtz benutzen. In dieser präsentiert sich die prächtigste Monographie, die bisher von einer deutschen Zeitung veröffentlicht wurde. Im Buchhandel ist sie nicht erschienen.

Sie war pekuniär am besten fundiert und verfügte auch von vornherein über einen vorzüglichen Mitarbeiterkreis, der eine ganze Reihe geistig bedeutender Männer Berlins in sich schloß. Sie wurde als Aktienunternehmen gegründet. Zunächst erfolgte die Ausgabe von 400 Aktien, das Stück zu 25 Talern. Ein „Komitee für die Redaktion der National-Zeitung", das aus Diesterweg, Stadtrat Hermann Duncker, Eichholz, Herford, Kalisch, Mügge, Rauwerck, Runge, Rutenberg, Siemens, Volkmar und Zabel bestand, kündigte bereits unter dem 22. März das Erscheinen der Zeitung an. In dem Programm, das es dabei entwickelte, heißt es:

„In der Märtyrernacht der Freiheit vom 18. auf den 19. März ist die wahre und wirkliche Preßfreiheit für uns geboren. Dieselbe in ihrem schönsten und edelsten Sinne zum allgemeinen Besten des Volkes zu verwenden, ist unsere Aufgabe. Wir wollen den Wahlspruch: ‚Alles für das Volk und alles durch das Volk' zur Wahrheit machen. Die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe erkennen wir mit allen einsichtigen und gesinnungsvollen Bürgern des Vaterlandes an; aber wir schrecken nicht zurück, weil wir wissen, daß in jedem Menschen das Gefühl lebt, das Beste erstreben zu wollen, und erkennen darin unsere sichere Stütze. — Die Presse kann, wenn sie ihren Beruf erfüllt, nichts weiter sein, als der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Diese geht in Deutschland auf rechtsgleiche Ordnung, auf einträchtige Gleichheit, auf gesichertes Bürgerglück. Die Ansichten über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sind verschieden; die Verschiedenheit auszugleichen, die friedliche Vermittlung anzubahnen, klare und charakterfeste Männer mit ihren geprüften Ratschlägen zu hören und diese dem Urteile aller Bürger zu übergeben, ist die vorzügliche Aufgabe der Presse. — Was wir wollen, ist in Kürze angegeben: ein starkes, einiges Deutschland zum Schutz und Trutz gegen Osten und Westen. Die äußere Sicherheit unseres Vaterlandes halten wir um so weniger gefährdet, je mehr die Völker begreifen, daß ihre Interessen auf die friedlichen Eroberungen im Gebiete des Ackerbaus, der Gewerbe, der Industrie und des Handels gerichtet sein müssen. Die Stärke eines Volkes beruht

aber hauptsächlich auf der Anerkennung seiner politischen Mündigkeit." Um diese nicht bloß zu besitzen, sondern auch in der Tat zu gebrauchen und zu verwerten, will die Zeitung für eine Reihe von politischen und sozialen Reformen eintreten.

Mit diesem Programm stellte sich die Zeitung sofort auf eine höhere Warte, als die übrigen Berliner Blätter. Sie erhob sich über Preußen und faßte gleich von vorn herein ganz Deutschland ins Auge. Der Nationalstaat war von Anfang an ihr höchstes Ziel. Das Aktienkapital von 10000 Talern war alsbald gezeichnet, worauf sich ein „Verwaltungsrat der National-Zeitung" bildete, der aus Diesterweg, Stadrat Hermann Duncker, Franz Duncker, Eichholz, Esser, Falkenberg, Herford, Lehfeldt, Kalisch, Nauwerck, Runge, Siemens, Volkmar und Werner bestand. Später rief dieser Verwaltungsrat mit den übrigen Aktionären noch einen „Nationalzeitungs-Klub" ins Leben, der wöchentlich einmal zusammen kam, und in dem der Inhalt, die Richtung und die Interessen der Zeitung besprochen und Zeitfragen aller Art erörtert wurden. Die Redaktion des politischen Teiles der Zeitung wurde A. Rutenberg und Dr. F. Zabel, die des Feuilletons Theodor Mügge, dem bekannten Romanschriftsteller, übertragen. Die Leitung der Expedition übernahm Bernhard Wolff. Auf diese Weise vorzüglich ausgerüstet, begann die Zeitung am 1. April ihren Lebenslauf. Sie erschien täglich als Morgenblatt in groß Folio zum Vierteljahrespreise von 1 Taler 22½ Silbergroschen, gedruckt bei J. Sittenfeld.

Der Artikel, mit dem die Zeitung eröffnet wurde, „Was wir wollen" überschrieben, entwickelte nochmals das Programm des Blattes, betonte aber das Deutschtum noch nachdrücklicher. „Deutsche wollen wir sein im edelsten und reinsten Sinne", erklärte die Redaktion. „Vereint mit allen Deutschen werden wir den Fluß der Bewegung fördern, indem wir feste Ziele im Auge haben. Vor allem aber glauben wir, muß man die deutsche Entwicklung den Zuständen nach dem Leben, nicht nach Systemen den äußeren Zuschnitt machen oder ändern." Das Feuilleton leitete Mügge mit einer Erörterung seiner Aufgabe ein. Es sei nicht die Absicht, erklärte er, die Leser im Feuilleton zu unter-

alten bloß der Unterhaltung wegen, sondern man wolle auch ihre
Geschmacksrichtung bessern, ihr Nachdenken erwecken, „ihre Ge-
anken auf ein bestimmtes Ziel führen, ihren Gefühlen eine
Fruchtbarkeit und Empfänglichkeit für die Ideen der Gegenwart
erleihen." Der erste Berliner Artikel „begrüßte mit Freuden"
ie Veränderung im Ministerium (H. v. Arnim hatte seine Ent-
assung erhalten, und Camphausen war Ministerpräsident und
Hansemann Finanzminister geworden), die unter anderem auch die
Bedeutung habe, daß jetzt „die Rheinprovinz in das Herz der
Monarchie gerückt" sei, indem „die Männer ihres Sinnes, die Män-
ner, die sie im besten Verstande repräsentieren, im Rate des Königs"
itzen, wodurch „die mögliche Gefahr einer Zerstückelung des
Staatskörpers (man hatte „den Abfall der Rheinlande" befürchtet)
ermieden, der Ausbruch eines Gewitters an dem einen Ende der
Monarchie unmöglich geworden" sei. „Dem stillen Geiste der
Entwicklung Raum zu lassen und die Ideen zu begreifen, die sie
durchwalten," hieß es in dem Artikel weiter, „dazu ist Camp-
hausen der Mann, aber das volle Geschick des praktischen Staats-
mannes, der entschlossene Geist des energischen Handelns, die
Zuversicht des Verstandes und der Glaube an die Tat — das
sind die Tugenden Hansemanns." Als der Verfasser dieses Ar-
tikels bekannte sich Rudolf Haym, der sich bereits in einer
Charakteristik des Vereinigten Landtages schriftstellerisch versucht
hatte und später als der Geschichtsschreiber der romantischen Schule
und Biograph Herders einen hervorragenden Rang in der Ge-
lehrtenwelt einnehmen sollte.

Das Programm der Zeitung fand allgemeinen Beifall, und
als dann das Blatt auch hielt, was es versprochen hatte, gewann
es bald über elftausend Abonnenten. Diesen Erfolg hatte es
den ausgezeichneten Redakteuren zu verdanken, die es leiteten. Die
eigentliche Seele des Blattes war von Anfang an Friedrich
Zabel. A. Rutenberg trat bald zurück. Zabel wurde am
26. November 1802 zu Berlin geboren, studierte Theologie, wo-
bei er sich das Wohlwollen Schleiermachers erwarb, und bekleidete
auch einige Zeit die Stelle eines Predigtamtskandidaten in Schwedt
a. O. Doch verlangte er nach einem regeren geistigen Leben, gab

die Laufbahn des Geistlichen auf und kehrte nach Berlin zurück, wo er von 1840 ab für mehrere größere Zeitungen, unter anderem auch für die „Köln. Ztg.", zu korrespondieren begann, bis er 1848 die Chefredaktion der „National-Zeitung" übernahm, die er bis zu seinem am 4. Februar 1875 erfolgten Tode inne hatte. Für diese Position besaß er gerade die wichtigste Eigenschaft in hervorragendem Maße, die Sicherheit im Urteil. Ohne ein großer Schriftsteller und ein Mann weittragender, mächtiger Gedanken zu sein, wußte er vermöge seines scharfen Blicks und seiner feinen Witterung immer im geeigneten Momente das Richtige und das Wahre herauszufinden, so daß seine Leser bei ihm nie das Gefühl der Sicherheit verloren. Weiterhin war ihm die bei einem leitenden Redakteure besonders schätzbare Fähigkeit eigen, aus der Menge der sich fortwährend an eine große Zeitung Herandrängenden rasch die wirklichen Talente zu erkennen und sich nutzbar zu machen. Durch diesen ausgezeichneten Spürsinn wußte er sich immer einen Kreis vortrefflicher Mitarbeiter zu bilden.

Ihm zur Seite stand als speziell politischer Redakteur Ewald Matthäi (geb. 1817, gest. 1886), ein Mann von herber Zähigkeit, der nach außen hin wenig hervortrat. Früher ebenfalls Theologe, hatte er sich schon in seiner Jugend für die politische Freiheit begeistert und war dann bald zum Journalismus übergegangen. Er gehörte der Redaktion bis 1873 an, in welchem Jahr er in den Ruhestand trat.

Die Leitung des Feuilletons besorgte Theodor Mügge nur kurze Zeit, da seine Romane und Novellen seine geistige Kraft fast ganz in Anspruch nahmen. Sein Nachfolger wurde zunächst Titus Ullrich, weiterhin Eduard Tempeltey und von 1861 ab der geistvolle Karl Frenzel. Die musikalische Kritik übernahm Otto Gumprecht.

Aus dem großen Stabe der Mitarbeiter sind Otto Michaelis, der volkswirtschaftliche Fragen behandelte, Lothar Bucher, der glänzende Berichte über die erste Londoner Weltausstellung lieferte, Eduard Lasker, der Leitartikel über die innere Politik schrieb, Paalzow, Borcius, Bamberger, Adolf Stahr, Fanny Lewald,

Julian Schmidt, Hermann Lessing, Adolf Woltmann u. a. zu nennen.

Außer den tüchtigen Redakteuren und ihrem ausgezeichneten Mitarbeiterstabe erfreute sich die „National-Zeitung" jedoch auch noch eines hervorragenden Geschäftsleiters, des in hohem Grade umsichtigen Bernhard Wolff, der ein vorzügliches Organisationstalent besaß und mit vieler Klugheit das Unternehmen durch gefahrvolle Klippen wieder in das breite Fahrwasser zu leiten wußte. Wolff hatte ursprünglich Medizin studiert, aber keine Praxis erlangen können und sich daher längere Zeit mühsam durch Übersetzen englischer und französischer medizinischer Abhandlungen fortzuhelfen gesucht. Weiterhin war er als Teilhaber in die alte Vossische Buchhandlung eingetreten und hatte Karl Becks Gedichte verlegt, dabei aber, hauptsächlich durch die Schuld des Dichters, einen unangenehmen Nachdrucksprozeß heraufbeschworen, der ihn bedeutende Summen kostete und ihm den Buchhandel verleidete. Er verkaufte daher die Buchhandlung wieder und übernahm 1848 die Expedition der „National-Zeitung". Um diese auch seinerseits möglichst zu heben, kam er auf den Gedanken, den eben erst auf einigen Hauptstrecken eingerichteten elektrischen Telegraphen der Zeitung dienstbar zu machen, und ließ sich zunächst kommerzielle, bald aber auch politische Nachrichten melden. Die Gebühren waren jedoch sehr hoch; eine Depesche von Köln oder von Königsberg nach Berlin mußte mit 3 Talern und 10 Silbergroschen und eine von Petersburg sogar mit 13 Talern bezahlt werden; Wolff kam daher auf den kühnen Gedanken, für die Börse und die Presse ein Abonnement auf die ihm zukommenden telegraphischen Nachrichten zu eröffnen, und das führte ihn zur Gründung des ersten Telegraphischen Bureaus. Mit diesem wurde aber nach und nach eine völlige Revolution im Zeitungswesen herbeigeführt, besonders als Havas und Reuter dem Beispiele Wolffs folgten. Erfreulicherweise erzielte Wolff durch seine geniale Idee, nachdem er die nicht geringen Schwierigkeiten des Anfangs überwunden hatte, einen glänzenden Gewinn. Im Jahre 1865 ging das Wolffsche Telegraphische Bureau an

eine Kommanditgesellschaft über, doch blieb Wolff noch bis 1871 als General-Direktor tätig. Weiterhin widmete er sich bis zu seinem 1879 erfolgten Tode nur noch der „National-Zeitung“. Diese war nach und nach sein Eigentum geworden. Als von November 1848 ab die Reaktion in Preußen sich fühlbar zu machen begann und der „National-Zeitung“ sogar einmal auf einige Tage die Postversendung entzogen wurde, mußte der bisherige demokratische Ton des Blattes im Interesse der Selbsterhaltung bedeutend herabgestimmt werden. Dadurch büßte aber die Zeitung ein gut Teil ihrer Beliebtheit ein und verlor im Laufe der nächsten Zeit die Hälfte ihrer Abonnenten. Die Aktien des Unternehmens fielen daher sehr bedeutend, worauf Wolff sie zu billigen Preisen an sich brachte. Er rettete damit die Zeitung: denn mit den bedeutenden Mitteln, die ihm durch sein Telegraphisches Bureau zuflossen, konnte er das Blatt über die mißliche Zeit hinwegbringen und einer neuen Blüte zuführen. Und für eine solche Mission war er auch ganz der geeignete Mann. Karl Frenzel, der ihn durch persönlichen Umgang genau kannte, bezeugt uns dies in beredten Worten. „Ich bin keinem Menschen begegnet,“ schreibt er in dem Rückblick auf die ersten fünfzig Jahre der „National-Zeitung“,*) „der mir lebendiger die Vorstellung von sokratischem Geiste und Sinn erweckt hätte, als er. Allen Vorfällen des Lebens gegenüber, den freudigen wie den widrigen, bewahrte er einen ruhigen Gleichmut der Seele, eine still-heitere Gefaßtheit in das Unvermeidliche. Eine leise Ironie umschwebte sein Wesen, wenn es galt, unbillige Forderungen abzuwehren oder gereizte Empfindlichkeiten zu besänftigen. Alle behandelte er mit Höflichkeit und Wohlwollen, aber er wußte genau das Wissen und Können eines jeden abzuschätzen; seine Güte bestach selten sein Urteil.“

Das Wolffsche Telegraphische Bureau wurde drei Jahre nach Wolffs Rücktritt in eine Aktiengesellschaft, die Kontinental-Telegraphen-Kompagnie, verwandelt, die im Geschäftsjahre 1903/04 bei einem Aktienkapital von 1000000 *M.* über einen Reserve-

*) „Nat.-Ztg.“ vom 1. April 1898.

nds von mehr als 1000000 ℳ verfügte und 11,4 Prozent ividende auszahlte.

Während die „National-Zeitung" sich an den gebildeten ürgerstand richtete, wandte sich die „Urwähler-Zeitung" an n kleinen Mann, an die große Masse der Handwerker und der rbeiter in den Fabriken, an „Jedermann aus dem Volke", wie e selbst in ihrem Untertitel sagte. Doch erstand sie nicht un-ittelbar nach dem Ausbruche der Bewegung, sondern erst, als reits die ersten Zeichen der Reaktion drohend am politischen immel erschienen. Von Anfang an nahm sie daher eine ab-ehrende, verteidigende Stellung ein. Sie war von vornherein estrebt, dafür einzutreten, daß dem Volke nun auch das Eroberte rhalten bleibe. Eine gewisse nervöse Ängstlichkeit, eine bange orge, das schwer Errungene wieder zu verlieren, tritt infolge-essen oft charakteristisch bei ihr hervor und gibt ihren Aus-ihrungen eine gewisse Bitterkeit und Schärfe. Zwei Männer on sehr verschiedenartigen Charaktereigenschaften, Bernstein und oldheim, redigierten sie. Beide stammten nicht aus Berlin, doch atten sie beide die große Eruption in der Hauptstadt mit ange-hen und waren auch beide dabei mit Leib und Seele für die dee der Freiheit eingetreten. Der ältere von ihnen, Aron Bern-ein, wurde 1812 in Danzig geboren und sollte, da er einer rommen jüdischen Familie entstammte, Rabbiner werden. Die lmudische Gelehrsamkeit sagte ihm aber wenig zu; er sehnte sich ach dem frischen Leben der Gegenwart und ging daher 1832 ach Berlin, wo er mit rastlosem Fleiß literarische und auch aturwissenschaftliche Studien trieb. Namentlich zogen ihn die hysik, die Chemie und die Astronomie an. Durch verschiedene rbeiten, Essays sowohl ästhetisch-kritischen wie naturwissenschaft-ichen Inhalts, Novellen und selbst finanzpolitische Schriften zog r mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich und wurde da-urch mit den literarischen Kapazitäten der Hauptstadt, wie Cha-misso, Willibald Alexis, Varnhagen, Gubitz u. a., bekannt. Als as politische Leben begann, trat er sofort mit aller Lebhaftigkeit ür die freiheitlichen Bestrebungen ein, und als dann die Rück-schrittsbewegung eingeleitet wurde, suchte er sie so viel wie mög-

lich zu hemmen und gründete zu diesem Zwecke das kleine demokratische Volksblatt, dem er, um ihm die breitesten Schichten des Volkes zu erschließen, den Titel „Urwähler-Zeitung" gab. Die Zeitung erschien nur in bescheidenem Quartformat; die erste Nummer wurde am 29. März 1849 herausgegeben. Ihre Hauptwirkung übte die Zeitung durch die Leitartikel, die Bernstein täglich für sie schrieb, und in denen er sich als ein Meister des gemeinverständlichen Vortrags erwies. Mit großem Scharfsinn, mit außerordentlicher Klarheit behandelte er die verwickeltsten politischen Fragen und wußte dabei mit einem gewissen Humor selbst das trockenste Thema noch etwas interessant zu machen. Mit beißender Satire ging er oft dem Gegner zu Leibe, besonders der frömmelnden Sophistik der „Kreuzzeitung" und ihrer Partei. Einen besonderen Wert legte er auch auf die wirtschaftliche Befreiung des Volkes und schrieb zu diesem Zwecke eine große Menge nationalökonomischer und naturwissenschaftlicher Artikel. In Anerkennung dieser Bestrebungen verlieh ihm später (1876) die Universität Tübingen die Ehre der philosophischen Doktorwürde. Bis an sein Lebensende unablässig ein tapferer Fechter und Forscher, starb er hochbetagt 1884.

Um die Kleinarbeit der Zeitung kümmerte sich Bernstein nicht, diese besorgte Hermann Holdheim und zwar mit unermüdlicher Sorgfalt. Holdheim wurde 1825 in Breslau geboren und hatte dort kaum seine philologischen und philosophischen Studien zu einem gewissen Abschluß gebracht, als ihn das Sturmeswehen des ausbrechenden politischen Gewitters nach Berlin zog. Er kam gerade, als die Katastrophe losbrach, betätigte sich an der Verteidigung der Barrikaden und wurde darauf mit vielen andern Schicksalsgenossen in der Nacht zum 19. März in die Spandauer Kasematten gebracht, wo er bis zum Rückzug der Truppen festgehalten wurde. Diese Kampfeslust im Kleinkrieg ist ihm bis zu seinem hohen Alter eigen geblieben; noch bis kurz vor seinem am 14. Januar 1901 erfolgten Tode ist er lebhaft journalistisch tätig geblieben. Die Verfechtung seiner demokratischen Grundsätze und die unablässige Bekämpfung der reaktionären Maßregeln brachte ihn naturgemäß in viele Konflikte; über fünfzig

Mal stand er unter Anklage, und fünfundzwanzig Mal wurde er u teilweise sehr empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt.

Durch ihre unablässige Bekämpfung aller reaktionären Berebungen zog sich die „Urwähler-Zeitung" sehr bald den bittern)aß der Regierung zu; wiederholt wurden Nummern von ihr mit 3eschlag belegt, und endlich verbot am 25. März 1853 der 3olizeipräsident von Hinckeldey kurzer Hand das Weitererscheinen es Blattes. Vierzehn Tage darauf, am 9. April 1853, erweckte :doch Franz Duncker das Blatt unter dem Titel „Volks-Zeitung, Organ für jedermann aus dem Volke" im Verein mit en beiden bisherigen Redakteuren zu neuem Leben.*)

In grellen Gegensatz zu den demokratischen Blättern stellte ich die „Neue Preußische Zeitung", gewöhnlich (nach dem Eisernen Kreuz im Titelkopf) „Kreuzzeitung" genannt. Sie wurde as Organ der evangelischen Hochkonservativen, die Vertreterin es altpreußischen Adels und der kirchlichen Orthodoxie. Ihr Gründer war, wie wir jetzt durch H. v. Petersdorff wissen**), kein inderer als der Abgeordnete Otto von Bismarck-Schönhausen, mser nachmaliger erster deutscher Reichskanzler.

Von jeher ist sich Bismarck des Wertes und der Bedeutung der Presse durchaus bewußt gewesen, wenn er auch das geringschätzige Wort von den Journalisten als „Leuten, die ihren Beruf verfehlt haben", so wie das andere nicht ehrenvollere Urteil von der „Druckerschwärze auf Papier" geprägt und auch noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" erklärt hat: „Mein Respekt vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt vor dem Lärm der Redner und der Zeitungen, war niemals groß." Vom Beginn seiner politischen Laufbahn an ließ er es sich angelegen sein, Verbindungen mit der Presse zu pflegen, und als richtiger

*) Die „Urwähler-Zeitung" ist heute eine bibliographische Seltenheit. Ein komplettes Exemplar in fünf Quartbänden befindet sich in der Berliner Magistrats-Bibliothek, Friedländersche Sammlung.

**) Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte, Band 17, Heft 2, S. 240—246. Leipzig 1905.

Realpolitiker benutzte er sie immer in umfassendem Maße, wenn er sich Vorteil davon versprach, oder verfolgte sie skrupellos, wenn er besorgte, daß sie ihm schaden könne. Es sei nur an die Preßordonnanzen vom Juni 1863 erinnert. Später, in seinen letzten Jahren, hat er es gelegentlich auch nicht verschmäht, der Presse seine Anerkennung zu zollen und zu erklären, daß er die öffentliche Meinung als „Imponderabilien der Volksseele“ hoch schätze. Unzweifelhaft hat er in den politisch bewegten Zeiten gar manchen seiner Erfolge der Mitwirkung der Presse zu verdanken.

Der Wunsch, eine konservative Zeitung in Berlin zu besitzen, um durch sie die liberalen Zeitungen, besonders die süddeutschen, zu bekämpfen, tauchte bei Bismarck, wie bereits S. 429 kurz erwähnt wurde, im Sommer 1847 auf. Es schwebte ihm damals das Bild einer „ständischen Zeitung auf der Basis religiöser Neutralität“ vor, und er wandte sich, um das Projekt zur Ausführung zu bringen, an den Vizeobertribunalspräsidenten Adolf v. Kleist zu Woldisch-Tychow, den bekannten Vertrauten Friedrich Wilhelms IV., mit der Bitte, „unter Ihren Bekannten für die Beteiligung an dem Unternehmen wirksam sein zu wollen.“ Die Zeitung solle, „unabhängig von der Regierung und deren Plänen, der konservativen Partei in ihrem weitesten Umfange als Organ dienen, die Erhaltung und besonnene gesetzmäßige Fortbildung des bestehenden Rechtszustandes vertreten und die Angriffe, welche derselbe unausgesetzt erfährt, abwehren, mögen sie von der Tagespresse der Bureaukratie oder von ständischer Opposition ausgehen.“ Weiterhin schlug er vor, die Zeitung auf Aktien zu gründen, die Aktie zu 100 Talern; als Gründungskapital seien „nach näheren Erkundigungen und reiflicher Erwägung“ 10000 Taler erforderlich. Darauf bildete sich ein Gründungskomitee, zu dem außer Bismarck und Adolf v. Kleist noch Kleist-Retzow, der Geh. Regierungsrat a. D. Werdeck, Fürst Radziwill u. a. gehörten. Zugleich wurde das Programm bestimmter gefaßt. Als positive Aufgaben wurden genannt: Erhaltung der Unabhängigkeit des Königtums sowohl nach außen hin wie in bezug auf Gesetzgebung und Verfügung über die herkömmlichen Staatseinnahmen; Entwicklung der ständischen Freiheit und Selbständigkeit in Beziehung

auf die verfassungsmäßige Einwirkung der Stände auf alle inneren Angelegenheiten „im Wege der Petition"; Beratung aller Gesetzesvorschriften materiellen Inhalts; Zustimmung zu Schulden und neuen Steuern „in den von Seiner Majestät anerkannten Grenzen". Im Anschluß an die Verhandlungen des ersten vereinigten Landtages würden „Periodizität der Ausschüsse, der Gebrauch des Steuer- und Darlehnsbewilligungsrechts" in Betracht kommen. Die ständischen Gliederungen, also Provinzial-, Kommunal-Landtage, Kreistage, Gemeinden, die Organisation der nicht-ständisch vertretenen Klassen, seien aus dem ständischen Gesichtspunkte in ihren Wechselwirkungen auf Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und mit Rücksicht auf das sich in der Tagesgeschichte darbietende Material zu beleuchten. Dazu bedürfe es in der Zeitung Rubriken für wissenschaftlich-kritische Aufsätze, für politische Neuigkeiten, allgemeine statistische Notizen, gewerbliche, Handels-, Börsen- und Landwirtschaftsnachrichten, literarische Anzeigen, Privatneuigkeiten, Verwaltungs-, Personal- und sogenannte Intelligenznachrichten.

So bestimmt und genau nun auch das Programm präzisiert war, die Gründung des Blattes kam trotzdem noch nicht zu stande; es verging fast noch ein ganzes Jahr, bevor man mit der ersten Nummer hervortreten konnte. Die Revolution mit ihrem Ungewitter mußte erst kommen, ehe sich der konservative Kreis zur Tat aufschwang. Kleist-Retzow war es jetzt, der, besonders im Verein mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten Ernst Ludwig v. Gerlach in Magdeburg, die Schaffung der Zeitung hauptsächlich betrieb. Unter dem 19. Mai 1848 forderte er die Partei- und Gesinnungsgenossen zur Gründung der „Neuen Preußischen Zeitung" auf und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das im Jahre zuvor von Otto v. Bismarck und dem Fürsten Radziwill festgestellte Programm. Am 16. Juni konnte sodann die erste Nummer ausgegeben werden.

Das leitende Komitee bestand aus dem Grafen von Voß, Herrn von Bethmann-Hollweg, dem Kammerherrn Grafen Finck von Finckenstein, dem Baron Senfft von Pilsach auf Sandow, dem General Leopold von Gerlach und dem Präsidenten von Gerlach.

Als politischer Leiter des neuen Blattes wurde Hermann Wagener gewonnen, ein Mann von ausgeprägt konservativer Gesinnung; für den ausländischen Teil, besonders für den französischen und englischen Artikel, trat einige Monate nach der Gründung George Hesekiel ein, ebenfalls ein begeisterter Anhänger der preußisch-royalistischen Ideen. Die Redaktion des „Zuschauers" der „Kreuzzeitung" übernahm der berüchtigte pensionierte Postsekretär H. Goetsche, der später unter dem Pseudonym John Retcliffe die Sensations-Romane „Sebastopol" und „Nena Sahib" schrieb. Hermann Wagener wurde 1815 zu Segeletz bei Neuruppin geboren, studierte in Berlin die Rechte, war 1847 Konsistorialassessor in Magdeburg, sah sich aber schon im nächsten Jahre als Gegner der liberalen Strömung zum Austritt aus dem Staatsdienst veranlaßt und übernahm nun die ihm von der konservativen Partei angetragene Stelle als Chef-Redakteur der „Kreuzzeitung". Darauf leitete er das Blatt bis 1854, wurde dann Rechtsanwalt beim Obertribunal und trat schließlich wieder in den Staatsdienst. 1889 starb er. George Hesekiel wurde 1819 zu Halle geboren, studierte anfangs Theologie, später Geschichte und Philosophie, wandte sich aber bald dem literarischen Schaffen zu, redigierte von 1846 bis 1848 die belletristische Zeitschrift „Die Rosen", die in Leipzig erschien, von April bis November 1848 in Zeitz das konservative Blatt „Der patriotische Hausfreund" und trat dann in die Redaktion der „Kreuzzeitung", der er bis zu seinem 1874 erfolgten Tode angehörte. Neben seiner Redaktionstätigkeit schrieb er noch eine große Menge von Romanen, die sich sämtlich in der konservativen Welt- und Lebensanschauung bewegen und fast alle das preußische Königshaus, den Adel und das Heer verherrlichen. Es seien nur „Vor Jena", „Bis Hohenzieritz", „Krummensee", „Stille vor dem Sturm", „Preußens Königsbuch", „Unter dem Eisenzahn", „Wappensagen" und die „Soldatengeschichten aus alter Zeit" erwähnt. Auch verfaßte er die erste Bismarckbiographie, „Das Buch vom Grafen Bismarck" (Bielef. 1868), ferner viele patriotische Gedichte und Soldatenlieder und war auch noch ein fleißiger Mitarbeiter bei Graf Stillfrieds genealogischen und heraldischen

'orschungen. Für alle seine Begeisterung und Hingebung erntete : aber doch nur wenig Dank; es ging ihm ähnlich wie Fontane.*)

Die „Kreuzzeitung" setzte von Anfang an sehr resolut und ıtschlossen ein, stand doch hinter ihr „die kleine aber mächtige Partei", deren Hauptmitglieder, außer den schon genannten beiden Gerlachs, die Männer der nächsten Umgebung des Königs, Generaladjutant von Rauch, Hausminister von Massow, Hofmarschall Graf Keller, ferner Stahl, Kleist-Retzow, Heinrich Leo n Halle u. a., waren. Sie griff keck alles an, was ihr nicht gefiel, bekämpfte die Politik des Herrn von Radowitz, verteidigte die verhängnisvolle Ansicht, daß Österreich der Vorrang n Deutschland gebühre, und schlug auch ohne weiteres, wenn es hr paßte, der öffentlichen Meinung und dem Volksgefühl ins Gesicht. Dabei zögerte sie auch nicht, sogar den Anmaßungen und Übergriffen des allgewaltigen Herrn von Hinckeldey gelegentlich die derbsten Abfertigungen angedeihen zu lassen.

Auch dem Auslande gegenüber führte sie eine scharfe Feder, verurteilte die Reformen des österreichischen Ministers Bach, worauf dieser die Zeitung in Österreich verbot, und eröffnete eine heftige Polemik gegen den Präsidenten Louis Napoleon, so daß

---

*) Nach seiner Bestattung erschien in den Berliner Zeitungen das Sonett:

Bis daß er seine Augen hat geschlossen,
Sang er den Ruhm des Heers und Adels nur;
Er war des alten Preußens Troubadour,
Des Lippen stammbaumduftig überflossen.

Im Kreuzblatt schmückend Eures Adels Sprossen,
Sucht' er die schönsten Blumen auf der Flur.
Er folgte treulich Eurer Schritte Spur
Mit seinen besten Liedern unverdrossen.

Doch wer von Euch denn gab ihm das Geleit?
Wer schmückt' sein Grab, gab ihm die letzte Ehre?
Nicht einer? Doch! Vom Adel und vom Heere

Sind ihm gefolgt, um ihm die Dankbarkeit
Für die Poetentreu' nicht zu versagen,
Ein Offizier und Stillfrieds leerer Wagen!

sich dieser mehrmals beim preußischen Gesandten, dem Grafen Hatzfeldt, beschwerte. Hatzfeldt entgegnete, die „Kreuzzeitung" sei nicht offiziell, der Präsident müsse sich an die offiziellen Erklärungen des preußischen Kabinetts halten; Napoleon erwiderte jedoch, er wisse genau, wie es in Berlin aussehe, und daß die „Kreuzzeitung" von den wichtigsten Personen des Hofes aufrecht erhalten werde, daß also der König in seinem Herzen auch für sie sei.*)

Unter den Mitarbeitern war Bismarck anfangs einer der eifrigsten. Nach dem Zeugnisse des Redakteurs Hermann Wagener erschien während der parlamentarischen Verhandlungen kaum eine Nummer des Blattes, die nicht einen längeren oder kürzeren Artikel des Herrn von Bismarck enthalten hätte, auch sei ein nicht unerheblicher Teil der damaligen Scherze des „Berliner Zuschauers" auf das Konto Bismarcks zu setzen.**) In dem „Buche vom Grafen Bismarck" findet sich denn auch ein Bild, das Bismarck darstellt, wie er an einem Pulte der Redaktion der „Kreuzzeitung" steht und schreibt. Im Hintergrunde zeigt sich der charakteristische Kopf Hesekiels. Doch ist es bisher noch nicht gelungen, die Artikel Bismarcks bestimmt als solche festzustellen. Der Bismarckforscher Horst Kohl hat sich, um dies zu erreichen, der Mühe unterzogen, ein weitschichtiges Material — nicht nur die „Kreuzzeitung", sondern auch Memoiren und Briefwechsel — zu durchsuchen, ist aber nur zu geringen Ergebnissen gekommen. Immerhin konnte er Einiges von Interesse ermitteln, u. a. die Korrespondenzen, die Bismarck der „Kreuzzeitung" über eine effektvolle Rede lieferte, die der Generalleutnant v. Radowitz am 25. Aug. 1849 als Kommissar der Regierung in der Zweiten Kammer über den Stand der deutschen Verfassungsangelegenheiten hielt. Radowitz riß dabei Freund und Feind mit sich fort, so daß sich, wie die Zeitungen aus jener Zeit berichten, am Schluß der Beifall zu

*) Otto v. Manteuffel, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Berlin 1902, Bd. I, S. 291.

**) Hermann Wagener, Erlebtes. Meine Memoiren aus der Zeit von 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt. Berlin, 1884, S. 18 u. 54.

iner „seltenen“ Höhe steigerte. Nur Bismarck blieb kühl und eß sich durch den effektvollen Vortrag nicht blenden. Mit seinem harfen Blick erkannte er sofort die „logischen Sprünge und Risse, ie mit Phrasen gewandt verdeckt wurden“ und legte sie dreimal in № 197, 198 und 201) bloß, am ausführlichsten in der letztgenannten Nummer, wo sich die Klaue des Löwen wiederholt höchst ergötzlich zeigt. Er schilderte zunächst das sich drängende Auditorium, dann das Äußere des Redners, seine Gestikulationen, eine Würde, den „harmonischen Fluß der Rede“, und nachdem er so reichliches Lob über ihn ergossen, beleuchtet er mit satirischem Hohn den Inhalt der Darlegungen. „Der Redner ging über den ‚Kern des Pudels‘ mit einem Scherz hinweg, der aus so ernstem Munde seinen Eindruck nicht verfehlte, der aber auf alle Verfassungen der Welt, auch auf die abgelehnte Frankfurter, Anwendung findet, die bekanntlich den Demokraten zu gut, den Konservativen zu schlecht war.“ Zum Schluß macht sich Bismarck über die Zuhörer lustig, die sich von dem gewandten Rede-Jongleur haben blenden lassen. „Die Rührung war allgemein,“ schreibt er, „ohne daß wir in der gedruckten Rede gerade die Stelle bezeichnen könnten, über die jeder einzelne weinte. Ernst ergriffen war jeder von dem Eindruck, und namentlich unter den weich geschaffenen Seelen des Zentrums waren wenig Augen trocken. Einem hohen Beamten der Finanz rollte ein Budget von Tränen über die gerötete Wange; bei einem der zentralsten Pfeiler preußischer Gerechtigkeit brachte das Bestreben, die sichtbaren Zeichen der Rührung zu unterdrücken, so ungewöhnliche Konstellationen der Gesichtszüge hervor, daß ein Spaßvogel, dem selbst dieser Moment nicht heilig war, meinte, jener müsse eben das Unglück gehabt haben, Oberschlesier statt Oberungar zu trinken.“

Die scharf gewürzten Plaudereien in den „Rundschauen“ der Zeitung schrieb längere Zeit Ernst Ludwig von Gerlach.

Nur vorübergehend zog die „Konstitutionelle Zeitung“, die im Frühjahr 1849 von David Justus Ludwig Hansemann gegründet wurde, die Aufmerksamkeit auf sich. Hansemann war vom 29. März bis 10. September 1848 Finanzminister gewesen und dann Chef der preußischen Bank und des Seehandlungs-

institutes geworden. Bei dieser hohen sozialen Stellung besaß er viele einflußreiche Verbindungen, die es ihm ermöglichten, für eine große Zeitung von monarchisch-konstitutionellen Grundsätzen, etwa im Stile des „Journal des Débats“, ein Aktienkapital von 100000 Talern zusammenzubringen. Mit diesem wurde unter pomphaften Ankündigungen die „Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben gerufen. Karl Weil aus Stuttgart übernahm die Leitung des Blattes, während ihm noch acht Mitredakteure zur Seite traten. Allein Weil fehlte jedes Organisationstalent; er vermochte keinen bestimmten Plan für das Blatt aufzustellen und auch nicht einmal eine notdürftige Übereinstimmung der Ansichten der Mitarbeiter herbeizuführen. Jeder von diesen entwickelte, unbekümmert um die programmmäßige Politik der Zeitung, seine eigenen Ansichten, so daß auf der zweiten Seite oft das Gegenteil von dem auf den Schild gehoben wurde, was auf der ersten Seite im Leitartikel bekämpft worden war. Die Zeitung gelangte infolgedessen zu gar keiner Bedeutung; die Zahl der Abonnenten, die überhaupt über 900 nicht hinausgekommen war, schwand bis auf 600 zusammen, und die Unternehmer sahen sich daher bereits vor Ablauf des ersten Geschäftsjahres veranlaßt, ihre Gesellschaft mit einem Verluste von 60000 Talern aufzulösen. Dennoch wollte man das Projekt noch nicht verloren geben. Abermals traten Parteimänner zusammen, unter diesen Max Duncker und Soiron, brachten Mittel auf und organisierten mit Hülfe des Verlagsbuchhändlers Lehfeldt die Zeitung von Grund aus neu. Als leitender Redakteur wurde Rudolf Haym gewonnen, für den ausländischen Teil der vielgewanderte Dichter des Mirza-Schaffy, Friedrich Bodenstedt, und für den literarischen und musikalischen der hochbegabte, schon damals wegen seines Humors allbeliebte Ernst Kossak.

Darauf legte die kampfesmutige Redaktion ihre Lanze ein und zog gegen die Politik Manteuffels zu Felde. Als Mitarbeiter gesellten sich Droysen, Max Duncker, Gustav Schlesier, Aegidi, der junge Bardeleben u. a. hinzu. Besonders wendete sich die Zeitung gegen den Bruch Preußens mit der Unionspolitik, gegen die Preisgabe der Herzogtümer Schleswig und Holstein und gegen

e Unterwerfung Preußens unter den Willen Rußlands und unter ie Hand Österreichs. „Sie folgte", schreibt Haym in seiner ebensgeschichte, „allen diesen Hergängen mit dem temperament= ollsten Anteil. Bald sturmläutend, bald hochfahrend, bald kalt nd boshaft; mit ausgesuchter Rhetorik kritisierte sie die Rückzugs= ewegungen des Ministeriums. Ich hielt es für die erste patrio= ische Pflicht, gegen diese Verkleinerer des preußischen Namens und er preußischen Macht so verletzend wie möglich, im Tone der Verachtung, des Spottes und Hohnes zu schreiben."*) Diese ppositionelle Haltung erregte aber sehr bald den hellen Unwillen er preußischen Regierung, und so wurde denn Haym kurzerhand m 27. November 1850 aus Berlin ausgewiesen; zwei Schutz= männer brachten ihn ohne weiteres mittelst Droschke zum Bahn= hof, wo er abreisen mußte. Nach diesem Gewaltstreich brach die Zeitung sehr bald zusammen.

---

2. Die Provinzpresse. Die Breslauer Zeitungen (die „Schles. Ztg.", die „Bresl. Ztg.", die „Oder-Ztg.", die „Bresl. Morgen-Ztg."). Die „Königsberger Hartungsche Zeitung". Die Stettiner Presse. Die „Magdeburg. Ztg." Mitarbeiter Bismarck. Die „Hallische Zeitung". Die rheinische Presse. Die „Köln. Ztg." Ihre Haltung. Kleist-Retzows Kampf gegen sie. Friedrich Wilhelms IV. Unwille über sie. Ihre öffentliche Erklärung. Sie muß sich beugen. Ihr Aufschwung. Die „Neue Rheinische Zeitung". Ihr Redakteur Marx. Freiligraths „Abschiedsworte". Die katholische „Deutsche Volkshalle". Die „Rhein- und Ruhrzeitung". Die Zeitungen von Krefeld, Trier und Koblenz.

Die Wellen in den Provinzstädten erreichten naturgemäß bei weitem nicht eine solche Höhe, wie die in der Hauptstadt, doch zeigte es sich auch hier überall, daß eine neue Epoche angebrochen war, daß die Flut der Gedanken jetzt allerwärts weit mächtiger

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 203.

daherrauschte. In Breslau hatten sich besonders schroffe Gegensätze herausgebildet, da die Polizei hier den freiheitlichen Bestrebungen außerordentlich rücksichtslos und willkürlich entgegengetreten war; das Jahr 1848 traf daher hier schon sehr viel Zündstoff im Volke an, der denn auch alsbald mit lautem Getöse explodierte. Merkwürdigerweise machte die Presse der Stadt gerade in dieser kritischen Zeit eigentümliche Schwankungen durch. Die „Schlesische Zeitung", bisher ausgesprochen konservativ, neigte sich mehr und mehr den liberalen Tendenzen zu, während die „Breslauer Zeitung", seither liberal, nach und nach streng konservativ wurde. Doch hielt die „Schlesische Zeitung" immerhin ihren früheren Kurs noch soweit bei, als sie für das oberste Gesetz jeder Freiheit die Beschränkung hinstellte und mit aller Wärme für die konstitutionelle Monarchie eintrat (№ 110 vom 17. Juni 1848). Von der demokratischen Partei wurde sie daher wegen ihrer Lauheit angegriffen, worauf sie erklärte, daß sie für die Interessen des Vaterlandes immer nur mit den Waffen der Ehre des Rechts und der guten Sitte gekämpft habe. Später wurde die Zeitung wieder durchaus konservativ. Die „Breslauer Zeitung" blieb, so lange sie im Verlage von Graß, Barth u. Komp. und unter der Redaktion von R. Bürkner erschien, streng konservativ; als sie dann aber am 1. April 1859 in den Verlag von Ed. Trewendt überging, wurde sie wieder liberal und schwang sich schließlich, nachdem der geistvolle und schlagfertige Dr. Julius Stein (geb. 1813, gest. 1889) am 1. April 1862 die Redaktion übernommen hatte, zur führenden freisinnigen Zeitung Schlesiens empor. Für die demokratische Partei erschien seit April 1846 ein Blatt, das von dem Buchdruckereibesitzer Heinrich Richter gegründet worden war und anfangs „Allgemeine Oder-Zeitung" hieß, seit April 1849 aber den Titel „Neue Oder-Zeitung" führte. Mitarbeiter waren u. a. der bekannte Romanschriftsteller Max Ring und für den Handelsteil der Referendar a. D. Max Friedländer, der nachmalige Herausgeber der „Neuen Freien Presse" in Wien. Die Ungunst der Zeit und wohl auch der Mangel an Mitteln ließ die „Allgemeine Oder-Zeitung" jedoch nicht emporkommen; mit dem Schlusse des Jahres 1855 ging sie ein. Gün-

ger gestalteten sich die Verhältnisse bei einem kleinen Inseraten-atte, das gleichzeitig mit der „Allgemeinen Oder-Zeitung“ ins eben trat, gegründet von Leopold Freund. Es hieß anfangs Breslauer Anzeiger für Kommunal-, polizeiliche und Lokalange-genheiten“, weiterhin „Breslauer Anzeiger für Politik, Kunst, ewerbe, polizeiliche und Lokal-Nachrichten“, dann vom 1. April 853 ab „Kleine Morgen-Zeitung; Breslauer Anzeiger“, bis es bließlich am 1. Oktober 1862 den Titel „Breslauer Morgen-Zei-ung“ annahm. Von da ab war auch der fortschrittliche Politiker Dr. Roritz Elsner (geb. 1809, gest. 1894), ein hervorragender Pub-zist, der leitende Redakteur, und unter dessen Führung wurde as Blatt die liberale Zeitung für die breiten Bürgerkreise reslaus.

In Königsberg machte sich die geographische Lage be-erkbar. Dort, weit im Osten, stand man der Einheitsbewegung, ie in Süddeutschland die Gemüter so lebhaft erfüllte, ziemlich leichgültig gegenüber; gehörten doch auch die Provinzen Preußen nd Posen nicht einmal zum deutschen Bunde. Der politische Gedanke kulminierte daher beim Beginn der Revolution hier in inem freien Preußen, und für diesen trat denn auch der weitaus rößte Teil der Bevölkerung der Heimat Simsons, Walesrodes und Jacobys ein. Durch die Königsberger Zeitung, die noch der wackere Georg Friedrich Hartung leitete, wurden diese liberalen Bestrebungen lebhaft unterstützt, auch trat das Blatt mit aller Energie für die Gemaßregelten ein, wie z. B. für den Direktor der städtischen höheren Mädchenschule, Dr. Sauter, gegen den wegen angeblicher politischer Agitation die Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde. Leider starb der alte Hartung mitten in der Bewegung am 19. April 1849, worauf sein Sohn Hermann die Leitung des Geschäftes übernahm und bis zum Schlusse des Jahres 1871 in Händen hatte, zu welcher Zeit das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Härte der Zeit hatte der junge Hartung sehr bald zu spüren, denn die Regierung legte, sobald die Revolution bezwungen war, dem liberalen Blatte alle möglichen Hindernisse in den Weg und nahm ihm auch seinen zweihundert Jahre alten Namen. Unter dem

3. Mai 1850 ging Hartung vom Polizei-Präsidium die Anweisung zu, er habe sich der im Titel seiner Zeitung gebrauchten Prädikate „Königliche“ und „Staatszeitung“, sowie des königlichen Wappens nicht mehr zu bedienen, da hierin ein Hoheitsrecht liege, worauf am 6. Mai die Zeitung mit dem Titel „Königsberger Hartungsche Zeitung (bisher Kgl. Preuß. Staats-, Kriegs- und Friedens-Zeitung)“ ohne preußisches Wappen erschien. Verschiedene neue Blätter, das „Königsberger Oppositionsblatt“, das „Ostpreußische Bürgerblatt“ und die „Zeitung für Preußen“, faßten nicht Fuß und verschwanden bald wieder.

Im benachbarten Memel gründeten C. E. Teubert und August Stobbe im Sommer 1849 das liberale „Memeler Dampfboot“, das zunächst nur zweimal wöchentlich zum Preise von 12½ Sgr. für das Quartal erschien. Zu Anfang der siebziger Jahre erwarb F. W. Siebert die Zeitung und gestaltete sie zu dem großen Blatte um, das sie heute ist.

Ein reges Leben kam in die Stettiner Presse. Die alten Blätter, die „Privilegierte Stettiner Zeitung und die Börsen-Nachrichten der Ostsee“, jetzt „Ostee-Zeitung“ genannt, erschienen jetzt täglich, aber sie scheinen dem Bedürfnis bei weitem nicht genügt zu haben, denn es entstand auch eine ganze Reihe neuer Blätter. Bereits vom 1. Mai ab erschien im Verlage von A. Wachenhusen & Co. die „Neue Stettiner Zeitung“ und vom 1. Juli ab die „Norddeutsche Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“, herausgegeben von H. und R. Graßmann, und außerdem nunmehr täglich das bisherige Wochenblatt der „Wächter an der Ostsee“. Weiterhin kam bei Ewald Gentzensohn ein „General-Anzeiger“, bei J. C. R. Dombrowsky ein „Stettiner Beobachter“ heraus. Endlich rief Ewald Gentzensohn noch am 1. Juli 1849 eine „Pommersche Bürger-Zeitung“ ins Leben, die 1853 in „Pommersche Zeitung“ umgetauft wurde. Alle Blätter huldigten, außer der „Privilegierten Stettiner Zeitung“ und der „Norddeutschen Zeitung“, demokratischer Tendenz. Diese üppige Zeitungsliteratur welkte aber schnell wieder dahin, als die Kaution eingeführt wurde (vergl. S. 547). Der „Wächter an der Ostsee“

nd die „Neue Stettiner Zeitung" gingen alsbald ein; andere olgten. Die „Pommersche Zeitung" hielt sich bis 1866.

Mit erheblichen Schwierigkeiten hatte die Presse in Magdeburg zu kämpfen. Die „Magdeburgische Zeitung", seit 1846 n Besitze von Gustav Faber, war der Regierungspartei nicht onservativ und den Radikalen nicht freisinnig genug. Von beiden Seiten wurden daher Versuche unternommen, sie zu sich herüberzuziehen, sodaß der Redakteur Dr. Loempcke alle Geschicklichkeit ufbieten mußte, durch die Klippen hindurch zu kommen. Von onservativer Seite war es kein Geringerer als Otto von Bismarck, der es versuchte, das weitverbreitete Blatt der Provinz Sachsen wenigstens bis zu einem gewissen Grade seiner Partei ienstbar zu machen. Er sandte der Zeitung unter dem 20. April 848 einen Aufsatz und fragte dabei an, ob er auch „fernere lufsätze" schicken könne. Die Redaktion dürfe bei einer Zustimmung von der Voraussetzung ausgehen, „daß die Artikel in einem Sinne geschrieben sind, der der sonstigen Richtung des Blattes venigstens nicht direkt zuwider läuft". Auch Hinckeldey, Graf Eulenburg, der nachmalige Minister der Konfliktszeit, und andere raten an die Zeitung heran. Von radikaler Seite ging man natürlich viel robuster vor; man hoffte durch Katzenmusiken, die ich sogar bis zu tätlichen Angriffen auf die Druckerei steigerten, die Redaktion zu zwingen, in das radikale Fahrwasser einzuschwenken. Allein diese verharrte auf ihrem gemäßigten Standpunkte; sie verlangte eine freiheitliche Entwicklung auf gesetzlichem Wege und verfocht dabei die staatliche Ordnung gegenüber dem wüsten Geschrei des Pöbels.

Einen recht angenehmen Vorteil zog der „Courier" in Halle aus dem Umschwung der Verhältnisse. Dadurch, daß alle Fesseln der Presse fielen, war der Besitzer Gustav Schwetschke auch nicht mehr gehalten, als Nachfolger Tiestrunks die jährliche Abgabe an das Waisenhaus zu entrichten (vergl. Bd. II, S. 153); er wollte diese daher durch ein Geschenk ablösen, allein die Franckesche Anstalt ging darauf nicht ein, sondern gab selbst einen „Hallischen Courier" (den sog. Waisenhaus-Courier) unter Leitung eines ge-

wissen Delbrück heraus, worauf Schwetschke den Titel seines Blattes in „Hallische Zeitung, früher Hallischer Courier“ umänderte. Der Waisenhaus-Courier vermochte aber gegen die Schwetschkesche Zeitung nicht aufzukommen und ging sehr bald wieder ein. — Das Hallische „Volksblatt für Stadt und Land“ (siehe S. 355) redigierte im Sinne Tholucks und Ahlfelds vom 12. April 1848 bis zum 31. August 1849 der von verschiedenen politischen und religiösen Strömungen umhergetriebene Franz von Florencourt (geb. 1803, gest. 1886).

Die Bewegung am Rhein erhielt dadurch eine besondere Färbung, daß man dort für die Provinz eine größere Selbständigkeit erstrebte. Die Sympathie für Preußen war noch immer gering, und deshalb benutzte man bei der Schwäche der Regierung die Gelegenheit, die Abhängigkeit von Berlin möglichst abzuschwächen. Wenn man sich auch nicht gerade von Preußen lostrennen wollte, so wünschte man doch so eine Art Vizekönigreich am Rhein herauszubilden, etwa mit einem Statthalter, der dann seinen Sitz in Köln haben müßte. Diese Grundstimmung vertrat auch die „Kölnische Zeitung“. Sie verlangte in den ersten Wochen der Erregung (Nummer vom 18. April 1848) eine „konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage“ und zwei Monate später forderte sie für die Provinz eine solche Selbständigkeit, „daß die nach Tätigkeit für das Gemeinwesen verlangenden Gemüter einen würdigen Turnplatz ihrer besten Kräfte in der nächsten Nähe finden und nicht sofort alle ihren Blick nach Berlin zu richten haben“. In dieser Zeit nahm die Zeitung auch eine Änderung im Titel vor. Bisher zeigte sie dort das Kölnische Wappen inmitten des Wappens der ehemaligen Provinz Jülich-Kleve-Berg, umgeben von einigen Sinnbildern und gehalten vom preußischen Adler. Dieses Wappen ließ sie jetzt weg, wohl ohne zu ahnen, daß das in Berlin sehr übel vermerkt und später, unter dem reaktionären Ministerium Manteuffel-Westfalen, sogar als ein staatsverbrecherisches Attentat bezeichnet werden würde. Die „Kölnische Zeitung“ hat den preußischen Adler fliegen lassen und damit Preußen „abgesagt“, hieß es wiederholt in der „Kreuzzeitung“. Das war aber durchaus nicht der Fall. Sie

rat immer mit ganzer Wärme für die preußische Monarchie ein und verurteilte schroff die unzweifelhafte Hinneigung eines Teiles der rheinischen Bevölkerung zu Österreich. Sie focht aber auch weiterhin für eine ausgesprochen konstitutionelle Regierung und wies bereits im Herbst 1848 eindringlich auf die Rückwärtsbewegungen hin, die in Preußen gemacht wurden. „Nicht nach Frankfurt und den Nachbarstaaten“, schrieb sie unter dem 22. September, „nach Berlin blicken wir in diesem Augenblicke mit der meisten Besorgnis! Ja, Preußen steht hart am Abgrunde; nicht die Berliner Linke ist es, die wir in diesem Augenblicke am meisten fürchten; sie hat ihre Kraft nicht aus sich, sie borgt dieselbe von ihren Gegenfüßlern. Nicht die bewußten und unbewußten Republikaner erfüllen uns mit Bangigkeit, die uns jetzt die Brust zusammenpreßt, sondern die Partei der Überköniglichen ist es, die Partei v. Arnim, die Partei des Preußen-Vereins, die Partei des Staatsstreichs und der Kontrerevolution.“ Und als sich der Bruch zwischen der preußischen Regierung und der Nationalversammlung immer weiter vollzog, brach die „Köln. Ztg.“ unter dem 18. November in den Klageruf aus: „Die Krone der Hohenzollern rollt am Abgrunde!“ So weit war es jedoch noch nicht gekommen; aber die Hoffnungen auf ein einiges Deutschland mit Preußen an der Spitze mußten — wenigstens vorläufig — begraben werden. Die „Kölnische Zeitung“ gab es auf, weiter für den deutschen Gedanken einzutreten, und beschäftigte sich nur noch mit den preußischen Angelegenheiten. Allein auch diese waren nachgerade so unerquicklich geworden, daß die Zeitung beständig über die Haltung und die Maßnahmen der Regierung klagte. Diese Sprache verdroß aber in Berlin höchlich; die „Kreuzzeitung“ klagte, die „Köln. Ztg.“ untergrabe nicht nur die Treue gegen Preußen, sondern arbeite auch täglich daran, alle deutschen Rechtsbegriffe zu verfälschen und zu verwälschen, und schließlich wurde im Juli 1851 der Herr von Kleist-Retzow mit dem ausgesprochenen Auftrage als Oberpräsident nach der Rheinprovinz geschickt, „der ‚Kölnischen Zeitung‘ tüchtig auf den Mund zu klopfen“. Eine weitere Bestätigung der Unzufriedenheit über die Zeitung kam aus des Königs Friedrich Wilhelm IV. eigenem Munde; der Monarch

passierte am 16. August 1851 Köln und erklärte dort in bezug auf die „Kölnische Zeitung“ einer Gemeinderats-Deputation: „Ich bin nicht gekommen, um Komplimente zu machen, sondern um die Wahrheit zu sagen und die ganze Wahrheit. Ich weiß, daß Sie im Punkte Ihrer Presse sehr sensibel sind; aber es ist nötig, daß die Verblendung aufhöre, die kein Vertrauen und keine Anhänglichkeit aufkommen läßt, sondern nur Zwietracht verursacht in der Stadt und im Staate. Suchen Sie diesen feindseligen Geist zu verbannen; machen Sie, daß es besser werde.... Es ist Zeit, daß das bald aufhöre, sonst werde ich es ändern. Ich habe den Willen und die Kraft dazu. Sorgen Sie, daß es besser werde, und zwar in kurzer Zeit, sonst können wir keine guten Freunde bleiben, und ich versichere Sie, es werden die strengsten Maßregeln ergriffen werden.“

Diese ließen denn auch nicht auf sich warten. Schon wenige Tage nach dem königlichen Besuche kündigte der Regierungspräsident dem Verleger Joseph Du Mont an, daß er mit der äußersten Strenge gegen das Blatt vorgehen werde, wenn es sich noch weiterhin zum Sprachrohr der liberalen Ideen mache. Darauf wurde eine Reihe von Leitartikeln über den Geist der früheren preußischen Politik und über die bürgerliche und politische Freiheit abgebrochen, und unter dem 23. August 1851 erließ die Zeitung eine Redaktions-Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Wir sind leider von dem Mißgeschicke betroffen, uns das Mißtrauen des gegenwärtigen Ministeriums zugezogen zu haben, dessen Maßregeln wir allerdings heftig bekämpften. Doch überschritten wir nie die gesetzlichen Schranken. Zwar haben wir in der letzten Zeit versucht, durch den Ton unserer Aufsätze möglichst wenig zu verletzen, es ist uns aber dessen ungeachtet amtlich eröffnet worden, daß wir, wenn wir selbst in der Weise der letzten Tage fortführen, die ‚strengsten administrativen Maßregeln unvermeidlich zu gewärtigen‘ hätten. Unter diesen Umständen würde es nicht bloß Verkehrtheit, sondern Wahnsinn sein, wenn wir einen Streit fortsetzen wollten, der in wenigen Tagen mit unserm Untergange enden könnte. Unsere Überzeugung ist die nämliche, die damals uns beseelte, wo unser Eigentum und Leben bedroht war, ja, der

rohe, gewalttätige Angriff der Menge schon begonnen hatte. Wir können sie heute, wo der Irrtum uns anderswo zu liegen scheint, nicht ändern. Aber die Umstände verhindern uns, rücksichtslos, wie bisher, unsere Überzeugung auszusprechen. Wir werden uns daher von nun an fernhalten von jeder Beurteilung der Regierungsmaßnahmen. Wir ersuchen unsere Herren Korrespondenten in Preußen und in Deutschland, sich soviel wie möglich auf genaue Angaben der Tatsachen zu beschränken und sich alles Räsonnements, das mißliebig werden könnte, zu enthalten. Unsere geschätzten Berichterstatter im Auslande mögen vor der Hand fortfahren, sich über etwaige Zustände mit Freimut zu äußern, dagegen die Anspielungen auf innere deutsche Angelegenheiten zu unterlassen."

Allein der leitende Redakteur, Karl Brüggemann, war noch immer nicht zurückhaltend genug; es tauchte deshalb im Schoße der Berliner Regierung das Projekt auf, die Zeitung zu erwerben; der Kauf kam jedoch nicht zustande. Darauf abermals und wiederholt heftige Mißbilligung der Haltung der Zeitung und endlich eine ernste Verwarnung, in der der Oberpräsident das Blatt direkt beschuldigte, „es unterwühle und verunglimpfe das Königtum und verletze fortwährend die Achtung gegen Seine Majestät den König; es attackiere und beleidige teils einzelne Minister, teils hetze es Fraktionen des Ministeriums, bald zwei gegen fünf, bald vier gegen drei; ... es habe wiederholt den Prinzen von Preußen auf Kosten des Königs zu heben gesucht und von ersterem behauptet, er trage der Gesinnung des Volkes einzig Rechnung; ihm sei es zu danken, daß die rechte Bahn eingeschlagen werde."

Zugleich wurde ein Redaktionswechsel verlangt, da nur dieser nach Ansicht des Oberpräsidenten die genügende Bürgschaft für die gewünschte politische Richtung des Blattes bieten könne. Hierzu konnte sich aber Du Mont zunächst noch nicht entschließen; er zögerte. Mittlerweile fiel in einem Artikel der Zeitung der Ausdruck „moskowitische Verlogenheit". Zornsprühend sprang Herr von Kleist-Retzow auf. Hier hatte ja das Blatt in ganz unzulässiger, leidenschaftlicher Weise das befreundete Rußland ange-

griffen! Jetzt gab es kein Zögern mehr; der Verleger wurde schroff vor die Wahl des Redaktionswechsels oder der Unterdrückung des Blattes gestellt, und natürlich trat nun Brüggemann zurück; Dr. Heinrich Kruse übernahm die Leitung des Blattes. Es war mittlerweile März 1855 geworden.

Daß die Regierung einen so großen Wert auf eine ihr günstige Stimmung in der „Kölnischen Zeitung“ legte, war allerdings ganz erklärlich, denn das Blatt hatte einesteils seiner Haltung in der deutschen Sache, dann aber auch seiner Promptheit und Schnelligkeit wegen, mit der es über die sich oft überstürzenden politischen Vorgänge berichten konnte, mehr und mehr eine große Verbreitung und dadurch auch einen bedeutenden Einfluß gewonnen. Die Organisation des Betriebes wurde von dem Verleger Joseph Du Mont in außerordentlich geschickter Weise ausgebaut. So wußte er sich die Berichte aus Frankfurt, die damals (da die Eisenbahn erst bis Bonn ging) bei gewöhnlicher Beförderung noch durch die Kariolpost besorgt wurden, durch die Dampfschiffe wesentlich schneller zu verschaffen, was lange Zeit selbst der Post ganz unerklärlich war. Und die wichtigen Nachrichten aus Paris, besonders die Börsennachrichten, da damals die Pariser Börse noch sämtliche Geldmärkte des Kontinents beherrschte, ließ er sich durch Brieftauben übersenden, die ihm die Schlußkurse einen ganzen Tag früher brachten, als die Postzüge. Die „Times“ kam ihm durch geschickte Vermittlung ebenfalls wesentlich früher zu, als dem Publikum, das sie durch die Post bezog. Allerdings kam sie ihm dadurch jährlich auf 3000 *M.* zu stehen. Hauptsächlich dank dieser ausgezeichneten Einrichtungen stieg die Auflage der Zeitung von 9500, die sie zu Anfang des Jahres 1848 noch hatte, binnen eines Jahres auf 17400 Exemplare. Die „Kölnische Zeitung“ wurde dadurch zu einem Weltblatte.

Neben der „Kölnischen Zeitung“ sproß im Sommer 1848 noch eine ganze Menge liberaler Blätter empor, doch gelangte keines zu einer größeren Entwicklung, weil alle sich von ihrer Leidenschaft zu sehr fortreißen ließen, mit maßlosen Forderungen hervortraten und darum schon nach kurzer Zeit unterdrückt wurden. Den

meisten geistigen Gehalt besaß von diesen kleinen Zeitungen die „Neue Rheinische Zeitung", die noch den Untertitel „Organ der Demokratie" führte. Sie wurde von Karl Marx gegründet, der auch als leitender Redakteur fungierte; die übrigen Redakteure waren Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth und Wilhelm Wolff; im Oktober kam noch Ferdinand Freiligrath hinzu. Marx war nach und nach roter Republikaner geworden; er feierte daher in seiner Zeitung die Franzosen, die es zur Republik gebracht hätten, überschüttete die Nationalversammlung in Frankfurt mit Hohn, daß sie ein Erbkaisertum anstrebe, und stellte sich überhaupt dem deutsch-nationalen Gedanken feindlich gegenüber. Bei der allgemeinen überhitzten Stimmung fanden diese Phantasieen und Tiraden in einem großen Teile des Publikums Beifall, und die Auflage der Zeitung stieg bis auf 6000 Exemplare. Als Ende September über Köln der Belagerungszustand verhängt ward, mußte die Zeitung ihr Erscheinen für einige Wochen einstellen, während ihre Redakteure in den Anklagezustand versetzt wurden; vom 11. Oktober ab konnte sie aber wieder erscheinen und brachte dabei die Mitteilung, daß der gefeierte Dichter Ferdinand Freiligrath noch in die Redaktion eingetreten sei. Dieser übernahm die Herstellung des englischen Artikels, doch eignete er sich wenig für eine solche stetige redaktionelle Tätigkeit und gab sie bald auf; dagegen spendete er dem Blatte eine Anzahl packender politischer Gedichte „Wien", „Blum", „Ungarn", das zornsprühende Gedicht gegen Cavaignac, eine Übersetzung nach Delphine Gay, jetzt unter der Überschrift „24. Juni bis 24. November" im Anhange des dritten Bandes der Werke wieder abgedruckt, die nach der Weise der Marseillaise gedichtete „Reveille" und schließlich das „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung". Die Zeitung war, da die Aufregung in den Massen sich langsam legte, finanziell zurückgegangen, zudem wurde Marx als angeblicher Ausländer aus Preußen ausgewiesen; die Weiterführung der Zeitung ließ sich also nicht mehr bewerkstelligen. Infolgedessen beschloß Marx, mit einem kecken Tableau das Unternehmen abzuschließen. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen

Zeitung" in rotem Druck, an der Spitze das trotzig-stolze „Abschiedswort" Freiligraths mit den Strophen:

Nun ade, nun ade, du kämpfende Welt,
Nun ade, ihr ringenden Heere!
Nun ade, du pulvergeschwärztes Feld,
Nun ade, ihr Schwerter und Speere!
Nun ade — doch nicht für immer ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald kehr' ich reisiger wieder!*)

Diese Rückkehr erfolgte aber bekanntlich in ganz anderer Weise, als Freiligrath damals träumte.

Einen ähnlichen Ton, wie die „Neue Rheinische Zeitung", schlug die „Westdeutsche Zeitung" an, die das Marxsche Blatt ersetzen wollte. Sie wurde von Dr. Hermann Becker, dem „roten Becker", gegründet und sollte „allen, die nicht unbedingt zur roten Reaktion geschworen, ein Anhaltspunkt sein im Ringen mit dem Preußentum". Die erste Nummer erschien am 25. Mai 1849. Bei der außerordentlich leidenschaftlichen Sprache des Blattes kam es natürlich sehr bald zu Konflikten, besonders nachdem am 29. Juni die Regierung auf Grund des § 105 der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 die Verordnung über Vereinsrecht und Presse erlassen hatte. Von jeder Nummer einer Zeitung mußte ein Exemplar bei der Polizeibehörde niedergelegt werden, und für den Inhalt waren der Verfasser, der Verleger, der Drucker und der Verbreiter verantwortlich. Becker wurde wiederholt angeklagt und verurteilt. Dazu kam, daß am 5. Juni 1850 eine neue Preßverordnung erschien, die es der Postverwaltung freistellte, mißliebige Zeitungen von der Beförderung auszuschließen, und daß ferner am 1. Juli für Zeitungen politischen Inhalts die Kaution eingeführt wurde (vergl. S. 547). Die „Westdeutsche Zeitung" sah sich infolgedessen von der Postbeförderung ausgeschlossen, zudem war der Herausgeber nicht im-

*) Wilhelm Buchner, Ferdinand Freiligrath, Lahr 1882, Bd. II, S. 213 und Ludwig Bamberger, Die Flitterwochen der Preßfreiheit, Mainz 1848, S. 196.

stande, die Kaution aufzutreiben; es blieb also schließlich nichts anderes übrig, als am 21. Juli 1850 die Zeitung eingehen zu lassen. Bald nachher wurde Becker noch mit in den sogenannten Kölner Kommunistenprozeß verwickelt und zu sieben Jahren Festungsstrafe verurteilt, die er auch voll in Pillau verbüßte.*)

Die übrigen kleinen demokratischen Zeitungen waren sogenannte Arbeiterblätter, die alle nur ein kurzes Dasein hatten; es seien genannt: „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit", verlegt von B. G. Röser, redigiert von W. Prinz, „Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln", deren Verleger und Redakteur sehr häufig wechselten, „Die Arbeit, politisch-sozialistische Zeitung der Arbeiter und Arbeitgeber", ein, wie es scheint, gut fundiert gewesenes Blatt, das täglich herauskam, während die anderen Arbeiterblätter nur ein- oder zweimal in der Woche oder auch zwanglos erschienen, und endlich „Verfolger der Bosheit", verlegt und redigiert von Matthias Wessel, ein etwas konfuses Blatt, das mit sichtlichem Behagen die derb-volkstümliche Sprache pflegte.

Für die katholischen Interessen trat eine „Deutsche Volkshalle" auf den Plan. Sie wurde von Hermann Müller, einem Freunde Heinrichs von Gagern, redigiert, und nahm ebenfalls gern gewisse demokratische Allüren an, doch neigte sie stark nach Österreich und wurde dabei sehr wesentlich durch Franz von Florencourt unterstützt, der mittlerweile zur katholischen Kirche übergetreten war und nun von Wien aus eifrig für sie korrespondierte. Sie existierte bis 1855, in welchem Jahre sie plötzlich unterdrückt wurde.

In Mülheim an der Ruhr trat am 30. April 1848 ein „Wächter an der Ruhr" ins Leben, der aber bald nach Duisburg übersiedelte und dort den Namen „Rhein- und Ruhrzeitung" annahm. Als Programm stellte das Blatt auf, „den zeitgemäßen und besonnenen Fortschritt im Wege der Ordnung und Gesetzlichkeit zu fördern inmitten des bewegungsvollen Kampfes zweier Kräfte, der Partei des unbedachtsamen Rückschritts und der Partei des verstandeslosen Fortschritts." Auf dieser goldenen

*) Karl E. Hackenberg, Der rote Becker. Leipzig 1890, S. 73 ff.

Mittelstraße entwickelte sich das Blatt nach und nach zu einer großen, bedeutenden Zeitung.

Mancherlei Wandlungen vollzogen sich im Krefelder Zeitungswesen. Das politisch farblose Kreisblatt genügte nicht mehr; es gaben daher Funke und Müller 1848, gestützt auf die liberale Partei, eine „Krefelder Zeitung" heraus, und weiterhin entstanden am 1. Februar 1849 die „Deutschen Volksblätter", die zunächst die Interessen der deutschen Volkspartei vertraten, dann aber eine entschieden konfessionelle Färbung annahmen, so daß sich später aus ihnen die katholische „Niederrheinische Volkszeitung" entwickelte. Die „Krefelder Zeitung" wurde mittlerweile mit dem Kreisblatt verbunden und ging 1862 in den Verlag von Kramer und Baum über.

Die demokratische „Triersche Zeitung" wurde, besonders wegen ihrer enthusiastischen Vergötterung der französischen Verhältnisse, 1851 unterdrückt. Einen gewissen Ersatz bot die aus dem 1748 gegründeten „Koblenzer Intelligenzblatte" hervorgegangene „Koblenzer Zeitung", die 1850 diesen Titel annahm und die gemäßigt liberale Richtung vertrat.

---

3. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Preßverhältnisse in Hannover. Die „Zeitung für Norddeutschland". Die „Reichszeitung" in Braunschweig. Die Hamburger Zeitungen. Die „Reform". Ihr Gründer Richter. Die „Lübeckischen Anzeigen". Die „Weser-Zeitung". Die Presse in Schleswig-Holstein. Die Zeitungen in Kurhessen. Oetkers „Neu-Hessische Zeitung". Die „Hornisse". Die „Kasseler Zeitung". Das politische Leben in Sachsen. Karl Biedermanns Adresse an den König Friedrich August. Der Kampf um die Preßfreiheit. Die „Deutsche Allgem. Zeitung". Die „Leipziger Zeitung". Das „Dresdener Journal". Die „Konstitutionelle Zeitung".

In dem bunten Gewirr der kleinen norddeutschen Staaten äußerte sich der revolutionäre Geist sehr verschieden. In Hannover hielt sich die Bewegung in bescheidenen Grenzen, obwohl man nach der Lage der Verhältnisse eine besonders heftige Erup-

on hätte erwarten müssen, denn der Druck, den der starrköpfige nd tyrannische König Ernst August seit Jahren hier ausübte, var unerhört. Das geistige Leben lag in wahrhaft schmachvollen Fesseln. Noch immer galt das Zensuredikt von 1705, das dem Zeitungswesen die ärgste Beschränkung auferlegte, und darum erschien bis zum Frühjahr 1848 im ganzen Königreiche für . 700 000 Einwohner nur eine einzige tägliche Zeitung, die amtiche „Hannoversche Zeitung", deren Inhalt noch dazu so unzuänglich war, daß jeder, der sich einigermaßen über die Weltverhältnisse informieren wollte, zu „ausländischen Blättern" greifen nußte. In letzter Zeit war es besonders die „Kölnische Zeitung", die man ihrer flinken Berichterstattung wegen in Hannover gern las. Als am 26. Februar die ersten Mitteilungen von den Vorgängen n Paris nach Hannover kamen, steigerte sich rasch die allgemeine Erregung, und große Menschenmengen warteten jetzt tagtäglich abends auf die Ankunft des Kölner Zuges, der die neuesten Nachrichten brachte. Von der „Kölnischen Zeitung" wurden, wie Oppermann in seiner „Geschichte des Königreichs Hannover" erzählt, mitten im Quartal in einer Woche 200 Exemplare bei dem Postamt Hannover bestellt. Auf den Bahnhöfen, in den Konditoreien und Bierlokalen wurden die eben angekommenen Blätter öffentlich vorgelesen, wobei es oft zu Demonstrationen kam. Die Ansichten klärten sich auch bald, und am 3. März stellte in der Sitzung der städtischen Körperschaften in Hannover der Bürgervorsteher Peters den Antrag auf Einreichung einer Petition um Aufhebung der Zensur, Einberufung der Stände, Bürgergarden und Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Eine solche Petition wurde auch bereits am Abend des 3. März dem König überreicht, fand aber eine sehr ungnädige Aufnahme. Nur auf die Berufung der Stände ließ sich Ernst August ein; von einer Aufhebung der Zensur, erklärte er, könne nicht eher die Rede sein, als bis die Garantieen gegen den Mißbrauch der Presse, von denen der Bundesbeschluß rede, getroffen seien. Diese Abweisung erregte große Entrüstung, um so mehr, als in Süddeutschland bereits weitgehende Zugeständnisse der verschiedensten Art gemacht worden waren. Auch in den übrigen Städten des Königreichs

brach der Unwille los, und aus allen Gegenden des Landes liefen Petitionen ein, die eine größere Freiheit verlangten. Darauf erließ der König eine Proklamation, in der er die Aufregung mit vielen nichtssagenden Worten zu beschwichtigen suchte, aber auch nicht die geringsten Freiheiten gewährte. Infolgedessen steigerte sich die Erbitterung, und eine Bürgerversammlung stellte 12 bestimmte Forderungen auf, deren erste die sofortige Entfesselung der Presse war. In einer Adresse wurden dem Könige diese Beschlüsse am 17. März mitgeteilt. Dieser hatte unterdessen Kenntnis von den schlimmen Vorgängen in Wien erhalten und zeigte sich nun sehr gefügig. Hinsichtlich der Presse ließ er erklären:

„Was die sofortige Entfesselung der Presse betreffe, so sei bereits beschlossen worden, ein Preßgesetz zu bearbeiten, und habe der König bis zur Erlassung desselben die schonendste Ausübung der Zensur bereits befohlen. Se. Majestät wolle jedoch schon jetzt durch formelle Aufhebung der Zensur dieses Gesuch gewähren und anordnen, daß bis zur Erscheinung des Preßgesetzes nach den bestehenden Gesetzen geurteilt werde."

Auch den übrigen Forderungen stimmte er im großen und ganzen zu, und ferner kam er durch Entlassung des Kabinettsministers v. Falcke und Berufung des Ministeriums Stüve den allgemeinen Wünschen entgegen, so daß die Aufregung sich allgemach wieder legte und die Entwicklung der politischen Verhältnisse in ruhigen Bahnen sich vollzog.

Die gewährte Preßfreiheit übte bald im ganzen Lande ihre Wirkung. Nicht bloß in Hannover, sondern auch in den andern Städten des Königsreichs entstanden politische Zeitungen, doch entbehrten die meisten jeder Selbständigkeit und größeren Bedeutung. Ein gewisses Ansehen wußten sich vorübergehend in Hannover die „Vaterlandsblätter" des Dr. Schläger, ein liberales Blatt, das seit dem 1. April 1848 erschien, aber bereits am 1. April 1850 wieder einging, und die „Hannoversche Volkszeitung", ein demokratisches Blatt, das Dr. Mensching unter dem Einflusse von Georg Egestorff herausgab, zu erwerben. Doch wurden auch zwei konservative Blätter gegründet, die „Niedersächsische Zeitung" und der „Neue Volksfreund". Das erstere war

Organ der feudalen Junkerpartei und stellte sich die Aufgabe, „die monarchisch-konservativen Grundsätze gegenüber den zur Herrschaft gelangten destruktiven Bestrebungen geltend zu machen und damit zugleich die wahren Landesinteressen zu verteidigen, unter diesen obenan aber die speziell ländlichen, den vielseitigen städtischen gegenüber." Der „Neue Volksfreund" gab zwar an, für den „gemäßigten Fortschritt" einzutreten und den „obersten Grundsatz" befolgen zu wollen, weder servil gegen die Regierung zu sein, noch mit einer anmaßenden Volkspartei zu buhlen, erklärte aber auch, daß ihm das konservative Prinzip immer die maßgebende Richtschnur geben werde.*) Neben diesen neuen Blättern wandelte sich auch noch die „Hannoversche Morgenzeitung", die bisher in der Hauptsache ein literarisches Blatt gewesen war, mit dem 28. März 1848 in eine politische Tageszeitung um. Eine große politische Tagespresse erhielten Stadt und Land Hannover jedoch erst, als mit dem Ende des Jahres 1848 die „Bremer Zeitung" nach Hannover verlegt wurde, wo sie den Titel „Zeitung für Norddeutschland" bekam.

Die „Bremer Zeitung" wurde seit Juli 1848 von dem geistvollen und weitblickenden Theodor Althaus redigiert, der mit aller Wärme den Standpunkt vertrat, daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt die einzige berechtigte Vertreterin des deutschen Volkes sei, und darum verurteilte er auch den von Preußen im Widerspruche mit den Bestimmungen des Reichsministeriums und ohne Vorbehalt der Genehmigung des Reichsverwesers am 26. August 1848 mit Dänemarck abgeschlossenen Waffenstillstand. Das mißfiel aber den Bremer Kaufleuten, die von dem Abschlusse des Waffenstillstandes von Malmö günstigere Handelsverhältnisse erhofften; viele kündigten der „Bremer Zeitung" das Abonnement, worauf die Besitzerin des Blattes, die Heyssche Buchhandlung, auf den Gedanken kam, die Zeitung nach Hannover zu verlegen, wo zudem die Verkehrsverhältnisse weit günstiger lagen. Dabei bot sich zufällig Gelegenheit, das Blatt

*) Otto Kuntzemüller, Das hannov. Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Pr. Jahrb. Bd. 94, Heft 3).

an die Firma Gebrüder Jänecke zu verkaufen, deren junger und tatkräftiger Teilhaber Georg Jänecke längst ein Tageblatt herauszugeben wünschte, und so erschien denn vom 26. Dez. 1848 ab das Blatt im Verlage der Gebrüder Jänecke unter der verantwortlichen Leitung von Th. Althaus in Hannover mit dem Titel „Zeitung für Norddeutschland“ zweimal täglich zum Preise von 1 Taler 18 Sgr. In der Nummer vom 1. Jan. 1849 entwickelte Althaus sodann das Programm der Zeitung. Er betonte, daß Deutschland vor allem eine Nation, ein Bundesstaat werden müsse, in welchem es nur ein Ministerium des Krieges, nur ein Ministerium des Auswärtigen gibt.“ Die Verhältnisse entwickelten sich aber bekanntlich nicht, wie die Patrioten es gehofft hatten, und als nun Althaus in seiner Sorge und Aufregung zur Einsetzung eines „Landesausschusses für Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung in Hannover“ aufforderte, wurde er am 14. Mai 1849 verhaftet und am 7. August wegen Staatsverrates vom Stadtgericht in Hannover zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zwar begnadigte ihn der König Ernst August bereits am 15. Mai 1850, doch hatte seine Gesundheit während der Haft so gelitten, daß er schon am 2. April 1852 in Gotha starb. Sein Nachfolger in der Redaktion der „Zeitung für Norddeutschland“ wurde zunächst der Literarhistoriker Karl Gödeke, der das Blatt bis Ende März 1850 leitete, und weiterhin, nachdem es mit der „Hannoverschen Morgenzeitung“ vereinigt worden war, erst Dr. Julius Freese, dann mit dem 1. Januar 1851 Dr. Ehrenreich Eichholtz. Unterdessen hatte das Märzministerium Bennigsen-Stüve dem reaktionären Kabinett Münchhausen-Lindemann Platz machen müssen, und eine andere Zeit war eingezogen, in der die Zeitung nur mit größter Zurückhaltung von liberalen Dingen reden durfte, über die deutschen Angelegenheiten aber vollständig schweigen mußte.

In Braunschweig erstand 1848 im Viewegschen Verlage eine „Deutsche Reichszeitung“, die Dr. Karl Andree im deutsch-nationalen Sinne leitete. Später wurde die Zeitung ein ausgesprochen welfisches Blatt, das dann aber aus Mangel an Abonnenten im Herbst 1866 eingehen mußte.

Die Presse in den Hansestädten wurde naturgemäß ebenfalls
›n der Bewegung von 1848 durchzittert, doch kam es zu keinen
:ößeren Umwälzungen oder Neugestaltungen. In Hamburg
urde eine neue Verfassung angestrebt, die aber nicht in Kraft
at, da die konservative Partei Verwahrung gegen sie einlegte.
›ieser ungeklärte Zustand wirkte auch auf die Presse hemmend
nd lähmend, noch mehr aber die lästige Bevormundung durch
e preußische und später durch die österreichische Besatzung. Die
›sterreicher übten bis zu ihrem Abzuge im Juli 1852 eine eben
› eigenmächtige wie brutale Preßpolizei aus. Die beiden Haupt-
:itungen, der „Hamburgische Korrespondent" und die
Hamburgischen Nachrichten", schlossen sich beim Beginn der
Bewegung der erbkaiserlichen Partei an, und das letztere Blatt
:hielt diese Richtung auch noch bei, als Preußens Haltung schon
lle Hoffnung auf die deutsche Verfassungssache vernichtet hatte.
)ie Demokratie erhielt alsbald ein Organ in der „Reform", die
er Buchhändler Jakob Ferdinand Richter (geb. 1814 zu Magde-
urg, gest. 1875) im Verein mit dem Schriftsteller Moritz Reichen-
ach ins Leben rief und am 23. März 1848 zum erstenmale er-
heinen ließ. In ihrem Eröffnungsartikel erklärten die Heraus-
eber, daß sie hauptsächlich für die Förderung der wahren Bürger-
›ohlfahrt und eine „vernunftzeitgemäße" Freiheit eintreten und
anz besonders die Verhältnisse in Hamburg und Altona berück-
ichtigen würden, daß sie aber auch ihren Blick weiter richten und
ornämlich „des brüderlich-befreundeten Schleswig-Holsteins wackere
Fortschritte in seinem Kampfe gegen dänische Angriffe" in den
Kreis ihrer Diskussion zu ziehen gedächten. Das Blatt fand so-
ort großen Beifall; die erste Nummer, die in einer Höhe von
:000 Exemplaren gedruckt wurde, war im Umsehen vergriffen, so
›aß eine zweite Auflage veranstaltet werden mußte; immerhin
tellten sich dem jungen Unternehmen allerlei Schwierigkeiten ent-
gegen. Die Zeitung hatte sich der Hamburger Zensur zu unter-
verfen, die noch bestand, und durfte keine Inserate aufnehmen,
›a sie das nötige Privilegium für diese nicht erlangen konnte.
Aber Richter fand einen Ausweg. Er siedelte mit seinem Blatte
nach Altona über, wo er sich der uneingeschränkten Preßfreiheit

erfreuen konnte, da diese den beiden Herzogtümern bereits von der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein gewährt worden war, und bald nachher erwarb er das „Wandsbecker Intelligenzblatt“, welches er sodann am 1. Okt. 1848 mit der „Reform“ vereinigte, wodurch diese nun das Recht erlangte, auch Inserate aufzunehmen. Die Zeitung war also jetzt vollständig ausgestaltet und entwickelte sich rasch weiter. Schon im vierten Quartal 1848 erschien sie in 8000 Exemplaren; später erreichte sie eine Auflage von 35000 Exemplaren. Neben dem intelligenten Verleger war es besonders der originelle Redakteur Moritz Reichenbach (nicht zu verwechseln mit der unter dem Pseudonym Moritz von Reichenbach schreibenden Gräfin Bethusy-Huc), der der Zeitung durch seine populäre Art, die Ereignisse des Tages zu besprechen, viele Freunde gewann. Er führte u. a. drollig-kernige „Politische Morgengespräche zwischen den Oberalten Fürchtegott Zopf und dem Zeitungs-Kolporteur Markus Wühler“ ein, in denen ersterer das Reaktionsprinzip, letzterer den liberalen Fortschritt repräsentierte; auch schrieb er eine Anzahl Novellen, die dem Geschmacke des Hamburger Publikums angepaßt waren. Er wurde am 16. Febr. 1804 in Leipzig geboren, studierte kurze Zeit Medizin, widmete sich dann der Schriftstellerlaufbahn und war einige Jahre in Schleswig journalistisch tätig, worauf er von 1848 bis 1868 die „Reform“ redigierte. Doch zeichnete er schon von № 60 ab nicht mehr als verantwortlicher Redakteur; für diesen Posten hielt der Verleger einen besonderen sogenannten Sitzredakteur. 1868 übernahm Reichenbach die Repräsentation des „Altonaer Merkurs“, doch starb er bereits am 4. Februar 1870. Von den sonstigen Redakteuren und Mitarbeitern der Zeitung seien noch Barthold Heitmann, Julius Stettenheim, Julius Stinde und Heinrich Zeise genannt.

Nach Richters Tode gelangte die „Reform“ zunächst in die Hände seines Schwiegersohns Dr. Eduard Banks und weiterhin in die Dr. S. Belmontes, der das freisinnige Blatt in ein nationalliberales umgestalten wollte. Dieses Experiment mißlang jedoch, und die Zeitung geriet in Verfall. Nach Belmontes Tode

.888) wurde das Richtersche Geschäft in eine Aktiengesellschaft ımgewandelt und die „Reform“ wieder zu einem freisinnigen Blatte gemacht, allein der Untergang war nicht mehr aufzuhalten; m 29. Februar 1892 mußte die Zeitung, die eine Reihe von ahren tonangebend in Hamburg gewesen war, ihr Erscheinen us Mangel an Abonnenten einstellen.

Fast ganz bedeutungslos blieb das Jahr 1848 für die Presse in Lübeck. Die einzige Wirkung der Bewegung war, daß ie „Lübeckischen Anzeigen“, die vordem viermal wöchentlich rschienen waren, nunmehr vom 1. April ab täglich herauskamen. Die erste von der Zensur befreite Nummer wurde am 13. März usgegeben; doch machte sich die neue Freiheit in dem Blatte aum bemerkbar; von allen Umwälzungen, auch von denen inner- alb der Stadt Lübeck, brachte es bloß äußerst dürftige Berichte. Nur die auf die Verfassungsänderung bezüglichen Senatsdekrete assen ungefähr den Gang der Ereignisse in Lübeck erkennen. Auch die 1833 gegründeten „Lübeckischen Blätter“ erhoben ich nicht zu irgend welcher Bedeutung.

Ein wesentlich kräftigerer Pulsschlag machte sich in Bremen emerkbar. Neben den alten Blättern, der liberalen „Weser- Zeitung“, dem demokratischen „Bremer Kurier“, den „Bremer Nachrichten“ (dem ehemaligen Wochenblatt) und dem „Bürger- freund“ erstanden 1849 noch ein „Bremischer Beobachter“, später „Bremer Tageblatt“ genannt, der bis 1855 erschien, eine „Tages- Chronik“ (erschienen bis 1851) und eine „Neue Bremer Zeitung“ (ebenfalls bis 1851). Am meisten von sich reden machte die „Neue Bremer Zeitung“, ein nach dem Muster der „Neuen Preußischen Zeitung“ gegründetes hochkonservatives Blatt. Es wurde zuerst von Dietlein, später von Dr. Karl Hermes redigiert, jenem vielseitig begabten, aber politisch vollständig charakterlosen Publizisten, der sich schon 1842 als Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ von der Regierung hatte kaufen lassen. Die Zeitung zeichnete sich durch eine ultrareaktionäre Richtung, eine seltene Dreistigkeit aus, mit welcher sie dem „Rechtsbewußtsein, dem Nationalgefühl, dem Ehrgeize und dem Freiheitsdrange unseres

Volkes täglich ins Gesicht schlug";*) aber trotz aller Unterstützung durch die konservative Partei vermochte sie sich doch nicht zu halten und ging daher schon 1851 ein. Die „Weser-Zeitung" suchte sich in den hochgeheuden Wogen der Bewegung stets die Besonnenheit zu erhalten. Wohl trat sie mit aller Beredsamkeit für die nationale Einheit und die Befreiung Schleswig-Holsteins ein, aber sie verurteilte auch ganz entschieden alle Überschwenglichkeit und alle Ausschweifungen. Sie wollte die Politik nicht der Revolution, sondern der Reform, und als alle Hoffnungen begraben werden mußten, erklärte sie, wenn auch mit nicht mißzuverstehender Bitterkeit, man müsse sich der Notwendigkeit fügen. Die höchste Regel des politischen Lebens sei, sich mit den übermächtigen Tatsachen abzufinden. Diesen Anschauungen lag ein gewisser Pessimismus zu Grunde, mit dem von Anfang an der Redakteur Dr. Thomas Heinrich Arens die Märzbewegung betrachtet hatte, und als Arens am 10. November 1850 gestorben war, führte Otto Gildemeister die Redaktion in ganz demselben Sinne weiter. Eine solche Haltung wurde der Zeitung von den demokratischen Blättern sehr verübelt; diese schalten sie als „entnervt" und „blasiert". Daß sie aber nach wie vor ein liberales Blatt war, welches unerschrocken und unablässig die freiheitliche und nationale Richtung verfolgte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie alsbald nach der Niederwerfung der Bewegung in Bayern und auch in Schleswig-Holstein verboten wurde. Erwähnt mag noch sein, daß auch Friedrich Bodenstedt im Jahre 1850 vorübergehend der Redaktion der „Weser-Zeitung" angehörte.

Die deutschen Zeitungen in Schleswig-Holstein (vergl. S. 385) waren im Laufe der vierziger Jahre durch die dänische Regierung fast vollständig unterdrückt worden, so daß es, als der Befreiungskrieg ausbrach, an einer vaterländischen Presse durchaus mangelte. Das einzige Blatt von Bedeutung war die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" in Altona, die mit dem 1. April 1849 in die „Norddeutsche freie Presse" umge-

---

*) Der politische Journalismus in Deutschland Ende des Jahres 185. Zeitschrift Germania. Lpzg. 1852, Bd. II, S 286.

handelt wurde. Als Mitredakteur war für diese auch eine Zeitung Theodor Mommsen tätig. Nachdem die Herzogtümer schmachvoll preisgegeben worden waren, mußte die „Norddeutsche freie Presse“ zu Anfang des Jahres 1851 eingehen. Deutsche Blätter wurden nicht mehr geduldet; die dänischen hatten wieder bis 1864 die Alleinherrschaft.

Eine sehr gereizte Stimmung entwickelte sich alsbald in Kurhessen; es kam jedoch nicht zu Tätlichkeiten, der Konflikt wickelte sich in der Hauptsache in der Form eines Rechtsstreites ab, so daß später der preußische Minister v. Manteuffel die kurhessische Bewegung einmal im Abgeordnetenhause mit satirischem Lächeln eine „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ nannte.

Seit dem Oktober 1847 regierte der Kurfürst Friedrich Wilhelm, ein leidenschaftlicher, tyrannischer Mann, der sich mit orthodox-konservativen Ratgebern umgeben hatte und dem Verlangen der Bevölkerung nach größerer Freiheit so lange wie möglich heftigen Widerstand entgegenstellte. Als jedoch am 6. März 1848 der Stadtrat von Kassel und eine Deputation des Bürgerausschusses eine Petition überreicht hatten, in der die unhaltbaren Zustände grell beleuchtet wurden, hob der Kurfürst am 7. März die Zensur auf und versprach, die verlangte Abhülfe zu schaffen. Nachher zögerte er aber wieder mit der Erfüllung seines Versprechens, so daß eine bewaffnete Volksversammlung am 11. März ein Ultimatum an ihn richtete, worauf er sich dann am 12. März bereit fand, seine am 7. März erteilten Zusagen als landesherrliche Verkündigung zu veröffentlichen. Unter diesen Zusagen befand sich auch die völlige Preßfreiheit. Ein liberales Ministerium Eberhard-Wippermann übernahm die Verpflichtung, die mannigfachen Reformen durchzuführen und zu schützen.

Eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Presse mußte in Kurhessen erst ganz neu geschaffen werden. Die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ war durchaus ungenügend. Erfreulicherweise fand sich sofort eine tüchtige Kraft in dem rührigen Friedrich Oetker, der dann auch später eine hervorragende Rolle als hessischer Politiker spielte. Geboren 1809 zu Rehren in der Grafschaft Schaumburg, studierte er in Marburg die Rechte und wurde

1838 Obergerichtsadvokat in Kassel. Dort lernte er eingehend die kurhessischen Verhältnisse kennen und griff denn auch sofort ein, als die Bewegung begann. Anfangs half er sich mit Flugblättern; als aber die Preßfreiheit proklamiert war, rief er sofort ein liberales Blatt ins Leben. Bereits am 15. März 1848 konnte er die Probenummer seiner „Neu-Hessischen Zeitung" ausgeben. In den Einleitungsworten erklärte er, daß er alles tun werde, damit der Bannerruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", der jetzt allerwärts erschalle, auch richtig verstanden und immer heilbringend verwirklicht werde. Zunächst seien allerdings die heimischen Angelegenheiten zur Besprechung gestellt, doch werde die Zeitung auch die allgemeinen Interessen nicht aus dem Auge lassen. „Deutschlands Einheit und Würde durch Vertretung des deutschen Volkes ist ihr Ziel." Im übrigen wollte der Herausgeber immer praktisch und besonnen sein. Das gelang ihm denn auch in hervorragendem Maße, so daß er sich selbst den Beifall des Kurfürsten errang, der sogar einmal nach der Lektüre einer Nummer gesagt haben soll „Vernünftigster Mann im Lande!" Doch bemerkte er auch gelegentlich Oetker gegenüber „Äh! — gut, äh! — aber, äh, zu viel Häcksel!" Worauf Oetker schlagfertig antwortete: „Wenn Eure königliche Hoheit einmal in meiner Häckselkammer all den Häcksel sähen, der nicht in die Zeitung kommt, würden Sie eben so erstaunt wie zufrieden sein." Worauf der Kurfürst herzlich lachte.*)

Weiterhin, als die Verwickelungen wuchsen, schwand das Wohlwollen des Kurfürsten für die „Neu-Hessische Zeitung" allerdings bald dahin, und als der Kurfürst wieder seine tyrannisch-reaktionären Grundsätze zur Geltung bringen wollte, das liberale Ministerium entließ und aufs neue den von allen Liberalen bitter gehaßten Minister Hassenpflug an die Spitze der Regierung stellte, war ihm das diese Politik heftig bekämpfende Blatt ein Dorn im

*) Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen, Stuttg. 1877, Bd. I, S. 306. Hierbei sei bemerkt, daß Oetker den Titel seiner Zeitung nicht richtig angibt. Sie hieß „Neu-Hessische Zeitung" und nicht „Neue Hessische Zeitung", wie Oetker beständig schreibt.

Auge. Um so reichhaltigeren Beifall fand es bei der Bürgerschaft. Anfangs erschien es nur zweimal wöchentlich, bald aber konnte es, wesentlich vergrößert, täglich und dann sogar zweimal täglich ausgegeben werden. Dabei wurde ein kleines in Marburg gegründetes Blatt und später auch die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung" durch Ankauf damit vereinigt. In beiden Fällen wurden auch die betreffenden Redakteure, Dr. Adam Pfaff, eine junge rüstige Kraft, und Dr. Pinhas, ein vortrefflicher Kenner der hessischen Verhältnisse, mit übernommen.

Durch diese Vergrößerung gewann die „Neu-Hessische Zeitung" sehr bedeutend an Einfluß; doch suchte jetzt auch der Minister Hassenpflug um so angelegentlicher die lästige Gegnerin unschädlich zu machen. Mit Prozessen, die er gegen Oetker anhängig machte, drang er nicht durch; erst als er eine landesherrliche Verordnung erwirkt hatte, die den Kriegszustand in allen seinen Konsequenzen über das ganze Land aussprach (datiert vom 7. Sept. 1850), konnte er auch gegen die Presse erfolgreich vorgehen. Denn in der Verordnung war unter anderem auch ausgesprochen, daß keine politische Zeitung ohne Genehmigung erscheinen solle. Er veranlaßte daher, daß schon am 8. September der Oberbefehlshaber Generalleutnant Bauer durch Musketiere die Druckerei besetzen und den Weiterdruck der Zeitung verhindern ließ. Oetker hatte diesen Fall aber schon vorgesehen, eine zweite Presse an einem sicheren Orte aufgestellt und ließ das Blatt ohne Unterbrechung weiter erscheinen, zum großen Erstaunen der Wache und des Oberbefehlshabers. Zugleich legte Oetker auch wegen dieser verfassungswidrigen Maßregeln gegen seine Zeitung Klage beim Obergericht ein, worauf der Oberbefehlshaber seine Verfügung zurückziehen mußte. Allein Hassenpflug gab darum seinen Feldzug gegen die liberale Presse nicht auf und ließ schließlich am 4. Oktober 1850 Oetker kurzerhand verhaften und in das Kastell stecken, die Druckerei aber versiegeln. Der Antrag des Staatsprokurators auf Freilassung des Gefangenen blieb erfolglos; dagegen erschien die Zeitung zunächst von ihrem sichern Schlupfwinkel und dann von Gotha aus regelmäßig weiter. Endlich, nach mehr denn drei Wochen, erhielt Oetker, ohne irgend

wie verhört worden zu sein, die Freiheit zurück und gab nun auch sofort seine Zeitung wieder in Kassel heraus; allein jetzt begann mit dem 1. November der Einmarsch der bayerisch-österreichischen Exekutionstruppen, und darauf war es in kurzer Zeit mit der Zeitung vollständig vorbei. Nachdem die Truppen Kassel besetzt hatten, erließ der österreichische Bundeskommissar Graf von Leiningen unter dem 22. Dezember 1850 eine Verkündigung, derzufolge „im Namen des hohen deutschen Bundes“ mehrere Anordnungen getroffen wurden. Unter № IV ward „verordnet“: „Die ‚Neu-Hessische Zeitung‘, die ‚Hornisse‘ und der ‚Volksbote‘ sind verboten und deren Pressen in Beschlag gelegt.“ Die Redakteure der „Neu-Hessischen Zeitung“ hatten jedoch dies Schicksal vorausgesehen und schon mehrere Tage vorher Kassel verlassen; sie waren nach Göttingen gegangen, wo sie noch zwei Nummern ihres Blattes erscheinen ließen, in denen sie ihre Haltung rechtfertigten und Abschied von ihren Lesern nahmen. Das Abschiedswort schloß mit den Worten: „Mögen sie (die Feinde der Zeitung) jedes Recht mit Füßen treten und die öffentliche Stimme unterdrücken wollen, diese wird doch unter allen Umständen Mittel finden, sich hören zu lassen und sie wie ihr böses Gewissen verfolgen!“

Vorläufig blieb es aber bei dem Verbote, und Oetker hatte außer der vielen vergeblichen Arbeit, Mühe und Aufregung auch noch einen Barverlust von mehreren tausend Talern zu beklagen.

Die beiden übrigen in der Leiningenschen „Verkündigung“ noch genannten Zeitungen, die „Hornisse“ und der „Volksbote“, waren nur kleine Blätter ohne Bedeutung. Die „Hornisse“, gegründet von Dr. Theodor Kellner und Heinrich Heise, war ursprünglich ein Witzblatt, das sich aber sehr bald in ein äußerst leidenschaftliches demokratisches Tageblatt verwandelte und nun mit seinem spitzigen Stachel nichts verschonte. Der Graf von Leiningen war denn auch des höchsten über die vielen Stiche entrüstet, die ihm die „Hornisse“ versetzte, und erklärte, er werde, sobald er in Kassel einrücke, mit den beiden Redakteuren kurzen Prozeß machen. Diese riefen ihm aber höhnisch zu „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor!“ und ver-

schwanden vor dem Einrücken der Österreicher in Kassel.*) Später ging Kellner nach Amerika, gründete zunächst in New-York die „Reform“ und wurde dann 1855 Chefredakteur des „Philadelphia Demokraten“, in welcher Stellung er sich hervorragende Verdienste um das Deutschtum in den Vereinigten Staaten erwarb. Erst 1898 ist er, 79 Jahre alt, gestorben.

Dieser rührigen und schlagfertigen liberalen Presse gegenüber empfand die kurhessische Regierung sehr bald das Bedürfnis, sich ebenfalls mit einer Zeitung von einem gewissen Einfluß zu versehen. Der von A. F. Ch. Vilmar 1848 in Marburg gegründete „Hessische Volksfreund“ konnte bei seiner geringen Verbreitung nicht als eine solche gelten. Der Minister Hassenpflug trat deshalb mit dem bekannten Franz von Florencourt in Verbindung, der sich auch bereit zeigte, das gewünschte ministerielle Organ zu schaffen, aber ein nach des Kurfürsten Ansichten zu großes Betriebskapital verlangte, worauf sich die Verhandlungen wieder zerschlugen. Als dann aber der Kurfürst in der Nacht zum 13. September 1850 aus Kassel entflohen war und unter dem 17. September den Sitz der Regierung nach Wilhelmsbad bei Hanau verlegt hatte, konnte man doch ohne ein Regierungsblatt nicht länger auskommen und wandte sich an einen Journalisten Wilhelm Obermüller, der sich auf allen Sätteln zurechtzusetzen vermochte. In Karlsruhe geboren, soll er nach Friedrich Oetker um 1831 in Freiburg studiert und 1833 am „Frankfurter Attentat“ teilgenommen haben. Darauf geraume Zeit gefangen gehalten, wurde er schließlich begnadigt, ging nach Paris, kehrte aber 1848 nach Baden zurück und war zunächst für die „Mannheimer Zeitung“ und später für österreichische Blätter tätig. Mittlerweile mochte er wohl gehört haben, daß man in Kurhessen nach einem Regierungsblatte verlange, und kam nach Kassel, wo aber seine Bemühungen, irgendwie Fuß zu fassen, vergeblich waren; er wurde sogar am 14. September 1850 ausgewiesen und zwangsweise über die Grenze gebracht. Trotzalledem muß er im Dunkeln verschiedene Fäden mit der hessischen

*) Fr. Müller, Kassel seit siebzig Jahren. Kassel 1879, Bd. II, S. 323.

Regierung angeknüpft haben, denn bald nachher rief er das sehnlich gewünschte ministerielle Blatt in Frankfurt ins Leben, indem er die Jürgensschen „Flugblätter“ in eine „Frankfurter Zeitung“ umwandelte. Diesen Titel trug das Blatt aber nur ganz kurze Zeit, denn als dann am 27. Dezember 1850 die kurfürstliche Regierung wieder nach Kassel zog, siedelte auch die Zeitung mit nach der hessischen Hauptstadt über (sie soll damals nur 110 Abonnenten besessen haben) und nahm dort den Namen „Kasseler Zeitung“ an. Doch erlangte sie unter der Redaktion Obermüller auch in Kassel nur eine geringe Verbreitung; erst als Schimmelpfeng, der spätere Kabinettsrat des Kurfürsten, die Leitung des Blattes übernahm, hob es sich etwas und hielt sich dann bis zur Einverleibung Kurhessens in Preußen im Sommer 1866.

Die heftigste politische Erregung kam in Mitteldeutschland in Sachsen zum Ausbruch. Dort hatte sich durch die ausgedehnte Gewerbs- und Handelstätigkeit auch ein lebhafter Sinn für soziale Reformen entwickelt, und besonders in Leipzig war ein Zentralpunkt für die Erörterung politischer Fragen entstanden. Redner wie Robert Blum riefen dort ein angeregtes politisches Vereinsleben hervor, und Publizisten wie Karl Biedermann behandelten mit Verständnis die Tagesfragen in Zeitungen und Zeitschriften. Dennoch bildete sich keine Presse von wirklicher Bedeutung heraus, weil es an einem schöpferischen Talente fehlte, das etwas großes Neues aufzubauen vermocht hätte.

Die ersten Zeichen der nahenden Bewegung machten sich 1847 bemerkbar, als das Verlangen nach Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und nach einer größeren Freiheit der Presse immer lebhafter hervortrat, und als dann die Nachricht von dem Ausbruch der Revolution in Paris eintraf, entstand sofort eine so tiefe Erregung, daß der Stadtrat und die Stadtverordneten von Leipzig sich veranlaßt fühlten, eine längere von Karl Biedermann verfaßte Adresse an den König Friedrich August II. zu richten, in der sie die politische Situation darlegten und um „die Entfesselung der öffentlichen Meinung, der Presse im ganzen Umkreise des deutschen Bundes und um die Berufung von Vertretern sämtlicher Völker an den

Sitz des Bundestages baten. Der König erachtete jedoch ein solches Vorgehen einer Gemeindevertretung für unzulässig und erteilte einen abweisenden Bescheid. Damit waren aber die Wünsche von Leipzig keineswegs unterdrückt; es folgte sofort eine zweite und schließlich noch eine dritte Adresse, die nun den Sturz des ganzen Regierungssystems zur Folge hatte. Am 13. März mußte das konservative Ministerium einem liberalen Platz machen (dem Ministerium Braun), und dies verkündigte sofort, daß es die Aufhebung der Zensur und die Schaffung eines freien Preß- und Vereinsgesetzes als seine allernächsten Aufgaben betrachten werde. Die Zensur wurde darauf vorläufig bis zum 15. April aufgehoben, und als am 18. Mai die Ständeversammlung zusammengetreten war, kam auch alsbald ein Preßgesetz zustande, das allen Wünschen entsprach. Die weitere Entwicklung der Dinge vollzog sich jedoch wesentlich ungünstiger; in der Umgebung des Königs schloß man sich nur zögernd den allgemeinen deutschen Bestrebungen an und wollte sogar die Beschlüsse der Nationalversammlung der Zustimmung der Kammer unterstellt wissen. Dem gegenüber gestaltete sich die allgemeine Bewegung immer stürmischer, sodaß sich das Ministerium Braun nicht mehr zu halten vermochte und am 24. Februar 1849 zurücktrat. Damit begann die Ära Beust, die in mehr als einer Beziehung für Sachsen verhängnisvoll werden sollte. Es wurde das Ministerium Held gebildet, in welchem Beust das Departement des Äußern erhielt und nun dem Könige die Annahme der deutschen Reichsverfassung widerriet. Das führte zu einer abermaligen Umbildung des Ministeriums, und dadurch verschärften sich, indem sich gleichzeitig eine republikanisch-sozialistische Strömung entwickelte, die Gegensätze so erheblich, daß am 3. Mai in Dresden eine blutige Revolution ausbrach, die nur nach schweren Kämpfen niedergeschlagen werden konnte. Mit der Niederlage der Aufständischen stürzten aber auch alle liberalen Institutionen zusammen; die alte Verfassung von 1831 trat wieder in Kraft, und die Presse wurde aufs neue in ihre früheren Schranken zurückgewiesen, ja in vielen Fällen noch schärfer geknebelt als während des vormärzlichen Ministeriums Lindenau. Ihren Abschluß

erhielt diese rückläufige Bewegung in einem die Presse aufs äußerste beschränkenden Gesetze, das am 11. August 1851 erschien.

In dieser bewegten Zeit, von Mitte März 1848 bis Anfang Mai 1849, zeigte sich zwar in der sächsischen Presse eine außerordentliche Rührigkeit — eine große Masse von Lokalblättern meist demokratischer Richtung entstand —, aber eine markante Erscheinung mit weitreichendem Einfluß blieb aus. Das einzige sächsische Tageblatt, das mehr als provinziale Bedeutung besaß, die Brockhaussche „Deutsche Allgemeine Zeitung", erstrebte zwar eine gewisse deutsch-nationale Haltung, litt aber unter den Einflüssen der Regierung und neigte dann wie diese in allen politischen Fragen mehr und mehr zu Österreich. Die Redaktion ging am 1. Juli 1848 von Professor Friedrich Bülau auf Dr. August Kaiser über, der sie aber nur bis Ende 1849 führte. Vom Beginn des Jahres 1850 an versah Lorenzo Pedretti, der schon seit 1838 bei der Zeitung angestellt war, die Redaktionsgeschäfte, wobei er sich jedoch nach Lage der Dinge nur selten über die einfache Berichterstattung erhob. Später, als Karl Biedermann im Herbst 1863 die Redaktion übernahm, wurde das Blatt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, brachte es aber, trotz aller Bemühungen, zu keinem größeren Leserkreise und ging daher schließlich 1879 ein.

In eine mißliche Lage geriet durch die politische Bewegung die amtliche „Leipziger Zeitung"; sie verlor den festen Halt, den ihr die Regierung bisher gewährt hatte, und trieb nun auf dem wilden Meere der Politik umher, ohne einen bestimmten Kurs einhalten zu können. Dazu kam noch ein besonderes Mißgeschick. Der Redakteur Dr. Gretschel wurde durch die Ereignisse so erschüttert, daß er am 14. März 1848 plötzlich starb. Es mußte also mitten in der verhängnisschweren Zeit ein neuer Leiter gewonnen werden, der sich aber nur mit vieler Mühe in das neue Amt einzuarbeiten vermochte. Professor Dr. Oswald Marbach war es, der den kühnen Wagemut besaß, die Leitung zu übernehmen. Geboren 1810 zu Jauer in Schlesien, hatte er Mathematik und Naturwissenschaften studiert und darauf als Professor der Technologie an der Leipziger Universität gewirkt;

ugleich war er als Zensor für die gesamte politische, schöngeistige ınd Tagesliteratur Leipzigs tätig gewesen. Die Haltung der Zeitung blieb natürlich auch während der Revolutionszeit eine onservative, was Marbach stets in wenn auch maßvoller so doch mmer bestimmter Weise zum Ausdruck zu bringen wußte; doch vurde er auch genötigt, aus dem gegnerischen Lager Einsendungen ıufzunehmen, die seine Anschauungen bekämpften, und selbst Angriffe auf Artikel, die er selbst geschrieben hatte. Dadurch erhielt die Zeitung oft ein wunderliches Ansehen, und die Leser protestierten gegen den krausen Wirrwarr von Meinungen, der ihnen da aufgetischt wurde. Schließlich versuchte die radikale Partei sogar, die Zeitung ganz zu beseitigen; sie machte in der Kammer geltend, das Blatt stelle ein Monopol dar; indem die Regierung ihre Behörden zwinge, ihre Erlasse und Bekanntmachungen in der „Leipziger Zeitung" zu veröffentlichen, nötige sie alle diejenigen, welche diese Bekanntmachungen ihrer Geschäftsverhältnisse wegen lesen müßten, die Zeitung zu halten. Nur um der Inserate willen sei die Zeitung verbreitet; das Hauptblatt lese niemand; man solle deshalb das letztere ganz wegfallen lassen und die Zeitung auf die Inseratenbeilage beschränken. Die Kammer stimmte aber in ihrer Mehrheit dieser Anschauung nicht bei; sie erkannte wohl, daß mit dieser Umgestaltung der Untergang des Blattes herbeigeführt werden würde; die Freunde der Zeitung konnten außerdem bei ihrem Eintreten für die Erhaltung des Blattes geltend machen, daß das Hauptblatt doch wohl gelesen werden müsse, denn die Auflage sei im Jahre 1848 um mehr denn 1000 Exemplare, von 4843 auf 5880 Exemplare gestiegen. Dagegen wurde der Charakter der Zeitung insofern geändert, als die Regierung den Grundsatz aufstellte, die Zeitung hinfort nicht mehr nur als ein exklusiv finanzielles Staatsunternehmen zu betrachten, sondern sie, mit Anwendung reicherer Mittel, zu einem achtunggebietenden und einflußreichen Organe zur Vertretung der konservativen Interessen zu machen. Zu diesem Zwecke wurde die Zeitung, die bisher der Postanstalt unterstellt war, mit dem 1. Juli 1849 dem Ministerium des Innern überwiesen, außerdem mit einem größeren Redaktionspersonal ausgestattet und ferner

durch einen gediegeneren Inhalt wesentlich gehoben. In einer Ansprache an die Leser erklärte Prof. Marbach, daß die Zeitung künftig über den Parteien stehen wolle und dabei auf dem Wege der geschichtlichen Entwicklung der Vernunft und der Vervollkommnung der Gesetzgebung wandeln werde. Doch legte Marbach bereits am 1. Oktober 1851 die Redaktion nieder; er wandte sich dem Finanz- und Assekuranzgebiete zu und gründete die Lebensversicherungsbank „Teutonia" in Leipzig, deren Direktor er dann bis zu seinem 1890 erfolgten Tode war. An seine Stelle bei der „Leipziger Zeitung" trat Dr. Friedrich Bülau, der dem Blatte aber nicht die Frische und Eigenart erhielt, deren es zu seiner Weiterentwicklung bedurfte. Die Auflage ging denn auch von Jahr zu Jahr wieder zurück, worauf Bülau 1854 die Zeitung niederlegte. Es folgten ihm v. Kiesewetter, dann v. Witzleben, und jetzt ist Dr. Julius Riffert Hauptredakteur. Unter Witzleben hob sich die Zeitung wieder und lieferte gegen Ende der fünfziger Jahre einen Reingewinn bis zu 24000 Talern; dann sank dieser aber aufs neue, und das Rechnungsjahr 1903 schloß, laut Deputationsbericht des sächsischen Landtages, mit einer Mindereinnahme von 8010 Mark ab.

In einer höchst seltsamen und fatalen Situation befand sich beim Beginn der politischen Bewegung die Haupt- und Residenzstadt Dresden, denn sie war ganz und gar ohne eine politische Zeitung. Die sächsische Regierung hatte bisher die Konzession für eine solche beharrlich verweigert und nur den „Dresdener Anzeiger" geduldet. Als nun aber die Schranken gefallen waren, unternahm es die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig, dem jämmerlichen Zustande abzuhelfen und der Stadt Dresden endlich eine täglich erscheinende politische Zeitung zu geben, und zwar unter dem Titel „Dresdener Journal, Herold für sächsische und deutsche Interessen." Aber bei dem Mangel an journalistisch ausgebildeten Politikern war es schwer, einen geeigneten Leiter zu finden. Die Verlagsbuchhandlung bewog daher Karl Biedermann, obgleich dieser im Vorparlament zu Frankfurt saß, die Oberleitung zu übernehmen, oder doch wenigstens seinen Namen auf den Titel zu setzen. Biedermann entsprach dem Wunsche, so

weit er es vermochte, und schrieb auch, um dem Blatte den festen Kurs zu geben, den Programm-Artikel. Es hieß in diesem, die neue Zeitung werde das neue Ministerium unterstützen und auch gegen die Anhänger des alten gestürzten Systems verteidigen; aber es werde doch keineswegs ministeriell um jeden Preis sein, sondern das Ministerium sofort entschieden angreifen, falls es den übernommenen Verpflichtungen treulos den Rücken kehren sollte. Diese selbständige Stellung suchte denn auch der Unterredakteur energisch zum Ausdruck zu bringen, aber in seinem Eifer geriet er sehr bald viel zu weit links, so daß Biedermann heftige Klagen von seinen Parteigenossen hören mußte. Er betraute daher den Leipziger Gelehrten Professor Dr. H. Schletter mit der Leitung des Blattes; allein dieser neigte wieder zu weit nach rechts, was abermals Mißstimmung erregte, worauf die Verlagsbuchhandlung, die Unzulänglichkeit dieses Verhältnisses einsehend, Biedermann am 1. Oktober 1848 von der Redaktion entband. Diesen Moment benutzte der Minister v. d. Pfordten, dessen auswärtige Politik von der Zeitung in den letzten Monaten mehr und mehr gemißbilligt worden war, das Blatt zu sich herüber zu ziehen und schließlich ganz in den Besitz der Regierung zu bringen. Die Zeitung erschien zunächst mit dem Vermerk „Redigiert unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung“, stand aber alsbald unter dem Einflusse des Ministers. Vom 1. Januar 1849 an wurde sie von dem Advokaten Franz Ludwig Siegel redigiert, doch zeichnete dieser als verantwortlicher Herausgeber erst vom 1. Juni 1849 ab. Allein seine Tätigkeit für die Zeitung währte nur bis zum Beginn des Jahres 1850. Um diese Zeit begannen die Verhandlungen der sächsischen Regierung wegen des Ankaufs der Zeitung, worauf diese nun schließlich am 1. April 1850 in das Eigentum des Staates überging. Als königlicher Kommissar leitete die Zeitung zunächst der Freiherr C. D. v. Witzleben. Von den späteren Redakteuren der Zeitung ist besonders Otto Bank (geb. 1824) hervorzuheben, der durch seine geistreichen Kritiken einen bedeutenden Einfluß auf das Dresdener Kunstleben ausübte und sich auch durch seine literarhistorischen Schriften einen Namen machte. Nachdem er viele Jahre die Redaktion des Feuilletons geleitet,

übernahm er 1886 auch die Chefredaktion und führte sie bis zum 1. Oktober 1894. Eine größere Verbreitung hat aber die Zeitung nie erlangt, so daß die sächsische Regierung immer bedeutende Zuschüsse leisten mußte. Im Rechnungsjahre 1904 beliefen sich diese bei einer Einnahme von 101000 Mark und einer Ausgabe von 154438 Mark auf 53438 Mark.

Der Advokat Franz Ludwig Siegel (geb. 1812, gest. 1877) suchte sich nach seinem Weggange vom „Dresdner Journal“ nunmehr auf eigene Füße zu stellen und gründete im März 1850 das „Neue Dresdner Journal“, das aber bereits im Dezember desselben Jahres unterdrückt wurde. Doch rief Siegel unmittelbar darauf, am 24. Dezember 1850, die „Sächsische Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben, die antipartikularistisch, liberal und national im Sinne des Programms des Nationalvereins und kirchlich freisinnig war. Später, vom 17. April 1859 ab, führte sie bloß den Titel „Konstitutionelle Zeitung“. In den politisch bewegten Zeiten, besonders während der sechziger Jahre, gewann die Zeitung durch ihren frischen Ton einen ziemlich großen Leserkreis. Von ihren Mitarbeitern ist besonders die Schriftstellerin Anna Löhn zu nennen, die sich auch mit Siegel verheiratete. In den siebziger Jahren vermochte die Zeitung der modernen Konkurrenz nicht mehr die Spitze zu bieten; sie ging daher am 31. März 1874 ein.

---

4. Die westdeutsche Presse. Das Zeitungswesen in Nassau. Die „Mittelrheinische Zeitung“ und die „Nassauische Allgem. Zeitung“. Die Zeitungen im Großherzogtum Hessen. Ludwig Bamberger und die „Mainzer Zeitung“. Die Frankfurter Presse. Das „Journal“, die „Oberpostamts-Zeitung“, das „Journal de Francfort“, die „Reichstags-Zeitung“ und die Jürgensschen „Flugblätter“. Die Zeitungen in Baden. Ficklers „Seeblätter“ und die Mannheimer „Abend-Zeitung“. Die konstitutionellen badischen Zeitungen.

Äußerst lebhaft entwickelte sich das politische Leben mit dem Beginn der Bewegung von 1848 in Westdeutschland. Die fran-

[i]schen Freiheitsrufe hallten in der unmittelbaren Nachbarschaft [Fr]ankreichs naturgemäß am lautesten wieder, und zudem hatte [ma]n dort jahrzehntelang in den drückendsten Fesseln geschmachtet. [A]m schlimmsten war es in Nassau gewesen. Dort hatte die [R]egierung seit 1819 im ganzen Lande keine einzige politische Zei[tu]ng geduldet. Ganz und gar befangen in dem Metternichschen [U]nterdrückungssystem, war sie überall und fort und fort in der [br]utalsten Weise vorgegangen, sobald sich irgend wie in einer [B]rochüre oder in auswärtigen Zeitungen eine Meinung über die [Z]ustände des Landes oder die Maßnahmen der Regierung her[v]orgewagt hatte. Einer ganzen Reihe von auswärtigen Zeitungen [w]ar der Vertrieb im Herzogtum bis zum März 1848 versagt [g]ewesen. Aus diesem Zustande der unerhörten Bevormundung [u]nd des kläglichsten Bureaukratismus riß sich die Bevölkerung, [a]ls die allgemeine Bewegung begann, mit heftig aufbrausender [E]nergie los und erzwang es, daß der Herzog Adolf bereits am [.] März alle Forderungen genehmigte, u. a. auch die unbedingte [P]reßfreiheit. Am 7. März erschien sodann ein vorläufiges Preß[g]esetz, das die völlige Freiheit der Presse sanktionierte und die [V]erfolgung von Preßvergehen den allgemeinen Strafgesetzen unter[w]arf. Schon vorher war am 3. März die erste Nummer des [e]rsten politischen Blattes, der „Freien Zeitung", im Verlage [v]on Karl Ritter herausgegeben worden. Die Zeitung trug zu[n]ächst, der allgemeinen Erregung entsprechend, einen rein revo[l]utionären Charakter, doch mäßigte sich der Ton, als der eine [d]er Redakteure, Diepenbroek, Ende März aus der Redaktion aus[s]chied, und der andere, Dr. Möller, das Blatt fortan in be[s]onnenerer und ruhigerer Weise leitete. Die Zeitung wurde allgemein freudig begrüßt und zählte am 1. Juli bereits 2300 Abonnenten; doch ging sie in der Folge wieder etwas zurück, da ihr verschiedene Konkurrenz erwuchs und sie auch bereits im Laufe des Sommers den tüchtigen Redakteur Dr. Möller verlor, der nach Weilburg versetzt wurde. An seine Stelle trat im August 1848 Julius Oppermann. Nach Eintritt der Reaktion legte sie mit dem 15. Dezember 1851 den ominösen Namen „Freie Zeitung" ab und nannte sich „Mittelrheinische Zeitung".

Neben der „Freien Zeitung“ erschienen alsbald der „Volksfreund“ im Verlage des Buchdruckers Stein, die „Nassauische Zeitung“, verlegt von Wilhelm Friedrich und sehr gewandt redigiert von dem Amtsakzessisten Karl Braun (später als Braun-Wiesbaden allgemein bekannt), und die „Taunusblätter“, die die konservativen Interessen vertraten. Alle diese drei Blätter vermochten jedoch nicht den Kreislauf eines einzigen Jahres zu vollenden. Besser erging es dagegen der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung“, die am 1. April 1848 unter der Redaktion Wilhelm Heinrich Riehl ins Leben trat. Riehl brachte für sein Amt bereits sehr tüchtige journalistische Kenntnisse mit, hatte sich die Sporen bei der „Oberpostamtszeitung“ in Frankfurt verdient, war dann 1847 an der „Karlsruher Zeitung“ tätig gewesen und hatte mit Christ den „Badischen Landtagsboten“ herausgegeben. In Wiesbaden trat nun Riehl mit großer Vorsicht auf, ließ sich besonders nicht zu halt- und planloser Freiheitsschwärmerei fortreißen und gewann dadurch sowohl die mittleren Bürgerkreise, wie die Regierung, die ihr bald allerlei Vergünstigungen gewährte, wie die Bekanntmachungen der Behörden und die Verpflichtung der Kreisämter und größeren Gemeinden, das Blatt zu halten. Doch änderten sich die Verhältnisse, als Riehl zu Anfang 1851 einem Rufe an die „Allgemeine Zeitung“ nach Augsburg folgte und Dr. Boczek an seine Stelle trat. Dieser stellte sich, als ein Konflikt des Staates mit dem Bischof von Limburg ausbrach, auf die Seite des Bischofs, worauf die Regierung dem Blatte alle Vergünstigungen entzog. Dadurch wurde aber die Haltung des Redakteurs nur noch schroffer, sodaß die Regierung verschiedene Verwarnungen an ihn richtete. Diese blieben aber erfolglos, und nun verwies die Regierung, ermutigt durch den die Preßfreiheit begrabenden Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, den Dr. Boczek des Landes, worauf die Zeitung mit dem 23. August 1854 einging. Den Hauptvorteil davon zog die „Mittelrheinische Zeitung“, die sich jetzt, nachdem sie nach Oppermanns Weggang auch einen vollwichtigen Ersatz in Max Wirth erhalten hatte, schnell wieder hob und nun längere Zeit

s Hauptorgan Nassaus darstellte.*) Daneben entwickelte sich
ch von 1852 ab im Schellenbergschen Verlage das „Kleine An-
igeblatt“, heute das viel gelesene von Schulte vom Brühl redi-
erte „Wiesbadener Tageblatt“.

Ganz ähnlich wie in Nassau spielten sich auch die Vorgänge
ı Großherzogtum Hessen ab. Die Bewegung begann hier
reits am 28. Februar 1848, worauf der Großherzog Ludwig II.
n 4. März neben anderem auch ein Preßgesetz zusicherte. Zu-
eich berief er Heinrich von Gagern zum Minister und besetzte
le höheren Verwaltungsstellen mit liberalen Männern. Der
volutionäre Geist, der die ganze Bevölkerung ergriffen hatte,
eß sich aber doch nicht so leicht bannen; es kam zu erheblichen
nruhen auch unter den Bauern im Odenwald und Vogelsberg,
nd in Mainz entwickelte sich aus Konflikten mit den öster-
eichischen und preußischen Truppen, mit denen die Bundesfestung
esetzt war, am 21. Mai ein blutiger Straßenkampf, infolge-
essen die Stadt für einige Zeit in den Belagerungszustand ver-
etzt wurde. Weiterhin machten sich republikanische Bestrebungen
emerkbar, und auch die badische Insurrektion warf ihre Wellen
ach Hessen herüber. Das hessische Militär bezwang jedoch den
Aufstand, worauf die Regierung (es hatte mittlerweile der Groß-
herzog Ludwig III. den Thron bestiegen) im Sommer 1849 die
Zügel wieder fester anzog, mit dem Ministerium Dalwigk zu den
onservativen Grundsätzen zurückkehrte und die Freiheit der Presse
wieder sehr erheblich einschränkte. Diesen Maßnahmen folgte
chließlich noch eine landesherrliche Verordnung, die, gestützt auf
en Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, die Verhinderung des
Mißbrauchs der Presse betreffend, die freie Bewegung der Zei-
ungen vom 1. Mai 1856 ab noch weiter beengte und von der
Freiheit der Märztage von 1848 nur noch wenig übrig ließ.

Einen umfassenden Gebrauch von der Preßfreiheit hatten
aber doch nur wenige hessische Zeitungen gemacht, in der Haupt-

---

*) G. Zedler, Die politische Presse im Herzogtum Nassau (Rhein. Kurier, 1903, № 820 u. 850).

sache bloß die Mainzer Blätter, und von diesen in wirklich bemerkenswerter Weise nur die „Mainzer Zeitung". Denn dieser widerfuhr das Glück, gerade im geeigneten Momente einen jungen, geistsprühenden Redakteur zu erhalten, der mit seinen Leitartikeln und Abhandlungen sofort weit über die Grenzen von Mainz hinaus Aufsehen erregte. Es war Ludwig Bamberger, der dann später noch einmal eine so hervorragende Rolle als Parlamentarier und Sozialpolitiker spielen sollte. Als der Sohn eines Mainzer Bankiers am 22. Juli 1823 in Mainz geboren, studierte er zunächst in Gießen, Heidelberg und Göttingen die Rechte, legte auch sein Staatsexamen ab, sah sich aber als Jude vom hessischen Staatsdienst ausgeschlossen und wandte sich daher, als mit der Revolution alle die alten Schranken zu fallen schienen, mit hellauflodernder Begeisterung der Freiheitsbewegung zu. Sofort bot er dem Verleger der „Mainzer-Zeitung", Theodor von Zabern, seine Dienste an und trat in die Redaktion des Blattes ein, an dessen Spitze Dr. Karl Bölsche stand. Bereits am 10. März erschien sein erster Leitartikel, „Die französische Revolution und die Stimmung in Deutschland", in welchem er sich gegen den von konservativer Seite unternommenen Versuch wendet, Furcht vor einer französischen Invasion zu erwecken. „Das Volk aufzustacheln zu polternder Franzosenfresserei," schreibt er, „zur Verachtung der Bewegung in Frankreich, . . . das ist schändlich und abgeschmackt! Frankreich frei und glücklich, das muß der Wunsch aller Freiheitsliebenden sein, das ist der Vorteil aller." Weitere Artikel erschienen in rascher Folge und fanden solchen Beifall, daß die Zeitung sich beständig hob und ihr Format vergrößern konnte. Aber auch dem jungen Journalisten wuchsen noch die Schwingen; mehr und mehr entwickelte er eine wahrhaft hinreißende Beredsamkeit, und im Feuer der Begeisterung sang er das hohe Lied von der Freiheit in allen Tonarten. „Wir haben die Freiheit der Presse", ruft er in dem Artikel „Das deutsche Parlament" aus, „das ist im skrupulösen Sinne des Worts die Möglichkeit, durch den Druck jede Meinung auszusprechen, deren Veröffentlichung kein besonderes Gesetz verbietet. Aber wir haben noch mehr als das, wir haben die Freiheit des Moments!

uckend liegt die alte Welt im Sterben; ein neu Geschlecht stürmt ber ihre Leiche, und aus dem Schoß der ringsum bebenden Erde hlägt hoch zum Himmel auf der entfesselte Geist der Menschheit. alb wach von ihrer Träume Lager aufgesprungen, stehen in em wilden Schöpfungschaos verlegen zitternd die zwerghaften Gestalten, welche schlafend die scheintote Welt hüteten. Jugend, eine Zeit ist da! Die Zeit, von der du so lange gesprochen nd gesungen, die Zeit, mit sieghafter Hand die Errungenschaft es Geistes, das Schlußwort der Erkenntnis als eine Tat in den Boden deines Landes einzupflanzen." Und dann bricht das heiße Verlangen nach der Einheit Deutschlands hervor. „Ja, alle Deutsche wünschen nichts sehnlicher, als daß Deutschland ein einiger Staat sei", versichert er, „und ihr Verlangen nach einem deutschen Parlament ist nichts als ein Vorbote oder eine Umschreibung für dies ihr wahres Begehren." Aber er hatte doch zu rosig gesehen. Der Schwiegervater des Verlegers der „Mainzer Zeitung", ein Geheimer Staatsrat Jaup in Darmstadt, sandte eine geharnischte Gegenerklärung, in der er vor der Undankbarkeit gegen die deutschen Fürsten und vor republikanischen Gelüsten warnt, die er hinter dem Verlangen nach der Einheit vermutet. Bamberger verteidigte sich, hielt es jedoch nach Lage der Dinge für zweckmäßig, wieder aus der Redaktion auszuscheiden, und ging, da die Sitzungen des Vorparlaments begonnen hatten, als Berichterstatter nach Frankfurt. Bald zeigte sich indeß, daß man in Mainz den genialen Politiker in dieser großen Zeit nicht wohl entbehren konnte, und bewog Bamberger, am 4. April die gesamte Leitung des Blattes zu übernehmen. Darauf warf dieser abermals alltäglich die Feuergarben seiner Beredsamkeit in den weiten Kreis des Publikums. In kurzer Zeit wurde er ein gefeierter Volksmann. „Einen Tag um den andern," erzählte er später, „habe ich im beflügelten Tempo meine Leitartikel zu Papier gebracht, manchmal in Ausdehnung von drei enggedruckten Foliospalten, die mir im Laufe von anderthalb Stunden unter den Händen herausströmten."*) Vorübergehend war er denn auch

*) Ludwig Bambergers Erinnerungen, herausgeg. von Paul Nathan. Berl. 1899.

Parlaments-Berichterstatter; doch kehrte er immer wieder zum Redaktionspult zurück. Eine Anzahl seiner Leitartikel jener Zeit sammelte er und gab sie unter dem Titel „Die Flitterwochen der Preßfreiheit“ (Mainz 1848) in einem Bändchen heraus. Mittlerweile steigerte sich aber die politische Hochflut bis zu verhängnisvollen Sturzwellen, und nun verließ Bamberger im Mai 1849 die Redaktionsstube für immer, schloß sich den Aufständischen in der Pfalz an und trug denn auch die Konsequenzen von dem, was er als stürmischer Freiheitsprediger gelehrt hatte. Nach dem Zusammenbruch des Aufstandes wurde er in dem großen Freischarenprozeß vor den Mainzer Assisen zu 8 Jahren Zuchthaus und vor den Zweibrücker Assisen zum Tode verurteilt, jedoch in contumaciam, denn er war nach London geflüchtet. Erst nach 1866 konnte er nach Deutschland zurückkehren, wo er dann schon 1868 im Zollparlament eine rege Tätigkeit entfaltete. Auch der „Mainzer Zeitung“ bewies er dabei seine Anhänglichkeit und sandte ihr manchen Aufsatz, u. a. den Artikel „Deutschland und Frankreich“, der am 19. Juli 1870 zum Abdruck kam, und in welchem ausgeführt wurde, mit welcher Leidenschaft die Franzosen zum Kriege trieben, während man in Deutschland noch immer von Friedenshoffnungen beseelt war. Nach einer umfassenden parlamentarischen und publizistischen Tätigkeit — er wurde Reichstagsabgeordneter und Mitarbeiter der „Deutschen Rundschau“, der „National-Zeitung“, der „Nation“, der „Allgemeinen Zeitung“ rc. — starb er am 14. März 1899 zu Berlin, „ein Mann, der die Feder jederzeit mit Geistesschärfe, vor allem aber mit Ehren geführt hat.“*) Die „Mainzer Zeitung“ erschien noch bis 1885 und wurde dann mit dem „Mainzer Tageblatt“ (gegr. 1848) verschmolzen.

Von den sonstigen Mainzer Blättern jener Zeit ist noch „Der Demokrat“, 1848 u. 49 von L. Kalisch herausgegeben, das

*) Franz Ludwig, Ein berühmter Mainzer Publizist. (Festschr. z. VII. Journalisten- und Schriftstellertage) Mainz 1900.

Mainzer Journal", gegründet 1848, eine Zeitung von ausgesprochen katholischer Tendenz, die sich heute zu einem weit verbreiteten Blatte entwickelt hat, eine „Rheinische Zeitung", die für die konstitutionelle Monarchie eintrat, aber nur während des Jahres 1848 erschien, und das „Rheinhessische Volksblatt" (1848—1865) zu nennen.

Eine nicht geringe Konfusion richtete das Jahr 1848 in der Frankfurter Presse an. Die hochgestimmte Gervinussche „Deutsche Zeitung", über deren Schicksale wir bereits S. 426 berichtet haben, vermochte nicht, die große führende Rolle durchzuführen, von der die Gründer geträumt hatten, sodaß Gervinus am 23. Mai 1849 in einer durchaus resignierten Stimmung von dem Blatte zurücktrat. Die übrigen Zeitungen wurden von den Wogen der Aufregung und Parteileidenschaft hin und her geworfen; keins wußte einen leitenden Einfluß oder gar eine gewisse Autorität zu gewinnen; verschiedene schwankten unbeholfen und jämmerlich bald nach rechts, bald nach links und mußten sich für die Zwecke der Parteien gebrauchen lassen, je nachdem es gerade kam.

Am geschicktesten fand sich noch das „Frankfurter Journal" mit der Situation ab. Ohne besonders schwere geistige Fracht wand sich das leichte Schifflein mit einer gewissen Resolutheit durch die vielen Klippen. Es schwamm ganz im Fahrwasser der demokratischen Partei, aber es vermied doch die gefährlichen Strudel. Sein Hauptaugenmerk richtete der Herausgeber J. A. Hammeran auf eine möglichst schnelle Übermittlung der Tagesneuigkeiten. Das „Journal" genoß denn auch den Ruf, daß es über alle Ereignisse stets früher unterrichte, als die andern Frankfurter Zeitungen. Den leidenschaftlichen Kampf um die Positition der Demokratie überließ es dagegen den Kampfblättern. Einige Jahre später, in den grauen Tagen der Reaktion, urteilte denn auch ein Beobachter des Journalismus in der Zeitschrift „Germania (Lpzg. 1852, S. 287) etwas griesgrämig: „Politischer Charakter und politische Einsicht sind niemals Sache des ‚Frankfurter Journals' gewesen, und wenn dasselbe eine Zeitlang für demokratische Ideen Partei genommen, so mag diese Verirrung

seiner unvollständigen Zurechnungsfähigkeit und seiner späteren Besserung zugute gehalten werden.“*)

In eine hochnotpeinliche und gänzlich hülflose Lage geriet die „Oberpostamts-Zeitung“. Sie verlor, als der Bundestag dahinschwand, ihre ganze Kontenance und allen Glauben an die Menschheit im allgemeinen und an die Macht und Herrlichkeit der österreichischen Politik im besondern, nur nicht ihre Abneigung gegen Preußen. Beim Beginn der Revolution redigierte sie ein Dr. H. Malten, dann ein gewisser Wiesner, unter dem sie einige Wochen lang krypto-demokratische Ansichten entwickelte. Nachdem F. D. Bassermann Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern geworden war, machte dieser das ehemalige Bundestags-Blatt zum halbamtlichen Organe der Zentralgewalt, und als es mit dieser Zentralgewalt zu Ende gegangen war, suchte der ehemalige badische Bundestagsgesandte Friedrich von Blittersdorf, der sich jetzt in Frankfurt journalistisch beschäftigte, das Blatt in die neue Zeit hinüber zu leiten. Nachdem in-jedoch der Bundestag wieder in Frankfurt installiert hatte und die „Oberpostamts-Zeitung“ nun aufs neue „zum Herold seiner polizeilichen Taten und zum Advokaten seiner nationalpolitischen Ohnmacht“ auserkoren wurde, zog sich Herr von Blittersdorf „von der kompromittierenden Gemeinschaft mit der ‚Oberpostamts-Zeitung‘“ wieder zurück, worauf das Blatt nur von untergeordneten Geistern redigiert wurde und ohne jeden Einfluß blieb. Nach Heyds Angaben in dessen Geschichte der „Allgemeinen Zeitung“ (S. 290) besaß es um 1857 nur 2000 Abonnenten. Wahrscheinlich ist es in den nächsten Jahren noch weiter zurückgegangen, und als am 16. Juli 1866 der preußische General Vogel von

*) Es sei hier noch bemerkt, daß das „Frankfurter Journal“ am 1. November 1881 von Dr. Hammeran an Dr. Adolf Brüning verkauft wurde, am 24. April 1884 in den Verlag von Moritz Schauenburg, am 1. April 1890 in den Besitz des Gießener Advokaten Friedrich Barth, am 15. Juni 1893 in den der Firma Voigt & Gleiber und am 1. Juli 19.. in den einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht überging, bis es schließlich, nachdem es etwa 238 Jahre bestanden hatte, am 10. März 1903 mit dem Frankfurter „Intelligenzblatte“ verschmolzen wurde.

lckenstein Frankfurt besetzte, war seine Rolle ausgespielt; es ßte sein Erscheinen einstellen. Dabei kam es noch zu einem gischen Schlußeffekt. Der Chefredakteur Dr. Fischer-Goullet, Sohn Hannibal Fischers, wurde am Morgen des 17. Juli haftet und sollte dem General Vogel von Falckenstein vorge- ırt werden; im Vorzimmer des Generals rührte ihn jedoch der hlag.

Das „Journal de Francfort“ gab sich während der nzen Bewegung geflissentlich den Anschein, als halte es sich rchaus neutral; in Wahrheit blieb es nach wie vor ein Werk- ıg der absolutistischen Diplomatie und diente im besondern den ıteressen Rußlands. Auch jetzt noch behielt es mit unverschämter erachtung alles Deutschen die alte Anordnung des Stoffs bei ıd begann in jeder Nummer mit den Meldungen aus Frank- ich und England. Dann kamen die Nachrichten aus den Nieder- nden, der Schweiz, der Türkei, Italien, Rußland, Schweden ıd Norwegen, Amerika, Ungarn und schließlich hinten am Schluß uch aus Deutschland. Der Redakteur wurde nicht mehr genannt; s erschien unter der Verantwortlichkeit des Druckers August sterrieth. Als nach dem Krimkriege die russische Oberherrschaft ebrochen war, schwand auch die Bedeutung des „Journal de 'rancfort“ mehr und mehr dahin, sodaß es schließlich kaum be- chtet wurde, als auch ihm die preußische Okkupation am 7. Juli 1866 das Lebenslicht ausblies.

Aus der Nationalversammlung gingen zwei kleine Blätter, ie Blum-Günthersche „Reichstags-Zeitung“ und die schon enannten Jürgensschen „Flugblätter“ hervor; beide blieben anz unbedeutend. Die „Reichstags-Zeitung“ nahm nach einiger Zeit den Titel „Neue deutsche Zeitung“ an und gerierte sich nun ls ein Organ der süddeutschen Demokratie, trieb großdeutsche Politik und erblickte in Preußen nur einen Förderer der slawischen Zivilisation, wurde aber alsbald unter Ausweisung ihrer Redak- teure Otto Lüning, J. Georg Günther und J. Weydemeyer unter- drückt. Die Jürgensschen „Flugblätter“ wandelten sich, wie schon erwähnt, zunächst in eine „Frankfurter Zeitung“ und siedelten dann als „Kasselsche Zeitung“ nach Kassel über, sodaß mithin,

als schließlich der ganze Sturm von 1848 vorüber war, die Stadt Frankfurt sich wieder auf ihre drei alten Zeitungen beschränkt sah.

Den tollsten Reigen führte die Revolution in *Baden* auf, wo die Bestrebungen Struves, Heckers und Ficklers, Deutschland in eine Republik umzuwandeln, alsbald den größten Wirrwarr in die freiheitlichen Bestrebungen brachte. Die revolutionäre Bewegung begann bereits am 27. Februar 1848 mit einer Bürgerversammlung in Mannheim. Die Regierung zögerte anfangs, auf die vielen Wünsche einzugehen, die allerwärts geäußert wurden, machte dann aber die weitgehendsten Zugeständnisse, und am 1. März verkündigte der Minister Bekk u. a. auch die Preßfreiheit. Der allgemeine Trubel, die blutigen Aufstände in verschiedenen Teilen des Landes, das zügellose Gebaren der republikanischen Partei und endlich das bewaffnete Einschreiten Preußens ließen es aber zu keiner Entwicklung der Presse kommen; irgend eine größere Zeitung von einem gewissen Einfluß vermochte sich nicht zu erheben, und nach der Verkündigung des allgemeinen Belagerungszustandes, Mitte Juli 1849, hörte die freie Bewegung der Presse für mehrere Jahre fast vollständig auf. Die beiden Pole in der Bewegung bildeten Konstanz und Mannheim; dort gab Fickler die schon erwähnten „*Seeblätter*", hier J. P. Grohe die „*Abend-Zeitung*" heraus; beide Blätter schwelgten förmlich in demokratischer Opposition. An die Seite der „Abend-Zeitung" trat sodann am 1. April noch die „*Deutsche Volkszeitung*", redigiert von J. Fröbel und E. Pelz, verlegt von Heinrich Hoff. Diese suchte die „Abend-Zeitung" womöglich noch zu überbieten und brachte bereits in ihrer № 4 ein Deutsches Republikanerlied, das mit dem Verse schloß:

Die Republik! die Republik!
Kein Markten und kein Schonen!
Das Schwert heraus, und Schlag auf Schlag!
Verflucht, wer länger noch tragen mag
Den Spott der Nationen!

Erhebt Euch, Männer, wie Löwen, und springt
An die Brust der Tyrannen und ringt und singt:
Zum Teufel mit Scepter und Kronen!

Darauf erfolgte aber eine Anklage auf Hochverrat, worauf
off am 29. April 1848 verhaftet wurde, während gleichzeitig
: Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten. Die „Seeblätter"
rten Mitte 1849 auf, während sich die „Abend-Zeitung" noch
s zum 16. Juni 1851 hielt.

Die konstitutionelle Partei fand ihre Vertretung in dem
Mannheimer Journal", das mit der erbkaiserlichen Partei
ng, und in der „Badischen Landeszeitung", die 1849 ge-
ündet wurde. Die „Karlsruher Zeitung" blieb nach wie
r das amtliche Blatt, doch zeichnete sie sich wiederholt durch
oße Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit aus, sodaß sie der Re-
ierung eher schadete als nützte. Während die „Badische Landes-
itung" und die „Karlsruher Zeitung" noch heute existieren,
ing das „Mannheimer Journal" am 30. Juni 1888 ein.

. Die Zeitungen in Süddeutschland. Die Preßverhältnisse in Württemberg.
er „Schwäbische Merkur". Dessen Leitartikel von Fr. Vischer, David
riedrich Strauß, G. Rümelin u. a. Uhlands Erklärung über die Sprengung
es Rumpfparlaments. Abels und Pfizers Mahnungen, zu Preußen zu
alten. Das „Neue Tagblatt." Der „Beobachter". Sein Redakteur Hermann
urz. „Die Sonne". Die übrigen württembergischen Zeitungen. Die Ver-
ältnisse in Bayern. Lola Montez. Die „Konstitutionelle Zeitung". Die
Neue Münchener Zeitung". Die „Münchener Neuesten Nachrichten". Der
Nürnberger Korrespondent". Die Cottasche „Allgem. Zeitung". Hält zu
Österreich. G. Kolb. Heinrich Laube gegen die großdeutsche Richtung der
Zeitung. Das Blatt behält die Richtung bis 1866 bei.

Viel ruhiger, als in Baden, vollzog sich die revolutionäre
Bewegung in Württemberg. Die Reformforderungen hielten
sich in gemessenen Schranken, und das liberale Ministerium, das
am 9. März ans Ruder kam, vereinbarte mit dem Landtage die
gewünschten neuen Gesetze mit aller Umsicht. Die Preßfreiheit
hatte die Regierung gleich beim Beginn der Unruhen gewährt.
Als sich aber die Hoffnungen auf eine Neugestaltung Deutschlands
nicht erfüllten, ging es auch in Württemberg wieder rasch zurück.

Schon im August 1849 erschien ein einschränkendes Preßgesetz, und bereits am 28. Oktober trat das Märzministerium ab, worauf die Verfassungsrevision ad acta gelegt wurde. Zugleich setzte das Finanzministerium 50 Proz. als den Zuschlag für die Postgebühren bei politischen Zeitungen fest. Nicht lange, so fuhr die Regierung unter dem Freiherrn von Linden abermals mit vollen Segeln im reaktionären Fahrwasser, worauf die Verfassung von 1819 aufs neue für gültig erklärt wurde. Nur wenig von den März-Errungenschaften blieb übrig.

Angesichts dieser wesentlich ruhigeren Entwicklung der politischen Dinge beobachteten denn auch die württembergischen Zeitungen eine weit gemessenere Haltung, als die badischen. Auch das demokratische Blatt „Der Beobachter“, ließ sich nicht zu den wüsten Tollheiten der badischen Presse hinreißen. Allerdings hatte die württembergische Presse auch den großen Vorteil, daß die Hauptzeitungen durchaus in sich gefestigte Blätter waren, die um keine Parteigunst zu buhlen brauchten, und ferner erfreuten sie sich des günstigen Umstandes, daß gerade in der bewegten Zeit sich eine große Anzahl geistig bedeutender Männer ihnen zur Verfügung stellte, sodaß sie ein außergewöhnlich hohes geistiges Niveau einzunehmen vermochte.

Wie bisher, so stand auch während der Revolutionszeit der „Schwäbische Merkur“ an der Spitze der württembergischen Zeitungen. Die Abschaffung der verhaßten Zensur war dem Blatte wie eine Befreiung von schwerem Alpdruck; es weiteten sich ihm gleichsam die Lungen, und das erste, was es in der neuen Freiheit unternahm, war die Einführung des Leitartikels. Erfreulicherweise fanden sich sofort verschiedene geistreiche Mitarbeiter, die die Fragen der Zeit in dem Blatte mit zündender Beredsamkeit behandelten. Da schrieb der Ästhetiker Fr. Vischer über „Volksbewaffnung“ und „Deutsche Wehrverfassung“, Prof. Hepp über „Die Reform der Strafjustiz“, David Friedrich Strauß, der berühmte Verfasser des „Lebens Jesu“, eine Abhandlung über das Uhlandsche Wort „Die Freiheit will ich, die uns Einheit schafft.“ Die Einheit, entwickelte er, sei zunächst das Allerwichtigste; nach ihr sei vor allem anderen zu streben. Dagegen wandte er sich

zen das Verlangen nach einer Republik. „Die Frage konstitu-
nelle Monarchie oder Republik ist," so führte er aus, „für
s jetzt gleich mit Reform oder Umsturz." Auch die viel er-
terte Volkssouveränetät führte er auf ein bescheidenes Maß zu-
ck. „Nur in dem geregelten Zusammenwirken der fürstlichen
ewalt und der Volksvertretung liegt," so schrieb er, „die men-
jenmögliche Bürgschaft für die Förderung des Gemeinwohls;
ır hier also ruht auch die Souveränität." Bald aber erkannte
, daß die Hoffnung auf Schaffung eines Einheitsstaates nicht
Erfüllung gehen, vielmehr alles auf gutösterreichisch beim
ten bleiben werde, und heftig klagte er die österreichische Re-
erung an, daß sie, um nur den Deutschen keine freiheitlichen
ugeständnisse zu machen, sich den Tschechen in die Arme werfe.

Ganz besonders eindrucksvoll waren die Artikel von G. Rüme-
n, dem späteren Kanzler der Universität Tübingen. Trotz der
lbneigung gegen Preußen, die damals noch in Württemberg in
eiten Kreisen bestand, trat Rümelin energisch für ein Erbkaiser-
um mit preußischer Spitze ein. Den guten Willen Österreichs,
ich den allgemeinen deutschen Interessen zu widmen, zog er stark
n Zweifel. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten," sagt er in einem
Artikel vom 16. Dezember 1848, „mit Österreich die Trias,
ohne Österreich die preußische Hegemonie. Wir fühlen schmerzlich
das Ausscheiden Österreichs; es ist möglich, daß das Verhältnis
vorübergehend ein feindseliges werden kann, doch ist der Weg der
wahrhaft politische, der hoffnungsreichste." Diese Ansicht gewann
denn auch mehr und mehr die Oberhand im Lande, wenn auch
die Zeitung selbst nicht ausschließlich für sie eintrat.

Als dann aber nach und nach alle Erwartungen getäuscht
wurden, sprach auch aus dem „Merkur" tiefe Trauer, und als
das Rumpfparlament in Stuttgart erschien, begrüßte er es in
wehmütiger Stimmung. Die gewaltsame Sprengung des Parla-
ments am 18. Juni 1849 schildert der „Merkur" mit aller Ehr-
erbietung vor den schwer gekränkten Mitgliedern der Versammlung;
von einer Mißhandlung — es hieß alsbald in auswärtigen Zei-
tungen, verschiedene Abgeordnete seien unter die Pferde des Mili-
tärs getreten, es sei Blut geflossen u. dgl. — weiß sein Bericht

jedoch nichts, und am 26. Juni tritt diesen falschen Nachrichten auch ein klassischer Zeuge, Ludwig Uhland, der in den vordersten Reihen gegangen war, im „Merkur“ mit der Erklärung entgegen, daß kein Parlamentsmitglied eine Verwundung erlitten habe. „Die einzige Verletzung,“ schließt er, „die ich davongetragen, ist das bittere Gefühl der unziemlichen Behandlung, welche den letzten Reste der deutschen Nationalversammlung in meinem Heimatlande widerfahren ist.

Auch nachdem das Märzministerium schon gestürzt und die Reaktion eingezogen war, wagte der „Merkur“ noch immer den Anschluß an Preußen zu empfehlen. Er gab fünf dahinzielenden Artikeln Rümelins Raum und brachte außerdem Briefe aus Berlin von einem jungen, leider früh verstorbenen Historiker Otto Abel, der die Ansichten Rümelins ebenfalls vertrat. „Was werden die süddeutschen Staaten tun?“ fragte Abel. „Immer noch zuwarten, nichts tun, was sie mit Ehren und freiwillig tun könnten, aber sich gefallen lassen, was, ohne sie zu fragen, geschieht?“ Am 15. Dezember 1849 bezeichnet er als einzige Schutzwehr die Bemühung Preußens zur Herstellung des Bundesstaates und in zweiter Linie das preußische Schwert. „Die Nation, welche 1848 erlebt hat,“ sagt er dann weiter, „wird sich nicht mehr von der Kleinstaaterei befriedigt fühlen. Mag partikularer Eigennutz und Vorurteil den Sieg hinausschieben, das Verlangen nach Einheit wird stärker sein.... Durch Württembergs Anschluß würde eine Spaltung Deutschlands in eine preußische und österreichische Hälfte beseitigt, was das Ziel der Wiener Politik ist.“ Und endlich veröffentlichte der „Merkur“ auch die Mahnungen Paul Pfizers, zu Preußen zu halten. „Sollen wir,“ rief Pfizer aus, „weil wir nicht gleich alles so erhalten, wie wir es verlangten, in kindischem Trotz und Unmut nun auch gar nichts wollen?... Der künftige deutsche Kaiser wird durch die Natur der deutschen Verhältnisse bestimmt. Heute noch wie vor 35 Jahren nach den Freiheitskriegen gilt, was Schenkendorf, unverkennbar im Hinblick auf Preußens König, dem deutschen Volke zugerufen hat: Wähle schnell den Kaiser, und zwing' ihn, daß er's wird.“

Allein die württembergische Regierung verschloß sich dieser

rkenntnis hartnäckig. Die Thronrede vom 15. März 1850 erärte unzweideutig: „Jede Unterordnung eines Hauptstamms nter einen andern würde der Anfang unserer inneren Auflösung nd das Grab unserer nationalen Existenz sein.“ Da hieß es enn, für viele Jahre jede Hoffnung begraben.

Das „Neue Tagblatt“ vertrat im großen und ganzen ieselben Grundanschauungen wie der „Merkur“, doch bewegten ich seine Ausführungen nur im Gesichtskreise des kleinen Bürgers. Die Konzession für politische Artikel hatte sich die Verlagsbuchandlung gleich nach den ersten politischen Bewegungen des März rworben und dafür 20 Gulden Sporteln erlegt. Im Jahre 1861 wurde dem „Neuen Tagblatt“ die „Stuttgarter Schnellpost“ eingefügt, ein kleines Allerweltsblatt, das 1844 gegründet worden war. Zu einer großen politischen Zeitung erweiterte sich das „Neue Tagblatt“ erst nach dem Aufschwunge von 1870.

Der demokratische „Beobachter“ schloß sich zwar den badischen demokratischen Blättern an, hielt sich aber im allgemeinen ziemlich maßvoll. Nichtsdestoweniger erachtete es der Redakteur Adolf Weißer, der das Blatt seit 1845 leitete, beim Beginn der Reaktion doch für geraten, das Weite zu suchen, worauf der bekannte Dichter Hermann Kurz (geb. 1813, gest. 1873), der Verfasser der Romane „Schillers Heimatjahre“ und „Der Sonnenwirt“, der schon seit April 1848 an dem Blatte mitgearbeitet hatte, die Redaktion übernahm und sich in seiner schwierigen Position mit großem Geschick zu behaupten wußte. „Ein adligerer Demokrat hat niemals an einem Redaktionstische gesessen und für den Tagesbedarf seiner Parteigenossen sub specie aeterni Sorge getragen,“ sagt Paul Heyse in der Biographie, die er den gesammelten Werken von Hermann Kurz voranstellte. Kurz redigierte das Blatt von 1849 bis 1853 und brachte es während dieser höchst mißlichen Periode glücklich durch alle Klippen. Der allgemeinen damaligen Stimmung in Süddeutschland entsprechend, war er ein Anhänger der Trias-Ideen und Großdeutscher; später (1871) stand er nicht an, auch der Entwicklung zuzustimmen, die durch den Krieg von 1870/71 herbeigeführt worden war. „Die lebensunfähige Bundesform hat einem lebendigen Bundesstaats-

gebilde Platz gemacht," sagte er in der Vorrede zu seinen „Geschichtsbildern aus der Melacszeit". „Ob sie im Wege friedlicher Entwicklung zu verbessern gewesen wäre, ist eine Frage, über welche die Geschichte mit ehernem Tritte zur Tagesordnung übergegangen ist. . . . Das Deutsche Reich ist gegründet; was noch fehlt, und was drückt, muß innerhalb der gewonnenen Form Abhülfe finden können."*)

Ein zweites demokratisches Blatt, „Die Sonne", begann mit dem 18. Mai 1848 in Stuttgart zu erscheinen, konnte sich aber nur bis Mitte 1849 halten. Die letzte in der Königlichen Landesbibliothek abgelieferte Nummer ist № 113 vom 17. Juni 1849. Als Herausgeber des Blattes zeichnete G. Rau.

Der partikularistische Standpunkt wurde von 1849 ab hauptsächlich durch den „Württembergischen Staatsanzeiger" vertreten, den die Regierung ins Leben rief, und ferner durch die „Ulmer Kronik", die 1847 nach Stuttgart verlegt und von einem ehemaligen Republikaner mit einem gewissen Fanatismus in reaktionärem Sinne redigiert wurde. 1849 kehrte die „Kronik" wieder nach Ulm zurück.

Die revolutionäre Bewegung in Bayern entwickelte sich aus dem Skandale, den das Verhältnis des Königs Ludwig I. zu der Tänzerin Lola Montez hervorrief. Die intrigante Circe mischte sich in die Regierungsgeschäfte, brachte ein Ministerium nach ihrem Sinne zustande, ließ sich zu einer Gräfin Landsfeld machen und gab die Veranlassung zu großen Studenten-Krawallen, die sogar die Schließung der Universität München nach sich zogen. Als dann noch die revolutionäre Erregung von Frankreich herüberschlug, kam es zu tumultuarischen Auftritten; der König wurde genötigt, den freisinnigen Abgeordneten v. Thon-Dittmer zum Minister des Innern zu ernennen und in einer Proklamation vom 6. März neben verschiedenem anderen auch die Preßfreiheit zu gewähren. Damit war aber der Sturm noch nicht beschworen; infolge des Gerüchtes, die ausgewiesene Lola Montez sei aber-

*) Über die journalistische Tätigkeit von Hermann Kurz spricht auch Isolde Kurz in den „Erinnerungen" an ihren Vater in der „Deutschen Rundschau", August-Heft 1905.

mals in München erschienen, brauste der Sturm aufs neue auf, und es kam sogar zur Demolierung des Polizeigebäudes. Durch ein Dekret, das der Gräfin Landsfeld das bayrische Indigenat entzog, und durch die Absetzung des Polizeidirektors Mark wurden zwar die Wogen etwas geglättet, allein der König war durch alle diese Vorgänge so verbittert, daß er am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilian auf die Krone verzichtete. Damit waren in der Hauptsache die Unruhen beschworen. Ein neues populäres Ministerium legte dem Landtage bald eine Reihe liberaler Gesetzentwürfe vor, darunter ein Preßgesetz; alle Vorlagen wurden rasch erledigt, und schon am 5. Juni erhielten sämtliche vorgeschlagenen Gesetze die königliche Sanktion. Unterdessen entwickelten sich nun aber die Dinge in Frankfurt nicht, wie es zu wünschen gewesen wäre, und Bayern schloß sich mehr und mehr an Österreich an. Schließlich übernahm der frühere sächsische Minister von der Pfordten das Ministerium des Äußern, worauf eine immer entschiedenere Abwendung von der deutschen Sache erfolgte. Bayern lehnte die Reichsverfassung ab, protestierte gegen die Kaiserwahl, legte der Presse wieder größere Beschränkungen auf, und zu Anfang des Jahres 1850 — von der Pfordten war mittlerweile Ministerpräsident geworden — kam unter dem Druck der Regierung ein neues strenges Preßgesetz zustande, das die freie Besprechung der politischen Verhältnisse wieder unmöglich machte. Für diese aber wäre jetzt wieder sehr reichlich Stoff vorhanden gewesen, besonders als die Regierung den Weg beschritt, der schließlich zur Katastrophe von 1866 führte.

Die kurze Freiheit, die die bayrische Presse 1848 genoß, vermochte natürlich eine wesentliche Entwicklung des bisher so dürftigen Zeitungswesens nicht hervorzurufen. Zunächst erschienen allerlei kleine Volksblätter ohne weiteren Blick. Einen größeren Anlauf nahm eine „Konstitutionelle Zeitung“, die anfangs in Augsburg, dann in München ausgegeben wurde, aber nur kurze Zeit bestehen konnte. Ein Regierungsblatt gründete sich der Minister von der Pfordten in der „Neuen Münchener Zeitung“, ohne freilich damit eine Hebung der Presse herbeizuführen. Das Blatt leistete schier Unglaubliches in der Ent-

stellung des politischen Zeitbildes und leitete die öffentliche Meinung in Bayern lange Zeit in sehr verhängnisvoller Weise irre. Aus einem ganz unscheinbaren Keime erwuchs dagegen nach und nach ein Blatt, das heute nicht nur die verbreitetste Zeitung Bayerns, sondern ganz Süddeutschlands ist, das Organ der Liberalen, die „Münchener Neuesten Nachrichten“. Es entstand so von ungefähr, mitten aus der allgemeinen Bewegung heraus, ohne Programm, ohne irgend welche höheren Ziele, nur dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend. Als im März die Politik mehr und mehr alle Gemüter ergriff, flog eines Tages ein Wiener Flugblatt „Das österreichische Vaterunser“ in die Wolfsche Buchdruckerei und erregte dort so viel Interesse, daß einige Setzer es nachdruckten, worauf zwei Setzerlehrlinge es am Abend in den Wirtschaften kolportierten und damit einen hübschen Gewinn erzielten. Das brachte den damaligen Faktor der Wolfschen Druckerei, R. Schurich, auf den Gedanken, dem lebhaft nach politischen Nachrichten verlangenden großen Publikum allabendlich ein solches Flugblatt zu bieten. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ war dem kleinen Mann zu teuer und zu gelehrt, die sonstigen kleinen Blätter Münchens verstanden es nicht, das Wichtigste in aller Kürze mundgerecht rasch darzubieten. Er machte also unter Beihülfe des Literaten Weil Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung“, der lithographierten „Norddeutschen Korrespondenz“ und sonstigen Zeitungen und ließ das Sammelsurium in der Form eines Flugblattes, jedoch ohne besonderen Titel, erscheinen. Sofort erwies sich das Unternehmen als sehr einträglich; die Oktavblättchen wurden durch Kolporteure und Frauen in großen Massen abgesetzt und waren bald so beliebt, daß sich auch der Wunsch äußerte, sie durch die Post beziehen zu können. Damit wurde natürlich die Einrichtung einer vollständigen Zeitung nötig, die nun am 9. April zum ersten Male unter dem Titel „Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik“ erschien, auch jetzt noch in Oktav, vier Seiten umfassend, die fast nur Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung“ boten. In dieser Dürftigkeit kam das Blatt auch noch weiterhin heraus, doch wußte Schurich mit seinem praktischen Sinn immer geschickt diejenigen Nachrichten zu

erfassen und in den Vordergrund zu stellen, die die große Menge hauptsächlich interessierten; langatmige Erörterungen ließ er bei Seite, ebenso jedes Parteigezänk. Dadurch schuf er sich einen Leserkreis, der beständig wuchs und bald über die Grenzen Münchens hinausging. Unter diesen Umständen konnte er sich auch nach einiger Zeit eine gute Redaktionskraft einstellen und fand sie 1856 in August Vecchioni, einem Rheinpfälzer (geb. 1826), der 1848 in den revolutionären Strudel hineingerissen und dann nach Amerika geflohen, schließlich aber wieder in die Heimat zurückgekehrt war. Unter Vecchioni bildete sich das Blatt nun zu einer wirklichen politischen Zeitung heraus; doch erst nachdem es 1862 in den Besitz von Julius Knorr (geb. 1826, gest. 1881), einem hervorragend intelligenten Manne, übergegangen war, und nachdem weiterhin Dr. Georg Hirth (geb. 1841) sich dem Unternehmen gewidmet hatte, wurde es die große Zeitung, die es heute ist.

Von den sonstigen kleinen Blättern Münchens, dem „Landboten“, der „Landbötin“, dem „Eilboten“, dem „Volksblatt“ rc. schwang sich kein einziges zu einiger Bedeutung empor.

Die Provinzpresse besaß ihr vornehmstes Blatt in dem „Nürnberger Korrespondenten“, der sich zur erbkaiserlichen und unionistischen Partei hielt, jedoch beim Beginn der Reaktion auf Drängen der Regierung einen Redaktionswechsel vornahm und nun im Fahrwasser des Herrn von der Pfordten segeln mußte. Dadurch verlor der „Korrespondent“ wesentlich an Bedeutung und ging nach langem Siechtum Ende 1889 ein. Eine ähnliche Beeinflussung, wie beim „Korrespondenten“, mußten auch die liberalen Blätter in Rheinbayern über sich ergehen lassen; nur die kleine „Speierer Zeitung“, die das ehemalige Mitglied der Nationalversammlung, Friedrich Kolb, herausgab, suchte ihren freisinnigen Standpunkt einigermaßen zu wahren.

In eine höchst prekäre Lage geriet durch die Bewegung die Augsburger „Allgemeine Zeitung“. Sie war, wie wir gesehen haben, in eine vollständige Abhängigkeit von Österreich geraten und hatte durchaus die österreichische Politik vertreten. Da erhob sich plötzlich die nationale Begeisterung, und alle Scharf-

sichtigeren erklärten, daß es Preußens Beruf sei, die Führung des neuen Deutschlands zu übernehmen. Aber der Redakteur Gustav Kolb verschloß sich dieser Erkenntnis vollständig. Es war ihm auch jetzt noch nicht möglich, die „gewisse persönliche Scheu seiner Landsleute vor dem Preußentum", wie Heyck sagt (S. 124), zu überwinden und sich zu dem höheren politischen Standpunkte eines Paul Pfizer, Gustav Rümelin und Otto Abel emporzuschwingen. Nur selten gestattete er seinem Kollegen C. A. Mebold, für eine deutsche Politik im Sinne Pfizers einzutreten; im geeigneten Momente neigte sich das Zünglein der Wage doch immer wieder nach Österreich hinüber. Heinrich Laube mahnte daher in seiner leidenschaftlichen Weise den Freund, die deutsche Sache doch nicht im Stich zu lassen, wenn ihm auch zunächst noch „der Preuß zuwider" sei. „Er siegt doch," fuhr er dann fort, „denn wir wollen ein deutscher Staat werden, müßten wir persönlich alle darüber zugrunde gehen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so fortschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen. . . . Deutschland soll ein Staat werden, das ist alles, und das will Österreich nicht, ja das kann Österreich nicht wollen. . . . Sie wissen das alles so gut wie ich und haben gegen Ihren Verstand gekämpft. . . Fassen Sie sich ein Herz, Freund, es ist die höchste Zeit. Daß Sie nicht bayrisch-partikular sind, hat niemand bezweifelt. Sie sind ein Sympathievogel. Gott schütze uns!" Doch auch diese Mahnung blieb wirkungslos; Kolb behielt seine österreichische Richtung bei und entfremdete daher der Zeitung einen großen Teil ihrer bisherigen Leser. Während das Blatt 1848 noch 11155 Abonnenten besaß, hatte es deren im nächsten Jahre nur noch 8360; weiterhin ging die Zahl der Abonnenten 1850 auf 7637 und 1851 sogar auf 7064 zurück. Beim Beginn der orientalischen Krisis besserte sich aber die Lage der Zeitung wieder, da die Augsburgerin die ausführlichsten und anschaulichsten Kriegsberichte und auch die zuverlässigsten diplomatischen Nachrichten brachte. Ihre großdeutsche Politik behielt sie jedoch auch ferner bei und schwärmte bis 1866 für Großdeutschland „unter Einschluß und Hegemonie eines würdig verjüngten Österreich." Die Katastrophe von 1866 erlebte Gustav Kolb jedoch

nicht mehr; er starb am 16. März 1865. Unmittelbar nach dem Kriege entsagte die Zeitung ihren alten Träumen, bekannte sich zur preußisch-deutschen Politik und wurde nach 1870 sogar eine enthusiastische Verehrerin Bismarcks, desselben Bismarck, den Kolb noch 1862 wegen der Worte vom Blut und Eisen als einen Katilinarier verurteilt hatte.

---

6. Die Presse in Österreich. Die Zustände bis zum Jahre 1848. Die Rufe nach Reformen. Der Ausbruch der Revolution. Die beiden alten Wiener Zeitungen. Die Kapriolen der „Wiener Zeitung". Die Schicksale des „Beobachters". Das „Fremdenblatt". Die Hochflut der neuen Blätter. Der gesetzliche Boden und die neue Presse. Die bedeutenderen neuen Zeitungen. Die „Konstitution". Ihr Gründer Leopold Häfner. „Der Freimütige". Dessen Herausgeber Moritz Mahler. Die „Allgemeine österreichische Zeitung". Ihr Leiter Ernst von Schwarzer. „Die Presse". Ihr Gründer August Zang. Die „Ost-deutsche Post", herausgegeben von Ignaz Kuranda. Das „Journal des Österreichischen Lloyd". Eduard Warrens. Die Prager Presse. Die „Prager Zeitung" und die „Bohemia".

Über Österreich lagerte die dumpfe Apathie, in der Metternich die Völker der Erblande gebannt hielt, bis zum Ausbruch der Revolution mit ihrer ganzen grausamen Schwere. Die Gedankenflut der Zeit vermochte nicht über die hohe unsichtbare Mauer zu schlagen, die Österreich seit Jahrzehnten umgab, sodaß die große Masse des Volkes keine Ahnung von dem besaß, was sich vorbereitete. In öder Geistesträgheit lebten die meisten in den Tag hinein und ließen die hohe kaiserliche Regierung für alles sorgen. Und diese tat denn auch, mit dem Kaiser an der Spitze, redlich alles, um jede Aufklärung über politische Dinge fern zu halten. Kaiser Franz besaß eine so heftige Abneigung gegen konstitutionelle Staatseinrichtungen, daß ihn schon das bloße Wort in Aufregung versetzte. Als sein Leibarzt Stifft ihm einmal bemerkte, daß er eine kräftige Konstitution besitze, fuhr er ihn unwillig an: „Was reden Sie da? Wir sind alte gute Bekannte, aber, Stifft, dies Wort lassen Sie mich nicht mehr hören! Eine dauerhafte Natur, sagen Sie, oder in Gottes Namen eine gute

Komplexion, aber es gibt gar keine gute Konstitution! Ich habe keine Konstitution und werde nie eine haben!" Man ging aber auch noch weiter; man wollte überhaupt gar keine geistige Regsamkeit, auch nicht einmal auf rein wissenschaftlichem Gebiete. Als eines Tages die Laibacher Professoren wegen unerhörter Beengungen beim Kaiser vorstellig wurden, erklärte dieser: „Ich brauche keine Gelehrten, sondern gute rechtschaffne Bürger. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle; wer dies nicht tun kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Und als dann doch gelegentlich Bedenken hervortraten, es könne unter diesen Umständen einmal den nötigen wissenschaftlichen Bedürfnissen nicht genügt werden, wies ein vormärzlicher Staatsmann diese Sorge mit den Worten zurück: „Brauchen wir Wissenschaft, so lassen wir ein paar norddeutsche Protestanten bekehren, dann haben wir sie." Der Tod des Kaisers Franz änderte an der Lage nichts; Kaiser Ferdinand, der in der Regierung folgte, ließ alles beim alten. Nur eine Konzession machte er; er ließ die Jesuiten ins Land.

Ganz vollständig vermochte Metternich den neuen Geist, der „draußen im Reich" sich mehr und mehr zu regen begann, aber doch nicht von Österreich fernzuhalten. Verschiedene geniale Köpfe wurden von ihm trotzdem und alledem erfüllt. Anastasius Grün trat mit seinen „Spaziergängen eines Wiener Poeten" hervor, in denen er laut über die Unterdrückung alles geistigen Lebens klagte.

„Ach, es kann der Freiheit Blume
Hierzulande nicht gedeihn!"

sang er melancholisch.

Mit schärferen Accenten betonte Baron Adrian Werburg in seinem Buche „Österreich und seine Zukunft" die Notwendigkeit der Reformen. Er tritt hier für Reichsstände, Preßfreiheit und Öffentlichkeit des Gemeindelebens ein. Am heftigsten aber wandten sich die „Sibyllinischen Bücher aus Österreich" gegen die „engherzige, zagende Kabinettspolitik Österreichs." Sie rührten, wie man erst später erfuhr, von einem Angehörigen des Heeres, dem Geniehauptmann Karl Möring, her. Energisch wird hier gegen die geistige Absperrung protestiert. Immer lebhafter erörtere man

rwärts das Herannahen einer neuen Zeit, sagt er, nur in erreich erfahre man nichts davon; in den österreichischen Zeigen sei nichts davon zu verspüren. Aber auch hier würden die Dinge einmal wenden. „Nur wollen einige meinen," t er dann hinzu, „man brauche keinen Ödipus mehr; käme : ein Herkules, um den Augiasstall zu reinigen, um die vielfige Hydra der Bureaukratie totzuschlagen, um die schwarzen mpyre, die stymphalischen Vögel zurückzuschrecken — to their man see!"

Natürlich erschienen diese Schriften im Auslande, bei Campe Hamburg, und waren in Österreich verboten, wurden aber f geheimen Wegen eingeschmuggelt.

Ein gewisser Kreis von Gebildeten war also von den Freiits-Ideen der Zeit mehr und mehr erfüllt worden, und als die anzösischen Zeitungen nun eines Tages die Kunde von den ariser Vorgängen des 24. Februar nach Wien brachten, entand hier sofort eine außerordentliche Aufregung. Das Café)aum, wo einzig und allein die französischen Blätter auflagen, illte sich im Umsehen mit Besuchern, und einer der Gäste bestieg nen Tisch und las von dort herab die Schilderung der Ereigisse vor. Die Nachrichten wirkten wie Blitzschläge; sie weckten is gesammte Volk auf und riefen allerwärts die Überzeugung ervor, daß auch das alte Österreich sich ausgelebt habe. Schon m 3. März erfolgte der erste direkte Angriff gegen Metternich ı einer Rede Kossuths über eine Adresse an den Kaiser, in der eine Verfassung für alle Länder" verlangt wurde, und gleich arauf brach ein ganzer Adressensturm los, dem tumultuarische ersammlungen und Ausschreitungen folgten. Im Laufe von enigen Tagen befand sich ganz Österreich in fieberhafter Aufegung, in offener Revolution, der die Regierung hülflos gegenber stand. Am 13. März trat Metternich zurück, und am 14. urde die Zensur aufgehoben und die Preßfreiheit bewilligt.

Diese bedingungslose Erlösung von all den drückenden Fesseln, nter denen man bisher geschmachtet hatte, vollzog sich aber so nvermittelt, daß man sich zunächst gar nicht in sie hineinfinden onnte und die wunderlichsten Kapriolen machte. Ganz betroffen

zeigten sich die beiden alten Wiener Zeitungen, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“, die jahrzehntelang in der Kandare dahergetrottet hatten und sich nun plötzlich jedes Zaumes entledigt sahen. Die „Wiener Zeitung“ war ganz verwirrt. Während sie in ihrem amtlichen Teile den offiziellen Ton beibehielt, gebärdete sie sich in dem nichtamtlichen heute radikal bis zum Exzeß und morgen wieder reaktionär, und daher brachte sie eine ganze Anzahl von Gedichten, die die neue Freiheit in überschwänglichem Tone verherrlichten. Ihr Redakteur Dr. Moritz Heyßler hatte so vollständig das Gleichgewicht verloren, daß die „Grenzboten“ (1848, II, 109) spotten konnten: „Die ‚Wiener Zeitung‘ ist ein reichhaltiges und strebsames Blatt ohne Redaktion. Redakteur en chef scheint der Drucker oder der printers devil, d. h. der Zufall, zu sein.“ Im Grunde seines Herzens neigte Heyßler jedoch durchaus den freiheitlichen Bestrebungen zu und ließ das dann im Laufe der nächsten Wochen immer deutlicher hervortreten. Unmittelbar nach der Proklamierung der Preßfreiheit führte er den Leitartikel in der Zeitung ein und widmete gleich den ersten den neuen Errungenschaften. „Mit welchen Gefühlen,“ begann er, „die Preßfreiheit, dieses von allen Klassen der Gesellschaft bis hinab in ihre vernachlässigtsten Schichten mit gleicher Begeisterung begrüßte Geschenk unsers geliebten Monarchen, insbesondere von den Vertretern der Presse, zumal der Tagespresse, begrüßt wurde, kann nur **der** beurteilen, welcher den drückenden Alp, der nun glücklich hinweggenommen ist, auf dem eigenen Geiste und der eigenen Feder lasten gefühlt.“ Bald nachher fügte er, um die neuesten Nachrichten schneller übermitteln zu können, dem Hauptblatte ein „Abendblatt“ hinzu. Unterdessen steigerte sich die allgemeine Erregung mit großer Vehemenz, und zugleich trat zu den bisherigen Fragen noch eine große Menge neuer, unter denen die „deutsche Frage“ einen hervorragenden Platz einnahm. Die „Wiener Zeitung“ behandelte alle diese Angelegenheiten mit großer Leidenschaft, und als Friedrich Wilhelm IV. seine Ansprache „An mein Volk und die deutsche Nation“ gehalten hatte, antwortete sie mit einem so fulminanten Artikel, daß es zu diplomatischen Erörterungen kam

und der österreichische Gesandte in Berlin alle Mühe hatte, dem preußischen Hofe begreiflich zu machen, daß die kaiserliche Regierung nur das vertreten könne, was im amtlichen Teile der „Wiener Zeitung“ stehe. Weiterhin wurde die Kluft zwischen dem amtlichen und nichtamtlichen Teile der Zeitung jedoch so schroff, daß auch die eigene Regierung davon höchst peinlich berührt wurde. Die Redaktion ging ganz in die radikale Strömung hinüber, glorifizierte die Barrikadentage vom 26. bis 28. Mai und machte sich der ungeheuerlichsten Taktlosigkeiten schuldig, sodaß schließlich Heyßler mit dem 1. Juli verabschiedet und die Redaktion in die Hände von A. Adolf Schmidl gelegt wurde. Dieser befleißigte sich eines maßvolleren Tones, änderte auch die innere Einrichtung etwas ab, indem er an Stelle des Feuilletons im Hauptblatte eine besondere „Beilage zur Wiener Zeitung“ einführte, die dann später zu einem Forum für allerlei wertvolle wissenschaftliche Darlegungen geworden ist. Allein Schmidl hielt sich in seiner Position nur bis Mitte September. Wie es scheint, war das Ministerium mit seiner finanziellen Gebarung nicht zufrieden, und Rudolf Eitelberger von Edelberg, bisher Dozent der Theorie und Geschichte der bildenden Künste an der Wiener Universität, trat an seine Stelle. Mit diesem sollte aber die Regierung bald noch schlimmere Erfahrungen machen, als mit Dr. Heyßler. Denn als die blutigen Oktobertage erschienen, ging Eitelberger jubelnd ins Lager der Aufständischen über, verlangte „die Entnationalisierung des Staates, wie die Entkirchlichung desselben,“ erhob — er, der Hauptredakteur des Regierungsblattes! — Protest gegen die vom Hofe beschlossene Verlegung des Reichstages nach Kremsier und erklärte, daß nur der Reichstag eine solche Bestimmung treffen könne. Und als Mitte Oktober der Fürst Windischgrätz gegen Wien heranrückte, figurierten die Aufständischen in den Nachrichten, die das Regierungsblatt vom Kampfplatze brachte, regelmäßig als „die Unsern“; zugleich wurden die Berichte des polnischen Generals Bem an den Oberkommandanten Messenhauser, in denen die Kaiserlichen „die Rebellentruppen“ hießen, von dem mit dem kaiserlichen Doppeladler geschmückten Regierungsblatte ohne Redaktionsbemerkung abgedruckt. Diese Dissonanz wurde

aber sehr bald durch die Kanonen des Fürsten Windischgrätz aufgelöst, und darob verging der „Wiener Zeitung“ für mehrere Tage der Atem. Sie stellte ihr Erscheinen ein und erschien erst am 3. November wieder. Aber wie anders sah sie jetzt aus! Der Freiheitsrausch war vorüber; eine klägliche Ernüchterung hatte sie ergriffen; in durchaus vorschriftsmäßigem Stil wurde über die Vorgänge in der Monarchie und im übrigen Deutschland berichtet. Herr von Eitelberger brachte dieses journalistische Kunststück mit erstaunlichem Geschick zustande und war nur froh, daß man sich im Trubel der Massenverhaftungen und standrechtlichen Hinrichtungen seines Verhaltens während des Oktober nicht mehr erinnerte. Seine ehemaligen Parteigenossen blickten freilich mit bitterem Ingrimm auf diese Wandlung, schalten die „Wiener Zeitung“ eine Metze, die im Oktober die Aula auf das begeistertste gepriesen und sie jetzt ein Rebellennest nenne, und verhöhnten den ehemaligen Parteigänger, der die Hof-Etikette nun wieder so musterhaft zu beobachten wisse.*)

Wesentlich anders, als bei der „Wiener Zeitung“, gestaltete sich das Schicksal des „Österreichischen Beobachters“, des, zwar nicht amtlichen, aber hochoffiziösen Organes des Haus-, Hof- und Staatskanzlers Metternich. Es war ihm zwar der Boden unter den Füßen geschwunden, als sein Herr und Meister am 13. März abgedankt und die Flucht ergriffen hatte, aber es gab sich alle Mühe, nach wie vor seine Würde zu bewahren. Pflichtschuldigst brachte es am 15. März die Verkündigung der Preßfreiheit, doch knüpfte es weiter keine Betrachtungen an, und am nächsten Tage berichtete es über die politische Bewegung wie über ganz gewöhnliche Krawalle, versicherte, daß „in allen Teilen der Stadt“ eine „vollkommene Ruhe“ herrsche, und gab nur zu, daß „leider in einigen Vorstädten und in mehreren Ortschaften außerhalb der Linien“ allerlei „traurige Verirrungen“ vorgekommen seien. Die tiefere Bedeutung der Unruhen wurde vollständig verschwiegen; welche Kräfte hier rangen und sich zur Geltung

*) Freiherr von Helfert, die „Wiener Zeitung“ im Jahre 1848 (Zur Gesch. d. Kaiserl. Wiener Zeitung. Wien, 1903) S. 123 ff.

ı bringen suchten, schien die Redaktion gar nicht zu ahnen.)as zeigte sich auch weiterhin bei den Berichten über die Be- ›egung in den übrigen Ländern Deutschlands; nirgends offen- arte sich ein Verständnis für die Ideen, die hier auftraten nd zur Herrschaft gelangen wollten, immer wurde nur einfach as Tatsächliche gemeldet. Offenbar berührte den Redakteur der eue Geist, der sich allerwärts so laut und anspruchsvoll äußerte, öchst unangenehm, ja peinlich, und es war ihm sichtlich eine Erleichterung, als er am 27. März den Lesern mitteilen konnte, aß Ernst von Schwarzer, der bisherige Hauptredakteur des Journals des Österreichischen Lloyd" in Triest, die Zeitung ıbernommen habe. Schwarzer bildete das Blatt vollständig um ınd gab ihm auch den neuen Titel „Allgemeine Österreichische Zeitung". Infolgedessen verschwand der „Beobachter" klanglos ıus der Zeitungsliteratur, nachdem er jahrzehntelang eine so her- ›orragende Rolle gespielt und mit allen seinen Äußerungen einen naßgebenden Einfluß auf die gesamte deutsche Presse ausge- übt hatte.

Doch nicht nur die beiden politischen Zeitungen, auch die Unterhaltungs-, Witz-, Anzeige- und Klatschblätter sahen sich durch die Aufhebung der Zensur und die Verkündigung der Preßfreiheit auf das lebhafteste berührt und angeregt. Sie nahmen alle rasch eine gewisse politische Färbung an, und das „Fremden-Blatt", das von Gustav Heine (geb. 1805, gest. 1886), einem Bruder des Dichters Heinrich Heine, 1846 gegründet worden und bisher nur ein einfacher und trockener Gasthof-, Ankunfts- und Abreise-, Kurs- und Theater-Anzeiger gewesen war, wuchs sich rasch zu einer politischen Zeitung aus. Ja sogar die ernsten wissenschaftlichen Journale fühlten sich gedrungen, der neuen Freiheit, mitten aus ihren gelehrten Erörterungen heraus, ihre Huldigungen darzubringen. Die Ehrmannsche „Zeitschrift für Pharmacie" schiebt plötzlich zwischen die Abhandlungen über Destillationen und Retortenverfahren den Jubelruf „Heil dem Vaterlande" und druckt dann das kaiserliche Patent vom 15. März, Castellis „Lied für die Nationalgarde", Gerhards Strophen „Die Presse frei!" und anderes ab, worauf sie

dann ohne weiteres mit einem Artikel über die Blutegelzucht in ihr Gleis zurückkehrt.

Am rücksichtslosesten, mit elementarer Heftigkeit, äußerte sich jedoch die allgemeine Erregung in den **neuen** Blättern, die vom 15. März ab wie Pilze hervorschossen. Nicht weniger denn [illegible] solcher journalistischen Erzeugnisse tauchten in dem bewegten Jahre in Wien auf. Aber auch ganz wie in Berlin brachte die größte Mehrzahl es nur zu einer kurzen Lebensdauer. Sehr viele welkten, kaum erstanden, auch schon wieder dahin. Die meisten erhielten sich während ihres kurzen Daseins durch die freie Kolportage, den Straßenverkauf. In allem zeigte sich zunächst, so charakterisiert Richter diese Zeitungsliteratur*), der Mangel an politischer Gesinnung und Erziehung eines aus Sklavenketten plötzlich befreiten Volkes, das das kostbare Geschenk der freien Presse noch nicht zu benützen verstand. Als dann aber der erste Freudenrausch vorüber war, entwickelte sich ein für Österreich ganz neues Schauspiel, das **Parteileben**, und im Gefolge dessen die **Parteipresse**. **Einen** gemeinsamen Ton hielt die Wiener Presse jedoch allezeit fest, ob sie liberal, radikal, konservativ, klerikal, sozialistisch, regierungstreu oder oppositionell gefärbt war, das war ihr **Zentralismus** im Gegensatz zu dem neuentstandenen, jedoch nur höchst unbedeutenden Föderalismus der Provinzpresse. Neu war die katholisch-politische Richtung. Vorübergehend erschienen auch deutsch-nationale Blätter, die den Gedanken des Aufgehens von Österreich in Deutschland vertraten.

Die erste neue Zeitung erschien am 19. März in Wien. Sie führte bezeichnenderweise den Titel „**Satan**", wurde von Dr. Pongratz herausgegeben, brachte es aber nur noch zu einer № 2, die kein Datum trug. Am nächsten Tage (20. März) trat in Wien „**Die Konstitution**" von L. Häfner hervor, die bald großen Einfluß gewann, am 25. März „**Das Panier des Fortschritts**" von Dr. J. Wildner-Maithstein (erschien bis zum 24. Juni), am 27. März der „**Konstitutionelle Courier**

*) H. M. Richter, die Wiener Presse (Wien 1848—1888. Denkschrift zum 2. Dez. 1888, herausgeg. vom Gemeinderate der Stadt Wien.) Wien 1888, Bd. II, S. 419.

r die Wiener Vorstadtgemeinden" von Johann Karl (bis n 13. Mai), am 28. März „Der Volksfreund" von Josef nk (bis zum 19. Oktober), am 29. März „Das junge 'terreich", national=politisches Organ der Wiener Hochschule, n L. Eckart (bis zum 16. Mai), am 30. März „Der Freiütige" von Mahler (bis zum 25. Oktober), ferner „Der poliische Kellner im neuen Gasthause zum freien Mann, wo man erhand Geistiges und überhaupt wahren Heurigen zu den lligsten Preisen bekommt" (nur 5 Nummern), am 1. April die konstitutionelle Donauzeitung" von Dr. C. F. Hock und n Mit=Redakteuren Dr. C. E. Schindler und Sigm. Engnder, in deren № 68 vom 8. Juni Grillparzers berühmtes iedicht an den Feldmarschall Radetzky erschien „Glück auf, mein eldherr, führe den Streich!" (bis zum 6. Juli), „Der österreichische Nationalgardist" von Dr. Hermann Meynert (bis um 28. Juni) und die Österreichische konstitutionelle eutsche Zeitung" von Dr. Heinrich Löw (bis zum 13. August), m 5. April die „Opposition für Volk und Recht" von J. N. Ritschner, mit dem Bemerken, daß das Blatt „beinahe" täglich ausjegeben werde (bis zum 17. Mai), am 15. April „Der österreichische Landbote" mit dem Wahlspruch „Recht und Gesetz, Öffentlichkeit, Freiheit und Ordnung", von Wilhelm Ehrlich (bis zum 15. Juli), am 10. Mai der „Gerad' aus! Politisches Abendblatt fürs Volk" von Fritz (bis zum 26. Oktober), am 1. Juni die „Zeitung für die Wiener Nationalgarde" von Dr. Klucky, Dr. Netwald und Karl Scherzer (bis zum 26. Oktober), am 3. Juni die „Wiener Gassen=Zeitung" von Terzky (bis zum 26. Oktober). Am 10. Juni erschien der „Wanderer" (№ 137) mit dem erweiterten Titel „Ein politisch=belletristischer Tagesbote für Stadt und Land", herausgegeben von Ferdinand Seyfried und August Silberstein, am 16. Juni die „Kleine Reichstags=Zeitung" von August Zang (bis zum 20. Juni) und „Der Radikale" von Dr. A. J. Becher mit den Mitarbeitern W. Messenhauser, Dr. K. Tausenau, Jos. Tuvora, Fr. Hebbel, Joh. Nordmann u. a. (bis zum 26. Oktober), am 24. Juni „Der Demokrat" als neue Folge des „Wanderers",

am 3. Juli „Die Presse“, herausgegeben von August Zang, redigiert von Dr. Leopold Landsteiner, am 7. Juli „Der Ohnehose, Volksblatt für unumschränkte Freiheit und soziale Reform“ von Heinrich Blauberg (bis zum 29. Juli), am 11. Juli „Schwarz-Rot-Gold, Vereinsblatt der Deutschen in Österreich“, herausgegeben von Dr. L. v. Löhner, redigiert von Dr. Kuh, Jos. Rank, F. Uhl, Dr. Rob. Zimmermann u. a. (bis zum 15. August), am 18. Juli eine „Allgemeine Slavische Zeitung“ von H. Terebelsky (bis zum 21. Oktober), am 24. Juli „Die Geißel, Tagblatt aller Tagblätter“ von J. F. Böhringer (bis zum 31. Dezember), am 3. August „Der politische Esel, Tag-, Klatsch-, Schmäh- und Schimpfblatt“, verantwortlicher „Treiber“ H. Grinzinger (bis Mitte August nur 6 Nummern), am 16. August „Die Reform, politisch-soziales Tagblatt“ von Sigm. Engländer (bis zum 24. Oktober), am 1. September „Die Volkswehr, wichtiges Organ für die National-Garde“ von Jos. Hirschfeld (bis zum 15. Okt.), am 5. September „Die goldene Mittelstraße, populäres Organ der gemäßigten Partei“ mit dem Motto „Man höre auch den andern Teil“ von Professor Franz Anton Rosental (bis zum 30. Dezember), am 1. Oktober die „Ost-deutsche Post“ von Ignaz Kuranda (bis 1866), am 1. November der „Österreichische Korrespondent“ von Dr. Julius Seidlitz (bis zum 31. Dezember), am 10. November „Schild und Schwert“, politisch-konservatives Journal, von Joh. Quirin Endlich (bis zum 31. Dez.) und am 21. November aufs neue der „Wanderer, fünfunddreißigster Jahrgang“, der den „Demokraten“ wieder abgestreift hat, redigiert von Ferd. v. Seyfried.

Doch bleibt noch ein Rest von vielen unbedeutenden Blättern, die nur ganz kurze Zeit erschienen (es befinden sich nicht weniger denn 34 Eintagsfliegen darunter und 26, die keine Woche überlebten), auf deren Aufzählung wir füglich verzichten.

Der gesetzliche Boden, auf dem diese ganze Wiener Presse stand, war äußerst schwankend. Nachdem am 14. März die Preßfreiheit bewilligt worden war, wurde am 31. ein provisorisches Preßgesetz bekannt gegeben, das aber so viel Widerspruch

:regte, daß sich das Ministerium gezwungen sah, es zurück-
ızziehen. Darauf erschienen am 18. Mai, jedoch ohne kaiserliche
Sanktion — Kaiser Ferdinand hatte am 17. Mai heimlich die
Residenz verlassen — mit weitgehender Berücksichtigung aller
Wünsche zwei neue „provisorische Verordnungen“, die eine „gegen
en Mißbrauch der Presse“, die andere „über das Verfahren in
Preßsachen“. Alle Bestimmungen des früheren Gesetzes über
Kautions-Pflicht, Vorlage von Pflicht-Exemplaren, Verschärfung
ler Freiheitsstrafen durch Geldbußen u. s. w. waren beseitigt.
Der Redakteur brauchte nicht mehr österreichischer Staatsbürger
u sein, sondern mußte nur im Inlande wohnen. Für das
Verfahren in Preßsachen war das Geschworenen-Gericht ein-
geführt. Im großen und ganzen hatten aber diese Gesetzes-
bestimmungen wenig Zweck, denn in der nun folgenden trubulösen
Zeit spielte das Gesetz kaum eine Rolle. Es entwickelte sich bei
der vollständigen Machtlosigkeit der Regierung ein allgemeiner
Terrorismus, der schließlich seinen Höhepunkt in dem Aufstande
erreichte, der am 6. Oktober ausbrach. Darauf rückte der Fürst
Windischgrätz mit einem bedeutenden Heere gegen Wien, erklärte
am 20. Oktober Stadt und Umgebung in Belagerungszustand
und erließ unter dem 23. Oktober von Hetzendorf aus eine
Proklamation, in der er bestimmte: „Auf die Dauer des Be-
lagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendieren, mit
Ausnahme der ‚Wiener Zeitung‘, die sich bloß auf offizielle Mit-
teilungen zu beschränken hat.“ Damit war über die Wiener
Presse der Stab gebrochen, viele Journalisten suchten das Weite
und flohen ins Ausland, und die meisten Zeitungen hörten auf,
zu erscheinen. Von Ende Oktober bis Anfang November — am
1. November erfolgte die vollständige Besetzung der Stadt durch
Truppen — kam kein einziges Blatt heraus. Am 3. November
erschien, wie schon erwähnt wurde, zunächst die „Wiener Zeitung“
wieder und veröffentlichte eine zweite Proklamation des Inhalts,
daß die Presse nach den Bestimmungen des ersten Patents be-
schränkt bleibe, ihre etwaigen Publikationen von der Militär-
behörde abhängig seien und der Stadtkommandant allein über die
Presse zu befinden habe. Der eiserne Kehrbesen des Fürsten

Windischgrätz hatte also die ganze Wiener Presse hinweggefegt, und der Stadtkommandant Feldmarschalleutnant Walden war nun auf lange Zeit der Regulator der öffentlichen Meinung, während die Auditoren des Kriegsgerichts über Sein und Nichtsein der Zeitungen entschieden. Erst am 7. November wagten sich noch einige andere Zeitungen hervor, vermochten jedoch nur kümmerlich zu existieren, da der Vertrieb der Zeitungsblätter auf offener Straße verboten war. Der unsichere Zustand änderte sich auch nicht, als am 13. und 14. März 1849 nacheinander zwei kaiserliche Patente erschienen, von denen das erste gegen den Mißbrauch der Presse gerichtet war, das zweite das Verfahren in Fällen der Übertretung feststellte. Es wurde hierbei die Kaution eingeführt, die Vorlegung der Pflichtexemplare gefordert und die österreichische Staatsbürgerschaft für die Redakteure zur Bedingung gemacht. Außerdem versetzte das zweite Patent die Presse in eine traurige Ausnahmestellung, die im damaligen Strafgesetze nicht begründet war, indem es (in den §§ 22 bis 25) schon die bloße Aneiferung zum Ungehorsam, zu Feindseligkeiten wider Nationalitäten, Religionsgemeinschaften, Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft ꝛc. als Vergehen bezeichnete. Bei der Dehnbarkeit dieser Bestimmungen war eine gefährliche Auslegung und eine Anklage jederzeit möglich. Die Bestrafung der eigentlichen Übertretungen wurde nicht dem Gerichte, sondern den politischen Behörden anheimgestellt; nur ein Trost war vorläufig noch geblieben, indem die Schuldfrage dem Geschworenengerichte überlassen blieb. Die Bildung der Geschworenen-Listen verzögerte sich jedoch, worauf die Wohltat illusorisch wurde; nicht lange, und auch die Schwurgerichte verschwanden aus dem österreichischen Strafprozesse. Die Militärbehörde hielt sich nicht an das Gesetz: das Konzessionssystem war ihr alleiniger Maßstab. Endlich brachte noch eine Verordnung vom 6. Juli 1851 das System der Verwarnungen, wodurch die Presse dem Gesetze und ihrem ordentlichen Richter entzogen und dem Ermessen der Verwaltungsbehörden ganz anheim gegeben wurde. War die zweimalige schriftliche Verwarnung fruchtlos, so mußte die weitere Herausgabe auf drei Monate eingestellt werden. Es schnitt also nicht

s richterliche Erkenntnis der Zeitung den Lebensfaden ab, son-
rn die Administrativbehörde, der Statthalter. Längere Sus-
nsion, vollständige Einstellung hing vom Minister des Innern
. Preßprozesse kamen nicht mehr vor. Diesem Zustande folgte
nn gleichsam als Schlußstein im Dezember 1851 die Beseiti-
ng der Verfassung vom 4. März 1849, die Aufhebung der
rundrechte und also auch der Preßfreiheit. Österreich war
ieder zum Absolutismus zurückgekehrt. Die Zahl der politischen
eitungen Österreichs schrumpfte daher immer mehr zusammen,
mal jetzt auch die kirchlichen Streber einen Feldzug gegen die
berale Presse begannen. Die ganze Bevölkerung versank wieder
 eine politische Passivität, in der der vaterländische Sinn schwer
eschädigt und eine Förderung der politischen Bildung unmöglich
emacht wurde. Von den 388 Journalen des Jahres 1848
aren 1852 in ganz Österreich nur noch 172, von 306 poli-
ischen Zeitungen nur mehr 59 übrig.*)

Die wichtigsten und einflußreichsten der neuen, im Jahre 1848 erstandenen österreichischen Zeitungen waren die „Konstitution", „Der Freimütige", die „Allgemeine Österreichische Zeitung", die „Presse" und die „Ost-deutsche Post"; außerdem kann zu diesen Blättern auch noch der „Lloyd" gefügt werden, der, bisher in Triest ein handels-politisches Fachblatt, im September nach Wien verpflanzt und dort zu einem politischen Tageblatt großen Stils umgebildet wurde.

Die „Konstitution" erschien bereits am 20. März in Wien und frappierte sofort durch ihre außerordentliche Heftigkeit und Bitterkeit. Ein solcher Ton, wie ihn dieses Blatt anschlug, war bisher noch nie in Wien gehört worden. Ihr Herausgeber war ein kleiner buckliger Mann, mit einem „unbändigen" Schnurrbart, Leopold Häfner, den niemand kannte, und um dessen geheimnisvolle Persönlichkeit sich daher alsbald eine Sage spann. Es wurde behauptet, er sei aus den untersten Volksschichten emporgetaucht, früher Hutmachergeselle gewesen, von allerlei schweren Schicksalsschlägen betroffen worden und nun von dem heftigsten

---

*) Richter, S. 420—424.

Groll gegen alles erfüllt, was ein Wappen, einen Talar, eine Uniform trage. Durch die Nachforschungen Helferts ist jedoch festgestellt worden, daß Häfner, 1818 zu Wien als der Sohn eines Greislers geboren, eine abgeschlossene Gymnasialbildung erhielt, die Rechte studierte und eine Zeitlang in fürstlich Lichtensteinschen Diensten stand, unter einem ränkevollen und selbstsüchtigen Verwalter aber viel zu leiden hatte und daher nach drei Jahren sein Amt wieder aufgab und nun in schwierige und kümmerliche Verhältnisse geriet, bis ihn die Revolution auf einmal emporhob und auf kurze Zeit mit dem Glorienschein der Berühmtheit umgab.*) Offenbar besaß er etwas Faszinierendes, eine gewisse dämonische Gewalt sowohl in seinem Auftreten, wie in der Sprache seiner Leitartikel. Außerdem war er von einer fanatischen Unternehmungslust erfüllt. Als die Revolution ausbrach, hatte er nur zwanzig Kreuzer in der Tasche, aber er fand sofort Leute, die ihm Kredit zur Gründung der „Konstitution" gewährten, und auch allerlei geschickte Mitarbeiter, Ludwig Hauk, Max C. Gritzner jun., Wintersberg, Anton Niederhuber und Dr. Joseph Hrzka, die in seinem Sinne für ihn schrieben. In den ersten Wochen sah das neue Blatt freilich noch ziemlich dürftig aus; es erschien nur in Oktav, aber es entwickelte sich rasch, und vom 4. Mai ab kam es in Quartformat heraus. Gleich in der ersten Nummer wandte sich Häfner mit glühender Leidenschaft gegen die Bureaukratie, „das Beamtentum mit der Erblichkeit und Verkäuflichkeit seiner Stellen, mit seinem Eigendünkel und seiner Borniertheit, mit seiner Gefräßigkeit und seiner schauderhaften Fortpflanzungsfähigkeit", in der zweiten griff er die Geistlichkeit an, in der vierten brachte er einen Aufruf „an die Nationalgarde"; weiterhin machte er gegen die Slaven Front, die er als „Mitteldinge zwischen Tieren und Eskimos" bezeichnete; immer malte er in den grellsten, schreiendsten Farben, und immer wußte er zu fesseln, zu packen und hinzureißen. Ein Schriftsteller jener Zeit, der ihn auch persönlich kannte, Friedrich W. Ebeling, nennt ihn einen Marat und sagt von der „Konstitution":

*) Freiherr v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848. Wien 1877, S. 30.

Sie war das permanente Geprassel der Guillotine; ihre Zeilen triefen von Menschenblut, ihre Logik war die des Schwertes, ihr Mittel die Revolution, ihr Ziel die Revolution.“*) Natürlich erregte diese maßlose Sprache sofort ein ungeheueres Aufsehen, und jeder griff nach dem Blatte. „Man muß es eben gesehen haben,“ erzählt Siegfried Kapper in seinem Aufsatz „Die Wiener Revolutionsliteratur“ (Bohemia 1848, № 255), „wie sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht die Schau- und Kauflustigen an das Ausgabefenster der Benediktschen Verlagsbuchhandlung am Lobkovic-Platze drängten. Hielt jemand in der Straße ein Zeitungsblatt in der Hand, so war es die ‚Konstitution‘; ging einer pränumerieren, so war es auf die ‚Konstitution‘; verlangte wer im Kaffeehaus vom Marqueur ein Zeitungsblatt, so war es die ‚Konstitution‘.“ Daher war denn auch die Auflage der Zeitung gleich von vornherein sehr bedeutend. Schon nach wenigen Tagen besaß sie fünf bis sechstausend feste Abonnenten, und daneben wurden täglich im Straßenverkauf gegen zehntausend Exemplare abgesetzt. An besonders stürmischen Tagen aber, im August und September, oder wenn Anton Niederhuber, einer der Hauptschreier jener Zeit, in einem fulminanten Artikel versicherte, daß alle Fürsten, der König von Preußen an der Spitze, an den Galgen gehängt werden müßten, stieg die Auflage bis auf fünfundzwanzigtausend Exemplare. Allein die Herrlichkeit der „Konstitution“ dauerte nicht lange. Als am 6. Oktober in Wien der Aufstand ausbrach, ließ Häfner seine Redaktion wie seine Präsidentschaft im „Zentral-Ausschuß aller demokratischen Vereine“, im Stich und floh donauaufwärts, wurde aber in der Gegend von Krems festgenommen und nach dem Spielberg gebracht. Damit war seine Rolle ausgespielt und ebenso auch die der „Konstitution“. Die Hülfsredakteure suchten das Blatt zwar zu halten, doch hörte es schon am 25. Oktober mit der № 178 zu erscheinen auf.

Nicht so schwarzgallig, wie die „Konstitution“, zeigte sich „Der Freimütige“. Er sah die ganze Bewegung ohne tieferes

*) Friedrich W. Ebeling, Zahme Geschichten aus wilder Zeit. Leipzig 1851, S. 92.

Verständnis als ein buntes Durcheinander an, ja wohl gar als eine Komödie, an der man unter Umständen auch seinen Spaß haben könne. Der Herausgeber des Blattes, **Moritz** Mahler, war ein leichtfertiger junger Mensch, der vordem für Bäuerles Theaterzeitung gearbeitet, die Sehenswürdigkeiten des Wurstelpraters besprochen und den schaulustigen und genußsüchtigen Wienern „mit dem Humor eines angenehm Betrunkenen“, wie sich Ebeling ausdrückt, bald über die Drolligkeit eines Affentheaters und die Vorzüglichkeit einer neuen Schuhwichse, bald über die Eleganz eines Taschenspielers und die liebliche Süße eines Schweizerkäses berichtet hatte. Als die Revolution ausbrach, war er schnell bei der Hand, die neue Situation für sich auszunutzen, und gründete aufs Geratewohl den „Freimütigen“. Die erste Nummer erschien bereits am 30. März in Quart und kündigte an, daß die neue Zeitung sowohl für „Denker“, wie für „Lacher“ bestimmt sei. „Vornehmheit, Klassizitätshochmut und ledernes Wissen“, hieß es da, „taugen nicht für die raschrollende Zeit und Journalistik. Wir müssen von gestern nach morgen leben wie die Lumpen. Was wir heute erworben, muß morgen verpraßt werden. Hoch lebe die Lumperei! sagt Börne.“ Und nun brachte er ein Quodlibet von Berichten, Späßen und Ansichten, „Gedanken in Hemdsärmeln“, „Raketen für politische Finsterlinge“, „Nadelstiche für Mucker“ 2c. Allein diese oberflächlichen Plaudereien, Witze und Späße vermochten das Publikum doch nur auf kurze Zeit zu fesseln, und da Mahler nicht mehr zu geben vermochte, so sah er sich schleunigst nach Mitarbeitern um. Seiner Findigkeit gelang es auch bald, solche zunächst in Joseph Tuvora, sodann in Isidor Heller zu erlangen. Tuvora war ein früherer Münzbeamter, der sich aber schon seit Jahren mit Politik beschäftigte und für hervorragende Zeitungen, den „Nürnberger Korrespondenten“, die „Kölnische Zeitung“, die „Leipziger Allgemeine“, schrieb. Durch mancherlei Drangsale und Demütigungen gekränkt und verletzt, gehörte er wie Häfner zu den Verbitterten; doch brachte er seinen Haß gegen das alte System mit einer gewissen Eleganz zum Ausdruck. Den bisherigen cynisch-humoristischen Ton des Blattes wußte er bald mehr und mehr zurückzudrängen und dadurch das

Blatt auf eine höhere Stufe zu heben. In kurzer Zeit stieg daher die Auflage auf 5000 Exemplare. Der andere neue Mitarbeiter, Isidor Heller, aus Böhmen gebürtig, gab dem feuilletonistischen Teile des Blattes einen besseren Inhalt. Mahler behielt sich schließlich nur noch die letzte Seite der Nummer vor, wo unter der Rubrik „Eingesandt" alle möglichen Klagen vorgebracht und mit „mahlerischem Witz" verbrämt wurden. Um dem Blatte noch mehr Ansehen zu geben, verwandelte Mahler am 6. August das bisherige Quart in Groß-Folio, sodaß der „Freimütige" jetzt das größte Format der Wiener Tagespresse besaß. Damit hatte die Zeitung aber auch schon ihren Höhepunkt erreicht. Je stürmischer die Zeiten wurden, desto weniger zeigte sie sich ihrer Aufgabe gewachsen, und als der Oktoberaufstand ausbrach, floh Tuvora bereits am 6. Oktober. Nun suchte Mahler sein Schiff auch ohne Tuvora flott zu erhalten, doch Drucker und Setzer eilten jetzt auf die Barrikaden, um gegen die Truppen des Fürsten Windischgrätz zu kämpfen, worauf schließlich weiter nichts übrig blieb, als am 25. Oktober mit der № 172 die Herausgabe des Blattes einzustellen. Bald nachher, während der Einnahme der Stadt, am Abend des 31. Oktobers, suchte auch Mahler das Weite.

Eine etwas vornehmere Haltung suchte sich die „Allgemeine österreichische Zeitung" zu geben. Sie trat, wie schon Seite 629 gesagt wurde, an die Stelle des hochoffiziösen „Beobachters", übernahm von diesem aber auch nicht den kleinsten Charakterzug. Wie die „Konstitution" und der „Freimütige", so kündigte auch sie sich als „Oppositions-Blatt" an und entwickelte dabei sogar ein gewisses politisches Programm. Sie erklärte sich für ein exklusives Deutschtum und bekannte sich als entschiedene Gegnerin des Ministeriums Pillersdorff. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer war bereits ein Mann von vierzig Jahren, als er in die politische Arena trat, und hatte auch schon ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Als der Sohn eines geadelten Offiziers, hatte auch er zunächst die Offizierskarrière eingeschlagen, aber bald den Dienst quittiert und war nun in eine höchst abenteuerliche Laufbahn hineingeraten. Wie Freiherr von Helfert erzählt, versah er zunächst,

nachdem er seinen Abschied genommen, das Amt eines Sekretärs bei einem russischen General in Genf, fristete dann sein Leben eine Zeitlang als Schilder- und Wappenmaler in Tirol, als Handelsagent in Italien, als Gehilfe in August Zangs Kunstbäckerei in Paris, als Teilhaber an einem Bierbrauerei-Geschäft in London, bis es ihm schließlich 1844 gelang, die Redaktion des „Österreichischen Lloyd" in Triest zu erhalten und sich dort durch national-ökonomische Aufsätze ein gewisses Ansehen zu verschaffen. Durch diese journalistische Tätigkeit spann er nun auch Beziehungen zu Wien an, die es ihm dann 1848 ermöglichten, den alles Haltes beraubten „Beobachter" zu erfassen und zunächst in die „Österreichische Zeitung" und bald nachher in die „Allgemeine österreichische Zeitung" umzubilden. Die neue Zeitung erschien vom 31. März ab täglich in Quartformat in Stärke von einem Bogen. Die lebhafte Beteiligung am politischen Leben nahm aber Schwarzer so sehr in Anspruch, daß er sich alsbald nach einem Mitarbeiter umsehen mußte und diesen in Hermann Jelinek fand. Aber Jelinek war einer der verschrobensten und überspanntesten Revolutionäre, die in Wien ihr Wesen trieben, und entwickelte in seinen Artikeln so ungeheuerliche Ideen, daß er sich bald unmöglich machte. Er ging dann zu andern Blättern über, wütete dort noch maßloser und wurde daher bald nach der Besetzung der Stadt festgenommen und am 23. November standrechtlich erschossen. Schwarzer hatte mittlerweile den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, sich immer größerer Mäßigung beflеißigt, und so überraschte es denn schließlich kaum, daß bei der Bildung des Ministeriums Doblhoff Mitte Juli „der wegen seiner national-ökonomischen Kenntnisse allgemein geschätzte" Ernst von Schwarzer Minister für öffentliche Arbeiten wurde. Die Leitung des Blattes übernahm nun F. O. Hübner, wobei Schwarzer ausdrücklich bemerkte, daß der neue Hauptredakteur durchaus unabhängig sei, und die Zeitung nach wie vor in „unwandelbarer Begeisterung für Freiheit und Fortschritt" eintreten werde. Allein ein gewisser Einfluß Schwarzers machte sich trotz alledem sehr bald geltend; der oppositionelle Ton wurde mehr und mehr herabgestimmt, und die Haltung der Regierung in Schutz genommen

nd verteidigt. Dieser Wandel erregte natürlich bei der oppo-
itionellen Presse eine große Entrüstung. Karl Ferdinand Hock
warf Schwarzer in der „Donauzeitung" vor, daß er „Gesinnungen
und Freunde wechsele, wie man einen Handschuh auszieht", und
Quirin Endlich rief im „Zuschauer" aus: „Mit der Gewandtheit
ines Taschenspielers und sonst routinierten Mannes weiß er seine
hamäleonische Gestalt geschickt zu decken; aber der denkende Vater-
andsfreund schleudert auf sein Haupt ein donnerndes Damnatur!"
Noch heftigere Angriffe folgten, worauf sich Schwarzer nicht
änger im Ministerium zu halten vermochte und zu Anfang Sep-
tember zurücktrat. Nun aber änderte sich auch wieder der Ton
der „Allgemeinen österreichischen Zeitung"; das Blatt ging wieder
zum Radikalismus über, und Schwarzer scheute sich sogar nicht,
seine früheren Amtsgenossen anzugreifen und zu verdächtigen.
Das unsaubere Spiel dauerte jedoch nicht lange; der Oktober-
sturm riß auch die „Allgemeine österreichische Zeitung" mit allen
ihren Wurzeln aus dem Boden und schleuderte sie nieder; am
26. Oktober erschien sie mit ihrer Nummer 207 zum letzten Mal.

Mit ganz besonderem Geschick wurde „Die Presse" ins Leben gerufen und geleitet. Ihr Gründer war August Zang, ein äußerst energischer Mann von scharfem Verstande und sicherem Urteil, besonders in ökonomischen Angelegenheiten. Wie Schwarzer, so hatte auch er bereits, bevor er zur Journalistik überging, einen seltsamen Lebenslauf hinter sich. Am 2. August 1807 als der Sohn eines Wiener Arztes geboren, schlug er zunächst die Offizierskarriere ein, gab sie aber, da sie ihn nicht befriedigte, bald auf, unternahm Bauspekulationen und ging dann, getrieben von einem rastlosen Unternehmungsgeist, nach Paris, um dort die Wiener Kunstbäckerei einzuführen. Das Geschäft schlug auch ein — noch heute besteht die Boulangerie Zang in der Rue Richelieu —, aber als die Revolution in Wien ausbrach, verkaufte er es schleunigst und eilte nach seiner Vaterstadt, um dort nach dem Muster von Emil de Girardins Zeitung „La Presse" ein politisches Blatt zu gründen, dem er ebenfalls den Titel „Die Presse" gab. Zum Mitarbeiter gewann er einen sehr bewanderten und kenntnisreichen Journalisten, Dr. Leopold Landsteiner, den er be-

reits in Paris kennen gelernt hatte. Als Richtschnur stellte er für die ökonomische Seite des Unternehmens die größte Billigkeit hin. Er setzte als Preis für die Nummer des Blattes (ein ganzer dreigespaltener Bogen in Folio) nur einen Kreuzer; dabei erfolgte für die Abonnenten noch die Zustellung ins Haus „ohne Erhöhung des Preises". Einen solchen geringen Betrag für eine Zeitung hatte man bisher in Wien noch nicht gekannt; die Einführung des Blattes ließ sich daher sehr leicht bewerkstelligen. Für die politische Haltung der „Presse" schrieb er das Eintreten und Kämpfen für die Erhaltung der Ordnung vor. Er trat also dem Radikalismus entgegen, dem alle anderen Blätter huldigten, und verurteilte heftig den übermütigen, herausfordernden Ton der „Konstitution" und des „Freimütigen". An die Spitze jeder Nummer stellte er das Motto: „Gleiches Recht für alle." In dem Eingangs-Artikel kündigte er die neue Zeitung als „Das Journal der reinen Demokratie" an. Die erste Nummer erschien am 3. Juli; darauf kam das Blatt täglich heraus. August Zang wurde als Herausgeber, Dr. Leopold Landsteiner als Haupt-Redakteur bezeichnet. Sehr bald zeigte es sich, daß Zang sowohl wie Landsteiner alle übrigen Zeitungsleiter und Journalisten Wiens bei weitem überragte; beide hatten sich in Paris eine bedeutende politische Bildung angeeignet, und zudem verfügte Landsteiner über eine gewinnende Eleganz des Vortrags, eine gewisse Bonhommie, die gegen das wüste Geschrei und die freche Urteilslosigkeit der meisten übrigen Zeitungsschreiber grell abstach. Unablässig mahnte die „Presse" zur Besonnenheit; nur dann könne sich die nötige Klärung vollziehen, und aus dieser werde sich dann Recht und Gesetz entwickeln. Das sinnlose Freiheitsgeschrei führe zu nichts. Dieses Auftreten der „Presse" und zudem ihr Erfolg rief sehr bald den Haß und Neid der Radikalen hervor. Sie verdächtigten Zang, er habe sich „geheime" Hülfsquellen eröffnet, täusche das Publikum mit der Angabe, sein Blatt habe eine Auflage von 10000 Exemplaren, und verfolge eine reaktionäre, servile Tendenz, die man als „schwarzgelb" bezeichnen müsse. Ja, es erschien sogar ein Flugblatt, in welchem mit großen Lettern gewarnt wurde: „Hütet Euch! Kauft ja nicht das Tageblatt die

‚Presse'!" Und dann hieß es u. a.: „Würdige Bewohner Wiens! Lasset Euch durch das große Format dieser Zeitung nicht verlocken, sie zu kaufen! Dieses ist kein Blatt für Euch, kein Blatt zur Aufklärung des Volkes. Es ist eine Zensur! Ihre Basis ist Reaktion, und ihr infernalischer aristokratischer Gestank dampft aus dem Riesen-Kreuzer-Folio!" Aber Zang ließ sich durch solche Angriffe und Schmähungen nicht bedrücken oder einschüchtern; er antwortete nicht minder grob und bissig. In einem Artikel in № 12 vom 14. Juli, den er mit seinem Namen unterzeichnete, wies er zunächst mit stark betonter Freude auf den „in der Geschichte der Journalistik beispiellosen Erfolg" seines Blattes hin, „den wir" allerdings, wie er „bescheiden" hinzufügte, „nicht so sehr dem Werte unserer Leistung, als dem gänzlichen Unwerte jener unserer Gegner beizumessen" haben, und dann rechnete er die Auslagen für Satz, Papier und Druck bei seiner Zeitung vor und erklärte, daß sich bei diesen Unkosten bei einer Auflage von 10000 Exemplaren immerhin ein ganz hübscher Überschuß ergebe, mithin „geheime Hülfsquellen" nicht eröffnet werden brauchten. Sollte aber das Publikum trotzalledem den Schmähungen und Verdächtigungen der Gegner Gehör schenken und sich von der „Presse" abwenden, so werde es „seinen Durst nach Wissen für 6 Gulden in den ekelhaft schmutzigen Tränken solcher Blätter wie der ‚Gerad' aus', die ‚Gassenzeitung', die ‚Konstitution' und ihresgleichen stillen müssen."

Die Angriffe der Gegner blieben denn auch wirkungslos, und die „Presse" gewann immer mehr an Terrain, auch in den oberen Schichten. Graf Stadion suchte sogar eine sehr enge Fühlung mit dem Blatte, sodaß man in den gegnerischen Kreisen annahm, nicht Zang, sondern Stadion sei in Wirklichkeit der Gründer der „Presse" gewesen. Als kluger Geschäftsmann ging Zang jedoch auf kein bindendes Verhältnis ein, weder bei der Regierung, noch bei der „haute Finance", die sich alsbald an ihn heranzudrängen suchte; er sicherte sich immer die freie Hand und stand sich dabei geschäftlich stets am besten. Weit entfernt, sich für ideale politische Bestrebungen in die Schanze zu schlagen, spähte er nur immer, wie er den Ertrag des Blattes möglichst

steigern könne; diejenige Politik war ihm für seine Zeitung die einzig richtige, mit der er, wie er sich ausdrückte, am meisten „Goldmachen" könne. Offen erklärte er, daß sein Ideal einer Zeitung ein Blatt sei, das nicht eine einzige unbezahlte Zeile enthalte, in welchem selbst die Königin von England ihre Thronrede inserieren müsse. Nicht mit Unrecht hat man ihn daher den Vater aller Preßkorruptionen genannt.

Auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge entschied für die Haltung der „Presse" stets der geschäftliche Vorteil, offenbar auch während der stürmischen Oktobertage. Nichtsdestoweniger durfte nach der Einnahme Wiens und während des Belagerungszustandes auch die „Presse" nicht weiter in der Hauptstadt erscheinen und wanderte daher nach Brünn aus, wo sie nun ein ganzes Jahr lang fortgeführt wurde. Die Opposition, die jedoch jetzt das Blatt der Regierung machte, war dieser so unbequem, daß sie auf den Brünner Drucker einwirkte und ihn veranlaßte, der Zeitung seine Presse zu entziehen, was dann das Aufhören des Erscheinens zur Folge hatte. Darauf mußte Zang sein Unternehmen anderthalb Jahre ruhen lassen, bis er endlich im Sommer 1851 die Erlaubnis erlangte, sein Blatt wieder in Wien herauszugeben, obgleich dort noch immer der Belagerungszustand herrschte. Die Haltung der Zeitung war jetzt natürlich eine weit vorsichtigere als in Brünn, doch behielt sie die oppositionelle Richtung bei und gewann sich dadurch die große Menge der Unzufriedenen. Weiterhin blieb sie dann viele Jahre das Organ der gemäßigten liberalen Partei, büßte aber mit der Zeit ihren großen Einfluß ein, worauf Zang 1867 das Blatt an eine Bankgesellschaft verkaufte und sich industriellen Unternehmungen und Spekulationen widmete. Auch hier wußte er stets geschickt zu operieren, sodaß er, als er am 4. März 1888 in Wien starb, ein großes Vermögen hinterließ. Die „Presse" vermochte sich nicht wieder emporzuschwingen und wurde daher 1894 mit der „Reichswehr" verschmolzen. In den letzten Jahren soll sie einjährliches Defizit von 80000 Gulden gehabt haben. Erwähnt sei noch, daß einer ihrer Redakteure, A. Krawani, im Jahre 1866 in

inem Leitartikel das geflügelte Wort von der „affenähnlichen Geschwindigkeit" der Preußen prägte.

Als die letzte große neue Zeitung Wiens erschien mit dem . Oktober Ignaz Kurandas „Ost-deutsche Post". Gleich nach dem Ausbruch der Bewegung im März 1848 war Kuranda von Leipzig nach Wien geeilt und dort in den liberalen Kreisen mit Begeisterung empfangen worden. Darauf trat er als Abgeordneter der Stadt Teplitz ins deutsche Parlament, blieb aber nicht lange in Frankfurt, sondern kam nach Wien zurück, wo er ersprießlicher für die Entwicklung der politischen Dinge zu wirken hoffte, und zwar durch eine Zeitung. Die Firma Karl Gerold u. Sohn nahm sie in Verlag. Sie wurde täglich im Umfang von einem Bogen in Folio herausgegeben. In dem Eröffnungs-Artikel erklärte Kuranda, daß er mit seiner Zeitung zunächst die „Kluft zwischen einer traurigen Vergangenheit und einer neuen Zukunft" überbrücken wolle. Bezüglich der vielerörterten Frage „ob Monarchie, ob Republik?" legte er dar, daß für Österreich zur Zeit nur „die monarchische Form" das Richtige sei, doch müsse die nötige Freiheit gewährt werden. „Die Trägerin der Freiheit in Österreich", entwickelte er dann weiter, und das war sein Haupt- und Fundamentalsatz, könne aber nur „die deutsche Nationalität" sein; nur diese vermöge „die sicherste Garantie gegen die Rückfälle des Absolutismus" zu bieten, „nicht bloß für uns Deutsche, auch für unsere nicht-deutschen Staatsgenossen"; das müßten die letzteren trotz ihrer „Empfindlichkeit" am Ende auch wünschen. „Aber," so lautete es gegen den Schluß, „wenn die Erhaltung dieses großen Österreich auch nur mit der kleinsten Gefahr für unsere Nationalität verbunden sein, oder gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slavischer Seite fallen sollte und die Autonomie des deutschen Willens von der slavischen Majorität bedroht würde, dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer fallen, dann ist es unsere heiligste Pflicht, dasselbe zu tun, was die Italiener und Kroaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben."

Weiterhin erwies sich Kuranda stets als ein umsichtiger und abgeklärter Politiker, der immer ohne egoistische Nebenabsichten

für seine politischen Ziele eintrat, sich dabei aber nie in ideale Schwärmerei verirrte. Allerdings wirkten in dieser Zeit entfesselter Leidenschaften die fein pointierten Ausführungen, die ehedem in den „Grenzboten“ so lebhaft gezündet hatten, jetzt bei weitem nicht mehr so stark auf die große Menge, die mittlerweile durch die übrigen Blätter an eine viel gröbere Sprache gewöhnt worden war. Die „Ost-deutsche Post“ erlangte denn auch niemals die Verbreitung wie die „Konstitution“ und die „Presse“; dagegen erhielt sie, nachdem sie, wie alle übrigen Blätter, nach der Einnahme Wiens durch Windischgrätz suspendiert worden war, bereits Anfang Dezember wieder die Erlaubnis, aufs neue zu erscheinen; doch glaubte sie, „ein milderes Stadium des Ausnahmezustandes abwarten zu müssen“ und begann ihre neue Laufbahn erst am 19. Dezember wieder. Die seltsame Situation, in der sich der Herausgeber jetzt während des Belagerungszustandes befand, schilderte Kuranda in dem Eröffnungs-Artikel der Nummer vom 19. Dezember in geistreicher Weise. „Wir haben den schriftstellerischen Beruf unter verschiedenen Verhältnissen geübt,“ schrieb er; „wir haben aus dem Bereiche des Sedlnitzkyschen Geisteszwanges unter die Ägide belgischer Preßfreiheit uns geflüchtet; sieben Jahre haben wir unter den wechselnden Stimmungen deutscher Zensoren eine Zeitschrift redigiert; fünf Tage lang haben wir sogar das ersehnte Glück genossen, bei vollkommen freier Presse in Österreich eine Zeitung herauszugeben (vom 1. bis zum 6. Oktober); zwanzig Tage später haben wir unter dem Drange revolutionärer Ereignisse auf unserem Posten verharrt; wir haben somit Gelegenheit genug gehabt, mancherlei Erfahrungen und Übung uns zu erwerben. Doch fehlt uns die Kenntnis eines Hauptzweiges journalistischer Praxis: die Kunst der Sprache unter einem Zustande, der nicht Zensur und nicht Preßfreiheit ist, die Kunst, unter dem Belagerungszustande ein Blatt zu leiten, das seine Selbstbestimmung nicht zu opfern gesonnen ist und die Freiheit seiner Meinung nach wie vor aufrecht erhalten will.“

Immerhin gelang es Kuranda, sich in die schwierigen Verhältnisse zu finden. Trotzdem wurde er 1851 nach der Aufhebung der oktroyierten Verfassung durch die Regierung gezwungen,

von der Leitung der „Ost-deutschen Post“ zurückzutreten; ja er mußte es sogar über sich ergehen lassen, daß man ihn unter polizeiliche Aufsicht stellte, weil er die Unterzeichnung eines Reverses verweigerte, durch den er sich verpflichten sollte, nicht mehr über Politik zu schreiben. Erst 1853, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden war, durfte er wieder als Chefredakteur eintreten. Sein Ideal war auch jetzt noch eine festere Verbindung Österreichs mit den Westmächten; allein dieses Ziel schien mehr und mehr in die Ferne zu rücken, sodaß seine Hoffnungen immer tiefer sanken, und als dann 1866 Österreich vollständig von Deutschland getrennt wurde, gab er es auf, weiterhin für seine politischen Anschauungen einzutreten und ließ die „Ostdeutsche Post“ eingehen. Doch war er noch eine Reihe von Jahren als Mitglied des niederösterreichischen Landtages und als Gemeinderat der Stadt Wien für das allgemeine Wohl tätig und wurde daher an seinem siebzigsten Geburtstage mit dem Ehrenbürgerdiplom der Stadt Wien ausgezeichnet. Bis kurz vor seinem Tode noch als Abgeordneter tätig, starb er am 3. April 1884.

Was endlich das „Journal des Österreichischen Lloyd“ anbetrifft, so geschah die Übersiedlung desselben von Triest nach Wien und seine Umgestaltung von einem handelspolitischen Fachblatt in ein politisches Tageblatt in der Hauptsache auf Veranlassung des Grafen Stadion, der sich für die Regierung ein kräftig wirkendes publizistisches Organ schaffen wollte. Er war es denn auch, der die erforderlichen Geldmittel aus den Kreisen der Aristokratie zusammenbrachte, worauf die Überführung des Blattes mit samt den beiden Redakteuren Friedrich Bodenstedt, dem bekannten Dichter, und Jakob Löwenthal, ebenfalls einem Norddeutschen, in der ersten Hälfte des September erfolgte und die erste Wiener Nummer am 26. September erschien. Das Blatt kam fortan täglich im Umfang von einem Bogen in Groß-Folio heraus. In dem Programm, das die Zeitung aufstellte, gab sie sich natürlich möglichst liberal; eine andere Sprache wäre nicht möglich gewesen. Sie erklärte, sie gehöre der großen Partei an, die von der welthistorischen Bestimmung Österreichs erfüllt sei, jener Bestimmung, „die Gesittung und Freiheit West-

Europas nach dem Osten zu verpflanzen und dem slavischen Slaventum Rußlands gegenüber ein freies Slaventum zu gründen, welches einstens die moralische Eroberung des annoch geknechteten Europa ermöglichen soll und wird. . . . Österreich aufrecht zu erhalten in Freiheit und Einheit, in voller Souveränität über alle seine Teile, sehen die Männer dieser Partei als ihre Aufgabe an. Zu diesen Männern stellen wir uns." Weiterhin trat sie lebhaft für den engsten Zusammenschluß aller Teile des österreichischen Kaiserstaates ein. Mit dem 26. Dezember nahm sie den einfacheren Titel „Der Lloyd" an. Bodenstedt war mittlerweile von der Redaktion zurückgetreten, Löwenthal hatte die Verantwortung und Karl Beck die Redaktion des Feuilletons übernommen. Die eigentliche Seele des Blattes war aber keiner der genannten Redakteure, sondern ein Mann, der niemals mit seinem Namen zeichnete, Eduard Warrens (geb. 1820 zu Altona, gest. 1872 zu Wien), einer der begabtesten Journalisten, die jemals für Wiener Zeitungen geschrieben haben. Seinen glänzenden Stil, seine schlagende Dialektik hatte er sich in Amerika ausgebildet, wo er längere Zeit mit Erfolg den „Anzeiger des Westens" redigiert und die demokratischen Theorien vertreten hatte; in Wien setzte er beim „Lloyd" seine Lanze für die konservative Partei ein, und später wechselte er ohne viel Skrupel noch wiederholt sein politisches Glaubensbekenntnis. „Er vertritt," schreibt Richter, „in der Geschichte der Wiener Presse den Typus des Landsknechtes, der dem Kronensack nachläuft, für Sold dient und jeder Fahne zuschwört." Dem „Lloyd" vermochte übrigens auch die gewandte Feder eines Warrens keinen höheren Schwung zu verleihen; nach kurzer Blüte ging die Zeitung schon im Jahre 1854 ein.

Neben der Presse Wiens nimmt sich die österreichische Provinzpresse von 1848 sehr ärmlich aus. Es fehlten ihr so ziemlich alle Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung. Nur in Prag zeigte sich ein etwas regeres Leben, ja es kam hier sogar zu einem seltsamen Konflikte, der auch des Humors nicht entbehrt. Als nämlich die Märzstürme hereinbrachen, wurde auch die amtliche „Prager Zeitung" von ihnen ergriffen, und bald

errschte in diesem Blatte, das bisher nur von untertänigster
Ehrerbietung gegen die hohe kaiserliche Regierung erfüllt gewesen
war, ein so kecker Ton, daß das Landesgubernium sich höchlich
ntsetzte und die Zeitung wiederholt verwarnte. Der Redakteur
Eduard Breier kümmerte sich aber gar nicht um die Verweise;
uch der Medausche Verlag, der die Zeitung in Pacht hatte,
gnorierte sie, ja er änderte sogar eigenmächtig den Titel in „Konstitutionelle Prager Zeitung" und ließ vom 1. April ab regelmäßig am Mittwoch und Samstag Extrablätter drucken, sodaß
die Zeitung jetzt tatsächlich täglich erschien. Weiterhin, vom
1. Juni ab, gab Breier auch noch allabendlich ein Beiblatt zur Zeitung, das „Prager Abendblatt", heraus. Unterdessen steigerte
sich noch der radikale Ton, worauf schließlich die Landesregierung
den Verleger aufforderte, die Redaktion zu wechseln. Mittlerweile war aber die Preßfreiheit proklamiert worden, und infolgedessen hatten die Privilegien der „Prager Zeitung", daß sie nämlich das einzige politisch-statistische Blatt in Prag sein und allein Insertionen annehmen dürfe, ihre Geltung verloren; der Verleger Medau erklärte daher dem k. k. Landespräsidium, daß er keine Pacht mehr bezahlen werde. Die Regierung nahm aber die Kündigung nicht so einfach hin, sondern verpachtete ihre „Prager Zeitung" jetzt an G. Haases Söhne, worauf Medau vom 1. Juli ab eine „Konstitutionelle Allgemeine Zeitung von Böhmen" herausgab. Diese florierte jedoch nur so lange, wie die politische Bewegung anhielt; als die Reaktion hereinbrach, stellte das Blatt 1850 sein Erscheinen ein.

Die neu installierte „Prager Zeitung" hatte sich nach einem sorgfältig mit Haase ausgearbeiteten Kontrakte in ganz bestimmten Grenzen zu bewegen. Es wurde bestimmt, daß sie „genau und unabweichlich im Sinne und im Interesse der Regierung" geführt werden solle, und daß die Redakteure zwar vom Pächter gewählt, aber vom Statthalter bestätigt werden müßten. Dem Publikum wurde jedoch in der Ankündigung der Zeitung gesagt: „Ihre Tendenz ist Verteidigung des Liberalismus nach allen Grenzen, innerhalb deren aus ihm wahres Volkswohl erwächst; ferner die Wahrung der ungeschmälerten Souveränität

und vollen Integrität des österreichischen Kaiserstaates." Die Redaktion übernahm zunächst Dr. Leopold von Hasner, weiterhin Clemens von Weyrother, der sich unter dem Pseudonym Kleeroth auch als Romanschriftsteller und Dramatiker bekannt machte, und dann Dr. Eduard Bruna. Der Abonnementspreis betrug in dieser Zeit 7 Gulden halbjährig. Die Zeitung wollte sich jedoch unter dem Pachtverhältnis nicht recht entwickeln, weshalb die Regierung sie mit Neujahr 1864 in eigene Regie nahm. Sie erschien nun zweimal täglich; doch erlangte sie auch jetzt keine wesentlich größere Verbreitung; dagegen erwarb sich eine „Beilage der Prager Zeitung", das 1867 geschaffene „Prager Abendblatt", bei dem billigen Preise von einem Kreuzer für die Nummer, die Gunst des Publikums und wurde bald das verbreitetste deutsch-böhmische Blatt.*)

Eine zweite größere deutsch-böhmische Zeitung entwickelte sich dann langsam aber stetig noch in der „Bohemia". Bisher nur ein belletristisches Unterhaltungsblatt, wurde sie mit dem 1. April 1848 vom Haaseschen Verlage in eine täglich erscheinende politische Zeitung umgewandelt, jedoch nur in einem gemäßigten Tone gehalten, da die Verlagsbuchhandlung auch noch ein schärfer pointiertes politisches Tageblatt, das „Konstitutionelle Blatt aus Böhmen", ins Leben rief. Als dann aber die Preßfreiheit wieder zu schwinden begann, ließ die Verlagsbuchhandlung das „Konstitutionelle Blatt" fallen und erweiterte dafür die „Bohemia", die sich nun unter ihrem ausgezeichneten Redakteur Franz Klutschak (geb. 1814, gest. 1886) rasch hob. Ein besonderes Verdienst erwarb sich Klutschak dadurch, daß er schon zu Anfang der fünfziger Jahre die wahren Zwecke und Ziele der nationaltschechischen Bewegung erkannte, auf deren Gefahren für das Deutschtum in Böhmen hinwies und dies fort und fort mannhaft gegenüber dem sich immer feindseliger gebärdenden gewalttätigen Tschechentum verteidigte. Auch führte er in der „Bohemia" zuerst den Ausdruck „Tschechen" statt „Böhmen" ein, womit die

*) A. G. Przedak, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Heidelb. 1904, S. 124—127.

Tschechen sich als der herrschende Stamm in Böhmen bezeichnen wollten.

In allen übrigen Provinzstädten Österreichs entwickelte sich das Zeitungswesen erst, nachdem auf Grund des Diploms vom 20. Oktober 1860 die neue Verfassung erschienen und damit eine Neugestaltung Österreichs angebahnt worden war.

---

7. **Die Journalliteratur von 1848 und 1849. Die alten Zeitschriften. Die „Grenzboten". Ihre neue Haltung unter Freytag und Julian Schmidt. Die neuen Zeitschriften. Es erscheint eine Masse von unbedeutenden Blättern. Der Unterschied der Stimmung zwischen Nord und Süd. Der „Kladderadatsch". Sein Gründer Kalisch. Die erste Nummer des „Kladderadatsch". Sein Zeichner Scholz. Sein Redakteur Ernst Dohm. Dieser gibt dem Blatte den literarischen Charakter. Rudolf Löwenstein, der Poet des Blattes. Die sonstigen Mitarbeiter. Der Verleger Albert Hofmann. Schlußbetrachtung über die Presse von 1848 und 1849.**

Wenig günstig konnte die politische Bewegung von 1848 und 1849 der Journalliteratur sein. Die unruhige Zeit, in der man selten Muße zur Sammlung fand, und in der sich die Ereignisse oft überstürzten, um dann ganz unerwartet eine neue Wendung herbeizuführen, war nicht dazu geeignet, daß man lange Betrachtungen anstellte und gründlich erst das eine und dann das andere erwog. Meist galt es, sofort Stellung zu nehmen, zuzugreifen; schon nach wenig Tagen war die Situation wieder eine ganz andere, und neue Aufgaben galt es zu lösen.*) Die Zeitschriften kamen daher mit ihren Erörterungen, Darlegungen und Ratschlägen fast immer zu spät. Die meisten Journale der vierziger Jahre gingen denn auch, wie wir schon im 3. Kapitel des 2. Abschnittes gezeigt haben, beim Beginn der Bewegung hülflos zugrunde; eine kleine Anzahl, die sich durch den Strudel in die neue Zeit hinüberrettete, siechte dann nur noch einige Jahre jäm-

*) Diese politischen Verhältnisse habe ich ausführlicher dargelegt in meinem Buche „Deutschlands Leben und Streben im 19. Jahrhundert". Stuttg. 1894.

merlich dahin, wie z. B. der „Charivari“ und die „Zeitung für die elegante Welt“, und bloß einige wenige, die ihre Tendenz änderten, in der Hauptsache die „Fliegenden Blätter“ und die „Grenzboten“, traten in eine neue Phase ihrer Entwicklung.

Über den Charakter, den die „Fliegenden Blätter“ seit 1848 annahmen, haben wir bereits gesprochen; es erübrigt also nur, die Schicksale der „Grenzboten“ in den beiden bewegten Jahren darzulegen. Wie wir schon erwähnten, verkaufte der Gründer des Journals, Ignaz Kuranda, im Sommer 1848 die „Grenzboten“ an Gustav Freytag, Julian Schmidt und den Verleger F. W. Grunow, worauf die neue Redaktion am 1. Juli in Tätigkeit trat. Die Situation war jedenfalls schwierig. Die „Grenzboten“ konnten nicht mehr, wie bisher, ein Blatt zur Förderung der österreichischen Interessen sein, und doch durfte man auch nicht so ohne weiteres grell mit den alten Traditionen brechen. Freytag besprach denn auch anfangs wiederholt die innern österreichischen Verhältnisse und richtete u. a. ein offenes Sendschreiben an den österreichischen Minister des Innern, Freiherrn v. Pillersdorf, in welchem er ein Programm der Einrichtung des österreichischen Staatswesens entwickelte; mehr und mehr erhielt aber doch die Zeitschrift einen preußischen Charakter; die Redakteure traten vor allem für die Erhaltung des preußischen Staates ein und legten immer aufs neue dar, daß Preußen die Hauptstütze Deutschlands sei und auch in Zukunft sein werde. Dabei lief natürlich noch immer sehr viel Unklarheit mit unter. Das Arbeitsfeld hatten die beiden Redakteure in der Weise unter sich verteilt, daß Julian Schmidt in der Regel die deutschen Artikel, Freytag die österreichischen und die das Ausland betreffenden redigierte, und daß außerdem Schmidt noch die ganze Literatur und Kunst mit Ausnahme des Theaters, das sich Freytag vorbehielt, in seine Obhut nahm. So sehr nun aber auch die beiden jungen Herausgeber bemüht waren, ihre Zeitschrift so reich wie möglich auszustatten und durchweg interessant zu gestalten, gelang es ihnen doch nie, wie Freytag in seinen Lebenserinnerungen selbst gesteht, dem Blatte die Fülle und Reichhaltigkeit der Beiträge zu verschaffen, deren eine große Revue, die die „Grenzboten“ gern

gewesen wären, bedarf; die französischen und englischen derartigen Unternehmungen blieben ein unerreichtes Vorbild. Dazu kam, daß in Preußen schon 1849 jede Opposition, auch die wohlmeinende, von der Regierung als sehr unangenehm empfunden wurde und daher die in kräftiger Sprache gehaltenen Artikel Julian Schmidts großen Anstoß erregten. Es erhielt daher Julian Schmidt eines Tages einen warnenden Wink aus Berlin, der ihn veranlaßte, künftig über politische Dinge zu schweigen. Damit büßten aber die „Grenzboten" sehr viel an Reiz und Mannigfaltigkeit ein. Schmidt zog sich hauptsächlich auf das Gebiet der poetischen Literatur zurück und wurde hier nach und nach ein heftiger Bekämpfer der Romantiker und des „Jungen Deutschlands".

Als nach und nach diese Ära der Reaktion eintrat, nahmen die beiden Herausgeber eine andere Arbeitseinteilung vor; Julian Schmidt besorgte die Redaktionsgeschäfte im Sommer, Freytag im Winter. Mit dem Jahre 1857 trat sodann, da das sächsische Preßgesetz ein Landeskind als verantwortlichen Redakteur verlangte, noch Moritz Busch in die Redaktion ein und blieb bis 1866. Nach Buschs Weggange wurde Julius Eckardt aus Riga gewonnen, der die Stelle bis 1869 versah, worauf sie Alfred Dove übernahm und sie bis Ende 1870 inne hatte. Julian Schmidt war bereits 1861 nach Berlin gegangen; seinen Anteil am Eigentum der „Grenzboten" hatte Max Jordan übernommen. Mit dem Schlusse des Jahres 1870 zog sich auch Freytag von den „Grenzboten" zurück, und Grunow wurde deren alleiniger Besitzer.

Von den neuen Zeitschriften, die von den Märztagen des Jahres 1848 ab aufzuflattern begannen, erlangte nur eine einzige eine große Bedeutung, das humoristisch-satirische Wochenblatt „Kladderadatsch"; alle übrigen schwanden, ohne einen nennenswerten Einfluß ausgeübt zu haben, bald wieder ruhmlos dahin. Wir nennen von ihnen nur diejenigen, die wenigstens einigermaßen von sich reden machten. Dabei sei bemerkt, daß fast allen ein humoristischer Zug, eine gewisse satirische Gereiztheit eigen ist. Doch äußert sich diese Stimmung im Norden anders, als im

Süden. In Berlin steigert sich dieser Humor bis zum beißenden Witz, selbst bis zum ätzenden Spott und Hohn; in Wien bewegt er sich am liebsten in behaglicher Beschaulichkeit, im drolligen und drastischen Scherz und streift auch gern das Gebiet des Erotischen. Saphir meint, die Berliner seien nur witzig, wenn sie hungrig, die Wiener wenn sie satt seien; der Wiener Witz komme aus einem vollen, der Berliner Witz aus einem leeren Magen. Den Effekt, den der Ausbruch der Revolution in Paris bei Metternich machte, ließen sich die Wiener in einem Bilde darstellen, das den Minister in seinem Arbeitszimmer zeigt. Er hat eben die Depesche über die Ereignisse in Paris gelesen, und, des höchsten erschrocken, ruft er aus: „Wie, was! Revolution! . . . . Louis Philipp fortgejagt! . . . Republik!“ Und dann schellt er krampfhaft den Kammerdiener herbei und wimmert kläglich: „Rasch eine andere Hose!“ Das Bild ist von erschütternder Komik; die Zeichnung läßt keinen Zweifel darüber, was dem entsetzten Staatsmann passiert ist.

In Berlin erschienen: Der „Berliner Omnibus, Zeitschrift für Unterhaltung und Volksfreiheit“, redigiert von Adolf Wolff, „Freie Blätter, illustrierte politisch-humoristische Zeitung“, herausgegeben von Adolf Glaßbrenner vom 6. Mai ab, „Das Volk, Organ des Zentralkomitees für Arbeiter“, eine sozial-politische Zeitschrift, herausgegeben vom Schriftsetzer Born (es scheinen nur einige Nummern von Mai bis Juli erschienen zu sein), „Der Berliner Krakehler“, redigiert von E. L. Hoffmann und Heinrich Beta (mit der übermütigen Erklärung: „Der ‚Krakehler‘ erscheint gar nicht, sondern ist immer vergriffen und vergreift sich wöchentlich ein- bis zweimal“) vom 18. Mai bis Ende des Jahres, zum Teil mit Karikaturen von Wilhelm Scholz, „Tante Voß mit dem Besen, Missionsblatt zur Bekehrung politischer Heiden“, Verlag von S. Löwenherz, vom 25. Juni ab (es scheinen nur 6 Nummern erschienen zu sein), „Volks-Blätter, Zeitschrift zur Erörterung politischer und gesellschaftlicher Tagesfragen“, redigiert von J. Schönemann und Heinrich Benary, vom 20. Juli ab (die Friedländersche Samm-

ung nennt 46 Nummern), „Das neue Preußen, eine politische Wochenschrift“, redigiert von M. Goldschmidt, vom 22. Oktober bis 21. Dezember, „Der Freischärler für Kunst und soziales Leben“, redigiert von Luise Aston, vom 1. November ab (es scheinen nur wenige Nummern erschienen zu sein), „Der blaue Montag, Organ des passiven Widerstandes“ (im Dezember), „Der Herold für das deutsche Volk, Zeitschrift für Unterhaltung“, Verlag von Julius Dräger, von Januar 1849 ab, und „Der Sozialist, Wochenschrift zur Förderung der Volkswohlfahrt“, redigiert von Held, von Mai 1849 ab. Alle Zeitschriften erschienen in Quartformat.

In Breslau kam von Oktober 1848 ab „Wurst wider Wurst, Organ gegen anarchische Bestrebungen“ mit Holzschnitten heraus, in Köln der „Verfolger der Bosheit“, geschrieben von dem originellen Wessel, in Hamburg Wilhelm Marrs politisch-satirische Wochenschrift „Mephistopheles“, in der auch Julius Stettenheim seine ersten literarischen Versuche veröffentlichte, in Frankfurt a. M. „Die Wage, deutsche Reichstagsschau“ von Jakob Venedey (es erschienen wahrscheinlich nur 8 Hefte), ferner der „Frankfurter Volksbote“ dreimal wöchentlich vom 1. April 1849 ab bis zum 31. Juli redigiert von A. v. Rochau, dann von G. Herold (Der „Volksbote“ ist ein entschiedener Freund der Freiheit, erklärt sich aber heftig gegen die Schrankenlosigkeit und die Handlungen der Willkür und Gewalttaten und tadelt den „Hochmut Heckers und seiner betörten Spießgesellen“. „Daß es nun wieder so trostlos geworden,“ klagt er, „wie zu den Bundestagszeiten würdelos: wer ist daran schuld? Wer anders, als der Advokatenhochmut einiger politischer Phantasten und der Publizistendünkel einiger Schreiber, die schon gleich in den ersten herzwarmen Tagen der Erhebung während des Vorparlamentes den kalten Fehdehandschuh hinwarfen.“); in München erschienen die „Leuchtkugeln“, Randzeichnungen zur Geschichte der Gegenwart, redigiert von Alex Ringler und E. Roller, mit zahlreichen Holzschnitten (Mitarbeiter waren u. a. Benedix, Beyschlag, Castelli, Drobisch, Kalisch, Gottfr. Kinkel, Kaulbach, Marggraff, Simrock, Vogt) und der „Münchener Punsch“, 1848 von Martin

Schleich gegründet und bis 1871 herausgegeben. Er vertrat den altbayrischen Partikularismus.

In Wien endlich traten ins Leben „Der freie Wiener, Wochenschrift für Scherz und Ernst, Novelle und Erzählung, Ironie und Satyre, Kunst und Literatur, Politik und Volks-Interessen“, redigiert von Alexander Medis (es kamen vom 1. April bis 9. August 1848 38 Nummern heraus), die „Wiener Schnellpost, Zeitschrift für politische Bildung des Volkes“ redigiert von J. C. Schall (vom 2. Mai bis 10. August 41 Nummern), der „Guckkasten, politisches Wochenblatt fürs Volk“, herausgegeben von R. Lechner (vom 14. Mai bis Mitte August 12 Nummern), „Der reisende Teufel, Zeitschrift für Volksbelehrung über Volksfragen“, herausgegeben von J. Sammer (vom 1. Juni bis 14. Juli 25 Nummern), und „Die rote Mütze, demokratische Zeitschrift“ mit dem Lenauschen Verse als Motto:

> Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
> Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
> Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten.

Die Redakteure waren C. Cerri und L. Eckardt. Das Blatt kam vom 1. August ab nur in 5 Nummern heraus.

Hoch über das bunte Gewirr dieser kleinen Blätter erhob sich der „Kladderadatsch“. Wohl begann auch er mit dem leichten Witzgeplänkel, in dem sich die ganze damalige Gesellschaft gefiel, mit den Kalauern, Parodieen und all dem „höheren Blödsinn“, den man so gern wie ein glitzerndes Feuerwerk aufsprühen ließ, der aber oft genug — ganz wie Raketen und Schwärmer — ohne jede tiefere Wirkung schnell verpuffte. Doch schon nach wenigen Nummern wurde das Blatt gehaltreicher; es trat neben dem drolligen Augenblickseinfall, dem kecken Schlagwort und der komischen Wortverdrehung auch eine geistreiche Satire, ein souveräner Witz und ein wirklicher, tiefpackender Humor hervor, und zu alledem kam eine mehr und mehr sich ausprägende nationale Stimmung. Der „Kladderadatsch“ faßte allwöchentlich alles zusammen, was die Nation an Freude und Schmerz erfüllt hatte, und ließ es in seinem Spiegel, durchglüht und umstrahlt von

einem Humor, hellleuchtend reflektieren. Dadurch entwickelte er ich, freilich erst in den fünfziger Jahren, zu einem nationalen Blatte, zu einer geistigen Macht, die oft lebhafter und nachdrück-icher auf die weitesten Kreise wirkte, als alle ernsthaften Leit-rtikel der großen Zeitungen.

Die Gründung des Blattes fällt in den April des Jahres 848; David Kalisch (geb. den 23. Februar 1820, gest. den 1. August 1872) gab den Anstoß dazu. Wie die meisten da-naligen jungen Schriftsteller, so drängte es auch ihn, in der er-egten Zeit irgendwie in seiner Weise mitzureden, und so kam er uf den Gedanken, eine humoristische Zeitschrift ins Leben zu ufen. Er durfte dabei von vornherein auf eine gewisse Be-ichtung rechnen, denn er war seit einem Jahre als der Verfasser er Posse „Einmalhunderttausend Taler“, die fort und fort mit roßem Beifall auf dem Königstädtischen Theater am Alexander-latz in Berlin zur Aufführung kam, eine sehr bekannte und be-iebte Persönlichkeit der Hauptstadt. Eine tiefere literarische Bil-ung ging ihm freilich ab. Ursprünglich Kaufmann, war er als olcher mehrere Jahre in verschiedenen Städten tätig gewesen, zu-etzt in einem großen Speditionsgeschäfte in Berlin, hatte sich iber daneben von jeher mit Vorliebe in literarischen Arbeiten ver-ucht und dann 1847 das Glück gehabt, seine Posse „Einmal-underttausend Taler“ von dem bekannten Theaterdirektor Cerf ingenommen zu sehen. Damit war in sein Leben die lang er-ehnte Wendung eingetreten; das Stück gefiel ganz außerordentlich, veil es das Berliner Volksleben auf die Bühne brachte und mit einer naiv-resoluten Lustigkeit und seinen Couplets mit poli-ischen Pointen die Zeitstimmung aufs glücklichste traf. Später at Kalisch noch eine ganze Reihe anderer Possen geschrieben, „Berlin bei Nacht“, „Ein gebildeter Hausknecht“, „Berlin, wie's veint und lacht“, „Einer von unsere Leut'“ ꝛc., aber mit keiner at er wieder den glänzenden Erfolg erzielt, wie mit „Einmal-underttausend Taler“. Die reichlichen Tantièmen dieser Posse etzten Kalisch in die Lage, sich nun ganz literarischen Arbeiten vidmen zu können, worauf denn auch der Plan zu einer humo-istischen Zeitschrift entstand. Er stellte eine Nummer nach seinem

Geschmacke zusammen, legte sie dem Buchhändler Albert Hofmann vor, der sich bereits als tätiger Verleger von satirischen Flugblättern und politischen Karikaturen einen Namen gemacht hatte, und dieser ging auf das Projekt ein. Doch fehlte noch der Titel des Blattes. Aber auch dieser sollte sich ganz unerwartet schnell finden. Wie A. Schwartz erzählt*), besuchten Kalisch und Hofmann, nachdem die geschäftlichen Abmachungen erledigt waren, mit dem befreundeten Journalisten Schweitzer, der sich noch zu ihnen gefunden hatte, die Hippelsche Weinstube am Alexanderplatz, damals das Mekka der geistreichen Räsonneure Berlins, um dem Unternehmen die nötige Weihe zu geben. Kaum aber hatten sie es sich dort gemütlich gemacht, als plötzlich der Jagdhund irgend eines Gastes scheu und aufgehetzt durchs Zimmer raste und das Tischchen, an dem das Dreiblatt saß, mit lautem Gepolter umriß, worauf die Gläser, Flaschen und Teller klirrend zu Boden stürzten. „Kladderadatsch!“ rief Kalisch in Nachahmung des Getöses aus — und jubelnd stimmten die Freunde ein — man hatte den Namen, nach dem man suchte, gefunden. „Kladderadatsch“ sollte das neue Blatt heißen, das den Zusammenbruch des Alten und all das Gepolter und Geklirr dieser Katastrophe schildern wollte! Darauf holte Hofmann auch noch einen Abzug von einem schon vor Jahresfrist zufällig von dem Buchhändler Bartholf Senff erstandenen Cliché aus der Tasche, das sich als Titelkopf eignete. Ein junger, zeichnerisch begabter Leipziger Kaufmann (der Name ist nicht mehr bekannt) hatte das Bild entworfen und Senff es bereits einmal im 1847er Jahrgange seines „Anekdotenjägers“ verwendet. Es war der heute aller Welt bekannte Kladderadatschkopf, der vorzüglich für das neue Unternehmen paßte. Der Zeichner hatte sogar — ein drolliges Spiel des Zufalls — in die rechte Backe des feisten Gesichtes als eine Art Vexierbild einen Hundekopf hineinkomponiert, sodaß auch der ungestüme Köter, der die äußere Veranlassung zu dem Taufakte gegeben hatte, zu seinem Rechte kam.

---

*) A. Schwartz, Der Kladderadatsch 1848—1898, in dem Sammelband „Der Kladderadatsch und seine Leute“. Berlin 1898, S. 103 ff.

Hierbei sei zugleich bemerkt, daß Hofmann auch die beiden Schultze- und Müller-Figuren bereits vor der Gründung des „Kladderadatsch" als Clichés von Senff erworben hatte, worauf sie dann zum ersten Male in der № 8 des neuen Blattes auftraten. Später nahm Kalisch diese beiden drolligen Philister, wie auch den Zwickauer und den ewigen Quartaner Karlchen Mießnick, in seine ganz besondere Pflege. Die erste Nummer des „Kladderadatsch" erschien am 7. Mai und gefiel so allgemein, daß gleich am ersten Tage 4000 Exemplare abgesetzt wurden. Sie präsentierte sich als „Organ für und von Bummler" und trug diese „grammatikalische Bummelei" dann bis zum 5. August 1849; ferner gab die Redaktion gleich in der ersten Nummer bekannt, daß das neue Blatt „täglich mit Ausnahme der Wochentage" erscheinen werde. Als „unfreiwillige" Mitarbeiter wurden der Kultusminister Eichhorn, Oberst v. Bülow, Oberpräsident v. Meding, Herwegh (der später auch tatsächlich an dem Blatte tätig war) u. a. genannt. Im übrigen ragte der Inhalt der Nummer doch nur wenig über die andere satirisch-humoristische Literatur hinaus. Es offenbarte sich ein naiver Humor mit etwas Mutterwitz; dabei zeigte sich ein gewisses Geschick, an die Tagesereignisse anzuknüpfen. Der Leitartikel, der die Nummer eröffnete, trug das Motto:

Im wunderschönen Monat Mai,
Wo alle Knospen sprangen: —
Da sind auch meiner Bummelei
Die Augen aufgegangen.

Weiterhin folgten eine humoristische Erörterung über ein „Vereinigtes Deutschland", Scherze, eine parodistische Novelle „Elvira", eine „Klub-Zeitung", eine Reihe lustiger „Fibelverse" und auf der letzten (vierten) Seite satirische „Anzeigen" und die einzige Illustration der Nummer.

Das alles war ganz vergnüglich zu lesen, aber einen tieferen Eindruck vermochte es nicht zu machen, und so wäre vielleicht das junge Unternehmen ebenso rasch, wie so viele andere, wieder in sich zusammengesunken, hätten sich ihm nicht alsbald verschiedene bedeutende Kräfte zugesellt, die es schnell über seine ganze Um-

gebung emporhoben. Diese wesentlichen Förderer des Blattes waren der Zeichner Wilhelm Scholz und die Schriftsteller Ernst Dohm und Rudolf Löwenstein.

Wilhelm Scholz (geb. am 23. Januar 1824, gest. am 23. Juni 1893) lieferte schon zur zweiten Nummer des „Kladderadatsch" seine erste Zeichnung und ist dann dem Blatte vierzig Jahre hindurch, so lange er den Stift führen konnte, treu geblieben. Er war nicht nur ein geschickter, sondern auch ein geistreicher Künstler. Mit einem gewissen burlesken Humor wußte er seine Person zu zeichnen und ihre Eigenart mit kecken realistischen Strichen scharf hervorzuheben. Eine liebenswürdige naive Art der Darstellung zog noch besonders an. Den Höhepunkt seiner Kunst erreichte er in den Karikaturen von Napoleon III. und Bismarck. Hier schwelgte er förmlich in der Fülle komischer Darstellungen; von allen Seiten wußte er seine Helden zu fassen, und wenn er gar nichts Interessantes mehr an ihnen zu entdecken vermochte, so dichtete er ihnen noch einige komische Attribute an, wie Bismarck die berühmten drei Haare.

Bald nach Scholz stellte sich auch Ernst Dohm als Mitarbeiter ein. Geboren am 24. Mai 1819 zu Breslau, hatte er anfangs Theologie studiert, dann einige Zeit eine Hauslehrerstelle bei Berlin bekleidet, war aber schließlich zur literarischen Tätigkeit übergegangen, Mitarbeiter des „Magazins für die Literatur des Auslandes" und des „Gesellschafters" geworden und nun zum „Kladderadatsch" gekommen, weil es ihn trieb, über all den bunten Wirrwarr dieser krausen Zeit die Geißel des Spottes zu schwingen. Er traf auch sofort den Ton, der anzuschlagen war, wurde bald ein eifriger Mitarbeiter, und nach wenigen Wochen war er die Seele der Wochenschrift. Er gab dem Blatte den vornehmeren Charakter und die Eleganz eines ernsthaften literarischen Unternehmens, und er selbst entwickelte sich schnell zu einem Humoristen ersten Ranges. Mit einer durchaus abgeklärten Weltanschauung blickte er in souveräner Heiterkeit auf die Torheiten der Menschen herab, und mit aristophanischer Grazie überschüttete er die Verkehrtheiten und Tollheiten in Staat und Gesellschaft mit seinem Spott und Hohn. Aber immer leuchtete

aus dem Feuerwerk seines Witzes eine bestimmte Grundanschauung hervor, die jeder empfand, und darum wurde nach und nach die Stellung, die der „Kladderadatsch" zu den Fragen des Tages nahm, besonders in der Zeit der trüben Reaktion von 1849 bis 1859, maßgebend und selbst entscheidend für weite Kreise. „Was die große Glocke des ‚Kladderadatsch' an jedem Sonnabend läutete," sagt Karl Frenzel einmal, „das klang stärker und schwächer, in volleren oder gebrocheneren Tönen im ganzen Deutschland, und bald genug weit über seine Grenzen hinaus, nach. In der Dumpfheit und Stille der Redaktion (der „National-Zeitung"), wie oft haben wir, ungeduldig das Erscheinen des ‚Kladderadatsch' erwartend, gerufen: ‚Es erscheine der Chor, es erscheine der Chor des geliebten Aristophaniden!'" Als eine Probe von der Schlagkraft seines Witzes und zugleich von der glänzenden Form, die er seinen Versen zu geben vermochte, sei hier ein Sonett abgedruckt, das er dem Minister von Westfalen widmete, als dieser nach langjährigem traurigen Wirken in der düstern Reaktionszeit im Oktober 1858 von seinem Amte zurücktrat. Die Parteipresse rühmte hierbei, daß der Minister während seiner ganzen Amtstätigkeit von großer Uneigennützigkeit gewesen und darum jetzt gerade so arm seinen Posten verlasse, wie er ihn angetreten habe. Auf diese eigentümliche Lobeserhebung antwortete Dohm:

Er ist nicht mehr! Jetzt ruht er aus in Frieden:
Der Strom, mit dem so rüstig er geschwommen,
Die Höhe, die so mühvoll er erklommen —
Sie zu behaupten war ihm nicht beschieden.

Ihm ward des höchsten Ruhmes Preis hienieden;
Wir alle haben jüngst sein Lob vernommen:
Wie „unvermögend" er ins Amt gekommen,
Ist „unvermögend" er daraus geschieden.

O schönster Lorbeer! Wert vor allen Dingen
Für jeden Sterblichen, danach zu ringen!
Stets „unvermögend" — — Doch sapienti satis!

Versöhnt sind alle wir, die einst ihm grollten:
Das höchste Lob, das seine Freund' ihm zollten,
Es war — ein Testimonium paupertatis!

Doch auch hohe, getragene Töne wußte er im gegeb[illegible] anzuschlagen. Mit dem vornehmsten Takte senkte er ihr[illegible] am Sarge Friedrich Wilhelms IV. Nachdem er an [illegible] Friedrichs des Großen angeknüpft hatte „Ich bin [illegible] herrschen über Sklaven!" charakterisierte er den dahingeg[illegible] Friedrich Wilhelm IV. in geistreicher Weise mit den [illegible] Strophen:

„Und er, dem sie die Stätte jetzt bereiten —
Im wilden Kampf der gärenden Gewalten
Gestellt hart an die Grenzmark zweier Zeiten,
Der neuen fremd: so hat er an der alten,
Die Poesie vergangner Herrlichkeiten
In sich umfassend, treulich fest gehalten.
So war sein Leben ein mühselig Streiten,
Ein Suchen des dem Untergang Geweihten."

In der Nummer vom 27. Mai 1849 zeichnete Dohm [illegible] ersten Male als verantwortlicher Redakteur, und bis wenig[illegible] nate vor seinem am 5. Februar 1883 erfolgten Tode ist er [illegible] unddreißig Jahre hindurch, mit einer einzigen kurzen [illegible] brechung, die durch einen zeitweiligen Aufenthalt in Weima[illegible] gründet war, der verantwortliche und tatsächliche Redakteur [illegible] „Kladderadatsch" gewesen.

Der vierte im Kreise der Redaktionsmitglieder, R[illegible] Löwenstein, wie Kalisch und Dohm ebenfalls ein Schle[illegible] war der Vertreter der warmherzigen Poesie, der mit [illegible] gestimmtem Ton und dem Pathos des Volkssängers die Hym[illegible] und Festgesänge dichtete. In dürftigen Verhältnissen war [illegible] am 20. Februar 1819 zu Breslau als der Sohn eines jüdischen Destillateurs geboren worden, hatte nur unter vielen Entbehrungen Philologie studiert, sich dann vorwiegend mit poetischen Arbeiten beschäftigt und 1846 unter dem Titel „Kindergarten" einen Band reizender, tief gemütvoller Kinderlieder veröffentlicht, die ihm einen literarischen Ruf verschafften. Darauf wurde er Mitarbeiter an verschiedenen schönwissenschaftlichen Blättern, bis er Ende Juni 1848 in das feste Verhältnis zum „Kladderadatsch" trat, das seinem literarischen Schaffen die schon angedeutete Richtung gab. Einen ganz besonderen Beifall fanden 1870 sein[illegible]

orvollen Kriegslieder, vornehmlich das Chaſſepot-Lied, das Truppen auf ihren Märſchen begleitete. Im Laufe der Zeit n er aber in der Redaktion einen etwas abgeſonderten poli-en Standpunkt ein; er trat mehr und mehr zur linken Seite Liberalen hinüber, während die allgemeine Tendenz des adderadatſch“ die nationalliberale war. Daraus entwickelten Mißſtimmungen, und als dann noch ein jäher Schmerz in venſteins Familienleben einbrach (eine blühende Tochter, eine hbegabte Künſtlerin, hatte der Tod dahingerafft), ſchied er 1887 s der Redaktion, weil er, — wir zitieren ſeine Worte — „durch ankheit und Kummer geſchwächt, nicht mehr im ſtande war, ne freiſinnigen Anſchauungen, mit denen er ſeit Dohms Tode ein daſtand, ſeinen Kollegen gegenüber zur Geltung zu brin-n“. Seine letzten Jahre waren leider durch ſchwere Krank-iten getrübt, denen er am 5. Januar 1891 erlag.

Bei der ſteigenden Beliebtheit und Bedeutung des „Kladde-adatſch“ ſtellten ſich natürlich auch bald allerlei geiſtreiche ge-gentliche Mitarbeiter ein, Adolf Glaßbrenner, Albert Wolff, der päterc „Figaro“-Redakteur, der Meteorologe Dove, Ernſt Koſſak, Robert Prutz, Franz Dingelſtedt, Johannes Trojan, der ſpäter Dohms Nachfolger werden ſollte, u. a. m. Daß auch ein „ge-krönteſ Haupt“ (Friedrich Wilhelm IV.) zu ſeinen Mitarbeitern gezählt habe, wie bisweilen geſagt wird, gehört aber in das Ge-biet der Erfindung und Sage. Wie A. Schwartz verſichert (S. 139), hat er bei dem ganz erſchöpfenden Quellenmaterial, das ihm zu Gebote ſtand, nichts gefunden, was dieſe Behauptung rechtfertigt.

Das Verdienſt, den „Kladderadatſch“ zu einer ſo hohen Entwicklung gebracht zu haben, gebührt aber nicht nur deſſen gei-ſtigen Leitern, ſondern auch zu keinem geringen Teile dem Ver-leger Albert Hofmann (geb. d. 8. März 1818, geſt. d. 19. Aug. 1880), der das Blatt mit großem Geſchick und nie raſtender Fürſorge durch alle Stürme und Fährniſſe der erſten Jahre zu bringen wußte. Zweimal wurde der „Kladderadatſch“ verboten, das erſte Mal von Anfang November 1848 bis Anfang Dezember, während welcher Zeit er bei Ernſt Keil in Leipzig erſchien, das

zweite Mal vom 9. Januar 1849 bis Mitte Juli dieses Jahres: in diesen Monaten wurde er in Neustadt-Eberswalde gedruckt. Das Abonnement betrug anfangs 17½ Sgr. vierteljährlich, später lange Zeit 22½ Sgr. und ist jetzt 2 Mk. 50 Pfg. Während der Zeit der Verbote sank die Zahl der Abonnenten bis auf 800, stieg dann aber nach und nach bis auf 50000.

Mit dem lachenden Gesichte des „Kladderadatsch“ nehmen wir Abschied von der Periode der Revolution, in der so viel bitterer Haß emporschlug, die so viel blutige Szenen brachte, in der aber auch einer neuen Zeit die Tore geöffnet wurden. Für die Presse erschien damit plötzlich eine Riesenaufgabe, der sie zunächst nicht gewachsen war. „Einem jüngeren Geschlechte mag es nicht leicht sein,“ sagt Gustav Freytag in seinen Lebenserinnerungen, „sich in die journalistischen Zustände jener Zeit hineinzudenken und diesen ersten Flugversuchen der befreiten Presse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es gab damals keine erprobten Staatsmänner mit festen Zielpunkten und keine maßgebenden Politiker, ja es gab nicht einmal feste politische Parteien .... Erst in der Nationalversammlung zu Frankfurt begannen die großen dialektischen Prozesse, welche zu dem Verfassungsentwurf von 1849 leiteten; auch dort bildete sich erst allmählich unter dem Zwange der Tatsachen das Parteileben und eine Majorität für die berechtigten nationalen Forderungen. Wer in solcher Zeit als Journalist über Politik schrieb, hatte keinen andern Anhalt, als das Idealbild, das er sich selbst von einer wünschenswerten Zukunft des Vaterlandes gemacht hatte, und keinen andern Maßstab für sein Urteil, als die Ansichten, die ihm zufällige Eindrücke seines eigenen Lebens vermittelt hatten; Sprache, Stil und die notwendige journalistische Taktik, alles, was er haßte, und was er liebte, mußte ihm der eigene Charakter geben. Er war frei wie der Vogel in der Luft, ohne Führer, ohne Partei, ohne die Erfahrung und ohne die Bescheidenheit, welche die Gewöhnung einer Nation an parlamentarische Tätigkeit dem einzelnen zuteilt. Das war eine wundervolle Lehrzeit des deutschen Journalismus, und es ist kein Zufall, daß aus dem Jahre 1848 viele tüchtige Redakteure unserer größeren politischen Zeitungen erwachsen sind,

klug, welterfahren, gewandt und von sicherem Urteil in großen Fragen."

Mit Recht also durfte die Presse, als der Sturm vorüber war, frohen Mutes in die Zukunft blicken. Drängte eine brutale Reaktion auch noch einmal auf eine Zeitlang das nationale Leben zurück — das politische Bewußtsein, das im Volke geweckt worden war, konnte nicht wieder vernichtet werden, und die Fähigkeit, dieses politische Bewußtsein der Nation mit allen seinen Wünschen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, hatte die Presse in ihrer kurzen Lehrzeit leidlich gelernt.



Schluß.

Ausblick in die fünfziger und sechziger Jahre.

Mit der Bewegung von 1848 schließt die erste große Entwicklungsperiode der deutschen Presse, und damit findet auch unsere ausführlichere Darstellung der Geschichte des deutschen Zeitungswesens ihren Abschluß. Doch sei es uns vergönnt, noch in kurzen Strichen ein Bild von den nächsten Jahrzehnten zu entwerfen, um wenigstens in allgemeinen Umrissen den Beginn der neuen Periode der deutschen Presse zu charakterisieren.

Die deutschen Zeitungen waren bis zum Jahre 1848 in der Hauptsache nur Berichterstatterinnen gewesen, die zwar nach und nach auch ihre Ansichten und ein gewisses Urteil über die gemeldeten Vorfälle und geschilderten Zustände äußerten, aber das alles doch nur unter einer strengen obrigkeitlichen Zensur. In der neuen Zeit aber, die nun nach 1848 anbrach, erhob sich die Presse zur Verbreiterin der öffentlichen Meinung. Die politische Grundstimmung, die fortan die Nation beherrschte, suchte ihren Ausdruck vornehmlich in der Presse zu erlangen, und jede größere Zeitung vertrat daher jetzt eine ganz bestimmte politische Idee, die Grundanschauung einer politischen Partei, und im Lichte dieser Partei entwarf sie ihr Weltbild. Jede geistig bedeutende Zeitung trug also fortan einen bestimmt ausgeprägten politischen Charakter, sie war gleichsam eine Persönlichkeit im öffentlichen Leben geworden, die in gegebenen Fällen auch eine Macht vertrat.

Die deutschen Regierungen empfanden diese veränderte Situation sehr lebhaft und suchten diese neue Macht im Staatsleben möglichst einzuschränken. Da die Einheitsbestrebungen ge-

cheitert und die alten Staatsformen teilweise wieder hergestellt worden waren, so konnten auch mancherlei Rückschrittsbewegungen durchgeführt werden, die sich nicht selten bis zu den brutalsten Maßregeln steigerten. Es spielte sich jene düstere Periode der Reaktion ab, in der so viele häßliche Leidenschaften triumphierten, die aber doch nur dazu beitrug, die politische Grundstimmung im Volke noch weiter zu kräftigen und zu vertiefen. Zunächst gewannen die Zeitungen, die bereits bestanden, mehr und mehr an Boden, und dann trat zu diesen nach und nach eine ganze Reihe neuer bedeutender Blätter hinzu.

Von den bisherigen politischen Zeitungen, die sich jetzt lebhafter entwickelten, sind aus Norddeutschland besonders die „Königsberger Hartungsche Zeitung“, die „Weser-Zeitung“ in Bremen, die „Zeitung für Norddeutschland“ in Hannover, die sich dann 1872 mit dem „Hannoverschen Courier“ (gegr. 1854) und dem „Hannoverschen Anzeiger“ (gegr. 1863) unter dem Haupttitel „Hannoverscher Courier“ zusammenschloß, die „Dortmunder Zeitung“ (bereits 1828 gegr.), die „Essener Zeitung“ (seit 1883 „Rhein.-Westf. Ztg.“) und das „Echo der Ge enwart“ in Aachen (gegr. 1848) zu nennen.

Die neuen Blätter entstanden besonders in Berlin und Wien. In Berlin wucherte sogar die Zeitungsliteratur etwas allzu üppig empor. Neben den gehaltvolleren Zeitungen wurden auch allerlei Klatschblätter herausgegeben, die dem niedersten Geschmacke frönten, und selbst die sogenannte Revolverpresse, die nach amerikanischem Muster arbeitet, wußte sich einzunisten. Dagegen wartete man auf das Emporwachsen eines Weltblattes vergebens. Den Reigen eröffnete die „Preußische (Adler) Zeitung“ (gegr. 1851, eingeg. 1853), die einen konservativen Charakter trug; unmittelbar darauf folgte der „Publizist“, der liberal war, aber doch nur in behaglichem Plauderton über die Weltbegebenheiten berichtete. Er wurde 1851 gegründet und bestand bis 1874. In der Mitte der fünfziger Jahre erhielt Berlin sein erstes großes Handelsblatt, die „Berliner Börsenzeitung“, gegründet von Dr. Killisch von Horn, dem sich 1868 der „Berliner Börsenkurier“, von George Davidsohn ins Leben gerufen, zur Seite stellte. Gegen

Ende der fünfziger Jahre traten noch zwei Blätter in die Erscheinung, die, obgleich sie beide originell und geistreich waren, doch nur einige Zeit bestehen konnten, die witzige 1858 von Adolf Glaßbrenner gegründete und von Richard Schmidt-Cabanis bis 1884 geleitete fortschrittliche „Berliner Montagszeitung“ und die von der liberalen Mittelpartei ins Leben gerufene „Berliner Allgemeine Zeitung“ (1859—63), an deren Spitze 1861 Julian Schmidt gestellt wurde, dem jedoch für ein solches Blatt der freie Blick für das Leben fehlte. Mit dem Jahre 1862 erstanden gleich drei neue Zeitungen von Bedeutung in Berlin, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, von Dr. Braß gegründet und viele Jahre von Emil Pindter geleitet, bis 1890 das Organ Bismarcks und jetzt das Sprachrohr der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, das „Berliner Fremdenblatt“, von R. Decker gegründet, viele Jahre der Moniteur für alle Theater-, Musik- und Sport-Angelegenheiten, eingegangen 1901, und die „Tribüne“, ein in gemäßigt liberalem Ton gehaltenes Blatt, das aber, als es 1881 von der sezessionistischen Gruppe der nationalliberalen Partei angekauft worden war, rasch zurückging und 1883 zu erscheinen aufhörte. Als sich dann das politische Leben immer reger gestaltete, traten 1865 die schon im dritten Kapitel des zweiten Abschnittes erwähnte Heldsche „Staatsbürgerzeitung“ und 1866 die von Strousberg gegründete freikonservative „Post“ ins Leben, die 1874 in den Besitz verschiedener Parlamentarier kam und besonders unter der Redaktion von Dr. Kayßler eines bedeutenden Ansehens genoß. Mit dem Beginn des Kulturkampfes schuf sich 1871 die Zentrumspartei in der „Germania“ ein Hauptorgan, in dem bis 1878 Paul Majunke eine scharfe Feder führte. Für das große Publikum trat im selben Jahre auch das liberale „Berliner Tageblatt“ ins Leben, das von seinem Verleger geschickt verwaltet und von Arthur Levysohn umsichtig geleitet, sehr bald eine bisher noch nie dagewesene Auflage erreichte.

In Wien hatte die Presse zunächst noch eine sehr schwere Zeit durchzumachen. Im Dezember 1851 wurde die Verfassung beseitigt und damit auch die Preßfreiheit, und 1857 trat die Zeitungs-Stempelsteuer, die 1848 abgeschafft worden war, aufs neue

in Kraft. Dadurch erlitten die Zeitungen eine so schwere Belastung, daß viele kleinere Blätter ihr Erscheinen einstellen mußten. Erst 1900 wurde der Zeitungsstempel wieder abgeschafft. Die neue Ära erschien für die Wiener Zeitungen erst, als mit dem 9. März 1863 ein neues Preßgesetz in Kraft trat, durch das wieder geordnete Rechtsverhältnisse eingeführt wurden. Darauf entstand denn auch schon im nächsten Jahre die erste große Zeitung Österreichs, die „Neue Freie Presse". Sie wurde von Max Friedländer, Mich. Etienne und Adolf Werthner gegründet. Friedländer übernahm die Bearbeitung der inneren Politik, Etienne die der auswärtigen, und Werthner leitete die ökonomische Verwaltung des großen Unternehmens. Durch die außerordentliche Intelligenz der drei Männer faßte die „Neue Freie Presse" sofort festen Fuß, und durch den scharfen Blick Friedländers wurde immer der richtige Weg bei den so mannigfachen Schwankungen der österreichischen Politik eingeschlagen. Von vornherein wandte sich Friedländer gegen den „Außerordentlichen Reichsrat" Belcredis, mit aller Entschiedenheit trat er gegen das Kabinett Hohenwart auf, während er das Bürgerministerium lebhaft zu fördern suchte. Etienne bekämpfte von Anfang an die unwahre Politik Napoleons III., und 1870 trat er, unbekümmert um die antipreußische Stimmung, die von 1866 her Österreich noch zum großen Teil beherrschte, auf die Seite Deutschlands. Die weitere Entwicklung der Dinge zeigte sehr bald, wie recht er tat, und dadurch wurde die „Neue Freie Presse" das einflußreichste, das tonangebende Blatt in Österreich. Neben dieser Zeitung größten Stils trat dann noch 1865 das „Neue Fremdenblatt", 1867 das von M. Szeps gegründete „Neue Wiener Tagblatt", das sich eine sehr große Beliebtheit zu erringen wußte, 1869 die „Tagespresse", die mehrere Jahre für die welfischen Interessen kämpfte, und 1871 die „Deutsche Zeitung", die das Recht der Deutschen gegen die andrängenden Slaven zu verteidigen suchte.

Neben Berlin und Wien spielte die Journalliteratur Münchens in den fünfziger und sechziger Jahren eine sehr unbedeutende Rolle. Eine großdeutsche „Isar-Zeitung", redigiert von August Becker, bestand nur kurze Zeit, ebenso ein ministerielles Blatt,

die „Neue Münchener Zeitung", während die von Julius Fröbel 1867 ins Leben gerufene „Süddeutsche Presse" sich zwar länger hielt, aber es zu keiner Bedeutung brachte. Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Frankfurt a. M., wo sich die „Frankfurter Zeitung" energisch emporrang. Dieses heute so bedeutende Blatt entwickelte sich aus sehr kleinen Verhältnissen. Es begann seine Laufbahn am 27. August 1856 als „Frankfurter Handelszeitung" in kleinem Quartformat. H. B. Rosenthal und Leopold Sonnemann gaben es heraus, um dem Publikum bei den immer mehr sich ausbreitenden Aktienunternehmungen ratend zur Seite stehen zu können. Bald kamen dann zu den Handelsnachrichten auch einige politische Telegramme und eine feuilletonistische Wochenbeilage „Coupon der Frankfurter Handelszeitung", und als sich 1859 das politische Leben zu tragischen Konflikten zuspitzte, wuchs sich das Handelsblatt unversehens zur politischen Zeitung aus und erhielt den Titel „Neue Frankfurter Zeitung"; zugleich wurde ihm durch seinen Redakteur G. F. Kolb der ausgesprochene demokratische Charakter aufgeprägt. Darauf entwickelte sich die Zeitung zum Hauptorgan der Demokratie Südwestdeutschlands und bekämpfte als solches die Hegemonie Preußens, verhielt sich aber auch ablehnend gegen den Fürstentag. Natürlich wendete sie sich 1866 gegen Preußen und wurde daher bei der Okkupation Frankfurts durch die preußischen Truppen am 17. Juli mitsamt der „Ober-Postamtszeitung" und dem „Journal de Francfort" verboten. Während jedoch die beiden letztgenannten Blätter nun ihr Erscheinen für immer einstellten, siedelte die „Neue Frankfurter Zeitung" nach Stuttgart über und erschien dort drei Monate unter dem Titel „Neue deutsche Zeitung", worauf sie, nachdem sie eine neue Kaution gestellt hatte, vom 16. November 1866 ab unter dem Titel „Frankfurter Zeitung" wieder in ihrer alten Heimat herauskam.

Endlich ist auch die „Hessische Morgenzeitung", in Kassel 1859 von Friedrich Oetker und Friedrich Scheel gegründet, bei den neuen bedeutenderen Zeitungen zu nennen, da sie das einzige Blatt Hessens war, das sich dem tyrannischen Kurfürsten mann-

haft gegenüberstellte und darum bis 1866 viel Bedrückungen zu erdulden hatte.

Eine „Rhein-Lahn-Zeitung“, die die liberalen nassauischen Abgeordneten Lang und Braun in Wiesbaden 1859 gründeten, wurde von der nassauischen Regierung nicht geduldet und siedelte Ende Oktober 1861 nach Frankfurt über, wo sie den Titel „Rheinischer Kurier“ annahm und bis nach der Katastrophe von 1866 blieb. Darauf kehrte sie nach Wiesbaden zurück und erscheint dort noch jetzt.

Außer diesen großen Zeitungen sind dann schließlich noch zwei umfangreiche Gruppen von Blättern zu beachten, die in unserem Kulturleben eine nicht unbedeutende Rolle spielen, obgleich die einzelnen Zeitungen in diesen Gruppen meist klein sind und auch keine hohe Auflage besitzen. Es sind dies die sozialistischen und die ausgesprochen katholischen Blätter. Die sozialistische Presse entstand zu Anfang der sechziger Jahre, als Ferdinand Lassalle die Arbeitermassen zu gemeinsamer Agitation in einer Organisation vereinigte. Als erstes Blatt ist der „Volksstaat“ zu nennen, der in Leipzig erschien und in seiner № 80 das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei veröffentlichte. Diesem reihten sich die Blätter in Chemnitz, Crimmitschau, Dresden, Braunschweig, Königsberg, Karlsruhe, Nürnberg, Fürth rc. an, in denen in allen Tonarten der Haß gegen den Staat und die Besitzenden in meist recht grober Sprache gepredigt wurde. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser gereizte Ton etwas gemildert, auch das geistige Niveau der Blätter gehoben. Als Hauptorgan gilt jetzt der in Berlin erscheinende „Vorwärts“. — Die ausgesprochen katholische Presse, meist Zentrumspresse genannt, begann sich erst zu Ende der sechziger Jahre zu entwickeln; vordem hatte es eine ausgesprochen katholische Zeitungsliteratur nicht gegeben. Jetzt entstanden, je heftiger der sogenannte Kulturkampf entbrannte, in allen katholischen Städten katholische Blätter, meist von Geistlichen geleitet, die in sehr heftiger, aber auch volkstümlicher Sprache für die Interessen der katholischen Kirche eintraten. Das führende Blatt, die „Ger-

mania“, haben wir bereits bei den neuen Berliner Zeitungen genannt; weiter auf diese Blätter einzugehen, müssen wir uns versagen, da deren eigentliche Entwicklungsperiode bereits in die Zeit fällt, die wir nicht mehr in den Kreis unserer Betrachtung ziehen können.

Der großen und bunten Menge politischer Zeitungen steht auch eine reiche Fülle von Zeitschriften gegenüber. Diese Journale der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts tragen aber einen wesentlich andern Charakter, als die vormärzlichen. Das große Publikum hatte den gespreizten Ton, den Tumult und das Kampfgeschrei des jungen Deutschland und der Freiheitskämpen satt. Man wollte keine politische Schwärmerei mehr, man wünschte sich materiell gefördert zu sehen. Nur wohlhabende Völker, wie das Beispiel Englands zeige, verstünden auch wirklich frei zu sein. Darum müsse man den Naturwissenschaften, der Industrie, dem Verkehr jetzt seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Diesem Geschmacke entsprach George Westermann in Braunschweig, indem er 1856 nach dem Muster englischer Monatsschriften „Westermanns Monatshefte“ ins Leben rief. Das Gebiet der Politik und überhaupt alles Tendenziöse, wurde vollständig vermieden, dagegen erfuhren unter der umsichtigen Redaktion von Adolf Glaser die Naturwissenschaften, Ethnographie, Kunst- und Kulturgeschichte eine ganz besondere Pflege. Auch der Illustration wurde große Sorgfalt zugewendet, so daß das Unternehmen bald großen Beifall fand. Einen etwas kräftigeren Pulsschlag zeigte die Revue „Unsere Zeit“, die der geistvolle Rudolf Gottschall von 1857 ab in Leipzig herausgab. Sie zeigte eine entschieden liberale Gesinnung und informierte auch über die Ereignisse auf dem Gebiete der Politik, gewann aber nie einen größeren Leserkreis und stellte daher, nachdem Gottschall schon einige Jahre vorher von der Redaktion zurückgetreten war, schließlich Ende 1891 ihr Erscheinen ein. Ebenfalls nur auf einen kleinen Kreis blieben die „Preußischen Jahrbücher“ beschränkt. Sie wurden 1858 von einem Kreise der sog. Altliberalen, an deren Spitze Max Duncker stand, ins Leben gerufen und sollten den nationalen Liberalismus, den Gedanken des preußisch-deutschen Einheitsstaates

vertreten. Auch hier schwebten als Muster die englischen und französischen Zeitschriften vor. Als Redakteur wurde Rudolf Haym bestellt, der sich durch eine Biographie Wilhelm v. Humboldts einen geachteten Namen erworben hatte. So sehr sich aber Haym auch Mühe gab, die Monatsschrift interessant zu machen; es wollte ihm nicht gelingen, eine größere Anzahl bedeutender Mitarbeiter zu gewinnen; die Hefte blieben alle etwas trocken nud langweilig. Die besten Aufsätze lieferten Otto Gildemeister, David Friedrich Strauß und Anton Springer. Die preußische Regierung war dem Unternehmen nicht geneigt und konfiszierte verschiedene Hefte; eine Beschlagnahme erfolgte auf Grund eines von Aegidi verfaßten Artikels über die Regentschaft in Preußen. Mißmutig legte daher Haym 1864 die Redaktion nieder, worauf nach einem zweijährigen Interregnum Heinrich von Treitschke 1866 die Leitung übernahm, eine Zeitlang mit W. Wehrenpfennig, später mit Hans Delbrück, der sie nun seit 1889 allein herausgibt. Als geistreicher Plauderer stellte sich neben „Unsere Zeit" und die „Preußischen Jahrbücher" 1867 „Der Salon". In ihm sprach der feine Mann der Gesellschaft, der über alles orientiert war, was augenblicklich in der eleganten Welt interessierte; nur von den politischen und religiösen Debatten hielt er sich fern. Anfangs wurde der „Salon" von Ernst Dohm und Julius Rodenberg herausgegeben, seit 1874 von Franz Hirsch.

Eine Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben gab Robert Prutz mit seinem „Deutschen Museum" von 1851 bis 1867 heraus, zunächst mit Wilhelm Wolfsohn, später mit Karl Frenzel. Das Blatt hielt sich stets auf einer vornehmen Höhe, vermochte sich aber keinen größeren Leserkreis zu erwerben.

Neben diesen Revuen entwickelte sich alsbald in üppiger Mannigfaltigkeit eine bunte Literatur von Unterhaltungsblättern. Den ersten Platz unter diesen nahm die „Gartenlaube" ein, die der intelligente Ernst Keil 1853 gründete. Keil besaß eine feine Witterung für das, was die große Menge des Volkes wollte und brauchte, und es schlug in ihm auch ein warmes Herz für alle vaterländischen Angelegenheiten. Mit unermüdlichem Spürsinn fand er immer das für seine Wochenschrift heraus, was das

deutsche Gemüt erwärmte und wonach der vaterländische Sinn verlangte. Sein Unternehmen bürgerte sich denn auch rasch ein; schon der erste Jahrgang konnte in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt werden; der zweite erschien bereits in einer Auflage von 8000 Exemplaren, und bei Keils Tode 1878 kam das Blatt in einer Auflage von über 300000 Exemplaren heraus. In den sechziger Jahren, als unser nationales Leben wieder einen tieferen Inhalt bekommen hatte, kam in den vaterländischen Aufsätzen und Gedichten der „Gartenlaube" die Stimmung weiter Kreise zum Ausdruck. Manche ihrer patriotisch hochgestimmten Nummern wirkte wie eine politische Tat. Neben die „Gartenlaube" stellte sich 1864 mit christlich-konservativer Tendenz das „Daheim", verlegt von Velhagen und Klasing in Bielefeld und viele Jahre redigiert von Robert König. In größerem Stile gehalten präsentierte sich „Über Land und Meer", das 1858 von Eduard Hallberger in Stuttgart gegründet wurde. Ein sehr brauchbarer Mitarbeiter war viele Jahre der Romanschriftsteller F. W. Hackländer, der in der ersten Zeit, als noch viele englische und französische Clichés angekauft werden mußten, weil deutsche noch nicht genügend geliefert werden konnten, um solche angekauften Holzschnitte nicht selten keck und fröhlich seine Erzählungen „herumschrieb". Ähnliche Aufgaben wie „Über Land und Meer" stellte sich das „Buch für Alle", das Hermann Schönlein 1865 ins Leben rief. Dem Bedürfnis nach gehaltvoller Roman-Lektüre entsprach die 1864 von Otto Janke gegründete „Romanzeitung". Sie wurde mit Wilhelm Raabes berühmtem Romane „Der Hungerpastor" eröffnet. Reichlichen Lesestoff boten auch die „Unterhaltungen am häuslichen Herd", die, von Karl Gutzkow redigiert, von 1852 bis Ende 1864 herauskamen, und die „Hausblätter", die Hackländer und Höfer von 1855 bis 1867 herausgaben.

Das deutsche Zeitungswesen wuchs mithin nach und nach, indem es sich nicht nur außerordentlich erweiterte, sondern auch an Tiefe und Vielseitigkeit gewann, zu einem hochbedeutsamen Faktor in unserem Kulturleben empor. Aus dem schlichten Nachrichtenblatte des siebzehnten Jahrhunderts wurde die Zeitung zum breiten und farbenreichen Abbilde ihrer Zeit.

Verzeichnis der Zeitungen.

Namen-Register.

Über den in meinem Verlage erschienenen zweiten Band von

Ludwig Salomons

Geschichte des deutschen Zeitungswesens,

der die Lage der deutschen Presse während der Fremdherrschaft (1792—1814) schildert, liegen viele im hohen Grade anerkennende Urteile vor, von denen ich nur die folgenden wiedergebe:

Deutsche Rundschau: Das Buch ist sehr lebendig geschrieben, fesselt durch das Detail und ermüdet nirgends durch aufgehäuften Ballast. Der Beifall, der dem ersten Bande zu teil wurde, wird auch diesem zweiten nicht fehlen.

Deutsche Revue: Dem ersten Bande schließt sich der zweite mit den gleichen Vorzügen an. Beherrschung des weitschichtigen Materials verbindet sich mit fesselnder Form. Auch für sich genommen, bietet der zweitr Band höchst anregenden, in sich geschlossenen Inhalt. Es ist ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands in der Zeit Napoleons, dessen unerhörte Herrschermacht und grenzenlose Willkür aus diesen Blättern klarer erhellen, als aus mancher Kriegs- und Diplomatengeschichte.

Das literarische Echo (am Schluß eines längeren Artikels von Dr. Paul Holzhausen): Die treffliche, klare und übersichtliche Anordnung und die fesselnde Darstellung machen das Buch zu einer angenehmen Lektüre, die den Leser über die Stunden hinwegtäuscht, bis er merkt, welch reiche Frucht sie ihm gebracht haben.

Allgemeines Literaturblatt: Von dem Lichte des Zeitungswesens aus nehmen sich mancherlei Zustände in den deutschen Staaten (während der Fremdherrschaft) noch weit erbärmlicher aus als sonst, und man wird gerade diese Beleuchtungseffekte bei der künftigen historischen Beurteilung beachten müssen.

Illustrierte Zeitung (Leipziger): Ludwig Salomon hat den von ihm angehäuften Stoff in lichtvoller und anregender Darstellung so künstlerisch gruppiert und so interessant gestaltet, daß sich sein Werk, obschon es auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruht, wie ein spannender Roman liest. In sechs erschöpfenden Kapiteln entwirft der Verfasser ein anschauliches Bild von der deutschen Presse unter der Fremdherrschaft.

Berliner Neueste Nachrichten: Selten ist mir ein interessanteres Buch in die Hände gekommen, als dies auf drei Bände berechnete Werk Ludwig

